

Beteiligungsbericht zum 31.12.2015

StädteRegion Aachen

Aktive Region | Nachhaltige Region | BildungsRegion | Soziale Region

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort ... 1
Einleitung ... 3
Erläuterungen ... 5
Abkürzungsverzeichnis ... 7
Beteiligungsübersicht ... 8
Übersicht Vereinsmitgliedschaften ... 10

Entsorgung

AWA Entsorgung GmbH ... 13
AWA Service GmbH ... 25
MVA Weisweiler GmbH & Co. KG ... 31
MVA Weisweiler Verwaltungs GmbH ... 39
Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW) ... 45

Verkehr und Versorgung

Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV) ... 57
Aachener Verkehrsverbund GmbH ... 63
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- AG (ASEAG) ... 69
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (E.V.A.) ... 87
Energie- und Wasser- Versorgung GmbH (EWV) ... 103
enwor – energie & wasser vor ort GmbH ... 123
Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG) ... 137
Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH (FAM) ... 145

Wirtschafts- und Strukturförderung

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH ... 153
Zweckverband Region Aachen ... 171
Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH (WFG) ... 181
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG ... 193
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH ... 197
Camp Astrid GmbH & Co. KG ... 201
Camp Astrid Verwaltungs GmbH ... 207
vogelsang ip GmbH ... 211
Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH ... 219

Energeticon gGmbH 227
Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH 245

Wohnungswirtschaft

Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH 249

Gesundheitswesen

Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen gGmbH 263
MZ Service GmbH 274
Parkplatz Marienhöhe GmbH 281
Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen (SBZ) 285
Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR 305

Beschäftigung – Qualifizierung - Dienstleistung

SPRUNGbrett – Beschäftigungsinitiative der StädteRegion Aachen gGmbH 315
regio iT Gesellschaft für Informationstechnologie mbH 323
Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung, Aachen 337

Kultur

Grenzlandtheater Aachen der StädteRegion Aachen GmbH 351
KuK – Kunst- und Kulturzentrum Betriebsgesellschaft der StädteRegion Aachen mbH 359

Vorwort



Die StädteRegion Aachen legt mit dieser Ausgabe den Beteiligungsbericht zum 31.12.2015 vor. Zu diesem Stichtag gibt sie Auskunft über ihre Beteiligungen in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Form. Der jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht gibt einen kompakten Überblick über den Beteiligungsbesitz der StädteRegion und soll den Leser informieren über

- die organisatorisch-rechtliche Struktur der Beteiligungen,
- die Besetzung der Organe durch die StädteRegion Aachen und
- die stichtagsbezogene wirtschaftliche Lage der Gesellschaften und Zweckverbände.

Der Beteiligungsbericht ist inhaltlich angepasst an die Anforderungen gemäß § 117 Gemeindeordnung NRW und wird dem Gesamtabschluss als Anlage beigefügt. Ergänzend zu der grafischen Übersichtsdarstellung der Beteiligungen enthält der Beteiligungsbericht auch eine grafische Darstellung der Vereine, in denen die StädteRegion Aachen Mitglied ist und in deren Gremien sie Vertreterinnen entsendet.

Im Bericht sind neben den Beteiligungen in privater Rechtsform auch die nachfolgend genannten öffentlich-rechtlichen Beteiligungen der StädteRegion aufgeführt.

- Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV)
- Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)
- Sondervermögen Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen
- Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR, Aachen
- Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung, Aachen
- Zweckverband Region Aachen

Weil nur noch vereinzelt gedruckte Exemplare nachgefragt werden, wird der Beteiligungsbericht in erster Linie im Internet veröffentlicht. Er steht unter www.staedteregion-aachen.de zum Abruf zur Verfügung. Wenn Sie Informationen zum Beteiligungsbericht wünschen, stehen meine Mitarbeiterinnen bei der Stabsstelle S 80 -Wirtschaftliche Beteiligungen und Zentrales Controlling- gerne für nähere Auskünfte zur Verfügung.

Aachen, im November 2017

(Etschenberg)
Städteregionsrat

Einleitung

Der Beteiligungsbericht zum 31.12.2015 der StädteRegion Aachen schreibt die bewährte Form der bisherigen Beteiligungsberichte fort. Seine Struktur folgt § 52 Gemeindehaushaltsverordnung NRW und die Gliederung ist so ausgerichtet, dass die folgenden Aspekte separat ausgewiesen werden:

- die Ziele der Beteiligung,
- die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- die Beteiligungsverhältnisse,
- die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
- die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
- die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
- die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
- der Personalbestand jeder Beteiligung.

Die Gliederung von Aktiva und Passiva wurde um eine weitere Gliederungsstufe ergänzt. Die komprimierte Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung je Beteiligung weist Gesellschafterzuschüsse oder Verlustabdeckungen separat aus.

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht werden erstmalig die teilweise sehr umfangreichen Lageberichte der Unternehmen und Zweckverbände nicht mehr in Auszügen, sondern in Gänze wiedergegeben.

Die wirtschaftlichen Angaben im Beteiligungsbericht beziehen sich auf die zuletzt vorgelegten attestierten Prüfberichte der jeweiligen Jahresabschlüsse des Geschäftsjahres 01.01.2015 bis 31.12.2015, dies gilt ebenfalls für die dargestellten Kennzahlen.

Die Angaben zur Besetzung der Aufsichts- und Entscheidungsgremien berücksichtigen den Stand der Mandatswahrnehmung zum Stichtag 31.12.2015 durch die Vertreter/innen der StädteRegion Aachen.

Anhand einer Gesamtübersicht werden alle Beteiligungen der StädteRegion Aachen in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Form grafisch dargestellt. Diese wird ergänzt um eine grafische Darstellung der Mitgliedschaft der StädteRegion Aachen in Vereinen.

Erläuterungen

Gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 4 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) ist im Beteiligungsbericht nach § 117 GO die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage gesondert anzugeben und zu erläutern. Nachstehend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erläutert.

Bilanz

Auf der Aktivseite wird die Verwendung der Eigen- und Fremdmittel gezeigt, während die Passivseite die Mittelherkunft darstellt. Die Verwendung des Vermögens wird in Anlage- und Umlaufvermögen gegliedert, wobei das Anlagevermögen diejenigen Vermögensgegenstände widerspiegelt, die dem Unternehmen langfristig dienen sollen. Das Umlaufvermögen unterliegt einem häufigeren Zu- und Abfluss, da es i.d.R. nur kurzfristig zur Verfügung steht. Rechnungsabgrenzungsposten sind zeitliche Abgrenzungen von Ausgaben (Aktivseite) bzw. Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand bzw. Ertrag für die Zeit nach diesem Tag darstellen. Rückstellungen sind für ungewisse Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden. Ungewiss bedeutet hierbei Unsicherheit hinsichtlich der Höhe oder des Zeitpunktes ihres Eintritts. Außerdem sind Rückstellungen zu bilden für im Geschäftsjahr unterlassene Instandhaltungsaufwendungen, die innerhalb der ersten drei Monate des Folgejahres nachgeholt werden. Darüber hinaus sind noch Rückstellungen für Gewährleistungen ohne rechtliche Verpflichtung zulässig und Aufwandsrückstellungen, so weit sie am Abschlussstichtag wahrscheinlich oder sicher sind.

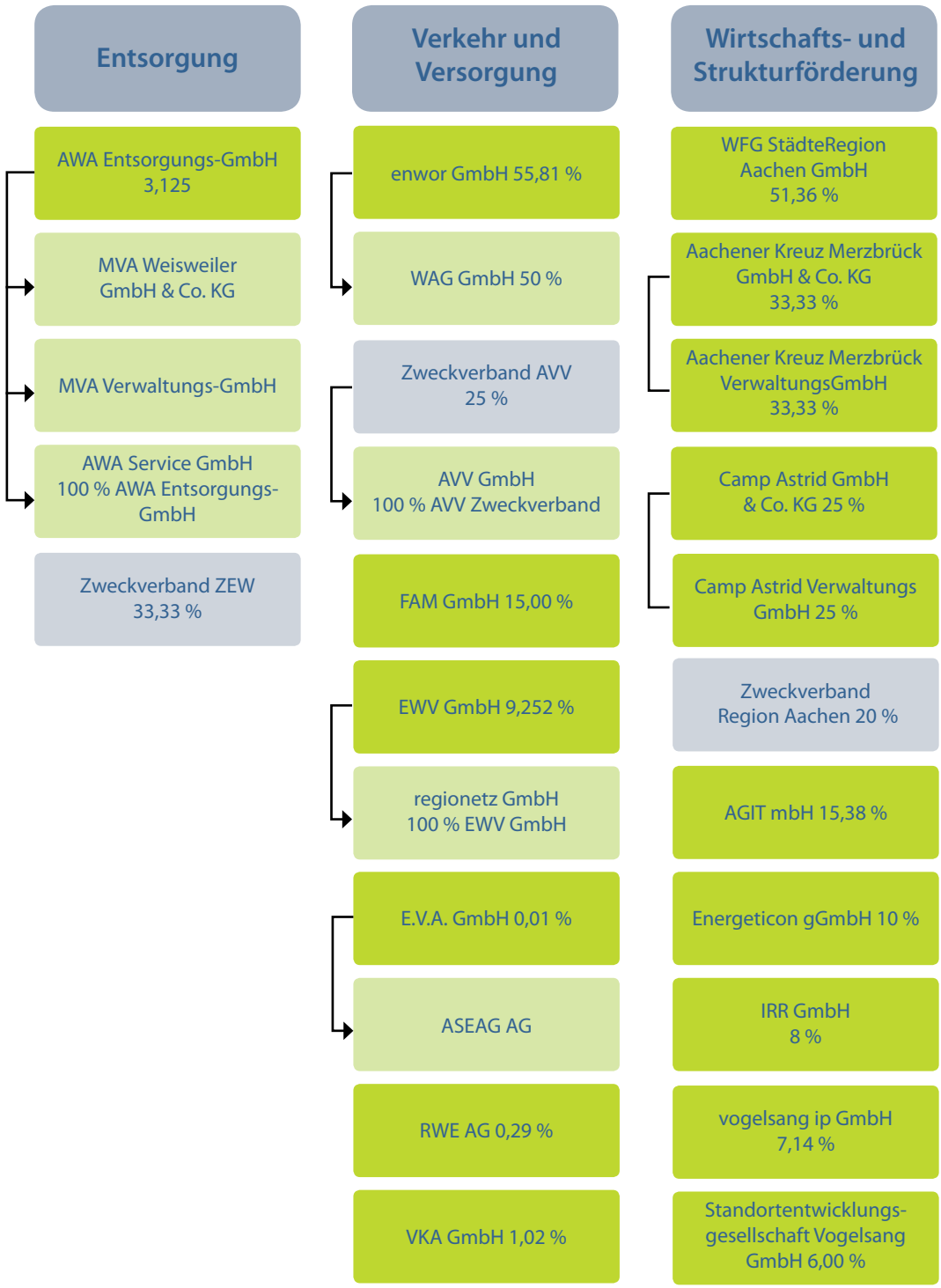
Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse sind Erlöse aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung der für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit der Gesellschaft typischen Erzeugnisse, Waren und Dienstleistungen. Das Betriebsergebnis gibt an, in welchem Maße das Unternehmen auf seinem Leistungs- bzw. Produktionsgebiet erfolgreich ist. Das Ergebnis ist maßgeblich für die Wirtschaftlichkeit der Zweckerfüllung. Ausnahmen gelten für Holdinggesellschaften und Finanzinstitute. Das Finanzergebnis spiegelt den Saldo des Zins-, Beteiligungs- oder sonstigen Finanzanlagevermögens des Unternehmens wider. Das gewöhnliche Geschäftsergebnis ist der Saldo aus dem Betriebs- und Finanzergebnis. Das außerordentliche Ergebnis zeigt den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen. Diese haben mit der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nichts zu tun und fallen selten an, sind von ungewöhnlicher Art, aber von einiger Bedeutung. Der Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag entspricht dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

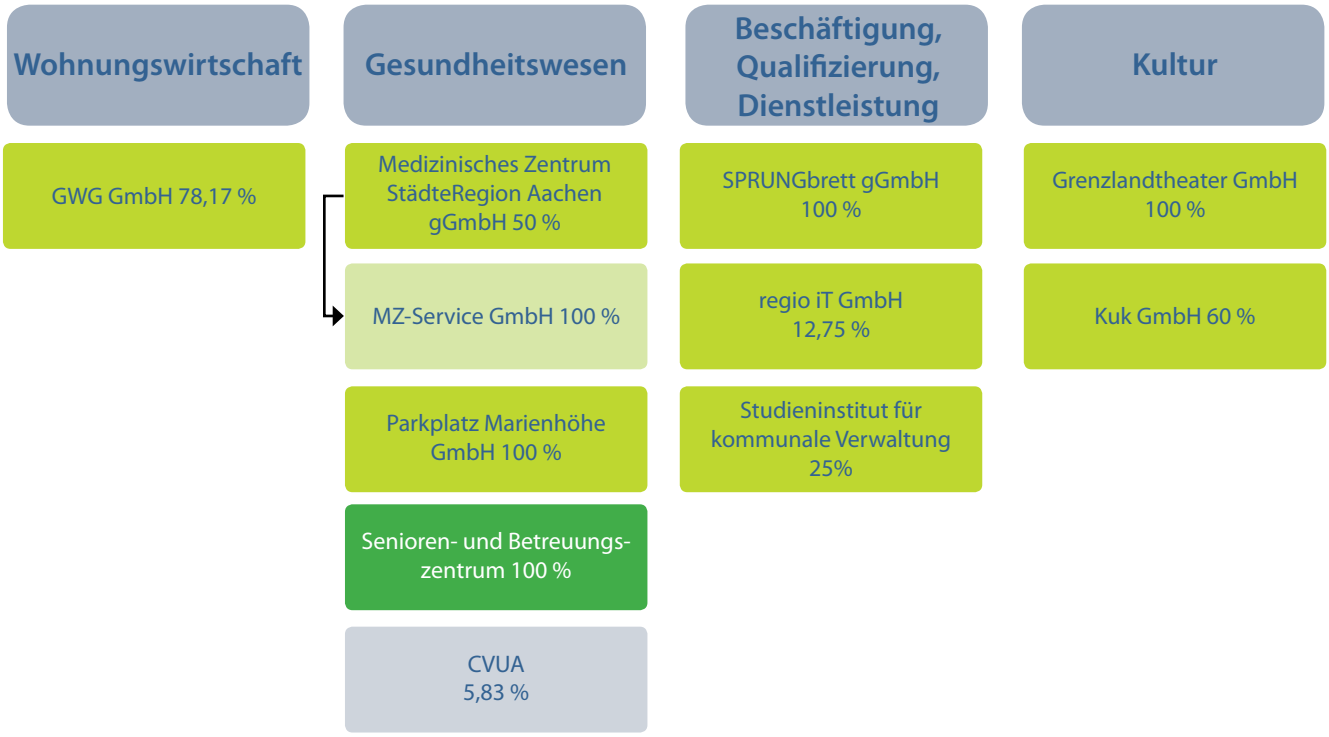
Abkürzungsverzeichnis

>	größer als
<	kleiner als
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AV	Anlagevermögen
BGBl.	Bundesgesetzblatt
bzw.	beziehungsweise
cbm/m³	Kubikmeter
EigVO	Eigenbetriebsverordnung NRW
EK	Eigenkapital
e.V.	eingetragener Verein
GkG	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO NRW	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz NRW
i.d.R.	in der Regel
i.H.v.	in Höhe von
KG	Kommanditgesellschaft
KrO	Kreisordnung
km	Kilometer
kWh	Kilowattstunden
LSP	Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten
Mio.	Million
NRW	Nordrhein-Westfalen
qm/m²	Quadratmeter
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
RWTH	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule
Sopo	Sonderposten

StädteRegion Aachen



StädteRegion Aachen





Entsorgung

AWA Entsorgung GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Beauftragung des „Zweckverbandes Entsorgungsregion West“ mit der Aufgabenwahrnehmung, Koordination und Durchführung von abfallwirtschaftlichen Aufgaben. Dies umfasst die Weiterentwicklung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Planung, Vorbereitung, Einleitung und Durchführung von Genehmigungsverfahren für Anlagen zu Sortierung, stofflichen Verwertung, thermischen oder sonstigen Behandlungen und Ablagerungen von Siedlungsabfällen sowie die Errichtung und den Betrieb entsprechender Anlagen. Die Beauftragung weiterer Aufgaben, Rechte und Pflichten bedarf im Einzelfall der ausdrücklichen Zustimmung derjenigen Körperschaften, um deren Aufgaben, Rechte und Pflichten es sich handelt. Soweit davon beide Gebietskörperschaften betroffen sind, bedarf dies der Zustimmung beider.

Die Gesellschaft darf alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Gesellschaftsgegenstand zu fördern. Die Gesellschaft darf abfallwirtschaftliche Aufgaben von kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit Zustimmung beider Gesellschafter übernehmen. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Gesellschaften zu beteiligen. Die Gesellschaft darf Grundstücke erwerben sowie eigenen und fremden Grundbesitz verwalten und verwerten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Geschäftsführer haben. Die Zahl der Geschäftsführer richtet sich nach dem Aufgabenumfang der Gesellschaft. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist er stets alleinvertretungsberechtigt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, kann einer der Geschäftsführer durch Beschluss der Gesellschafterversammlung zum Vorsitzenden bestimmt werden.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 24 stimmberechtigten und vier beratenden Mitgliedern. 21 stimmberechtigte Mitglieder des Aufsichtsrates und ihre Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Entsorgungsregion West (ZEW) bestellt und in den Aufsichtsrat entsandt. Drei stimmberechtigte Aufsichtsratsmitglieder und ihre Stellvertreter werden auf Vorschlag der Gesellschafterversammlung durch Mehrheitsbeschluss der 21 vom ZEW bestimmten Aufsichtsratsmitglieder bestellt. Von diesen drei Aufsichtsratsmitgliedern muss je ein Mitglied

- Angehöriger der Geschäftsführung der Industrie- und Handelskammer zu Aachen,
- Angehöriger der Geschäftsführung des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus der Region Aachen,

- Angehöriger des Kreises der Professoren der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen sein.

Jedes Mitglied des ZEW entsendet eine fachkundige Person als Mitglied in den Aufsichtsrat mit beratender Stimme. Ihre Stellvertreter werden gleichfalls von dem Mitglied des ZEW bestimmt. Ein Vertreter des Betriebsrates nimmt mit beratender Stimme an der Sitzung des Aufsichtsrates teil.

Gesellschafterversammlung:

In der Gesellschafterversammlung werden die Gesellschafter durch ihre gesetzlichen Vertreter vertreten. Darüber hinaus kann sich jeder Gesellschafter durch rechtsgeschäftliche Vertreter vertreten lassen, sofern es sich hierbei um Angehörige der Verwaltung des vertretenen Gesellschafters handelt. Abweichend hiervon kann die Gesellschafterversammlung weitere Personen als Vertreter oder Beistand in der Gesellschafterversammlung zulassen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Ulrich Koch

Vertreter der StädteRegion per ZEW im Aufsichtsrat:

	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Oliver Bode	Städteregionstagsmitglied
	Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
	Gabriele Bockmühl	Städteregionstagsmitglied
	Michael Kirsch	Städteregionstagsmitglied
	Werner Krickel	Städteregionstagsmitglied
	Uwe Friedrich Löhr	Städteregionstagsmitglied
Beratendes Mitglied:	Uwe Zink	Dezernent StädteRegion

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Städteregionsrat Helmut Etschenberg

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52249 Eschweiler
gezeichnetes Kapital:	640.000,00 Euro
	(Stammkapitalerhöhung gem. Urkunde vom 14.06.06 durch Umwandlung von freien Rücklagen)

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Zweckverband ZEW	600.000,00	93,750
StädteRegion Aachen	20.000,00	3,125
Stadt Aachen	20.000,00	3,125
	640.000,00	100,000

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
MVA Weisweiler GmbH & Co.KG	6.392.000,00	50,00
MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH	12.782,30	50,00
MOENA Grundstücksverw.GmbH & Co.KG i.L.	12.782,29	50,00
MOENA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH	12.782,30	50,00
AWA Service GmbH	25.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 - in T€ -	2014 - in T€ -	2015 - in T€ -
A. Anlagevermögen	26.762	26.311	27.610
I. Imm. Vermögensgegenst.		369	189
II. Sachanlagen		23.402	24.881
III. Finanzanlagen		2.541	2.539
B. Umlaufvermögen	46.587	47.815	42.966
I. Vorräte		91	86
II. Forderungen / sonst. VG		24.055	26.594
III. Wertpapiere		3.000	3.000
IV. Kassenbestand, Guthaben		20.669	13.286
C. Rechnungsabgrenzungsposten	9	29	36
Bilanzsumme Aktiva	**73.358**	**74.155**	**70.612**
A. Eigenkapital	9.824	1.183	4.327
I. Gezeichnetes Kapital	640	640	640
II. Gewinnrücklagen	3.000	3.000	3.000
III. Gewinn/ Verlustvortrag	2.313	6.184	-2.457
IV. Jahresübersch./fehlbetrag	3.870	-8.641	3.144
B. Rückstellungen	37.640	47.143	35.363
C. Verbindlichkeiten	25.446	25.413	30.538
D. Rechnungsabgrenzungsposten	448	416	384
Bilanzsumme Passiva	**73.358**	**74.155**	**70.612**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 - in T€ -	2014 - in T€ -	2015 - in T€ -
Umsatzerlöse	39.685	46.142	46.015
Betriebsergebnis	88	2.668	3.563
Finanzergebnis	717	-205	-112
gewöhnliches Geschäftsergebnis	805	2.462	3.452
außerordentliches Ergebnis		-11.240	0
Ertragssteuern	3.171	219	-347
Jahresfehlbetrag n. Steuern	**3.870**	**-8.641**	**3.144**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen	78	79	86

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Über die Ergebnisverwendung der AWA Entsorgung GmbH – d.h. über die Verwendung des Jahresüberschusses zuzüglich eines Gewinnvortrages und abzüglich eines Verlustvortrages oder, so weit einschlägig, über die Verwendung des Bilanzgewinnes – entscheidet die Gesellschafterversammlung nach freiem Ermessen. Die Gesellschafterversammlung kann insbesondere beschließen, dass das Ergebnis ganz oder teilweise in Gewinnrücklagen eingestellt oder auf neue Rechnung vorgetragen wird. Soweit die Ergebnisse aus der Wahrnehmung von Aufgaben resultieren, die die Gesellschafter Stadt und Städteregion Aachen in gleichem Umfange auf die AWA GmbH übertragen haben, erfolgt die Ergebnisverteilung im Verhältnis der Geschäftsanteile zueinander. Im Übrigen erfolgt die Ergebnisverteilung nach dem Ergebnis der jeweiligen von den Gesellschaftern übertragenen Aufgaben.

Gesellschafter der AWA Entsorgung GmbH ist der Zweckverband Entsorgungsregion West, in dem die StädteRegion Aachen ebenfalls Mitglied ist. Zwischen der AWA Entsorgung GmbH und dem ZEW bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 GO NRW in Verbindung mit § 2 LAbfG und dem Kreislaufwirtschaftsgesetz grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Lagebericht der Gesellschaft

Abfallwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Abfallwirtschaft befindet sich auf einem unterschiedlichen wirtschaftlichen Niveau: Während sich die Behandlungspreise für kommunale entsorgungspflichtige Müllmengen nach wie vor als hochpreisig darstellen können, genießt die gewerbliche Abfallwirtschaft immer noch Marktpreise, die unter den Gestehungspreisen in den Behandlungsanlagen liegen. Dieser bundesweite Trend erfährt in gewisser Weise gerade eine Wandlung. Bisher waren die Preise in der Regel auf absteigendem Niveau. Seit ca. Ende 2015 stabilisieren sich die Preise für gewerbliche Abfälle und ziehen auf ein Niveau an, das zur Kostendeckung einen deutlich besseren Beitrag leistet. Dies hat Auswirkungen zur Stabilisierung der Entgelte der AWA und damit auch der Akzeptanz der Dienstleistungen der Gesellschaft.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2015 konnte im operativen Bereich sehr erfolgreich abgeschlossen werden. Der zuvor erwähnte Preisanstieg im gewerblichen Bereich und die über das geplante Niveau deutlich hinausgehenden Mengen, die für die vorbereitenden Rekultivierungsmaßnahmen auf der stillgelegten Deponie Alsdorf-Warden eingesetzt werden konnten, führen zu einem erfreulichen, unerwarteten operativen Ergebnis. Alle abfallwirtschaftlichen Ziele wurden erreicht und zum Teil übererfüllt. Ebenso wurden alle wirtschaftlichen Planungen eingehalten, zum Teil mit deutlichen positiven Abweichungen, so dass ein entsprechend gutes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zu verzeichnen ist, wozu die sehr engagierten Mitarbeiter/-innen der Gesellschaft erheblich beigetragen haben.

Abfallwirtschaftliche Entwicklung und entsorgte Mengen

Sowohl unter Berücksichtigung des Landesabfallgesetzes als auch der vom Aufsichtsrat beschlossenen Unternehmensziele ist die AWA als 100 % kommunales Unternehmen zu vorbildlichem ökologischen Verhalten verpflichtet. Diese Verpflichtung wird von den Mitarbeiter/-innen sowie von der Geschäftsführung der Gesellschaft außerordentlich ernst genommen. Die Geschäftsführung erhält dabei Unterstützung von den Gremienmitgliedern der Gesellschaft, aber auch von den Gremienmitgliedern der Gesellschafter. Deshalb ist oberstes Ziel, dass alle Stoffströme, die durch Gesetze bzw. Satzungen dem ZEW zu überlassen sind, von der beauftragten AWA Entsorgung GmbH ordnungsgemäß verwertet bzw. behandelt und beseitigt werden. Dabei müssen selbstverständlich auch Entsorgungskonzepte für die Stoffe gefunden werden, die nicht unmittelbar einer Entsorgungspflicht unterliegen, gleichwohl aber in den Zuständigkeitsbereich von ZEW/AWA fallen.

Anlagenbetrieb MVA Weisweiler

Erneut konnte im Geschäftsjahr 2015 ein ganz hervorragendes Ergebnis im Betrieb der MVA Weisweiler erreicht werden. Die technische Verfügbarkeit war trotz zweier Revisionen mit 386.000 t beeindruckend.

Vorübergehend konnten gewerbliche Mengen nicht angenommen werden, da die vorrangig zu behandelnden entsorgungspflichtigen Mengen die verbleibende Kapazität vollständig ausgenutzt haben. Neue gewerbliche Kunden konnte die AWA in diesem Zusammenhang nur in begrenztem Maße gewinnen. Die Nachfragesituation konnte genutzt werden, um moderate Preisanhebungen im gewerblichen Bereich durchzusetzen. Im Geschäftsjahr 2015 sind die Verhandlungen zur Fortsetzung des Betriebsführungs- und Anbindungsvertrags der MVA KG mit der RWE Power AG erfolgreich beendet worden. Bis Ende 2020 konnte im Rahmen einer sogenannten Interims-vereinbarung zwischen der MVA KG und RWE Power AG für die Beteiligungsgesellschaft MVA Weisweiler GmbH & Co. KG leichte Verbesserungen in den Vertragskonditionen erreicht werden.

Kompostierungsanlagen

Die Biovergärungsanlage in Würselen konnte einen störungsfreien Verlauf im Geschäftsjahr erreichen. Die Gasausbeute konnte gesteigert werden. Die Kompostierungsanlagen auf dem ELC Warden und in Aachen-Brand liefen problemlos. Die neue Grünschnitt – Kompostierungsanlage am Standort Warden ist seit dem Geschäftsjahr 2016 im Bau und wird Anfang des Jahres 2017 in Be-trieb genommen werden können.

ELC Warden/Deponie Warden

Die Oberflächenabdichtungsmaßnahmen wurden fortgesetzt, wobei es durch Genehmigungsauflagen im Zuge der Verlagerung der Grünschnittkompostierung zu leichten Verzögerungen kam, die jedoch in den Folgeperioden aufgeholt werden können. Aufgrund von Setzungsproblemen im 3. Bauabschnitt waren zusätzliche Ertüchtigungsmaßnahmen hinsichtlich der Standfestigkeit erforderlich. 20% der Oberflächenabdichtungsmaßnahmen der Deponie wurden bereits erfolgreich abgeschlossen. Wegen der nach wie vor zum Teil bestehenden Genehmigungsgrenzen, konnten trotz ausreichend technischer Kapazitäten nicht alle im ELC Waren umzusetzenden Abfallmengen angenommen werden, und wurden teilweise auf andere Standorte umgeleitet.

ELC Süd

Die im Vorjahr bereits äußerst positive Akzeptanz wurde im Jahre 2015 nochmals erheblich gesteigert. Die erfassten Stoffströme sind umfassend und werden bedarfsorientiert erweitert. Der Zulauf und Zuspruch durch die Bevölkerung ist so groß, dass im Geschäftsjahr 2016 auf Bitte der Stadt Monschau die Öffnungszeiten dem Andrang entsprechend angepasst und erweitert werden.

ELC Rurbenden

Für das im Gewerbegebiet Rurbenden (Gemeinde Niederzier) vorgesehene ELC Rurbenden liegt trotz überarbeiteter Genehmigungsanträge noch keine Baugenehmigung vor. Mit dieser wird im Sommer 2016 gerechnet. Die Planungen mussten aufgrund der Verschärfungen behördlicher Auflagen erheblich überarbeitet werden, so dass mit der Eröffnung nicht vor Oktober 2016 gerechnet werden kann. Auch hier sollen so viele Stoffströme wie möglich angeboten werden. Die Öffnungszeiten werden bedarfsgerecht angeboten und sich am nahegelegenen Gewerbegebiet / Einkaufszentrum orientieren.

ELC Horm

Die durch den Brand Ende 2012 verursachten Brandschäden führten zu einer Änderung des Behandlungskonzeptes. Die Umsetzung der Hallensanierung konnte bisher noch nicht erfolgen, da erst die Genehmigungsauflagen der Bezirksregierung Köln nochmals ausführlich erörtert werden mussten, so dass erst im Sommer 2016 mit der Genehmigung zu rechnen ist. Eine Inbetriebnahme des wiederaufgebauten ELC ist für Ende 2016/ Anfang 2017 vorgesehen.

Sickerwasserreinigungs- und Gasnutzungsanlage

Die Betriebsweise der Gasnutzung wurde durch den neuen Gasmotor stabiler. Der Anteil der Erdgasbeimischung konnte stark reduziert werden. Die Deponiegasmengen sind zur Zeit konstant und vollkommen ausreichend für den Gasmotor. Die Sickerwasserreinigungsanlage läuft in einem stabilen Betriebszustand.

Personalentwicklung

Insgesamt waren 80,2 Personen bezogen auf Vollzeitstellen im Jahr 2015 bei der AWA Entsorgung GmbH tätig. Darüber hinaus werden 13 Auszubildende bei der AWA Entsorgung GmbH auf ihr Berufsleben vorbereitet. Dies entspricht einer Ausbildungsquote von ca. 12 %. Die Gewinnung von technischen Auszubildenden erweist sich zunehmend als schwierig.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Zugriff auf die elektronischen Medienangebote der AWA Entsorgung GmbH wurde in 2015 gesteigert. Die Nutzung der für das gesamte Gebiet des ZEW konzipierten Abfall – App ist kontinuierlich zunehmend. Die App selbst wurde in ihrem Leistungs- und Informationsumfang deutlich erweitert, so dass sich die Nutzungsvoraussetzungen für die Bevölkerung verbessern. Das Informationsangebot im Internet wurde in erheblich stärkerem Maße als im Vorjahr genutzt. Die deutlich häufigere Internetnutzung und die verbesserte Ausstattung der Bevölkerung mit den geeigneten Geräten, spiegeln das geänderte Nutzungsverhalten wieder und führen zu einem erhöhten Dialog mit Interessierten. Die Internetseite wurde neu gestaltet, das Corporate Design wurde konsequent im Alltagsbetrieb umgesetzt. Der Werbeaufwand für die Mitnutzung der abfallwirtschaftlichen Anlagen der AWA Entsorgung GmbH wurde zielgerichtet eingesetzt, um auch die Akzeptanz der Anlagen der Umgebung zu stabilisieren bzw. zu erhöhen. Im Rahmen des Möglichen wurden dabei auch soziale Aspekte berücksichtigt.

Ertragslage

Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse entfallen mit etwa € 45,5 Mio. (Vorjahr € 45,7 Mio.) auf Entsorgungsentgelte, die damit nahezu auf dem Niveau des Vorjahres liegen. Hierbei ist allerdings grundsätzlich zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft ihre Entgelte nach den für sie geltenden öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen (KAG, LSP u. a.) zu bemessen hat und diese nicht frei kalkulierbar sind. Die Umsatzerlöse sind somit von der Entwicklung der Entsorgungskosten abhängig, die wesentlich von den Verbrennungskosten der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG beeinflusst werden.

Die übrigen Umsatzerlöse (T€ 526; Vorjahr T€ 486) betreffen Erlöse aus dem Stromverkauf, die in einem hohen Maße aus dem Betrieb des BHKW in Würselen resultieren. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Schrotterlöse aus der Rostascheaufbereitung (T€ 1.487; Vorjahr T€ 1.867), Erlöse aus Geschäftsbesorgungen (T€ 1.503; Vorjahr T€ 1.416) sowie Mieterlöse aus dem Betriebshof RegioEntsorgung (T€ 420; Vorjahr T€ 361). Die Aufwendungen für bezogene Leistungen (€ 35,2 Mio.; Vorjahr € 35,8 Mio.) bein-halten Fremdleistungen für die Verbrennungskosten der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG, für den Betrieb der Kompostplätze Alsdorf-Warden und Würselen sowie Leistungen für den Betrieb der Zentraldeponie Alsdorf-Warden, für die Betriebsführung der Rostascheaufbereitung, Schadstoffsammlung und für Fremdleistungen Abwasserentsorgung Siwa.
In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere Kosten für Versicherungsbeiträge (T€ 106; Vorjahr T€ 195), Wartung/Instandhaltung (T€ 1.126; Vor-jahr T€ 932), Beratungs- und Prüfungskosten (T€ 999; Vorjahr T€ 1.449), Fremdleistungen (T€ 408; Vorjahr T€ 456) und Öffentlichkeitsarbeit (T€ 333; Vorjahr T€ 362) enthalten. Beteiligungserträge wurden in Höhe von T€ 1.336 (Vorjahr T€ 0) erzielt. In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von T€ 178 (Vorjahr T€ 576) enthalten. Die Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen enthält neben Darlehenszinsen (T€ 780; Vorjahr T€ 851) auch zinsbasierende Anpassungen aus langfristigen Rückstellungen für Erstattungsverpflichtungen aus Entgeltkalkulationen der Vorjahre (T€ 403; Vorjahr T€ 434) sowie für die Rekultivierung der Deponie (T€ 719; Vorjahr T€ 0). Weiterhin werden Zinsen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ausgewiesen (T€ 527; Vorjahr T€ 335), die mit den Zinserträgen aus der Rückdeckungs-versicherung (T€ 105; Vorjahr T€ 77) verrechnet werden. Das Rohergebnis (T€ 15.672; Vorjahr T€ 15.465) liegt geringfügig über dem des Vorjahres. Das Ergebnis vor Steuern beträgt T€ 3.491. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 3.144 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag T€ 8.640) ab. Der Jahresfehlbetrag des Vorjahres resultiert aus der außerordentlichen Ergebnisbelastung durch das Preisanpassungsbegehren, das die Mitgesellschafterin in der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG, die EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH gegen die AWA Entsorgung GmbH gerichtet hatte. Das Schiedsverfahren zum Preisanpassungsbegehren wurde im Jahre 2015 beendet. Der von der AWA Entsorgung und der EGN außerhalb des Schiedsgerichts vereinbarte Vergleich in Höhe von T€ 11.800 wurde durch Schiedsspruch bestätigt. Durch entsprechende Rückstellungsbildung im Vorjahr wurde das Ergebnis im Geschäftsjahr 2015 durch diesen Vorgang nicht wesentlich belastet.

Vermögenslage

Die Vermögens- und Finanzlage der AWA Entsorgung GmbH ist weiterhin geordnet.
Das Gesamtvermögen der Gesellschaft in Höhe von T€ 70.612 liegt um T€ 3.543 unter dem Vorjahreswert (T€ 74.155). Während das Anlagevermögen von T€ 26.311 im Vorjahr auf T€ 27.610 im Berichtsjahr anstieg, nahm das Umlaufvermögen auf T€ 42.966 (Vorjahr T€ 47.815) ab.

Finanzlage

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um T€ 3.144 erhöht. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (T€ 17.437; Vorjahr T€ 19.394) reduzierten sich um die planmäßigen Tilgungen. Die Rückstellungen (T€ 35.363; Vorjahr T€ 47.142) sanken insgesamt um T€ 11.780. Wesentliche Bewegungen ergaben sich aus der Inanspruchnahme bzw. Umgliederung der Rückstellung für die

drohende Inanspruchnahme aus dem Preisanpassungsbegehren EGN in Höhe von T€ 11.240, dem Rückgang der Rückstellungen für Sanierung und Rekultivierung in Höhe von T€ 686 sowie aus dem Zugang der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen von T€ 381.

Die Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	2015 T€	2014 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-3.340	8.202
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1.305	-1.530
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2.738	-2.787
Veränderung des Finanzmittelfonds	-7.383	3.885
Finanzmittelfonds am Anfang des Geschäftsjahres	20.669	16.784
Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	13.286	20.669

Die Eigenkapitalquote stieg von 1,6% auf 6,13%. Diese ist damit unter betriebswirtschaftlichen Aspekten relativ gering, aufgrund des rechtlichen Umfelds und der Kalkulationsgrundlagen lassen sich hieraus aber keine besonderen Risiken ableiten. Das Verhältnis von Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital zum Anlagevermögen (Anlagendeckungsgrad II) weist einen Wert von 144% aus. Das Umlaufvermögen deckt das kurzfristige Fremdkapital mit einem Faktor von 1,4 ab.

Umweltschutz

Wie in den vergangenen Geschäftsjahren wurden seitens der Gesellschaft alle vom Aufsichtsrat festgelegten Umweltziele konsequent eingehalten. Die Umsetzung der Umweltziele erfolgte vorbildlich und alle gesetzlichen und staatlichen Vorgaben wurden eingehalten. Nach wie vor bleibt die konsequente, zuverlässige und vorbildliche Unterschreitung der vorgegebenen Emissionswerte der Müllverbrennungsanlage als auch der Biovergärungsanlage bemerkenswert. Das seit Jahren eingerichtete Qualitäts- und Umweltmanagement ist erneut zertifiziert worden. Die AWA Entsorgung GmbH sowie das Beteiligungsunternehmen MVA Weisweiler sind weiterhin als Entsorgungsfachbetrieb anerkannt.

Nachtragsbericht

Die Vertragsverhandlungen zum Weiterbetrieb und Fortbestand der MVA Weisweiler zwischen den beiden Gesellschaftern, der Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, Viersen (EGN), und der AWA Entsorgung GmbH konnten erfolgreich beendet werden. Das unbefristete Vertragspaket ist durch beide Gesellschafter erstmals mit Wirkung zum Ende des Jahres 2020 kündbar. Bis dahin stehen die Vertragskonditionen fest, die ab 2021 noch zu vereinbarenden Vertragskonditionen werden im Geschäftsjahr 2016 verhandelt.

Durch den Abschluss des Vertragspakets zwischen AWA und EGN im Frühjahr 2016 und der Interimsvereinbarung zwischen MVA KG und der RWE Power AG im Geschäftsjahr, ist der Fortbestand der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG nach dem Auslaufen des derzeitigen Vertragspakets bis auf Weiteres gesichert.

Prognosebericht

Die Abfallmengen zur Beseitigung haben sich im Geschäftsjahr leicht erhöht, ebenso konnten die Wertstoffmengen im Geschäftsjahr gesteigert werden. Es steht nicht zu erwarten, dass die Gesamtmenge des Abfalls erheblich zurückgeht. Lediglich die in den verschiedenen Fraktionen zu sammelnden Wertstoffmengen verschieben teilweise das Abfallmengengerüst untereinander. Die erhöhten Anstrengungen zum Ressourcenschutz tragen zum Anstieg der Wertstoffmengen bei und stabilisieren damit den Aufgabenbereich der AWA. Ebenso werden durch die Ausweitung der Aktivitäten in den Entsorgungs- und Logistikcentren die Stoffströme im stärkeren Zugriff der AWA bleiben. Ob und inwieweit ein vom Bund zu erlassendes Wertstoffgesetz an dieser positiven Entwicklung etwas ändern wird, bleibt abzuwarten. Der Wettbewerb um Wertstoffe wird härter und die privaten Entsorgungsunternehmen versuchen alles, um dieser finanziell zum Teil interessanten Stoffströme Herr zu werden. Umso wichtiger ist der Aufbau und weitere Ausbau der kommunalen Entsorgungsinfrastruktur.

Chancenbericht

Das Ausschreibungsverfahren für den neuen Abfallwirtschaftsplan NRW hat sich über das gesamte Geschäftsjahr 2015 hingezogen, dabei erhebliche Arbeitskraft gebunden und letztendlich nicht zu dem Ergebnis geführt, das zunächst konzipiert war. Aus den ursprünglich fünf Entsorgungsregionen sind in der Letztfassung im Frühjahr 2016 dann nur noch die Aufteilung des Landes in drei Entsorgungsregionen festgelegt worden. Damit erhöht sich in der „Entsorgungsregion 1“ die Konkurrenz der insgesamt sieben Müllverbrennungsanlagen und führt zu einem erhöhten Wettbewerbsdruck. Angesichts der relativ stabilen Vertragssituation zwischen AWA und EGN hinsichtlich des gemein-samen Weiterbetriebs der MVA Weisweiler wird die AWA aber in der Lage sein, das für sie verpflichtend auszulastende Kontingent zu akzeptablen Preisen zu beliefern. Die Aussicht auf marktgerechte Verbrennungspreise ab 2020 erleichtert die Bildung von kommunalen Kooperationen und die Erweiterung der Zuständigkeiten der AWA bzw. des ZEW. Inwieweit bisher im Zugriff der AWA befindliche Stoffströme durch das vom Bund beabsichtigte und noch zu erlassende Wertstoffgesetz beeinträchtig werden, bleibt abzuwarten. Es ist im Frühjahr 2016 nicht klar, ob es überhaupt zur Verabschiedung eines Wertstoffgesetzes kommt oder ob die bisherige Situation fortbestehen wird. Dies ermöglicht der AWA, sich aller Stoffströme anzunehmen, die in der Region anfallen und für die die Gesellschaft entsprechende abfallwirtschaftliche Behandlungsanlagen vorhält. Die AWA als ernstzunehmender Marktteilnehmer wurde daher auch im Geschäftsjahr 2015 in erhöhtem Maße angefragt und konnte zum Teil gewerbliche Mengen nicht mehr in das begrenzte Kontingent der AWA in der MVA Weisweiler aufnehmen. Mit der Novellierung der Gewerbeabfallverordnung im Geschäftsjahr 2016 konkretisieren sich die Randbedingungen der Entsorgung aus den Bereichen Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe. Diese Entwicklung ermöglicht der AWA als seriösem Partner, insbesondere im Bereich der mittelständischen

Gewerbebetriebe entsprechende Abfall- bzw. Wertstoffmengen zu akquirieren. Dabei wird sich die gute logistische Lage der AWA-eigenen Abfallbehandlungsanlagen als vorteilhaft erweisen. Die Nachteile der peripheren Lage des Standortes Horm muss durch einen guten Service und durch attraktive Preise kompensiert werden. Die dort vorhandenen technischen Möglichkeiten zur Vorbehandlung und Transportoptimierung von Abfall- und Wertstoffströmen müssen in stärkerem Maße genutzt werden.

Risikobericht

Abfallmengen und Preisentwicklungen

Es kann zukünftig nicht ausgeschlossen werden, dass das geänderte Konsum-verhalten in stärkerem Maße Wertstoffmengen, die bisher noch durch Vermischung in die Beseitigung geraten, gesondert einer Wertstoffsammlung zugeführt und damit dem Ressourcenkreislauf wieder zur Verfügung gestellt werden. Ob die nach wie vor auch von der Gesellschaft unterstützten Bemühungen zur Abfallvermeidung zu nennenswerten Mengenveränderungen führen können, bleibt der zukünftigen Entwicklung überlassen. Durch die stetige Beobachtung der ab-fallwirtschaftlichen Entwicklungen im Bereich des ZEW, können Tendenzen er-fasst werden. Ausbleibende Hausmüllmengen müssen durch die stärkere Akquisition von Gewerbeabfällen kompensiert werden, unterstützt durch eine stärkere Kundenbetreuung. Durch die Vorgaben des Abfallwirtschaftsplans sollen die Mengen an Bioabfällen deutlich erhöht werden. Dadurch könnte sich die Hausmüllmenge geringfügig reduzieren. Sofern die Verantwortlichen in den Bereichen Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe die Vorgaben der neuen Gewerbeabfallverordnung umsetzen, könnten sich die Mengen an beseitigungspflichtigen und thermischen Verwertungsmengen reduzieren. Bisher zeichnet sich noch kein Rückgang der Müllmengen ab. Ob in Zukunft verstärkt in Verwertungsmaßnahmen investiert bzw. auf Verwertungen umgestiegen wird, ist zur Zeit nicht absehbar, da noch kein eindeutig wirtschaftlicher Vorteil gegenüber den Entsorgungspreisen für gewerbliche Abfälle erkennbar ist. Durch die Kapazitätsreduzierungspläne im Braunkohlebereich in der näheren Umgebung werden auch Möglichkeiten auf Dauer reduziert werden, im Wege der Mitverbrennung zu besonders günstigen Preisen aufbereitete Gewerbeabfälle thermisch behandeln zu lassen.

Primärenergieproduktion

In der Biovergärungsanlage Würselen konnte die Energiegewinnung gesteigert werden. Durch die Übernahme der Energiegewinnungseinheit in Eigenregie sind alle äußeren Voraussetzungen gegeben, durch Optimierung die Energieausbeute zu steigern und entsprechende Einspeisungen ins öffentliche Netz kontinuierlich zu verbessern. Als Mitgesellschafterin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG legt die AWA weiterhin allergrößten Wert darauf, dass die Dampfmenge aus der MVA Weisweiler kostenoptimiert für die Versorgung des Fernwärmebedarfs der Region eingesetzt wird. Die Verhandlungen zwischen der MVA KG und der STAWAG werden seitens der AWA begleitet und gefördert. Eine Umsetzung dieser Konzeption kann aber frühestens mit Beginn des Jahres 2020 erwartet werden, wobei ebenfalls Verhandlungen zwischen der MVA KG und der RWE Power AG über die Mitnutzung der Fernwärmeleitung und die Optimierung des Turbinenumfelds stattfinden müssen. Die kommerziellen Randbedingungen müssen unabhängig von der technischen Machbarkeit

frühzeitig geklärt werden. Die Energieausbeute und die Energiehonorierung des MVA-Dampfes können mittelfristig deutlich verbessert werden.

Risikomanagement

Das Risikomanagementsystem ist fester Bestandteil des betrieblichen Alltags. Alle Geschäftsabläufe werden einer regelmäßigen Überprüfung durch eine extern beauftragte Beratungsgesellschaft unterzogen. Die Geschäftsführung erarbeitet zusammen mit den zuständigen Abteilungsleitern die Aktualisierung bzw. Anpassung der bekannten Risiken und bewertet diese entsprechend der aktuellen Entwicklung neu und ergänzt um evtl. neu auftretende Risiken. Zweimal im Jahr wird die Risikosituation in den einzelnen Betriebs- und Unternehmensbereichen mit den verantwortlichen Abteilungsleitern und der Geschäftsführung erörtert und dokumentiert. Das Risikomanagement der AWA profitiert dabei vom bundesweiten Einsatz des beauftragten Ingenieurbüros. Damit ist die Gesellschaft in der Lage, die natürlicherweise durch den Betrieb entstehenden Risiken adäquat zu bewerten und zu beherrschen.

Sonstiges

Über die bis zum 31. Dezember 2015 bilanziell berücksichtigten Honorarforderungen hinaus, hat die Anwaltskanzlei, die mit der rechtlichen Vertretung im Zusammenhang mit dem Preisanpassungsbegehren/Schiedsverfahren beauftragt war, im Jahr 2016 weitere Forderungen in Höhe von 2,0 Mio. (brutto) geltend gemacht. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen wurde Ende Mai 2016 Klage eingereicht. Die Geschäftsleitung hat den Vorgang rechtlich bewerten lassen und hält basierend hierauf eine Inanspruchnahme für überwiegend unwahrscheinlich. Sie hat daher keine Rückstellungen bzw. weitere Verbindlichkeiten für potentielle Risiken aus diesem Rechtsstreit eingestellt.

Gesamtaussage

Durch das abgeschlossene Preisanpassungsbegehren kann die Zusammenarbeit mit der EGN als Geschäftspartner nunmehr kontinuierlich und konstruktiv fortgesetzt werden. Die Geschäftsbeziehung zu anderen Entsorgungspartnern kann ausgebaut werden. Die Aufbauorganisation und die guten technischen Kommunikationsmöglichkeiten tragen zu geordneten und effektiven Betriebsabläufen bei. Die AWA Entsorgung GmbH wird als zuverlässiges und faires Unternehmen in der Region als ökologisch vorbildlich und kaufmännisch berechenbar und erfolgreich in der Region Aachen/ Düren wahrgenommen.

Eschweiler, den 10. Juni 2016
Ulrich Koch
-Geschäftsführer-

AWA Service GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen im Auftrag des Zweckverbandes Entsorgungsregion West und der AWA Entsorgung GmbH, und zwar einschließlich Errichtung, Erwerb und Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen sowie die Übernahme der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen sowie die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:
Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Gesellschafterversammlung:
Die Vertretung erfolgt über die AWA Entsorgung GmbH als Gesellschafterin.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Ulrich Reuter
	Karl Rambadt (bis 31.07.2015)
	Dr. Manfred Krieck (ab 01.08.2015)

Gesellschafterversammlung:
Die Vertretung erfolgt über die AWA Entsorgung GmbH als Gesellschafterin.

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52249 Eschweiler
gezeichnetes Kapital:	25.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
AWA Entsorgung GmbH	25.000	100

AWA Entsorgung GmbH

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	1.819.453	1.742.717	1.715.231
I. Sachanlagen		1.742.717	1.715.231
B. Umlaufvermögen	2.941.761	1.984.595	2.607.287
I. Vorräte		8.000	8.000
II. Forderungen / sonst. VG		533.469	522.126
III. Kassenbestand, Guthaben		1.443.126	2.077.160
C. Rechnungsabgrenzungsposten	13.802	4.834	3.833
Bilanzsumme Aktiva	**4.775.016**	**3.732.146**	**4.326.351**
A. Eigenkapital	2.096.526	2.180.329	2.284.670
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Gewinnvortrag	346.428	2.071.527	2.155.329
III. Jahresüberschuss	1.725.099	83.802	104.342
B. Rückstellungen	176.021	208.670	181.201
C. Verbindlichkeiten	1.618.469	580.507	1.130.991
D. Rechnungsabgrenzungsposten	140.000	39.100	0
E. Passive latente Steuern	744.000	723.540	729.489
Bilanzsumme Passiva	**4.775.016**	**3.732.146**	**4.326.351**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Umsatzerlöse	6.916.275	8.250.328	8.398.039
Betriebsergebnis	162.878	217.552	327.835
Finanzergebnis	-23.240	1.843	291
gewöhnliches Geschäftsergebnis	139.638	219.395	328.126
außerordentliches Ergebnis	2.400.007	-65.577	-85.185
Jahresüberschuss n. Steuern	**1.725.099**	**83.802**	**104.342**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen (im Durchschnitt)	39,25	46,25	45,25

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine unmittelbaren Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen.
Zwischen der AWA Service GmbH und ihrer 100%-igen Muttergesellschaft, der AWA Entsorgung GmbH, bestehen vielschichtige Leistungsbeziehungen.

Lagebericht der Gesellschaft

Abfallwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf EU-, Bundes- als auch auf der Landesebene sind weitestgehend unverändert geblieben. Lediglich die ab dem 01.01.2015 gültige flächendeckende Bioabfallentsorgung wird zur Erhöhung der Erfassung der Bioabfälle aus Haushaltungen führen. Für die AWA Service hat es die Auswirkung, dass die Umschlagsmengen jeweils auf den Umschlagsplätzen in Horm oder auch in Warden sich erhöhen werden. Diese hat zunächst keine bzw. geringe Auswirkung auf Personal und Maschineneinsatz. Die in der zweiten Jahreshälfte einzusetzenden Rückgänge in den Vermarktungserlösen sind durch die gültigen Altverträge nicht auf die AWA Service durchgeschlagen.

Geschäftsverlauf

Das Jahr 2015 konnte in den wesentlichen Geschäftsfeldern Betrieb des ELC Horm, Durchführung der mobilen Schadstoffsammlung und Betrieb der Schadstoffannahmestelle in Aachen, Betriebsführung Warden inkl. der dazugehörigen Betriebsführungen, ELC Süd in Monschau und insbesondere der Umschlag und die Vermarktung inkl. der innerbetrieblichen Transporte für Abfälle und Altholz einschließlich deren Sortierung und Aufbereitung überaus positiv im Berichtsjahr fortgesetzt werden.

ELC Horm

Das Genehmigungsverfahren für die Sanierung der Hallen nach dem Großbrand 2012 wurde vorangetrieben. Ein vollständig identischer Wiederaufbau der ursprünglichen Hallen ist nicht sinnvoll, da gesetzliche Vorgaben nach aktuellem Recht einen wirtschaftlichen Betrieb des ELCs nicht mehr ermöglichen würden. Das Genehmigungsverfahren ist daher etwas aufwendiger und zeitintensiver. Mit der Genehmigungserteilung wird jedoch im Jahr 2016 gerechnet. Das bereits in 2014 installierte Paperspike-Aggregat wurde weiter in der Anwendung optimiert und hat zu besseren Ergebnissen geführt. Dadurch konnten in der Sortierung und Aufbereitung des Papiers aus den Haushaltssammlungen marktgerechte Mengen aussortiert und nach Marktlage vermarktet werden. Auch im Umschlag des Hausmülls für die MVA Weisweiler als auch des Biomülls in die Anlage zur Vergärung bzw. Kompostierung wurden Mengenerhöhungen verzeichnet. Der hierbei anfallende zusätzliche Aufwand konnte innerbetrieblich kompensiert werden.

Die für die AWA Entsorgung durchzuführenden weiteren Dienstleistungen, wie Transporte von Restmüll aus dem Landkreis Euskirchen als auch der Schlacke-Transport für die MVA Weisweiler, wurden bei den Fahrzeugauslastungsoptimierungen weiter kostenneutral durchgeführt.

Entsorgungs- und Logistikzentren

Die von der AWA Service betriebenen ELC Warden und insbesondere das ELC Süd in Monschau wurden von den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut angenommen. Dies macht sich insbesondere in der Steigerung der Mengen aber auch in der Besucher- und Kundenzahl bemerkbar. Diese positive Entwicklung bestärkt die Ausrichtung der Wertstofferfassungen über ELCs neu zu gestalten, wie z. B. Angebote für Folien, Hartkunststoffe und Plastik zur separaten Erfassung aufzubauen und damit das Recycling von derartigen Materialien zu fokussieren. Wesentlich ist aber auch, dass die Wertstofferfassungen über die ELCs noch flächendeckender auszubauen sind. Der Genehmigungsantrag für das von der AWA Service künftig zu betreibende ELC Rurbenden ist in 2015 erarbeitet und gestellt worden. Weitere potenzielle Standorte für ein ELC im süd-östlichen Bereich des Flächengebietes des ZEWs werden untersucht und bei Eignung vorgestellt.

Ertragslage

Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse (insgesamt T€ 8.398; Vj. T€ 8.250) betreffen in weit überwiegenden Anteilen Erlöse aus den Beauftragungen seitens der Gesellschafterin AWA Entsorgung GmbH. Zu den Umsatzerlösen zählen insbesondere Erlöse aus der Annahme von Altpapier (T€ 4.255; Vj. T€ 3.946), Erlöse aus Abfallaufbereitung (T€ 888; Vj. T€ 1.053), Transporterlöse (T€ 1.011, Vj. T€ 924) sowie Erlöse aus sonstigen Dienstleistungen (T€ 1.079; Vj. T€ 1.057) und Betriebsführung (T€ 530; Vj. T€ 567). Einen wesentlichen Posten in den sonstigen betrieblichen Erträgen (insgesamt T€ 737; Vj. T€ 780) stellen die Erträge aus dem Verkauf von Kraftstoffen dar (T€ 544; Vj. T€ 568), die sich aus der Mitnutzung der Tankstelle von Dritten ergeben. In weiteren Positionen sind unter anderem Schrotterlöse (T€ 87; Vj. T€ 111) und Mieterlöse (T€ 31; Vj. T€ 44) ausgewiesen. Unter den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren sind mit T€ 538 (Vj. T€ 510) insbesondere die Bezugskosten für Kraftstoffe enthalten, die zum Weiterverkauf bestimmt sind. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten im Wesentlichen Vergütungen an Dritte für Altpapier und Elektroschrott (T€ 3.537; Vj. T€ 3.316), Fremdleistungen für Transporte (T€ 385; Vj. T€ 655) und Geschäftsbesorgungsleistungen der AWA Entsorgung GmbH (T€ 420; Vj. T€ 410). Bei den Kosten für Altpapiervergütung ist zu berücksichtigen, dass in diesem Kontext auch entsprechende Erlöse erzielt werden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten insbesondere Kfz-Kosten (T€ 377; Vj. € 399), Miet- und Leasingaufwand (T€ 385; Vj. T€ 381), Wartungs- und Instandhaltungsaufwand (T€ 256; Vj. T€ 238) und Aufwand für Versicherungsbeiträge (T€ 119; Vj. T€ 105). Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 104 (Vj. T€ 84) ab.

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist als stabil zu bezeichnen. Die notwendige Liquidität wird durch die Muttergesellschaft garantiert. Die im Vergleich zum Vorjahr wesentliche Erhöhung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit resultiert insbesondere aus der Steigerung des Jahresergebnisses gegenüber dem Vorjahr und der Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern. Durch die vollständige Tilgung des Gesellschafterdarlehens im Jahr 2013 sind im Geschäftsjahr keine betreffenden Positionen beim Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit mehr enthalten. Insgesamt beträgt der Finanzmittelfonds am Ende des Jahres T€ 2.077 (Vj. T€ 1.443).

Vermögenslage

Das langfristige Vermögen der Gesellschaft wird durch das Anlagevermögen repräsentiert, das 40 % des Gesamtvermögens umfasst. Das kurzfristige Vermögen (T€ 2.607) übersteigt das kurzfristige Fremdkapital (T€ 1.312). Das Gesamtvermögen hat sich im Geschäftsjahr um T€ 594 auf nunmehr T€ 4.326 erhöht. Ursächlich hierfür ist vorwiegend die Zunahme der liquiden Mittel. Grundsätzlich ist die Liquidität der Gesellschaft durch die Einräumung von vertraglich geregelten Gesellschafterdarlehen gewährleistet. Der Darlehensvertrag beinhaltet Regelungen für ein Investitionsdarlehen sowie für ein Liquiditätsdarlehen zur Finanzierung des laufenden Geschäftsverkehrs. Außerordentliche Zuflüsse im Jahr 2014 haben die Gesellschaft in die Lage versetzt, zumindest vorübergehend das Gesellschafterdarlehen vollständig zu tilgen. In den Geschäftsjahren 2014 sowie 2015 war die Inanspruchnahme von Darlehen nicht erforderlich.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Verhältnis von Eigenkapital zum Anlagevermögen (Anlagendeckungsgrad I) weist einen Wert über 100 % aus. Auch das Umlaufvermögen deckt das kurzfristige Fremdkapital mit einem Wert von über 100 % ab. Beide Werte erreichen damit vollständig die betriebswirtschaftlich empfohlene Maßgabe einer fristenkongruenten Finanzierung, sodass aus diesem Zusammenhang kein Risiko abzuleiten ist.

Den überwiegenden Anteil der abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen erbringt die Gesellschaft gegenüber der AWA Entsorgung GmbH. Die Abrechnungsmodalitäten auf LSP-Basis für diesen Geschäftsbereich legen fest, dass die Gesellschaft die anfallenden auftragsbezogenen Kosten zuzüglich eines Wagnis- bzw. Gewinnzuschlags von 1 % vergütet bekommt, so dass in diesem Bereich prinzipiell keine Verluste auftreten können.

Personal- und Sozialbereich

Das Unternehmen beschäftigte im Berichtsjahr 2015 durchschnittlich 45,25 Arbeitnehmer (Vj.46,25). Es blieben wegen der nach wie vor bestehenden Betriebseinschränkungen mehrere Stellen unbesetzt, wodurch der Personalaufwand erheblich unter dem Planansatz lag. Zur Überbrückung wurden teilweise Zeitarbeitskräfte eingesetzt. Die Realisierung geplanter Projekte im Folgejahr sowie des vorgesehenen Aufbaus des ELC Horm wird planmäßig die Einstellung weiterer Mitarbeiter – verbunden mit dem Wegfall von Zeitarbeitskräften – erforderlich machen. Auch im Bereich des Fuhrparks sollen bisher ausgelagerte Dienstleistungen durch eigenes Personal erbracht werden.

Umweltschutzmaßnahmen

Die notwendigen Vorkehrungen zur Vermeidung von Umweltbelastungen werden mit höchster Priorität getroffen. Alle festgelegten Umweltziele werden – wie in den vergangenen 10 Jahren – vorbildlich umgesetzt. Selbstverständlich ist die Einhaltung aller umweltrelevanten Vorschriften und staatlichen Vorgaben. Es erfolgen regelmäßige Kontrollen interner und externer Beauftragter. In ihren Jahresberichten schreibt die Umweltbeauftragte regelmäßig, dass es keine besonderen Vorkommnisse und deshalb auch keine zusätzlichen Maßnahmen gegeben hat.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag liegen nicht vor.

Prognosebericht

Die Entwicklung der wesentlichen Dienstleistungsbereiche der AWA Service wie Betrieb der ELCs bzw. Transportdurchführung wird sich auch im künftigen Jahr fortsetzen. Weitere Mengensteigerungen im Bereich der Wertstofferfassung über die bereits betriebenen ELCs als auch über die im Wirtschaftsjahr 2016 beabsichtigte Eröffnung des ELC Rurbenden ist zu erwarten. Die Genehmigungserteilung für den Wiederaufbau der Umschlagshalle in Horm wird im Jahr 2016 erwartet, so dass hier zum Jahresende 2016 mit der vollständigen Inbetriebnahme der Anlage Horm zu rechnen ist.

Chancen- und Risikobericht

Das installierte Risikomanagementsystem wird in der Gesellschaft aktiv gelebt. Die kontinuierliche Fortschreibung ist durch die von uns beauftragte Beratungsgesellschaft unter Einbeziehung unserer betroffenen Mitarbeiter sichergestellt. Im Laufe des Jahres 2015 konnte keine signifikante Veränderung der Risikolage festgestellt werden. Das Risikopotenzial des ELC Horm wird im Zuge des Wiederaufbaus gegenüber der früheren Situation deutlich entschärft. Bei fortschreitender Sanierung der durch den Brand beschädigten Wirtschaftsgüter werden die Mittel aus den außerordentlichen Zuflüssen zunehmend benötigt. Die Liquidität der AWA Service ist durch die betreffenden vertraglichen Vereinbarungen mit der AWA Entsorgung GmbH sichergestellt, falls die Liquiditätslage eine Darlehensaufnahme erforderlich macht. Bestandsgefährdende Risiken werden aufgrund des eng begrenzten Geschäfts und der vertraglichen Bindungen zur Muttergesellschaft nicht gesehen.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft bedient sich keiner Finanzinstrumente sowie anderer Termingeschäfte, Optionen und Derivate.

Bericht über Zweigniederlassungen

Selbstständige Zweigniederlassungen bestehen nicht. Die Gesellschaft betreibt jedoch Betriebsstätten in Hürtgenwald-Horm (Entsorgungs- und Logistikcenter Horm), in Monschau-Imgenbroich (Entsorgungs- und Logistikcenter Süd), in Aachen (Schadstoffannahmestelle/Recyclinghof) und in Eschweiler (ELC Warden: Betriebsführungsaufgaben auf dem Deponiegelände, Sonderabfallzwischenlager, Betrieb einer Papierumladehalle). Der Betrieb der Anlagen erfolgte ohne besondere Ereignisse in Übereinstimmung mit den betrieblichen Vorgaben und Genehmigungsauflagen.

Eschweiler, den 23. Mai 2016

Dr. Manfred Joachim Krieck	Ulrich Reuter
(Geschäftsführer)	(Geschäftsführer)

MVA Weisweiler GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- wirtschaftlicher und umweltverträglicher Betrieb der MVA Weisweiler,
- technische Weiterentwicklung der MVA Weisweiler,
- alle damit verbundenen Geschäftstätigkeiten,
- Betrieb und Betriebsführung von Vorschalt- und Sortieranlagen, Reststoffaufbereitungs-anlagen und Deponien einschließlich aller damit verbundenen Tätigkeiten,
- Beteiligung an anderen Unternehmungen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:
Zur Geschäftsführung und Vertretung ist die Komplementärin berechtigt und verpflichtet.

Aufsichtsrat:
Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 12 Mitgliedern. Beide Gesellschafter entsenden entsprechend ihrem Geschäftsanteil jeweils 6 Mitglieder.

Gesellschafterversammlung:
Die von den Kommanditisten AWA Entsorgung GmbH und EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH zu entsendenden Mitglieder.

Die Gesellschafterversammlung wählt für die Dauer zweier aufeinander folgender Geschäftsjahre aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Der Vorsitz wechselt zwischen einem von der AWA Entsorgung GmbH und einem von der EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH entsandten Mitglied. Stellvertreter ist jeweils ein von dem anderen Gesellschafter entsandtes Mitglied.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH als Komplementärin, vertreten durch die Geschäftsführer Andreas Fries und Ulrich Koch / Herbert Küpper

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender:	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Willi Bündgens	Städteregionstagsmitglied
Beratendes Mitglied:	Uwe Zink	Dezernent StädteRegion

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	GmbH & Co Kommanditgesellschaft
Sitz:	52249 Eschweiler
gezeichnetes Kapital:	12.784.000,00 Euro

Kommanditisten:	Anteil in €	Anteil in %
AWA Entsorgung GmbH	6.392.000,00	50
EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	6.392.000,00	50

Persönlich haftende Gesellschafterin	MVA Weisweiler Verwaltungs GmbH – ohne Einlage –

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Anlagevermögen	69.675.108	54.876.821	40.101.276
I. Imm. Vermögensgegenst.		24.929	19.089
II. Sachanlagen		54.851.892	40.082.187
Umlaufvermögen	16.299.988	18.766.070	15.717.402
I. Vorräte		160.000	160.000
II. Forderungen / sonst. VG		6.549.858	3.664.967
III. Kassenbestand, Guthaben		12.056.211	11.892.434
Rechnungsabgrenzung	5.556	6.708	2.374.669
Bilanzsumme Aktiva	**85.980.652**	**73.649.599**	**58.193.347**
Eigenkapital	**5.000.000**	**4.665.958**	**5.000.000.**
Kapitalanteile Kommanditisten	12.784.000	12.784.000	12.784.000
Nicht eingef. ausst. Einlagen	–7.784.000	–7.784.000	–7.784.000
Verlustanteile Kommanditisten	0	–334.042	0
Rückstellungen	3.752.296	8.103.229	4.487.663
Verbindlichkeiten	77.228.356	60.880.412	48.705.684
Bilanzsumme Passiva	**85.980.652**	**73.649.599**	**58.193.347**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 - in T€ -	2014 - in T€ -	2015 - in T€ -
Umsatzerlöse	51.498	52.849	51.487
Betriebsergebnis	6.987	2.499	5.252
Finanzergebnis	-3.519	-2.734	-1.935
gewöhnliches Geschäftsergebnis	3.467	-235	3.317
Jahresüberschuss/-fehlbetrag nach Steuern	**2.771**	**-334**	**2.672**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	11,25	12,25	12,5

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen. An einem Gewinn sowie an einem Verlust nehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer festen Kapitalkonten teil. Die gesetzlichen Vorschriften über die Haftungsbeschränkung der Kommanditisten bleiben unberührt.

Zwischen der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG und ihrer Kommanditistin AWA Entsorgung GmbH, an der eine direkte Beteiligung der StädteRegion Aachen besteht, existieren komplexe Leistungsbeziehungen.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Gegenstand des Unternehmens sind der wirtschaftliche und umweltverträgliche Betrieb der MVA Weisweiler und alle damit verbundenen Geschäftstätigkeiten. Dieser Betrieb soll unter wirtschaftlichen Randbedingungen stattfinden, die möglichst niedrige Verbrennungsentgelte verursachen. Außerdem kann das Unternehmen alle mit der thermischen Abfallbehandlung verbundenen Geschäftstätigkeiten übernehmen.

Auf Basis einer Zusammenarbeitsvereinbarung aus dem Jahr 1997 haben sich die Gesellschafter AWA Entsorgung GmbH und EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH gleichberechtigt verpflichtet, jeweils ein Anlieferkontingent in Höhe von 145.000 t/a anzuliefern und stehen im Rahmen einer „Bring or pay"-Regelung dafür auch finanziell in der Pflicht.

Die Möglichkeit, die MVA Weisweiler gleichberechtigt in der sogenannten „freien Spitze“ auszulasten, bietet beiden Vertragspartnern die Chance, die Aufwendungen für die Sicherung der „Pflicht-Müllmengen“ zu kompensieren.

Lagebericht der Gesellschaft

Technische Entwicklung

Die Gesellschaft ist ständig darum bemüht, alle Erkenntnisse aus dem laufenden Betrieb dahingehend zu nutzen, die Durchsatz- und Zeitverfügbarkeiten zu verbessern und die Wartungsmaßnahmen und -abläufe zu optimieren. Vorrangiges Ziel ist die Senkung der spezifischen Verbrennungskosten bei einem technisch sicheren und zukunftsorientiert ausgerichteten Betrieb.

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Müllverbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen waren im Geschäftsjahr 2015 alle gut bis sehr gut ausgelastet. Der Preisverfall im Bereich der nicht satzungsgemäß gebundenen Abfälle konnte gestoppt werden; die Preise sind wieder spürbar angestiegen.
Die gute Branchensituation wird auch durch die im September 2015 veröffentlichte Mitgliederumfrage der ITAD (Interessengemeinschaft Thermischer Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland e.V.) bestätigt, wonach von 70 befragten Anlagen 67 eine Auslastung von über 95 % meldeten.
Zum Zeitpunkt der Lageberichterstellung war noch ungewiss, wann der neue Abfallwirtschaftsplan des Landes NRW in Kraft treten wird und auch, wie sich die dort verankerten Zuweisungsmöglichkeiten auswirken werden.

Geschäftsverlauf

Die hohe technische Verfügbarkeit der Anlage hat es auch in 2015 ermöglicht, das Planungsziel des Wirtschaftsplans 2015 um mehr als 25.000 t zu überschreiten. Insgesamt konnten 386.060 t thermisch behandelt werden (Vj. 390.342 t). Der leichte Mengenrückgang ist darauf zurückzuführen, dass in 2014 eine Linie, in 2015 jedoch zwei Linien einer planmäßigen Revision unterzogen wurden.

Die beiden Auslastungspartner EGN und AWA haben ihre Auslastungskontingente zuverlässig beliefert. Bei der Vermarktung der freien Spitze konnten beide Auslastungspartner zu Marktkonditionen noch ganz erhebliche Mengen anliefern. Teilweise musste aufgrund der großen Nachfrage die Anlieferung von Gewerbeabfällen tageweise gesperrt werden, um die Entsorgungsverpflichtung der öffentlich/rechtlichen Abfallmengen vorrangig erfüllen zu können.

Das Geschäftsjahr 2015 war auch geprägt durch Verhandlungen mit der RWE Power AG hinsichtlich der Fortsetzung des Anbindungs- und Betriebsführungsvertrags sowie der Dampfvergütungs-vereinbarung. Im August 2015 wurden Vereinbarungen mit der RWE Power AG zur Verlängerung dieser Verträge bis Ende 2020 unterzeichnet.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse von 51.487 T€ (Vj. 52.849 T€) weisen im Vergleich zum Vorjahr eine Reduzierung von 2,6 % aus.

Hierbei ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft ihre Entgelte nach den für sie geltenden öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen LSP-basierend auf Selbstkostenbasis zu bemessen hat. Die Höhe der Umsatzerlöse wird daher in einem hohen Maße von den auf dieser Grundlage ansetzbaren Kosten beeinflusst und somit ist ein Rückgang der Umsatzerlöse nicht gleichzusetzen mit einer rückläufigen Geschäftsentwicklung.

Der Materialaufwand von 27.881 T€ (Vj. 31.992 T€) ist im Vergleich zum Vorjahr stark zurückgegangen. Diese Position wird wesentlich beeinflusst durch die Bildung von Rückstellungen für die Revisionen. Im Vorjahr führte die Bildung von Rückstellungen für zwei Linien sowie für die Instandsetzung der Turbine zu vergleichsweise hohen Rückstellungen, wohingegen im Geschäftsjahr nur die Rückstellung für die Revision einer Linie zu bilden war.

Die Abschreibungen von 14.822 T€ (Vj. 14.820 T€) sind nahezu unverändert und bilden die planmäßigen Abschreibungen ab.

Zwar liegen die Zinserträge in Höhe von 17 T€ über dem Vorjahresniveau von 11 T€, doch wirkt sich das extrem niedrige Zinsniveau weiterhin erheblich im Kapitalanlagebereich aus.

Bei den Zinsaufwendungen macht sich die planmäßig zugrundeliegende Finanzierungskonzeption bemerkbar, was zu einem Rückgang von 2.746 T€ im Vorjahr auf 1.952 T€ im Geschäftsjahr geführt hat.

Nach den geänderten handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften (BilMoG) sind sogenannte Aufwandsrückstellungen nicht mehr zulässig. Da im Rahmen des LSP-basierenden kalkulatorischen Umfelds der MVA KG diesbezügliche Abgrenzungen weiterhin berücksichtigt werden dürfen, kommt es handelsrechtlich zu größeren Ergebnisschwankungen.

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresüberschuss von 2.672 T€ ab (Vj. Jahresfehlbetrag: 334 T€).

Die Durchschnittsverbrennungskosten bezogen auf die Anlieferungsmenge betrugen 114,13 €/t und lagen damit in etwa auf Vorjahresniveau (Vj. 115,73 €/t).

Finanzlage

Im Lagebericht wird die Kapitalflussrechnung in Form einer Tabelle dargestellt.

Die Investitionen in Höhe von T€ 48 (Vj. T€ 22) sind von untergeordneter Bedeutung und mit Eigenmitteln finanziert. Die Abflüsse des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit resultieren aus der Darlehenstilgung im Rahmen des Kaufs der Anlage. Die Finanzierungskonzeption ist so angelegt, dass die Nutzungsdauer und die Darlehenslaufzeit weitgehend identisch sind und somit über die Abschreibungen Tilgungen und Liquidität gesichert sind.

Hinsichtlich der Art und Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten wird auf die Bilanz und den Anhang verwiesen.

Vermögenslage

Die Vermögensstruktur der Gesellschaft weist im Wesentlichen langfristiges, überwiegend in Sachanlagen gebundenes Vermögen in Höhe von 40.687T€ aus. Dies entspricht rund 70% der Bilanzsumme. Der Anteil des kurzfristig gebundenen Vermögens (im Wesentlichen Forderungen und liquide Mittel) an der Bilanzsumme beträgt rd. 26 %.

Die planmäßigen Abschreiben in Höhe 14,8 Mio. € führten zu einem entsprechenden Rückgang des Sachanlagevermögens von 54,9 Mio. € auf 40,1 Mio. €.

Im Zuge der planmäßigen Tilgungen verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 16,6 Mio. € von 48,3 Mio. € im Vorjahr auf nunmehr auf nunmehr 31,7 Mio. €.

Die Einmalzahlung für die Pacht der Turbine für einen mehrjährigen Zeitraum trug wesentlich zur Höhe des aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 2.375 T€ (Vj. 7 T€) bei.

Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme) von 8,6 % (Vj. 6,3 %) hat sich nur unwesentlich verändert. Die Eigenkapitalquote ist damit unter betriebswirtschaftlichen Aspekten zwar sehr niedrig, aufgrund des rechtlichen Umfelds und der Kalkulationsgrundlagen lassen sich hieraus aber keine besonderen Risiken ableiten.

Die permanente Optimierung des Anlagenbetriebs führt inzwischen zu Reisezeiten von teilweise mehr als 24 Monaten. Diesem positiven Umstand wurde in den vergangenen Jahren aus Gründen einer sachgerechten periodischen Zuordnung durch entsprechende Rückstellungen Rechnung getragen. Die Rechnungslegungsvorschriften im Rahmen des Bilanzrechts-modernisierungsgesetzes lassen die Bildung sogenannter Aufwandsrückstellungen nicht mehr zu. Die sonstigen Rückstellungen enthalten Aufwendungen für Instandhaltung (2.361 T€, Vj. 6.552 T€). Die Vermögens- und Finanzverhältnisse der MVA KG sind weiterhin geordnet. Die Liquidität ist sichergestellt.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren – Personalentwicklung

Im Jahr 2015 waren bei der MVA Weisweiler 10 Mitarbeiter (MA) beschäftigt. Es wurden zusätzlich 2 Aushilfen eingesetzt.

Die kaufmännische Geschäftsbesorgung erfolgt durch die Mitarbeiter des Gesellschafters AWA Entsorgung GmbH und die technische Betriebsführung durch die RWE Power AG.

Umweltschutz

Die Müllverbrennungsanlage Weisweiler befindet sich technisch auf dem neuesten Stand und hat auch im Geschäftsjahr 2015 mit ihrer hohen Zuverlässigkeit dazu beigetragen, dass die Durchschnittsemissionen regelmäßig erheblich unterschritten wurden. Der Status des Entsorgungsfachbetriebs wurde erneut im Dezember 2015 nach einem eingehenden Prüfungsverfahren zuerkannt.

Die monatlichen Durchschnittsmesswerte werden regelmäßig im Internet für jedermann aktualisiert und zugänglich gemacht. Die Überwachungsbehörde wurde über alle relevanten (auch kleineren) Vorfälle im laufenden Betrieb informiert und hat die Anlage in 2015 mehrfach unangemeldet kontrolliert.

Nachtragsbericht

Entsprechende Sachverhalte liegen nicht vor.

Prognosebericht

Die Betriebskosten konnten im Jahr 2015 im Verhältnis zum Vorjahr noch einmal gesenkt werden.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass auch im Jahr 2016 beide Auslastungspartner ihre Kontingentverpflichtungen erfüllen und ihrerseits alle Bemühungen unternehmen werden, die Freie Spitze – abhängig von ihrer technischen und zeitlichen Verfügbarkeit – möglichst intensiv auszulasten.

Die MVA Weisweiler erfüllt den gesetzlichen Auftrag zuverlässig, die Entsorgungssicherheit im Gebiet des ZEW zu gewährleisten.

Es ist damit zu rechnen, dass die Geschäftsentwicklung auch in 2016 stabil bleibt. Das handelsrechtliche Ergebnis wird auf Grund der geänderten Rechnungslegungsvorschriften für die bilanzielle Darstellung von Aufwandsrückstellungen unter dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2015 liegen.

Risikobericht

Insbesondere das Thema einer gesicherten Auslastung in der Zukunft wurde und wird weiterhin intensiv untersucht und mit den Gesellschaftern diskutiert.

In Bezug auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft bestehen insbesondere folgende Risiken:

Technische Verfügbarkeit der Anlage Preis- und Mengenentwicklung sowie rechtliches Umfeld der Abfallwirtschaft Nutzung alternativer Entsorgungsmöglichkeiten der Marktteilnehmer und Wettbewerb durch Mitverbrennungsanlagen (Kundenverlust) Aufgrund der bestehenden Verträge und des aktuellen rechtlichen Umfeldes werden die Risiken für die Gesellschaft derzeit insgesamt als gering eingeschätzt. Die Risiken der Gesellschaft werden im Rahmen einer kontinuierlichen Risikoinventur regelmäßig erfasst und vierteljährlich mit externen Beratern erörtert, analysiert und bewertet.

Chancenbericht

Die erneut gute Auslastung der Müllverbrennungsanlagen in NRW verbessert die Chancen auf eine langfristig abgesicherte Zukunft der MVA Weisweiler. Die Marktpreise für zu verbrennende Abfälle haben sich deutlich erholt und weisen eine weiterhin steigende Tendenz auf.

Die Gesellschafter der MVA Weisweiler und die MVA Weisweiler haben im März 2016 vereinbart, ihre Zusammenarbeit nicht zum Ablauf des 30. Novembers 2017 zu beenden, sondern auch nach dem 30. November 2017 auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Diese geänderte Zusammenarbeitsvereinbarung kann erstmals zum 31. Dezember 2020 gekündigt werden.

Die Kostensituation der MVA Weisweiler wird sich ab 2018 wegen des Wegfalls wesentlicher Abschreibungspositionen und Zinsbelastungen deutlich verbessern.

Darüber hinaus wurden in 2015 mehrere Modelle entwickelt und technisch und wirtschaftlich bewertet, welche zum einen eine autarke bzw. teilweise autarke Betriebsführung nach 2020 sowie die Auskopplung und separate Vermarktung von Fernwärme zum Gegenstand haben. Hierdurch

sollen in den nächsten Jahren die Energieerlöse deutlich gesteigert und die Verbrennungskosten nochmals nachhaltig gesenkt werden.
Das regionale Fernwärmekonzept wurde zum Zeitpunkt der Lageberichterstellung intensiv zwischen der MVA Weisweiler und der STAWAG verhandelt. Die Ausrichtung der MVA Weisweiler zum Energiebelieferungsunternehmen eröffnet ökologisch und ökonomisch reizvolle Perspektiven.

Gesamtaussage

Für das Geschäftsjahr 2015 kann unter kaufmännischen Gesichtspunkten eine sehr zufriedenstellende Entwicklung festgestellt werden. Die Mengen- und Kostensituation hat zu wirtschaftlich sehr guten Ergebnissen geführt. Der Wirtschaftsplan 2016 unterstellt daher eine stabile Mengensituation und sieht weitere Kostenreduzierungen vor.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft bedient sich keiner Finanzinstrumente sowie anderer Termingeschäfte, Optionen und Derivate.

Bericht über Zweigniederlassungen

Die Gesellschaft hat keine weiteren Standorte oder Niederlassungen.

Eschweiler, 05. April 2016
MVA Weisweiler GmbH & Co. KG

Herbert Küpper	Andreas Fries
-Geschäftsführer-	-Geschäftsführer-

MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung in der Kommanditgesellschaft unter der Firma „MVA Weisweiler GmbH & Co. KG“
- Betrieb der Müllverbrennungsanlage sowie Betrieb und Betriebsführung von Vorschalt- und Sortieranlagen, Rohstoffaufbereitungsanlagen und Deponien einschließlich aller damit verbundenen Tätigkeiten

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat grundsätzlich einen kaufmännischen und einen technischen Geschäftsführer. Jeder Gesellschafter hat das Recht, einen Geschäftsführer seiner Wahl vorzuschlagen. Der Gesellschafter AWA Entsorgung GmbH schlägt den kaufmännischen und der Gesellschafter EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH den techn. Geschäftsführer vor.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschaftervertreter werden von den beiden Gesellschaftern AWA und EGN entsandt. Die Gesellschafterversammlung wählt für die Dauer zweier aufeinander folgender Geschäftsjahre aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Der Vorsitz wechselt zwischen einem von der AWA Entsorgung GmbH und einem von der EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH entsandten Mitglied. Stellvertreter ist jeweils ein von dem anderen Gesellschafter entsandtes Mitglied.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Andreas Fries
	Ulrich Koch (bis 30.09.2015)
	Herbert Küpper (ab 01.10.2015)

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52249 Eschweiler
gezeichnetes Kapital:	25.564,60 €

Gesellschafter:	Anteil in DM *)	Anteil in %
AWA Entsorgung GmbH	25.000	50
EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	25.000	50

*) die Gesellschaft hat von ihrem Recht gem. § 86 Abs. 1 GmbHG Gebrauch gemacht, ihr auf Deutsche Mark lautendes Stammkapital beizubehalten

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Umlaufvermögen	25.746	24.566	25.811
I. Forderungen u. sonst. VG		1.287	4.879
II. Kassenbestand, Guthaben		23.279	20.932
Bilanzsumme Aktiva	**25.746**	**24.566**	**25.811**
A. Eigenkapital	22.297	21.173	23.132
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565
II. Verlustvortrag	-1.866	-3.268	-4.391
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-1.402	-1.124	1.959
B. Rückstellungen	3.449	2.500	2.500
C. Verbindlichkeiten	0	893	179
Bilanzsumme Passiva	**25.746**	**24.566**	**25.811**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Sonstige betriebl. Erträge	1.279	1.565	4.880
Betriebsergebnis	-1.423	-1.136	1.955
Finanzergebnis	21	13	4
gewöhnliches Geschäftsergebnis	-1.402	-1.124	1.959
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**-1.402**	**-1.124**	**1.959**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen	keine	keine	keine

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen. Den Gesellschaftern obliegt die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinns. § 29 Abs. 1 GmbHG ist ausgeschlossen.

Zwischen der MVA Weisweiler Verwaltungs GmbH und ihrer Gesellschafterin AWA Entsorgung GmbH, an der eine direkte Beteiligung der StädteRegion Aachen besteht, existieren Leistungsbeziehungen.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Grundlagen der Aktivitäten der Gesellschaft bilden der Gesellschaftsvertrag vom 29.08.1997 sowie die für den Betrieb der MVA Weisweiler abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Kreis Aachen (jetzt StädteRegion Aachen), Stadt Aachen, AWA Abfallwirtschaft Kreis und Stadt Aachen GmbH, Eschweiler (jetzt AWA Entsorgung GmbH), R+T Entsorgung GmbH (jetzt: EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, Viersen) und MVA Weisweiler GmbH & Co. KG vom 19.06.1997, die die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den entsorgungspflichtigen kommunalen Körperschaften Kreis und Stadt Aachen, der AWA Entsorgung GmbH als beauftragte Dritte von Kreis (jetzt StädteRegion) und Stadt Aachen und der R+T Entsorgung GmbH (jetzt: EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, Viersen) als privatem Partner bei der Zusammenarbeit regelt.

Nach dem Vertragswerk übernimmt die MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH die Stellung der persönlich haftenden Gesellschafterin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG. Des Weiteren übt die Gesellschaft die Geschäftsführungstätigkeit für die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG aus, welche den Betrieb der Müllverbrennungsanlage in Weisweiler zum Gegenstand hat.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

<u>Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen</u>

Die Müllverbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen waren im Geschäftsjahr 2015 alle gut bis sehr gut ausgelastet. Der Preisverfall im Bereich der nicht satzungsgemäß gebundenen Abfälle konnte gestoppt werden; die Preise sind wieder spürbar angestiegen.

Die gute Branchensituation wird auch durch die im September 2015 veröffentlichte Mitgliederumfrage der ITAD (Interessengemeinschaft Thermischer Abfallbehandlungs- anlagen in Deutschland e.V.) bestätigt, wonach von 70 befragten Anlagen 67 eine Auslastung von über 95% meldeten.

Derzeit ist noch ungewiss, wann der neue Abfallwirtschaftsplan des Landes NRW in Kraft treten wird und auch, wie sich die dort verankerten Zuweisungsmöglichkeiten auswirken werden.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft hat über die Tätigkeit als Komplementärin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG hinaus keine weiteren geschäftlichen Aktivitäten. Die operativen Tätigkeiten mit dem Betrieb der Müllverbrennungsanlage sind Gegenstand der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG und die betreffenden Aussagen sind dort zu entnehmen.

Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2015 sonstige betriebliche Erträge von T€ 4,9. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die mit der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG vertraglich vereinbarte Haftungsvergütung sowie um Kostenerstattungen aus Vorjahren.
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Steuerberatungs- und Prüfungskosen (T€ 2,7; Vorjahr: T€ 2,5).
Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.958,99 € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag € 1.123,36) ab.

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die Gesellschaft erhält die vertraglich festgelegte Haftungsvergütung und hat darüber hinaus das Recht auf Kostenerstattung der Aufwendungen für die Geschäftsführung der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG.
Die Finanzierung des Geschäftsbetriebes ist daher jederzeit gesichert.
Im Rahmen ihrer Funktion und der organisatorischen Bedingungen fallen bei der Gesellschaft keine Investitionen an.

Vermögenslage

Die zuvor genannten Rahmenbedingungen stellen eine geordnete Vermögenslage sicher. Verbindlichkeiten sind nicht vorhanden. Die Forderungen gegen die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG resultiert aus der Haftungsvergütung für das Jahr 2015 sowie aus Kostenerstattungen aus Vorjahren. Die Vermögenslage insgesamt (T€ 25,8; Vorjahr: T€ 24,6) hat sich nur unwesentlich geändert.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Aufgrund des Unternehmenszwecks ist die Angabe bilanzieller Kennzahlen ohne Bedeutung und Aussagekraft. Die Gesellschaft hat keine eigenen Beschäftigten. Die Geschäftsführer haben Anstellungsverträge bei der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG.
Die MVA Weisweiler besitzt eine hochmoderne Filtertechnik, die nach wie vor zuverlässig eine permanente Einhaltung der Grenzwerte sicherstellt. Alle umweltrelevanten Grenzwerte liegen tatsächlich sogar weit unter den festgesetzten Größenordnungen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag, über die an dieser Stelle zu berichten wäre, sind nicht aufgetreten.

Prognosebericht

Für die Gesellschaft sind über ihre Funktion als Komplementärin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG hinaus keine weiteren geschäftlichen Aktivitäten vorgesehen. Ein Prognosebericht kann sich daher sinnvollerweise nur auf den operativen Bereich und damit auf die MVA KG beziehen.
Die MVA Weisweiler erfüllt ihren gesetzlichen Auftrag zuverlässig, die Entsorgungssicherheit im Gebiet des ZEW zu gewährleisten.
Es ist damit zu rechnen, dass sich die Geschäftsentwicklung auch im Jahr 2016 stabil entwickelt.

Chancen- und Risikobericht

Die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung hängen naturgemäß entscheidend von den Geschäftsrisiken der MVA GmbH & Co. KG ab.
Insbesondere das Thema einer gesicherten Auslastung in der Zukunft wurde und wird weiterhin intensiv untersucht und mit den Gesellschaftern der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG diskutiert.
In Bezug auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft bestehen insbesondere folgende Risiken:

- Technische Verfügbarkeit der Anlage
- Preis- und Mengenentwicklung sowie rechtliches Umfeld der Abfallwirtschaft
- Nutzung alternativer Entsorgungsmöglichkeiten der Marktteilnehmer und Wettbewerb durch Mitverbrennungsanlagen (Kundenverlust)

Aufgrund der bestehenden Verträge und des aktuellen rechtlichen Umfeldes werden die Risiken für die Gesellschaft derzeit insgesamt als gering eingeschätzt.
Die Risiken der Gesellschaft im Rahmen einer kontinuierlichen Risikoinventur werden regelmäßig erfasst und vierteljährlich mit externen Beratern erörtert, analysiert und bewertet.
Die erneut gute Auslastung der Müllverbrennungsanlagen in NRW verbessert die Chancen auf eine langfristig abgesicherte Zukunft der MVA Weisweiler. Die Marktpreise für zu verbrennende Abfälle haben sich deutlich erholt und weisen eine weiterhin steigende Tendenz auf.
Die Gesellschafter der MVA Weisweiler und die MVA Weisweiler haben im März 2016 vereinbart, ihre Zusammenarbeit nicht zum Ablauf des 30. Novembers 2017 zu beenden, sondern auch nach dem 30. November 2017 auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Diese geänderte Zusammenarbeitsvereinbarung kann erstmals zum 31. Dezember 2020 gekündigt werden.
Die Kostensituation der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG wird sich ab 2018 wegen des Wegfalls wesentlicher Abschreibungspositionen und Zinsbelastungen deutlich verbessern.
Darüber hinaus wurden in 2015 mehrere Modelle entwickelt und technisch und wirtschaftlich bewertet, welche zum einen eine autarke bzw. teilweise autarke Betriebsführung nach 2020 sowie die Auskopplung und separate Vermarktung von Fernwärme zum Gegenstand haben. Hierdurch sollen in den nächsten Jahren die Energieerlöse deutlich gesteigert und die Verbrennungskosten nochmals nachhaltig gesenkt werden.

Das regionale Fernwärmekonzept wird zur Zeit intensiv zwischen der MVA Weisweiler KG und der STAWAG verhandelt. Die Ausrichtung der MVA Weisweiler zum Energiebelieferungsunternehmen eröffnet ökologisch und ökonomisch reizvolle Perspektiven.

Allerdings hat gem. Gesellschaftsvertrag der MVA KG die MVA Verwaltungs-GmbH einen Erstattungsanspruch für ihre Kosten aus der Geschäftsführung, der bei Bedarf geltend gemacht wurde.

Da sich die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft auf die Übernahme der persönlichen Haftung für die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG beschränkt, besteht kein eigenständiges Risikomanagementsystem. Allerdings ist die Gesellschaft in der Lage, auf das Risikomanagementsystem der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG zurückzugreifen. Die Implementierung eines formalisierten Risikomanagementsystems bei der MVA KG ist abgeschlossen.

Eschweiler, 05. April 2016

Herbert Küpper -Geschäftsführer-

Andreas Fries -Geschäftsführer-

Zweckverband Entsorgungsregion West

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Der Zweckverband Entsorgungsregion West ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, soweit ihm Aufgaben von seinen Mitgliedern übertragen wurden. Mitglieder sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und der Kreis Düren. Er nimmt insoweit im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Landesabfallgesetzes wahr. Der Zweckverband darf Abfälle von außerhalb des Verbandsgebietes zur Beseitigung übernehmen. Er kann dazu öffentlich-rechtliche Vereinbarungen schließen.

Der ZEW selbst betreibt kein operatives Geschäft. Mit der Erfüllung der dem ZEW übertragenen abfallwirtschaftlichen Aufgaben hat der ZEW die AWA Entsorgung GmbH beauftragt. Diese betreibt die notwendigen Anlagen oder bedient sich in Teilbereichen auch externer Entsorgungsmöglichkeiten. Im Übrigen bedient sich der ZEW zur Erfüllung seiner Aufgaben überwiegend der AWA Entsorgung GmbH als beherrschter Tochtergesellschaft. Als rechtliche Grundlage dient ein diesbezüglicher Geschäftsbesorgungsvertrag.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung nimmt die Aufgaben des Werkausschusses entsprechend §§ 2, 5 EigVO i.V.m. § 18 Abs. 3 GkG wahr. Sie besteht aus je sieben stimmberechtigten Vertretern je Verbandsmitglied. Für jeden Vertreter wird ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung bestellt. Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund der Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist. § 6 Abs. 2 Satz 2 der Verbandssatzung enthält einen Katalog der Entscheidungen, die der Verbandsversammlung vorbehalten sind.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher nimmt die Aufgaben der Werksleitung entsprechend §§ 2, 5 EigVO i.V.m. § 18 Abs. 3 GkG wahr. Er führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Die Zuständigkeit für dienstrechtliche Entscheidungen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen von der obersten Dienstbehörde übertragen werden können, wird auf den Verbandsvorsteher übertragen. Der Verbandsvorsteher muss Hauptverwaltungsbeamter eines Mitglieds des Zweckverbands sein. Für den Zweckverband ist dies der *Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, der Oberbürgermeister der Stadt Aachen oder der Landrat des Kreises Düren*. Der Verbandsvorsteher wird auf die Dauer von 2

Jahren gewählt. Die Hauptverwaltungsbeamten der Mitglieder des Zweckverbandes wechseln sich als Verbandsvorsteher im 2-Jahres-Rhythmus ab. Die Reihenfolge bestimmt sich nach der vorstehend kursiv gedruckten Abfolge.

Besetzung der Organe

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Oliver Bode	Städteregionstagsmitglied
Michael Kirsch	Städteregionstagsmitglied
Dr. Thomas Griese	Städteregionstagsmitglied
Kristina Klinkenberg	Städteregionstagsmitglied
Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
Hendrik Hackmann	Städteregionstagsmitglied

Verbandsvorsteher:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat (ab 01.01.2016)
Marcel Philipp	Oberbürgermeister
Wolfgang Spelthahn	Landrat (ab 01.01.2014 bis 31.12.2015)

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Zweckverband
Sitz:	52249 Eschweiler
gezeichnetes Kapital:	25.500,00 Euro

Mitglieder:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.500,00	33,33
Stadt Aachen	8.500,00	33,33
Kreis Düren	8.500,00	33,33
	25.500,00	100,00

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
AWA Entsorgung GmbH	24.000	93,75 %

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	24.000	24.000	24.000
I. Finanzanlagen		24.000	24.000
B. Umlaufvermögen	7.634.894	6.855.197	6.080.440
I. Forderungen / sonst.VG			3.130.422
II. Kassenbestand, Guthaben			2.950.018
Bilanzsumme Aktiva	**7.658.894**	**6.879.197**	**6.104.440**
A. Eigenkapital	25.500	25.500	25.500
I. Gezeichnetes Kapital	25.500	25.500	25.500
II. Gewinnvortrag	0	0	0
III. Jahresüberschuss	0	0	0
B. Rückstellungen	776.799	801.438	843.016
C. Verbindlichkeiten	6.856.595	6.052.259	5.235.924
Bilanzsumme Passiva	**7.658.894**	**6.879.197**	**6.104.440**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Umsatzerlöse	41.695.925	42.197.207	41.174.661
Betriebsergebnis	23.272	22.903	25.156
Finanzergebnis	-23.272	-22.903	-25.156
gewöhnliches Geschäftsergebnis	0	0	0
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**0**	**0**	**0**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen (ohne Aushilfen)	3	3	3

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt heranzuziehen.

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben. Insofern bestehen zwischen dem ZEW und der AWA Entsorgung GmbH mehrschichtige Leistungsbeziehungen. Insbesondere mittelbar über die AWA Entsorgung GmbH bestehen darüber hinaus Leistungsbeziehungen zur MVA GmbH & Co. KG und zur AWA Service GmbH.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung. Der ZEW ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, soweit ihm Aufgaben von den Mitgliedern übertragen werden. Der ZEW nimmt im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Landesabfallgesetzes wahr. Es handelt sich somit um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse. Der ZEW hat auch 2015 die Aufgaben verantwortungsvoll und erfolgreich wahrgenommen, alle einschlägigen Rechtsvorschriften eingehalten und für eine geordnete Entsorgung aus sehr hohem technischem Niveau gesorgt.

Lagebericht der Gesellschaft

Grundlagen des Zweckverbandes

Der ZEW nimmt als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger abfallwirtschaftliche und -rechtliche Aufgaben wahr, die ihm ganz oder teilweise im Rahmen seiner Pflichten und Rechte durch seine Verbandsmitglieder Stadt Aachen, StädteRegion Aachen und Kreis Düren gemäß der Anlage 1 bis 3 der Verbandssatzung des ZEW übertragen wurden. Im Entsorgungsgebiet nimmt der ZEW die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, des Landesabfallgesetzes und gemäß seiner Abfallsatzung wahr und kann sich hierbei ganz oder teilweise Dritter bedienen. Somit hat er mit der operativen Aufgabenerledigung, wie dem Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen und Umlade Stationen, die AWA Entsorgung GmbH beauftragt.

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Neugestaltung des Abfallwirtschaftsplanes NRW (AWP NRW) nach dem Beteiligungsverfahren in 2014, in welchem eine gemeinsame Stellungnahme des ZEW und der AWA Entsorgung GmbH zum Entwurf des AWP NRW, Teilplan Siedlungsabfälle, unter Einbeziehung der drei Verbandsmitglieder des ZEW und der kreisangehörigen Kommunen erfolgte, ist nach wie vor nicht abgeschlossen. Die Einteilung des Landes NRW in Entsorgungsregionen unter Betrachtung ökonomischer und ökologischer Aspekte -ggfs. unter Anpassung von Behandlungskapazitäten- steht neben der Thematik der getrennten Erfassung von Bioabfällen im Vordergrund.

Die Genehmigung zum Bau und Betrieb einer neuen Kompostierungsanlage am Standort ELC Warden wurde der AWA Entsorgung GmbH als Betreiber der Anlage in 2015 erteilt.
Vor dem Hintergrund einer grundsätzlichen strikten getrennten Abfallerfassung im Sinne der Regelungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der EU-Abfallrahmenrichtlinie ist der ZEW bestrebt, verstärkt Maßnahmen zur Wiederverwendung und Verwertung umzusetzen.
Das sich in der Erarbeitung befindliche Wertstoffgesetz (WertstoffG) wird hier noch je nach Ausgestaltung und Zuständigkeiten Einfluss auf die Erfassung und Verwertung von Wertstoffen durch den ZEW, auch an dessen ELC, nehmen.

Auch der Entwurf der neuen Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) bleibt in seiner Endausgestaltung abzuwarten. Vorrang soll auch hier im Rahmen der von der EU geforderten Abfallhierarchie verstärkt das Recycling und die Verwertung von Abfällen haben. Der Marktpreis für gewerbliche Abfälle befindet sich deutschlandweit nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau. Im Jahre 2015 wurde die Fortführung der Zusammenarbeit bis zum 31.12.2020 mit der MVA und der RWE Power AG im Rahmen einer Interimsvereinbarung beschlossen. Die Verhandlungen zwischen der MVA und der AWA Entsorgung GmbH sowie der EGN zum Weiterbetrieb der MVA Weisweiler über den 30.11.2017 hinaus, sind noch nicht abgeschlossen. Weiterhin finden Gespräche zwischen der MVA Weisweiler und der Stawag AG hinsichtlich der Lieferung von Fernwärme nach Ablauf der oben genannten Interimsvereinbarung statt.
Die zuvor genannten Aspekte haben Auswirkungen auf die Mengenentwicklung und Auslastung der MVA Weisweiler sowie auf die Erlöse für verwertbare Abfälle mit den entsprechenden Folgen für die Abfallgebühren.

Geschäftsverlauf

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe der satzungs- und kommunalrechtlichen Vorgaben einen Wirtschaftsplan, bestehend aus dem Erfolgsplan, dem Investitionsplan, dem Stellenplan, dem Finanzplan sowie einer detaillierten Gebührenkalkulation. Die Planung des ELC im nördlichen Kreis Düren an einem sehr guten Standort im Gewerbegebiet Rurbenden / Niederzier verläuft erfolgreich.
Gleiches gilt für die Genehmigung einer neuen Kompostierungsanlage am ELC Warden. Die Auslastung der MVA war zu jeder Zeit gewährleistet. Der Marktpreis für Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen befindet sich stetig auf niedrigem Niveau.
Zusammenfassend ist festzustellen, dass das Wirtschaftsjahr vor Buchung der Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen aus Kostenüberdeckungen einen handelsrechtlichen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 22 aufweist. Damit liegt das Wirtschaftsjahr 2015 insgesamt im Rahmen der kalkulierten Ansätze und hat einen planmäßigen Verlauf genommen.

Personalentwicklung

Neben den drei hauptamtlichen Mitarbeitern / Mitarbeiterinnen des ZEW war im Berichtsjahr 2015 weiterhin eine geringfügig Beschäftigte beim ZEW angestellt. Bezogen auf die Vollzeitstellen waren in 2015 insgesamt 2,65 Arbeitnehmer / innen beschäftigt.

Darüber hinaus bedient sich der ZEW der AWA Entsorgung GmbH in der Funktion eines beauftragten Dritten zur Erfüllung von Aufgaben auf Basis des abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen dem ZEW und der AWA Entsorgung GmbH.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Jahr 2015 lagen mit insgesamt T€ 41.175 um 2,4 % unter dem Vorjahresniveau (T€ 42.197). Umsatzrückgänge erfolgten aus den Herkunftsbereichen der Stadt Aachen (T€ 12.425; Vj. T€ 13.236), der StädteRegion Aachen (T€ 14.790; Vj. T€ 14.953) und dem Kreis Düren (T€ 13.101; Vj. T€ 13.202).

Bei der Betrachtung der Umsatzentwicklung sind allerdings die kalkulatorischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Ein Umsatzrückgang lässt dabei nicht zwangsläufig auf eine rückläufige Geschäftsentwicklung schließen, sondern hierin schlagen sich auch Erfolge kostengünstigen Wirtschaftens nieder. Da die Entsorgungsaufwendungen als wesentliche Kostenposition durch die mengenabhängige Abrechnung einen variablen Charakter haben und in der ZEW-Struktur mit dem Umsatz stark korrelieren, kann es i.d.R. beim Rohergebnis nur zu geringen Planabweichungen und nicht zu großen Ausschlägen kommen. Das Rohergebnis (T€ 359; Vj. T€ 346) deckt die übrigen Verwaltungskosten. Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis ab. Da der ZEW seine Gebühren auf LSP-Basis kalkuliert, sind die Gewinnmöglichkeiten strukturell sehr begrenzt. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen. Vor Zuführung zur Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen an die Bürger/ -innen wies der ZEW ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 22 aus.

Finanzlage

Die Finanzlage des ZEW ist weiterhin geordnet. Da sich der ZEW zur Erfüllung von Aufgaben der AWA Entsorgung GmbH bedienen kann, ergeben sich für den Verband selbst keine nennenswerten Investitionen. Im Wirtschaftsjahr 2015 wurden keine Investitionen getätigt. Wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit (T€- 126; Vj. T€ -311) hatte die Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (T€ 3.483; Vj. T€ 4.312), die nur zum Teil durch die Abnahme von Forderungen gegen Verbandsmitgliedern (T€ 910; Vj. T€ 1.445) kompensiert wird. Insgesamt ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr 2015 eine Abnahme des Finanzmittelfonds um T€ 123 auf nunmehr T€ 2.950.

Vermögenslage

Die Aktivitäten des Wirtschaftsjahres 2015 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich. Die Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres ausreichend gesichert. Entsprechend den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der ZEW das Recht, seine Aufwendungen in voller Höhe in die gegenüber den Abfallerzeugern / -besitzern zu erhebenden Gebühr einzubeziehen. Das Anlagevermögen ist von stark untergeordneter Bedeutung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben.

Die Forderungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 1.697; Vj. T€ 1.598), die aber aufgrund des strukturellen Umfelds des ZEW überwiegend dem kommunalen Bereich zuzuordnen sind, und Forderungen gegenüber Verbandsmitgliedern (T€ 910; Vj. T€ 1.445). Der Rückgang der liquiden Mittel (T€ 2.950; Vj. T€ 3.073) ist im Wesentlichen durch die Abnahme von Verbindlichkeiten begründet. Im Umlaufvermögen ist unter den Sonstigen Vermögensgegenständen eine Position in Höhe von T€ 517 ausgewiesen, deren Sachverhalt in einem Vorgang der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG im Rahmen des Erwerbs der MVA im Jahr 2008 begründet liegt und in dessen Folge auch Auswirkungen auf die Kosten der AWA Entsorgung GmbH sowie des ZEW verbunden sind. Unter Anwendung entgeltrechtlicher Wahlrechte werden diese Kosten ratierlich in die Entgelte der kommenden Jahre eingerechnet, was unter Berücksichtigung der erforderlichen Gesellschafter- und Gremienbeschlüsse zu bilanziellen Konsequenzen führte. Hieraus resultiert auch der Ausweis einer Position in gleicher Höhe unter den Verbindlichkeiten. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (T€ 3.483; Vj. T€ 4.312) beinhalten einen Betrag von T€ 517 aus dem o.g. Vorgang bezüglich der MOENA-Mietnebenkosten. Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern ist eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreis Düren (T€ 1.712; Vj. T€ 1.707) bzw. den Gebührenzahlern aus dem Kreisgebiet Düren ausgewiesen, die aus einer Abstandszahlung aus dem Jahr 2008 resultiert und ihren Ursprung in einem Vertrag aus dem Jahre 1992 zwischen dem Kreis Düren und der Stadt Düsseldorf hat.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt heranzuziehen. Der Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital/Anlagevermögen) weist einen Wert von 106 % aus, dagegen ist die Liquidität I. Grades (liquide Mittel/kurzfristiges Fremdkapital) mit 59 % schwach, wird aber dadurch relativiert, dass der weit überwiegende Anteil des kurzfristigen Fremdkapitals aus Verbindlichkeiten gegenüber der AWA Entsorgung GmbH besteht. Zudem weist die Liquidität II. Grades (liquide Mittel + kurzfristige Forderungen/kurzfristiges Fremdkapital) mit 111 % einen deutlich besseren Wert auf. Auch die Eigenkapitalquote (0,42 %) ist auf den ersten Blick sehr schwach, aufgrund der besonderen Bedingungen aber nicht bedrohlich und kann somit akzeptiert werden.

Umweltschutz

Der ZEW ist bestrebt, die 5-stufige Abfallhierarchie, insbesondere die Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling und eine sonstige Verwertung vorrangig vor einer Beseitigung von Abfällen gem. der Ziele der EU-Abfallrahmenrichtlinie und des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes umzusetzen. Die mit dem operativen Geschäft beauftragte AWA Entsorgung GmbH ist vertraglich verpflichtet, Entsorgungsanlagen gesetzes- und genehmigungskonform zu betreiben und erfüllt dies konsequent und zuverlässig. Damit gewährleistet der ZEW eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die umweltrelevanten Grenzwerte der MVA Weisweiler zuverlässig weit unter den festgesetzten Größenordnungen liegen. ZEW und AWA Entsorgung GmbH nehmen daher in 2015 weiterhin eine Vorbildfunktion für den Umweltschutz wahr.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Prognosebericht

Die endgültige Neufassung des AWP NRW und die damit verbundenen Folgen für den ZEW bleiben nach wie vor kritisch abzuwarten. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und die kommunalen Spitzenverbände wirken kooperativ im Hinblick auf die Neugestaltung des AWP NRW zusammen. Die Erfassung von Wertstoffen ist mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 24.02.2012 in der derzeit geltenden Fassung auf Basis der Vorgaben der EU-Abfallrahmenrichtlinie mit der Erarbeitung des Entwurfs für das in der Diskussion stehende WertstoffG noch intensiver in den Fokus getreten. Der ZEW nimmt sich dieser Thematik weiterhin an, um zielführende Maßnahme zur Erfassung und Wiederverwendung /-verwertung von Wertstoffen umzusetzen. Hierzu gehören u.a. auch die Planung eines ELC im Kreisgebiet Düren sowie die Genehmigung einer neuen Kompostierungsanlage in Warden. Die GewAbfV befindet sich ebenfalls in der Überarbeitung. Auch hier muss die Ausgestaltung und ggfs. Auswirkungen auf die öffentliche Entsorgung abgewartet werden. Schwerpunktmäßig unterliegen Gewerbe hohen Anforderungen an ein Recycling und eine Verwertung von Abfällen. Im Jahre 2015 wurde die Fortführung der Zusammenarbeit bis zum 31.12.2020 mit der MVA und der RWE Power AG im Rahmen einer Interimsvereinbarung beschlossen. Nach wie vor noch nicht abgeschlossen sind die Verhandlungen zwischen der MVA, der AWA Entsorgung GmbH und der EGN zum Weiterbetrieb der MVA Weisweiler über den 30.11.2017 hinaus. Ergebnisse aus den Gesprächen mit der Stawag AG hinsichtlich der Lieferung von Fernwärme bleiben abzuwarten. Auf Basis der rechtlichen und satzungsgemäßen Bestimmungen hat der ZEW einen Wirtschaftsplan und eine Gebührenkalkulation aufzustellen, die von der Verbandsversammlung beschlossen werden. Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2015 betrugen T€ 41.175 (Vj. T€ 42.197). Der Wirtschaftsplan 2016 geht von Umsatzerlösen in Höhe von T€ 41.795 aus. Durch die allgemeinen Rahmenbedingungen sowie die Kalkulationsgrundlagen besteht eine starke Korrelation zu den Entsorgungskosten, die damit eine korrespondierende Entwicklung zeigen (T€ 40.646; Vj. T€ 41.686). Der Wirtschaftsplan 2016 weist Entsorgungskosten von T€ 41.228 aus.

Risikobericht

Die von der Landesregierung NRW beabsichtigte Neufassung des AWP NRW befindet sich in der Beratung und in Detailabstimmungen nachdem auch der ZEW gemeinsam mit der AWA Entsorgung GmbH im Beteiligungsverfahren in 2014 unter Einbeziehung der drei Verbandsmitglieder des ZEW und der kreisangehörigen Kommunen eine Stellungnahme mit einem Katalog von 20 Forderungen erstellt hatte. Im Zusammenhang mit den Diskussionspunkten der Vergleichsmäßigkeit von Abfallgebührenstrukturen, dem Umgang mit Abfallimporten sowie der Anpassung von Behandlungskapazitäten stellt die Einteilung des Landes NRW in drei anstatt in ursprünglich fünf Entsorgungsregionen, denen die überlassungspflichtigen Abfälle zugeordnet werden, einen Schwerpunkt der angestrebten interkommunalen Zusammenarbeit im AWP NRW dar, der in seiner Endausgestaltung kritisch abzuwarten bleibt. Ferner stellen die getrennte Bioabfallerfassung und die

im AWP NRW vorgegebenen hohen Ziel- und Leitwerte die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger vor große Herausforderungen. Forderungen wurden auch hinsichtlich der sog. gewerblichen Abfälle in der Stellungnahme des ZEW zum AWP NRW formuliert. Alle gewerblichen Abfälle zur Verwertung sollen umfassend statistisch erfasst und in der Landesplanung berücksichtigt werden. Ferner sollte die Verpflichtung der Gewerbebetriebe zur ausreichenden Bereitstellung von Behältervolumen im AWP NRW berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang ist auch der Entwurf der GewAbfV von großer Bedeutung. Insgesamt ist der Marktpreis für gewerbliche Abfälle deutschlandweit nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau. Der ZEW setzt die Vorgaben des am 01.06.2012 in Kraft getretenen Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der EU-Abfallrahmenrichtlinie im Sinne der 5-stufigen Abfallhierarchie mit Schwerpunkt auf eine Wiederverwendung und Verwertung von Abfällen um. Inwieweit in Zusammenhang dessen sich das immer noch in der Diskussion befindliche WertstoffG auf die Organisation sowie Kosten- und Erlössituation der kommunalen Entsorger und des ZEW auswirken wird, bleibt abzuwarten. Generelles Ziel ist es, mehr Wertstoffe für das Recycling zu gewinnen, indem Verpackungen und sonstige Erzeugnisse aus Kunststoffen oder Metallen, die beim Endverbraucher anfallen, gemeinsam zu erfassen sind. Der erste Arbeitsentwurf aus Oktober 2015 sieht jedoch vor, an einer privatwirtschaftlichen Organisation der Erfassung, Sortierung und Verwertung durch die dualen Systeme festzuhalten. Auswirkungen auf die Planung von weiteren ELC, wie u.a. dem ELC Rurbenden in Niederzier, Kreis Düren, könnten je nach Zuständigkeit für die Wertstofferfassung zu erwarten sein.

Chancenbericht

Im Hinblick auf sein strukturelles Umfeld befindet sich der ZEW nicht in einer klassischen Markt- oder Wettbewerbssituation, so dass er nur begrenzt auf seine Geschäftsentwicklung Einfluss nehmen kann. Daher können Chancen im inhaltlichen Sinne der handelsrechtlichen Vorschriften nur bedingt beschrieben werden. Unter dem Risikobericht werden Ausführungen zur Entwicklung des AWP NRW gemacht. Inwieweit die Endfassung des AWP NRW vorrangig Risiken oder aber auch Chancen mit sich bringt, kann an dieser Stelle nicht abschließend beurteilt werden. Im Zusammenhang mit der getrennten Erfassung von Bioabfällen und der hier im AWP NRW vorgegebenen Quoten wird der Neubau und Betrieb einer Kompostierungsanlage am Standort ELC Warden, welcher der AWA Entsorgung GmbH als vom ZEW beauftragter Dritter, genehmigt wurde, als Chance betrachtet. Die Inbetriebnahme ist für Anfang 2017 geplant. Ferner wird unter dem Risikobericht der Entwurf einer überarbeiteten Fassung der GewAbfV kurz thematisiert. Es ist als positive Chance zu betrachten, dass dieser Entwurf die Umsetzung der fünfstufigen Abfallhierarchie fokussiert mit der Folge einer Stärkung des Recyclings und Intensivierung der Verwertung. Die Anforderungen an eine getrennte Erfassung und anschließende Wiederverwertung sind demnach strenger. Die sog. „Pflichtrestmülltonne“ für Gewerbebetriebe, die überlassungspflichtig ist, soll nach momentanem Stand weiterhin Tatbestand der GewAbfV bleiben. Ausführungen zur Wertstofferfassung, u.a. an den zahlreichen und auch dem im Kreis Düren neuen ELC des ZEW, auch vor dem Hintergrund des zur Diskussion stehenden WertstoffG, finden sich unter dem Risikobericht. Bei den zuvor genannten Themen handelt es sich jedoch nicht um bloße Risiken, denn es können sich durchaus auch positive Entwicklungen aus diesen Sachverhalten ergeben, sobald sie abgeschlossen sind. Die Erfassung von Wertstoffen an den ELC stellt ohnehin eine grundsätzlich positive Chance zur Umsetzung der 5-

stufigen Abfallhierarchie mit Schwerpunkt auf eine Wiederverwendung und Verwertung von Abfällen dar.

Gesamtaussage

Das rechtliche und kalkulatorische Umfeld des ZEW bedingt, dass bestandsgefährdende Risiken nicht auftreten können. Das Kostendeckungsprinzip gewährleistet einerseits, dass dauerhaft keine Verluste auftreten, andererseits aber auch ein Gewinnstreben ausgeschlossen ist. Es ist Interesse und Aufgabe des ZEW, Risiken zu vermeiden, die einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZEW haben. Im Sinne des Gebührenzahlers achtet der ZEW auf Kostenbewusstsein und trägt durch entsprechende Maßnahmen zur Wirtschaftlichkeit und Gebührenstabilität bei.

Eschweiler, den 5. Februar 2016
gez. Helmut Etschenberg
-Verbandsvorsteher des ZEW-



Verkehr und Versorgung

Zweckverband Aachener Verkehrsverbund

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Der Zweckverband hat im Verbundraum insbesondere folgende Aufgaben:

1. Beschlussfassung über allgemeine verkehrspolitische Leitlinien für den öffentlichen Personennahverkehr unter Beachtung der Planungen des "Zweckverband Nahverkehr- SPNV & Infrastruktur - Rheinland" (ZV NVR),
2. Hinwirkung darauf, dass die Verbandsmitglieder die vom Zweckverband gegründete Aachener Verkehrsverbund GmbH (Verbundgesellschaft) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen und die Beschlüsse des Zweckverbandes in ihrem Einflussbereich umsetzen,
3. Hinwirkung darauf, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeptionen und Qualitätsstandards sowie die dazu ergangenen Richtlinien der Verbundgesellschaft in ihren Planungen beachten und die Verbundgesellschaft als Träger öffentlicher Belange anerkennen,
4. Aufstellung von Rahmenvorgaben für die Betrauung von Verbundverkehrsunternehmen (ASEAG, DKB und west) durch die Verbandsmitglieder mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen sowie Abschluss von gesonderten Kooperationsverträgen mit anderen Verkehrsunternehmen im Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) gemäß § 11.

Öffentliche Zwecksetzung

Der Zweckverband verfolgt das Ziel, durch die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen, unterstützt durch die Verbundgesellschaft, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen sowie durch gezielte Investitionen zu verbessern. Die Durchführung des Verkehrs und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes. Sie obliegt den im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen im Rahmen von Kooperationsverträgen.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Vertreter werden durch die Vertretungskörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften des Verbandsmitglieds gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen. Jedes Verbandsmitglied entsendet fünf Vertreter in die Verbandsversammlung, darunter seinen Hauptverwaltungsbeamten oder einen von diesem benannten Bediensteten. Die

Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und mehrere Stellvertreter. Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit nicht durch das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit oder aufgrund dieser Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist. § 6 Abs. 2 der Satzung legt fest, dass die Verbandsversammlung die Entscheidungen über die dort genannten Angelegenheiten nicht übertragen kann.

Beiräte:

Zur Wahrung der strukturellen Besonderheiten der Teilräume und der Interessen der einzelnen kreisangehörigen bzw. regionsangehörigen Gemeinden auf dem Gebiet des Nahverkehrs, der Tarifpolitik und des Leistungsangebotes werden vier regionale Beiräte, jeweils ein Beirat für die Stadt Aachen, die StädteRegion Aachen, den Kreis Düren und den Kreis Heinsberg, gebildet. In diesen Beiräten sind alle Gebietskörperschaften der betreffenden Region vertreten. Sie beraten die Verbandsversammlung und die Vertreter des betroffenen Verbandsmitgliedes.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter werden aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder von der Verbandsversammlung für die Dauer von drei Jahren, höchstens jedoch für die Dauer ihres Hauptamtes, gewählt. Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung angehören. Ist dies nicht der Fall, sind sie jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen und an den Sitzungen gebildeter Ausschüsse teilzunehmen. Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Er wird durch eine Geschäftsstelle unterstützt, die durch einen hauptamtlichen Geschäftsstellenleiter geleitet wird. Der Geschäftsstellenleiter ist berechtigt, gemeinsam mit dem Verbandsvorsteher Erklärungen gemäß § 16 Abs. 3 GkG abzugeben. Der Verbandsvorsteher hat jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres den Entwurf der Haushaltssatzung festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen. Der Verbandsvorsteher ist verantwortlich für die Durchsetzung der Verbandsziele und der Beschlüsse der Verbandsversammlung.

Besetzung der Organe

Verbandsvorsteher:

Marcel Philipp	Oberbürgermeister Stadt Aachen

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Michael Janßen	Städteregionstagsmitglied
Marc Peters	Städteregionstagsmitglied
Axel Wirtz	Städteregionstagsmitglied
Gerhard Neitzke	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Zweckverband
Sitz:	52068 Aachen

Mitglieder:	Anteil in %
Stadt Aachen	25
StädteRegion Aachen	25
Kreis Düren	25
Kreis Heinsberg	25

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
Aachener Verkehrsverbund GmbH	153.000	100

Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der ÖPNV-Aufgaben der Verbundgesellschaft AVV GmbH nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages der Verbundgesellschaft. Er bedient sich ihrer wie einer eigenen Dienststelle und ist ihr alleiniger Gesellschafter.

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A Anlagevermögen	153.002	153.002	153.002
I. Sachanlagen		1	1
II. Finanzanlagen		153.001	153.001
B Umlaufvermögen	9.470.510	7.814.748	7.158.072
I. Forderungen/sonst. VG		1	0
II. Liquide Mittel		7.814.747	7.158.072
RAP	19.597.917	19.684.625	19.971.929
Bilanzsumme Aktiva	**29.221.429**	**27.652.375**	**27.283.003**
Eigenkapital	518.436	519.425	519.701
1.1 Allgemeine Rücklagen	517.280	517.280	517.280
1.2 Ausgleichsrücklage	0	1.156	2.144
1.3 Jahresüberschuss	1.156	989	277
Rückstellungen	13.145	6.545	6.945
Verbindlichkeiten	9.091.920	7.441.781	6.784.428
RAP	19.597.928	19.684.624	19.971.929
Bilanzsumme Passiva	**29.221.429**	**27.652.375**	**27.283.003**

Ergebnisrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Zuwendungen und allg. Umlagen	**18.709.752**	**18.619.677**	**17.772.598**
Ordentliches Jahresergebnis	1.156	989	277
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresergebnis	**1.156**	**989**	**277**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen (ohne Aushilfen)	2	2	2

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2013 in %	2014 in %	2015 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	0,5	0,6	
Eigenkapitalquote	1,8	1,9	
Anlagendeckungsgrad I	338,8	339,5	
Liquidität 1. Grades	103,8	105,0	

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Im Jahr 2015 betrug die anteilige, auf die StädteRegion Aachen entfallende Zweckverbandsumlage 11.288.000 €. Diese wird zu 100 % auf die städteregionsangehörigen Städte und Gemeinden (ohne Stadt Aachen) umgelegt, was eine verursachungsgerechte Verteilung der Kosten für den schienengebundenen Verkehr ermöglicht.

Weiterhin erhält die StädteRegion Aachen als Aufgabenträger für den ÖPNV nach dem ÖPNVG NRW eine jährliche Pauschale als allgemeine Förderung der Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV (Nahverkehrspauschale). Als Folge der Novellierung des ÖPNV-Gesetzes wird die Nahverkehrspauschale nicht mehr vom Land, sondern vom AVV an die Gebietskörperschaften gezahlt.

Die Buchführung des Zweckverbands wird im Rahmen einer Geschäftsbesorgung durch die StädteRegion Aachen erledigt. Die Gehaltsbuchhaltung für den AVV-Zweckverband wird im Rahmen einer Geschäftsbesorgung von der GWG gGmbH durchgeführt.

Die Leistungsbeziehungen des ZV AVV zu seiner 100%-igen Tochter, der AVV GmbH, sind vielschichtig. Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der ÖPNV-Aufgaben der Verbundgesellschaft AVV GmbH wie einer eigenen Dienststelle.

Lagebericht der Gesellschaft

Die Haushaltswirtschaft des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) wird nach den Vorschriften des Gesetzes über das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) aufgestellt. Die Vorschriften des NKF sind infolgedessen auch Grundlage des Jahresabschlusses 2015. Im Haushaltsjahr 2015 hat der ZV AVV vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) in Höhe von 4.564.061,98 € als ÖPNV-Pauschale erhalten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um insgesamt 1.563,38 € aufgestockt worden. Dabei handelt es sich um Zinseinnahmen von einem Verkehrsunternehmen in Höhe von 741,39 € sowie um Zinsen, die aus den Mitteln der ÖPNV-Pauschalen für die Förderjahre 2014 und 2015 im Kalenderjahr 2015 erwirtschaftet wurden, in Höhe von 821,99 €. Somit standen insgesamt Mittel in Höhe von 4.565.625,36 € zur Förderung des ÖPNV gemäß § 13 Abs. 2 der Satzung für den ZV AVV zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 666.099,70 € ist gemäß der AVV-Förderrichtlinie im Jahr 2015 zweckentsprechend verwendet worden. Die zum Jahresabschluss 2015 verbliebenen Zuwendungen sind in Höhe von 3.899.525,66 € im ersten Halbjahr des Jahres 2016 zweckentsprechend verwendet worden. Darüber hinaus hat der ZV AW im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11a ÖPNVG NRW in Höhe von 10.873.121,34 € als Ausbildungsverkehr-Pauschale erhalten. Ein Anteil in Höhe von 9.548,318,90 € ist im Jahr 2015 als Abschlagszahlung zweckentsprechend gemäß der AVV-Richtlinie zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW ausgezahlt worden. Auf der Grundlage einer entsprechenden Abrechnung betreffend das Förderjahr 2013 wurden darüber hinaus 1.083.368,72 € an Verkehrsunternehmen ausgeschüttet. Die restlichen Mittel in Höhe von 241.433,72 € sowie die im Kalenderjahr 2014 aus der Bewirtschaftung der Ausbildungsverkehr-Pauschale entstandenen Zinserträge in Höhe von 707,33 € sind im ersten Halbjahr 2016 zweckentsprechend verwendet worden. Zur Förderung des Mobil-Tickets im AW hat der ZV AW im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß den Richtlinien Sozialticket 2011 in Höhe von 1.880.911,89 € erhalten, welche im Rahmen einer Nachzahlung auf insgesamt 2.079.106,43 € aufgestockt wurde. Darüber hinaus standen aus dem Jahr 2014 Restmittel in Höhe von 280.197,06 € zur Verwendung im Berichtsjahr zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 2.153.477,54 € ist den Verkehrsunternehmen im Jahr 2015 als Abschlagszahlung zweckentsprechend gemäß der Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV ausgezahlt worden. Weitere Mittel in Höhe von 243.065,14 € wurden im Rahmen einer Nachzahlung an die Verkehrsunternehmen im ersten Halbjahr 2016 zweckentsprechend ausgezahlt. Auf der Grundlage einer entsprechenden Abrechnung betreffend das Förderjahr 2013 hat der ZV AVV darüber hinaus 37.239,19 € seitens der Verkehrsunternehmen zurück erhalten. Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben und belaufen sich auf 153.000,00 €. Es handelt sich hierbei um die Beteiligung an der Aachener Verkehrsverbund GmbH, deren alleiniger Gesellschafter der Zweckverband AVV ist. Der ZV AVV finanzierte seinen Eigenaufwand durch die seitens des ZV NVR bereitgestellte ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW. Insgesamt führte das Haushaltsjahr

zudem ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von 276,56 €. Die erheblichen Abweichungen zwischen den Haushaltsansätzen beim Gesamtaufwand und dem Gesamtertrag einerseits und der Ergebnisrechnung andererseits basieren in erster Linie auf der Differenz zwischen der prognostizierten Verbandsumlage zur Deckung des ÖPNV-Defizits im Busbereich und dem tatsächlichen Ergebnis. Wie in den Jahren zuvor hat der ZV AVV lediglich einen Spitzenausgleich zwischen den Verbandsmitgliedern durchgeführt. Der Mittelfluss zwischen den Verbandsmitgliedern und deren eigenen kommunalen Verkehrsunternehmen ist konform mit der Zweckverbandssatzung auf direktem Weg vorgenommen worden. Entsprechend hat sich der über den Zweckverbandshaushalt vollzogene Mittelfluss verringert. Seit dem 01.01.2013 wird die Funktion der Geschäftsstelle des ZV AVV in vollem Umfang durch die Aachener Verkehrsverbund GmbH (AVV GmbH) wahrgenommen. Durch den hiermit verbundenen Übergang der Mitarbeiter der Geschäftsstelle des ZV AVV an die AVV GmbH entfällt der beim ZV AVV bis zum 31.12.2012 angefallene Personalaufwand seit dem Geschäftsjahr 2013. Wie in den zurückliegenden Jahren wird der ZV AVV auch zukünftig seine Aufgaben erfüllen können. Die Hauptaufgaben bestehen darin, die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherzustellen und erhaltene Zuschüsse in gleicher Höhe weiterzuleiten. Ein Risiko bezüglich der notwendigen Mittel ist nicht erkennbar, da nur über bereits erhaltene bzw. zugesagte Mittel verfügt werden kann. Seit dem Jahr 2008 erhält der ZV AVV für seinen Eigenaufwand eine in die ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW integrierte Zuwendung. Diese wird dem ZV NVR, dessen Verbandsmitglied der ZV AVV ist, zugewiesen. In der Satzung des ZV NVR ist festgelegt, dass ein Anteil an der Pauschale nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW an den ZV AVV und an die AVV GmbH weiterzuleiten ist. Die vorgenannten Mittel sind in der Regel ausreichend, um den Eigenaufwand des ZV AVV zu decken. Sollte dies im Einzelfall nicht der Fall sein, ist ein ausreichender Rücklagenbestand vorhanden. Die Finanzierung des ZV AVV wird vor diesem Hintergrund als gesichert angesehen. Für die Zukunft werden darüber hinaus keinerlei Risiken gesehen. Dies gilt auch unter Einbeziehung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016. Mitglieder des Zweckverband AVV zum 31.12.2015 sind: Stadt Aachen, StädteRegion Aachen (ohne Stadt Aachen), Kreis Düren und Kreis Heinsberg zu jeweils gleichen Teilen. Verbandsvorsteher zum 31.12.2015 war Oberbürgermeister Marcel Philipp, Stadtverwaltung Aachen, Rathaus/Markt, 52062 Aachen.
Stellvertretender Verbandsvorsteher zum 31.12.2015 waren: Landrat Wolfgang Spelthahn, Kreisverwaltung Düren, Bismarckstraße 16, 52351 Düren; Städteregionsrat Helmut Etschenberg, StädteRegion Aachen, Zollernstraße 10, 52070
Aachen.

Aachen,17.03.2016
-Der Verbandsvorsteher-

Aachener Verkehrsverbund GmbH

Aufgaben der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Die AVV GmbH dient ausschließlich Zwecken des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und nimmt im Rahmen des Aachener Verkehrsverbundes die in § 1 Abs. 4 aufgeführten Aufgaben insbesondere durch Beratung und Koordination wahr.

Die Gesellschaft fördert das vom Zweckverband AVV verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Bus- und Bahnangebot zu erbringen und die Marktchancen im Aachener Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Maßnahmen und Investitionen zu verbessern. Sie unterstützt den Zweckverband AVV bei seiner Aufgabenerfüllung und unterstützt die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen in dem Bemühen, sparsam zu wirtschaften und alle Möglichkeiten zur Rationalisierung auszuschöpfen.

Öffentliche Zwecksetzung

Die Gesellschaft dient ausschließlich Zwecken des öffentlichen Personennahverkehrs und nimmt im Rahmen des Aachener Verkehrsverbundes die im Gesellschaftsvertrag der AVV GmbH aufgeführten Aufgaben insbesondere durch Beratung und Koordination wahr.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung besteht aus einem oder mehreren Geschäftsführern. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführung führt die laufenden Geschäfte eigenverantwortlich nach Maßgabe des Gesetzes und des Gesellschaftsvertrages.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 12 und höchstens 16 stimmberechtigten Mitgliedern. Der ZV AVV bestellt je Verbandsmitglied drei stimmberechtigte Mitglieder. Auf Wunsch eines Verbandsmitgliedes bestellt er ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied, das nicht der Verwaltung oder der Vertretungskörperschaft eines Verbandsmitgliedes angehört und über besondere Sachkunde auf dem Gebiet des ÖPNV verfügt. Für jedes Aufsichtsratsmitglied ist ein Stellvertreter zu wählen. Der Verbandsvorsteher des ZV AVV ist, sofern er nicht von der Verbandsversammlung als Mitglied des Aufsichtsrates bestellt wird, beratendes Mitglied des Aufsichtsrates.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung einberufen, soweit es die Geschäftslage erfordert, oder auf Weisung des Verbandsvorstehers des ZV AVV. Sie entscheidet in

den in § 19 des Gesellschaftsvertrags aufgeführten Angelegenheiten. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden einstimmig gefasst.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Hans-Peter Geulen
Dipl.-Ing. (FH) Heiko Sedlaczek

Vertreter der StädteRegion Aachen im Aufsichtsrat:

Michael Janßen	Städteregionstagsmitglied
Volker Wiegand-Majewsky	sachkundiger Bürger
Gerhard Neitzke	Städteregionstagsmitglied
Peter Strauch	Vorsitzender d. AVV-Beirates in der StädteRegion Aachen, 1. u. techn. Beigeordneter der Stadt Baesweiler- bis 30.04.2016
Till von Hoegen	ab 29.06.2016

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Gesellschafterversammlung:

Keine Vertretung der StädteRegion Aachen in der Gesellschafterversammlung

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52068 Aachen
Gezeichnetes Kapital:	25.600 €

Gesellschafter:	Anteil in %
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 - in € -	2014 - in € -	2015 - in € -
Anlagevermögen	142.815	224.386	287.869
I. Imm. Vermögensgegenst.		164.519	240.870
II. Sachanlagen		59.867	46.999
Umlaufvermögen	1.844.742	2.071.387	2.417.556
I. Forderungen / sonst. VG		979.197	380.630
II. Kassenbestand, Guthaben		1.110.190	2.036.926
RAP	5.504	6.897	13.526
Bilanzsumme Aktiva	**1.993.061**	**2.302.670**	**2.718.950**

Eigenkapital	1.135.984	1.179.467	1.485.087
I. Gezeichnetes Kapital	25.600	25.600	25.600
II. Kapitalrücklage	57.219	57.219	57.219
III. Bilanzgewinn	1.053.166	1.096.648	1.402.269
Rückstellungen	447.172	545.803	547.823
Verbindlichkeiten	395.905	577.400	686.040
RAP	14.000	0	0
Bilanzsumme Passiva	**1.993.061**	**2.302.670**	**2.718.950**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 - in € -	2014 - in € -	2015 - in € -
Umsatzerlöse	955.773	1.034.369	1.152.767
Betriebsergebnis	580.472	62.627	326.183
Finanzergebnis	-13.401	-14.807	-15.851
Gewöhnliches Geschäftsergebnis	567.072	47.820	310.332
Jahresüberschuss nach Steuern	**564.145**	**43.483**	**305.620**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen (Durchschnitt)	14	16	18

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2013 in %	2014 in %	2015 in %
Eigenkapitalquote	57,00	51,22	54,62
Verschuldungsgrad	75,45	95,23	83,08
Liquidität 2. Grades	215,24	184,42	195,94

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine direkten finanziellen Verbindungen zwischen der AVV GmbH und der StädteRegion Aachen.

Die Leistungsbeziehungen der AVV GmbH zu ihrer 100%-igen Mutter, dem Zweckverband AVV, sind vielschichtig. Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der ÖPNV-Aufgaben der Verbundgesellschaft AVV GmbH wie einer eigenen Dienststelle. Mit der ASEAG besteht ein Mietverhältnis über Geschäftsstellenräumlichkeiten, Service- und Lagerflächen sowie Stellplätze. Die E.V.A. führt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags das Finanz-, Personal- und Rechnungswesen der AVV GmbH.

Darstellung der Ertragslage

Die Finanzierung der Aufwendungen der AVV GmbH erfolgte im Geschäftsjahr 2015 im Wesentlichen durch die Verwendung der seitens des Landes NRW über den Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) anteilig zur Verfügung gestellten ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) und durch Kooperationsverträge vereinbarte Zuschüsse der Verkehrsunternehmen im AVV. Des Weiteren wurden seitens des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) im Jahr 2015 erneut Mittel aus der Zuwendung gemäß § 11 a ÖPNVG NRW zur Finanzierung von Maßnahmen, die der Fortentwicklung von Tarif- und Verkehrsangeboten sowie der Verbesserung der Qualität im Ausbildungsverkehr dienen, oder für die mit der Abwicklung der Pauschale verbundenen Aufwendungen, in Höhe von rd. 163 T€ gewährt. Darüber hinaus wurden für bestimmte Projekte und Marketingmaßnahmen Erlöse aus der anteiligen Weiterberechnung der entstandenen Aufwendungen an die jeweiligen Projektpartner erzielt.

Aus der ÖPNV-Pauschale standen der AVV GmbH im Berichtsjahr insgesamt 1.149 T€ zur Verfügung. Darüber hinaus erzielte Erträge resultieren aus INTERREG-Mitteln für in der Euregio Maas-Rhein umzusetzende Projekte wie „RoCK – Regions of Connected Knowledge“und „Citizens‘ Rail“.

Die erzielten Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus vertraglich vereinbarten Beteiligungen der Verkehrsunternehmen im AVV an den Aufwendungen der Verbundgesellschaft. Diese vertraglichen Vereinbarungen wurden in 2009 mit allen im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen infolge neuer bzw. modifizierter Kooperationsverträge abgeschlossen. Ergänzend zu den bereits genannten Kooperationsverträgen wurde mit Wirkung seit dem Geschäftsjahr 2013 ein weiterer gemeinsamer Vertrag (Verbundbeteiligungsvertrag) mit allen im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen geschlossen, der zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit der AVV GmbH beiträgt. Die Bemessungsgrundlage für diese vertraglichen Finanzierungsbeiträge stellt die endgültige Einnahmenaufteilungsrechnung im AVV eines jeden Jahres dar. Darüber hinaus erhält die Verbundgesellschaft zur Bewirtschaftung der Landesmittel gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW aus diesen Mitteln des ZV AVV seit dem Jahr 2013 jährlich Mittel in Höhe von 100 T€, die über den ZV AVV ausgezahlt werden. Weitere Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus der Kostenbeteiligung einzelner Partner an Marketingmaßnahmen sowie aus der Weiterberechnung von Aufwendungen für Gutachten und Auftragsarbeiten. Die Aufwendungen der Verbundgesellschaft bestehen im Wesentlichen aus Personalaufwendungen einschließlich Sozialabgaben und Altersvorsorge in Höhe von rd. 1.585 T€ und liegen damit über Vorjahresniveau. Grund hierfür ist neben der allgemeinen Anpassung im Rahmen des TVöD die im Berichtsjahr erfolgte Einstellung weiteren Personals, das zur Sicherung der Aufgabenwahrnehmung der Verbundgesellschaft und infolge der Ausweitung des Aufgabenspektrums, wie bspw. die angestrebte Vernetzung verkehrlicher Angebote im Rahmen eines Mobilitätsverbunds, erforderlich war. Die betrieblichen Aufwendungen der Verbundgesellschaft liegen im Berichtsjahr deutlich unter dem Vorjahresniveau, was im Wesentlichen aus einem Rückgang im Bereich der Aufwendungen für Gutachten, Prüfung und

Beratung resultiert, welche im Vorjahr bedingt durch den Umfang und die Komplexität der bearbeiteten Themenfelder (z.B. Einführung der Tarifkooperation AVV/VRS, Anpassung der Verbundvertragswerke, Untersuchung zum Lückenschluss Aachen- Richterich – Kerkrade / Avantis) erhöht waren. Die Aufwendungen für Werbung, Inserate und Drucksachen sind gegenüber dem Vorjahr ebenfalls vermindert. Es sei darauf hingewiesen, dass die ausgewiesenen Aufwendungen weitgehend von Dritten refinanziert wurden. Die diesbezüglichen Auswirkungen finden sich in den entsprechenden Ertragspositionen wieder. Die Finanz- und Personalverwaltung wird seit Bestehen der AVV GmbH extern über Geschäftsbesorgungsverträge erledigt und erfolgt über die E.V.A. (Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen). Insgesamt konnte das Geschäftsjahr mit einem positiven Jahresergebnis von rd. 306 T€ beendet werden, was infolge verschiedener günstiger Einflüsse im Vergleich zur Budgetplanung eine deutlich günstigere Entwicklung darstellt.

Ausblick

Im Hinblick auf die anteilige Verwendung der ÖPNV-Pauschale für die Finanzierung von Regiekosten gilt auch weiterhin § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW, wonach die Mittel für Zwecke des ÖPNV verwendet werden können. Der Personalaufwand der AVV GmbH wird infolge einer erweiterten Aufgabenwahrnehmung durch die Verbundgesellschaft und die dadurch bedingte Einstellung von weiterem Personal in 2016 steigen. Die Ertragssituation wird im Hinblick auf Drittmittel mindestens auf dem Vorjahresniveau erwartet. Mit neuen euregionalen Förderprojekten aus EU-Mitteln, wie z.B. das Projekt „European Travellers Club“ (ETC) (ab 2016) und das INTERREG Va-Projekt EMR-Connect (vsl. ab 2017) wird die Verbundgesellschaft weiterhin innovative Wege beschreiten, den ÖPNV vor allem in der Grenzregion voran zu treiben. Darüber hinaus wird die Verbundgesellschaft auch weiterhin bemüht sein, Zuschüsse von dritter Seite für verbundweit greifende und euregionale Maßnahmen zu erhalten. Für das Geschäftsjahr 2016 sind bei der AVV GmbH selbst keine bestandsgefährdenden Risiken gegeben.

Aachen, 31. März 2016
Aachener Verkehrsverbund GmbH
Die Geschäftsführung

gez.	gez.
Hans-Peter Geulen	Heiko Sedlaczek

Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- AG

Gegenstand des Unternehmens / Beteiligungsziele

Gegenstand der Gesellschaft ist der Bau, der Erwerb und der Betrieb von Straßenbahnen, Obuslinien und Omnibuslinien zur Personen- und Güterbeförderung, die Durchführung von Gelegenheitsverkehren und der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, ihren Betrieb ganz oder teilweise zu verpachten. Sie kann sich an Unternehmungen, die ihrem Zweck förderlich erscheinen, beteiligen, solche Unternehmungen erwerben oder pachten, veräußern oder verpachten und Interessengemeinschaftsverträge abschließen; sie kann ferner jederzeit ihren Personen- und Güterbeförderungsbetrieb von Schienenfahrzeugen ganz oder teilweise auf Betrieb mit anderen Fahrzeugen umstellen. Die Gesellschaft kann Grundstücke und Grundstücksrechte ankaufen und veräußern.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Der Vorstand besteht aus mindestens einer Person. Die genaue Zahl bestimmt der Aufsichtsrat; diesem obliegt auch der Erlass einer Geschäftsordnung für die Vorstandsmitglieder. Ist nur ein Vorstandsmitglied vorhanden, so vertritt es die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat/Hauptversammlung:

Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Mitgliedern.

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen entsendet den Oberbürgermeister der Stadt Aachen, den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen oder einen vom Oberbürgermeister / Städteregionsrat vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der Stadt bzw. der Städteregion in den Aufsichtsrat. Die übrigen derjenigen Sitze, die nicht nach Maßgabe des Betriebsverfassungsgesetzes besetzt werden, sollen sich zur Hälfte auf die Stadt und zur Hälfte auf die StädteRegion Aachen verteilen.

Die zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder werden, vorbehaltlich der in Satz 2 dieses Absatzes getroffenen Regelung, auf die Dauer der durch § 102 Abs. 1 AktG zugelassenen Frist gewählt. Die Amtszeit der auf Vorschlag der Stadt Aachen der StädteRegion Aachen gewählten Aufsichtsratsmitglieder endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die innerhalb von vier Monaten nach Ablauf der Wahlperiode des Rates der Stadt Aachen beziehungsweise des Städteregionstages der StädteRegion Aachen abzuhalten ist. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die durch § 11 festgelegte Amtsdauer einen Vorsitzenden, einen ersten und zweiten Stellvertreter.

Besetzung der Organe

Vorstand: Dipl.-Kfm. Michael Carmincke

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied
Elisabeth Paul	III. stv. Städteregionsrätin
Alfred Sonders	Bürgermeister der Stadt Alsdorf (entsandt durch die StädteRegion Aachen)

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Aktiengesellschaft (AG)
Sitz:	52068 Aachen
gezeichnetes Kapital:	6.021.120,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
E.V.A.	5.713.920,00	94,90
Stadt Aachen	307.200,00	5,10
	6.021.120,00	**100,00**

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
ASEAG Reisen GmbH	223.000,00	100,00
APAG	51.000,00	100,00
Akreka GmbH	440.000,00	100,00
ESBUS mbH	26.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Anlagevermögen	82.069.132	82.109.948	63.352.527
I. Imm. Vermögensgegenst.		299.605	281.670
II. Sachanlagen		21.851.045	22.243.807
III. Finanzanlagen		59.959.298	40.827.050
Umlaufvermögen	41.899.634	24.012.718	55.809.023
I. Vorräte		518.915	437.962
II. Forderungen / sonst. VG		22.673.246	54.527.923
III. Kassenbestand, Guthaben		820.557	843.138
RAP	769.644	10.152	9.915
Bilanzsumme Aktiva	**124.738.410**	**106.132.818**	**119.171.465**

Eigenkapital	9.332.401	9.332.402	9.332.401
I. Gezeichnetes Kapital	6.021.120	6.021.120	6.021.120
II. Kapitalrücklage	3.311.281	3.311.282	3.311.281
Zuschüsse	1.237.935	838.024	494.936
Rückstellungen	100.859.708	84.715.264	92.311.148
Verbindlichkeiten	11.913.498	9.846.808	15.269.673
RAP	1.394.868	1.400.320	1.763.306
Bilanzsumme Passiva	**124.738.410**	**106.132.818**	**119.171.465**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 - in € -	2014 - in € -	2015 - in € -
Umsatzerlöse	50.771.360	51.885.263	50.712.827
Betriebsergebnis	-16.092.459	2.768.755	-24.944.996
Finanzergebnis	-2.943.528	-2.254.182	-1.752.500
gewöhnliches Geschäftsergebnis	-19.035.987	514.573	-26.697.496
außergewöhnliches Ergebnis	-765.233	765.233	765.233
Erträge aus Verlustübernahme	**19.909.158**	**335.467**	**27.552.635**
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**0**	**0**	**0**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen	611	579	555

Leistungskennzahlen:	2013	2014	2015
Fahrgäste (in Mio.)	65,65	64,5	65,5
Brutto-Wagen-km (in 1.000)	16.769	16.950	17.119
Linien	68	69	68
Linienlänge (in km)	1.250,3	1.264,2	1240,8
Busse (incl. angemietete Busse)	355	352	356

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die Ergebnisübernahme der ASEAG erfolgt über die Holdinggesellschaft E.V.A. mbH Aachen, an der die StädteRegion Aachen beteiligt ist. Der anteilige Verlust der StädteRegion Aachen an der ASEAG für erbrachte Nahverkehrsleistungen wird auf Basis einer Konsortialvereinbarung zwischen Städteregion und Stadt Aachen gesondert abgerechnet.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Die Ausführungen im Lagebericht und Anhang legen dar, dass die ASEAG der aus ihrer satzungsgemäßen Aufstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung voll entsprochen hat. (Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW).

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Grundlagen des Geschäftsmodells der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG) ergeben sich aus der Satzung des Unternehmens. Hier heißt es: "Gegenstand der Gesellschaft sind der Bau, der Erwerb und der Betrieb von Straßenbahnen, Obuslinien und Omnibuslinien sowie Eisenbahnen zur Personen- und Güterbeförderung in der Region Aachen und alle damit im Zusammenhang stehenden begleitenden Tätigkeiten. Gegenstand der Gesellschaft ist ferner der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen. Gegenstand der Gesellschaft ist zudem für eigene Zwecke die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte zum Betrieb von Straßenbahnen, Obuslinien, Omhibuslinien und Eisenbahnen zur Personen- und Güterbeförderung und die Beteiligung an Gesellschaften mit dem vorgenannten Gesellschaftszweck."

Im Laufe der langjährigen Geschichte der ASEAG haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, so dass derzeitig

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen,
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die100%ige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen (APAG) wahrgenommen, so dass bezüglich dieser Aktivitäten auf den Geschäftsbericht der APAG verwiesen wird. Die aus dem im Jahr 2016 auslaufenden Projekt Mobility Broker abgeleiteten Ansätze für neue multi- bzw. intermodale Geschäftsmodelle sollen schwerpunktmäßig über die Tochtergesellschaft ASEAG-Reisen im Markt platziert werden. Dabei sollen insbesondere Car- und Bike-Sharing-Produkte hier organisiert und an Neukunden vermarktet werden. Die bestehende Kernkundschaft der ASEAG, insbesondere Abo-Kunden, Studenten, Job-Ticket-Inhaber, soll hingegen unmittelbar durch die ASEAG betreut und für die ergänzenden Produkte gewonnen werden - ASEAG-Reisen soll sich hier auf die Bereitstellung von Dienstleistungen im Auftrag der ASEAG beschränken. Die ASEAG beabsichtigt, zusammen mit einem Partner sich an der für nunmehr erst mittelfristig erwarteten Ausschreibung für die Euregiobahn (geplante Betriebsaufnahme nun voraussichtlich 2020/21) zu beteiligen. Die ausschreibende Stelle, der Nahverkehr Rheinland GmbH (NVR), hat erwartungsgemäß in 2015 einen Übergangsbetrieb für vier Jahre ausgeschrieben, an der sich die ASEAG und ihr Partner aufgrund geringer Erfolgsaussichten und kurzer Laufzeit nicht beteiligt haben. Spätestens in 2017 wird nunmehr die Ausschreibung für die Betriebsaufnahme 2020/2021 erwartet. Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2017, die durch ihre Aufgabenträger Stadt und Kreis Aachen im Jahr 2007 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-

Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden. Notwendige Schritte zum Erhalt einer Direktvergabe sind in 2015 umgesetzt worden. Eine Vorabbekanntmachung zur Direktvergabe an die ASEAG und somit eine entsprechende Verlängerung der Betrauung der ASEAG bis 2027 erfolgte direkt in den ersten Tagen des Geschäftsjahrs 2016 und beinhaltet im Vergleich zum bisherigen Leistungsangebot der ASEAG nahezu sämtliche Linien in der Stadt und StädteRegion Aachen, die bisher von zwei weiteren Liniengenehmigungsinhabern bedient wurden.

Forschung und Entwicklung

Um technisch auf dem aktuellem Stand zu bleiben und bei Diskussionen mit Verkehrsexperten, Politik und Bürgern weiterhin als kompetenter Partner im Bereich des ÖPNV wahrgenommen zu werden, und nicht zuletzt, um Möglichkeiten der Geschäftsfelderweiterung im Umfeld der derzeitigen Kernleistung auszuloten, beteiligt sich die ASEAG an verschiedenen Forschungsprojekten. Dies sind insbesondere die Projekte "Mobility Broker" und "CIVITAS DYN@MO". Das Projekt "Mobility Broker", gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), leitet die ASEAG seit Oktober 2013. Ziel des Projekts ist die Zusammenführung aller Mobilitätsangebote einer Region auf einem Marktplatz, der auf Grund einer präferenzbasierten Auswahl (Fahrzeit, Umsteigeanzahl, Preis, Verkehrsmitteltyp) den Reisenden sowohl unimodale als auch intermodale Mobilitätsangebote vermittelt. Schnittstelle zu dem Markplatz soll eine mobile Anwendung sein, die es den Anwendern jederzeit an jedem Ort ermöglicht, ein passendes Mobilitätsangebot (Pedelec, Elektro-/Auto, Bus, Bahn, Taxi oder Mitfahrgelegenheit) anzufordern. Grundlage ist ein integriertes Mobilitätskonzept für flexible Intermodalität, das insbesondere die erste und letzte Meile von Reiseketten verbessert und durch Angebote der Elektromobilität ergänzt wird. Das Projekt ist dabei auf eine Laufzeit von 2,7 Jahren bis Ende Mai 2016 angelegt. Der Eigenanteil der ASEAG beläuft sich auf rund 1,3 Mio. EUR. Am Projekt beteiligen sich neben der RWTH Aachen University drei weitere Projektpartnerunternehmen. Das Gesamtprojektvolumen aller Projektpartner beträgt 4,3 Mio. EUR. Das Projekt "CIVITAS DYN@MO" ist ein EU-Projekt, an welchem 27 Partner aus vier europäischen Städten (neben Aachen: Palma de Mallorca, Gdynia und Koprivnica) teilnehmen. Das Projektvolumen beträgt insgesamt mehr als 13 Mio. EUR und läuft über einen Zeitraum von vier Jahren bis Ende 2016. Ziel des Projektes ist eine nachhaltige Verkehrsentwicklung sowie die Erarbeitung von konkreten praktischen Lösungen, wie man die Mobilität in Städten besser organisiert. Die ASEAG ist einer der Projektpartner, ihr obliegt die Erprobung von Hybrid- und Elektrobussen im Linienverkehr. Im Rahmen des Projektes wurde 2015 ein Hybridgelenkbus zu einem reinen Elektrobus mit Batteriebetrieb umgebaut, so dass die technischen Abteilungen der ASEAG vertieftes Wissen über diese Antriebstechnologie erwerben konnten. In einer ersten Testphase wurde der Bus auf der Linie 43 eingesetzt, auf der er immer wieder das Betriebsgelände der ASEAG passierte und somit aufgeladen werden konnte. Die aus dieser Phase gewonnenen Erkenntnisse mündeten in einem Konzept für einen elektrischen Busbetrieb, das gemeinsam mit der Stadt Aachen entwickelt wurde. Ziel dieses Konzeptes ist es, eine Entscheidungsgrundlage für den Aufgabenträger zu erarbeiten, die Aussagen im Hinblick auf Zeitschiene, technische Realisierbarkeit, finanzielle Mittel und Finanzierungswege für eine mögliche Elektrifizierung des Linienverkehrs in Aachen gibt. Nach jetzigem Stand sollen in 2016 zunächst fünf Elektrogelenkbusse angeschafft

werden. Der Kauf weiterer Elektrobusse ist vorgesehen. Beide Projekte sind in 2013 gestartet und noch nicht abgeschlossen. Projektzeitplanbedingt liegen bisher keine abschließenden Forschungsergebnisse vor. Eine Aktivierung von Projektergebnissen ist derzeit nicht vorgesehen. Lediglich die externen Anschaffungskosten für den Umbau des Elektrobusses sind aktiviert worden. Neben diesen beiden großen, geförderten Projekten hat die ASEAG ein weiteres Projekt im Bereich der bedarfsorientierten Verkehre gestartet. Im Gegensatz zum Linienverkehr, der regelmäßig und nach Fahrplan ein Angebot an Fahrten bereitstellt, orientiert sich die Nutzung des sogenannten bedarfsorientierten Verkehrs an der aktuell bestehenden Verkehrsnachfrage an bestimmten Tagen, zu bestimmten Zeiten oder auf bestimmten Strecken. Bei der ASEAG sind dies bisher beispielsweise das AnrufLinienTaxi (ALT) oder das AnrufSammelTaxi (AST). Im Rahmen des Projektes "Dynamisches Liniensystem" (DLS) sollen weitere bedarfsorientierte Lösungsmöglichkeiten entwickelt werden, um das Busliniennetz zu optimieren und dennoch die ÖPNV-Anbindung in nachfrageschwächeren Gebieten zu sichern. Ziel ist die Vernetzung nachfragestarker Buslinien mit flexiblen Bedienformen, die Zubringer- und Verknüpfungsfunktionen in nachfrageschwächeren Gebieten übernehmen. Die Dynamisierung des Fahrplans bietet dem Kunden eine höhere Flexibilität. Wichtige Fragestellungen im Projekt sind darüber hinaus, wie bei einer Umsetzung der Kunde über die Erfüllung seines Fahrtwunsches informiert werden kann, in welchen Zeitabschnitten die Fahrtwünsche gebündelt werden und wie eine Einführung eines DLS als innovatives System vermarktet werden kann. Eine erste Testphase des Systems ist für 2016 geplant. Eine mögliche Umsetzung in einer Aachener Modellregion wird zum Fahrplanwechsel 2017 im Rahmen der Betrauung angestrebt. Im Zuge der Fortentwicklung ihrer Vertriebssysteme führt die ASEAG im Rahmen des Projektes zur Einführung des elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM), federführend ist der Aachener Verkehrsverbund (AVV), ein neues, mandantenfähiges Vertriebshintergrundsystem im Abonnentenbereich ein. Damit verbunden sind entsprechende Systeme zur Fahrkartenkontrolle sowohl auf den Linien der ASEAG als auch in den Fahrzeugen der Subunternehmer auf Basis des deutschlandweiten Standards für eTickets nach VDV-Kernapplikation ein. Das Projekt befindet sich planmäßig in der europaweiten Ausschreibungs- und Vergabephase. Mehrere renommierte Anbieter in den Segmenten für mandantenfähige Hintergrundsysteme und fahrzeugseitige Einstiegskontrollsysteme haben in der ersten Verhandlungsphase ihre Angebote eingereicht. Die Vergabe an die Auftragnehmer soll Mitte April2016 erfolgen. Danach folgen eine Pflichtenheft- und Umsetzungsphase. Die Abnahme des Gesamtsystems ist für Mitte 2017 geplant.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat in seiner Pressemitteilung im Februar 2016 mitgeteilt, dass sich die deutsche Wirtschaft auf einem moderaten Wachstumskurs befindet, das fragilere weltwirtschaftliche Umfeld jedoch Spuren hinterlässt. Die stärker binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereiche befinden sich weiter im Aufwärtstrend. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich nach wie vor positiv. Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten zu Jahresbeginn – unter anderem ausgelöst durch den niedrigen Ölpreis und die Verunsicherung über die weitere Entwicklung in China – führten zu einer schlechteren Stimmungslage in den deutschen Unternehmen. Die Geschäftserwartungen gingen im Januar deutlich zurück. Die Konjunktur in den stärker binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereichen ist – gemessen an der weiter

steigenden Beschäftigung – klar aufwärtsgerichtet. Durch die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt und solide Einkommenszuwächse nimmt die Kaufkraft der privaten Haushalte weiter zu. Die hohe Zuwanderung von Flüchtlingen löst, wenngleich in überschaubarer Größenordnung, ebenfalls Nachfrageimpulse aus. Der VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) geht in seinem Jahresbericht 2015 darauf ein, dass die Verkehrsentwicklung naturgemäß abhängig von gesellschaftlichen, demografischen und vor allem gesamtwirtschaftlichen Faktoren ist. Der Busverkehr stagniert nach jetzigem Kenntnisstand, ist im ländlichen Raum weiter rückläufig, was jedoch durch die Zuwächse im Großstadtverkehr kompensiert wird. Die Zuwächse wurden vor allem in den gut ausgebauten Verkehrssystemen der Großstädte und nahe den Ballungszentren erzielt.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2015 ist weiterhin von außerordentlich hohen Aufwendungen für Altersversorgung geprägt. Aufgrund der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank befindet sich auch der für die Bewertung der Pensionsrückstellungen maßgebliche durchschnittliche Zinssatz der letzten sieben Jahre weiterhin im freien Fall. Wurde im Zeitpunkt der Wirtschaftsplanerstellung von den Experten noch ein Zinssatz von 4,30 % prognostiziert, so beläuft sich der tatsächliche Wert zum Bilanzstichtag nunmehr auf 3,89 %. Das ist auch der wesentliche Grund, warum die Aufwendungen für Altersversorgung gegenüber dem Planansatz um 1.9 Mio. EUR gestiegen sind. Darüber hinaus belastet das Resultat einer neuen Verkehrserhebung das Ergebnis um 2.9 Mio. EUR. Es handelt sich dabei um Mehrabgaben unserer kassentechnischen Einnahmen, im Wesentlichen zu Gunsten der Deutsche Bahn AG. Davon betreffen 1,4 Mio. EUR Nachzahlungen für das Vorjahr.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Betriebsleistung in Nutzkilometer
- Beförderte Personen
- Anzahl Mitarbeiter
- Jahresergebnis

Der Lagebericht enthält hierzu eine Tabelle mit Leistungsindikatoren, auf die hier aus Darstellungsgründen verzichtet wird.

Aufgrund einer neuen Verkehrserhebung droht eine Neuregelung der AVV-Abgaben im Berichtsjahr mit Rückwirkung ab 2014. Daraus folgte eine a-periodische Nachzahlung für das Vorjahr in Höhe von -1,4 Mio. EUR. Die Abgaben des laufenden Jahres werden sich voraussichtlich gegenüber dem Planansatz um -1,5 Mio. EUR erhöhen. Durch Rückstellungen ist entsprechende Vorsorge getroffen worden.Kompensiert wurde dies im Wesentlichen durch höhere kassentechnische Einnahmen (0,6 Mio. EUR) sowie durch Zuschussnachzahlungen für Vorjahre in Höhe von 0,5 Mio. EUR. Im Berichtsjahr wurde einer unserer Subunternehmer insolvent, der seine Fahrzeuge an unserer Betriebstankstelle betankte. Durch diesen Ausfall reduzierten sich die Treibstoffkosten. Die

Verkehrsleistung wurde durch Vergabe an andere Subunternehmer, die nicht bei der ASEAG tanken, erbracht. Die Anmietkosten fielen insbesondere aufgrund der niedrigen Dieselkosten geringer als geplant aus. Der höhere Personalaufwand resultiert, wie bereits beschrieben, im Wesentlichen aus den Aufwendungen für Altersversorgung. Das Planergebnis wurde demzufolge um 3,1 Mio. EUR unterschritten. Der Lagebericht enthält an dieser Stelle eine Grafik zu den Verkehrszahlen 2015.

Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Der Aufsichtsrat der ASEAG hat in seiner Sitzung vom 26. November 2015 beschlossen, für den Aufsichtsrat eine Zielgröße von 16,67 % Frauenanteil für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis 30. Juni 2017 mindestens beizubehalten und für den Vorstand am Status Quo für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis 30. Juni 2017 festzuhalten. Weiter stimmte der Aufsichtsrat dem Beschluss des Vorstandes zu, für die 1. Führungsebne am Status quo für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis 30. Juni 2017 festzuhalten und für die 2. Führungsebene die Zielgröße von mindestens 7,69 % Frauenanteil für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis 30. Juni 2017 nicht zu unterschreiten.

Ertragslage

Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2015 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 27,6 Mio. EUR abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine erhebliche Ergebnisverschlechterung um 27,3 Mio. EUR. Ursache hierfür ist im Wesentlichen ein im Vorjahr enthaltener außerordentlicher Ertrag aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen infolge eines gewonnenen Arbeitsgerichtsprozesses in Höhe von 24,1 Mio. EUR. Der Lagebericht enthält an dieser Stelle eine Grafik zu den Fahrgästen und Verkehrserlösen.

Die Umsatzerlöse reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 1,2 Mio. EUR auf 50,7 Mio. EUR. Die kassentechnischen Einnahmen erhöhten sich aufgrund einer Tariferhöhung sowie einer steigenden Anzahl an Fahrgästen um insgesamt 2,4 Mio. EUR. Allerdings stieg auch die AVV-Abgabefremder Einnahmeanteile aufgrund einer neuen Verkehrserhebung um insgesamt 3,6 Mio. EUR. Davon betrafen 1,8 Mio. EUR a-periodische Abgaben für das Vorjahr. Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken um 25,5 Mio. EUR auf 5,3 Mio. EUR. Dies resultiert mit 24,1 Mio. EUR aus einer außerordentlichen Auflösung der Pensionsrückstellungen im Vorjahr. Weitere Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus geringeren Diesel- und verzögerten Busverkäufen.

Der Materialaufwand erhöhte sich insgesamt um 0,4 Mio. EUR auf 33,2 Mio. EUR. Dabei stiegen die Kosten für Fahrerabstellung von ESBUS um 1,1 Mio. EUR, für externe Fahrausweisprüfer um 0,2 Mio. EUR und für Treibstoffbezug um 0,1 Mio. EUR. Die Kosten für außerordentliche Sanierungsaufwendungen sanken dagegen um 1,1 Mio. EUR. Der Personalaufwand erhöhte sich insgesamt um 1,3 Mio. EUR. Dies resultiert mit 1,9 Mio. EUR aus der Altersversorgung, die durch geringere Personalkosten für die aktiven Mitarbeiter kompensiert wurde. Die durchschnittliche Anzahl von Mitarbeiteräquivalenten reduzierte sich von 573 auf 545. Zeitgleich wurde der Personalbestand bei der Fahrbetriebsgesellschaft ESBUS entsprechend erhöht Im Berichtsjahr wurde

die Abschreibungsdauer des Busbestandes der technischen Nutzungsdauer angepasst und von neun auf zwölf Jahre verlängert, daher liegen die planmäßigen Abschreibungen um 1,0 Mio. EUR unter dem Vorjahresniveau. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen im Wesentlichen bedingt durch höhere Versicherungsaufwendungen mit 0,3 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen enthalten die Gewinnabführungserträge der APAG in Höhe von 2,1 Mio. EUR (Vorjahr: 2,5 Mio. EUR) nach Einstellung in die Gewinnrücklage in Höhe von 0,5 Mio. EUR. Dabei erzielte die APAG ein Ergebnis von 2,6 Mio. EUR, von dem 0,5 Mio. EUR in die Gewinnrücklage eingestellt wurden. Die außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 0,8 Mio. EUR resultieren aus einer weiteren Zuführung von einem Fünfzehntel des Bewertungsunterschieds der Pensionsrückstellungen gemäß BilMoG. Die in den nächsten Jahren noch zuzuführenden Bewertungsunterschiede zur Pensionsrückstellung belaufen sich insgesamt noch auf ca. 6,9 Mio. EUR. Zwischen der ASEAG und der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen (E.V.A.) besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Aufgrund dieses Vertrages wird der Verlust der ASEAG von der E.V.A. ausgeglichen.

Finanzlage

Im Berichtsjahr belief sich das Finanzvolumen der ASEAG auf 35,1 Mio. EUR. Der Lagebericht enthält an dieser Stelle eine Grafik zur Finanzstruktur.

Die Zunahme des Umlaufvermögens resultiert aus dem wesentlichen höheren Verlustausgleichsanspruch, der im Vorjahr aufgrund eines Sondereffekts durch die Auflösung von Pensionsrückstellungen infolge des gewonnenen Arbeitsgerichtsprozesses außerordentlich gering ausfiel. Fällige Finanzanlagen wurden größtenteils in den Cash-Pool übertragen, demzufolge erhöhten sich die Finanzmittel um 9,2 Mio. EUR. Die Investitionen in das Sachanlagevermögen resultieren in erster Linie aus der Anschaffung von neun Gelenkbussen, fünf Solobussen sowie einem Nachtrag zum Umbau eines Flybridbusses zu einem Elektrobus. Davon werden acht Gelenkbusse unter den im Bau befindlichen Anlagen ausgewiesen, da diese zum Bilanzstichtag noch nicht zugelassen waren. Im Berichtsjahr zugeflossene Zuschüsse für Businvestitionen des Vorjahres wirkten sich anschaffungskostenmindernd aus. Die Mittelherkunft erfolgte mit 19,2 Mio. EUR aus Finanzanlageabgängen, die im Wesentlichen an die E.V.A. ausgeliehen waren. Die Zunahme der langfristigen Rückstellungen resultierte überwiegend aus den gestiegenen Pensionsverpflichtungen. Die Zunahme der kurzfristigen Verbindlichkeiten betrifft hauptsächlich offene Lieferantenrechnungen für Busanschaffungen. Darüber hinaus ergaben sich mit 2,5 Mio. EUR weitere Finanzierungsmittel aus der Abschreibung von Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag 119,1 Mio. EUR und liegt um 13,0 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Der Lagebericht enthält an dieser Stelle eine Grafik zur Bilanzstruktur.

Das Finanzanlagevermögen bildet 34,3 % der Bilanzsumme und beinhaltet neben 4,9 Mio. EUR Ausleihungen an verbundene Unternehmen unter anderem mit 35,4 Mio. EUR den Beteiligungsbuchwert an der APAG. Der Anteil der immateriellen Vermögensgegenstände und des Sachanlagevermögens beträgt 18,9 % und besteht im Wesentlichen aus Fahrzeugen für

Personenverkehr. Die Finanzmittel betragen 19,0% des Gesamtvermögens und resultieren maßgeblich aus dem unter den Forderungen gegen verbundene Unternehmen ausgewiesenen Cash-Pool-Guthaben in Höhe von 21,9 Mio. EUR sowie aus Kassen- und Bankguthaben in Höhe von 0,8 Mio. EUR. Das übrige Umlaufvermögen besteht größtenteils aus dem Verlustausgleichsanspruch gegen die E.V.A. und beträgt 27,8 % der Bilanzsumme. Die Kapitalseite weist insgesamt 99,6 Mio. EUR mittel- und langfristige Mittel aus, die sowohl das Anlagevermögen als auch Teile des Umlaufvermögens langfristig abdecken. Die hauptsächlich aus Pensionsverpflichtungen resultierenden mittel- und langfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten betragen 75,8 % der Bilanzsumme. Der Anteil der kurzfristigen Zuschüsse, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und des Rechnungsabgrenzungspostens beträgt 16,4 %, die Eigenkapitalquote beträgt 7,8 %.

Nachtragsbericht

Es sind keine Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2015 beschäftigte die ASEAG 555 Mitarbeiter/-innen. Die Anzahl der Mitarbeiter/-innen reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 29 Mitarbeiter. 11 Eintritten standen 40 Austritte gegenüber. Hierin spiegelt sich die Strategie zur Nutzung der Fahrdiensttochter ESBUS wider, bei der entsprechend Personal aufgebaut wurde. Der Lagebericht enthält an dieser Stelle eine Grafik zu den Mitarbeitern nach Bereichen.

Auch im Jahr 2015 wurden wieder umfangreichen Fahrerschulungen durchgeführt. In allen Bereichen bietet die ASEAG weitere Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an. Im Jahr 2015 bot die ASEAG drei jungen Menschen die Möglichkeit, eine dreieinhalbjährige Berufsausbildung als Kraftfahrzeugmechatroniker, Fachrichtung Nutzfahrzeugtechnik, zu beginnen. Vier jungen Menschen wurde in 2015 die Möglichkeit geboten, eine dreijährige Berufsausbildung zur Fachkraft im Fährbetrieb zu beginnen. Die anerkannte Berufsausbildung schließt nach zweieinhalb bzw. drei Jahren mit einer IHK-Abschlussprüfung ab. Ziel der ASEAG ist es einerseits, die Altersstruktur der im Unternehmen beschäftigten Busfahrer ausgewogener zu gestalten und andererseits, den jungen Menschen neben dem reinen Busfahren auch weitere Qualifikationen rund um den ÖPNV an die Hand zu geben. Während ihrer Berufsausbildung lernen die Auszubildenden zunächst anderthalb Jahre lang kaufmännische und organisatorische Themen der ASEAG kennen und werden danach in der Fahrschule und im Fährbetrieb ausgebildet. Nach erfolgreich abgeschlossener Berufsausbildung wird den Auszubildenden ein Arbeitsvertrag im Fahrdienst angeboten. Auch in den kommenden Jahren wird dieses Ausbildungsplatzangebot aufrechterhalten. Der Lagebericht enthält an dieser Stelle eine Grafik zu Auszubildenden, Altersstruktur und Mitarbeiterzahlen, vgl. den Abschnitt „Eckdaten und Leistungskennziffern“ dieses Berichts.

Prognosebericht

Die kommenden Geschäftsjahre 2016 bis 2020 werden geprägt sein von der Vorbereitung der Neustrukturierung des Verkehrsmarktes im Verkehrsgebiet des Aachener Verkehrsverbundes (AVV). Mit Ende der Betrauungen der kommunalen Unternehmen im AVV zum Jahresende 2017 steht der

AVV vor der Herausforderung, die Vergabe der Verkehrsleistung für die Zeit ab 2018 zu organisieren. Wesentliche rechtliche und politische Maßnahmen sind im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen worden. Sollten nicht noch durch entsprechende eigenwirtschaftliche Konzessionsanträge oder andere rechtliche Einsprüche Irritationen entstehen, wird die ASEAG aufgrund der politischen Beschlüsse neben den bisherigen Leistungen (gut 15 Mio. Nutz-km) auch für die übrige Busleistung (gut 3,5 Mio. Nutz-km) in der Stadt Aachen und StädteRegion Aachen eine Direktvergabe nach Maßgabe der EU VO 1370/2007 erhalten -vereinzelte einbrechende Linien aus den Nachbarkreisen bzw. -ländern ausgenommen. Die entsprechende Vorabbekanntmachung wurde Anfang 2016 im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Analog trifft dies voraussichtlich auch für die übrigen kommunalen Verkehrsunternehmen im AVV zu, die ebenfalls auf eine Direktvergabe sämtlicher Leistungen in ihrem jeweiligen Kreisgebiet zusteuern. In Vorbereitung auf die ab 2018 per Direktvergabe dann gesicherte Leistungserbringung hat die ASEAG mit den bisherigen Konzessionären (Taeter Aachen Transdev Rheinland GmbH bzw. RVE Regionalverkehr Euregio Maas-Rhein GmbH) Verträge geschlossen, die u.a. eine vorzeitige Übertragung der Konzessionen zum 1.1.2016 auf die ASEAG vorsehen. Dies ist inzwischen auch von der Bezirksregierung genehmigt worden, so dass die Verkehrsleistung der ASEAG ab 2016 insgesamt knapp 19 Mio. Nutz- km pro Jahr beträgt. Auch im Jahr 2015 schritt der Ausbau der ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH, Eschweiler, (ESBUS) zur Fahrbetriebstochter stetig voran, so dass hier inzwischen über 130 Fahrer beschäftigt werden. Damit findet der personelle Austausch im Fahrdienstzwischen der ASEAG und der ESBUS schneller als ursprünglich geplant statt, so dass nach derzeitigem Stand davon auszugehen ist, dass die Anzahl der Mitarbeiter im Fahrdienst der ASEAG bereits 2016 auf die im Tarifvertrag vorgesehene Zahl von 325 Mitarbeitern abgeschmolzen ist. In den übrigen Funktionsbereichen der ASEAG werden geringfügige Neueinstellungen erwartet (z.B. Werkstatt, IT), um sich insbesondere auf die kommenden technologischen Anforderungen einzustellen, so dass insgesamt von einem Personalbestand von 539 Mitarbeiteräquivalenten in 2016 ausgegangen wird, der sich dann in den Folgejahren nur noch marginal reduziert. Der Abgang älterer Mitarbeiter wird dabei auch durch die Gesetzgebung zur Rente mit 63 beschleunigt. Dieser tendenziell kostensenkenden Entwicklung des Personalabgangs von Mitarbeitern mit weitreichenden Besitzstandswahrungen gegenüber Neubeschäftigten wirkt entgegen, dass die Gewerkschaften weiterhin hohe Tarifforderungen stellen. Die Forderungen seitens ver.di in den letzten Tarifrunden für andere Bereiche des öffentlichen Dienstes lassen auch für 2016 überproportionale Lohnforderungen in den unteren Tarifgruppen für 2016 ff. erwarten. Die Bedrohung aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG) für die aus der Fremdvergabe erzielten Kostenvorteile hingegen hat sich derzeitig deutlich abgeschwächt, da das Verwaltungsgericht Düsseldorf das Gesetz für verfassungswidrig hält und das OLG Düsseldorf die entsprechende Verordnung für nichtig erklärt hat; ob und wie der Gesetzgeber gegebenenfalls nachsteuert, ist derzeitig unklar. Des Weiteren werden die Ergebnisse der ASEAG vor Verlustübernahme durch die E.V.A. in den kommenden Jahren aufgrund weiterer erheblicher Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen belastet. Ursache hierfür sind im Wesentlichen weiter fallende Abzinsungssätze für die Bewertung der Pensionsrückstellungen, welche zu sehr hohen Zuführungen in der Handelsbilanz führen. Darüber hinaus wirken sich eine zunehmende Lebenserwartung sowie die Neubewertung der Pensionsrückstellungen wegen des BilMoG (je ein Fünfzehntel des zum 1. Januar 2010 festgestellten

gesamten Unterschiedsbetrags) negativ auf das Gesamtergebnis aus. Entlastend ist eine Gesetzesänderung, die zumindest die Geschwindigkeit der Zinsabsenkung reduziert. Neben diesen Rahmenbedingungen werden steigende Umsatzerlöse, im Prinzip konstante Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11 a ÖPNVG-NRW) und Schwerbehinderte (§ 148 SGB IX), Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) sowie die Entwicklung der Dieselpreise das Ergebnis beeinflussen. Dabei geht mit der Leistungsausweitung selbstverständlich eine adäquate Ertrags-, aber auch Kostensteigerung einher. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass es zu keinem Ergebniseffekt durch die Leistungsausweitung kommt. Das Niveau der Ausgleichszahlungen nach § 11a ÖPNVG-NRW (Schülerbeförderung) hat sich im Jahr 2013 stabilisiert und wird auch in den Folgejahren in etwa konstant bleiben. Der Rückgang der Schwerbehindertenquote hat bereits in der Vergangenheit dazu geführt, dass kein unternehmensspezifischer Zuschusssatz nach § 148 Abs. 5 SGB IX mehr erreicht wer- den konnte. Im Ergebnis ist die ASEAG somit bereits 2014 auf den Landessatz zurück-gefallen. Mit Erreichen des Landessatzes sind keine nennenswerten weiteren negativen Entwicklungen aus diesem Zuschusssegment mehr zu erwarten, so dass ein relativ konstantes Niveau eingeplant wurde. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten die erheblichen Mengeneinbrüche der Jahre 2013 und 2014 im Segment des Bartarifes (z.B. Einzelfahrscheine, Tageskarten), die unter anderem auch auf Verschiebungen hin zum Mobilticket zurückgeführt werden, gestoppt werden. Dies ist gelungen, obwohl die Verkäufe der Mobiltickets weiterhin erheblich zunehmen. Darüber hinaus könnten seitens der Verkehrsbranche eine Erhöhung des Zuschussvolumens von 30 Mio. EUR auf 40 Mio. EUR im Landeshaushalt NRW und seitens der ASEAG eine überdurchschnittliche Preisanpassung des Verkaufspreises für das Mobilticket (Sozialticket) erreicht werden. Weitere Preisanpassungen sollen in den kommenden Jahren folgen. Insgesamt erwartet die ASEAG nach Preisanpassungen in großen Teilen des Ticketsortiments weiterhin ein moderates Fahrgastwachstum. Der Jahresfehlbetrag für das Jahr 2015 beträgt 27,6 Mio. EUR und liegt um 3,1 Mio. EUR über dem Planansatz sowie ca. 27,3 Mio. EUR über dem Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme des Geschäftsjahres 2014. Diese deutliche Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr ist durch einen Einmaleffekt in 2014 begründet, der aus der Auflösung der Rückstellungen entstanden war, die für einen Rechtsstreit im Zusammenhang mit der Ermittlungsmethode der Pensionsansprüche für ehemals gewerbliche Mitarbeiter erstmals in 2010 gebildet worden war und im Jahr 2014 aufgelöst werden konnte. Das gegenüber dem Planansatz schlechtere Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus wiederum erhöhten Rückstellungsbildungen für die Altersvorsorge (ca. 2 Mio. EUR) und aus geringeren Umsatzerlösen (ca. 1,6 Mio. EUR). Dieser Rückgang erklärt sich trotz steigender kassentechnischer Einnahmen aus erhöhten Rückstellungen für erwartete Abgaben im Rahmen der Einnahmenaufteilung im Aachener Verkehrsverbund. Für das Geschäftsjahr 2016 ist ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 30,5 Mio. EUR gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan geplant. Neben den Effekten aus den Pensionsverpflichtungen gilt grundsätzlich weiterhin, dass die allgemeinen Kostensteigerungen planmäßig im Wesentlichen durch Mehrerlöse gedeckt werden sollen; die Ergebnisverschlechterung resultiert daher weiterhin weniger aus inflationären Gesichtspunkten, sondern insbesondere aus erhöhten technischen und kundenseitigen Anforderungen, die sich in zunehmendem Aufwand widerspiegeln. Moderne Fahrgastinformationsmedien (z.B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeit-gemäße Vertriebsinfrastruktur (z.B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit

modernen Antriebsformen (Euro 6-, Hybrid- oder Elektrobusse) sind kapital- und wartungsintensiv, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. Dabei sich gegebenenfalls ergebende Mehrerlöse durch eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV sind nur sehr schwer zu beziffern und daher wie in der Vergangenheit auch nicht Bestandteil der Planung. Mögliche Kostensteigerungen im Bereich des Dieselverbrauchs sind in der Planung entsprechend enthalten. Aufgrund des Preisverfalls in 2015 – insbesondere zum Jahresende – liegt der derzeitige Einkaufspreis deutlich unter den Planansätzen, so dass an dieser Stelle derzeitig keine zusätzlichen Belastungen gegenüber der Wirtschaftsplanung erwartet werden. Der Verbrauch von Diesel, der durch Dieselswaps bis 2019 gesichert ist, ist unabhängig von der derzeitigen Marktpreisentwicklung. Unterstützung erhält das Ergebnis durch das auch im Geschäftsjahr 2015 weiter angestiegene Beteiligungsergebnis der APAG, die in 2015 ein Ergebnis von gut 2,6 Mio. EUR erzielt hat und hiervon 2,1 Mio. EUR an die ASEAG abgeführt hat. Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG weiterhin ein Ergebnis von mehr als 2,0 Mio. EUR. Diese etwas moderatere Einschätzung der Ergebnissituation beruht im Wesentlichen darauf, dass sich im Geschäftsjahr 2015 die Notwendigkeit umfangreicher Sanierungsarbeiten in mehreren Parkhäusern herausgestellt hat und somit das Ergebnis über die kommenden Jahre entsprechend belastet wird. Aspekte wie das Aquis Plaza, die jetzt doch nicht kommende PKW-Maut oder die zeitlich verzögert eingeführte Umweltzone in Aachen haben vorerst scheinbar keinen spürbaren negativen Effekt auf das Parkaufkommen in Aachen, sind jedoch weiter zu beobachten. Der beschlossene mittelfristige Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2016 bis 2020 geht von einem negativen Ergebnis vor Verlustübernahme zwischen -25,1 Mio. EUR und -30,6 Mio. EUR aus. Grundsätzlich gilt auch mittelfristig weiterhin, dass Erlössteigerungen einen Großteil der Kostensteigerungen auffangen werden. Analog zur Aussage im Hinblick auf das Geschäftsjahr 2016 werden auch die Geschäftsjahre bis 2020 durch erhebliche Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen belastet. Da sich bis zum Jahr 2020 die erwartete Absenkung des Zinssatzes für Pensionsrückstellungen jedoch verlangsamt, fallen die Belastungen im zunehmenden Zeitverlauf geringer aus. Hierdurch erklärt sich im Wesentlichen die geplante Ergebnisverbesserung von -30,5 Mio. EUR in 2016 auf -25,1 Mio. EUR in 2020. Da der Gesetzgeber derzeitig Änderungen im Hinblick auf die Bewertungsansätze für Rückstellungen zur Altersvorsorge diskutiert, können sich im Rahmen der Mittelfristplanung jedoch noch erhebliche Veränderungen ergeben. Aufgrund der Zielrichtung des Gesetzgebungsverfahrens sind hieraus jedoch nur Ergebnisentlastungen zu erwarten. Ein gegenüber der Planung rasanteres Absinken des Zinssatzes wird derzeitig als eher unwahrscheinlich angesehen, da das Zinsniveau bereits extrem niedrig ist. Aufgrund des starken Hebels des Zinssatzes auf die zu bildende Rückstellung für die Alters Vorsorge können jedoch bereits kleinste Zinsabweichungen zu Ergebnisveränderungen im siebenstelligen Bereich führen. Das Programm zur Modernisierung der Busflotte ist mittlerweile abgeschlossen. Anstehende Investitionen dienen nunmehr primär dazu, den erreichten hohen technischen Stand der Busflotte zu erhalten und technische Fortschritte entsprechend in den Busbestand kontinuierlich einfließen zu lassen. Im Jahr 2016 sollen planmäßig 5 Solobusse und 9 Gelenkbusse mit der Euro 6-Abgasnorm angeschafft werden. Allerdings sollen aufgrund der ersten positiven Erfahrungen mit Elektrobussen und aufgrund der politischen Diskussion rund um den Luftreinhalteplan der Stadt Aachen gegebenenfalls je 5 Elektrogelenkbusse in den Jahren 2016 bis 2018 angeschafft werden, die separat von der Stadt Aachen bzw. im Rahmen

des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes gefördert werden sollen, ohne dass für die ASEAG Mehrkosten entstehen. In diesem Zusammenhang kann es zu Änderungen bei der Beschaffung der konventionellen Dieselbusse kommen. Durch die Beschaffung der Elektrobusse soll nach dem Einsatz von einzelnen Elektrobussen im Testbetrieb nunmehr auch ein Test dieser Antriebsart im realen Betriebsablauf erfolgen. Das Ziel eines umweltverträglichen ÖPNV bleibt somit weiterhin bestehen. Die Teilnahme an den Projekten "Mobility Broker" und "Civitas Dyn@mo" ist dabei ein weiterer wesentlicher Baustein. Darüber hinaus soll die Vermarktung des ÖPNV, insbesondere in der Region, intensiviert werden. Hier bilden u. a. Überlegungen zu einer weiteren Optimierung bedarfsorientierter Verkehre einen Schwerpunkt der geplanten Aktivitäten. Ziel der ASEAG ist es dabei, sich als Mobilitätsdienstleister mit Leistungen zu positionieren, die über die reine Busleistung hinausgehen. Zeitgleich sollen u. a. durch einen mobilen Datenzugriff auf aktuelle Abfahrtspläne und die flexible Nutzungsmöglichkeit unterschiedlicher Verkehrsmittel Zugangshemmnisse zum ÖPNV abgebaut werden. Durch den Ausbau der dynamischen Fahrgastinformation und der ASEAGmobil App, die Abfahrtzeiten in Echtzeit anzeigt und einen mobilen Fahrtbegleiter anbietet, der je nach Verkehrslage – sofern möglich – eine alternative Route ermittelt, sind wesentliche erste Schritte bereits erfolgt. Weitere Maßnahmen sind für das Jahr 2016 geplant (z.B. Testbetrieb Dynamisches Liniensystem in Monschau, Markteinführung Mobility Broker). Die Zielsetzung eines ökologisch hochwertigen ÖPNV liegt weiterhin im Trend der Branche. Wie in der Vergangenheit auch verfolgt die ASEAG insgesamt das Ziel, sich als kommunales Verkehrsunternehmen und zuverlässigen Dienstleister für Stadt und StädteRegion Aachen zu positionieren und diese Position zu einem umfassenden Mobilitätsdienstleister auszubauen. Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2017, die durch ihre Aufgabenträger Stadt und Kreis Aachen im Jahr 2007 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden. Eine entsprechende Vorabbekanntmachung zur Direktvergabe an die ASEAG und somit eine Verlängerung der Betrauung der ASEAG bis 2027 erfolgte direkt in den ersten Tagen des Geschäftsjahrs 2016. Darüber hinaus bleibt ein Ziel der ASEAG, sich den ökonomischen und ökologischen Anforderungen unserer Gesellschaft zu stellen und damit den spezifischen Anforderungen der Bürger der StädteRegion Aachen an einen nutzerorientierten ÖPNV gerecht zu werden. Dabei gilt es für die ASEAG, sich im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Anforderungen und angebotsorientierten Zielen zu bewähren und das Vertrauen, das die politischen Vertreter mit einer Direktvergabe der Leistung der ASEAG entgegenbringen, zu bestätigen. Neben den vorstehend dargelegten Aktivitäten auf dem Weg zum umfassenden Mobilitäts-dienstleister in der StädteRegion Aachen beabsichtigt die ASEAG grundsätzlich, sich zusammen mit einem Partner an der für nunmehr erst mittelfristig erwarteten Ausschreibung für die Euregiobahn (geplante Betriebsaufnahme nun voraussichtlich 2020/21) zu beteiligen. Die ausschreibende Stelle, der Nahverkehr Rheinland GmbH (NVR), hat erwartungsgemäß in 2015 einen Übergangsbetrieb für vier Jahre ausgeschrieben, an der sich die ASEAG und ihr Partner aufgrund geringer Erfolgsaussichten und kurzer Laufzeit nicht beteiligt haben. Spätestens in 2017 wird nunmehr die Ausschreibung für die Betriebsaufnahme'2020/2021 erwartet. Nachdem es in den Jahren 2013 und 2014, insbesondere aufgrund statistischer Effekte, eher zu stagnierenden Fahrgastzahlen gekommen ist, konnten in 2015 sowohl bei den Beförderungserlösen als auch bei Fahrgastzahlen ganzjährig betrachtet

Steigerungen verzeichnet werden. Aufgrund der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2014, die im Dezember 2015 veröffentlicht wurde, kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Einnahmenaufteilung zu Ungunsten der ASEAG verändert. Im Ergebnis 2015 wurde hierfür aufgrund kaufmännischer Vorsicht maximale bilanzielle Vorsorge getroffen. Die langfristigen Auswirkungen gegenüber der Planung lassen sich jedoch noch nicht beziffern.

Chancen- und Risikobericht

Unternehmerisches Handeln ist stets mit Chancen und Risiken verbunden. Aufgabe des Risikomanagements ist es, Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und zu dokumentieren. Darauf basierend werden Maßnahmen zur Steuerung, Begrenzung und Minimierung der Risiken ergriffen. In die Analysen fließen die denkbaren externen Marktrisiken, operative Betriebsrisiken sowie finanzwirtschaftliche Risiken mit ein. Um dies sicherzustellen, ist das Chancen- und Risikomanagementsystem konsequent in die bestehenden Steuerungs- und Controlling-Prozesse integriert. Im Rahmen der Unternehmenssteuerung werden allgemeine Markt- und Erlösrisiken im Zuge der Überwachung der Entwicklung von Erlösen, Mengen und Kosten in der Planung, der Vorhersage für das Jahresendergebnis und im Berichtswesen erfasst und gesteuert. Zusätzlich ist ein Risikomanagementsystem im Sinne von § 91 Abs. 2 AktG auf der Ebene der Konzernmutter implementiert, in das die ASEAG integriert ist und das alle weiteren Risiken erfasst. Berichte zum Risikomanagement erfolgen unmittelbar an den Vorstand. Darüber hinaus fungieren die interne Revision und der Abschlussprüfer bei der Jahresabschlussprüfung als unabhängige Kontrollinstanzen. Zum 1. Januar 2010 ist eine konzernweite Unternehmensverfassung in Kraft getreten. Diese sieht u. a. Regelungen zum Wettbewerbsrecht, zur Antikorruption, zur Vermeidung von Interessenkonflikten, zum Datenschutz und zur Umsetzung der Verfassung vor. Wie in den Vorjahren wurden auch im Geschäftsjahr 2015 in allen Unternehmensbereichen regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen der halbjährlichen Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, analysiert, bewertet und dokumentiert, und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit.
Zum 31. Dezember 2010 war es infolge eines Arbeitsgerichtsurteils Anfang 2011 notwendig geworden, eine außerordentliche Pensionsrückstellung in Höhe von 19,14 Mio. EUR zu bilden; die Pensionsrückstellung valutierte zum 31. Dezember 2013 in Höhe von 23,06 Mio. EUR. Das dazugehörige Gerichtsverfahren wurde im Jahr 2014 letztinstanzlich beim BAG gewonnen. Die weiteren ca. 70 Klagen zum gleichen grundsätzlichen Sachverhalt waren zum Bilanzstichtag 2014 überwiegend von den Klägern zurückgezogen worden, so dass die ASEAG vor dem Hintergrund des erwarten Rückzugs aller Klagen im Laufe des Geschäftsjahres 2015 die Rückstellung zum 31.12.2014 vollständig aufgelöst hatte. Zum 31.12.2015 ist festzustellen, dass wie erwartet sämtliche Klagen zurückgezogen wurden, so dass dieses Risiko nunmehr nicht mehr besteht. Im Zusammenhang mit dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) stellt das Ergebnis der einmaligen Neubewertung bei Einführung der Pensionsrückstellungen ein ergebnisbelastendes Risiko dar, welches im Rahmen der Fünf-Jahres-Planung bereits bewertet und eingeplant ist. Auch ein weiter absinkender Abzinsungssatz ist aufgrund von Zinsprognosen in die mittelfristige Wirtschaftsplanung eingeflossen. Dennoch kann es durch sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/-prognosen, Versicherungstafeln u. Ä.) auch weiterhinzu erheblichen Belastungen des

Ergebnisses durch Anpassungen der Pensionsrückstellungen kommen. Eine diesbezügliche bilanzielle Vorsorge ist handelsrechtlich nicht möglich, wurde jedoch nach aktuellem Kenntnisstand (Zinsprognosen) in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung berücksichtigt. Dabei kommt noch nicht die für Februar 2016 erwartete veränderte Gesetzgebung zur Anwendung, die eine Verlängerung des Zeitraumes für die Ermittlung des Zinssatzes zur Abzinsung der Pensionsrückstellung von 7 auf 10 Jahre vorsieht. Durch die von der EU angestrebte Liberalisierung des Verkehrsmarktes mit einem "kontrollierten" Wettbewerb und den damit verbundenen Restrisiken bei der Direktvergabe wird sich die Lage im ÖPNV entscheidend weiter verändern. In Übereinstimmung mit der neuen EU-Verordnung zur Regelung des ÖPNV (VO 1370/2007) wird die ASEAG der Mobilitätsdienst-leister in Stadt und StädteRegion Aachen bis 2017 bleiben. Der Ratsbeschluss, der eine Konkretisierung der Betrauung bis Ende 2017 vorsieht, wurde am 21. November 2007 gefasst. Dieser Sachverhalt bedeutet für die ASEAG einen gewissen Bestandsschutz für die nächsten Jahre. Die ASEAG hatte jedoch bereits im Jahr 2014 damit begonnen, sich mit den Anforderungen, die mit der Umsetzung der V01370/2007 einhergehen, auseinanderzusetzen und konnte die notwendigen politischen Beschlüsse zur Weiterführung der Betrauung (Direktvergabe) im Jahr 2015 einholen. Direkt zu Beginn des Jahres 2016 erfolgte die entsprechende Vorabbekanntmachung im EU-Amtsblatt. Neben den rechtlichen Risiken aus der Verordnung VO 1370/2007 zur Direktvergabe ergab sich aus dem seit Mai 2012 in Nordrhein-Westfalen geltenden Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG-NRW), welches durch den Minister für Arbeit, Integration und Soziales im Herbst 2012 für den ÖPNV konkretisiert wurde, ein zusätzliches Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer. Das im Auftrag der ASEAG erstellte Rechtsgutachten der Kanzlei Heuking Kühn Lüer Wojtek kommt zwar zu dem Ergebnis, dass die ASEAG und die Subunternehmerverträge der ASEAG nicht vom TVgG-NRW betroffen sind - die bisherige Rechtsprechung führte bisher jedoch nicht zu einer abschließenden Rechtsmeinung. Mit Beschluss vom 19.10.2015 - VII Verg 30/13 - hat das OLG Düsseldorf die zum TVgG-NRW erlassene Verordnung "zur Feststellung der Repräsentativität von Tarifverträgen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (RepTVVO)" vom 31.10.2012 verworfen und für nichtig erklärt. Darüber hinaus sieht das Verwaltungsgericht Düsseldorf in der Regelung zum ÖPNV des TVgG-NRW einen Verstoß gegen die Tarifautonomie des Grundgesetzes und hält dieses somit für verfassungswidrig - eine entsprechende Vorlage des Gesetzes beim Verfassungsgerichtshof NRW hat das Verwaltungsgericht veranlasst. Somit existiert dieses Risiko derzeitig nicht mehr; ob der Gesetz- bzw. Verordnungsgeber jedoch nachsteuert, wird sich wohl im Jahr 2016 entscheiden. Ein weiteres wesentliches bilanzielles Risiko bleibt trotz der sehr positiven Entwicklung in 2014 und 2015 die künftige Werthaltigkeit der Beteiligung an der APAG. Rückläufige Ergebnisse in den vergangenen Jahren haben im Jahresabschluss 2012 zu einer Korrektur des Beteiligungswertes geführt. Sollten die von der Geschäftsführung und dem Gesellschafter eingeleiteten Maßnahmen und die mit dem Projekt Parkhaus Tivoli verbundenen verbliebenen Erwartungen mittelfristig nicht vollumfänglich greifen bzw. eintreten, besteht das Risiko eines weiteren Korrekturbedarfs des Beteiligungsansatzes. Mit dem erfolgreichen Start von mehreren neuen Parkobjekten und der besser als erwartet anlaufenden Vermarktung des Tivoli-Parkhauses an Dritte nimmt die Gefahr der Notwendigkeit einer Korrektur des Beteiligungswertes jedoch weiter ab. Weitere wesentliche Risiken ergaben sich aus Umweltbelangen, die es erforderlich machen, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Die

ersten Anzeichen, die in 2014 ergeben hatten, dass es zur Einführung einer Umweltzone in Aachen kommen wird, haben sich im Jahr 2015 dahingehend konkretisiert, dass nunmehr ab dem 1. Februar 2016 in Aachen eine Umweltzone eingeführt wird. Aufgrund von Übergangsfristen für Busse konnte jedoch hier die befürchtete beschleunigte Neubeschaffung bzw. Umrüstungen von älteren Bussen vermieden werden, so dass sich die Mehrkosten auf die Gebühren für die Ausnahmegenehmigungen beschränken. Unsicherheit besteht noch im Hinblick auf eine seitens der Bezirksregierung Köln für die Stadt Eschweiler geforderte Umweltzone, da hier noch Gespräche zwischen Stadt und Bezirksregierung laufen, die die Einführung verhindern sollen. Auch wenn sich die Zuschusssituation gemäß der aktuellen Rechtslage im Bereich der Schülerbeförderung verbessert hat, bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG weiterhin die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln, die in der Regel auch keiner Dynamisierung unterliegen, und die damit verbundene Notwendigkeit, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete Maßnahmen zu kompensieren. Im Geschäftsjahr 2013 ist die ASEAG bei der Schwerbehindertenquote früher als erwartet auf das gesetzliche Niveau zurückgefallen. Hierdurch hat sich das diesbezügliche zukünftige Risiko zwar erheblich reduziert, bleibt aber im Grundsatz bestehen. Die Zuschusssituation beim Mobil-Ticket hat sich gegenüber den Vorjahren aufgrund weiter erhöhter Verkaufszahlen bei rückläufigen Zuschusszahlungen je Ticket weiter verschlechtert. Diesem Effekt wird 2016 mit einer überdurchschnittlichen Tarifanpassung des Mobil-Tickets entgegengesteuert. Auch wenn die Ausgleichszahlungen nicht per Gesetz festgelegt sind, sondern lediglich von Jahr zu Jahr bereitgestellt werden, darf für 2016 und 2017 sicher von einem Fortbestehen der Zuschüsse ausgegangen werden. Darüber hinaus ist seitens der Ministerien signalisiert worden, dass der Zuschussbetrag in NRW von 30 Mio. EUR auf 40 Mio. EUR angehoben werden soll. Ob dies vor dem Hintergrund der rasant zunehmenden Ticketanzahl zu einem erhöhten Zuschuss je Ticket führt, ist noch ungewiss. Einnahmenseitig besteht darüber hinaus das Risiko, dass sich das Kundenverhalten ändert und beispielsweise Kunden mit einer netzweitgültigen Fahrkarte mehr als bisher das vorhandene Leistungsangebot anderer Verkehrsunternehmen im Aachener Verkehrsverbund (AVV)nutzen. Durch solche Veränderungen kann es im Rahmen der Anpassung der Einnahmenaufteilung infolge von Verkehrserhebungen bei unveränderten Gesamteinnahmen im AVV zu veränderten Einnahmenzuteilungen zwischen den einzelnen Verkehrsunternehmen kommen. Weiterhin besteht ein wesentliches Risiko durch eine zunehmende Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter, die insbesondere nicht mehr im Fahrdienst eingesetzt werden können. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine operativen Risiken bekannt, die zu einer Gefährdung einzelner Betriebsbereiche oder des gesamten Unternehmens führen könnten. Nach Überprüfung der Risikosituation kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir ausreichend versichert sind und genügend bilanzielle Vorsorge getroffen haben. Aufgrund der Betrauung bis 2017 und der bis 2027 anstehenden Direktvergabe durch die Stadt Aachen bzw. die StädteRegion Aachen ist der Fortbestand der ASEAG in Verbindung mit der Satzung des Aachener Verkehrsverbunds gesichert. Derzeitig nutzen die beiden Aufgabenträger den Ergebnisabführungsvertrag zwischen E.V.A. und ASEAG, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sollte der Ausgleich gefährdet sein, ist die Geschäftsführung der E.V.A. gefordert, Maßnahmen zur Sicherstellung der Refinanzierung des ÖPNV, z.B. unter Berufung auf den satzungsgemäßen Ausgleich im AVV, einzuleiten. Insgesamt wird gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan mit einem negativen Planergebnis für 2016 vor Verlustübernahme

i.H.v. 30,5 Mio. EUR gerechnet, welches bei Eintritt, insbesondere aufgrund der temporär erhöhten Belastung aus der Neubildung von Pensionsrückstellungen, als sehr kritisch angesehen wird.

Aachen, den 24. März 2016
Der Vorstand
Michael Carmincke

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen, die Erbringung von Dienstleistungen in den vorgenannten Bereichen und damit zusammenhängende Tätigkeiten sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunaler Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten. Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG), und der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft (ASEAG) zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich für diese Gesellschaften vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen der Stadt Aachen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung besteht aus bis zu vier Geschäftsführern, von denen einer dem Vorstand der STAWAG und einer dem Vorstand der ASEAG angehören muss. Der dritte Geschäftsführer wird von der Stadt Aachen vorgeschlagen. Der vierte Geschäftsführer wird von der StädteRegion Aachen vorgeschlagen.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. Zehn der Aufsichtsratsmitglieder werden von den Gesellschaftern nach Maßgabe der folgenden Regelungen bestimmt, fünf von den Arbeitnehmern nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes gewählt. Zwei der Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschafter werden von der Stadt Aachen und ein Aufsichtsratsmitglied vom Städteregion Aachen in den Aufsichtsrat entsandt. Eines der von der Stadt Aachen entsandten Mitglieder ist der Oberbürgermeister oder ein von ihm benannter Vertreter. Die StädteRegion Aachen entsendet den Städteregionsrat oder einen vom Städteregionsrat benannten Vertreter. Die übrigen Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft werden von der Gesellschafterversammlung gewählt.

Gesellschaftervertreter: Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dr. Christian Becker	
	Dipl.-Kfm. Michael Carmincke	

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat

	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Willi Bündgens	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52068 Aachen
gezeichnetes Kapital:	14.049.880,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Stadt Aachen	14.048.840	99,99
StädteRegion Aachen	1.040	0,01
	14.049.880	100,00

Beteiligungen > 25 %:	Eigenkapital in T€	Anteil in %
STAWAG	104.708	100,00
ASEAG	9.332	94,90
regio iT aachen	1.851	60,27

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	58.435.192	58.247.636	58.256.526
I. Imm. Vermögensgegenst.			1.393.803
II. Sachanlagen			137.103
III. Finanzanlagen			56.725.620
B. Umlaufvermögen	48.421.968	27.818.896	53.901.682
I. Forderungen / sonst. VG			32.636.549
II. Kassenbestand, Guthaben			21.265.133
C. RAP	13.193	0,00	11.538
Bilanzsumme Aktiva	**106.870.353**	**86.066.532**	**112.169.746**

A. Eigenkapital	7.024.940	14.953.743	7.402.923
I. Gezeichnetes Kapital	14.049.880	14.049.880	14.049.880
II. Kapitalrücklage	29.753.000	29.753.000	29.753.000
III. Verlustvortrag	-29.234.198	-36.777.940	-28.849.137
IV. Jahresfehlbetrag	-7.543.742	7.928.803	-7.550.820
B. Rückstellungen	1.454.529	2.477.763	9.754.051
C. Verbindlichkeiten	98.390.884	68.635.026	95.012.772
Bilanzsumme Passiva	**106.870.353**	**8.066.532**	**112.169.746**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 - in € -	2014 - in € -	2015 - in € -
Umsatzerlöse	15.268.450	15.524.871	15.545.469
Betriebsergebnis	613.208	795.914	704.380
Beteiligungsergebnis	-6.200.559	7.620.068	-12.470
Zinsergebnis	964.334	-486.770	-1.704.036
gewöhnliches Geschäftsergebnis	-4.623.017	7.929.212	-1.012.126
Jahresüberschuss/-fehlbetrag n. Steuern	**-7.543.742**	**7.928.803**	**-7.550.820**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
	149	146	144

Leistungsindikatoren	2013	2014	2015
Eigenkapitalquote	6,6 %	17,4	6,6
Umsatzrentabilität	-49,4 %	51,1	51,1
Eigenkapitalrentabilität	-107,4 %	53,0	53,0

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Der sich aus dem Jahresabschluss ergebende Gewinn fließt der Stadt Aachen zu. Die Stadt ist verpflichtet, eventuelle Verluste jährlich abzudecken. Der anteilige Verlust der StädteRegion Aachen an der ASEAG für erbrachte Nahverkehrsleistungen wird auf Basis einer Konsortialvereinbarung zwischen Städteregion und Stadt Aachen gesondert abgerechnet. Zwischen der E.V.A. als Holdinggesellschaft und ihren Tochtergesellschaften ASEAG und regio iT bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen.

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig. Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG), die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen. Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2017, die durch ihre Aufgabenträger Stadt Aachen und StädteRegion Aachen im Jahr 2007 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden. Um die Möglichkeit einer Direktvergabe zu erhalten, waren auch Anpassungen im Gesellschaftsvertrag der E.V.A. erforderlich, die in 2015 umgesetzt wurden. Um eine bilanzielle Überschuldung der Gesellschaft zu vermeiden und den wirtschaftlichen Fortbestand der Gesellschaft zu sichern, wurde im Jahre 2013 der Gesellschaftsvertrag angepasst. Die Neuregelung verpflichtet die Stadt Aachen, einen Verlustausgleich zu leisten, wenn das handelsbilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft gemäß § 266 Abs. 3 A HGB die Hälfte des Stammkapitals unterschreitet. Der Ausgleichsbetrag ist auf 7 Mio. Euro jährlich begrenzt. Die Summe der jährlich auszugleichenden Beträge soll 70 Mio. Euro nicht überschreiten. Der Anteil der Geschäftsanteile an der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT) beträgt weiterhin 60,27 Prozent. Die E.V.A. hält 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der gewoge AG (gewoge), Aachen. Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat ihren positiven Wachstumskurs auch zum Jahresende 2015 fortgesetzt. Das preis-, saison- sowie kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist im vierten Quartal um 0,3 Prozent höher als im vorherigen Quartal. Die konjunkturelle Lage in Deutschland wird somit im Jahr 2015 durch ein stetiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet: jeweils +0,3 Prozent im dritten und vierten Quartal und +0,4 Prozent in den ersten beiden Quartalen. Insgesamt ist damit das kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Gesamtjahr 2015 um 1,7 Prozent angestiegen (Vorjahr: 1,6 Prozent). Positive Impulse für das Wirtschaftswachstum in 2015 kamen aus dem Inland: Die Konsumausgaben des Staates erhöhten sich deutlich um 1 Prozent, die der privaten Haushalte um 0,2 Prozent. Auch die Ausrüstungsinvestitionen legten zu (+1,0 Prozent). Dieser Zuwachs resultierte jedoch vor allem aus dem Staatssektor; die nicht-staatlichen Ausrüstungsinvestitionen hingegen waren leicht rückläufig. Zusammenfassend war die inländische Verwendung um 0,8 Prozent höher als im dritten Quartal 2015 (preis-, saison- und kalenderbereinigt) (Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2016). Am Arbeitsmarkt hat sich die Situation auch im Jahr 2015 positiv entwickelt. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen fiel

um 0,3 Prozent. Im Jahresdurchschnitt betrug die Arbeitslosenquote für die Bundesrepublik Deutschland 6,4 Prozent. Die positive konjunkturelle Entwicklung und die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt führten zu deutlich geringeren staatlichen Ausgaben im Jahresverlauf, sodass die Ausgaben für Arbeitslosengeld rund 1 Milliarde Euro geringer waren als geplant (Quelle: Presseinformation Bundesagentur für Arbeit, 5. Januar 2016). Der Energieverbrauch in Deutschland erreichte 2015 nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen eine Höhe von 13.306 Petajoule (PJ). Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Prozent. Der Zuwachs ist im Wesentlichen mit den gegenüber dem Vorjahr etwas kühleren Witterungsverhältnissen zu begründen. Ohne Berücksichtigung des Witterungseinflusses wäre der Energieverbrauch um schätzungsweise 0,4 Prozent gesunken (Quelle: AG Energiebilanzen e.V., Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2015).

Geschäftsverlauf

Das Betriebsergebnis ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Es fiel gegenüber dem Vorjahr um 92 T Euro auf 704 T Euro. Ursächlich für den Ergebnisrückgang waren ein leicht sinkendes Dienstleistungsvolumen infolge einer Aufgabenverlagerung von der E.V.A. zur STAWAG im Bereich Marketingdienstleistungen sowie steigende Beratungsaufwendungen für Projekte.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter
- Beteiligungsergebnis

		Wirtschaftsplan	Jahresabschluss
Umsatzerlöse	T€	15.772	15.545
Anzahl Mitarbeiter	MAÄ*	140,3	134,1
Betriebsergebnis	T€	-45	704
Beteiligungsergebnis	T€	-5.515	-12
davon ASEAG	T€	-24.470	-27.553
davon STAWAG	T€	18.091	26.666
davon regio iT	T€	699	709
davon gewoge	T€	165	166

*= Mitarbeiteräquivalent. Ein MAÄ entspricht einem Vollzeitmitarbeiter

Die Umsatzerlöse der E.V.A. resultieren zum überwiegenden Teil aus den Entgelten, die die E.V.A. für die Erbringung kaufmännischer Dienstleistungen sowie für die Erbringung von

Gebäudedienstleistungen erhält. Die Leistungen werden im Wesentlichen für die Konzerngesellschaften erbracht. Neben den Dienstleistungsentgelten fließen Weiterberechnungen im Wesentlichen von IT-Kosten in die Umsatzerlöse ein. Im Berichtsjahr 2015 fielen die Umsatzerlöse der E.V.A. mit 15,5 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro unter Planniveau aus. Sie setzen sich zusammen aus Dienstleistungsumsätzen in Höhe von 13,9 Mio. Euro, aus Erlösen für weiterberechnete IT-Kosten in Höhe von 1,5 Mio. Euro und aus weiterberechneten Portokosten von 0,1 Mio. Euro. Ursächlich für die unter Plan liegenden Umsätze sind sowohl geringe Umsatzerlöse aus dem Dienstleistungsgeschäft als auch geringere Umsätze aus weiterberechneten IT-Kosten. Die E.V.A. konnte im Geschäftsjahr 2015 ein Betriebsergebnis erwirtschaften, das mit 0,7 Mio. Euro über dem leicht negativen Planergebnis ausfiel. Wesentlicher Grund für die Ergebnisverbesserung waren unter Plan liegende Kosten. Die Gesamtkosten blieben mit 15,7 Mio. Euro um rund 0,9 Mio. Euro hinter dem Ansatz aus der Wirtschaftsplanung zurück. Der Personalaufwand lag mit 9,9 Mio. Euro um 0,6 Mio. Euro unter Plan. Ursächlich dafür waren geringere Kosten für Vergütungen und soziale Abgaben im Wesentlichen aufgrund eines unter Plan liegenden Personalstands. Des Weiteren fiel der Materialauwand mit 2,5 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro niedriger aus als geplant. Dies ist auf geringere IT-Kosten durch Fremdleistungen der regio iT zurückzuführen. Zum Ende des Geschäftsjahres 2015 beschäftigte die E.V.A. 158 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie zwei Geschäftsführer. Ohne Berücksichtigung von Aushilfskräften, Auszubildenden und ruhenden Arbeitsverhältnissen betrug die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 144, davon 117 Vollzeit- und 27 Teilzeitmitarbeiter. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter betrug die Personalstärke 134,1 Mitarbeiteräquivalente (MAÄ) und lag somit unter Planniveau (140,3 MAÄ). In den kaufmännischen Dienstleistungseinheiten waren 86,5 MAÄ und im Bereich Gebäudemanagement 47,6 MAÄ tätig.

Das Gesamtergebnis der E.V.A. wird maßgeblich beeinflusst durch die Gewinnabführungen aus den Beteiligungen an STAWAG, regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT) und gewoge sowie durch den Ausgleich des Jahresfehlbetrags der ASEAG. Das nahezu ausgeglichene Beteiligungsergebnis der E.V.A. übertraf im Geschäftsjahr 2015 das im Wirtschaftsplan berücksichtigte negative Beteiligungsergebnis in Höhe von 5,5 Mio. Euro. Die Verbesserung des Beteiligungsergebnisses resultiert aus einer höheren Gewinnabführung der STAWAG an die E.V.A. Die STAWAG erwirtschaftete in 2015 einen deutlich über Plan liegenden Jahresüberschuss. Der positive Ergebniseffekt resultierte insbesondere aus einer Fehlerkorrektur der Pensionsrückstellungen. Die Gewinnabführung der STAWAG an die E.V.A. für das Berichtsjahr übersteigt mit 26,7 Mio. Euro den Planansatz um 8,6 Mio. Euro. Bei der ASEAG führten zusätzliche Rückstellungen für höhere AVV-Abgaben sowie für Kosten der Altersversorgung zu einem gegenüber der Wirtschaftsplanung höheren Jahresfehlbetrag, der von der E.V.A. auszugleichen ist. Der Jahresfehlbetrag fiel mit 27,6 Mio. Euro um 3,1 Mio. Euro höher aus als geplant. Die Gewinnausschüttungen der regio iT und der gewoge weisen mit rund 0,7 Mio. Euro bzw. mit rund 0,2 Mio. Euro keine nennenswerten Abweichungen zu den Annahmen aus der Wirtschaftsplanung auf. Insgesamt verbessert sich das Beteiligungsergebnis somit um 5,5 Mio. Euro gegenüber den Planannahmen und ist mit -12 T Euro nahezu ausgeglichen (Plan: -5,5 Mio. Euro).

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat beschlossen, für den Frauenanteil im Aufsichtsrat den Status Quo von 20,00 Prozent als Zielgröße für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis 30. Juni 2017 beizubehalten und für den Vorstand am Status Quo (0,00 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis 30. Juni 2017 festzuhalten. Die Geschäftsführung hat beschlossen, für die 1. Führungsebene eine Zielgröße für den Frauenanteil von mindestens 50,00 Prozent (Status Quo: 62,5 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis 30. Juni 2017 nicht zu unterschreiten und für die 2. Führungsebene am Status Quo von 30,00 Prozent festzuhalten.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 7,6 Mio. Euro und verschlechterte sich damit gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 15,5 Mio. Euro. Die wirtschaftliche Lage der E.V.A. wird im Wesentlichen durch die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaften bestimmt. Das Zins- und Beteiligungsergebnis beträgt -1,7 Mio. Euro und liegt damit 8,9 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis. Dabei fiel die Gewinnabführung der STAWAG mit 26,7 Mio. Euro um 20,1 Mio. Euro höher aus als im Vorjahr (6,6 Mio. Euro). Die Ergebnisverbesserung resultierte insbesondere aus einer Fehlerkorrektur der Pensionsrückstellung aus dem Vorjahr, die mit rund -12,3 Mio. Euro im Personalaufwand des laufenden Geschäftsjahres berücksichtigt wurde. Weitere positive Effekte ergaben sich aus dem Forderungsverkauf Bexbach in Höhe von rund 7,6 Mio. Euro sowie aus dem Verkauf von bebauten Grundstücken mit rund 3,1 Mio. Euro. Das Vorjahresergebnis der ASEAG war von einem außerordentlichen Ereignis geprägt, welches den Verlustausgleich in Höhe von insgesamt -0,3 Mio. Euro wesentlich beeinflusste. Aufgrund einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts konnten Pensionsrückstellungen in Höhe von 24,1 Mio. Euro erfolgswirksam aufgelöst werden. Das Ergebnis des Berichtsjahres beträgt -27,6 Mio. Euro und ist weiterhin von außerordentlich hohen Aufwendungen für Altersvorsorge geprägt, die die aus der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank resultieren. Darüber hinaus belastete eine neue Verkehrserhebung den Verlustausgleich, da hieraus weitere Erlösabgaben von 1,5 Mio. Euro für das laufende Geschäftsjahr und 1,4 Mio. Euro für das Vorjahr vorzunehmen waren. Der Jahresüberschuss der regio iT erhöhte sich im Berichtsjahr um 0,4 Mio. Euro auf 1,5 Mio. Euro. Da die Gewinnausschüttung der regio iT nicht durch einen Ergebnisabführungsvertrag, sondern durch Gesellschafterbeschluss herbeigeführt wird, wird das Jahresergebnis 2015 erst 2016 erfolgswirksam. Die Ausschüttung des Jahresüberschusses aus dem Jahre 2014 erfolgte im Juni 2015. Der E.V.A.-Anteil betrug 0,7 Mio. Euro (Vorjahr: 1,2 Mio. Euro). Der Beteiligungsertrag der Gewoge entspricht mit 0,17 Mio. Euro dem des Vorjahres. Bis auf eine Erhöhung der sonstigen Aufwendungen um 0,2 Mio. Euro aufgrund eines höheren Steuerberatungsbedarfs infolge einer Betriebsprüfung, liegen die übrigen Positionen des Betriebsergebnisses auf Vorjahresniveau. Für das Geschäftsjahr belaufen sich die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag auf 616 T Euro Körperschaftsteuer und 1.451 T Euro Gewerbesteuer. Ertragsteuern für Vorjahre in Höhe von 4.288 T Euro (Vorjahr: 68 T Euro) resultieren fast ausschließlich aus der laufenden steuerlichen Betriebsprüfung für die Jahre 2009 bis 2011.

Finanzlage

Im Jahr 2015 belief sich das Finanzierungsvolumen der E.V.A. auf 34,2 Mio. Euro. Die Mittelverwendung ergibt sich mit 17,4 Mio. Euro aus der Zunahme der Forderungen infolge des höheren Gewinnabführungsanspruchs gegen die STAWAG. Die Finanzmittel erhöhten sich zum Bilanzstichtag um 8,7 Mio. Euro. Die Investitionen in das Anlagevermögen resultieren mit 0,5 Mio. Euro hauptsächlich aus Software-Erweiterungen. Aus dem Jahresfehlbetrag ergibt sich ein Finanzierungsbedarf von 7,6 Mio. Euro. Die Mittel resultieren im Wesentlichen aus einer Zunahme der Verbindlichkeiten in Höhe von 26,4 Mio. Euro hauptsächlich durch die Aufnahme eines Gesellschafterdarlehens der Stadt Aachen in Höhe von 10,0 Mio. Euro und Darlehen aus verschiedenen Stiftungen der Stadt Aachen in Höhe von 15,0 Mio. Euro. Darüber hinaus ergeben sich 7,3 Mio. Euro aufgrund bilanzierter Risiken aus einer steuerlichen Betriebsprüfung. Aus Abschreibungen standen weitere 0,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt im Berichtsjahr 112,2 Mio. Euro und liegt damit um 26,1 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Die Bilanz beinhaltet Stichtagsbeträge aus dem Cash-Pooling, woraus sich sowohl Forderungen (2,7 Prozent der Bilanzsumme) als auch Verbindlichkeiten (23,9 Prozent der Bilanzsumme) gegenüber den beteiligten verbundenen Unternehmen ergeben. Das Anlagevermögen beinhaltet im Wesentlichen die Anteile an verbundenen Unternehmen und bildet zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen 51,9 Prozent des Gesamtvermögens. Die restlichen Mittel resultieren mit 19,0 Prozent aus Guthaben bei Kreditinstituten und mit 26,4 Prozent aus dem übrigen Umlaufvermögen. Die Kapitalseite weist insgesamt 37,4 Mio. Euro mittel- und langfristige Mittel aus, die 33,3 Prozent der Bilanzsumme betragen. Darin enthalten sind Darlehen in Höhe von 24,0 Mio. Euro aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, ein Gesellschafterdarlehen der Stadt Aachen in Höhe von 10,0 Mio. Euro sowie ein Gesellschafterdarlehen der StädteRegion Aachen in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pool liegen bei 23,9 Prozent. Die übrigen kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten betragen 36,2 Prozent und bestehen im Wesentlichen aus dem Verlustausgleichsanspruch der ASEAG in Höhe von 27,6 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt 6,6 Prozent. Die E.V.A. stellt einen Konzernabschluss gemäß § 290 ff. HGB auf. Es werden die Jahresabschlüsse der ASEAG, der STAWAG, der regio iT, der Aachener Parkhaus GmbH (APAG), der STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), der INFRAWEST GmbH (INFRAWEST) sowie der FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR) einbezogen.

Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen.

Prognosebericht

Die Gemeinschaftsdiagnose führender Wirtschaftsforschungsinstitute kommt in dem Frühjahresgutachten 2016 zu dem Ergebnis, dass sich die Konjunktur in Deutschland nicht wie im

vergangenen Herbst erwartet in einem kräftigen Aufschwung befindet. Es liegt eine Abwärtskorrektur vor, welche für das kommende Jahr nicht ein Wachstum von 1,8 Prozent, sondern lediglich ein Wachstum von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes vorsieht. Dabei kommen die Impulse von einer schwachen Weltkonjunktur, die dazu führt, dass der Wachstumsbeitrag des Außenhandels mittelfristig zurückgeht und im laufenden Jahr sogar merklich negativ auftritt. Diese bescheidenen Exportperspektiven werden als Grund für eine vorhersehbare Investitionsschwäche benannt. Die Institute gehen davon aus, dass die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2016 um 500.000 über der Anzahl des Vorjahres liegen wird (Vorjahr: 43,0 Mio.). Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich von 6,2 Prozent in 2015 auf 6,4 Prozent in 2016 steigen. Dies ist mit der hohen Zahl von Zuwanderungen zu begründen. Sowohl die gesamtwirtschaftliche Produktion als auch die Auftragseingänge steigen in diesem Jahr stetig an. Der private Konsum wird dabei einen großen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Produktion leisten, da die verfügbaren Einkommen um rund drei Prozent wachsen. Eine geringe Inflation sowie eine leicht steigende Sparquote begründen eine Expandierung des privaten Konsums um 2,1 Prozent. Nichtsdestotrotz bestehen weiterhin Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung. Die Geldpolitik bleibt aufgrund der weiter anhaltenden Verlangsamung der Preisdynamik expansiv ausgerichtet, da die Finanzierungskosten bereits ein sehr niedriges Niveau erreicht haben. Die Folge dürfte laut der Institute eine in Teilen expansiver ausgerichtete Finanzpolitik sein, deren Ausmaß aber durch die weiterhin hohen Schuldenquoten und bestehenden Budgetregeln in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften Grenzen gesetzt sind. Trotzdem wird die Konsolidierung des Staatshaushaltes weiter voranschreiten. Die Lage der Unternehmen im Jahr 2016 in Stadt und StädteRegion Aachen ist erneut sehr positiv. In den letzten Monaten haben sich die Erträge gut entwickelt. Die Auslastung der Produktionskapazitäten ist von 81 Prozent auf 83 Prozent angestiegen. Bei 42 Prozent der IHK befragten Unternehmen sind die Umsätze in den zurückliegenden sechs Monaten gewachsen. Jedoch stellt auch in diesem Jahr der zunehmende Fachkräftemangel ein wachsendes Konjunkturrisiko dar. Die E.V.A. erwartet für das Geschäftsjahr 2016 ein ausgeglichenes **Jahresergebnis**. Dieses ausgeglichene Ergebnis kann nur durch Berücksichtigung einer Verlust-Ausgleichszahlung seitens des Gesellschafters Stadt Aachen in Höhe von 6,7 Mio. Euro erreicht werden. Ohne die Ausgleichszahlung würde die E.V.A. einen Jahresfehlbetrag von 6,7 Mio. Euro ausweisen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit für 2016 wird mit -13,0 Mio. Euro um 12,0 Mio. Euro schlechter ausfallen als das Ergebnis des Geschäftsjahres 2015. Die Gründe für die Ergebnisverschlechterung liegen im Beteiligungsergebnis, in dem sich ein gegenüber dem Vorjahr steigender Jahresfehlbetrag der ASEAG sowie eine rückläufige Ergebnisabführung der STAWAG auswirken. Dabei wird die **Gesamtleistung** der E.V.A. aus dem operativen Geschäft im Jahr 2016 mit 16,5 Mio. Euro in etwa auf dem Niveau des Vorjahres liegen. Die Gesamtleistung setzt sich zusammen aus:

- Umsatzerlösen aus Dienstleistungen in Höhe von 14,0 Mio. Euro,
- Umsatzerlösen aus Weiterberechnungen in Höhe von rund 1,7 Mio. Euro,
- sowie aus sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von rund 0,7 Mio. Euro, die aus Weiterberechnungen für diverse Kostenpositionen resultieren.

Die **Gesamtkosten** werden sich im Geschäftsjahr 2016 gegenüber dem Vorjahr von 15,7 Mio. Euro auf 16,5 Mio. Euro erhöhen. Korrespondierend zu den steigenden Umsätzen aus

Weiterberechnungen ist eine Erhöhung der Sachkosten von 5,7 Mio. Euro auf 5,9 Mio. Euro zugrunde gelegt. In der Planung für 2016 sind Tariferhöhungen von durchschnittlich 2,0 Prozent zugrunde gelegt, die die Personalaufwendungen um 0,7 Mio. Euro auf 10,6 Mio. Euro in 2016 ansteigen lassen. Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird sich die Personalstärke von 134,1 Mitarbeiteräquivalenten (MAÄ) zum Ende des Geschäftsjahres 2015 auf 138,5 MAÄ zum Jahresende 2016 erhöhen. Der Ergebnisrückgang des Geschäftsjahres 2016 resultiert im Wesentlichen aus dem Beteiligungsergebnis. Während die aktuelle Ergebnisrechnung für 2015 noch ein fast ausgeglichenes **Beteiligungsergebnis** zeigt, wird im Wirtschaftsplan für 2016 eine Verschlechterung auf -12,2 Mio. Euro angenommen. Ursächlich dafür sind die Gewinnabführung der STAWAG, die gegenüber dem Vorjahr um 9,4 Mio. Euro sinken wird, sowie der Jahresfehlbetrag der ASEAG, der in der Wirtschaftsplanung 2016 um rund 3 Mio. Euro höher ausfällt als 2015. Der geplante Jahresfehlbetrag der ASEAG für das Wirtschaftsjahr 2016 beträgt 30,5 Mio. Euro. Die Ergebnisverschlechterung der ASEAG in 2016 gegenüber dem aktuellen Jahr ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Neben den Effekten aus den Pensionsverpflichtungen gilt grundsätzlich weiterhin, dass die allgemeinen Kostensteigerungen planmäßig im Wesentlichen durch Mehrerlöse gedeckt werden sollen; die Ergebnisverschlechterung resultiert insbesondere aus erhöhten technischen und kundenseitigen Anforderungen, die sich in zunehmendem Aufwand widerspiegeln. Moderne Fahrgastinformationsmedien (z.B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und App), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z.B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Euro 6 -, Hybrid- oder Elektrobusse) sind kapital- und wartungsintensiv, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. Aufgrund des Dieselpreisverfalls in 2015 - insbesondere zum Jahresende - liegt der derzeitige Einkaufspreis deutlich unter den Planansätzen, so dass an dieser Stelle derzeitig keine zusätzlichen Belastungen gegenüber der Wirtschaftsplanung erwartet werden. Der Verbrauch von Diesel, der durch Dieselswaps gesichert ist, ist unabhängig von der derzeitigen Marktpreisentwicklung. Unterstützung erhält das Ergebnis durch das auch im Geschäftsjahr 2015 weiter ansteigende Beteiligungsergebnis der APAG, die in 2015 ein Ergebnis von gut 2,6 Mio. Euro erzielt hat und hiervon 2,1 Mio. Euro an die ASEAG abgeführt hat. Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG weiterhin ein Ergebnis von mehr als 2,0 Mio. Euro. Diese etwas moderatere Einschätzung der Ergebnissituation beruht im Wesentlichen darauf, dass sich im Geschäftsjahr 2015 die Notwendigkeit umfangreicher Sanierungsarbeiten in mehreren Parkhäusern herausgestellt hat und somit das Ergebnis über die kommenden Jahre entsprechend belastet wird. Aspekte wie das neugebaute Parkhaus bei Aquis Plaza, die jetzt doch nicht kommende Pkw-Maut oder die zeitlich verzögert eingeführte Umweltzone in Aachen haben vorerst scheinbar keinen spürbaren negativen Effekt auf das Parkaufkommen in Aachen, sind jedoch weiter zu beobachten. Bei der ASEAG werden die kommenden Geschäftsjahre 2016 bis 2020 geprägt sein von der Vorbereitung der Neustrukturierung des Verkehrsmarktes im Verkehrsgebiet des Aachener Verkehrsverbundes (AVV). Mit Ende der Betrauungen der kommunalen Unternehmen im AVV zum Jahresende 2017 steht der AVV vor der Herausforderung, die Vergabe der Verkehrsleistung für die Zeit ab 2018 zu organisieren. Wesentliche rechtliche und politische Maßnahmen sind im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen worden. Die ASEAG wird aufgrund der politischen Beschlüsse neben den bisherigen Leistungen (gut 15 Mio. Nutzkilometer) auch für die übrige Busleistung (gut 3,5 Mio. Nutzkilometer)

in der Stadt Aachen und StädteRegion Aachen eine Direktvergabe nach Maßgabe der EU VO 1370/2007 erhalten – vereinzelte einbrechende Linien aus den Nachbarkreisen bzw. -ländern ausgenommen. Die entsprechende Vorabbekanntmachung wurde Anfang 2016 im EU-Amtsblatt veröffentlicht. In Vorbereitung auf die ab 2018 per Direktvergabe dann gesicherte Leistungserbringung hat die ASEAG mit den bisherigen Konzessionären (Taeter Aachen Transdev Rheinland GmbH bzw. RVE Regionalverkehr Euregio Maas-Rhein GmbH) Verträge geschlossen, die u. a. eine vorzeitige Übertragung der Konzessionen zum 1. Januar 2016 auf die ASEAG vorsehen. Dies ist inzwischen auch von der Bezirksregierung genehmigt worden, so dass die Verkehrsleistung der ASEAG ab 2016 insgesamt knapp 19 Mio. Nutzkilometer pro Jahr beträgt. Im Jahr 2015 schritt der Ausbau der ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH, Eschweiler, (ESBUS) zur Fahrbetriebstochter stetig voran. Inzwischen werden über 130 Fahrer beschäftigt. Damit findet der personelle Austausch im Fahrdienst zwischen der ASEAG und der ESBUS schneller als ursprünglich geplant statt. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Mitarbeiter im Fahrdienst der ASEAG bereits 2016 auf die im Tarifvertrag vorgesehene Zahl von 325 Mitarbeitern abgeschmolzen ist. In den übrigen Funktionsbereichen der ASEAG werden geringfügige Neueinstellungen erwartet (z.B. Werkstatt, IT), um sich insbesondere auf die kommenden technologischen Anforderungen einzustellen. Insgesamt wird von einem Personalbestand von 539 Mitarbeiteräquivalenten in 2016 ausgegangen, der sich dann in den Folgejahren nur marginal reduziert. Des Weiteren werden die Ergebnisse der ASEAG in den kommenden Jahren aufgrund weiterer erheblicher Zuführungen zur Pensionsrückstellung belastet. Ursachen hierfür sind im Wesentlichen weiter fallende Abzinsungssätze für die Bewertung der Pensionsrückstellungen, welche zu sehr hohen Zuführungen in der Handelsbilanz führen. Darüber hinaus wirken sich eine zunehmende Lebenserwartung sowie die Neubewertung der Pensionsrückstellungen wegen des BilMoG Ge ein Fünfzehntel des zum 1. Januar 2010 festgestellten gesamten Unterschiedsbetrags) negativ auf das Gesamtergebnis aus. Entlastend könnte sich eine geplante Gesetzesänderung auswirken, die für das Jahr 2016 erwartet wird und zumindest die Geschwindigkeit der Zinsabsenkung reduziert. Dadurch können sich im Rahmen der Planung noch erhebliche Ergebnisentlastungen ergeben. Die STAWAG geht in ihrer Planung davon aus, dass die Gewinnabführung an die E.V.A. für das Geschäftsjahr 2016 deutlich geringer ausfallen wird als für das abgelaufene Geschäftsjahr. Das energiewirtschaftliche Marktumfeld wird weiterhin schwierig bleiben und insbesondere das Ergebnis der Wertschöpfungsstufe konventionelle Energie- und Wassererzeugung belasten. Die Wettbewerbssituation im Strom- und Gasbereich führt dazu, dass der Ergebnisbeitrag der Wertschöpfungsstufe Beschaffung/Vertrieb rückläufig ist. Das für die nächsten Jahre prognostizierte geringe Zinsniveau macht weiterhin hohe Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen erforderlich. Bei einer Gesamtleistung von rund 405 Mio. Euro beträgt der für das Jahr 2016 geplante Jahresüberschuss der STAWAG 17,3 Mio. Euro. Dieser kann nur unter Nutzung bilanzieller Maßnahmen erzielt werden. Hierzu gehören die Auflösung von Rückstellungen, die phasengleiche Vereinnahmung von Beteiligungsergebnissen sowie die Prämissen Anpassungen bei den Pensionsgutachten. Hierdurch wird eine Ergebnisverbesserung um 11,7 Mio. Euro erreicht. Das Geschäftsfeld Vertrieb der STAWAG hat das Geschäftsjahr 2016 erfolgreich begonnen. Die STAWAG geht auf der Grundlage der vorliegenden ersten Geschäftsdaten davon aus, dass das

geplante Ergebnisniveau erreicht wird. Planerisch wurde hierbei ein moderater Rückgang der Mengen aufgrund von Kundenverlusten in den Sparten Strom und Gas bei normaler Witterung unterstellt.

Mengenentwicklung Vertriebsgeschäft

Sparte	Ist 2015	Plan 2016	Abweichung (%)
Strom (Mio. kWh)	1.006,7	804,1	-20,1
Gas (Mio. kWh)	1.430,9	1.454,1	+ 1,6
Wasser (Mio. cbm)	17,4	17,3	-0,6
Wärme (Mio. kWh)	335,3	350,5	+ 4,5

Im Geschäftsbereich Netz wird aufgrund der ersten beiden Monate erwartet, dass das geplante Ergebnis aufgrund der milden Witterung unterschritten wird.

Durchleitungsmengen Netzgeschäft

Sparte	Ist 2015	Plan 2015	Abweichung (%)
Strom (Mio. kWh)	1.340,7	1.338,5	-0,2
Gas (Mio. kWh)	2.418,9	2.572,0	+ 6,3

Nach wie vor wird das Ergebnis des Geschäftsbereichs konventionelle Erzeugung durch den Verfall der Preise am Stromhandelsmarkt belastet. Aufgrund des anhaltenden Verfalls der Strommarktpreise muss mit weiterem Zuführungsbedarf zu den Drohverlustrückstellungen in diesem Segment gerechnet werden. Die STAWAG verfolgt vor diesem Hintergrund weiterhin die Strategie, ihr Investitionsportfolio im Bereich der konventionellen Kraftwerke zu bereinigen. In diesem Zusammenhang ist es erfreulicherweise gelungen, die aus der Beteiligung des Gaskraftwerkes Hamm-Uentrop resultierenden Belastungen deutlich zu verringern. Weiterhin ist die STAWAG engagiert dabei, ihren Know-how-Vorsprung in der Projektentwicklung durch die Entwicklung attraktiver Projekte im Bereich Onshore-Windkraft zu nutzen. Insgesamt ist hier festzustellen, dass die aus dem Anlagenportfolio der STAWAG Energie resultierenden Ergebnisbeiträge z. T. deutlich über den Planannahmen liegen. Für das Geschäftsjahr 2016 wird erneut mit einem signifikanten Ergebnisbeitrag aus diesem Geschäftssegment gerechnet. Dabei geht die STAWAG davon aus, dass die für dieses Geschäftssegment relevanten energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen – insbesondere die Regelungen des EEG zur Onshore-Windkraftvergütung – relativ stabil bleiben werden und es weiterhin gelingt, Anteile an selbst entwickelten Projekten erfolgreich im Markt zu platzieren. Aufgezehrt wird diese positive Entwicklung teilweise durch die Ergebnisbelastungen, die der STAWAG Energie aufgrund ihrer Biogas-Aktivitäten in einem schwierigen Marktumfeld entstehen. Positive Ergebnisbeiträge erwartet die STAWAG auch aus ihren Geschäftsaktivitäten im Zusammenhang mit der Rekommunalisierung, aus den Konzessionsübernahmen und aus dem Beteiligungsgeschäft, hier insbesondere aus den Beteiligungen an der Stadtwerke Lübeck GmbH (SW Lübeck) und aus der Entwicklung des Geschäfts bei der FACTUR.

Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2015	Plan 2015	Abweichung (%)
Umsatzerlöse (TEUR)	446.286	380.008	-14,9
EBITDA (TEUR)	60.262	38.378	-36,3
EBIT (TEUR)	41.886	23.139	-44,8
EBT (TEUR)	35.066	17.316	-50,6

Für das Geschäftsjahr 2016 geht die **STAWAG** trotz der operativen Ergebnisbelastungen davon aus, dass das geplante Ergebnis in Höhe von rund 17,3 Mio. Euro deutlich überschritten wird. Hintergrund hierzu ist die im März 2016 beschlossene Gesetzesänderung zur Bewertung von Pensionsrückstellungen, aus der für die STAWAG deutliche Ergebnisentlastungen in dieser Aufwandsposition erwartet werden. Neben der Fortsetzung der Strategie des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Projektentwicklung wird der Schwerpunkt der STAWAG weiterhin auf der Konsolidierung und der Stabilisierung des Stammgeschäftes in Aachen und bei der Entwicklung und der Stabilisierung des Beteiligungsgeschäftes liegen. Einen weiteren Schwerpunkt der Aktivitäten werden in 2016 Maßnahmen zur Kundenbindung sowie Projekte zur Kooperation im regionalen Umfeld bilden. Die **regio iT** setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden und einer kontinuierlichen Ausweitung der Produktpalette weiter organisch zu wachsen. Einem anorganischen Wachstum durch Zusammenschluss mit weiteren IT-Dienstleistern im kommunalen Umfeld steht die regio iT auch zukünftig offen gegenüber. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet aktuell eine Reihe von Chancen für die regio iT. So hat der Gesetzgeber 2015 in verschiedenen Gesetzen die Rahmenbedingungen konkretisiert (z. B. die Verabschiedung des eGovernment-Gesetzes, die Einführung der E-Rechnung sowie die Verabschiedung des Messstellenbetriebsgesetzes), die ein weiteres Umsatzwachstum ermöglichen. Auch das IT-Sicherheitsgesetz wurde in 2015 beschlossen und führt dazu, dass die Kunden der regio iT perspektivisch ein Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) aufbauen müssen bzw. auch eine ISO 27001 Zertifizierung anstreben. Hier kann die regio iT die Kunden durch zertifizierte und erfahrene Berater unterstützen. Die regio iT ist auch in 2016 bei innovativen geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten. In 2015 wurde der Zuschlag für drei eingereichte Skizzen durch die Bundesministerien erteilt. Im Wesentlichen geht es um die Segmente "Umsetzung des IT-Sicherheitskataloges für Verteilnetzbetreiber", "Erweiterung des Mobility-Services für den gewerblichen Fuhrpark mit dem Ziel der ausbalancierten Aufladung von elektrischen Fahrzeugen unter Berücksichtigung einer eigenen regenerativen Photovoltaik-Erzeugung und einer lokalen Speicher-Batterie" sowie "Intelligente Verwendung von Sensorik-Daten zur Analyse und Steuerung von Gebäuden". Auch im Geschäftsjahr 2016 werden drei Zertifizierungen von unabhängigen Auditoren überprüft. Für die Normen ISO 9001, ISO 27001 sowie ISO 20000 müssen Überwachungsaudits absolviert werden. Für das Geschäftsjahr 2016 plant die regio iT eine moderate Umsatzsteigerung von 1,1 Prozent (0,6 Mio. Euro) auf 55,4 Mio. Euro. Korrespondierend zu der prognostizierten Entwicklung dieser Marktsegmente geht die regio iT davon aus, dass bei den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb eine Steigerung von 1,5 Mio. Euro auf 44,0 Mio. Euro erwirtschaftet wird. Maßgeblich für diese Planung sind der weitere Ausbau des Bestandskundengeschäftes sowie die weiterhin erfolgreiche bundesweite Vermarktung von

ausgewählten Produkten. Die Umsatzzuwächse basieren teilweise auf bereits im Geschäftsjahr 2015 erteilten Aufträgen. Das Beteiligungsergebnis der regio iT für 2016 wird phasenverschoben in 2017 ausgeschüttet. Für das Wirtschaftsjahr 2016 werden 0,8 Mio. Euro als Anteil (60,27 Prozent) des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2015 erwartet. Für das Beteiligungsergebnis **gewoge** ist im Wirtschaftsplan 2016 ein Wert von 0,2 Mio. Euro berücksichtigt. Die zuvor beschriebene Entwicklung führt dazu, dass die E.V.A. für das laufende Geschäftsjahr 2016 einen Jahresfehlbetrag nach Steuern von 6,7 Mio. Euro erwartet. Aufgrund der unterschiedlichen Bewertungsansätze in der Handels- und der Steuerbilanz, insbesondere bei den Pensionsrückstellungen, wird trotz des negativen handelsrechtlichen Ergebnisses für das Geschäftsjahr 2016 mit einer ertragsteuerlichen Belastung von 1,6 Mio. Euro gerechnet. Allerdings ist im Wirtschaftsplan die Ausübung des handelsrechtlichen Wahlrechtes gemäß § 274 Absatz 1 Satz 2 HGB zur Bildung eines Aktivpostens für latente Steuern unterstellt worden. Danach wird in der Bilanz für das Jahr 2016 ein Aktivposten für latente Steuern in Höhe von 7,9 Mio. Euro gebildet. Dieser Vorgang wirkt sich in gleicher Höhe positiv auf das handelsrechtliche Ergebnis 2016 aus, so dass unter der Position Steuern vom Einkommen und Ertrag ein Saldo aus Steueraufwand und -ertrag in Höhe von 6,3 Mio. Euro dargestellt ist. Unter Berücksichtigung der Ausgleichszahlung des Gesellschafters Stadt Aachen in Höhe von 6,7 Mio. Euro wird der Jahresfehlbetrag ausgeglichen. Durch die Ausgleichszahlung der Stadt Aachen verbleibt das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft zum 31. Dezember 2016 beim hälftigen Stammkapital von 7 Mio. Euro. Die im März 2016 beschlossene Gesetzesänderung zur Bewertung von Pensionsrückstellungen wird nach ersten Abschätzungen jedoch bei der STAWAG und bei der ASEAG zu deutlichen Ergebnisverbesserungen führen. Somit erwartet die Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016 eine Verbesserung des Beteiligungsergebnisses und damit insgesamt eine Verminderung des Jahresfehlbetrages.

Chancen und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die erkannte Gefahren und Chancen in ihren Bereichen durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, Begrenzung und Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG. Im Risikoportfolio der STAWAG zum 31. Dezember 2015 konnten die künftig zu erwartenden Ergebnisbelastungen aus den konventionellen Stromkraftwerksbeteiligungen durch erfolgreiche Gegenmaßnahmen zwar erkennbar gemildert, jedoch nicht vollständig beseitigt werden. Die

Einflüsse von Stromgroßhandelspreisen auf aktuellem Niveau bleiben weiterhin groß. Auch weitere außerplanmäßige Wertberichtigungen sind daher nicht auszuschließen. Andererseits partizipiert die STAWAG in positiver Form an der Energiewende, weil aus Solar- und Windparks mit steigenden Beteiligungserträgen zu rechnen ist. Das allgemeine Projektentwicklungsrisiko kann durch gut entwickeltes Know-how nicht behoben, jedoch stark reduziert werden. Das niedrige Zinsniveau an den Kapitalmärkten scheint allen Prognosen zufolge noch weiter anzudauern. Die STAWAG stellt sich daher auf ein weiteres Ansteigen bei den Pensionsrückstellungen ein. Eine Erleichterung verspricht die neue Gesetzeslage hierzu, die STAWAG ab 2016 anwenden wird. Auf der Kunden- und Energieabsatzseite ist die STAWAG weiterhin der Gefahr von Kundenfluktuation und der Schwierigkeit der Neukundengewinnung ausgesetzt. Die STAWAG nutzt jedoch weiter die Chance, an Ausschreibungen von Konzessionen und Rekommunalisierungen teilzunehmen, um ihr Netz- und Vertriebsgeschäft auszuweiten. m Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2015 bleibt das Einzelrisiko größerer Ergebnisbelastungen aus künftigen Neubewertungen der Pensionsrückstellungen weiter bestehen. Zwar kann der Effekt ab 2016 durch die gesetzliche Änderung bei der Rechnungszinsberechnung ein wenig abgefangen werden, doch auch andere Berechnungsparameter sind wie üblich ungewiss. Beim Risiko Direktvergabe der Verkehrsdienstleistungen konnte die ASEAG in 2015 alle notwendigen politischen Beschlüsse zur Weiterführung der Betrauung einholen und zu Beginn des Jahres 2016 eine entsprechende Vorabbekanntmachung im EU-Amtsblatt vornehmen. Das Risiko der künftigen Werthaltigkeit der APAG-Beteiligung nimmt infolge vielversprechender Parkhausprojekte weiter ab. Ansonsten bestehen weitere weniger wesentliche Risiken wie die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln, geändertes Kundenverhalten bei der ÖPNV-Nutzung, die steigende Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter im Fahrdienst sowie die Risiken aus Umweltbelangen im Zusammenhang mit der Einführung einer Umweltzone für Aachen. Die E.V.A. selbst fungiert nicht nur als geschäftsführende Holding, sondern auch als steuerliche Organmuttergesellschaft. Sie trägt damit sämtliche steuerliche Risiken, die sich bei den Organgesellschaften aus deren steuerrelevanten Geschäftsaktivitäten oder aus Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben. Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig Vorsorge betrieben. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Die Ergebnisschere zwischen Handels- und Steuerbilanz geht somit auch durch eine Betriebsprüfung immer weiter auf und stellt damit zunehmend eine Ergebnisunsicherheit dar. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar. Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Tendenziell besteht hieraus aufgrund der Verluste im ÖPNV-Bereich sowie der rückläufigen Gewinne im Energiebereich die Gefahr einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung. Der Gesellschafter Stadt Aachen hat der E.V.A. daher in 2015 langfristige Darlehen von insgesamt 25 Mio. Euro gewährt. Diese Mittelzufuhr wird jedoch für die erwarteten Jahresergebnisse der kommenden Jahre nicht ausreichen, sodass die Gesellschaft nicht nur mit den vertraglich vereinbarten Ausgleichszahlungen des Gesellschafters, sondern auch mit weiteren Kapitalzuflüssen

rechnet. Kurzfristig wird sich die E.V.A. weiterhin über den konzerninternen E.V.A.-Cash-Pool finanzieren. Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt die vorübergehend zu erwartenden Ergebnisrisiken und die Notwendigkeit einer strukturellen Finanzierungsreform im kommunalen ÖPNV auf. Der Fortbestand der E.V.A. ist gesichert, wenn die Gesellschafter am Konzept des steuerlichen Querverbundes festhalten und der E.V.A. eine angemessene und erforderliche Kapital- und Liquiditätsausstattung garantieren. Konkretisierte Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt. Darüber hinaus sind wesentliche Risiken außerdem in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften berücksichtigt.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung / Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gesellschaftsvertragsmäßiger Gegenstand der E.V.A. sind die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen in der StädteRegion Aachen und deren Umgebung sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunalen Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten. Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der STAWAG und der ASEAG zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen als geschäftsführende Holding tätig werden. Die im Lagebericht und im Anhang für die E.V.A. und für den Konzern gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft den aus ihrer satzungsmäßigen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecken auch im Jahr 2015 voll gerecht wurde.

Aachen, den 8. Juni 2016
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen
DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG
Dr. Christian Becker
Michael Carmincke

Energie- und Wasser-Versorgung Gesellschaft mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung und Wasserversorgung in der StädteRegion Aachen und in benachbarten Gebieten, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art und die Betriebsführung von Wassergewinnungs- und Versorgungsunternehmen, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen und die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art sowie die unmittelbare und mittelbare, rechtliche und tatsächliche Beteiligung an und Innehabung von allen damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, Einrichtungen und dazugehöriger Infrastruktur, insbesondere Versorgungsnetzen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat:

Gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages der EWV besteht der Aufsichtsrat aus 21 Mitgliedern. Die StädteRegion Aachen entsendet den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen oder einen von ihr vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten und ein weiteres Mitglied, welches Mitarbeiter der Städteregionsverwaltung oder Mitglied des Städteregionstages sein kann.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung ist als beschließendes Organ in allen Angelegenheiten der Gesellschaft zuständig, so weit nicht durch das Gesetz oder durch den Gesellschaftsvertrag die Zuständigkeit eines anderen Organs der Gesellschaft begründet ist. Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.

Beirat:

Gemäß § 12 des Gesellschaftsvertrages der EWV wird zur Beratung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in wichtigen Angelegenheiten ein Beirat gebildet. Die Mitglieder des Beirates werden

von der Gesellschafterversammlung unter besonderer Berücksichtigung der von der Gesellschaft versorgten Gebietskörperschaften berufen. Vorsitzender des Beirates ist der Hauptverwaltungsbeamte der StädteRegion Aachen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Dipl.-Wirt. Ing. Manfred Schröder

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Axel Wirtz	Städteregionstagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
Vertreter:	Gregor Jansen	Dezernent

Vertreter der StädteRegion im Beirat:

	Axel Wirtz	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz: 52222 Stolberg
gezeichnetes Kapital: 18.151.450,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Rhenag Beteiligungs GmbH, Köln	9.750.450,00	53,717
Stadt Stolberg	2.591.650,00	14,278
Stadt Eschweiler	2.394.150,00	13,190
StädteRegion Aachen	1.679.300,00	9,252
Kreis Heinsberg	687.950,00	3,790
Stadt Alsdorf	395.750,00	2,180
Stadt Würselen	358.350,00	1,974
Stadt Baesweiler	181.550,00	1,000
Kreis Düren	105.300,00	0,580
Gemeinden Roetgen, Simmerath und Stadt Monschau	Je 1.050,00	je 0,006
Stadt Heinsberg, Gemeinden Aldenhoven, Inden u. Langerwehe, Stadt Linnich, Gemeinde Niederzier, Stadt Geilenkirchen	je 550,00	je 0,003
	18.151.450,00	100,000

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
regionetz GmbH , Düren	25.000	100,00
Wärmeversorgung Würselen GmbH	192.650	49,00
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	2.224.171	24,90
GREEN GmbH, Stolberg	9.750	39,16
Green Solar Herzogenrath GmbH	12.500	45,00
EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH	11.250	45,00
EWV Baesweiler GmbH & Co. KG	4.500	45,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	146.684.480	149.710.176	159.409.887
I. Imm. Vermögensgegenst.	1.417.943	1.157.174	968.112
II. Sachanlagen	136.246.998	138.269.585	148.202.984
III. Finanzanlagen	9.019.539	10.283.416	10.238.791
B. Umlaufvermögen	63.919.506	39.559.302	42.905.623
I. Vorräte	1.697.390	2.490.814	671.314
II. Forderungen u. sonst. VG	58.896.895	34.913.227	41.169.617
III. Kassenbestand, Guthaben	3.325.221	2.155.261	1.064.693
C. Rechnungsabgrenzungsposten	302.790	200.381	185.163
Bilanzsumme Aktiva	**210.906.776**	**189.469.859**	**202.500.673**
A. Eigenkapital	39.942.338	40.354.135	41.090.087
I. Gezeichnetes Kapital	18.151.450	18.151.450	18.151.450
II. Kapitalrücklage	7.045.124	7.045.124	7.045.124
III. Andere Gewinnrücklagen	2.650.000	2.650.000	3.150.000
IV. Gewinnvortrag	103	764	7.561
V. Jahresüberschuss	12.095.661	12.506.797	12.735.951
B. Sonderposten	15.614.109	12.835.028	10.919.360
C. Rückstellungen	88.007.277	84.879.756	108.026.623
D. Verbindlichkeiten	59.225.959	40.582.703	31.189.510
E. Rechnungsabgrenzungsposten	8.117.092	10.818.237	11.275.094
Bilanzsumme Passiva	**210.906.776**	**189.469.859**	**202.500.673**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 - in T€ -	2014 - in T€ -	2015 - in T€ -
Umsatzerlöse (inkl. Stromsteuer)	316.856	275.557	286.155
Betriebsergebnis	34.008	45.622	45.049
Finanzergebnis	-11.491	-23.245	-20.643
gewöhnliches Geschäftsergebnis	22.516	22.379	24.406
außerordentliches Ergebnis	-3.103	-670	-2.460
Jahresüberschuss n. Steuern	**12.096**	**12.507**	**12.736**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen (Ende Gj.)	247	245	240

Leistungskennziffern nach § 6b EnWG in T€	2013	2014	2015
Umsatzerlöse Elektrizitätsverteilung	22.595	13.522	17.801
J-Überschuss Elektrizitätsverteilung	2.986	99	676
Bilanzsumme Elektrizitätsverteilung	41.114	35.693	45.310
Umsatzerlöse Gasverteilung	20.361	19.344	21.907
J-Überschuss Gasverteilung	8.274	13.080	7.908
Bilanzsumme Gasverteilung	85.840	80.447	79.990

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn der EWV fließt der StädteRegion Aachen jeweils in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 9,252 % zu. Im Jahr 2015 hat die StädteRegion Aachen eine Gewinnausschüttung von EWV in Höhe von 1.110.192,30 € erhalten. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen sind nicht zu nennen.

Lagebericht der Gesellschaft

Der Lagebericht stellt zunächst den Unternehmensgegenstand dar.

Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWV

Die EWV versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und Institutionen im Wesentlichen in der Städteregion Aachen, Kreis Düren sowie Stadt und Kreis Heinsberg mit Strom, Erdgas, Wärme und Dienstleistungen. In den Kommunen Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Eschweiler, Ortsteil Weisweiler, werden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen durch die

EWV betrieben. Auf der Basis von Betriebsführungsverträgen führt EWV das Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (VWA) bei der Belieferung von Kunden mit Trinkwasser. Gleiches erfolgt für die Stadt Eschweiler über die Städtische Wasserwerk Eschweiler GmbH (StWE), in der neben der klassischen Wasserlieferung auch die Wärmebelieferung der kommunalen Objekte erfolgt.
Über die Beteiligung an der Wärmeversorgung Würselen GmbH (WVW) und deren Betriebsführung versorgt die EWV Kunden in der Stadt Würselen u.a. mit Wärmeprodukten. Zudem führt die EWV im Rahmen einer kaufmännischen Betriebsführung die Geschäfte der EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH und der EWV Baesweiler GmbH & Co. KG, die die Haushalte in Baesweiler mit Strom und Wärme versorgt. Daneben erbringt die EWV seit 01.01.2013 die kaufmännische Betriebsführung für ihre 100 %-ige Tochtergesellschaft regionetz GmbH (regionetz), Eschweiler, mit der sie zusätzlich über einen Ergebnisabführungsvertrag verbunden ist. Die regionetz führt seit Anfang 2014 den technischen Netzbetrieb in den Versorgungsnetzten für Gas, Strom und Wärme der EWV durch. Hierzu hat sie zum oben genannten Datum Mitarbeiter der EWV, die dem Netzbereich zugeordnet waren, im Wege eines Betriebsübergangs übernommen, da es nach Auffassung der Regulierungsbehörden erforderlich ist, dass die zur Bewältigung der Aufgaben des Netzbetriebs fachlich hinreichend qualifizierten Arbeitnehmer unmittelbar bei der Netzgesellschaft angestellt sind. Mit der GREEN Gesellschaft für regionale Energie GmbH (GREEN), Stolberg, und deren Betriebsführung ist die EWV gemeinsam mit weiteren kommunalen und privatrechtlichen Gesellschaften in den Markt der erneuerbaren Energien eingetreten. Mit der Gründung der Projektgesellschaften GREEN Solar Herzogenrath GmbH (2012) und der 5%-Beteiligung an der RURENERGIE GmbH (RURENERGIE) in 2014 wurde das Gesellschaftsfeld im Bereich der regenerativen Energien erweitert. Ebenfalls im Bereich der regenerativen Energien ist Green GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (Green GECCO) tätig, an der die EWV mit 6,58 % beteiligt ist.

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die globale Wirtschaftsleistung stieg 2015 nach ersten Schätzungen um ca. 2,5% über das Vorjahresniveau an. Das Bruttoinlandsprodukt in der Eurozone dürfte sich im vergangenen Jahr, insbesondere aufgrund der niedrigen Zinsen, der Abwertung des Euros und des gefallenen Ölpreises, voraussichtlich um rund 1,5% erhöht haben. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland, der größten Volkswirtschaft des Währungsgebiets, wird wahrscheinlich im Jahresvergleich um ca. 1,7% gestiegen sein. Dabei hatte insbesondere der private Konsum einen positiven Einfluss.

Entwicklungen in der Energiewirtschaft

Die Witterung spielt für die Energienachfrage und für die regenerative Erzeugung unseres Unternehmens eine wesentliche Rolle. Im vergangenen Jahr lagen die Temperaturen in Deutschland im Mittel insgesamt unter den Werten des Vorjahres, jedoch oberhalb des langjährigen Mittelwertes. Das Windaufkommen befand sich 2015 über dem Vorjahreswert und dem langjährigen Mittel. Die solare Einstrahlung lag im Jahresverlauf knapp über der des Vorjahres, sowie leicht oberhalb der Einstrahlung des langfristigen Mittels.

Strom- und Gasnachfrage

Vorläufige Berechnungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) lassen darauf schließen, dass der Stromverbrauch in Deutschland 2015 um rund 1% höher war als ein Jahr zuvor. Das Wirtschaftswachstum und die kühlere Witterung im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr regten die Stromnachfrage an, während der Trend zur sparsameren Nutzung von Strom dämpfenden Einfluss hatte. Die deutsche Gasnachfrage lag mit voraussichtlich 5% über dem Vorjahreswert. Grund für den Anstieg dürften im Wesentlichen die kühleren Temperaturen in der ersten Jahreshälfte

gewesen sein, die auch den Einfluss des geringeren Einsatzes von Gas in der Stromversorgung überkompensierten.

Strompreise

Die Spotpreise an der Großhandels-Börse EEX sind im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt weiter gesunken und verringerten sich um 3% auf ca. 32 €/MWh (Base-Kontrakt) bzw. um 5% auf rund 35 €/MWh (Peak-Kontrakt). Diese Entwicklung kann in wesentlichen Teilen auf den Preisrückgang bei Steinkohle sowie zunehmende Einspeisungen aus Windkraft- und Solaranlagen zurückgeführt werden. Im Endkundengeschäft tendierten die Strompreise ebenfalls nach unten. Haushaltskunden mussten im Durchschnitt knapp 1% weniger bezahlen, während für Industrieunternehmen ein Preisrückgang von rund 3% ermittelt wurde.

Gaspreise

Der Preis für Gasimporte nach Deutschland (BAFA-Preis) betrug 2015 rund 21 €/MWh und lag damit etwa 12% unter den Preisen des Jahres 2014. Wesentliche Ursachen für diesen Preisrückgang waren stark gefallene Ölpreise, Vertragsrevisionen sowie der generell zunehmende Anteil von spotpreis-basierten Importen/Verträgen im BAFA-Preis. Die Spotpreise am niederländischen Spotmarkt TTF, dem kontinental-europäischen „Leitmarkt", lagen mit einem Durchschnittswert von rund 20 €/MWh etwa 5% unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Die Tarife für Haushalte fielen um etwa 1%, die Preise für Industriekunden lagen mit 8% deutlich unter denen des Vorjahres.

Wichtige Ereignisse des Jahres – Vision und Leitbild

EWV und regionetz haben in 2015 ein neues Strategiepapier für die Unternehmensgruppe formuliert. Dabei wurden alle Mitarbeiter durch strukturierte Workshops einbezogen und nahmen an der Entwicklung teil. Herausgearbeitet wurden die Schwerpunkte Kunden, Produkte, Gemeinschaftsleistung, Arbeitssicherheit und Klima- und Umweltschutz.

Investitionen

Der Aufsichtsrat hat in der Februar-Sitzung 2014 seine Zustimmung zu dem Investitionsplan in Höhe von insgesamt 22,3 Mio. Euro für die Jahre 2014 und 2015 gegeben. Von diesen Zusatzinvestitionen im Strombereich sind 8,4 Mio. Euro in 2014 und 13,9 Mio. Euro in 2015 umgesetzt worden. Ziel dieser Zusatzinvestition war es, im Rahmen der Netzstrategie der regionetz, die Zielnetzplanung umzusetzen und hiermit die Erlösobergrenze in der ab 2019 beginnenden Regulierungsperiode anzuheben. Der im Dezember 2014 unterzeichnete Pachtvertrag zwischen RWE Deutschland AG und der EWV wurde durch die regionetz operativ umgesetzt. So wurden unter anderem die Investitionsstrategie und auch das Maßnahmenpaket für 2015 in Höhe von 1,9 Mio. Euro mit der RWE Deutschland AG abgestimmt. Weiter wurde im Rahmen der Netzentflechtung Titz-Jackerath aufgrund des Fortschreitens des Tagebaus die erforderliche Netzmaßnahme zur Netzübernahme von der NEW Netz GmbH mit der RWE Deutschland AG frei gegeben.

Konzession

Zum 01.01.2015 beginnen die von EWV erneut geschlossenen Konzessionsverträge für Monschau (Gas) und Außengebiete Eschweiler (Strom). Am 03.12.2015 hat der Rat der Gemeinde Niederzier einstimmig beschlossen, die Gaskonzession für die nächsten 20 Jahre wieder an die EWV zu vergeben. Konzessionsverluste gab es in 2015 keine.

Neues Produktportfolio

Im Segment der Privat- und Gewerbekunden wurde einen neues Produktportfolio für Gas und Strom entwickelt und eingeführt, das je Energieart die 3 Kernprodukte online, fix und Komfort umfasst. Alle Produkte haben einen unterschiedlichen Leistungsumfang anhand dessen eine Preisdifferenzierung erfolgt. Die Bestandskunden der bestehenden Produktlandschaft werden in den nächsten Jahren schrittweise überführt. Die wesentlichen Ziele des neuen Produktportfolios sind:

- Mehr Kunden (z.B. Heben von Cross-Selling-Potenzialen)
- Margensicherung (z.B. Heben von Up-Selling-Potenzialen)
- Mehr Kundenbindung (z.B. kundenbedürfnisorientierte Produktentwicklung)

durch

- klar abgegrenzte Produkte durch stringentes Preis-Leistungs-Verhältnis
- Berücksichtigung von Kundenbedürfnissen und Preisbereitschaften von unterschiedlichen Zielgruppen
- einfache und verständliche Produkte plus Mehrwert
- Einstieg in die Vermarktung von Add-ons (z.B. Dienstleistungen) und von Produktbündeln
- Nutzen des Prinzips der Selbstselektion (Wahl des „richtigen" Produkts i.V.m. Compromise-Effekt)

SAP

Zum 01.01.2015 haben EWV und regionetz SAP als ERP-System erfolgreich eingeführt. In 2015 erfolgte eine weitere Anpassung von Prozessen und Organisation, die eine optimale Nutzung des SAP-Systems ermöglichen.

Vorbereitung Transfer Anlagevermögen

EWV hat in 2015 Vorbereitungen getroffen, um netzrelevante Teile des EWV-Anlagevermögens (u.a. Strom- und Gasnetze) in das Eigentum der regionetz zu überführen. Das zwischen EWV und regionetz praktizierte Pachtmodell führt dazu, dass auf Ebene der regionetz dem Abzugskapital auf der Passivseite (z.B. Pensionsrückstellungen und andere personalbezogene Rückstellungen) kein regulatorisch anerkennungsfähiges Aktivvermögen gegenübersteht. Posten des Umlaufvermögens werden in der Regulierung nur innerhalb sehr enger Grenzen als betriebsnotwendig anerkannt, während Sachanlagen als Deckungsvermögen angerechnet werden. In der Folge hat regionetz ein negatives Eigenkapital, welches regulatorisch zu hohen negativen Eigenkapitalzinsen führt, die die anerkennungsfähigen Netzkosten reduzieren und somit zu einer Verringerung der Erlösobergrenze führen. Voraussetzung für die Umsetzung der Übertragung des Vermögens ist die steuerneutrale Übertragung zu Buchwerten von der EWV auf die regionetz. Dies soll rückwirkend zum 1. Januar 2016 in Form einer Ausgliederung zur Aufnahme gem. § 123 Abs. 3 UmwG erfolgen. In 2016 wird hierzu eine verbindliche Auskunft des Finanzamts eingeholt. Vorausgesetzt, dass diese verbindliche Auskunft mit positivem Ergebnis vorliegt, wird der Transfer wirtschaftlich rückwirkend zum 01.01.2016 durchgeführt. Der Aufsichtsrat hat am 17.12.2015 diesem Transfer zugestimmt.

Kooperationen Netzbetrieb

Die Anreizregulierung für das regulierte Netzgeschäft wird auch nach der anstehenden Novelle der Anreizregulierungsverordnung EWV und regionetz vor große Herausforderungen stellen. Neben dem Aspekt der fortlaufenden Anpassung der Betriebs- und Kostenstrukturen steht die EWV gemeinsam mit ihrer Tochtergesellschaft regionetz zudem vor einer spürbaren demografischen Fluktuation in der Belegschaft, die eine erhebliche personalwirtschaftliche Aufgabe darstellt. Darüber hinaus

erhöhen beispielsweise die Integration und Steuerung dezentraler Stromerzeugung aus EEG-Anlagen und die hinter den Schlagworten smart meter und smart grid stehenden Entwicklungen die technische Komplexität nochmals deutlich. Das know how und die Kompetenzen unserer Belegschaften müssen mit diesen Entwicklungen Schritt halten, was fortgesetzt erheblicher Anstrengungen bedarf. Schließlich werden die fehlenden Wachstumsoptionen im regulierten Netzgeschäft auch in Zukunft dazu führen, dass andere Netzbetreiber dem Kostendruck durch externes Wachstum über den Hinzugewinn von Netzen im Konzessionswettbewerb zu begegnen versuchen. Angesichts dieser Herausforderungen sehen sich Management und Belegschaft gemeinsam in der Verpflichtung tragfähige Zukunftskonzepte zu entwickeln. Neben einem Projekt zur weiteren Optimierung „Stand-alone" sind Kooperationsgespräche mit angrenzenden Netzbetreibern begonnen worden. Die Analysen werden in 2016 voraussichtlich abgeschlossen sein und dann den Gesellschaftern zur weiteren Entscheidung vorgelegt.

Green Solar Herzogenrath GmbH

Die 45%ige Tochtergesellschaft der EWV erweitert ihren Anlagenpark in Herzogenrath. Gemeinsam mit der n.s.w energy GmbH und der Stadt Herzogenrath wurde das Projekt einer PV-Freiflächenanlage mit einer Leistung von ca. 4 MWel und einem Investitionsvolumen von ca. 3,8 Mio. € begonnen. Die Finanzierung erfolgt über Fremdmittel.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWV werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen dabei die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und die Höhe der jährlichen Investitionen (in die Infrastruktur). Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponente je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWV und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert. Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss nach Steuern. Das Jahresergebnis beträgt in 2015 12,7 Mio. Euro gegenüber 12,5 Mio. Euro im Vorjahr. Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist etwas niedriger als dies in der Prognose des Vorjahres (14,5 Mio. Euro) geplant war. Die Ursachen für diese Entwicklung werden nachfolgend erläutert. Investitionen: Die Verteilung von Energie und Wasser erfordert umfangreiche Strom-, Gas- und Wassernetze, die regelmäßig erneuert und erweitert werden müssen. Die optimale Höhe der Investitionen berücksichtigt einerseits die Versorgungssicherheit, aber auch die finanziellen Restriktionen und regulatorischen Anforderungen. Im Geschäftsjahr 2015 hat die EWV ca. 13,9 Mio. Euro im Bereich Strom investiert (Vorjahr 8,4 Mio. Euro, geplant waren in 2014 für 2015 15,2 Mio. Euro) und 5,6 Mio. Euro im Bereich Gas (Vorjahr 5,8 Mio. Euro, geplant waren in 2014 für 2015 2,1 Mio. Euro). „Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWV den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. In 2015 hat die EWV 595 GWh Strom (Vorjahr 609 GWh, geplant waren in 2014 für 2015 669 GWh) und 1.771 GWh Gas (Vorjahr 1.525 GWh, geplant waren in 2014 für 2015 1.862 GWh) abgesetzt.

Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2015 belaufen sich auf 286,2 Mio. Euro (Vorjahr: 275,6 Mio. Euro, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 108,3 Mio. Euro (Vorjahr 113,7 Mio. Euro) und auf den Erdgasverkauf 96,0 Mio. Euro (Vorjahr: 85,3 Mio. Euro) sowie 2,3 Mio. Euro (Vorjahr: 1,8 Mio. Euro) auf die Wärmeversorgung und das Contracting. Mit dem Verteilnetzbetreiber regionetz wurden 63,6 Mio. Euro (Vorjahr: 52,2 Mio. Euro) an Pachtentgelten und Dienstleistungs- sowie Materialerlösen erzielt. Die Zunahme resultiert aus höheren

Pachtentgelte und den Materialverkäufen. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 16,0 Mio. Euro (Vorjahr: 22,6 Mio. Euro). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiter berechneten Installationskosten, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen. Im Vergleich zur Planung für 2015 (Umsatzerlöse i.H.v. 302,1 Mio. Euro) ergeben sich insbesondere aus geringeren Stromerlösen geringere Umsatzerlöse aufgrund von Absatzrückgängen sowie aus nicht eingetretenen höheren Gaserlösen.

Entwicklung im Stromsegment

Zu Jahresbeginn sah es so aus, als ob die bereits mehrere Jahre andauernde Phase sinkender Großhandelspreise für Strom im Jahre 2015 sein Ende finden könnte. Nach einem Höchststand von 34 Euro/MWh für das Jahresband 2016 Mitte Februar gingen die Preise jedoch wieder zurück und stabilisierten sich auf dem Ausgangsniveau in Höhe von etwa 32 Euro/MWh. Ab Mitte Juli begann jedoch wieder ein fallender Preistrend, der zu neuen Preistiefststänen von unter 29 Euro/MWh führte. Hier setzte zweimal (Mitte Oktober und Mitte November) eine kurzzeitige Gegenbewegung ein, die jedoch keine nachhaltige Trendumkehr bewirken konnte.Die derzeitigen Terminpreise für die kommenden Jahre zeigen die Erwartung, dass die Commodity-Preise für Strom auch in der Zukunft weiter zurückgehen. Dies ist daran erkennbar, dass aktuell abgeschlossene Stromlieferkontrakte für die Jahre 2017 – 2020 bei Preisen unter 28 Euro/MWh deutlich tiefer quotieren. Dies ist unter anderem begründet mit einer verstärkten Einspeisung von erneuerbaren Energien bei gleichzeitig noch nicht vollständig erfolgtem Kernenergieausstieg.Analog der Beschaffungsstrategien bei der EWV wurden für das Jahr 2015 insgesamt 65 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 5 verschiedenen Lieferanten abgeschlossen. Eine Grafik im Lagebericht zeigt den Jahresverlauf des Base-Produktes (Bandlieferung) für das Jahr 2016, gehandelt in 2015. Für das Jahr 2015 wurden keine Preisanpassungen für die Stromkunden vorgenommen. Auf der Vorkostenseite, die sich aus Steuern, Abgaben und Netzentgelten zusammensetzt, ergab sich zu 2014 für die EWV eine Kostensteigerung. Aufgrund sinkender Bezugskosten konnte insgesamt auf eine Weitergabe von Kostensteigerungen an die Endverbraucher verzichtet werden. Die Maßnahmen zur Kundenbindung und Kundenrückgewinnung wurden in 2015 weiter intensiviert. Der für 2016 angestrebte Ausgleich von Kundenverlusten und Kundengewinnen konnte in 2015 noch nicht erreicht werden. Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Die Geschäftskunden-Positionierung mit der Marke „energyline“, unter der das gesamte Beratungs- und Dienstleistungsportfolio sowie die Produkte für den Commodity-Bereich zusammengefasst sind, wird weiter intensiv am Markt etabliert. Das über die Marke transportierte Image und die Leistungsspektren sollen insbesondere auch die weitere Ausrichtung im Energiedienstleistungsgeschäft stützen. Die zum 01.01.2015 durchgeführte Neuorganisation innerhalb des B2B-Vertriebes zeigt erste Erfolge. So konnten insbesondere der Abwärtstrend bei den Gewerbekunden im Stammgebiet gestoppt werden, aber auch deutlich mehr Sondervertragskunden gewonnen werden, als Kundenabgänge zu verzeichnen sind. Die enge Verzahnung des Commodity-Geschäfts mit dem Dienstleistungsgeschäft wird weiter vorangetrieben. Die Marke „Enerswitch“ ist für den externen Markt außerhalb der eigenen Konzessionsgebiete konzipiert worden und zielt auf Gewerbekunden und kleinere Geschäftskunden ab. Der Kundenbestand von rd. 2.000 Kunden wird sukzessive über diverse Vertriebskanäle ausgebaut. Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2015 bei 595 GWh und damit unter der Abgabemenge des Vorjahres (609 GWh inkl. periodenfremd). Die Abweichung resultiert vor allem durch den Verlust von rd. 33 GWh (inkl. periodenfremd) an Key Account Kunden. Des Weiteren sank die Absatzmenge an Privatkunden um rd. 4,5 GWh (davon -6

operativ und +1,5 periodenfremd). Rd. 19 GWh/a ergaben sich durch Zugewinne bei der Marke „Enerswitch“. Die Stromabsatzmenge verteilt sich im Wesentlichen mit 251 GWh auf private Haushalte, 78 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 266 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Der Rückgang des Absatzes liegt dabei insgesamt ca. 5 % unterhalb der Prognose für 2015. Der Stromeinkauf erfolgte dabei zu 53 % über RWE und zu 47 % über fremde Händler.

Entwicklung im Erdgassegment

Die Großhandelsmarktpreise für Erdgas entwickelten sich sehr ähnlich wie die Preise auf anderen Energiemärkten (Strom s.o., aber auch Kohle): Anstieg – Korrektur – Seitwärtsbewegung und fallender Preistrend ab Jahresmitte (s. nachfolgende Grafik für die Börsenpreise für das Lieferjahr 2016). Insbesondere ist hier der Einfluss des weltweiten Leitenergieträgers „Rohöl“ entscheidend. Der globale Ölmarkt ist derzeit von einer sehr entspannten Angebotssituation geprägt, die auf politische und strategische Entscheidungen der bedeutendsten Förderländer zurückzuführen ist. Analog der Beschaffungsstrategien bei der EWV wurden für das Gaswirtschaftsjahr 2015/16 (01.10. bis 30.09. des Folgejahres) insgesamt 35 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 7 verschiedenen Lieferanten geschlossen. Eine Grafik im Lagebericht zeigt die Preisentwicklung für Gas an der Börse. Im Privatkundengeschäft konnte in 2015 erneut auf eine Preisanpassung verzichtet werden. Trotzdem wurden die Erwartungen an die Kundenentwicklung nicht erreicht. Gezielte Kundenakquisen lokaler Wettbewerber und ein rückläufiges Neukundengeschäft trugen dazu bei, dass der Saldo aus Kundengewinnen und Kundenverlusten negativ ausfiel. Zwei lokale Wettbewerber waren für rund 20 % der Kundenverluste verantwortlich. Ein Pilotversuch bei der externen Akquise brachte in zwei Monaten mehr als einhundert Neukunden für Strom und Erdgas. Unterstützung findet das Erdgasgeschäft im Ausbau des Contracting bei Privatkunden. In 2015 konnten mehr als 50 Anlagen an Privatkunden verkauft werden. Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einer deutlichen Verstärkung des Wettbewerbs. Die Akquise von Kunden außerhalb des lokalen Umfelds wird zunehmend erfolgreicher. Sowohl bei Strom als auch bei Gas konnten im externen Gebiet höhere Kundengewinne im Gewerbekundenbereich erzielt werden. Hierzu hat der Ausbau um fünf weitere Vertriebskanäle beigetragen. Im angestammten Gebiet konnte der Vertrieb bei den Gewerbekunden um einen Außendienstmitarbeiter erweitert werden, der vor allem bei der Kundenrückgewinnung eingesetzt wurde. Die Gasabsatzmenge im Jahr 2015 verteilt sich mit 1.023 GWh auf private Haushalte, mit 178 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 570 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Die Erdgasabsatzmenge 2015 liegt mit rund 1.771 GWh insgesamt 246 GWh (16 %) über der des Vorjahres (1.525 GWh). Die Mengenabweichung resultiert überwiegend aus Temperatureffekten. Gegenüber der Prognose aus 2014 für 2015 wurden 91 GWh weniger abgesetzt, die aus höheren Kundenverlusten als budgetiert resultieren. Der Gasabsatz wurde dabei zu 25 % über RWE und zu 75 % über fremde Händler beschafft.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresüberschuss i.H.v. 12,7 Mio. Euro (Vorjahr: 12,5 Mio. Euro). Die Ertragslage wurde im Geschäftsjahr 2015 von wesentlichen Faktoren beeinflusst. Negativ wirkten die im Geschäftsjahr vollständige Zuführung des Unterschiedsbetrages aus der BilMoG Umstellung iHv 2,5 Mio. € und höhere Zinsaufwendungen aus der Abzinsung der Pensionsrückstellung iHv 1,2 Mio. €. Positiv dagegen wirkten die Absatzzunahmen im Gas iHv 246 GWh und der hiermit eingetretenen Rohmargenerhöhung, die um 3,8 Mio. € geminderte Verlustübernahme der regionetz und die Abnahme der sonstigen betrieblichen Aufwendungen, welche im Vorjahr mit einmaligen Aufwendungen für die Einführung der Altersteilzeit belastet waren.

Die Umsatzerlöse nahmen um 3,8% bzw. 10,6 Mio. € auf 286,2 Mio. € zu. Wesentliche Gründe hierfür sind höhere Betriebsführungsentgelte gegenüber der regionetz iHv 11,4 Mio. €, welche insbesondere aus höheren Pachtentgelten (iHv 6,6 Mio. €) sowie aus der Fakturierung von Materialverkäufen resultieren. Ferner stiegen die Gasumsätze netto von 85,3 Mio. € um 10,7 Mio. € (12,5%) auf 96,0 Mio. € aufgrund der zum Vorjahr kühleren Witterung und des damit verbundenen höheren Verbrauchs; wobei auch im Geschäftsjahr 2015 Kundenabgänge hier gegenläufig wirkten. Demgegenüber steht eine mengenbedingte Stromumsatzabnahme von 113,7 Mio. € um 5,4 Mio. € (4,8%) auf 108,3 Mio. €. Die Anzahl der versorgten Anschlüsse konnte nahezu konstant gehalten werden. Die Wärmeversorgung konnte die Umsatzerlöse witterungsbedingt um 0,5 Mio. € steigern. Die sonstigen Erlöse – abseits des Strom-, Gas- und Wärmesegments sowie der Betriebsführung gegenüber der regionetz – nahmen um 6,6 Mio. € ab. Grund hierfür sind die mit Umstellung auf die neue ERP Software neu abzubildenden Prozesse. Die betriebsgeführten Unternehmen beziehen nun ihre Eingangsleistungen direkt vom Vertragspartner und nicht mehr wie zuvor im Rahmen der Betriebsführung über die EWV. Korrespondierend nehmen auch die Aufwendungen in entsprechender Höhe ab. Der Materialaufwand nahm um 1,3% bzw. 2,5 Mio. € ab und beträgt nun 189,2 Mio. €. Die Strombezugskosten sanken aufgrund der überwiegend langfristigen Bezugsverträge nur um 5,8%; wobei die Stromnetznutzungskosten um 3,8% anstiegen. Die Gasbezugskosten stiegen leicht unterproportional zum Gasumsatz um 10,9% an; die Gasnetznutzungskosten hingegen stiegen deutlich überproportional um 24,4% an. Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 97,0 Mio. Euro bzw. 33,9% der Umsatzerlöse und konnte um 3,5%-Pkt. gesteigert werden. Die Abnahme der sonstigen Erträge i.H.v. 14,5 Mio. Euro resultiert überwiegend aus den im Vorjahr vollzogenen Netzabgängen. Der Personalaufwand nahm um 1,4 Mio. € bzw. 7,5% zu und liegt bei 19,5 Mio. €. Wesentlicher Grund dieser Zunahme ist der erhöhte Dienstzeitaufwand zur Pensionsrückstellung. Die Abschreibungen nahmen um 3,7% ab und liegen bei 11,4 Mio. Euro. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nahmen deutlich um 2,7 Mio. € bzw. 9,9 % ab. Wesentliche Gründe sind zum einen die im Vorjahr aufwandsseitig erfassten Aufstockungsbeträge im Rahmen der Einführung der Altersteilzeit iHv 1,6 Mio. € und zum anderen Kosteneinsparungen in diversen Aufwandsarten; insbesondere bei den Rechts- und Beratungskosten wurden 0,6 Mio. € eingespart. Demgegenüber stehen höhere Konzessionsaufwendungen iHv 0,7 Mio. € entgegen. Das Betriebsergebnis nahm geringfügig um 0,6 Mio. € bzw. 1,4 % ab und beträgt 44,7 Mio. €. Im außerordentlichen Ergebnis ist der vollständige bis dato noch nicht erfasste Unterdeckungsbetrag aus der BilMoG-Umstellung enthalten, welcher sich aus der Neubewertung der Pensionsrückstellung durch das BilMoG ergab. Das negative Zinsergebnis beträgt 6,1 Mio. Euro und resultiert im Wesentlichen aus dem Zinseffekt aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen. Der Zinsaufwand im Geschäftsjahr beträgt hierfür 5,4 Mio. Euro (Vorjahr: 4,2 Mio. Euro). Der hier zugrunde zulegende Zinssatz nahm von 4,54% auf 3,89% ab. Die Zinsaufwendungen – resultierend aus der Kreditaufnahme – liegen im Geschäftsjahr bei 0,4 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro). Ihr Rückgang ist dem aktuell niedrigerem Zinsniveau geschuldet. Das Beteiligungsergebnis liegt im Geschäftsjahr 2015 bei 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro). Die Verlustübernahme für die Verteilnetzbetreiber-Tochtergesellschaft regionetz zeigt sich im Geschäftsjahr 2015 mit einem Betrag i.H.v. 15,1 Mio. Euro (Vorjahr: 18,9 Mio. Euro). Dieser Verlust resultiert überwiegend aus den Auswirkungen der 2. Regulierungsperiode und der damit einhergehenden Absenkung der Netzentgelte. Der Steueraufwand schlägt im Geschäftsjahr 2015 mit einem Betrag i.H.v. 8,8 Mio. Euro (Vorjahr: 8,9 Mio. Euro) zu Buche. Die Umsatzrendite zeigt sich unverändert und liegt im Geschäftsjahr bei 4,5 %. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 12,7 Mio. Euro wurde eine Eigenkapitalrendite von 31,6 % (Vorjahr: 31,0 %) erzielt. Die EBIT Marge (Betriebsergebnis ohne außerordentliche Ergebnis/Umsatzerlöse) beträgt 15,6% nach 16,4 % im Vorjahr. Für das Geschäftsjahr 2016 wird vor

dem Hintergrund der diesjährigen zu erwarteten Wetterverhältnisse weiterhin von einer stabilen Ertragslage ausgegangen.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2015 wurden Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände sowie in Finanzanlagen in Höhe 21,8 Mio. Euro (Vorjahr: 19,3 Mio. Euro) getätigt. Bei der **Energieart Gas** wurden im Wesentlichen Neubau- und Gewerbegebiete erschlossen sowie erforderliche Sanierungsmaßnahmen im Netz durchgeführt. Des Weiteren wurden 579 neue Gasanschlüsse verlegt. Im Bereich der Anlagen wurden einige Umbauten vorgenommen. Im Zuge der Entflechtung des Netzes Waldfeucht wurde ein weiterer Ersatznetzkoppelpunkt errichtet. Bei der **Energieart Strom** wurde in 2015 schwerpunktmäßig in den Ortschaften Alsdorf, Eschweiler und Stolberg erhebliche Erneuerungsinvestitionen getätigt. Diese Erneuerungsmaßnahmen beruhen auf eine Überarbeitung und Erneuerung der Netzstruktur in der Mittelspannung. In diesem Zuge wurden Maßnahmen aus der Zielnetzplanung Strom umgesetzt. In der Zielnetzplanung Strom wurden Maßnahmen erarbeitet, die einer Optimierung des Mittelspannungsnetzes dienen. Hieraus ergeben sich der Rückbau von ca. 17 km Mittelspannungsfreileitung, der Austausch störanfälliger Mittelspannungskabel sowie der ersatzlose Rückbau von ca. 20 km Mittelspannungskabel. Durch die Erneuerung der kritischen Betriebsmittel kann die überdurchschnittlich gute Versorgungsqualität der regionetz in Zukunft weiter erhalten bleiben. Im Mittel liegt die durchschnittliche Unterbrechungsdauer eines Netznutzers bei 15,3 min/a. Bei der regionetz liegt dieser Wert in 2014 bei 8,8 min/a. Neben den beschriebenen Netzmaßnahmen wurden folgende größere Projekte an zentralen Komponenten realisiert.

- Erweiterung der zentralen Leittechnik
- Ausbau der Tonsteuersendeanlage in der UA Büsbach
- Erneuerung der Erdschlusskompensationsspulen in der UA Alsdorf UA Linnich.

Durch die Investitionen in 2015 konnte sich die regionetz auf die Herausforderungen der Zukunft einstellen. Unter anderem wurde die Netzzustands- und Fehlererkennung inklusive Fernübertragung verbessert und in die Leittechnik integriert. Darüber hinaus wurden smarte fernsteuerbare Stationen ins Mittelspannungsnetz eingebaut. Auslöser für dieses forcierte Investitionsprogramm in 2014 und 2015 war die massive Restwertkürzung der Regulated Asset Base (RAB) durch die Bundesnetzagentur. Die Zugänge in den Finanzinvestitionen iHv 0,2 Mio. Euro waren im Wesentlichen geprägt durch eine Beteiligung am Windenergieprojekt Linnich-Körrenzig der RURENERGIE.

Vermögenslage

Der Lagebericht enthält an dieser Stelle eine Grafik zur Vermögenslage. Die Bilanzsumme nahm um 13,0 Mio. Euro von 189,5 Mio. Euro auf 202,5 Mio. Euro zu. Der maßgebliche Effekt auf der Aktivseite liegt zum einen in den getätigten Investitionen, welche im Geschäftsjahr 2015 21,8 Mio. € betragen (Vj.: 19,3 Mio. €). Zum anderen in der Zunahme der Forderungen aus LuL, welche durch geringe erhaltene Abschläge zum Bilanzstichtag bedingt sind. Auf der Passivseite stand einer deutlichen Zunahme der Rückstellungen iHv 23,1 Mio. € – resultierend aus höheren Pensionen und höheren Rückstellung für ausstehende Strom- und Gasbezugskosten – eine deutliche Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gegenüber. Die Anlagenintensität liegt – in einer bei einem Versorgungsunternehmen typisch zu erwarteten Höhe – bei 78,7% (Vorjahr: 79,0%). Der absolute Anstieg folgt aus der Assetstrategie zur Steigerung der anerkannten Netzkosten. Das Umlaufvermögen stieg um 3,3 Mio. Euro auf 42,9 Mio. Euro. Die Zunahme der Forderungen aus LuL (+ 10,2 Mio. €) standen im Wesentlichen eine Abnahme der Vorräte (-1,8 Mio. €) und eine Abnahme

der sonstigen Vermögensgegenstände (- 2,0 Mio. €) entgegen. Das Eigenkapital zeigt sich leicht reduziert um 1,0 %-Pkt. bei 20,3 % der Bilanzsumme. Unter Berücksichtigung von 70 % des Sonderpostens und passiven Rechnungsabgrenzungsposten beträgt die Eigenkapitalquote 28,0% (Vorjahr: 30,0 %). Die Anlagendeckung – Verhältnis von mittel- und langfristigem Eigen- und Fremdkapital sowie unter Berücksichtigung von 70% des Sonderpostens zum Anlagevermögen sowie der passiven Rechnungsabgrenzungsposten – beträgt 72,7 % (Vorjahr: 75,7 %). Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 55,9 Mio. Euro (Vj.: 50,8 Mio. Euro) betragen. Diese machen nahezu 27,6 % der Bilanzsumme aus. Die Verbindlichkeiten aus Kreditinstituten konnten im kurzfristigen Bereich um 17,6 Mio. Euro und im langfristigen Bereich gemäß den Tilgungsplänen um 1,5 Mio. Euro reduziert werden.

Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält Kreditlinien, welche temporär und für die saisonal stark volatilen Zahlungsmittelflüsse in Anspruch genommen werden. Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft und aufgrund der frühzeitigen Vereinnahmung von adäquaten Kundenabschlägen sowie der bestehenden Kreditlinien das finanzielle Gleichgewicht zu jeder Zeit gewährleistet. Im Lagebericht zeigt eine Kapitalflussrechnung die Zahlungsströme getrennt nach Cash-Flow aus operativem Geschäft, aus der Investition- und Finanzierungstätigkeit auf. Im Geschäftsjahr 2015 betrug der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit 45,9 Mio. Euro (Vorjahr: 31,7 Mio. Euro). Die Zunahme ist insbesondere durch die Erhöhung der Rückstellungen bedingt (+ 23,1 Mio. €). Diesem positiven Cash-Flow stehen Zahlungsmittelabflüsse aus der Gewinnausschüttung i.H.v. 12,0 Mio. Euro, der Tilgung von Krediten sowie Zinsen i.H.v. 1,9 Mio. Euro sowie dem Saldo aus Einzahlungen aufgrund der Desinvestitionen und Auszahlungen für Investitionen ins Anlagevermögen i.H.v. – 15,5 Mio. Euro gegenüber. Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird zum einen in besonderem Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarifkundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifkunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden – basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises – für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei EWV. Darüber hinaus kommt das mögliche geänderte Preisniveau zum Tragen, welches erst mit der Endabrechnung realisiert wird und somit erst in künftigen Abschlagszahlungen berücksichtigt wird. Insgesamt unterliegt das Geschäft massiven Zahlungsstromschwankungen aus divergierenden Ein- und Auszahlungen. Durch die vorliegende Kreditlinie werden diese Zahlungsstromschwankungen gedeckt.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2015 beschäftigte die EWV durchschnittlich 212 (Vorjahr: 216) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei EWV 30 Menschen in einer Erstausbildung. Ausgebildet wurde in den Berufen

- Industriekauffrau/-mann,
- Industriekauffrau/-mann mit integriertem Studium (PluS),
- Elektroniker/in für Betriebstechnik und
- Elektroniker/in für Betriebstechnik mit integriertem Studium (PLuS).

Darüber hinaus wurde der Ausbildungsberuf „Kaufmann/-frau für Büromanagement“ in das Ausbildungsportfolie aufgenommen. Neu ist auch das Angebot einer verkürzten Ausbildung zum Industriekaufmann/-frau mit Fachrichtung IT, die sich an Studienabbrecher aus den MINT-Fächern richtet und in der Städteregion Aachen in Kooperation mit den Kammern unter dem Namen „Switch“ forciert wird. Die Ausbildungsangebote mit integriertem Studium (PLuS) wurden beginnend ab 2015 abgelöst durch eine Erstausbildung mit gefördertem Abendstudium. An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,6 Mio. Euro gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden) belief sich auf 491.

Strategische Personalplanung und Erstausbildungsplanung

Das Verfahren zur strategischen Personalplanung bei der EWV ist etabliert, eine Überprüfung der im Jahr 2014 ermittelten Langfristbedarfe fand im Jahr 2015 statt. Die Ergebnisse der strategischen Personalplanung fließen in konkrete Entwicklungspläne für Mitarbeiter und Führungskräfte ein, um diese gezielt und rechtzeitig auf künftige Anforderungen vorzubereiten. Die Budgetierung der Aus- und Weiterbildungskosten konnte deutlich verbessert werden. Darüber hinaus konnten wir im Rahmen der Mittelfristplanung 2015 die Ergebnisse dazu nutzen, mittel-. und langfristige Austritte mit Wiederbesetzungserfordernis mit Auszubildendenübernahmen oder internen Versetzungen zu beplanen.

Arbeitschutz und Gesundheitsschutz

Seit dem 01.01.2015 wird die EWV-Gruppe vom AMD TüV Arbeitsmedizinische Dienste GmbH in Würselen betreut. Zwischen den Geschäftsführungen der EWV und regionetz und dem Gemeinschaftsbetriebsrat wurde ein Betriebsvereinbarung über ein „Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM)“ abgeschlossen. Gemeinsames Ziel ist die Gesundheitserhaltung und -förderung aller Mitarbeiter. Hierfür wurde ein BGM-Team mit Vertretern aus Betriebsrat, Abteilung Personalwirtschaft, Fachkraft für Arbeitssicherheit, Schwerbehindertenvertreter und Konfliktberatern installiert, das für die Planung, Steuerung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen in enger Absprache mit dem Führungskreis verantwortlich ist.
Das BGM dient:

- Dem Erhalt der Gesundheit, der Rehabilitation und der Prävention.
- Der Reduzierung von Arbeitsunfähigkeiten und Beseitigung möglicher Ursachen.
- Der Gesundheitsförderung und Sensibilisierung der Mitarbeiter.
- Der Integration von schwerbehinderten und gleichgestellten Mitarbeitern.
- Der Förderung des ausgleichs zwischen Arbeits- und Privatleben.

Zur Erreichung dieser Ziele werden entsprechende Ressourcen bereit gestellt. In 2015 wurden erstmalig Workshops für Führungskräfte zum Thema „Gesprächsführung bei psychischen Belastungen“ angeboten. Damit erfüllt die EWV-Gruppe auch die Forderungen aus dem Arbeitsschutzgesetz und der Unfallverhütungsvorschrift „Grundsätze der Prävention (DGUV Vorschrift 1)“, wonach der Arbeitgeber bei der Ermittlung und Beurteilung der Gefährungen (Gefährdungsbeurteilung) auch die psychische Belastungen bei der Arbeit zu berücksichtigen hat.

Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für EWV Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördert EWV den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser. EWV berät mit seinem Beratungsnetzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region.

Tätigkeitenabschlüsse

EWV ist ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen im Sinne § 3 Nr. 38 EnWG. In diesem Zusammenhang erstellt die EWV in folgenden Bereichen Tätigkeitenabschlüsse nach EnWG, so wie diese erforderlich wären, wenn diese Tätigkeiten von einem rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden:

- Elektrizitätsverteilung
- Gasverteilung

Getrennte Konten werden darüber hinaus geführt für andere Aktivitäten innerhalb des Elektrizitätssektors, andere Aktivitäten innerhalb des Gassektors und andere Aktivitäten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors. Im Regelfall erfolgt in den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen eine direkte Zuordnung zu den Unternehmenstätigkeiten. In den Fällen, in denen dies nicht möglich ist oder aufgrund unverhältnismäßig hohen Aufwandes nicht vertretbar erscheint, wird eine Zuordnung durch sachgerechte Schlüssel vorgenommen. Die Umsatzerlöse, der Jahresüberschuss und die Bilanzsumme in den einzelnen Tätigkeiten entwickelte sich wie folgt:

	Elektrizitätsverteilung		Gasverteilung	
	31.12.15	31.12.14	31.12.15	31.12.14
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Umsatzerlöse	17.801	13.522	21.907	19.344
Jahresüberschuss	676	99	7.908	13.080
Bilanzsumme	45.310	35.693	79.990	80.447

Die Umsatzerlöse der Elektrizitätsverteilung in Höhe von 17,8 Mio. Euro setzen sich zusammen aus der Verpachtungstätigkeit (10,1 Mio. Euro), der Auflösung von Ertragszuschüssen (0,8 Mio. Euro) und den Konzessionsabgaben (6,9 Mio. Euro). Die Umsatzerlöse der Gasverteilung in Höhe von 21,9 Mio. Euro setzen sich zusammen aus der Verpachtungstätigkeit (19,6 Mio. Euro), der Auflösung von Ertragszuschüssen (1,5 Mio. Euro) und den Konzessionsabgaben (0,8 Mio. Euro).

Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Chancen- und Risikobericht

Bei EWV ist das Risikomanagementsystem auf Basis der seit 2010 aktualisierten RWE-Konzernrichtlinie „Risikomanagement“ aufgebaut. Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWV als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt. Die Grundsätze des Risikomanagementsystems hat die EWV in einem Risikomanagement-Handbuch dokumentiert. Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des

Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

Absatzmarktrisiken
In den letzten beiden Jahren wurde der signifikante Einfluss der Witterung insbesondere auf den Erdgasabsatz deutlich. Die warme Witterung führte zu Absatzreduzierungen gegenüber dem langfristigen Mittel. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt, sowie die zunehmende Strom-Eigenproduktion durch Solaranlagen auf Dächern führen darüber hinaus zu einem stetig steigenden Absatzverlust. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken. Auch in 2016 ist von weiteren Kundenverlusten auszugehen, da es in allen Kundensegmenten anhaltenden Wettbewerb gibt. Dagegen stehen die Chancen aus Kundengewinnen bei Strom und Gas in allen Kundensegmenten. Die EWV ist hier durch die laufenden Maßnahmen zu Kundengewinnung und Kundenbindung auf dem Weg zu einer ausgeglichenen Kundenbilanz.

Beschaffungsmarktrisiken
Zum Management der Risiken der Energiebeschaffung wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden. Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert die Risiken. Die für das Jahr 2016 benötigten Strom- und Gasmengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2012 bis 2015 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Geschäftsabschlüsse mit verschiedenen Lieferanten zu unterschiedlichen Kaufzeitpunkten durchgeführt. Als Ergebnis eines professionellen Portfoliomanagements wurden einerseits standardisierte Handelsprodukte beschafft und andererseits auch speziell auf die Bedürfnisse der EWV angepasste Produkte gekauft. Für die Lieferjahre 2016 bis 2019 sind ebenfalls bereits Mengen entsprechend der Risikodiversifikation beschafft worden.

Betriebsrisiken
Betriebsrisiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Beispiele hierfür sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im Netz-, EDV- oder administrativen Bereich. Durch die Verpachtung der Verteilnetze an die regionetz wurde ein Großteil der Risiken des Netzbetriebs auf die regionetz übertragen. Diesen wird durch systematische Wartung der Netze und Anlagen sowie kontinuierlicher Verbesserung begegnet. Ziel ist die Erreichung einer hohen Versorgungssicherheit für die Kunden. Trotz Einleitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken jedoch nie gänzlich ausschließbar. Generell schützt die EWV sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken
Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWV und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die von der EWV voraussichtlich

benötigten Kreditlinien wurden und werden von den Banken jederzeit zur Verfügung gestellt. Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnisrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch ein implementiertes internes Kontrollsystem und der laufenden Überwachung der Beteiligungen.

Umfeldrisiken
Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Dabei bestehen zwischen Umfeldrisiken im regulatorischen Bereich und Absatzmarktrisiken enge wechselseitige Beziehungen. Durch die Regulierungspraxis der Bundesnetzagentur drohen weiterhin negative Einflüsse auf das Betriebsergebnis. Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Marktrisiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen in Form von Kundenbindungsprogrammen, Produktmanagement und strukturierten Beschaffungsvorgängen beschlossen.

Risiko-Portfolio
Zweimal jährlich wird das Risiko-Portfolio der EWV aktualisiert. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

- Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:
  - Niedrig (>1 bis 10 %)
  - Mittel (>10 bis 20 %)
  - Hoch (>20 bis 50 %)
  - Sehr Hoch (>50 bis 100 %) und

- Schadensklasse im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:
  - Gering (0 bis 10 %)
  - Mittel (>10 bis 20 %)
  - Schwerwiegend (>20 bis 50 %)
  - Kritisch (>50 %)
  - Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Die Wesentlichkeitsgrenze wurde für die EWV auf 1,2 Mio. Euro p.a. festgelegt. Ferner wurde in 2015 beschlossen, nur noch Risiken ab einer Nettoschadenshöhe von 500T Euro oder einer Eintrittswahrscheinlichkeit > 50 % im Risikokatalog zu erfassen.

Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWV nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Im Berichtsjahr wurden acht Risiken als wesentlich eingestuft, wovon vier unter besonderer Beobachtung stehen:

1. *Weitergabe von gesetzlichen Preisbestandteilen in Verträgen nicht möglich (Schadensklasse „Gering" und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel"), (1,2 Mio. Euro)*
   Mit In-Kraft-Treten der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) am 08.11.06 ist die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Elektrizitätsversorgung von Tarifkunden (AVBEltV) außer Kraft getreten. Dadurch besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass der im Wege von Allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbarte Haftungsmaßstab nach Ablauf einer sechsmonatigen Übergangsfrist, unwirksam ist. Betroffen sind Verträge

außerhalb des Anwendungsbereiches der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) also außerhalb der Niederspannung. Bei Kunden, die das Anpassungsbegehren und die Verträge zurückweisen, kann ein konkludentes Verhalten mit Sicherheit nicht unterstellt werden. Im Falle einer Versorgungsstörung, die regionetz als Netzbetreiber zu verantworten hat, würde regionetz diesen Kunden gegenüber unbegrenzt gemäß BGB haften.

2. *Absinken der spezifischen Margen Gas (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (1,0 Mio. Euro)*
   Durch Einsparverhalten, Substitution von Erdgas durch andere Energieträger, Investitionen in Wärmedämmung und Energietechnik sowie durch den allgemeinen Temperaturanstieg (Gas) besteht das Risiko, dass die Margen sinken.
3. *Politische Krisen (Schadensklasse „Gering/Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (2,0 Mio. Euro)* Hier besteht das Risiko, dass aus aktuellen Krisenregionen der Erde (Ukraine, Russland, Naher Osten) infolge politischer Instabilitäten die Erdgaslieferungen nach Deutschland eingeschränkt oder gar gestoppt werden.
4. *Kartellrechtliche Risiken (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (1,5 Mio. Euro)* Allgemeine kartellrechtliche Risiken sind mittelfristig im Segment Wärmespeicherkunden nicht ganz auszuschließen. Für das Geschäftsjahr 2015 wurde mit dem Landeskartellamt NRW erfolgreich verhandelt, so dass für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Risikoerfassung ausbleiben konnte.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Prognosebericht und Chancen

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die Energiewende belastet nahezu alle Marktteilnehmer. Konventionelle Kraftwerke werden zunehmend aus dem Erzeugungsportfolio verdrängt oder werden unwirtschaftlich. Dies führt zu signifikanten Ergebniseinbrüchen bei Energieproduzenten oder Unternehmen mit Kraftwerksbeteiligungen. Die steigenden gesetzlichen Umlagen, allen voran die EEG Umlage, belasten zunehmend die privaten Haushalte aber auch Industrie und Gewerbe. Für das Jahr 2016 geht die Gesellschaft von einem normalen Temperatur- und Absatzverlauf aus. Bei der Energieart Strom wird im Bereich Wärme (Nachtspeicherheizung) ebenfalls von einem normalen Temperaturverlauf ausgegangen. Besondere konjunkturelle Effekte für 2016 werden nicht unterstellt. In Zukunft wird es Aufgabe der EWV sein, die Kunden bei der Energiewende zu begleiten, und die sich bietenden Chancen bei dem Umbau des Energiemarktes durch ein Angebotsportfolio adäquater Leistungen und Produkte zu nutzen.

Strategische Entwicklung der EWV

Aufbau neuer Geschäftsfelder

Im Jahr 2015 hat EWV den Ausbau der „neuen Geschäftsfelder“ Dienstleistungen, Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien weiter vorangetrieben. Neben dem Geschäftskundensegment wurden die Dienstleistungen insbesondere in dem Privat- und Gewerbekundensegment intensiviert. Hier werden neben dem Heizungsanlagen-Contracting nun auch PV Anlagen nebst Speicher sowie Ladestationen für Elektromobilität vermarktet. Entgeltliche Beratungsdienstleistungen werden außerdem über das Beratungszentrum effeff.ac in Aachen angeboten.

Kooperationen

Im Bereich der erneuerbaren Energien werden gemeinsam mit der GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH Projekte im Bereich Wind und Photovoltaik entwickelt sowie Dienstleistungen vermarktet. Für 2016 ist eine Beteiligung der EWV und im Nachgang der GREEN als Kommanditistin an der Windpark Eschweiler GmbH & Co. KG geplant. Partner wären RWE Innogy als 51%iger Mehrheitsgesellschafter und die RURENERGIE GmbH. Die Markpartnergruppen Elektro, SHK, Bezirksschornsteinfeger, Architekten/beratende Ingenieure und Großhändler sind in der regioenergiegemeinschaft, einer in den Gebietskörperschaften Städteregion Aachen, Kreis Heinsberg, Kreis Düren agierender Energiegemeinschaft, organisiert. EWV ist gemeinsam mit den Stadtwerken Jülich Gründungsmitglied der Marktpartnergemeinschaft und stellt den Vorsitzenden des Vorstands. Die STAWAG ist in einem zweiten Schritt ebenfalls der Marktpartnergemeinschaft beigetreten. Das im Oktober 2011 durch die regioenergiegemeinschaft mit Unterstützung der drei Energieversorger EWV GmbH, Stadtwerke Aachen AG und der Stadtwerke Jülich GmbH und dem regionalen Handwerk eröffnete Beratungszentrum effeff.ac in Aachen ist gut im Markt etabliert. Das Beratungs- und Vertriebsnetzwerk bietet den privaten Kunden ein umfangreiches Leistungsspektrum. Den beteiligten Handwerkern dient das effeff als Auftragsvermittlungsplattform. Die Zahl der Kundenberatungen und der Umfang der vermittelten Leistungen steigt stetig. Ebenso steigt die Zahl der Marktpartner.

EWV ist mit 6,58 % der fünftgrößte kommunale Anteilseigner der Green Gecco Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, die zu 49 % an der Green Gecco GmbH & Co. KG beteiligt ist. Mehrheitsgesellschafter, mit einem Anteil von 51 %, ist RWE Innogy GmbH. Insgesamt betreibt Green Gecco GmbH & Co. KG 5 große Windparks (Schottland (An Suidhe), Schleswig-Holstein (Süderdeich und Hörup), Niedersachsen (Düshorner Heide seit April 2014) und Nordrhein-Westfalen (Titz)) fortgesetzt. Neue Projekte sind für 2016 nicht geplant.

Ausblick – Konjunktur

Nach ersten Prognosen wird die globale Wirtschaftsleistung 2016 voraussichtlich um etwa 2,5% steigen. Die konjunkturelle Erholung des Euro-Raums dürfte sich im Prognosezeitraum voraussichtlich fortsetzen und das Bruttoinlandsprodukt somit um rund 1,5% steigen. Vergleichbar dazu scheinen die Perspektiven für die deutsche Volkswirtschaft zu sein: Nach einem Wachstum von 1,7% im vergangenen Jahr hält der Sachverständigenrat auch für 2016 einen Anstieg der Wirtschaftsleistung im Bereich von 1,6% für möglich. Stimulierende Impulse werden insbesondere durch die robuste Beschäftigungssituation und die gestiegenen verfügbaren Einkommen erwartet, die den privaten Konsum weiter ansteigen lassen sollten.

Strom- und Gasnachfrage

Nachdem die Temperaturen in der Heizperiode des Jahres 2015 deutlich über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte im Fall eines Jahres 2016 mit normalen Temperaturen der witterungsabhängige Gas- und Stromverbrauch über den Werten des Vorjahres liegen. Der konjunkturabhängige Teil der Strom- und Gasnachfrage sollte aufgrund der Wirtschaftswachstumsaussichten das Vorjahresniveau überschreiten.

Energiepreise

Gas-Forwardkontrakte (TTF) für 2016 werden zur Zeit mit rund 15 €/MWh und somit rund 24% unter dem Spotpreis-Niveau des Vorjahres bewertet. Im Strommarkt erwarten Händler für 2016 folgende Entwicklung: Der Base-Forwardkontrakt notiert zur Zeit mit durchschnittlich rund 28 €/MWh ca. 11% unter den durchschnittlichen Spotmarkt-Preisen von 2015, während der Peak-Forwardkontrakt mit

knapp unter 35 €/MWh rund 1% unter dem durchschnittlichen Peakpreis des vergangenen Jahres liegt.

EWV Schwerpunkte

Die Bindung unserer Kunden durch ein sehr gutes Image, exzellenten Service, wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen, sowie die Entwicklung unserer Kunden durch „up-selling“ und „cross-selling“ stehen im Mittelpunkt der vertrieblichen Arbeit. Die dazu benötigten detaillierten Kenntnisse über die Bedürfnisse der Kunden, den Grad ihrer Zufriedenheit mit den EWV-Produkten und Leistungen werden sukzessive erarbeitet und/oder ausgebaut. Weitere Optimierungen im Produkt- und Leistungsportfolio sowie bei den Vermarktungs-, Einkaufs- und Verkaufsprozesse sind geplant. Durch die konsequente Intensivierung der Vertriebsarbeit wird der Ansatz verfolgt, jeden Kundenkontakt aktiv als vertriebliche Chance nutzen. Der Vertrieb verfolgt das Ziel, die Kundenbasis und den Produktverkauf in allen Kundensegmenten innerhalb und schrittweise außerhalb der Region auszubauen. Dazu werden neue Vertriebskanäle erschlossen und effiziente Prozesse entwickelt. Die zunehmende Digitalisierung von Prozessen soll ein wesentliches Instrument zur Verbindung von Kundenorientierung und Effizienz sein. In den Bereichen der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz wird die Rolle als Projektierer, Produzent, Investor, Dienstleister oder Vermarkter gestärkt und weiter ausgebaut. Im Netzbereich bzw. bei der regionetz werden die Kooperationsanalysen mit angrenzenden Netzbetreibern in 2016 vorangetrieben.

Die Überführung von Teilen des Anlagevermögens von EWV in die regionetz zur regulatorischen Optimierung wird in 2016 voraussichtlich umgesetzt.

Die Umsatzerlöse der EWV werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2016 280,9 Mio. Euro betragen. Der Rückgang der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus einem sinkenden Gasabsatz. Für 2016 ist geplant, 664 GWh Strom und 1.755 GWh Gas abzusetzen. Dabei wird in 2016 mit Stromerlösen i.H.v. 114,1 Mio. Euro netto und Gaserlösen i.H.v. mit 94,7 Mio. Euro geplant. Das Ergebnis der regionetz ist in der Planung für 2015 mit -14,7 Mio. Euro unterstellt. Der Jahresüberschuss wird in 2016 gemäß Planung ca. 13,0 Mio. Euro betragen. EWV strebt in 2016 an, ca. 13,3 Mio. Euro zu investieren.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zweckerfüllung

Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWV hat sich im Geschäftsjahr 2015 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

Stolberg, den 28. Januar 2016
EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH
Die Geschäftsführung
Manfred Schröder

enwor - energie & wasser vor ort GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Durchführung aller damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen, die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen. Enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler, Stolberg, Übach-Palenberg sowie Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt ca. 270.000 Menschen dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser. Im Gebiet der Stadt Herzogenrath ist enwor auch Gasversorger und versorgt dort ca. 20.000 Einwohner mit Erdgas. In den Städten Herzogenrath und Würselen versorgt enwor ca. 85.000 Menschen mit Strom.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Über die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer beschließt die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 17 Mitgliedern besteht. 16 Mitglieder des Aufsichtsrates werden wie folgt von den einzelnen Gesellschaftern in den Aufsichtsrat entsandt:
Der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen sowie 9 weitere vom Städteregionstag zu wählende Mitglieder, der Bürgermeister der Stadt Herzogenrath sowie 3 weitere vom Stadtrat zu wählende Mitglieder, der Bürgermeister der Stadt Würselen sowie ein weiteres vom Stadtrat zu wählendes Mitglied. Der Vorsitzende des Betriebsrates der Gesellschaft ist ebenfalls Mitglied des Aufsichtsrates. Der Betriebsrat kann bis zu vier weitere Mitglieder mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der jeweilige Städteregionsrat der StädteRegion Aachen. Der erste stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates wird auf Vorschlag der Städte Herzogenrath und Würselen vom Aufsichtsrat gewählt. Zweiter stellvertretender Vorsitzender ist der Betriebsratsvorsitzende der Gesellschaft.

Gesellschafterversammlung:
Jeder Gesellschafter kann nur einen stimmberechtigten Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsenden.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Herbert Pagel

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender:	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Klaus-Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied
	Ulla Thönnissen	Städteregionstagsmitglied
	Marie-Theres Sobczyk	Städteregionstagsmitglied
	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied
	Manfred Bausch	Städteregionstagsmitglied
	Wolfgang Goebbels	Städteregionstagsmitglied
	Friedhelm Krämer	Städteregionstagsmitglied
	Harald Siepmann	Städteregionstagsmitglied
	Udo Rüttgers	Städteregionstagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Klaus-Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52134 Herzogenrath

gezeichnetes Kapital: 21.007.400,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	11.724.300	55,81
Stadt Herzogenrath	5.860.300	27,90
Stadt Würselen	2.497.900	11,89
Stadt Alsdorf	550.250	2,62
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	319.700	1,52
Stadt Baesweiler	52.600	0,25
2 ehem. Aktionäre StwAG	2.350	0,01
	21.007.400	100

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
WAG	550.000,00	50,00
enwor – Wärme vor Ort GmbH	51.129,19	100,00
WVW Wärmeversorgung Würselen GmbH	192.650,00	49,00
IWA – Institut für Wasser- und Abwasseranalytik	--	30,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	151.435.346	153.405.757	157.885.995
I. Imm. Vermögensgegenst.		4.270.124	3.791.845
II. Sachanlagen		117.287.849	118.821.456
III. Finanzanlagen		31.847.784	35.272.694
B. Umlaufvermögen	14.761.922	16.830.419	14.235.775
I. Vorräte		1.305.286	1.253.559
II. Forderungen / sonst. VG		15.504.042	12.625.605
III. Kassenbestand, Guthaben		21.091	356.611
C. Rechnungsabgrenzungsposten	480.192	434.762	324.445
Bilanzsumme Aktiva	**166.677.460**	**170.670.938**	**172.446.215**
A. Eigenkapital	42.328.528	42.559.149	42.609.177
I. Gezeichnetes Kapital	21.007.400	21.007.400	21.007.400
II. Kapitalrücklage	3.555.707	3.555.708	3.555.708
III. Gewinnrücklagen	9.716.174	9.765.421	9.996.041
IV. Jahresüberschuss	8.049.247	8.230.620	8.050.028
B. Sonderposten Investitionszuschüsse	12.665.079	13.547.928	14.437.022
C. Rückstellungen	62.964.682	65.023.761	71.561.912
D. Verbindlichkeiten	44.775.571	46.507.510	41.593.196
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.943.600	3.032.590	2.244.908
Bilanzsumme Passiva	**166.677.460**	**170.670.938**	**172.446.215**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Umsatzerlöse	133.807.560	127.511.426	123.402.605
Betriebsergebnis	15.600.783	15.072.455	15.310.078
Finanzergebnis	-2.676.596	-2.289.146	-1.197.656
gewöhnliches Geschäftsergebnis	12.924.187	12.783.309	14.112.422
außerordentliches Ergebnis	-422.152	-422.152	-506.708
Jahresüberschuss n. Steuern	**8.049.247**	**8.230.620**	**8.050.028**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen	312	311	318

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2013 in %	2014 in %	2015 in %
Eigenkapitalquote	31,53	30,88	30,6
Anlagendeckungsgrad I	27,95	27,74	33,4
Eigenkapitalrentabilität	15,32	15,62	18,89

Leistungskennzahlen	2013	2014	2015
Stromversorgung			
Netzlänge (km)	1.087	1.096	1.105
Hausanschlüsse (Anzahl)	24.669	24.879	25.575
Abgabe (Mio. KWh)	320,0	309,8	254,3
Gasversorgung			
Netzlänge (km)	129	130	131
Hausanschlüsse (Anzahl)	5.713	5.938	6.074
Abgabe (Mio. KWh)	235,8	192,5	209,8
Wasserversorgung			
Netzlänge (km)	1.276	1.274	1.274
Hausanschlüsse (Anzahl)	69.909	70.272	69.683
Abgabe (Mio. m^3)	14,4	14,6	14,9

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der StädteRegion Aachen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 55,81 % zu. Für das Berichtsjahr 2015 hat die StädteRegion Aachen eine Brutto-Gewinnausschüttung in Höhe von 4.464.826€ erhalten. Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen dergestalt, dass die enwor in ihrem Versorgungsgebiet auch für diese Leistungen entsprechend ihrem Gesellschaftszweck erbringt.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Als kommunales Unternehmen stellt die enwor – energie & wasser vor ort GmbH (Mutterunternehmen) zusammen mit den von ihr betriebsgeführten und in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften enwor – wärme vor ort GmbH (Tochterunternehmen) und WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft / Nordeifel mbH (Gemeinschaftsunternehmen)

die Versorgung weiter Teile der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit Strom, Gas, Trinkwasser und Wärme als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sicher. Darüber hinaus fühlt sich enwor als Arbeitgeber, als Ausbildungsbetrieb sowie als Auftraggeber für Wirtschaft und Handwerk in der Region und als Sponsor insbesondere für die Jugendarbeit im Versorgungsgebiet dem Gemeinwohl verpflichtet. Die enwor hat im Geschäftsjahr 2015 die damit verbundenen Maßnahmen erfolgreich umgesetzt.

Lagebericht der Gesellschaft

Überblick – Politische und wirtschaftliche Entwicklung

Wie bereits im Vorjahr war auch im Geschäftsjahr 2015 die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland von Stabilität gekennzeichnet, was auch auf die Branchenentwicklung der Energie- und Wasserversorgung zutrifft. Weiterhin historisch niedrige Zinsen haben zusammen mit hoher Beschäftigung, angemessenen Tarifabschlüssen und einer niedrigen Inflationsrate sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt als auch die Kaufkraft der privaten Haushalte erhöht. In diesem wirtschaftspolitischen Umfeld hat sich auch die enwor – energie & wasser vor ort GmbH im Geschäftsjahr 2015 sehr gut entwickelt und in allen Geschäftsbereichen im Vergleich zum Vorjahr nochmals verbesserte Ergebnisse erwirtschaftet. In der politischen Berichtserstattung hat die ganz Europa, insbesondere aber auch Deutschland 2015 erfassende Flüchtlingswelle die Energiewirtschaft aus den öffentlichen Schlagzeilen verdrängt. Gleichwohl wurden auch 2015 zahlreiche gesetzliche Vorhaben auf den Weg gebracht, die die zukünftigen Rahmenbedingungen der Energie- und Wasserwirtschaft wesentlich beeinflussen. So wurde das im Sommer 2014 novellierte EEG-Gesetz in ein EEG 2016 weiterentwickelt, das KWK-Gesetz wurde umfassend novelliert, die Novellierung der Anreizregulierungsverordnung ist in Vorbereitung und auch das Energiewirtschaftsgesetz EnWG wird insbesondere in seinem für Konzessionsvergaben maßgeblichen Paragraphen 46 gesetzgeberisch überarbeitet. Für die Wasserwirtschaft liegt seit Sommer 2015 der Entwurf eines novellierten Landeswassergesetzes vor und ebenfalls ist die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in einem Bewirtschaftungsplan 2016 – 2021 in Vorbereitung. Alle diese gesetzlichen Weiterentwicklungen bedeuten jedoch keinen Paradigmenwechsel, sondern sind eher als Weiterentwicklung und Präzisierung des bekannten Rechtsrahmens zu verstehen. Gleichwohl werden sie insbesondere strategische Entscheidungen über zukünftige Investitionen durch geänderte Parameter auch beeinflussen. Das operative Geschäft war also im Jahr 2015 von diesen gesetzlichen Weiterentwicklungen weniger beeinflusst und hat sich unter den oben beschriebenen stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in allen Feldern sehr positiv entwickelt. Die Wasserwirtschaft hat bei konstanten Bezugskosten und unveränderten Abgabepreisen von einer witterungsbedingt höheren Wasserabgabe profitiert, so dass das Rohergebnis dieser Sparte leicht über dem Vorjahresniveau abschließen konnte. Auch in der Gaswirtschaft gab es einen witterungsbedingten Mehrabsatz, der bei gleichzeitig gesunkenen Beschaffungskosten das Rohergebnis dieser Sparte deutlich verbessert hat. Die sinkenden Beschaffungskosten hat enwor zum Anlass genommen, auch seine Endkundenpreise im Jahr 2016 abzusenken. In der Stromwirtschaft hat sich die seit Jahren bekannte Tendenz zur jährlichen Steigerung der

gesetzlichen Steuern und Abgaben auf die Energiepreise auch im Jahr 2015 fortgesetzt. Die insgesamt 7 unterschiedlichen Steuer- und Abgabenarten auf Strom machen mittlerweile deutlich über 50 Prozent der Endkundenrechnung aus. Der enwor ist es hierbei gelungen, durch Beschaffungsvorteile im Stromeinkauf für den privaten Kunden diese Erhöhungen vollständig aufzufangen. Weiterhin das größte Sorgenkind der Energiewirtschaft bleibt die Sparte der Stromerzeugung. Die Strompreisnotierungen an der EEX waren auch im Geschäftsjahr 2015 fallend und nähern sich bei vielen Kraftwerken den Grenzkosten der Stromerzeugung an. Auch enwor bekommt diese Entwicklung durch die Kraftwerksbeteiligungen in Lünen und Hamm deutlich zu spüren. Während es im Gaskraftwerk Hamm durch eine umfassende Restrukturierung gelungen ist, zumindest mittelfristig bis etwa 2020 den weiteren Betrieb von Verlusten freizustellen, verschärft sich im Kohlekraftwerk Lünen durch den weiteren Preisverfall die Situation zunehmend. Verstärkte Investitionen der enwor in die Erneuerbaren Energien zusammen mit unseren Partnern Trianel und Stawag werden hier jedoch neue Ertragsmöglichkeiten erschließen, die sich vor allen Dingen mittelfristig auswirken werden. Somit hat sich auch im Geschäftsjahr 2015 erneut gezeigt, dass die diversifizierte Unternehmensstruktur des enwor-Konzerns der beste Garant für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung bleibt. Unsere geschäftlichen Aktivitäten in allen Wertschöpfungsstufen der Energie- und Wasserwirtschaft einerseits und unsere massive Investition in zukunftsfähige Technologien wie Glasfaserausbau und regenerative Stromerzeugung andererseits führt dazu, die hohen Schwankungen einzelner Geschäftsbereiche im Endergebnis auszubalancieren. Vor dem Hintergrund dieser Strategie sehen wir auch für die Zukunft eine stabile Entwicklung der enwor – energie & wasser vor ort GmbH, und des Konzerns.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Steuerung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bedient sich die Gesellschaft sowohl finanzieller als auch nicht finanzieller Leistungsindikatoren. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren sind:

- Umsatzerlöse
- Materialaufwendungen
- Investitionen
- EBIT, EBT
- Bilanzielle Eigenkapitalquote

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind:

- Absatzmengen Strom, Gas, Wasser
- Kundenwechselquote
- Neukundengewinnung.

Zusammenfassend war die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor in 2015 jederzeit geordnet.

Ertragslage

Das Geschäftsergebnis des Konzerns liegt mit 8,8 Mio. € auf dem Ergebnisniveau des Vorjahres mit 8,8 Mio. €. Das Geschäftsergebnis der Muttergesellschaft des Geschäftsjahres 2015 schließt mit einem Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 8,1 Mio. € leicht unter dem Vorjahresniveau ab und bestätigt die bei enwor seit Jahren hohe Ergebniskonstanz. Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, einen Betrag in Höhe von 8,0 Mio. € an die gewinnbezugsberechtigten Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Jahresüberschuss in Höhe von 0,1 T€ in die Gewinnrücklagen einzustellen. Die Geschäftsentwicklung ist insgesamt günstig verlaufen. Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse ist in den nachfolgenden Darstellungen zu den einzelnen Bereichen dargestellt. Insgesamt sind die Umsatzerlöse von 127.511 T€ im Vorjahr um 4.108 T€ auf 123.403 T€ zurückgegangen. Die Materialaufwendungen sind ebenfalls von rd. 77.874 T€ im Vorjahr um rd. 8.785 T€ auf 69.089 T€ korrespondierend zu den Umsatzerlösen zurückgegangen. Die Materialaufwandsquote hat sich dagegen von rd. 60 % im Vorjahr auf 56 % im Geschäftsjahr verbessert. Der Personalaufwand ist um 3.778 T€ auf 26.253 T€ gestiegen. Der starke Anstieg wurde in erster Linie durch die aufgrund der Zinsschmelze erhöhte Zuführung zu den Pensionsrückstellungen verursacht. Die Abschreibungen sind auf Vorjahresniveau, während die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 485 T€ gestiegen sind. Eine detaillierte Übersicht zu den Erlös- und Aufwandspositionen ergibt sich aus dem veröffentlichen Spartenabschluss.

Entwicklung im Strombereich

Strom Netz

enwor ist Netzbetreiber Strom in den Städten Herzogenrath und Würselen und betreut dort über ein 1.105 km langes Leitungsnetz (Vorjahr 1.096 km) insgesamt 25.575 Anschlüsse (Vorjahr 24.879). Der Zuwachs drückt sich auch in den Investitionen in das Stromnetz in Höhe von 1.712 T€ (Vorjahr 2.646 T€) aus. Die Jahresnetzlast ist mit 324,0 Mio. kWh im Vergleich zum Vorjahreswert von 326,9 Mio. kWh annähernd stabil geblieben. Die Durchleitungsmengen für Fremdlieferanten sind im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 mit 139,8 Mio. kWh zum Vorjahreswert mit 138,7 Mio. kWh ebenfalls konstant. Die Gesamterlöse des Stromnetzbetriebes lagen in 2015 mit 21,1 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert in Höhe von 20,8 Mio. €.

Strom Vertrieb

Aus vertrieblicher Sicht hat sich die Stromabgabe an sämtliche Kunden der enwor im Geschäftsjahr 2015 von 276,6 Mio. kWh im Vorjahr auf nunmehr 254,3 Mio. kWh deutlich rückläufig entwickelt. Dabei ging sowohl der Out-Of-Area-Absatz auf 77,0 Mio. kWh als auch die Absatzmenge im eigenen Netz auf 168,7 Mio. kWh zurück. Während das Geschäft mit Haushaltskunden annähernd konstant blieb, gab es rückläufige Mengen bei größeren Sondervertragskunden durch Lieferantenwechsel oder auch durch Eigenerzeugung (BHKW) beim Kunden. Allerdings konnte das Rohergebnis Strom Vertrieb mit 3,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (1,8 Mio. €) deutlich gesteigert werden.

Sonstige Stromaktivitäten

Zu den sonstigen Aktivitäten zählen die Stromerzeugung, die Straßenbeleuchtung und der Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen, die wir dieser Sparte zugeordnet haben. Im Bereich der Stromerzeugung wirkte sich die umfassende,Restrukturierung des GuD Kraftwerkes in Hamm positiv auf die Ergebnisentwicklung aus. Nach einem Betrieb unter alten Bedingungen bis April 2015 konnte die Restrukturierung ab Mai greifen und damit den Jahresfehlbetrag auf 57 T€ reduzieren. Nach derzeitigem Planungsstand gehen wir bis zum Geschäftsjahr 2020 von keinen weiteren Ergebnisbelastungen aus dem GuD Kraftwerk bei enwor aus. Die Situation des Steinkohlekraftwerkes in Lünen bleibt jedoch auch für die nächsten Jahre weiter stark ergebnisbelastend für die enwor. Der nochmalige Preisverfall für Strom an der der Börse um weitere ca. 30% im Geschäftsjahr 2015 hat diese Situation noch verschärft. enwor hat darauf mit einer weiteren Erhöhung der Drohverlustrückstellung entsprechend bilanzielle Vorsorge getroffen. Die bereits im Geschäftsjahr 2014 beschlossene Umstellung großer Teile unserer Straßenbeleuchtungsanlagen auf LED Technik wurde in einem ersten Abschnitt im Geschäftsjahr 2015 bereits umgesetzt. Ca. 2000 Lampen in Herzogenrath und Würselen konnten auf LED Technik umgestellt werden, weitere 2000 Lampen werden im Geschäftsjahr 2016 folgen. Einen starken Aufschwung hat in den letzten beiden Geschäftsjahren der Bereich Telekommunikation gezeigt. Die in 2014 begonnene Erschließung des Stadtgebietes Würselen mit einem flächendeckenden Glasfasernetz konnte im Sommer 2015 erfolgreich abgeschlossen werden. Als Folgeprojekt wurde nahtlos im Herbst 2015 mit der flächendeckenden Erschließung des Stadtgebietes Alsdorf mit einem Glasfasernetz begonnen.

Die Entwicklung im Gasbereich

Gas Netz

Die enwor betreibt das Gasnetz auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath. Die Leitungslänge ist im Geschäftsjahr um einen Kilometer auf 131 km angestiegen; die Anschlussentwicklung blieb mit einer Steigerung von 136 Hausanschlüssen positiv. Witterungsbedingt ist die Gasabgabe im Netz von 187,3 Mio. kWh im Vorjahr auf jetzt 209,8 Mio. kWh gestiegen. Hierbei hat sich die Anzahl der Lieferstellen der Fremdlieferanten von 1.412 Vorjahr auf jetzt 1.593 erhöht – ein Zeichen für die weitere Intensivierung des vertrieblichen Wettbewerbes im Gasmarkt. Im investiven Bereich gab es neben den bereits erwähnten neuen Hausafischlüssen und einer geringen Leitungsnetzerweiterung im Geschäftsjahr 2015 keine Besonderheiten, das Investitionsvolumen lag bei 573 T€ (Vorjahr 795 T€).

Gas Vertrieb

Die zunehmende Wettbewerbsintensität im Gasmarkt haf sich auch im Geschäftsjahr 2015 unvermindert weiter entwickelt. Einerseits konnte die enwor die Anzahl der Out-Of-Area-Lieferstellen mit 1.472 im Vergleich zum Vorjahr(1.412) deutlich steigern, jedoch haben sich im eigenen Netzgebiet ebenfalls mit 1.593 Lieferstellen mehr Kunden durch fremde Versorger beliefern lassen. Die Gasabgabe an Kunden stieg witterungsbedingt von 192,5 Mio.kWh im Vorjahr auf jetzt 215,3 Mio.kWh in 2015. Bei leicht gesunkenen Beschaffungskosten und ebenfalls niedrigeren Netzentgelten konnte die Gasvertriebssparte im Geschäftsjahr 2015 mit einem Rohergebnis von 2,7 Mio. € deutlich über Vorjahresniveau abschließen.

Die Entwicklung im Wasserbereich

enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler, Stolberg, Übach-Palenbergsowie Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt über 69.683 Kundenverträge mehr als 270.000 Menschen in dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser. Die Wasserabgabe lag mit 14,9 Mio. cbm leicht über dem Vorjahresniveau in Höhe von 14,6 Mio. cbm und konnte damit wie im Vorjahr leicht gesteigert werden. Bei unveränderten Abgabepreisen lagen entsprechend auch die Umsatzerlöse mit 37,9 Mio. € über dem Vorjahreswert von 36,0 Mio. €. Der Wasserbezugspreis im Geschäftsjahr 2015 betrug unverändert 69,5 ct/cbm zuzüglich des Wasserentnahmeentgeltes. In Summe beliefen sich die Wasserbezugskosten von der WAG im Geschäftsjahr 2015 auf 10,1 Mio. €, so dass ein Rohergebnis der Wassersparte in Höhe von 26,9 Mio. € erzielt werden konnte (Vorjahr 26,4 Mio. €). Bei weiterhin auch im Geschäftsjahr 2016 unveränderten Bezugspreisen als auch Abgabepreisen gehen wir von einer stabilen Entwicklung der Wassersparte innerhalb des enwor-Geschäftsbetriebes aus.

Entwicklungen bei der Beteiligungsgesellschaft WAG

Ohne den o.g. Anteil der enwor wurden 21,9 Mio. m³ Trinkwasser von der WAG an die Wasserversorgungsunternehmen geliefert. Ursache der Absatzsteigerung waren höhere Trinkwasserlieferungen an die beiden Gesellschafter enwor und STAWAG. Das Jahresergebnis der WAG verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 406 T€ auf 1.555 T€. Der Überschuss vor Steuern lag bei 2.462 T€. Damit konnte das hohe Ergebnisniveau des Vorjahres (1.782 T€) nochmals um 680 T€ übertroffen werden. Dieses positive Ergebnis resultiert aus einer Ertragssteigerung in Höhe von 356 T€ bei vergleichbaren betrieblichen Aufwendungen zum Vorjahr sowie einem verbesserten Finanzergebnis mit geringeren Fremdkapitalzinsen (+ 176 T€).Die Umsatzerlöse des Jahres 2015 erreichten 27.064 T€ und lagen damit um 346 T€ über dem Vorjahreswert. Sie setzen sich zusammen aus Erlösen aus dem Trinkwasserverkauf in Höhe von 26.984 T€ (Vorjahr 26.637 T€), die in Höhe von 1.776 T€ (Vorjahr 1.761 T€) Einnahmen aus der Weiterberechnung des Wasserentnahmeentgelti<(WEE) enthalten. Zusätzlich konnten Erlöse aus der Stromeinspeisung in Höhe von 80 T€ (Vorjahr 81 T€) erzielt werden. Der aus den sonstigen betrieblichen Erträgen resultierende Ergebnisanteil entsprach mit 568 T€ den Erwartungen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg dieser um 10 T€. Die Materialaufwendungen lagen insgesamt mit 19,6 Mio. € um 122 T€ unter dem Vorjahresniveau. Einsparungen konnten vor allem im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe durch geringere Energiekosten erzielt werden. Die Abschreibungen auf Sachanlagen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 96 T€, während die Abschreibung für immaterielle Wirtschaftsgüter durch die Fertigstellung des Bodenfilters Wiesengrund inMonschau Höfen um 16 T€ anstieg. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Gebühren, Beratungs- und Prüfungkosten, Versicherungsaufwendungen und Verluste aus Anlagenabgängen sowie Instandhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen für Betriebsgebäude, die auch Lohnkosten von enwor-Mitarbeitern beinhalten.

Entwicklungen beim Tochterunternehmen enwor – wärme

Durch die im Vergleich zum Vorjahr kühlere Witterung mit einer Jahres-GTZ von 3.384,1 (Vorjahr 3.041,5) und einer Jahres-Durchschnittstemperatur von 10,49 °C (Vorjahr: 11,16 °C) stieg der Wärmeabsatz der enwor – wärme vor ort GmbH im Geschäftsjahr 2015 auf 17,1 Mio. kWh (Vorjahr: 16,2 Mio. kWh). Vor dem Hintergrund sinkender Energiekosten verringerten sich die Umsatzerlöse aus Wärmeverkauf dennoch auf 1.766 T€ (Vorjahr: 1.879T€). Die Stromerzeugung der enwor – wärme vor ort GmbH erhöhte sich durch die witterungsbedingt gestiegenen Modullaufzeiten in den BHKW's und eine höhere Windstromerzeugung auf insgesamt 14,94 Mio. kWh (Vorjahr: 14,82 Mio. kWh). Die Umsatzerlöse aus Stromverkauf stiegen auf 1.217 T€ (Vorjahr: 1.093 T€). Die Umsatzrentabilität lag im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 34,7 %.

Betriebsführungen

Wie in den Vorjahren hat die enwor auch in 2015 die Betriebsführungen für die Gesellschaften WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH sowie für die enwor – wärme vor ort GmbH durchgeführt. Mit Umsatzerlösen von 6,6 Mio. € wurde auf Ebene der enwor der Vorjahreswert deutlich übertroffen. Auf Konzernebene findet eine Aufwands-/Ertragskonsolidierung statt.

Finanzlage

Auch im Geschäftsjahr 2015 hat die enwor knapp 9,8 Mio. € in den Erhalt und die Erweiterung ihrer Leitungsnetze, Hausanschlüsse sowie Zähler und Messeinrichtungen investiert. Die bereits seit Jahren praktizierte hohe Investitionsrate hält das technische Anlagevermögen der enwor auf aktuellem Stand und gewährleistet unseren Kunden ein hohes Maß an Versorgungssicherheit. Die vorstehend genannten Investitionen konnten nahzu vollständig im Rahmen der Innenfinanzierung aus Abschreibungen finanziert werden. Wie bereits in den Vorjahren hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Investitionstätigkeit in Finanzanlagen weiter zugenommen. In diesem Bereich der Beteiligungsgesellschaften werden quasi mittelbar Investitionen abgewickelt, schwerpunktmäßig im Bereich der regenerativen Energieerzeugungsanlagen. Unser Engagement in Finanzanlagen stieg im Geschäftsjahr 2015 deutlich um fast 3,9 Mio. €. Darüber hinaus bestehen ein Darlehen an die Trianel Windkraft Borkum GmbH & Co.KG, welches zum Stichtag einen Stand wie im Vorjahr von 3.925 T€ hatte, sowie ein Darlehen an die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG über 828 T€. Die Zahlungsfähigkeit der enwor war zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Finanzlage WAG

Der Investitionsplan 2015 wies ein Volumen von 2.770 T€ auf. Hiervon wurden im Geschäftsjahr Grundstückskäufe, Baumaßnahmen, Maschinen und Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 1.905 T€ realisiert, wovon 1.009 T€ als Investitionen aktiviert wurden. 806 T€ wurden als Anlagen im Bau verbucht. Abgeschlossen wurde das Projekt zur energetischen Sanierung der Filterstufe I. Weiterhin wurde ein dynamischer Mischer im Ablauf der Filterstufe II eingebaut. Die Anlagen im Bau betreffen im Wesentlichen den Bodenfilter Erlenweg in Monschau, der voraussichtlich Anfang 2016 fertiggestellt wird sowie die Zu und Abluftanlage der

sanierten Filterstufe I. Die Liquidität der WAG war während des gesamten Geschäftsjahres ausreichend gegeben.

Finanzlage enwor – wärme

Die Investitionen im Geschäftsjahr beliefen sich auf 91 T€. Sie umfassten im Wesentlichen Rohrnetzerweiterungsmaßnahmen sowie die Errichtung einer neuen Wärmeübergabestation im Fernwärmenetz Kohlscheid. Die Eigenkapitalquote der enwor – wärme beträgt 74,5 %. Nach der Tilgung des letzten Darlehens im Geschäftsjahr wird die enwor – wärme nunmehr ausschließlich über die Muttergesellschaft enwor – energie finanziert, was eine ausreichende Liquidität der enwor – wärme während des gesamten Geschäftsjahres gewährleistet.

Vermögenslage

Vermögenslage des Konzerns

Das Anlagevermögen beträgt 169.374 T€ (Vorjahr 165.929 T€) und ist zu 33,2 % durch betriebswirtschaftliches Eigenkapital gedeckt. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 91,12 %. Das Umlaufvermögen in Höhe von 15.763 T€ besteht im Wesentlichen aus einem Teilbetrag von 1.332 T€ aus Guthaben bei Kreditinstituten und einem Teilbetrag von 13.141 T€ aus Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen. Die Passivseite setzt sich neben dem Eigenkapital in Höhe von 43.765 T€ (Vorjahr 43.438 T€) schwerpunktmäßig aus Pensionsrückstellungen (58.676 T€, Vorjahr 53.387 T€), sonstigen Rückstellungen (11.874 T€, Vorjahr 11.792 T€), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (3.195 T€, Vorjahr 4.295 T€) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zusammen (43.792 T€, Vorjahr 45.591 T€). Die betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote des Konzerns blieb bei 30,3 % wodurch sich rechnerisch eine Fremdkapitalquote stichtagsbezogen zum 31.12.2015 von 69,7 % ergibt. Das Eigen- und langfristige Fremdkapital macht einen Anteil von 83,7 % am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne aus und deckt damit das Anlagevermögen zu 91,9 % ab.

Vermögenslage der enwor

Das Anlagevermögen beträgt 157.886 T€ (Vorjahr 153.406 T€) und ist zu 33,4 % durch betriebswirtschaftliches Eigenkapital gedeckt. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 91,6 % (Vorjahr: 89,8 %). Das Umlaufvermögen in Höhe von 14.236 T€ (Vorjahr: 16.830 T€) besteht im Wesentlichen aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 44.021 T€ (Vorjahr: 56.476 T€) abzüglich erhaltenen Anzahlungen in Höhe von 36.357 T€ (Vorjahr: 46.376 T€) sowie sonstigen Vermögensgegenständen von 2.062 T€ (Vorjahr: 2.890 T€) und Vorräten in Höhe von 1.254 T€ (Vorjahr: 1.305 T€). Die Passivseite setzt sich neben dem Eigenkapital in Höhe von 42.609 T€ (Vorjahr: 42.559 T€) schwerpunktmäßig aus Pensionsrückstellungen (58.676 T€, Vorjahr 53.387 T€), sonstigen Rückstellungen (11.558 T€, Vorjahr 11.510 T€), sonstige Verbindlichkeiten (4.963 T€ Vorjahr 7.566 T€) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zusammen (33.504 T€, Vorjahr 34.566 T€). Die betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote der enwor veränderte sich kaum von 30,9 % im Vorjahr auf nunmehr 30,6 % wodurch sich rechnerisch eine Fremdkapitalquote stichtagsbezogen zum 31.12.2015 von 69,4 % ergibt. Das Eigen- und langfristige Fremdkapital

macht einen Anteil von 87,4 % am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne aus und deckt damit das Anlagevermögen zu 95,4 % ab.

Die Vermögenslage der WAG

Da der Werteverzehr größer war als der Anlagenzuwachs, sank der Wert des Anlagevermögens um 1.521 T€. Die Abschreibungen wurden genutzt, um die langfristigen Kredite zu bedienen. Somit sanken die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 1.474 T€ auf 20.576 T€. Infolge dieser Vermögensveränderungen sank die Bilanzsumme um 817 T€ auf 40.445 T€. Weiterhin stieg das Eigenkapital unter Einbeziehung des Sonderpostenanteils um 424 T€ auf 18.353 T€. Die Eigenkapitalreduktion war das Ergebnis aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse von 131 T€, die Erhöhung der Gewinnvorträge um 149 T€ sowie des höheren Jahresüberschusses von 406 T€. Diese Effekte führten zu der positiven Veränderung der Eigenkapitalquote um 2 % auf 45,4 %.

Nachtragsbericht – Besondere Vorgänge von wesentlicher Bedeutung

Besondere Vorgänge von wesentlicher Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres 2015 nicht aufgetreten.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Die bereits im Geschäftsjahr 2012 vom Aufsichtsrat der enwor beschlossene Ausweitung des Erzeugungsportfolios im Bereich regenerativer Stromerzeugung wurde auch im Geschäftsjahr 2015 weiter erfolgreich umgesetzt. In unserem Beteiligungsunternehmen TOW wurde im Geschäftsjahr 2015 der Wipdpark Rabenau und der Windpark Bendorf in Betrieb genommen, in unserer Beteiligungsgesellschaft TEE konnte noch im Dezember 2015 der Solarpark Pritzen seine Innigkeit aufnehmen. Auch im Investitionsplan des Jahres 2016 sind wiederum Mittel in Höhe von 2,5 Mio. € für den weiteren Ausbau des regenerativen Erzeugungsportfolios vorgesehen. Weiterhin äußerst schwierig ist die Situation bei der konventionellen Energieerzeugung, konkret unser Engagement beim Kohlekraftwerk in Lünen und beim GuD Kraftwerk in Hamm. Während die umfassende Restrukturierung des GuD-Kraftwerkes in Hamm mittelfristig keine weiteren Verluste aus dem laufenden Betrieb für enwor erwarten lässt, sieht die Situation beim Kohlekraftwerk in Lünen dramatisch aus. Der weitere Strompreisverfall an der Börse auf ein Niveau von ca. 20 €/MWh für Forward-Base-Produkte nähert sich besorgniserregend den variablen Produktionskosten dieses Kraftwerkes. Auch die Hoffnung der Branche auf die Einführung eines Kapazitätsmarktes, der die gesicherte Bereithaltung von Leistung honoriert, hat sich nicht erfüllt. Das zwischenzeitlich überarbeitete Strommarktgesetz sieht keine entsprechenden Regelungen vor. Daher war enwor gefordert, den sinkenden Deckungsbeiträgen folgend die Vorsorge durch Drohverlustrückstellungen weiter zu erhöhen. Von einer sehr positiven Entwicklung ist derzeit der Ausbau der Telekommunikationsnetze gekennzeichnet. Die im Geschäftsjahr 2014 getroffene Entscheidung zum flächendeckenden Ausbau ganzer Kommunen mit Glasfasernetzen entwickelt sich derzeit zu einem Erfolgsmodell für enwor. Nach Abschluss entsprechender Maßnahmen im Sommer 2015 in Würselen wurde nahtlos mit dem Netzausbau in Alsdorf im Herbst 2015 begonnen und Anfang des Jahres 2016 konnten weitere Erschließungsverträge für das Stadtgebiet Baesweiler abgeschlossen werden,

die weitere Investitionen bis in das Geschäftsjahr 2017 hinein vorsehen. Außerordentliche Belastungen musste enwor im Geschäftsjahr 2015 erneut durch die drastische Erhöhung der Pensionsrückstellungen verkraften. Für die Bewertung von Rückstellungen aus Altersversorgungsverpflichtungen wird der handelsrechtliche Diskontierungssatz zum Bilanzstichtag als 7-Jahres-Durchschnittswert ermittelt. Die früheren, zinsstarken Jahre sind heute bei der Durchschnittsbildung herausgefallen, was zu einem weiteren Absinken des in Ansatz zu bringenden Rechnungszinses führt. Durch die daraus resultierenden erhöhten Zuführungen zur Pensionsrückstellung wird das handelsrechtliche Ergebnis des Unternehmens unmittelbar negativ beeinflusst. Das Risiko ist bei einer weiter anhaltenden Niedrigzinsphase durch enwor selbst nicht beeinflussbar, sodass mit weiteren Belastungen aus der Rückstellungszuführung zu rechnen ist. Im Frühjahr 2016 hat die Bundesregierung eine Gesetzesänderung beschlossen, die zukünftig auf eine 10-Jahres-Durchschnittswertbildung bei der Zinsberechnung abstellt. In wieweit sich dies für 2016 und darüber hinaus mittelfristig für enwor auswirken wird, bleibt einer detaillierten Prüfung vorbehalten, wenn das Gesetzesvorhaben abgeschlossen und in Kraft getreten ist. Die weitere Entwicklung der enwor wird maßgeblich von dem Ergebnis wichtiger Vertragsverhandlungen sowie Vergabeentscheidungen abhängen. So ist der mit der Stadt Übach-Palenberg bestehende Wasser-Konzessionsvertrag mit Wirkung zum 30.06.2016 gekündigt und ebenfalls die mit der Stadt Herzogenrath bestehenden Konzessionsverträge für Strom und Gas enden zum 30.06.2017. enwor hat sich intensiv bereits seit 2014 auf diese Konzessionsverfahren vorbereitet. Dje entsprechenden Entscheidungen der Kommunen werden für Sommer 2016 erwartet. Der mit der WAG abgeschlossene Pachtvertrag endet zum 31.12.2017. Auch hier hat die enwor bereits im Januar 2014 eine Arbeitsgruppe mit externer Expertenunterstützung eingesetzt, um verschiedene Modelle der zukünftigen Zusammenarbeit zu entwickeln. Gemeinsam mit der Geschäftsführung der WAG sowie deren Gesellschaftern STAWAG und enwor ist eine Arbeitsgruppe seit Sojnmer 2015 ins Leben gerufen, um diese Modelle zu konkretisieren und belastbar betriebswirtschaftlich zu bewerten. Es besteht Einigkeit, bis Ende des Geschäftsjahres 2016 über die wesentlichen Elemente der zukünftigen Gestaltung der gemeinsamen Wassergewinnung - und Aufbereitung Einvernehmen zu erzielen. Für das laufende Geschäftsjahr 2016 gehen wir für die Einzelunternehmen und den Konzern von Ergebnissen auf dem Niveau des Jahres 2015 aus.

<u>WAG</u>

Der Wasserabsatz stieg in den letzten Jahren von 32,5 Mio. m³ in 2010 auf 35,5 Mio. m³ in 2015. Zu diesem Anstieg haben vor allem die Stadtwerke Düren beigetragen, die erstmalig in 2014 das ganze Jahr über Trinkwasser von der WAG bezogen haben. Die Geschäftsführung geht in ihrer Planung allerdings davon aus, dass der hohe Trinkwasserabsatz von 35,5 Mio. m³ in 2015 im Geschäftsjahr 2016 auf ein normales Maß in Höhe von 1,4 Mio. m³ Trinkwasserabsatz zurückgehen wird. Im Wasserrechtsverfahren Obersee konnte mit der Bezirksregierung Köln im Dezember 2015 noch eine Einigung über eine langfristige Bewilligung zur Entnahme von Rohwasser erzielt werden. Die Bezirksregierung Köln wird daher Ende Februar 2016 die erwünschte 20-jährige Bewilligung zur Wasserentnahme erteilen. Das Recht zur Entnahme von Wasser aus der Wehebachtalsperre ist bis zum 31.12.2016 befristet. Der Antrag zur Erteilung eines neuen Wasserrechtes ist zurzeit in Arbeit und wird der Bezirksregierung Köln im Frühjahr eingereicht werden.

enwor wärme

Im laufenden Geschäftsjahr 2016 erwartet die enwor – wärme vor ort GmbH eine Wärmeabgabe von 16,6 Mio. kWh und eine Stromverkaufsmenge von 15,3 Mio. kWh, wobei sich der erwartete Rückgang in der Wärmeabgabe im Wesentlichen durch die Außerbetriebnahme der Schwimmhalle Zellerstraße ergibt. Das Betriebsergebnis und das Jahresergebnis vor Abführung 2016 werden entsprechend den Planwerten erwartet. Die Lage des Unternehmens und die Zukunftsaussichten werden somit positiv bewertet. Für das Jahr 2016 sind Investitionen von 185 T€ geplant. Hiervon stehen 105 T€ für Maschinen, technische Anlagen und Wärmetauscher, 50 T€ für Contracting-Anlagen sowie 30 T€ für Netzerweiterungen zur Verfügung. Der Anteil der Finanzierung, der nicht bereits durch Abschreibungen gedeckt ist, wird durch die Betriebsführerin gewährleistet.

Risikomanagement

Zur Abschätzung und Begrenzung von Risiken wird bereits seit dem Jahre 2007 ein jährlicher Risikomanagementbericht für die enwor – energie &<wasser vor ort GmbH erstellt, in das auch die betriebsgeführte WAG Nordeifel mbH unCdie enwor – wärme vor ort GmbH mit einbezogen sind. Hierzu werden festgelegte Risiken von den jeweils verantwortlichen Mitarbeitern quartalsweise bewertet und softwareunterstützt ausgewertet. Der Risikobericht wird dem Aufsichtsrat ebenfalls zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Herzogenrath, den 31. März 2016
enwor – energie & wasser vor ort GmbH
Die Geschäftsführung
Dipl. Kfm. Herbert Pagel Dipl. Ing. Reinhold Hüls

Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Die Gesellschaft führt die überörtliche Wassergewinnung, Wasserbeschaffung, den Wassertransport und die Wasseraufbereitung aus der Rur-Schiene sowie nach deren Übernahme auch aus der Wehebachtalsperre für die Gesellschafter durch. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die geeignet sind, dem Gesellschaftszweck zu dienen.

Die WAG betreibt an den beiden Standorten Dreilägerbachtalsperre in Roetgen und Wehebachtalsperre in Stolberg Schevenhütte Trinkwasseraufbereitungsanlagen für ihre Gesellschafter enwor und STAWAG. Weiterhin beliefert sie die WML Waterleiding Maatschappij Limburg in den Niederlanden, den Perlenbachverband und die Stadtwerke Düren mit Trinkwasser.

Öffentliche Zwecksetzung

Gemäß § 50 WHG ist die der Allgemeinheit dienende Wasserversorgung (öffentliche Wasserversorgung) eine Aufgabe der Daseinsvorsorge.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Die Bestellung erfolgt durch die Gesellschafterversammlung. Umfang und Verteilung der Aufgaben bestimmen sich im Einzelnen nach einer vom Aufsichtsrat zu erlassenden Geschäftsordnung. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 14 stimmberechtigten und sechs beratenden Mitgliedern. Stimmberechtigte Mitglieder sind: Der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, der Oberbürgermeister der Stadt Aachen, ein Geschäftsführer der enwor, ein Vorstandsmitglied der STAWAG, je 5 vom Städteregionstag vorgeschlagene und von enwor entsandte Vertreter sowie vom Rat der Stadt Aachen vorgeschlagene und von der STAWAG entsandte Vertreter. Beratende Mitglieder sind: Ein vom Städteregionsrat der StädteRegion Aachen zu bestimmender Fachbeamter der StädteRegion, ein vom Oberbürgermeister der Stadt Aachen zu bestimmender Fachbeamter der Stadt, der Technische Betriebsleiter des enwor, der Technischer Betriebsleiter der STAWAG, der Betriebsratsvorsitzende der enwor, der Betriebsratsvorsitzende der STAWAG.



Neben den stimmberechtigten und den beratenden Mitgliedern des Aufsichtsrats kann zugleich für ein jedes Mitglied ein stellvertretendes Mitglied durch die vorschlagende bzw. bestimmende Stelle benannt werden. Die Stellvertreter haben ein Teilnahmerecht an den Sitzungen des Aufsichtsrates nur, wenn die ordentlichen Mitglieder selbst nicht anwesend sind.

Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, sein Vertreter ist der Oberbürgermeister der Stadt Aachen.

Gesellschafterversammlung:

In der Gesellschafterversammlung werden die STAWAG durch den Oberbürgermeister der Stadt Aachen und durch ein Vorstandsmitglied, die enwor durch den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen und durch einen Geschäftsführer vertreten. Die Stimmen jedes Gesellschafters dürfen nur einheitlich abgegeben werden.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dipl.-Ing. Walter Dautzenberg	
	Dipl.-Kfm. Johannes Grote	
Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:		
Vorsitzender:	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Stimmberechtigte Mitglieder:	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied
	Axel Wirtz	Städteregionstagsmitglied
	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied
	Heiner Berlipp	Städteregionstagsmitglied
	Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
Beratendes Mitglied:	Uwe Zink	Dezernent StädteRegion

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52159 Roetgen
gezeichnetes Kapital:	1.100.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
STAWAG	550.000	50
enwor	550.000	50
	1.100.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	40.196.390	37.238.378	35.717.707
I. Imm. Vermögensgegenst.			5.415.654
II. Sachanlagen			30.252.053
III. Finanzanlagen			50.000
B. Umlaufvermögen	4.323.773	3.627.826	4.390.393
I. Vorräte			41.468
II. Forderungen/sonst. VG			2.538.930
III. Kassenbestand, Guthaben			1.809.995
C. Rechnungsabgrenzungsposten	416.426	395.245	336.496
Bilanzsumme Aktiva	**44.936.589**	**41.261.449**	**40.444.596**
A. Eigenkapital	15.488.940	15.638.310	16.193.441
I. Gezeichnetes Kapital	1.100.000	1.100.000	1.100.000
II. Kapitalrücklage	12.322.134	12.322.134	12.322.134
III. Gewinnvortrag	1.024.721	1.066.806	1.216.176
IV. Jahresüberschuss	1.042.085	1.149.370	1.555.131
B. SoPo Investitionszuschüsse	2.446.932	2.290.896	2.159.916
C. Rückstellungen	605.828	554.281	826.515
D. Verbindlichkeiten	26.394.889	22.777.962	21.264.723
Bilanzsumme Passiva	**44.936.589**	**41.261.449**	**40.444.596**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Umsatzerlöse	25.771.848	26.717.661	27.064.106
Betriebsergebnis	2.935.670	2.777.098	3.280.709
Finanzergebnis	-1.201.942	-994.683	-818.872
gewöhnliches Geschäftsergebnis	1.733.728	1.782.415	2.461.837
Jahresüberschuss nach Steuern	**1.042.085**	**1.149.370**	**1.555.131**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen	betriebsgeführt durch Mitarbeiter der enwor		

Leistungskennziffern	2013 in m³	2014 in m³	2015 in m³
Entnahme:			
Dreilägerbachtalsperre	5.697.834	3.839.789	4.406.855
Kalltalsperre	12.831.516	10.257.701	12.433.010
Obersee	6.994.300	15.370.000	12.135.623
Wehebachtalsperre	9.691.020	6.858.550	7.723.860
Summe Entnahme	**35.214.670**	**36.326.040**	**36.699.348**
Abgabe:			
enwor	13.293.820	13.398.364	13.606.791
STAWAG	12.975.940	13.272.909	13.559.687
WML	4.831.130	5.180.451	5.134.471
Perlenbach	230	300	302
SWD	2.922.370	3.377.536	3.226.407
Summe Abgabe	**34.023.490**	**35.229.560**	**35.527.658**
Spülwasserverluste:	**1.191.180**	**1.096.480**	**1.171.690**
in % von Entnahme	3,38	3,02	3,19

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist an der WAG über die enwor GmbH mittelbar beteiligt. Zwischen der WAG und der enwor GmbH besteht ein Betriebsführungsvertrag, darüber hinaus ein Wasserlieferungsvertrag sowie ein Netznutzungsvertrag.

Lagebericht der Gesellschaft

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Laut der letzten bdew – Studie (2013) ist die Wasserabgabe der öffentlichen Wasserversorgung an Verbraucher im Zeitraum von 1990 bis 2011 um 26 % zurückgegangen und beträgt heute insgesamt 4,4 Milliarden Kubikmeter pro Jahr. Zu diesem sinkenden Wasserverbrauch haben im Wesentlichen der bewusstere Umgang der Bevölkerung mit Trinkwasser und der Einsatz wassersparender Technik im Haushalt und in der Industrie beigetragen. Der spezifische Verbrauch pro Einwohner und Tag liegt derzeit bei 121 Litern.

Geschäftsverlauf

Das Absatzvolumen der WAG konnte trotz des hohen Niveaus des Vorjahres im Berichtsjahr 2015 nochmals gesteigert werden. Insgesamt wurden 35,5 Mio. m3 Trinkwasser (Vorjahr 35,2 Mio. m³) an die Wasserversorgungsunternehmen geliefert. Ursache der Absatzsteigerung waren höhere Trinkwasserlieferungen an die beiden Gesellschafter enwor und STAWAG. Der Absatz an enwor stieg im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Mio. m³ (+ 1,6 %), der an STAWAG um fast 0,3 Mio. m³ (+ 2,2 %). Der Absatz an WML in die benachbarten Niederlande fiel dagegen leicht um 0,05 Mio. m³. Am stärksten verringerte sich der Absatz an SWD mit minus 0,15 Mio. m³ (- 4,5 %).Auch der Planansatz in Höhe von 34,3 Mio. m³ wurde somit deutlich übertroffen. Das abgegebene Wasser entsprach jederzeit den Vorgaben der Trinkwasserverordnung.

Ertragslage

Das Jahresergebnis der WAG verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 406 T€ auf 1.555 T€. Der Überschuss vor Steuern erzielte 2.462 T€. Damit konnte das hohe Ergebnisniveau des Vorjahres (1.782 T€) nochmals um 679 T€ übertroffen werden. Dieses positive Ergebnis resultierte aus einer Ertragssteigerung in Höhe von 504 T€ bei vergleichbaren betrieblichen Aufwendungen zum Vorjahr sowie einem verbesserten Finanzergebnis mit geringeren Fremdkapitalzinsen (+ 176 T€). Die Umsatzerlöse des Jahres 2015 erreichten 27.064 T€ und lagen damit um 346 T€ über dem Vorjahreswert. Sie setzen sich zusammen aus Erlösen aus dem Trinkwasserverkauf in Höhe von 26.984 T€ (Vorjahr 26.637 T€), die in Höhe von 1.775 T€ (Vorjahr 1.761 T€) Einnahmen aus der Weiterberechnung des Wasserentnahmeentgelts (WEE) enthalten. Zusätzlich konnten Erlöse aus der Stromeinspeisung in Höhe von 80 T€ (Vorjahr 81 T€) erzielt werden. Ursache der Umsatzsteigerung aus dem Trinkwasserverkauf ist im Wesentlichen die höhere Abgabe an die Gesellschafter enwor und STAWAG (siehe Punkt 2). Der aus den sonstigen betrieblichen Erträgen resultierende Ergebnisanteil entsprach mit 569 T€ den Erwartungen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg dieser um 10 T€. Dabei fielen die periodenfremden Erträge gegenüber dem Vorjahr um 40 T€, was jedoch durch höhere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (+ 21 T€), höhere Erträge aus der Auflösung eines Sonderpostens (+ 8 T€) und höhere sonstige Einnahmen ausgeglichen wurde. Die sonstigen Einnahmen beinhalten vor allem Einnahmen aus den Holzverkäufen. Die Materialaufwendungen lagen insgesamt mit 19,6 Mio. € um 122 T€ unter dem Vorjahresniveau. Einsparungen konnten vor allem im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe durch geringere Energiekosten erzielt werden. Die Aufwendungen für Strom gingen um 340 T€ zurück. Durch den regenarmen Sommer 2014 hatte sich der Pumpaufwand für die Entnahme von Rohwasser aus dem Obersee der Rurtalsperre in 2014 stark erhöht. Im Jahre 2015 normalisierte sich dieser Pumpaufwand wieder. Dagegen stiegen die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 202 T€ auf 18,3 Mio. €. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem Betriebsführungs- aufwand sowie der Mitarbeiterüberlassung der enwor, die sich insgesamt von 5.943 T€ auf 6.229 T€ erhöhten, was einer Kostensteigerung um 4,8 % entspricht. Wesentliche Kostentreiber dabei waren die Tariferhöhungen für Mitarbeiter und die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen. Weiterhin erhöhten sich die an den WVER zu leistenden Beiträge wegen einer drohenden Beitragsrückerstattung um 85 T€. Dagegen konnten die Fremdleistungen zur Unterhaltung der Anlagen um 164 T€ gesenkt werden. Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich auf 21 T€. Die Abschreibungen auf

Sachanlagen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 97 T€, während die Abschreibung für immaterielle Wirtschaftsgüter durch die Fertigstellung des Bodenfilters Wiesengrund in Monschau Höfen um 16 T€ an- stieg. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Gebühren, Beratungs- und Prüfungskosten, Versicherungsaufwendungen und Verluste aus Anlagenabgängen sowie Instandhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen für Betriebsgebäude, die auch Lohnkosten von enwor-Mitarbeitern beinhalten. Insgesamt belaufen sich diese Instandhaltungskosten auf 786 T€. Darin sind Aufwendungen für die energetische Sanierung des Gebäudes der Filterstufe 1 enthalten, welches im Berichtsjahr fertiggestellt wurde. Weiterhin stiegen die Aufwendungen für Gutachter- und Beratungsleistungen um 63 T€ während die periodenfremden Aufwendungen um 87 T€ geringer ausfielen. Die Letzteren enthielten im Vorjahr eine Nachberechnung der enwor für Betriebsführungsaufwendungen aus 2013. Insgesamt stiegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 57 T€ auf 1.318 TC Das durch die Finanzkrise gesunkene Zinsniveau sowie der geringe Bestand an liquiden Mitteln führten zu einem geringen Zinsertrag. Da auch der Darlehensbestand weiterhin reduziert werden konnte, verbesserte sich das Finanzergebnis gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 176 T€ auf - 819 T€. Aufgrund der dargestellten positiven wirtschaftlichen Entwicklung schließt das Geschäftsjahr 2015 mit einem deutlich höheren Jahresüberschuss nach Steuern von 1.555 T€ gegenüber dem Vorjahr (1.149 T€).

Finanzlage

Es gab keine nennenswerten Veränderungen in der Kapitalstruktur im Vergleich zum Vorjahr.
Der Investitionspian 2015 wies ein Volumen von 2.770 T€ auf. Hiervon wurden im Geschäftsjahr Grundstückskäufe, Baumaßnahmen, Maschinen und Anlagen sowie Betriebs und Geschäftsaus- stattung in Höhe von 1.905 T€ realisiert, wovon 1.009 T€ als Investitionen aktiviert wurden. 896 T€ wurden als Anlagen im Bau verbucht. Abgeschlossen wurde das Projekt zur energetischen Sanierung der Filterstufe I. Weiterhin wurde ein dynamischer Mischer im Ablauf der Filterstufe II eingebaut. Die Anlagen im Bau betreffen im Wesentlichen den Bodenfilter Erlenweg in Monschau, der voraussichtlich Anfang 2016 fertiggestellt wird sowie die Zuund Abluftanlage der sanierten Filterstufe I.
Die Liquidität der WAG war während des gesamten Geschäftsjahres ausreichend gegeben. Mitte des Jahres 2015 wurde ein Festzinssatzdarlehen in Höhe von 2 Mio. € mit einer Laufzeit von zehn Jahren zur langfristigen Finanzierung bereits durchgeführter Investitionen aufgenommen. Mit diesem Darlehen sowie dem aus der ordentlichen Geschäftstätigkeit erwirtschafteten Finanzvermögen von 5.925 T€, konnte der Zuwachs des Nettoanlagevermögens (abzgl. der Investitionszuschüsse) in Höhe von 1.740 T€, die Zins- und Tilgungsleistungen für langfristige Darlehen von insgesamt 4.278 T€ sowie die Ergebnisausschüttung an die Gesellschafter von 1.000 T€ finanziert werden. Zum Jahresende betrug der Finanzmittelbestand 1.810 T€.

Vermögenslage

Eine wesentliche Veränderung der Vermögenslage hat nicht stattgefunden.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Da der Werteverzehr größer war als der Anlagenzuwachs, sank der Wert des Anlagevermögens um 1.521 T€. Die Abschreibungen wurden genutzt-, um die langfristigen Kredite zu bedienen. Somit sanken die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten trotz Aufnahme eines Darlehens von 2 Mio. € um 1,5 Mio. € auf 20,6 Mio. €. Infolge dieser Vermögensveränderungen reduzierte sich die Bilanzsumme um 817 T€ auf 40,4 Mio. €. Weiterhin stieg das Eigenkapital aufgrund der Erhöhung der Gewinnvorträge um 555 T€ auf 16,2 Mio. €. Beide Effekte, die Reduktion der Bilanzsumme und die Steigerung des Eigenkapitals führten zu der positiven Veränderung der Eigenkapitalquote um 2,1 % auf 40,0 %.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Prognosebericht

Die Entwicklung des Wasserabsatzes in den letzten sechs Jahren ist sehr positiv verlaufen. So stieg der Absatz von 32,5 Mio. m³ in 2010 auf 35,5 Mio. m³ in 2015. Zu diesem Anstieg haben vor allem die Stadtwerke Düren beigetragen, die erstmalig in 2014 das ganze Jahr über Trinkwasser von der WAG bezogen haben. Die Geschäftsführung geht in ihrer Planung allerdings davon aus, dass der hohe Trinkwasserabsatz von 35,5 Mio. m³ in 2015 im Geschäftsjahr 2016 auf ein normales Maß in Höhe von 34,4 Mio. m³ Trinkwasserabsatz zurückgehen wird. Dies entspricht einem Absatzrückgang gegenüber dem Vorjahr von ca. 3,0 %. Aufgrund dessen werden die Umsatzerlöse um ca. 0,7 Mio. € auf 26,3 Mio. € sinken. Durch den anstehenden Tausch erster Membranfilterelemente in der Trinkwasser- aufbereitungsanlage in Roetgen sinkt der Rohertrag jedoch stärker als der Umsatzrückgang und wird voraussichtlich 6,5 Mio. € erreichen (Vorjahr 7,5 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden in 2016 voraussichtlich geringer ausfallen als im Geschäftsjahr 2015. Da die energetische Sanierung des Gebäudes der Filterstufe I abgeschlossen ist, sinken die Kosten für Instandhaltung der Betriebsgebäude gegenüber dem Vorjahr um ca. 0,6 Mio. €. Allerdings werden für die Verhandlungen zur Übernahme der bisher von der enwor durch Pachtvertrag zur Verfügung gestellten Trinkwassertalsperren und der Aufbereitungsanlage an der Wehebachtalsperre Beratungsleistungen erforderlich, die mit rund 100 T€ eingeplant wurden. Somit wird ein Betriebsergebnis für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 3 Mio. € erwartet, welches um 10 % unter dem des Vorjahres liegt. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses auf Vorjahresniveau von minus 0,8 Mio. € sowie einem Steueraufwand von voraussichtlich 0,8 Mio. € wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 1,4 Mio. € erwartet (Vorjahr 1,6 Mio. €).Im Wasserrechtsverfahren Obersee konnte mit der Bezirksregierung Köln im Dezember 2015 noch eine Einigung über eine langfristige Bewilligung zur Entnahme von Rohwasser erzielt werden. Die Bezirksregierung Köln wird daher Ende Februar 2016 die erwünschte 20-jährige Bewilligung zur Wasserentnahme erteilen. Die Festsetzung des Wasserschutzgebietes an der Wehebachtalsperre lief zum 31.12.2015aus. Die Bezirksregierung Köln hat das Verfahren zur Neufestsetzung eines Wasserschutzgebietes angestoßen. Zur Überbrückung wurde die alte Festsetzung um drei Jahre verlängert. Das Recht zur Entnahme von Wasser aus der Wehebachtalsperre ist bis zum 31.12.2016befristet. Der Antrag zur Erteilung eines

neuen Wasserrechtes ist zurzeit in Arbeit und wird der Bezirksregierung Köln im Frühjahr eingereicht werden.

Risikobericht

Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (Kon-TraG) hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem einzurichten, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Die WAG ist deshalb in das Risikomanagementsystem der Betriebsführerin enwor eingebunden. Im Geschäftsjahr 2015 hat die Geschäftsführung mit Unterstützung der enwor 22 Risiken identifiziert, die regelmäßig einer Betrachtung unterzogen werden. Diese wurden strukturiert und nach Risikoursachen einem Risikoverantwortlichen zugeteilt. Im Wesentlichen werden drei unterschiedliche Risikoursachen beobachtet:

- wirtschaftliche Risiken
  z. B. Preisentwicklung bei Energie und Zusatzstoffen
- administrative Risiken
  z. B. Wasserentnahmerechte und Wasserschutzgebiete
- elementare Risiken
  z. B. Hochwasser, Erdbeben

Der Risikobericht für das Geschäftsjahr 2015 kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Risikolandschaft im Berichtszeitraum nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr verändert hat und sich aus heutiger Sicht keine den Fortbestand gefährdenden Risiken abzeichnen. Insgesamt sieht die Geschäftsführung unverändert keine aktuellen technischen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Risiken, die eine Änderung der Geschäftspolitik erforderlich machen. Die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Gesellschaft ist gegeben.

Roetgen, 11. März 2016
-Die Geschäftsführung-

Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau des Verkehrslandeplatzes und des Segelfluggeländes Aachen-Merzbrück. Der Flugplatz dient der Allgemeinen Luftfahrt und Luftfahrzeugen bis 5,7 to Höchstabfluggewicht. Er steht ferner der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und der Fachhochschule Aachen für wissenschaftliche und Forschungszwecke zur Verfügung. Beim Betrieb und beim Ausbau des Flugplatzes sind die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die "Verordnung über die zeitliche Einschränkung des Flugbetriebes mit Leichtflugzeugen und Motorseglern an Landeplätzen" vom 05.01.1999 (BGBl. I S. 3) zu beachten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Der Geschäftsführer wird von der Gesellschafterversammlung bestellt.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, dessen Mitglieder von den Gesellschaftern wie folgt entsandt werden:

Stadt Aachen	2 Mitglieder
Stadt Eschweiler	2 Mitglieder
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	2 Mitglieder
Fluggemeinschaft Aachen	1 Mitglied
StädteRegion Aachen	1 Mitglied

Für jedes Aufsichtsratsmitglied ist von dem entsendenden Gesellschafter ein Vertreter zu bestimmen. Die von den Gesellschaftern entsandten Mitglieder können von dem Gesellschafter, der sie entsandt hat, jeder Zeit abberufen und durch andere Personen ersetzt werden. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates soll der jeweilige Bürgermeister der Stadt Würselen gewählt werden, zum stellvertretenden Vorsitzenden soll eines der beiden Aufsichtsratsmitglieder der Stadt Aachen gewählt werden.

Gesellschafterversammlung:

Der Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung wird durch den Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Uwe Zink	
Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung:		
	Josefine Lohmann	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Christoph Simon	sachkundiger Bürger

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52146 Würselen
gezeichnetes Kapital:	57.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.535,44	14,97
Stadt Aachen	14.255,52	25,01
Stadt Eschweiler	14.255,52	25,01
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	14.255,52	25,01
FGA e.V.	5.698,00	10,00
	57.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	1.685.219	1.679.427	1.674.154
I. Imm. Vermögensgegenst.		3.621	3.526
II. Sachanlagen		1.675.806	1.670.628
B. Umlaufvermögen	404.691	454.069	497.503
I. Vorräte		1.148	1.112
II. Forderungen / sonst. VG		92.411	78.856
III. Kassenbestand, Guthaben		360.510	417.535
Bilanzsumme Aktiva	**2.089.910**	**2.133.496**	**2.171.657**
A. Eigenkapital	337.855	439.249	559.930
I. Gezeichnetes Kapital	57.000	57.000	57.000
II. Kapitalrücklage	156.002	200.210	246.304
III. Gewinn-/Verlustvortrag	78.345	124.853	182.038
IV. Jahresüberschuss	46.507	57.186	74.588
B. Rückstellungen	33.412	34.072	32.452
C. Verbindlichkeiten	1.684.142	1.630.463	1.550.961
D. Rechnungsabgrenzungsposten	34.501	29.712	28.314
Bilanzsumme Passiva	**2.089.910**	**2.133.496**	**2.171.657**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 - in € -	2014 - in € -	2015 - in € -
Umsatzerlöse	229.306	271.769	262.128
Betriebsergebnis	12.145	22.729	39.920
Finanzergebnis	-67.194	-65.332	-63.246
gewöhnliches Geschäftsergebnis	-55.049	-42.603	-23.326
Erträge aus Gesellschafterzuschüssen	**101.859**	**100.091**	**98.216**
Jahresüberschuss nach Steuern	**46.507**	**57.186**	**74.588**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen	15	14	15

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2013 in %	2014 in %	2015 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	80,64	78,72	77,09
Eigenkapitalquote	16,17	20,59	25,77
Anlagendeckungsgrad I	20,05	26,15	33,45
Liquidität 1. Grades	381,68	402,77	431,37

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

An der von der Gesellschafterversammlung beschlossenen Ergebnisverwendung bzw. Verlustabdeckung ist die StädteRegion Aachen entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital beteiligt. Im Haushaltsjahr 2015 hat die StädteRegion keine Zahlungen im Rahmen der Verlustabdeckung an die FAM geleistet. Die FAM GmbH leistet ihrerseits Miet- und Pachtzahlungen für den Tower sowie die Hallen auf dem Gelände in Merzbrück an die StädteRegion Aachen. In Vorbereitung des Flugplatzausbaus wurden außerdem Ende des Jahres 2009 Grundstückskäufe notariell beurkundet, welche in 2010 bilanzwirksam wurden. Im Zusammenhang hiermit haben die Gesellschafter Beschlüsse getroffen (vgl. Vorlage 2009/0482 für die Sitzung des Städteregionstages am 10.12.2009), die die Übernahme von Ausfallbürgschaften sowie die Übernahme von Finanzierungskosten für ein durch die Grundstückskäufe erforderlich gewordenes Darlehen sicherstellen. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen nicht, es ist lediglich ein wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen der Entwicklung der FAM GmbH und der Entwicklung der AKM Gesellschaften zu nennen.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Der Lagebericht zum 31.12.2015 führt aus, dass die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes im Berichtsjahr erfüllt wurden, vgl. Absatz 1 des vorstehenden Berichtes.

Lagebericht der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2015 haben der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung je zweimal getagt. Das Jahresergebnis 2014, die Entlastung des Aufsichtsrates und die Entlastung des Geschäftsführers wurden in der 76. Sitzung des Aufsichtsrates bzw. in der 54. Gesellschafterversammlung am 06.07.2015 beschlossen. Die aus dem Gesellschaftervertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auf dem Verkehrslandeplatz (VLP) Aachen – Merzbrück dürfen im Gegensatz zu Segelflugplätzen auch motorgetriebene Luftfahrzeuge operieren. Der VLP Aachen-Merzbrück ist durch einen Bauschutzbereich geschützt. Er unterliegt der Betriebspflicht und muss deshalb im Rahmen der Öffnungszeiten der Allgemeinen Luftfahrt zur Verfügung stehen. Auf Grund der hohen Zahl an Flugbewegungen von über 42.000 liegt der VLP Aachen-Merzbrück im oberen Drittel. Mit dem geplanten Bau der verschwenkten und verlängerten Landebahn kann der VLP auch wieder stärker vom Geschäftsreiseflugverkehr wie vor dem 01.01.2005 angeflogen werden. Mit dem Kauf des Grundstückes zur Verlängerung und Verlegung der Start-/Landebahn haben die Gesellschafter die Aufwendungen für Zins und Tilgung übernommen. Die Tilgungsleistungen werden der Kapitalrücklage der FAM zugeführt. Außerdem erhält die FAM seit 1998 jährlich einen Pachtzuschuss von den Gesellschaftern von jährlich rd. 29.000,-- EUR und zusätzlich von der FGA einen Betriebskostenzuschuss von jährlich 10.000,-- EUR.

Darstellung der Geschäftsentwicklung 2015 – Wirtschaftliche Entwicklung

Die Erträge des operativen Geschäfts sind hauptsächlich durch die Landegebühren geprägt und deutlich positiv. Fehlendes Eigenkapital für die geplanten investiven Maßnahmen erfordern Zuschüsse der Gesellschafter. Aufgrund der Entwicklung bei den Flugbewegungen sind im zurückliegenden Jahr die Umsatzerlöse von EUR 271.769,02 auf EUR 262.128,42 (EUR -9.640,60) zurückgegangen. Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich, auf Grund der im Jahr 2014 stattgefundenen Feier zum 100-jährigen Bestehen, im Jahr 2015 wieder um EUR 105.834,39 auf EUR 87.595,53 gemindert. Dieser Sondereffekt des Vorjahres findet sich ebenfalls in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die um EUR 116.382,17 auf EUR 108.221,21 reduziert haben. Insgesamt ergab sich ein verbesserter Überschuss von EUR 74.587 gegenüber EUR 57.185 im Vorjahr (EUR +17.402).

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote ist als zufriedenstellend einzustufen. Bei der Ertragslage ist jedoch zu berücksichtigen, dass das zuletzt für den Bau der neuen Start- und Landebahn erworbene

Grundstück noch nicht dem eigentlichen Zweck dient und deshalb keine positiven Beiträge bis auf die Pacht für die landwirtschaftliche Nutzung zum operativen Gewinn leistet.

Planfeststellungsverfahren

Nach dem Erörterungstermin am 19.02.2013 in Alsdorf haben wir die Information, dass die Bezirksregierung in Düsseldorf den Planfeststellungsbeschluss bearbeitet. Wie in den Vorjahren wurde uns auch in 2015 kein Beschluss zugestellt. Aktuell wird an Teil III „Lärm" nur zeitweise gearbeitet. Nach Rücksprache mit der Leitung der oberen Luftaufsicht im April 2016, wird nunmehr der Planfeststellungsbeschluss im September/Oktober 2016 erwartet.

Flugbewegungen / Entgeltordnung

Im Mai 2015 wurden die Landegebühren aus Praktikabilitätsgründen angepasst. Erkennbare Kündigungen auf Grund der Entgeltordnung wurden nicht verzeichnet, stattdessen besteht nach wie vor der Wunsch, von Merzbrück aus zu fliegen. Ein fehlendes Kontingent an Hallenplätzen verhindert derzeit eine Erhöhung der stationierten Flieger.

	Flugbewegungen insgesamt	Flugbewegungen gewerblich	Segelflug	Ultraleicht
2012	39.342	16.384	954	3.544
2013	39.778	16.828	1.260	2.736
2014	45.784	23.922	1.327	3.601
2015	47.870	21.254	1.751	2.362

Die Flugbewegungen lagen 2015 vergleichbar mit dem guten Jahr 2014. Das hieraus resultierende Betriebsergebnis 2015 wird positiv bewertet.

Personalentwicklung

Für das Jahr 2015 wurde die Personalentwicklung zurückhaltend betrieben. Eine Personalentscheidung wird Ende 2016 mit dem Ausscheiden des ehemaligen Betriebsleiters erfolgen, wenn eine Neueinstellung für ihn und als Vertretung für den derzeitigen Betriebsleiter erfolgt. Mit der Neueinstellung wird die Verjüngung fortgesetzt. Der ehemalige Betriebsleiter wird als Aushilfe weiter eingesetzt.

Gesellschaftsvertrag

Der überarbeitete Gesellschaftsvertag wurde sowohl mit der Bezirksregierung abgestimmt, als auch von den Räten und dem Städteregionstag beschlossen. In der ersten Sitzung in 2016 soll der neue Gesellschaftsvertrag beurkundet werden.

Zusammenarbeit der FAM mit Schule und Wissenschaft

Auch in 2015 fanden Gespräche zur Fortentwicklung der Zusammenarbeit mit Schule und Forschung sowie Ausbildungsstätten statt. Hierbei wird ein wichtiger Schritt sein, einen Campusteil für Luft- und Raumfahrt in das Gewerbegebiet zu integrieren. Die Reservierung einer Fläche wurde bereits vorgenommen. Zurzeit finden Gespräche wegen des Bautermins für die vorgesehene Elektrifizierung

der Eisenbahnstrecke statt. Hiervon abhängig ist der Beginn der im Planfeststellungsverfahren befindlichen Start- und Landebahn und darauf resultierend der Baubeginn des Campusclusters.

Bahnübergang Merzbrück

Die Arbeiten im Zuge der Euregiobahn haben zu Abstimmungen bezüglich der Eisenbahn geführt. Dabei war es ein Thema, den Anflugkorridor freizuhalten, weil die Schranken eine Höhenbeschränkung beim An-/Abflug darstellen. Durch eine Veränderung des Anflugwinkels ist die vorhandene Start-/Landebahn weiterhin erreichbar. Zusätzlich soll durch eine Zugankündigungseinrichtung in beide Fahrtrichtungen die Luftaufsicht frühzeitig auf eine Querung der L223 hingewiesen und damit auch Möglichkeit, an- und abfliegende Piloten informieren zu können, sichergestellt werden. Die FAM ist zurzeit dabei, in Zusammenarbeit mit der EVS die technischen Voraussetzungen hierfür zu schaffen. In 2015 haben Gespräche mit dem NVR stattgefunden, der mit Schreiben vom 29.02.2016 nunmehr bestätigt hat, dass mit der Elektrifizierung der Strecke und der Anlage des Haltepunktes Merzbrück, ein Eingriff in bestehende Rechte des Landeplatzes Aachen-Merzbrück stattfindet. In 2016 kann, sobald der Planfeststellungsbeschluss vorliegt, über den finanziellen Ausgleich und Neubau der Start- und Landebahn gesprochen werden.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das günstige Flugwetter und die neue Entgeltordnung seit nunmehr drei Jahren führen zu positiven Erträgen im operativen Geschäft. Diesen Trend wollen wir erhalten. Hierfür ist die Ansiedlung und Stationierung in einem neuen Hangar möglich, die sich wirtschaftlich darstellen ließe. Der Bedarf nach Hallenplätzen besteht. Auch die seit Jahren angestrebte Verwaltung der Hangars durch die FAM GmbH würde zu einer wirtschaftlichen Verbesserung des operativen Geschäfts führen und die Verwaltung des Platzes, den Flugbetrieb und die Stationierung der örtlichen Flieger stärker miteinander vernetzen. Gespräche in den kommenden Jahren sollen hierzu geführt werden. Die Geschäftsführung wird in 2016 ein Veranstaltungsmanagement zur Beschlussfassung vorlegen, das mit dem modifizierten Gesellschaftsvertrag ein zusätzliches Standbein im Bereich von Open-Air-Veranstaltungen schaffen soll. Für das Gewerbegebiet neben dem Verkehrslandeplatz ist das Planverfahren angestoßen worden. Sowohl für das Gewerbegebiet als auch für den Verkehrslandeplatz können sich Effekte für die Ansiedlung von fluplatzaffinem Gewerbe und dem Anflug des jeweiligen Unternehmens über den Landeplatz durch die direkte Zuwegung ergeben. So steht die Clusterbildung für Luft- und Raumfahrttechnik durch den Campus der RWTH an. Das Forschungsprojekt „silent air“ soll dazu beitragen, elektrobetriebene Flugzeuge mit der Firma Siemens zu entwickeln, die eine verbesserte Mobilität in Richtung der Großflughäfen ermöglichen soll. Hier ist der VLP Aachen – Merzbrück hinsichtlich der Mitwirkung in einem anderen Forschungsprojekt durch das Fraunhofer Institut angefragt. Für Ende September, Anfang Oktober soll laut Aussage der oberen Luftaufsicht der Planfeststellungsbeschluss vorliegen. Über die nachfolgenden einzelnen Schritte wird zu berichten sein.

Würselen, den 23. Mai 2016
Uwe Zink
-Geschäftsführer-



Wirtschaft und Struktur

AGIT - Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalens, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführer werden durch den Aufsichtsrat bestellt, angestellt und abberufen.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 17 Mitgliedern. Er kann beschließen, dass an seinen Sitzungen weitere Personen beratend teilnehmen.

Die Mitglieder aus dem Bereich der kommunalen Gebietskörperschaften werden für die Dauer einer Wahlzeit der Kommunalvertretungen in den Aufsichtsrat entsandt. Sie bleiben bis zur jeweiligen Entscheidung eines Nachfolgers im Amt. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern für den Fall der Verhinderung ist zulässig.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafter sind in der Gesellschafterversammlung durch einen von ihnen schriftlich benannten Vertreter vertreten. Je 1.000,00 Euro Kapitalbeteiligung gewähren eine Stimme.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dr. Helmut Greif	– bis 30.06.2016
	Dr. Lothar Mahnke	– ab 01.07.2016

Vertreter der StädteRegion / WFG im Aufsichtsrat:

	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Stellvertreter:	Markus Terodde	Dezernent
	Leo Pontzen	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreterin:	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied
	Prof. Dr. Axel Thomas	WFG StädteRegion Aachen
Stellvertreter:	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Leo Pontzen	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreterin:	Karin Schmitt-Promny	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52068 Aachen
gezeichnetes Kapital:	3.253.000,00 Euro

Gesellschafter:

	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	500.378	15,38
Stadt Aachen	971.450	29,86
Handwerkskammer Aachen	138.934	4,27
IHK Aachen	421.242	12,95
WFG StädteRegion Aachen mbH	52.000	1,60
Kreis Düren	277.867	8,54
Kreis Heinsberg	138.934	4,27
Kreis Euskirchen	138.934	4,27
Sparkasse Aachen	467.815	14,38
Sparkasse Düren	67.296	2,07
Kreissparkasse Euskirchen	36.000	1,11
Kreissparkasse Heinsberg	39.075	1,20
Fachhochschule Aachen	3.075	0,10
	3.253.000	100,00

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
Mess- und Prüfzentrum Fahrzeugtechnik Alsdorf GmbH*	6.391,15	25

* Die Gesellschaft wurde zum 31.12.2014 liquidiert.

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	7.084.670	6.211.328	5.455.587
I. Imm. Vermögensgegenst.		8.921	28.226
II. Sachanlagen		6.153.411	5.378.365
III. Finanzanlagen		48.996	48.996
B. Umlaufvermögen	1.628.138	1.215.670	840.334
I. Forderungen / sonst. VG		877.315	612.970
II. Kassenbestand, Guthaben		338.355	227.364
C. RAP	2.007	168	1.610
Bilanzsumme Aktiva	**8.714.815**	**7.427.166**	**6.297.531**
A. Eigenkapital	1.159.924	1.161.463	932.687
I. Gezeichnetes Kapital	3.253.000	3.253.000	3.253.000
II. Verlustvortrag	-2.103.489	-2.093.075	-2.091.537
III. Jahresüberschuss	10.413	1.538	-228.776
B. SoPo Investitionszuschüsse	2.900.709	2.256.386	1.609.964
C. Rückstellungen	174.600	92.700	105.200
D. Verbindlichkeiten	4.479.582	3.916.617	3.649.680
Bilanzsumme Passiva	**8.714.815**	**7.427.166**	**6.297.531**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Umsatzerlöse	3.697.229	3.534.670	3.341.321
Gesellschafterzuschüsse	**1.241.436**	**1.056.553**	**888.973**
Betriebsergebnis	263.954	342.490	-17.054
Finanzergebnis	-147.810	-112.835	-93.862
gewöhnliches Geschäftsergebnis	116.144	229.655	-110.916
sonstige Steuern	105.730	-228.116	-117.80
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**10.414**	**1.538**	**-228.776**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen	31	31	25

Indikatoren zur Vermögens- und Finanzlage	2013 in %	2014 in %	2015 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	81,30	83,6	86,6
Eigenkapitalquote	46,58	46,0	40,5
Anlagendeckungsgrad	57,32	55,0	46,6
Liquidität 1. Grades	10,48	29,9	20,8
Liquidität 2. Grades	62,50	107,4	77,0

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Aufwendungen der AGIT, die nicht aus Erlösen und sonstigen Zuschüssen gedeckt sind, werden durch Zuschüsse der Gesellschafter im Verhältnis ihrer Stammkapitalanteile zueinander getragen. Der im Jahr 2015 gezahlte Zuschuss der StädteRegion an die AGIT betrug insgesamt 197.658,10 €. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der StädteRegion Aachen mbH ist Mitgesellschafterin der AGIT. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen liegen nicht vor.

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Lagebericht der Gesellschaft

Vorbemerkungen zum Jahr 2015

Das Jahr 2015 war das Jahr 3 der AGIT nach dem Restrukturierungsprozess der Region Aachen. Die AGIT hat sich von einem Teil ihrer Aufgaben getrennt und sich ihrem Auftrag gemäß neu aufgestellt. Die nach den Prinzipien des Profit Center zu führenden Geschäftsbereiche „Technologiezentrumsmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ haben zu einer Veränderung der finanziellen Bewertung beider Bereiche geführt. Bei der Darstellung der AGIT-Leistungen wird auf diese Aufteilung so weit wie möglich Bezug genommen. Durch diesen Restrukturierungsprozess war das Jahr 2013 geprägt durch diese Aufgabenverteilung zwischen Zweckverband (ZV) der Region Aachen und der AGITneu bzw. AGIT 2.0. Mitarbeiter wurden vom ZV übernommen oder haben das Unternehmen verlassen; Aufgaben und Projekte wurden übergeben oder aufgrund vertraglicher Vereinbarungen weitergeführt. 2014 wurde dieser Prozess weitgehend abgeschlossen und 2015 wurde eine neue ERP-Software (TOPIX) eingeführt, um die Abläufe noch effizienter zu gestalten. Mit dieser neuen Aufgabenteilung zwischen ZV und AGIT hat sich auch die AGIT einer strategischen

Neuausrichtung unterworfen. Die sogenannte „AGIT 2.0“ hat ihre Linie einer verstärkten Konzentration auf ihre klassischen Aufgaben konsequent weitergeführt und weiterentwickelt und den weltweit in Bewegung geratenen Umfeldbedingungen angepasst: der technologieorientierten Beratung, der Betreuung von Ansiedlungen, der Innovationsförderung und dem Business Development Support, aber auch dem klassischen Technologietransfer sowohl im regionalen als auch im überregionalen, grenzüberschreitenden Kontext einen großen Platz eingeräumt. Durch diese Arbeitsteilung mit dem ZV und der Fokussierung auf ihre Kernkompetenzen hat die AGIT ihr Personal deutlich in 2013 gegenüber 2012 reduziert; in 2014 konnte das 2013er Mitarbeiterniveau beibehalten werden, jedoch wurde in 2015 Personal mit Zeitverträgen abgebaut, da fast alle Projekte in 2015 wegen des Ablaufs der alten Förderperiode ausgelaufen sind und neue Projekte erst ab 2016 akquiriert werden konnten. Entsprechend diesem neuen Aufgabenprofil hat sich die AGIT in 2013 eine neue Organisationsstruktur mit den Geschäftsbereichen „Technologiezentrums-management“ und „technologieorientierte Wirtschaftsförderung“ gegeben, die in 2014 stabilisiert und 2015 weiter standardisiert wurde. Beide Bereiche arbeiten finanziell streng getrennt als Profit Center. Der vorliegende Bericht nimmt deswegen weitgehend Bezug auf diese Geschäftsbereichsaufteilung. Gleichzeitig konnte im Rahmen dieser Neuausrichtung in 2013 die FH Aachen als neuer Gesellschafter hinzugewonnen werden, so dass damit die regionalen Hochschulen erstmals als Gesellschafter in der AGIT vertreten sind. Dies bedeutet einen neuen Meilenstein in der Entwicklung der AGIT und eine verstärkte Hinwendung zu den klassischen Aufgaben der AGIT, dem Technologie- und Wissenstransfer sowie der Innovationsförderung. Die FH Aachen verfügt über einen Sitz im Aufsichtsrat. Die Anzahl der Aufsichtsratssitze wurde damit wieder auf den ursprünglichen Stand von 17 heraufgesetzt. In 2015 gab es im Gesellschafterkreis und im Aufsichtsrat keine Veränderung. Bei den Beteiligungen gab es eine Veränderung, denn die Mess- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH wurde verkauft; die aus dem Verkauf erzielte Einnahme (Rückerstattung des Gesellschafteranteils sowie weitere Zahlungen) wird als Sonderertrag jedoch erst 2016 (und nicht wie im Lagebericht 2014 ausgesagt) bilanziell wirksam werden. Betonen sollte man nochmals, dass sowohl inhaltliche als auch finanzielle Vergleiche zum Jahr 2012 wg. der neuen Aufgabenteilung zwischen AGIT und dem Zweckverband Region Aachen (ZV) ab dem Jahre 2013 nur mit Einschränkungen möglich sind. Ebenso sollte erwähnt werden, dass das MTZ zum 31.12.2014 verkauft wurde und die AGIT als Dienstleister in 2015 nur noch Abwicklungsarbeiten für das MTZ vorgenommen hat; ein Vergleich mit dem Jahr 2014 ist somit auch hier nur bedingt gegeben.

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die AGIT ist eine Agentur für Innovation und Technologietransfer, die eine technologieorientierte Wirtschaftsförderung betreibt. Gegenstand des Unternehmens sind laut Satzung die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen bzw. andere Firmen gleicher oder ähnlicher Art

übernehmen, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten. Entsprechend diesem Aufgabenprofil hat die AGIT ab 2013 zwei finanziell streng voneinander geteilte Geschäftsbereiche:

- Der Geschäftsbereich „Technologiezentrumsmanagement“ betreibt das TZA BA I, das sich im Eigentum der AGIT befindet, und das TZA BA II, das nach Auslauf des Leasingvertrages 7/2019 von der AGIT erworben wird. Das MTZ und das ZBMT werden von der AGIT als DL-Auftrag für die Stadt Aachen betrieben, wobei das MTZ zum 31.12.2014 vom Eigentümer GEGRA verkauft wurde.
- Der Geschäftsbereich „Wirtschaftsförderung“ ist unterteilt in die Geschäftsfelder „Beratung technologieorientier Unternehmen“ (BTOU), „Ansiedlungswerbung und Investorenberatung“ (A & I) sowie „Technologie-Transfer & Business Development Support“ (TT & BDS).

Forschung und Entwicklung

Die AGIT hat keine eigene F+E-Abteilung. Neue Dienstleistungen werden in Abstimmung mit der Region Aachen und den Stake- und Shareholdern der AGIT in Form von Pilotprojekten erarbeitet, die meist öffentlich gefördert und durch Eigenanteile der Gesellschafter hinterlegt sind. Nach dieser Pilot- und Testphase wird über die Einführung dieser Dienstleistung durch die AGIT und die Finanzierung der Dienstleistung entschieden. Auch in 2014 wurden neue Produkte und Dienstleistungen im Rahmen von Projekten entwickelt (z. B. TeTRRA B, Locator), die bereits als neue Dienstleistungen seitens der AGIT unseren Kunden angeboten werden.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Natürlich wirken sich die europäische Wirtschaftskrise und die Weltwirtschaftskrise auf das Nachfrageverhalten bei Ansiedlungen aus, in den letzten Jahren aber deutlich weniger als in der Phase nach dem 11. September 2001. Genau genommen ist sogar ein gegenläufiger Trend zu beobachten, denn Deutschland ist wirtschaftlich erstaunlich robust und damit für Investoren interessanter als andere vergleichbare europäische Länder. Die gute Konjunktur in Deutschland und die hervorragenden beruflichen Chancen für Absolventen der ingenieurwissenschaftlichen und technischen Disziplinen führen in ganz Deutschland zu einem Rückgang von innovativen und technologieorientierten Gründungen. Auch hier bildet die Region Aachen, zumindest was die Gründungsfirmen angeht, die die AGIT betreut, eine Ausnahme, denn die Gründungszahlen liegen weiterhin auf sehr hohem Niveau. Im Bereich der Dienstleistungsaufträge konnte die AGIT ihre Position in 2015 weitgehend stabil halten. In der öffentlichen Projektförderung ergaben sich in 2015 jedoch deutliche Einschränkungen, denn die alte Programmperiode ist 2013 ausgelaufen und damit alle Förderprojekte. el-2-Programme und Interreg-Programme liefen in 2015 endgültig aus. Es wurden nur noch die laufenden Projekte abgeschlossen. Die neue Programmperiode begann zwar offiziell in 2014, jedoch sind die Durchführungsbestimmungen nur für das EFRE-Programm bekannt, jedoch noch nicht für die neue Interreg-Periode. Projektneuanträge wurden in 2015 wurden gestellt, aber im Berichtsjahr nicht bewilligt. Erfreulich ist, dass die Gesellschafter – wenn auch in geringem Maße – Eigenleistungsanteile für diese Projekte ab zur Verfügung stellen.

Geschäftsverlauf

Die zwei Geschäftsbereiche der AGIT „Technologiezentrumsmanagement“ und „technologieorientierte Wirtschaftsförderung“ werden in ihrem Geschäftsverlauf beschrieben. Die konkreten Projekte und Aufträge werden inhaltlich nur summarisch dargestellt. Sie sind im Jahresbericht aufgeführt und können auch auf der Internetseite der AGIT eingesehen werden. Das Jahr 2015 war weiterhin geprägt von der Neuorientierung der AGIT und den Maßnahmen, die für diese Entwicklung notwendig waren. Da zum 31.12.2012 viele Projekte ausgelaufen sind bzw.

Projekte an den ZV überführt wurden, hat sich die Mitarbeiterzahl von ca. 40 Personen in 2012 auf ca. 24 Personen in 2015 reduziert. Dieser niedrigste Bestand seit 2008 ergibt sich aus der Tatsache, dass alle Projekte der letzten Förderperiode endgültig ausgelaufen und die neuen Projektanträge noch nicht genehmigt bzw. erst in 2016 angelaufen sind.

Geschäftsbereich I: Technologiezentrumsmanagement (TZM)

Die große Nachfrage von jungen Unternehmen und Technologieunternehmen nach Mietflächen setzte sich erfreulicherweise auch in 2015 in den zwei von der AGIT betriebenen und betreuten Technologiezentren TZA und ZBMT fort. Das MTZ wurde zum 31.12.2014 an das UKA verkauft, so dass hier nur noch Restarbeiten (NK) in 2015 von der AGIT durchgeführt wurden. Die Auslastung des Technologiezentrums am Europaplatz (TZA) konnte bezogen auf das gesamte Jahr 2015 wieder auf einem hohen Niveau von fast 100 % beibehalten werden. Die Nachfrage in 2015 war größer als das Flächenangebot und konnte somit nicht mehr befriedigt werden. Da diese hohe Auslastung seit 2008 besteht, sollte über eine bauliche Erweiterung des TZA konkret nachgedacht werden. Entsprechende Vorplanungen wurden deshalb von der GF angeregt. Die Erlöse konnten in 2015 im TZA nochmals leicht um 14 T€ gegenüber 2014 gesteigert werden. Das MTZ wurde in 2014 verkauft. In 2015 wurden nur noch Restarbeiten (NK) seitens der AGIT als Dienstleister durchgeführt. Es erzielte deshalb nur geringe Erlöse und hat sowohl vor und auch nach Umlage der zentralen Dienste ein leicht positives Ergebnis. Erfreulicherweise konnte auch das im Sommer 2011 in Betrieb genommene ZBMT in 2015 am Ende des Jahres Vollauslastung vermelden. Hier muss jedoch angemerkt werden, dass wegen erheblicher technischer Mängel am Gebäude Mietminderungen in den Jahren 2012 bis 2014 entstanden sind. Diese Mietminderungen konnten auf den Eigentümer bzw. den Verursacher umgelegt und in 2015 durch eine Minderung der Miete im Aufwand in der Bilanz berücksichtigt werden. Diese Gebäudemängel führten dazu, dass die NK 2013 erstmalig in 2015 berechnet werden konnten. Dies gilt auch für die Grundsteuer 2012, die auch erst in 2015 den Firmen in Rechnung gestellt werden konnte. Weiter wurden Nebenkosten (NK) in 2014 als Forderungen gebucht und in 2015 bezahlt. Diese Ereignisse und Maßnahmen zusammen genommen, ergeben immer noch das beste Ergebnis für das ZBMT seit seinem Bestehen. Es ist um über 130 T€ besser als 2014, so dass der Verlustausgleich durch die Stadt Aachen in 2015 mit -2,6 T€ erfreulicherweise sehr gering ausfällt. Mehr als erfreulich entwickelte sich wiederum der Bereich Seminarraum- und Kongressraumvermietung im TZA. Mit fast 46.000 Personen in 2015 wurde das sehr gute Ergebnis von 2014 sogar leicht übertroffen.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

a. Beratung technologieorientierter Unternehmen (Geschäftsfeld I)

   Die betriebswirtschaftliche Unterstützung für technologieorientierte Gründer und Unternehmen von der Ideenphase bis hin zur Etablierung am Markt seitens der AGIT lag in 2015 qualitativ und quantitativ auf dem sehr hohen Niveau des Rekordvorjahres. Die 45 (Vorjahr 47) neu gegründeten Unternehmen werden laut Businessplan im ersten Jahr nach der Gründung 134 Arbeitsplätze (Vorjahr 121) schaffen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 33,0 Mio. € (Vorjahr 15,5 Mio. €). Die Region Aachen bleibt damit bei den technologieorientierten Gründungen auf hohem Niveau stabil, wogegen deutschlandweit ein deutlicher Rückgang der Gründer zu verzeichnen ist.

   Im Auftrag der Stadt Aachen, der StädteRegion Aachen und der Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg wurde in 2015 zum zweiten Mal das neue Konzept des Innovationspreis Region Aachen in Kooperation mit den AC²-Gründungs- und Wachstumswettbewerben durchgeführt.

b. Investorenberatung (Geschäftsfeld II)
Im Jahr 2015 betreute die AGIT 55 potenzielle Investoren (Vorjahr 68). Insgesamt 5 Unternehmen (Vorjahr 5), die von der AGIT oder den regionalen Partnern begleitet wurden, entschieden sich für eine Investition in der Technologieregion Aachen.

Die Technologieregion Aachen beteiligt sich seit 2011 an der Marketingkampagne des Landes NRW, die von NRW.INVEST verantwortet wird und die mit dem Slogan "Germany at its best" wirbt. In Kooperation mit NRW.INVEST wurden Investorenseminare in Russland, der Türkei und in China sowie Korea durchgeführt. 2015 wurden 18 Delegationen (Vorjahr 17) aus dem In- und Ausland, die die Region Aachen besuchten, von der AGIT betreut.

c. Technologietransfer & Business Development Support (Geschäftsfeld III)
Neben der Gründung und Ansiedlung neuer Unternehmen in der Region Aachen stellt die Betreuung der bereits hier ansässigen, insbesondere technologieorientierten, kleinen und mittleren Unternehmen für die AGIT eine wichtige Aufgabe dar. Dabei geht es einerseits um die Förderung der Zusammenarbeit zwischen regionaler Hochschul- bzw. Forschungslandschaft und Wirtschaft (Science to Business – S2B), andererseits um die Förderung der Kooperation von Unternehmen untereinander (Business to Business – B2B).

Im Bereich S2B stehen Aktivitäten des Technologietransfers im Vordergrund. Im Jahr 2015 sind hier insbesondere die zahlreichen Unterstützungsleistungen im Rahmen des Projektes TeTRRA B hervorzuheben, dass die Zusammenarbeit zwischen mittelständischem Gewerbe und Hochschulen intensiv in der gesamten Region Aachen unterstützt. Ebenfalls zu nennen sind die Aktivitäten in Wegberg-Wildenrath (GALILEO), die demselben Ziel dienen und die Chancen für die Region Heinsberg und die gesamte Region Aachen, die durch das europäische Satellitensystem möglich werden, in den Vordergrund der Aktivitäten rücken. Nachdem die AGIT in den letzten zwanzig Jahren zahlreiche Business-Netzwerke in den technologischen Stärkefeldern der Region Aachen mit gegründet und unterstützt hat, die nunmehr eigene Strukturen und Aktivitäten entfalten, konzentrieren wir uns nunmehr im Bereich B2B vor allem auf die neuen Herausforderungen, die sich im erweiterten grenzüberschreitenden Umfeld (EUREGO) stellen. Die mit der südlimburgischen Industriebank LIOF (NL) in 2013 geschlossene strategische Partnerschaft wurde auch in 2015 konkretisiert; sie stärkt insbesondere die euregionale Zusammenarbeit deutlich. Diese Aufgaben werden in wesentlichen Teilen mittels Dienstleistungsauftrag oder über Projekte durchgeführt. Dabei greift die AGIT auf die nordrhein-westfälisch-europäische Strukturfondsförderung und hierbei vor allem das NRW-EU Ziel-2-Programm 2007-2013 (EFRE) bzw. auf die Interreg-Förderung zu, die von NRW kofinanziert wird. Die fehlende Implementierung dieser für die AGIT so wichtigen Förderprogramme, die beide ab 2014 in Kraft treten sollten aber auch in 2015 nicht in Kraft getreten sind, haben in 2015zu einem starken Rückgang der Projektaktivitäten geführt und dazu, dass viele befristete Verträge nicht verlängert werden konnten, was den Personalrückgang in 2015 erklärt.

<u>Unternehmenskommunikation</u>
Im Rahmen der AGIT-Unternehmenskommunikation wurde wegen der regionalen Strukturreform das Magazin Region Aachen 46 letztmalig 2013 mit dem neuen ZV der Region Aachen herausgegeben. Der im Mai 2012 neu gestaltete Internetauftritt wurde in 2013 auf die neue AGIT angepasst. Um den Standort Region Aachen sowie die Dienstleistungen der AGIT in den Medien bekannter zu machen, wurden im Jahr 2015 im Rahmen der Pressearbeit insgesamt 34 (Vorjahr 40) Pressemitteilungen, redaktionelle Artikel und Fernseh- und Radioberichte verbreitet und lanciert. Hieraus entstanden

212 (Vorjahr 144) Veröffentlichungen. In Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsförderern der Region Aachen konnten bis 2015 insgesamt 61 Firmen für die Standortwerbekampagne „Wussten Sie schon, dass…?“ gewonnen werden, davon 8 in 2015 (Vorjahr 12). Für diese Kampagne wurde die AGIT in 2013 – wie bereits im letzten Lagebericht berichtet – mit dem zweiten „Platz des Aachener Marketingpreises“ ausgezeichnet.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2015 brachte wiederum wie in 2014 eine deutliche Reduzierung des Projektvolumens, was sowohl mit der Strukturreform zusammenhängt, aber auch auf das Auslaufen der alten Förderperiode zurückgeführt werden muss. Die AGIT hat wesentliche Aufgabenbereiche an den ZV abgegeben. Hierdurch ergaben sich natürlich entsprechend reduzierte Projekteinnahmen ab 2013, die durch das Auslaufen vieler Projekte in 2014 nochmals erheblich rückläufig waren. In 2015 wurden fast alle Projekte abgeschlossen, jedoch wurden keine neuen Projekte für den Zeitraum 2015 sondern erst für 2016 eingeworben (STRIKE 3, CAMPUS-Network). Die **Umsatzerlöse** werden insbesondere im Bereich des Technologiezentrumsmanagement erwirtschaftet. Die Umsatzerlöse nahmen gegenüber 2014 mit einem Wert von -194 T€ (Vorjahr -162 T€) auf jetzt 3.341 T€ (Vorjahr 3.535 T€) zwar deutlich ab, was jedoch primär mit dem Wegfall des MTZ (264 T€ „Erlöse Mieten“ in 2014) zusammenhängt. Wenn dieser Sonderfall unberücksichtigt bleibt, sind die Erlöse in den beiden Technologiezentren real gegenüber 2014 gestiegen. Für das ZBMT war 2015 das vierte volle Geschäftsjahr und die Auslastung stieg auf 100 % an. Die Umsatzerlöse im ZBMT stiegen leicht um 17 T€ gegenüber dem Jahr 2014 auf jetzt 579 T€ an. Das Ergebnis für das TZM gesamt liegt bei 109 T€ (Vorjahr 107 T€), das nachrichtlich in die Instandhaltungsrücklage überführt wird. Dieser Wert liegt damit auf demselben hohen Niveau wie in 2014, obwohl die Leasingrate für den II. Bauabschnitt um 13 T€ auf jetzt 528 T€ gestiegen ist. Die geplanten Instandhaltungsaufwendungen in 2015 wurden plangemäß durchgeführt. Die **sonstigen betrieblichen Erträge** verringerten sich deutlich um 619 T€ auf nunmehr 1.793 T€ (Vorjahr 2.412 T€). Sie setzen sich im Wesentlichen aus Zuschüssen der Gesellschafter in Höhe von 889 T€ (Vorjahr 1.056 T€), Erträgen aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen in Höhe von 646 T€ (Vorjahr 647 T€) sowie Zuschüssen aus dem Bundes- und Landeshaushalt bzw. sonstige Erträge in Höhe von 171 T€ (Vorjahr 668 T€) zusammen. Die Gesellschafterzuschüsse in der Grundfinanzierung der AGIT in 2015 konnten somit gegenüber 2014 deutlich reduziert werden. Der deutliche Rückgang der Projekte, die mit öffentlichen Zuschüssen durchgeführt werden, begründet wesentlich das negative Ergebnis, da das Personal nicht zeitgleich parallel zu der Einnahmeseite abgebaut werden konnte. Die „Nachlaufzeiten und damit Nachlaufkosten“ bei Projektende sind wegen der vielen kostenneutralen Verlängerungen der Projekte von bis zu einem halben Jahr und mehr erheblich. Da die AGIT in der Regel auch LEAD-Partner ist, muss sie die Projekte zu Ende führen. Gesellschafterzuschüsse und Projekterlöse werden primär im Geschäftsbereich „Wirtschaftsförderung“ verausgabt. Das **Gesamtergebnis 2015** muss betrachtet werden unter der Prämisse der strikten Trennung der Geschäftsbereiche „TZM“ und „Wirtschaftsförderung“, die als jeweils eigene „Profit Center“ fungieren. In dem GuV-Ergebnis von – 229 T€ (Vorjahr 2 T€) hat die AGIT ihr Wirtschaftsziel in 2015 nicht erreicht. Natürlich spielt das negative Ergebnis des zweiten Bauabschnitts des TZA in Höhe von -216 T€ (Vorjahr -191 T€) hierbei auch eine Rolle. Hingewiesen werden sollte aber in dem Zusammenhang auf die Tatsache, dass die jährlich steigende Leasingrate mit ihrem hohen Tilgungsanteil von 378 T€ (Vorjahr 344 T€) erheblich zur Reduzierung der Darlehensschuld des TZA BA II beiträgt, so dass 2019 der Rückkaufswert von 1.800 T€ erreicht werden kann. Das Ergebnis hätte deutlich besser ausfallen können, wenn in 2015 nicht eine Verkettung vieler Einzelfälle aufgetreten wäre. So führten Projektprüfungen seitens der Bezirksregierung zum Beispiel für die die Regionalagentur (RA) für die Jahre 2009 bis 2012 (damals

noch AGIT) zu Rückzahlungsforderungen von ca. 50 T€, alte vertragliche Verpflichtungen mit der Gründerregion, die im Gegensatz zu 2013 und 2014 wegen fehlender Projekte in 2015 nicht kompensiert werden konnten, belasten die AGIT mit ca. 32 T€ . Zudem fanden nach Ablauf der Förderperiode und damit der Beendigung aller AGIT-Projekte sogenannte – für den Zuwendungsgeber – „kostenneutrale" Verlängerungen sowie Projektprüfungen statt, die eine temporäre Weiterbeschäftigung projektgebundener Mitarbeiter mit Zeitverträgen notwendig machte, da die AGIT als LEAD-Partner und Abwicklungsorganisation die Projekt weiterführen und zum Abschluss bringen musste. Diese „Nachlaufkosten" treten immer am Ende einer Förderperiode auf, insbesondere wenn die neue Förderperiode noch nicht „operativ" angelaufen ist. Ein wesentlicher Teil des negativen Ergebnisses ist auf die Aktivitäten in Wegberg-Wildenrath zurückzuführen, wo ein Verlust in 2015 von knapp 150 T€ entstanden ist, denn auch hier sind die Projekte weitgehend in 2015 ausgelaufen und neue Projekte wurden erst in 2016 gestartet; deshalb wurden die Aktivitäten vor Ort in Wegberg-Wildenrath ab 2016 deutlich reduziert. Nach Berücksichtigung der **laufenden Zuschüsse der Gesellschafter** für wirtschaftsfördernde Maßnahmen verbleibt damit für die Gesellschaft ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -229 T€ (Vorjahr Überschuss 210 T€). Dieser Wert liegt deutlich unterhalb der Planwerte, was durch mehrere, nicht vorhersehbare Ereignisse in 2015 dann zu diesem kumulierten Ergebnis geführt hat. Abschließend sollte noch erwähnt werden, dass sich natürlich auch das „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit" in der Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls gegenüber 2014 (230 T€) mit einem Wert von -111 T€ deutlich verschlechtert hat.

GB „Technologiezentrumsmanagement" (TZM)

Trotz der hohen Instandhaltungsaufwendungen und des Auszugs des größten AGIT-Mieters im TZA BA II in 2013 sowie der Neuregelungen im Profit-Center-Bereich „TZM" mit der Verrechnung des negativen Ergebnisses vom TZA BA II mit dem Überschuss aus dem TZA BA I sowie konnte ein Überschuss von insgesamt 109 T€ (Vorjahr 107 T€) erzielt werden; dieser Überschuss wird vertragsgemäß nachrichtlich in eine außerbilanzielle Instandhaltungsrücklage überführt. Das Geschäftsbereichsergebnis ist umso erfreulicher, als mit der jährlich steigenden Leasingrate (13 T€) im TZA BA II eine nicht unwesentliche und jährlich steigende finanzielle Belastung vorliegt. Durch eine nochmalige leichtere Steigerung der Seminarraum- und Kongressraumvermietung in 2015 kam dieses solide Ergebnis zustande. Die notwendigen und geplanten Instandhaltungsmaßnahmen wurden alle durchgeführt, wobei die geschätzten Planungskosten mit den üblichen Abweichungen nach oben und unten eingehalten wurden. Die Gesellschaft hat unter Berücksichtigung der Personalkosten und der Umlage der „Zentralen Dienste" für das TZA BA I einen Überschuss in Höhe von 326 T€ (Vorjahr 299 T€) erzielt und liegt damit über dem Wert von 2014. In 2015 wurden die geplanten Instanthaltungsmaßnahmen (Kälteanlage, Brandmeldezentrale, etc.) alle durchgeführt. Im ersten Bauabschnitt des TZA sind die Instandhaltungskosten um ca. 13 T€ und im zweiten um ca. 38 T€ gegenüber 2014 gestiegen. Im TZA BA II entstand, trotz leichtem Anstieg der Erlöse, ein Verlust von rund -216 T€ (Vorjahr -191 T€), der fast ausschließlich auf die höhere Leasingrate bzw. auf höhere Instanthaltungsaufwendungen zurückzuführen ist. Durch die neue, seit 2013 in Kraft getretene Ergebnisverrechnung von TZA BA I und TZA BA II (Risikoübernahmeregelung durch die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen), ergibt sich hier ein positives Ergebnis von 109 T€ (Vorjahr 107 T€), das für die Instandhaltungsrücklage verwendet werden soll. Hierbei sollte zumindest erwähnt werden, dass der Tilgungsanteil der Leasingrate in 2015 immerhin 378 T€ (Vorjahr 344 T€) für das TZA BA II betrug. Im MTZ, das mit Stichtag 31.12.2014 vom Eigentümer verkauft worden ist, wurden nur noch Restarbeiten (Nebenkostenabrechnung) seitens der AGIT durchgeführt. Erfreulich für die Stadt Aachen, die den Fehlbetrag wegen der Vereinbarung über eine Verlustabdeckung ausgleicht, ist das Ergebnis von ca. -1 T€ in 2015 (Vorjahr 21 T€). Dieser Betrag

wird der Stadt Aachen zurückerstattet. In 2011 wurde das ZBMT sukzessiv ab Juli in Betrieb genommen. Durch zahlreiche Baumängel (Heizung, Lüftung, Aufzug) konnte eine Vermietung nicht entlang der vorgesehenen Zeitachse erfolgen; zudem mussten den ZBMT-Mietern erhebliche Mietminderungen zugestanden werden. In 2015 konnten alle diese Mängel beseitigt werden, so dass die Mietstreitigkeiten mit einigen Mietern des ZBMT weitgehend beigelegt werden konnten. Diese zugestandenen Mietminderungen wurden vom Eigentümer des ZBMT als berechtigt anerkannt und der AGIT in Form einer reduzierten Miete für 2015 gutgeschrieben. Sie haben das Ergebnis sehr positiv beeinflusst. Bei einem säumigen Mieter, mit dem die AGIT wg. der Nebenkostenabrechnungen 2012 bis 2015 in Rechtsstreit liegt, haben sich Forderungen Ende 2015 von ca. 118 T€ angehäuft, wobei hierin mögliche Rückerstattungen wg. der NK enthalten sind und den tatsächlichen Forderungsbetrag deshalb reduzieren. Hier konnte jetzt eine außergerichtliche Einigung erzielt werden, die zu Forderungsverlusten von bis zu 43 T€ geführt hat. Das Ergebnis von knapp -3 T€ vor Verlustübernahme durch die Stadt Aachen (Vorjahr -133 T€) ist aber sehr erfreulich, auch weil ein leichtes Umsatzplus gegenüber 2014 in Höhe von 17 T€ dazu beigetragen hat. Der Verlust wird von der Stadt Aachen (Verlustabdeckungsvereinbarung) ausgeglichen wird. Erfreulich ist weiterhin die Tatsache, dass ab 2013 im ZBMT der Vermietungsstand bei 100 % liegt.

GB „Wirtschaftsförderung"

Der Bereich technologieorientierte „Wirtschaftsförderung" konnte kein ausgeglichenes Ergebnis vorweisen, also ein Ergebnis, das dem Planergebnis entspricht. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Projekte aus den Vorjahren zwar erfolgreich durchgeführt und die Zuwendungen fast vollständig realisiert werden konnten, jedoch oft verlängert werden mussten, was die Frage des Eigenanteils aufwirft. In 2014 und 2015 haben die Gesellschafter nicht mehr den Eigenanteil für die Projekte – wie noch in 2013 T€– übernommen. Die Projekte, die oft zeitlich verlängert werden, müssen aber aufgrund vertraglicher Bindungen zu Ende gebracht werden. Projektprüfungen haben in 2015 zu größeren Rückzahlungen und damit zu Verlusten in Höhe von insgesamt ca. -70 T€ geführt. Für die Regionalagentur (RA) und Projekte der RA wurden für die Jahre 2009 bis 2012 seitens der Bezirksregierung Düsseldorf bzw. Köln Projektprüfungen durchgeführt, die zu Rückerstattungen in Höhe von -50 T€ geführt haben. 2015 haben die Gesellschafter nur noch die finanzielle Grundausstattung der AGIT in Höhe von 887 T€ (Vorjahr 866 T€) getragen, jedoch nicht die laut Zuwendungsbescheid aufzubringenden Eigenanteile für die auslaufen Projekte. Die AGIT musste in 2015 – wie auch in 2014 – diesen Anteil selbst aufbringen, was nicht gelang. Bei einem Gesamtkostenblock für den Bereich „Wirtschaftsförderung", einschließlich der durchgeführten Projekte, in Höhe von1.371 T€ (Vorjahr 1.569 T€), wären höhere Gesellschafterzuschüsse für den zu leistenden Eigenanteil erforderlich gewesen. Laut Gesellschaftervertrag sind diese Mittel von den Gesellschaftern aufzubringen. Weitere vertragliche Verpflichtungen mit der Gründerregion, die in 2015 nicht kompensiert werden konnten, haben das Ergebnis mit ca. 32 T€ in 2015 belastet. Insgesamt zeigt sich, dass die von den Gesellschaftern bereitgestellten Mittel für die definierten „Kernaufgaben" der AGIT weitgehend auskömmlich waren, jedoch nicht für die Projektaufgaben (Eigenanteile), die vertraglich zu Ende geführt werden mussten. Die hohen Rückzahlungen für Projekte aus den Jahren 2009 bis 2012 und fehlende Gesellschafterzuschüsse für den Eigenanteil in den öffentlich geförderten Projekten sowie erhöhte Personalkostenaufwendungen für verlängerte Projekte, haben zu diesem negativen Ergebnis geführt. Dies schließt auch die Aktivitäten von ARIC in Wegberg-Wildenrath ein.

<u>Finanzlage</u>

Trotz des Rückgangs der Projekte und der Projektförderung, die in der Vergangenheit zu hohen bis sehr hohen Außenstände geführt haben, hat sich keine deutliche Verbesserung der

Liquiditätssituation für die AGIT ergeben. Sie liegt mit 400 T€ permanenter Inanspruchnahme des Kontokorrentkredites weiterhin auf dem Niveau von 2014. Hierzu tragen die hohen Mietaußenstände im ZBMT wegen der Nebenkosten bei, die aber Anfang 2016 weitgehend bereinigt werden konnten. Somit ist erst in 2016 mit einer Reduzierung des Kredites (maximal 850 T€ vereinbart) zu rechnen. Wenn man berücksichtigt, dass die Forderungen aus Projekten zum Stichtag 31.12.2015 noch immer 306 T€ betrugen, so ist die Liquidität der AGIT für ihre Kernaufgaben ausgesprochen gut. Die daraus resultierende Zinsbelastung in 2015 war mit ca. 5 T€ (Vorjahr 10 T€) jedoch auf Grund des niedrigen Zinsniveaus überschaubar.

GB „Technologiezentrumsmanagement" (TZM)
Liquiditätsmäßig ergeben sich im TZA keinerlei Probleme. Lediglich machen sich die baulichen Mängel im ZBMT noch negativ bemerkbar. Die NK-Abrechnungen für 2013 und 2014 wurden vollständig abgeschlossen. Bezüglich der NK-Forderungen aus 2012 sind die Verhandlungen bis auf einen Mieter abgeschlossen. In 2016 werden sie die Liquidität der Gesellschaft nicht mehr belasten. Im Umfang von 178 T€ (Vorjahr 156 T€) wurden Darlehen für das TZA BA I zurückgezahlt.

GB „Wirtschaftsförderung"
Im Bereich der Wirtschaftsförderung führt die AGIT öffentlich geförderte Projekte durch, meist mit Mitarbeitern, die über Zeitverträge vertraglich gebunden sind. Durch die späte und verzögerte Auszahlung der Zuwendungen in dem geförderten Projektbereich wurde die Liquiditätssituation der AGIT in 2015 immer noch stark belastet. Die Forderungen im Projektbereich haben sich gegenüber 2013 und 2014 durch den Rückgang der Projekte jedoch deutlich entspannt; sie liegen zum Stichtag 31.12.2015 aber immer noch bei 306 T€ (Vorjahr 581 T€, Vorvorjahr 973 T€).

<u>Vermögenslage</u>
Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität (Anlagevermögen / Gesamtvermögen) von 86 % (Vorjahr 84 %) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen durch die Abschreibung des Gebäudes rückläufig.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich von 14 T€ in 2014 auf 249 T€ in 2015. Hauptursache sind die oben angeführten Probleme im ZBMT. Zum einen die Auseinandersetzung mit einem Mieter des ZBMT, die aber in einer außergerichtlichen Vereinbarung geregelt wurde und zum anderen die NK-Abrechnung 2013. Die unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen sonstigen Forderungen aus Projektförderungen verringerten sich deutlich bei den noch nicht ausgezahlten Fördermitteln auf 306 T€ (Vorjahr 581 T€).

Das negative Ergebnis 2015 laut GuV hat zur Konsequenz, dass auf der Passivseite das Eigenkapital weiter aufgebraucht wird. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) beträgt 14,9 % (Vorjahr 15,6 %). Unter Berücksichtigung des Sonderpostens ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 40,4 % (Vorjahr 46 %). Der Sonderposten wird entsprechend der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände aufgelöst. In 2015 ist der Sonderposten um 646 T€ gesunken.

Die „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten" in Höhe von 2.726 T€ in 2015 haben sich um 178 T€ gegenüber 2014 reduziert; auch die „Sonstigen Verbindlichkeiten" haben sich um 108 T€ auf den Wert von 522 T€ reduziert; hingegen erhöht haben sich die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen" um 34 T€ (der Wert in 2015 betrug 277 T€).

Unter strategischen Gesichtspunkten hält die AGIT acht Beteiligungen an Betreibergesellschaften für TGZ (Technologie- und Gründerzentren) und Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Weitere wesentliche Sachverhalte zu diesen Beteiligungen als die beiden unten angeführten gibt es nicht zu berichten.

- Bei der Beteiligung an der TAE GmbH – Technik Agentur Euskirchen, Euskirchen, ist die AGIT nachschusspflichtig. Aufgrund der negativen Geschäftsentwicklung hat die Gesellschafterversammlung der TAE GmbH die Abdeckung des Verlustes durch zu leistende Nachschüsse beschlossen. Die AGIT hat im abgelaufenen Jahr daher einen Nachschuss zur Verlustabdeckung von rd. 6,4 T€ (Vorjahr 3,7 T€) geleistet.
- Die Mess- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH in Alsdorf wurde in 2014 verkauft. Die AGIT erhält ihre Einlage vollständig zurück, jedoch wird der Zufluss dieses Sonderertrags erst nach Feststellung der Liquidationsbilanz 2015 und somit in 2016 wirksam.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die AGIT arbeitet in jedem Geschäftsfeld mit Leistungsindikatoren, die anforderungsgerecht monatlich, vierteljährlich oder halbjährlich erhoben und bewertet werden. Nach unserem QM-System steht der jeweilige „Kunde“ und Auftraggeber (AG) und dessen Zufriedenheit mit dem Ergebnis im Vordergrund. Folgende Kennzahlen werden, für jeden Geschäftsbereich (GB) spezifiziert, verwandt.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Als finanzieller Leistungsindikator für den GB „TZM“ wird das Ergebnis herangezogen. Ein „positives Ergebnis“ wird unter der Voraussetzung, dass die notwendigen Maßnahmen für die Werterhaltung des TZA durchgeführt werden, als Zielerreichung akzeptiert. In 2015 wurde dieses Ziel unter Berücksichtigung von Gesellschafterzuschüssen (Stadt Aachen) in Höhe von 2,6 T€ (Vorjahr 154 T€) erreicht. Das TZA erwirtschaftete einen Überschuss von 109 T€ (Vorjahr 107 T€), der in die Instandhaltungsrücklage nachrichtlich überführt wurde. Weiter wird die Anlagenintensität zur finanziellen Bewertung der AGIT hinzugezogen. Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität 86 % (Vorjahr 84 %) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen korrespondierend zur AfA des Gebäudes rückläufig. Für den GB „Wirtschaftsförderung“ wird als finanzieller Leistungsindikator die Budgeteinhaltung bzw. Kostendeckung als Kriterium festgelegt. Dies wird auf die einzelnen Aufgabenfelder (BTOU, A&I, TT & BDS) heruntergebrochen. Hier wurde in 2015 das Ziel der Budgeteinhaltung für die Bereiche A&I sowie BTOU weitgehend erreicht, jedoch nicht für die durchgeführten Projekte, die im Bereich TT & BDS angesiedelt sind.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

GB „Technologiezentrumsmanagement“ (TZM)

Nach den Leistungsindikatoren „Auslastung“ sowie „Einzüge/Auszüge“ erfüllt die AGIT ihr Soll, denn alle Zentren sind mit 100 % vollständig ausgelastet (95 % gilt als „Vollauslastung“). Der Einzug von 7 neuen Firmen (Vorjahr 12 Einzüge) bei einem durchschnittlichen Jahresbestand von über 85 Firmen und knapp 900 Beschäftigten liegt nicht ganz im Soll (> 12,5 % pro Jahr). Dies hängt aber mit der hohen Auslastung des TZA und ZMBT zusammen, denn die Nachfrage war deutlich höher. Da die Auslastung seit Jahren nahe dem 100%-Wert liegt und die Nachfrage nicht mehr befriedigt werden kann, bietet sich eine planungsrechtlich zulässige Erweiterung des TZA an.

GB „Wirtschaftsförderung“

Nach dem Leistungsindikator „Gründung“ von Unternehmen“ (Anzahl) im Geschäftsfeld „Beratung technologieorientier Unternehmen“ (BTOU) liegt die AGIT mit 45 technologieorientierten Gründungen in 2015 deutlich über dem Durchschnitt und Soll der letzten Jahre und auf dem Rekordniveau von 2014. Nach dem Leistungsindikator „Angesiedelte Unternehmen“ (Anzahl) im Geschäftsfeld „Ansiedlungswerbung und Investorenberatung“ (A & I) ist die Anzahl in 2015 erwartungsgemäß gegenüber dem Rekordjahr 2013 zurückgegangen. Bezogen auf die geschaffenen Arbeitsplätze war 2015 wie auch 2014 ein Durchschnittsjahr. Im Geschäftsfeld „Technologie-Transfer & Business Development Support“ (TT & BDS) werden insbesondere Aufträge und Projekte bearbeitet. Inhaltlich wird die „Zufriedenheit“ der Auftraggeber (AG) bzw. Zuwendungsgeber als Indikator verwendet. Je nach Auftrag und Projekt wird dies unterschiedlich ermittelt. In 2015 wurde dieses Ziel, bis auf kleine Schwankungen im Projektbereich, erreicht. Dass hier eine hohe Qualität vorliegt zeigt die Tatsache, dass das von der AGIT koordinierte „Projekt GCS“ den europäischen Preis für eine vorbildliche europäische Zusammenarbeit (Sail of Papenburg) bekommen hat. Weitere Parameter bzw. Indikatoren, die systematisch beobachtet werden, sind:

- Forecast: Projekte und Aufträge (vierteljährliche Erfassung)
- Liquiditätsplan (monatlich)
- Forderungsmanagement (Forderung aus Projekten / monatlich).

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten. Erwähnt werden sollte lediglich, dass ab Juli 2016 ein neuer Geschäftsführer eingestellt wird, da der jetzige Geschäftsführer aus Altergründen ausscheidet.

Prognosebericht

Liquidität

Wie bereits ausgeführt, wird sich ab etwa Mitte 2016 die Liquidität der AGIT nochmals verbessern, da mit der weiteren Auszahlung von Projektgeldern zu rechnen ist und die Mietstreitigkeiten im ZBMT beigelegt werden konnten. Ab Mitte 2016 dürften sich somit keinerlei Liquiditätsprobleme mehr für die AGIT ergeben, natürlich unter der Voraussetzung einer stabilen Wirtschaftslage.

GB „Technologiezentrumsmanagement“ (TZM)

Die vom Gutachten ermittelten Instandhaltungsaufwände von ca. 350 T€/Jahr für die nächsten 10 Jahre sind aus heutiger Sicht realistisch, da sich immer wieder neue Problemlagen auftun. Wenn gemäß dieses Gutachtens die vorgesehenen Maßnahmen durchgeführt und keine unvorhergesehenen größeren Maßnahmen erforderlich sind, sowie die hohe Auslastung von 100 % im TZA in 2016 gehalten werden kann, kann auch in 2016 mit einem positiven Ergebnis im TZA gerechnet werden. Dies gilt bei stabiler Wirtschaftslage auch für die nächsten Jahre. Auch wenn die Leasingrate im TZA BA II jährlich deutlich ansteigt, kann für die Jahre 2017 bis 6/2019 bei einer hohen Auslastung durchaus ein positives Ergebnis für das gesamte TZA erreicht werden. Mittels DL-Vertrag betreut das TZM der AGIT auch das ZBMT. Über eine Verlustausgleichregelung mit der Stadt Aachen reduzieren sich die Risiken für die AGIT. Die NK wurden in 2015 verbrauchergerechter aufgeschlüsselt und NK-Abrechnungen konnten im Dezember 2015 für 2014 und 2013 erstellt werden. Mitte 2016 dürften alle Probleme, die sich aus der Nebenkostenabrechnung ergeben haben, geklärt sein. Aufgrund der hohen Kostenstruktur des ZBMT und geförderter Mieten von Gründern ist auch nach der Beseitigung der besonderen Probleme der letzten Jahre – auch bei einer 100%-

Auslastung - nicht mit einem ausgeglichenen Ergebnis zu rechnen. Obwohl in 2015 wiederum 7 neue Mieter (Vorjahr 12), davon 4 Gründerfirmen, in das TZA eingezogen sind, können wir die Nachfrage von Gründern nicht mehr alle befriedigen, da alle Aachener Zentren zu 100 % ausgelastet sind. Hier sollten perspektivisch Erweiterungsmöglichkeiten für technologieorientierte Gründer und Firmen, ggf. in der Nähe des CAMPUS-Geländes, geprüft werden.

GB „Wirtschaftsförderung"
Das im Jahre 2011 entwickelte Reformkonzept, das zu neuen und verbesserten Strukturen in der Region führen soll, wurde ab dem 1.1.2013 mit der Gründung des Zweckverbandes Region Aachen (ZV) und der „AGITneu" umgesetzt. Die AGIT konzentriert sich im Bereich der technologieorientierten Wirtschaftsförderung auf ihre Kernaufgaben und führt deutlich weniger Projekte als bisher durch bzw. ausschließlich Projekte, die in ihr Kernportfolio passen und die zu 100 % finanziert sind. In 2014 betrug das Auftrags- und Projektvolumen sowie die Sonstigen Erträge für die AGIT 668 T€ und in 2015 ist der Ist-Wert auf 171 T€ gesunken. Auch für diese Projekte wurden seitens der Gesellschafter keine Eigenanteile zusätzlich geleistet. Neue beantragte Projekte, auch für die Folgejahre, die von den Gesellschaftern mit Eigenanteilen hinterlegt sein müssen, sind erst für das Jahr 2016 zugesagt. Einige Projekte wurden zwischenzeitlich auf voraussichtlich 7/2016 verschoben. Im Haushaltsjahr 2016 sind die erforderlichen Projekteigenanteile gelistet und von den Gesellschaftern im Dezember 2015 beschlossen worden. Für den Standort in Wegberg-Wildenrath (ARIC), wo der Projektstand sehr stark zurückgegangen ist und erst ab Mitte 2016 neue Projekte und Aufträge zugesagt sind, wurden entsprechende Kostendämpfungsmaßnahmen durchgeführt. Das Büro vor Ort wurde auf einen Raum verkleinert und ist nur noch temporär besetzt. Wie bereits im letzten Jahresbericht angesprochen, ist eine Schließung des Standortes nicht mehr auszuschließen, da bisher mit den Gesellschaftern keine Sonder- bzw. Übergangslösung gefunden werden konnte.

Wie im Lagebericht ausgeführt, wurden in 2015 viele Projekte auch aus früheren Jahren von den Zuwendungsgebern geprüft. Hieraus sind Lehren zu ziehen, denn die hohen Rückzahlungen an den Zuwendungsgeber sollten in Zukunft vermieden werden. Zudem mussten Projekte aufgrund von Verträgen über den ursprünglichen Zeitraum hinaus weitergeführt werden, die nicht durch Eigenanteile hinterlegt sind und die zu dem negativen Ergebnis geführt haben. Deshalb hat sich der Personalbestand in 2015 erst gegen Ende des Jahres deutlich reduziert. Für 2016 wird wieder mit einem leicht erhöhten Personalbestand gerechnet, sofern die beantragten Projekte genehmigt werden. Damit wird der personelle Substanzverlust der AGIT gegenüber früheren Jahren geringer ausfallen als befürchtet. Auch wenn die von den Gesellschaftern finanzierten Kernaufgaben der AGIT auf sehr hohem Niveau fortgeführt werden, sollte darauf hingewiesen werden, dass gerade mittels der Projekte die AGIT in der Vergangenheit wichtige Impulse für die regionale Wirtschaft und Industrie leisten konnte. Für 2016 laufen die Kernaufgaben der AGIT stabil. Die Ergebnisse im Arbeitsfeld BTOU lassen ähnlich hohe Gründerraten erkennen wie in 2015. Das Ansiedlungsgeschäft im ersten Halbjahr 2016 pendelt sich auf dem mittleren Niveau von 2015 ein, was oft der Fall ist nach einem sehr guten Jahr wie in 2013. Die vorhandenen Aufträge und neuen Projekte, die auch mit Eigenmitteln hinterlegt sind, werden in 2016 vertraglich durchgeführt. Neue Projekte werden zudem beantragt. Das Auftrags- und Projektvolumen kann aus heutiger Sicht planmäßig abgearbeitet werden. Für 2016 lässt sich zurzeit die Prognose stellen, dass die geplanten Ziele und Ergebnisse des Wirtschafts- und Stellenplanes 2016 erreicht werden können.

Gesamtergebnis 2016

Laut Wirtschaftsplan wird für das Geschäftsjahr 2016 aus heutiger Sicht mit einem insgesamt ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet. Nachdem das erste Quartalsergebnis vorliegt, kann diese Einschätzung bestätigt werden.

Risikobericht

In 2015 wurde ein Plan-Auftrags-/Projektvolumen von 415 T€ (Vorjahr 876 T€) bearbeitet und damit das Niveau von 2014 – wie geplant – deutlich unterschritten. Das Projektvolumen wurde seitens der AGIT-Gesellschafter durch entsprechende Eigenanteile zwar in 2013 hinterlegt, jedoch nicht in 2014 und 2015. Hier entstehen somit Risiken, sofern die AGIT diese Eigenanteile nicht kompensieren kann, was sich ja deutlich in 2015 gezeigt hat. Weiter entstehen Risiken durch nicht anerkannte Projektkosten auch aus lange zurück liegenden Jahren, was sich auch in 2015 für die Jahre 2009 bis 2012 deutlich gezeigt hat. Risiken aus Arbeitsverträgen ergaben sich normalerweise nicht, da Arbeitsverträge befristet sind und eine kontinuierliche Anpassung des Personalbestands an den Umfang der Projektarbeiten damit ermöglicht wird. Jedoch hat sich auch in 2015 gezeigt, dass bei Projektverlängerungen oder nach Beendigung von Projekten weitere Abschlussarbeiten für 3-6 Monate notwendig sind, die einen Einsatz der Projektmitarbeiter erforderlich machen. Hieraus sind entsprechende Lehren für eine „realistische" Projektfinanzierung zu ziehen. In 2016 liegt das Plan-Projektvolumen in der AGIT mit etwas knapp unter 800 T€ deutlich über dem Niveau von 2015. Hierbei wurden mit dem Beschluss der Gesellschafter und des Aufsichtsrates im November 2015 auch die Eigenanteile durch Zuschüsse der Gesellschafter beschlossen. Dies reduziert deutlich etwaige Liquiditätsprobleme, da das Vorfinanzierungsvolumen geringer ausfällt. Natürlich können auch in 2016 – wie das Jahr 2015 deutlich gezeigt hat – deutliche Forderungsverluste – insbesondere auch aus früheren Projekten – entstehen. Schon heute zeigt sich, das das Plan-Projektvolumen nicht mehr erreicht werden wir, da ein Teil der beantragten Projekte noch nicht genehmigt wurden, die zum 1. Januar 2016 starten sollten. Da für diese Projekte bisher noch keine Mitarbeiter eingestellt wurden, ergeben sich hieraus auch keine Risiken. Durch die in der Sitzung im Februar 2013 beschlossene weitergehende Neuregelung der Verlustabdeckung für TZA BA II im Rahmen einer Vereinbarung zwischen der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen auf der einen Seite sowie den anderen Gesellschaftern auf der anderen Seite, ergeben sich bis 6/2019 (Dauer des Vertrages / Auslauf des Leasingvertrages) unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen keine Risiken für die AGIT. Die vorgesehenen Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich des TZA BA I und BA II wurden in 2015 und werden in 2016 weitergeführt. Durch diese systematische Instandsetzung des Gebäudes können bei einem evt. Rückgang der Erträge vorgesehene Instandhaltungen auch gestreckt oder verschoben werden, so dass hier ein flexibles Instrument vorliegt. Zur Verbesserung ihrer Prozessabläufe hat die AGIT im Rahmen der Neuausrichtung in 2013 ein Qualitätsmanagementsystem (QM-System) entwickelt, das nach einem Testjahr (2014) eingeführt werden sollte. In 2015 wurde ein neues ERP/CRM-System eingeführt, dass das QM-System in seinen Prozessstabilität unterstützt. Teil des QM-Systems ist ein Risikomanagementsystem (RM-System), das wesentliche Kennzahlen periodisch verfolgt. Die Einführung des ERP/CRM-Systems geht etwas langsamer vonstatten als geplant, so dass die Einführung des QM-Systems und Integration in das ERP/CRM-System erst in 2016 erfolgen kann. Im Bereich der Personalkosten (PK) werden sich nur Veränderungen auf Grund der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ergeben. Im Planbudget sind entsprechende Erhöhungen von 2,5 % berücksichtigt, die in der Vergangenheit den bisherigen Verhandlungsergebnissen in etwa entsprachen. Die aktuellen Forderungen seitens der Tarifparteien lassen noch keinen konkreten Rückschluss zu, von AN-Seite liegen die aktuellen Forderungen jedoch deutlich über dem AGIT-Planbudget. Zudem wurde von Seiten der AGIT-Gesellschafter in der

letzten Gesellschafterversammlung in 2015 eine Reduzierung der „Anpassungskennzahl“ gefordert. Die Geschäftsführung der AGIT soll einen entsprechenden Vorschlag in 2016 unterbreiten, der ab dem Jahr 2017 wirksam werden soll. Diese Forderung kann dazu führen, dass die AGIT sich ein eigenes Tarifsystem geben muss bzw. perspektivisch Personalreduzierungen notwendig werden. Um weitere finanzielle Risiken zu vermeiden, werden auf Seiten der AGIT alle Arbeitsverträge der Projektmitarbeiter den Projektlaufzeiten angepasst.

Chancenbericht

Auf Grund der vorgesehenen finanziellen Trennung von „Technologiezentrumsmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ ergab sich die Notwendigkeit vollständig neuer Wirtschafts- und Stellenpläne ab 2013. Die damaligen Aufgabendefinition und Aufgabenstruktur hat sich aus heutiger Sicht bewährt, denn die AGIT hat wieder deutlich an Profil gewonnen und ist schlagkräftiger geworden. Nach der Prüfung der Spartengewinnermittlung ab 2013 durch die Wirtschaftsprüfer für das TZA I / II ZBMT zeigt sich, dass bei gleich bleibender hoher Auslastung von fast 100 % nur unwesentliche Veränderungen in den Einnahmen zu erwarten sind, dass umgekehrt die Werte aber auch gehalten werden können. Die geplanten und durchgeführten Maßnahmen zur Werterhaltung des TZA zeigen sich in einer weiterhin hohen Akzeptanz der Firmen im TZA und der hohen Nachfrage. Ein Ankauf des TZA BA II ab 7/2019 durch die AGIT kann auch aus heutiger Sicht planmäßig erfolgen. Die seit 2008 hohe Auslastung des TZA sollte zum Anlass genommen werden, über einen Ausbau des TZA nachzudenken, ggf. mit einem Fokus auf die internationalen Ansiedlungen, wie dass in anderen Städten bereits erfolgt ist (Z.B. Zürich). Günstige Zinsen und ein vorhandenes Grundstück lassen das Risiko gegenüber den Chancen überschaubar erscheinen.

Weitere Chancen ergeben sich zurzeit aus der Kooperation mit der RWTH-Aachen, die in die gleiche Richtung wie der oben angeführte Anbau gehen. Für den Betrieb eines „International House of Innovation“ wurde die AGIT als Betreiber für das Technologiezentrumsmanagement angefragt. Die Ausgliederung des AIC in eine neue Gesellschaft (ARIC), die bereits für Ende 2009 geplant war, musste aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, verzögerter Projektzuwendungen und der Klärung wichtiger Detailfragen in 2011 in der geplanten Form aufgegeben werden. In der Folgezeit wurden eine Kooperationsvereinbarung mit der RWTH Aachen und ein Zuwendungsvertrag mit dem Kreis Heinsberg für 2013 und 2014 ausgehandelt. In 2015 wurden somit nur noch die laufenden Projekte und Aufträge bearbeitet. Aufgrund dieser Situation wurde mit Beginn 2016 das Büro vor Ort in Wegberg-Wildenrath auf einen Raum zurückgefahren, um die Kosten zu senken und trotzdem die bereits für Ende 2016 und für 2017 beauftragten Projekte und Dienstleistungen weiterhin vor Ort durchführen zu können. Auch für ARIC und damit die AGIT ergeben sich weitere Chancen aus dem RAIL-Center, deren zeitnahe Realisierung jedoch nur schwer einzuschätzen ist.

Gesamtaussage

Mit der Förderung von technologieorientierten Gründungen, der Unterstützung von Wachstumsfirmen, der Förderung von Innovation und Technologietransfer, der Ansiedlungswerbung und Investorenberatung sowie der Unterstützung des Business Development Supports in der Region Aachen steht die Gesellschaft auch weiterhin vor interessanten Aufgaben. Die weltweite Arbeitsteilung und die Wirtschaftskrise in Europa, die sich in Ansiedlungsveränderungen niederschlagen, und die hohe weltweite Innovationsdynamik, die eine rein regionale Innovationspolitik immer schwieriger macht, führen zu immer anspruchsvolleren Aufgabenstellungen, denen die AGIT begegnen muss. Der Lösungsraum für die Anforderungen wird immer komplexer. Die Bewältigung dieser Aufgaben ist durch die Neuaufstellung der AGIT in 2013 und die Fokussierung der AGIT auf diese Schwerpunkte deutlich erleichtert und verbessert worden.

Das neue Finanzierungsmodell der AGIT ab 2013, das eine konsequente finanzielle Trennung von „Technologiezentrumsmanagement“ (das quasi als Profit Center arbeitet) und technologieorientierter „Wirtschaftsförderung“ (die rein durch Zuwendungen der Gesellschafter getragen wird) vorsieht, hat sich als richtige Entscheidung und Perspektive für die AGIT herausgestellt. Diese Aussage gilt nicht nur für die finanzielle Situation, sondern auch für die inhaltliche Ausrichtung der Fokussierung auf die Kernkompetenzen der AGIT. Die Risiken im Bereich technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“ schienen überschaubar. In 2015 hat sich jedoch kumulativ gezeigt, das Projektprüfungen durch die Zuwendungsgeber zu Rückzahlungen in beträchtlicher Höhe führen können oder bei kostenneutralen Verlängerungen der Projekte zusätzliche Kosten weit über den Eigenanteil hinaus entstehen. Hier muss sich die AGIT organisatorisch entsprechend neu aufstellen. Aufgrund der hohen Auslastung und der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland sowie der vertraglich vereinbarten Verlustübernahmeregelungen ergeben sich für den Zeitraum bis Mitte 2019 im GB „Technologiezentrumsmanagement“ aus heutiger Sicht keine wesentlichen finanziellen Risiken für die AGIT. Durch eine flexible Instandsetzungsstrategie können zudem geringe Ertragsschwankungen ausgeglichen werden. Für 2016 kann aus heutiger Sicht deshalb gesagt werden, dass die Gesellschaft das Plan-Ergebnis erreichen kann, sofern keine gravierenden Sondereffekte wie in 2015 eintreten. Die strategische Ausrichtung der „AGIT 2.0“ ist deshalb auf einem guten Weg.

Aachen, im April 2016
Dr. Helmut Greif
-Geschäftsführer-

Zweckverband Region Aachen

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
   a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
   b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
   c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung hat 61 Mitglieder und besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Je 12 Vertreter werden Vertretungskörperschaften für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder den Dienstkräften der Verbandsmitglieder gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen. Der Landschaftsverband Rheinland entsendet einen Vertreter mit beratender Stimme in die Verbandsversammlung. Die Verbandsversammlung wählt aus dem Kreis der kommunalen Vertreter einen Vorsitzenden und vier Stellvertreter. Die Wahl erfolgt in der ersten Sitzung nach Bildung des Zweckverbandes und danach jeweils am Anfang und zur Mitte der Wahlperiode der kommunalen Vertretungskörperschaften. Die Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten aus dem Verbandsgebiet nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher und seine vier Stellvertreter werden aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder von der Verbandsversammlung für die Dauer von drei Jahren, höchstens jedoch für die Dauer ihres Amtes, gewählt. Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Er wird durch eine Geschäftsstelle unterstützt, die durch einen hauptamtlichen Geschäftsführer geleitet wird. Der Geschäftsführer ist berechtigt, gemeinsam mit dem Verbandsvorsteher Erklärungen gemäß § 16 Abs. 3 GkG abzugeben. Der Verbandsvorsteher hat jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres den Entwurf der Haushaltssatzung festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen. Der Verbandsvorsteher ist verantwortlich für die Durchsetzung der Verbandsziele und der Beschlüsse der Verbandsversammlung.

Zweckverbandspräsident

Der Regierungspräsident in Köln ist Präsident des Zweckverbandes. Der Zweckverbandspräsident hat die besondere Aufgabe, die Region Aachen als höchster Repräsentantin den Gremien der Euregio Maas-Rhein zu vertreten und umgekehrt in die Region Aachen hinein Angelegenheiten der Euregio Maas-Rhein zu transportieren. Der Zweckverbandspräsident nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verbandes teil.

Besetzung der Organe

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Stellvertreter:	Axel Hartmann	Allgemeiner Vertreter
	Hans-Josef Hilsenbeck	stv. Städteregionsrat
Stellvertreter:	Willi Bündgens	Städteregionstagsmitglied
	Alexander Lenders	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied
	Jost Nobis	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Franz Plum	Städteregionstagsmitglied
	Ulla Thönnissen	Städte
regionstagsmitglied		
Stellvertreter	Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied
	Lars Lübben	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Karin Schmitt-Promny	Städteregionstagsmitglied
	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Werner Krickel	Städteregionstagsmitglied
	Doris Harst	Städteregionstagsmitglied

Stellvertreter:	Janine Köster	Städteregionstagsmitglied
	Thomas Hartmann	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	René Maaßen	Städteregionstagsmitglied
	Martin Peters	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
	Dr. Werner Pfeil	Städteregiosntagsmitglied
Stellvertreter:	Dr. Hans-Joachim Helbig	Städteregionstagsmitglied
	Uwe F. Löhr	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Harald Siepmann	Städteregionstagsmitglied

Verbandsvorsteher:

Wolfgang Spelthahn Landrat des Kreises Düren

Zweckverbandspräsidentin:

Gisela Walsken Regierungspräsidentin

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Zweckverband

Sitz: 52070 Aachen

Mitglieder:	Anteil in %
StädteRegion Aachen	25,00
Stadt Aachen	25,00
Kreis Heinsberg	25,00
Kreis Euskirchen	25,00
	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	5.995	5.020
I. Immaterielle Vermögens-gegenstände	801	497
II. Sachanlagen	3.194	2.523
III. Finanzlagen	2.000	2.000
B. Umlaufvermögen	719.055	710.269

I. Forderungen / sonst. VG	566.722	476.808
II. Kassenbestand, Guthaben	152.333	233.461
Bilanzsumme Aktiva	**725.050**	**715.289**
A. Eigenkapital	79.480	66.579
I. Allgemeine Rücklage	33.973	52.987
II. Sonderrücklagen	0	0
III. Ausgleichsrücklage	16.986	26.493
IV. Jahresüberschuss	28.521	-12.901
Sonderposten	0	0
B. Rückstellungen	0	10.500
C. Verbindlichkeiten	645.570	638.210
Bilanzsumme Passiva	**725.050**	**715.289**

Gesamtergebnisrechnung:	2014 - in € -	2015 - in € -
Ordentliche Erträge	2.056.044	2.374.387
Ordentliche Aufwendungen	2.024.109	2.379.905
Ergebnis d. lfd. Verwaltungstätigkeit	28.521	-12.901
Finanzergebnis	-310.608	81.128
Außerordentliches Ergebnis	0	-2.838
Jahresergebnis	**28.521**	**-12.901**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Indikatoren der Vermögens-Finanz und Ertragslage:	2014	2015
Liquidität 1. Grades	23,60	36,584
Eigenkapitalquote	10,96	9,14
Allgemeine Umlagequote	38,24	33,32
Zuwendungsquote	61,76	66,49
Personalintensität	72,15	67,91
Aufwandsdeckungsgrad	101,58	99,77

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die Städteregion Aachen hat im Haushaltsjahr 2015 eine Umlage in Höhe von 218.443 € an den Zweckverband Region Aachen gezahlt.

Im Geschäftsjahr 2015 haben sich verschiedene Verschiebungen in der tatsächlichen Umsetzung des Haushaltes des Zweckverbandes Region Aachen im Vergleich zum Haushaltsansatz ergeben. Die Unterdeckung resultiert aus Einmaleffekten durch den Wechsel in der Geschäftsführung, erforderliche Steuernachbelastungen und Kosten der internen Neuorganisation die nur zum Teil im laufenden Haushaltsjahr aufgefangen werden konnten. Nachfolgend sind zu den verschiedenen Sachkonten die wichtigsten Abweichungen erläutert. Die Überleitung des Gesellschafterzuschusses 2015 von der AGIT mbH an die Region Aachen – Zweckverband wurde in der Zweckverbandsversammlung am 26.02.2016 beschlossen und konnte somit nicht im Jahre 2015 verbucht werden. Eine produktscharfe Verbuchung der Personalkosten auf die einzelnen Produkte war auf der Grundlage der von der Lohnbuchhaltung übermittelten Daten nicht möglich. Deshalb wurden alle Personalkosten zentral verbucht. Im Haushaltsansatz war lediglich die jährliche Leasingrate etatisiert. Die laufenden Verbrauchskosten und –materialien konnten nicht separat auf das dazugehörige Sachkonto 540301 verbucht werden. In der Saldierung der bei den Sachkonten findet hier ein haushaltsneutraler Ausgleich statt.
Es ergab sich ein Mehrbedarf an IT-gestützter Büroausstattung und IT Dienstleistungen, um die internen Büroprozesse zu optimieren. Die Gesamtbeträge für 2014 und 2015 wurden im Jahr 2015 belastet. 540206 Seitens der Geschäftsführung wurde entschieden, die Buchhaltung extern zu vergeben, da hierdurch langfristig Kosten eingespart werden. Es führte in 2015 jedoch zu einem einmalig erhöhtem Aufwand. 540303, 540306 Im Laufe des Jahres 2015 wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Industriedialog festgelegt, eine eigene Homepage (Wirtschaftsregion Aachen) zu erstellen. Hieraus ergibt sich in der Saldierung der beiden Sachkonten der Gesamtmehraufwand. Den Mehraufwendungen im Rahmen der KlimaExpo standen entsprechende Mehreinnahmen entgegen. 540310 Nach einer Prüfung durch die Finanzverwaltung ergab sich für die Jahre 2013 und 2014 im Rahmen der Übernahme von Projekten von der AGIT mbH eine Mehrwertsteuerbelastung. Die weiteren Mehraufwendungen wurden durch Mehreinnahmen im Produkt 0403 gedeckt. 540401 Im Jahr 2015 musste die Region Aachen – Zweckverband der Unfallkasse NRW als Körperschaft des öffentlichen Rechts beitreten. 540403 Die Mehraufwendungen wurden durch Mehreinnahmen im Produkt 0403 gedeckt.

2. Jahresergebnis

Der Jahresabschluss zum 31.12.2015 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresergebnis in Höhe von -12.901 Euro ab.

2.1. Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung

2.1.1. Ergebnislage

Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist im Lagebericht tabellarisch dargestellt.

Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können oder ob bereits aus der ordentlichen Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung neue Schulden entstehen. Das ordentliche Ergebnis schließt mit einem Ergebnis von -5.518 Euro ab. Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das Finanzergebnis in Höhe von -4.545 Euro in das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit ein, das sich in Höhe von -10.063 Euro darstellt. Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit veränderte sich somit um -10.063 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2015. Jahresergebnis Neben dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit fließt das außerordentliche Ergebnis, welches im Jahr 2015 mit -2.838 Euro abschließt, in das Jahresergebnis ein. Das Jahresergebnis beträgt -12.901 Euro. Das Ergebnis änderte sich somit um -12.901 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2015. Ein negatives Jahresergebnis kann durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Dazu wird nachfolgend die Entwicklung der Rücklagen dargestellt.

Rücklagen

Zur Abdeckung von negativen Jahresergebnissen dienen die Ausgleichsrücklage und die Allgemeine Rücklage als Teile des Eigenkapitals. Bei negativen Jahresergebnissen wird zunächst die Ausgleichsrücklage für den Jahresausgleich genommen. Ist diese aufgebraucht, wird die Allgemeine Rücklage verwendet.
Die Entwicklung der Ausgleichsrücklage und der allgemeinen Rücklage im Ergebnis, sowie in der Planung wird im Lagebericht für das Berichtsjahr 2015 tabellarisch dargestellt.

2.1.2. Ertragslage

Die Entwicklung der Erträge sowie die Abweichung zu den Planwerten 2015 sind im Lagebericht tabellarisch dargestellt. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Gesamterträge um 230.556 Euro gestiegen. Gegenüber dem Planansatz 2015 ist eine Abweichung von 83.258 Euro festzustellen. Die Abweichung ist im Wesentlichen auf gestiegene Erträge im Produkt 0403 zurückzuführen. Dies war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nicht vorherzusehen. Zuwendungen und allgemeine Umlagen Das Haushaltsvolumen des Region Aachen - Zweckverband beträgt 2.286.600 Euro. Die Finanzierung erfolgt als Grundfinanzierung durch die Umlage der Verbandsmitglieder (791.095 € = 34,6 %), projektorientierte Fördermittel (1.315.505 € = 57,5 %) sowie Zuschüsse des LVR, des Landes NRW, der Übertragung von Gesellschafterbeiträgen an die AGIT mbH und des Dienstleistungsauftrages „Regionales Gewerbeflächenmonitoring" und „Gewerbeflächen-Informations-System“ (insg. 180.000 € = 7,9%). Die Verbandsumlage deckt damit lediglich die Kosten der engsten Kernaufgaben der allgemeinen Verwaltung. Der hohe Anteil an

Projektfinanzierungen stellt für den Region Aachen – Zweckverband einerseits ein stetiges Liquiditätsproblem dar, da der Mittelrückfluss durch die Fördermittelgeber i.d.R. zeitlich erst deutlich versetzt nach den tatsächlichen Ausgaben erfolgt (Kostenerstattungsprinzip). Andererseits führt es zwangsläufig zu einem hohen Anteil an befristeten Personalstellen, die eine kontinuierliche, qualifizierte Arbeit an wichtigen regionalen Fragestellungen erschwert.

2.1.3. Aufwandslage

Die Entwicklung der Aufwendungen sowie die Abweichung zu den Planwerten 2015 sind im Lagebericht tabellarisch dargestellt. Gegenüber dem Planansatz 2015 ist eine Abweichung von -100.688 Euro festzustellen. Die Mehraufwendungen wurden durch Mehrerträge im Produkt 0403 abgedeckt.

2.2. Finanzhaushalt und Finanzrechnung

Die Entwicklungen der Ein- und Auszahlungen sind im Lagebericht tabellarisch dargestellt. Die Bilanz gibt die Vermögens- und Schuldensituation zum Stichtag wieder (vgl. Bilanz zum 31.12.2015). Gegenüber dem Vorjahr reduziert sich die Gesamtbilanzsumme um rd. 10.000 Euro auf 715.288,65 Euro.

4. Kennzahlen

Mit Einführung des NKF wurde vom Ministerium für Inneres und Kommunales ein Kennzahlenset entwickelt. Die Analyse der Kennzahlen des Region Aachen – Zweckverband wird dabei nur solche Kennzahlen näher erläutern, die für die Darstellung der haushaltwirtschaftlichen Gesamtsituation von größerer Bedeutung sind. Die Kennzahlen sind in Anlage 1 erläutert und entsprechend dem NKF-Kennzahlenset NRW ermittelt worden.

4.1. Kennzahlen und Analyse der Vermögens- und Schuldenlage

Bezeichnung	Kennzahlenwert 2014 in %	Kennzahlenwert 2015 in %
Eigenkapitalquote	10,96	9,14

Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz.

4.2 Kennzahlen und Analyse der Finanzlage

Bezeichnung	Kennzahlenwert 2014 in %	Kennzahlenwert 2015 in %
Liquidität 1. Grades	23,60	36,58

Liquidität 2. Grades	111,38	111,29

Die Liquidität 1. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel gedeckt werden können. Der Region Aachen – Zweckverband war am Bilanzstichtag 2015 in der Lage ihre kurzfristigen Zahlungsverbindlichkeiten zu rd. 37% nachzukommen. Die Liquidität 2. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Der Region Aachen – Zweckverband war am Bilanzstichtag 2015 in der Lage ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten vollständig zu decken.

4.3. Kennzahlen und Analyse der Ertragslage

Bezeichnung	Kennzahlen- wert 2014 in %	Kennzahlen- wert 2015 in %
Allgemeine Umlaqequote	38,24	33,32
Zuwendunqsquote	61,76	66,49
Personalintensität	72,15	67,91
Aufwandsdeckunqsqrad	101,58	99,77

Die allgemeine Umlageqoute gibt an, welchen Anteil die Verbandsumlage an den ordentlichen Erträgen hat. Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit der Region Aachen – Zweckverband von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist. Die Personalintensität zeigt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können.

5. Entwicklung des Zweckverbandes Region Aachen

Gemäß § 48 GemHVO sind im Lagebericht die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Region Aachen – Zweckverband darzustellen. Die Haushaltsstruktur des Region Aachen – Zweckverband basiert auf zwei wesentliche Einnahmequellen: die Verbandsumlage sowie Projektfinanzierungen. Die allgemeine Umlagequote ist im Jahr 2015 im Vorjahresvergleich um ca. 5 Prozentpunkte auf nur noch 33,32% gesunken. Ziel muss es sein, langfristig die Kernaufgaben sowie die zentralen inhaltlichen Aufgabenfelder nicht über Projekte sondern über eine verlässliche Grundfinanzierung zu sichern. Dies bedeutet mittelfristig, dass die Zuwendungsquote auf max. 40 gesenkt werden muss. Mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung für die Jahre 2016/17 wurde durch die Erhöhung des Umlagebetrags von 250.000 € ein wichtiger Schritt in die Stabilisierung der Grundfinanzierung des Region Aachen –Zweckverband gemacht. Der Region Aachen –Zweckverband hat sich im Netzwerk der strukturpolitischen Regionen NRWs als verlässlicher und engagierter Partner etabliert. Dies stellt einen wesentlichen Pfeiler zur Sicherung

der strukturpolitischen Ziele der Aachener Region dar. Nur in enger Kooperation mit den anderen strukturpolitischen Regionen kann die Profilierung der Aachener Region wirklich gelingen. Die Schaffung der Metropolregion Rheinland einerseits und die Stärkung des metropolitanen Kooperationsraums Euregio Maas-Rhein stellen dabei weitere wichtige Elemente dar. Durch die neue Geschäftsführung wurde der Abstimmungsprozess mit der AGIT weiter fortgeführt und die bereits vorgenommene inhaltliche Profilierung optimiert. Im Verhältnis zur AGIT sind sowohl die jeweiligen Aufgabenfelder als auch die notwendige Kooperationsfelder und Schnittstellen klar definiert. Auf dieser Basis wurde die Zieldefinition in einem gemeinsamen Strategiepapier konkretisiert und den jeweiligen Gremien zur Beratung vorgelegt. Hierdurch können strategische Entscheidungen für eine nachhaltige Strukturentwicklung der Region Aachen deutlicher vorangetrieben werden, die wirklich strukturrelevanten Themen im Inneren der Region vernetzt und mit den Akteuren gemeinsam in der Region und darüber hinaus umsetzt werden und diese Inhalte nach außen vertreten und sichtbar gemacht werden! Als neue Aufgabe stellt dabei die Unterstützung der Prozesse im Rahmen der Regionalplanung eine wichtige Herausforderung dar. Wichtig ist es nun, den eingeschlagenen Weg konsequent zu verfolgen und nicht durch zu häufige strategische Anpassungen zu gefährden. Prozesse der Regionalentwicklung sind langfristig angelegt und brauchen einen verlässlichen Rahmen.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH

Gegenstand der Gesellschaft

- Die Aufgaben der Gesellschaft bestehen darin, die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten. Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen; bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.
- Zur Erreichung dieses Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations- und Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige wirtschaftliche Zielgruppen wie auch für Gebietskörperschaften und sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzierungshilfen.
- Die Gesellschaft kann auch selber Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.
- Die Gesellschaft ist berechtigt, Entwicklungsprojekte in der StädteRegion zu planen, zu realisieren und zu verwalten.
- Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere
    - mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren,
    - sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, beteiligen.
    - Zweigniederlassungen errichten.
- Die Gesellschaft ist verpflichtet, ihre Geschäfte zum Wohle aller beteiligten Städte und Gemeinden zu betreiben.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie werden von der Gesellschafterversammlung bestellt oder abberufen.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht einschließlich des Vorsitzenden aus 16 Mitgliedern. Je ein Mitglied wird von den Städten Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Stolberg, Würselen und den Gemeinden Roetgen und Simmerath entsandt sowie der Sparkasse Aachen. Das entsandte Mitglied kann nur der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte der jeweiligen Stadt bzw. Gemeinde bzw. ein Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Aachen sein. Vorsitzender ist der jeweilige Städteregionsrat

der StädteRegion Aachen. Der stellvertretende Vorsitzende wird von den Aufsichtsratsmitgliedern der Städte und Gemeinden sowie der Sparkasse Aachen aus deren Mitte gewählt. Weitere geborene Mitglieder sind der jeweilige Kämmerer der StädteRegion Aachen und vier vom Städteregionstag zu entsendende Städteregionstagsmitglieder.

Gesellschaftervertreter:
Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Prof. Dr. Axel Thomas	
Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:		
Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied
	Alexander Lenders	Städteregionstagsmitglied
	Karin Schmitt-Promny	Städteregionstagsmitglied
	Stefan Mix	Städteregionstagsmitglied
	Egon Metten	Kämmereileiter StädteRegion Aachen
Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:		
	Alexander Lenders	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52477 Alsdorf
gezeichnetes Kapital:	2.303.500,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	1.183.100	51,361
Regionsangehörige Städte / Gemeinden (ohne Stadt Aachen)	813.600	35,320
Sparkasse Aachen	306.800	13,319
	2.303.500	100,00

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
Meß- und Prüfzentrum Fahrzeugtechnik Alsdorf GmbH*	6.340,02	25,00

* Die Gesellschaft wurde zum 31.12.2014 liquidiert.

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	5.449.768	5.252.164	5.032.875
I. Imm. Vermögensgegenst.		2.602	678
II. Sachanlagen		5.208.882	4.993.861
III. Finanzanlagen		40.679	38.336
B. Umlaufvermögen	21.247.229	16.502.629	13.080.115
I. Vorräte		1.028.079	1.663.614
II. Forderungen / sonst. VG		13.582.567	9.691.903
III. Kassenbestand, Guthaben		1.891.983	1.724.597
C. Rechnungsabgrenzungsposten	9.472	11.876	13.184
D. Aktive latente Steuern	38.131	59.231	92.617
Bilanzsumme Aktiva	**26.744.600**	**21.825.900**	**18.218.791**
A. Eigenkapital	2.394.061	2.524.512	2.211.473
I. Gezeichnetes Kapital	2.303.500	2.303.500	2.303.500
II. Verlust/– Gewinnvortrag	14.396	90.561	221.011
III. Jahresüberschuss/–fehlbetrag	76.165	130.451	–313.038
B. Rückstellungen	463.712	556.728	966.210
C. Verbindlichkeiten	23.772.616	18.689.629	15.035.756
D. Rechnungsabgrenzungsposten	114.211	55.031	5.352
Bilanzsumme Passiva	**26.744.600**	**21.825.900**	**18.218.791**

Gewinn– und Verlustrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Umsatzerlöse	1.788.896	2.387.758	1.665.774
Betriebsergebnis	695.264	528.292	–128.162
Finanzergebnis	–1.025.138	–795.943	–612.342
gewöhnliches Geschäftsergebnis	–329.874	–267.651	–740.504
Erträge aus Gesellschafterzuschüssen	**398.252**	**393.727**	**394.399**
Jahresüberschuss/–fehlbetrag n. Steuern	**76.165**	**130.451**	**–313.038**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter (ohne Auszubildende)	7,5	7,0	6,5

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2013 in %	2014 in %	2015 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	20	24	28
Eigenkapitalquote	9	12	12
Eigenkapitalrentabilität	3	5	0

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Für die Finanzierung der WFG hat die StädteRegion im Haushaltsjahr 2015 einen anteiligen Betrag in Höhe von 208.324,60 € gezahlt. Die regionsangehörigen Städte und Gemeinden als kommunale Gesellschafter leisten zusammen einen gleich hohen Beitrag.

Die WFG GmbH erbringt Geschäftsbesorgungsleistungen für die KuK GmbH sowie die SPRUNGbrett gGmbH. Für KuK werden einzelne Geschäftsbesorgungsaufgaben auf der Grundlage eines zuletzt mit Datum vom 10.03.2006 geänderten Geschäftsbesorgungsvertrags wahrgenommen mit dem Ziel, die Geschäftsführung der KuK GmbH bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Darüber hinaus besteht zwischen der KuK GmbH und der WFG seit 01.12.2002 ein Pachtvertrag über das Gebäude, in dem das KuK ansässig ist. Zur Unterstützung des Rechnungswesens bei der SPRUNGbrett gGmbH wird eine Mitarbeiterin der WFG mbH als „Stand-by-Kraft" eingesetzt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf Public-Leasing

Das Geschäftsjahr 2015 war das fünfte Geschäftsjahr, in dem beschlusslagenkonform kein Neugeschäft akquiriert wurde. Die Gremien der WFG haben zum Jahreswechsel 2010/2011 beschlossen, die derzeit im Bestand gehaltenen Engagements bis zu ihrem Auslaufende weiterzuführen, aber keine neuen Leasingverträge mehr einzugehen. Im Jahr 2015 zeigte sich, welcher Risikogehalt noch in einzelnen Engagements vorhanden ist. Der bis dahin zweitgrößte Leasingnehmer der WFG geriet verschärft in eine wirtschaftliche Schieflage. Eine Insolvenz des Unternehmens konnte nicht verhindert werden. Der Leasingnehmer zeigte kein angemessenes Krisenmanagement. Die WFG hat frühzeitig ein konsequentes Mahnwesen umgesetzt und die außerordentliche Kündigung des Leasingvertrages betrieben. Bei einem Insolvenzverfahren dauert es traditionell und unvermeidbar mehrere Monate, bis der Leasinggeber wieder die uneingeschränkte Dispositionsfreiheit über den Leasinggegenstand zurückerhält. Somit musste für rund 5 Leasingraten eine Wertberichtigung auf die Forderungen vorgenommen werden. In dem Zeitpunkt, in dem die Dispositionsfreiheit über das Objekt wiedererlangt wurde, konnte die WFG bereits einen neuen Leasingnehmer aus einer artverwandten Branche (Lebensmittel-Logistik) vorweisen. Diesem konnte das Objekt mangelfrei als Leasing-Gegenstand zur Verfügung gestellt werden, nachdem mit

erheblichem Aufwand die notwendigen Reparaturmaßnahmen am Objekt vorgenommen wurden. Der neue Leasingvertrag wurde zum Anlass genommen, die Refinanzierung tiefgreifend zu verändern. Ein bis 2028 laufender Kreditvertrag wurde vorfällig aufgelöst, was Aufwand i. S. von Vorfälligkeitsentschädigungen erforderte. Eine neue Refinanzierung für diesen Betrag musste nicht aufgenommen werden, da der neue Leasingnehmer in gleicher Höhe Eigenmittel in das Engagement eingebracht hat, was nicht zuletzt aus Risikogründen begrüßenswert ist.

Zum Jahreswechsel 2014/2015 wurden auch bei einem weiteren Leasingnehmer, der ebenfalls in Eschweiler beheimatet ist, die Probleme schlagend. Hier hat die WFG den Leasingvertrag außerordentlich gekündigt. Der frühere Leasingnehmer nutzt das Gebäude weiterhin entgeltlich. Es wird zu untersuchen sein, ob die krisenbehaftete Situation damit ihr Ende gefunden hat. Das Objekt bzw. das Nutzungsengagement weisen unverändert Rückschlagspotenzial in erheblicher Größenordnung auf.

Baumanagement

Die WFG erbringt Baumanagement-Dienstleistungen auch außerhalb vom bzw. unabhängig vom Public-Leasing-Bereich. Insbesondere ist die WFG für ihre Schwestergesellschaft Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der StädteRegion Aachen GmbH im Rahmen von administrativen Projektsteuerungsaufgaben tätig.

Vermietung

Alle Vermietungsobjekte der Gesellschaft waren ganzjährig zu 100% ausgelastet. Ausnahmslos haben die Mieter ihre vertraglichen Verpflichtungen zu den vereinbarten Zeitpunkten erfüllt. Im Jahr 2014 konnte ein wichtiger Mietvertrag mit einem Großkunden noch um ein Jahr verlängert werden. Dieser Großkunde nutzt in zwei miteinander verbundenen Bauabschnitten seit mehr als 10 Jahren ein Objekt in Baesweiler. Diesen Standort hat das Unternehmen im Jahr 2015 (3. Quartal) aufgegeben. Die Arbeitsplätze wurden zum geringsten Teil auf andere Standorte in Deutschland verteilt, das Gros der Arbeitsplätze ist ins osteuropäische Ausland verlagert worden. Der Mietvertrag für den 1. Bauabschnitt lief Ende des 2. Quartals des Berichtsjahres aus und wurde um ein Quartal verlängert. Der Mietvertrag über den 2. Bauabschnitt wies noch eine Restlaufzeit bis Mitte 2016 auf. In enger Kooperation mit der Belegenheitskommune (Stadt Baesweiler) hat sich die Gesellschaft um eine Folgelösung jenseits der weiteren Vermietung engagiert. Denn ähnlich wie bei den Leasing-Engagements ist es der strategische Ansatz, das gebundene Kapital und das immanente Risiko mittelfristig deutlich zu reduzieren. Daher lag die Präferenz auf der Desinvestition und nicht prioritär in der weiteren Vermietung. Synchronisiert wurde der Entmietungsvorgang (Kurzfristige Verlängerung des Mietvertrages für den 1. Bauabschnitt, abgestimmt auf die vorzeitige Auflösung des Mietvertrages für den 2. Bauabschnitt gegen Entschädigung durch den Mieter) mit der Verkaufsmaßnahme des Gesamtobjektes. Per Saldo entstand eine Ergebnisbelastung. Der Buchverlust aus der Verkaufsmaßnahme und die Vorfälligkeitsentschädigung im Zusammenhang mit der Auflösung der Kreditfinanzierung waren in Summe höher als die Entschädigungszahlung durch

den Vermieter. In der Totalperiode ist bei diesem Mietengagement in den letzten Jahren per Saldo ein deutlicher Überschuss erzielt worden. Dem Verlust im Jahr 2015, der durch positive wie negative Einmaleffekte geprägt ist, steht ein solider Gewinn im Vermietungsbereich aus den letzten 10 Jahren gegenüber. Zum Ende des Geschäftsjahres 2015 reduziert sich somit die Anzahl der Mietobjekte im WFG-Portfolio auf insgesamt drei.

Regionale Zusammenarbeit

Die WFG ist unverändert in zahlreichen Gremien von unterschiedlichen Organisationseinheiten (wie Kapitalgesellschaften) vertreten, die mit ihrem Satzungszweck zusammenhängen. Hier sind zuvorderst die hiesigen Technologie- und Gründerzentren zu nennen, an denen die WFG beteiligt ist.

Weitere Dienstleistungen

Die WFG ist unverändert engagiert in der Geschäftsbesorgung der Business Park Alsdorf Gmbh. Umfangreicher wurden im Berichtsjahr die Geschäftsbesorgungs-Aktivitäten für die Camp Astrid Gruppe. Darüber hinaus wurden wie in den Vorjahren mehrere Rechnungswesen-Mandate wahrgenommen. Die Aufgabenstellung für das MPZ wird mit dem 31.12.2015 beendet. Die Gesellschaft hat dann das Ende des Liquidationszeitraumes erreicht. Ebenfalls beendet wurde mit dem Dezember 2015 die Tätigkeit für das Eurode Business Center.

Regionalmarketing und konkrete Ansiedlungen

Im Bereich der An- und Umsiedlungsanfragen bearbeitete die WFG im Berichtzeitraum 63 allgemeine Anfragen, von denen 52 zu konkreten avancierten. Die Anfrageanzahl lag geringfügig über dem Niveau des Vorjahres.

Konkrete Ansiedlungen

In der alphabetischen Reihenfolge der Kommune, in der die Ansiedlung realisiert werden konnte, erden nun die konkreten Vertragsabschlüsse, die von der WFG initiiert und begleitet wurden, erläutert:

In Alsdorf ist seit Januar 2015 ein neues Architekturbüro angesiedelt worden. Im Gewerbezentrum Alsdorf-Schaufenberg konnte eine Entwicklungsgesellschaft, die sich von einer Gesellschaft für Industrieforschung abgespalten hat, neu etabliert werden. Dort sind 35 neue Ingenieurarbeitsplätze entstanden. Die Tendenz ist stark steigend. Ebenfalls im Business Park Alsdorf hat ein

deutschlandweit gut aufgestellter Facility-Manager einen neuen Regionalstandort bezogen. Auch ein Tiefbauunternehmen, das einen Standort für Projekte in der StädteRegion Aachen benötigt, hat sich für Büro- und Stellflächen in Alsdorf entschieden. Eine neu gegründete Softwarefirma konnte am gleichen Standort als Mieter gewonnen werden. Ein etabliertes Unternehmen aus dem Bereich Antriebstechnik, das zu einem der weltweit größten Konzerne in diesem Segment gehört, hat ebenfalls neue Flächen in Alsdorf angemietet. In Alsdorf konnten auch mehrfach Gewerbegrundstücksflächen veräußert werden. Ein Vertragsabschluss konnte mit einem Industrieboden-Hersteller verzeichnet werden, ein anderer mit einem Bautenschutz-Unternehmen und ein dritter mit einem Onlinehandel. Ein weiteres Unternehmen, das Services für Taxiunternehmen (hier speziell Fahrtenschreiber) erbringt, hat sich ebenfalls für ein Grundstück in Alsdorf entschieden. Von Aachen nach Alsdorf gewechselt ist im Jahr 2015 ein Maschinenbauunternehmen. Ein türkisches Unternehmen hat zum Jahresende 2015 bzw. Jahresanfang 2016 Baesweiler als Deutschlandstandort ausgesucht. Das Unternehmen beschäftigt sich mit Systemen zur Augenheilkunde Ein Facility-Unternehmen hat in Baesweiler einen Service-Standort neu errichtet. Auch ein Wasseraufbereitungs-Unternehmen, das bislang noch nicht in der Region vertreten war, hat sich für den Standort Eschweiler entschieden. Im Herzogenrather Technologiepark eröffnete Mitte des Berichtsjahres ein koreanisches Unternehmen seinen Europastandort; dieses wurde bei der Ansiedlung auch von der WFG betreut. Ein österreichischer Automobilzulieferer eröffnet zum Jahresende 2015 bzw. Jahresanfang 2016 am gleichen Standort (TPH) sein Forschungslabor. Eine Bauunternehmung hat im Stolberger Gewerbegebiet Camp Astrid ein Grundstück zur Expansion errichtet. Ebenfalls haben sich dort ein Catering-Unternehmen und ein Metallbauunternehmen sowie ein Gerüstbau-Unternehmen niedergelassen. Die Nachfrage in Stolberg konnte auf die WFG-Initiative mit einem neuen Marktauftritt und neuen Vermarktungsideen enorm gesteigert werden. Die Gesamt-Situation konnte signifikant verbessert werden.

Personal

Die Anzahl der Beschäftigten (gerechnet nach Kopfzahlen) bei der WFG beträgt 14 Mitarbeiter. Die Änderung gegenüber dem Vorjahr beträgt minus 2. Die Anzahl der weiblichen Mitarbeiter beträgt absolut 8 bzw. in Prozent 57. Die WFG hat im Hinblick auf die Mittelfristplanung die im Jahr 2015 auslaufende Auszubildendenstelle nicht mehr nachbesetzt. Fast alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WFG mit einem Dauerarbeitsvertrag und einem Beschäftigungsvolumen von mehr als einer halbe Stelle verfügen über Telearbeitsplatz-Funktionalitäten. Die Vereinbarung von Familie und Beruf wird damit unterstützt. Auch im Übrigen werden die Ziele des Landesgleichstellungsgesetztes NRW (LGG NRW) bei der Personalentwicklung beachtet. Der Krankenstand der WFG ist wie auch in den letzten Jahren stets unterdurchschnittlich gering. Dies ist ein weiterer Beleg für die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus Sachanlagevermögen. Hierbei handelt es sich um die Buchwerte der Gewerbeimmobilien, die wir vermieten. Der Wert des Anlagevermögens ist zu beziffern auf rund 5.033 T€ und somit rund 220 T€ niedriger als im Vorjahr. Der Unterschied zwischen den Geschäftsjahren liegt im Wesentlichen in der planmäßigen Abschreibung begründet.
Das Vorratsvermögen wird im Wesentlichen repräsentiert durch ein Grundstück in Herzogenrath-Dornkaul, das eine Ursprungsfläche ca. 30.000 qm hatte. Rund 2/3 dieser Fläche ist inzwischen veräußert. Des Weiteren wird aufgrund der Insolvenz des Leasingnehmers im Geschäftsjahr ein ehemaliges Leasingobjekt unter dem Vorratsvermögen ausgewiesen. Das Vorratsvermögen beträgt im Geschäftsjahr 1.664 T€ (1.028 T€)

Bei den Forderungen, die insgesamt 9.692 T€ betragen (Vorjahr 13.583 T€) dominieren die Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um rund 29% (von 12.943 T€ auf 9.165 T€) gesunken. Dies korrespondiert mit der Reduzierung der Zinsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Der Kassenbestand hat sich von rund 1.892 T€ auf 1.725 T€ vermindert. Dieser Kassenbestand ist nicht als freie Liquiditätsreserve anzusehen, da wir hierbei auch Gelder verwahren, die zur Reduzierung der Kreditverbindlichkeiten zum nächstfolgenden Tilgungstermin dienen.
Das Eigenkapital reduziert sich in Folge des erlittenen Jahresfehlbetrags. Das Eigenkapital bleibt im Verhältnis zu den nicht granulierten Risiken gering. Konkret gibt es unverändert Einzelrisiken, die höher sind als die Haftungsmasse.

Die Verbindlichkeiten sind von 18.690 T€ auf 15.036 T€ gesunken. Auch hier machen sich das Tilgungsvolumen der Leasingverträge bei gleichzeitig nicht mehr stattfindendem Neugeschäft sowie die Rückführung der Finanzierung von dem veräußerten Objekt bemerkbar. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP) sind im Jahr 2015 um rund 50 T€ vermindert. Grund hierfür ist die auf Wunsch des Leasing-Nehmers vorgenommene vorzeitige Auflösung eines Leasingvertrages. Die damit verbundene Refinanzierung konnte nicht vorzeitig abgelöst werden. Bei dem PRAP handelt es sich im Wesentlichen um die vom Leasing-Nehmer im Zuge der Ablösung vorab gezahlten Zinsen bis zum Ende der Refinanzierungslaufzeit. Die WFG ihrerseits bedient aus dieser Vorauszahlung planmäßig ihre Leasingraten. Insgesamt reduziert sich die Bilanzsumme von 21.826 T€ auf 18.219 T€.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse sinken von 2.388 T€ auf 1.666 T€. Im Vorjahr wurden Umsatzerlöse aus einem Grundstücksverkauf Höhe von rd. 805 T€ erzielt. Nach dem Ende des Leasing-Neugeschäfts reduzieren sich planmäßig und tilgungsbedingt die Einnahmen aus dem Zinsüberschuss. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um rund 401 T€ gestiegen. Im Geschäftsjahr wurde ein Regalsystem aus einem ehemaligen Leasingobjekt in Höhe von 300 T€

veräußert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insgesamt um 907 T€ gestiegen. Im Geschäftsjahr 2015 werden Verluste aus Public-Leasing-Verträgen und Grundstücksverkäufen in Höhe von 505 T€ unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Zur Darlehenablösung der veräußerten Objekte wurden Vorfälligkeitsentschädigungen in Höhe von insgesamt 140 T€ mit den Banken vereinbart. Zur Mängelbeseitigung, an dem zu veräußerten Objekt sind Entsorgungskosten und Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von 167 T€ entstanden. Insgesamt wurden Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen in Höhe von 130 T€ wertberechtigt. Die Zinsen und ähnliche Erträge sind aufgrund weniger (entgeltlicher) Stundungen für unsere Leasing-Nehmer sowie aufgrund des niedrigen Zinsniveaus weiterhin gesunken. Der Zinsaufwand reduziert sich in Folge der Leasing-Nehmer-Tilgungen um 217 T€. Per Saldo verbleibt ein Fehlbetrag in Höhe von rund 313 T€.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind bis zum Berichtszeitpunkt keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen ein wesentlicher Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WFG ausgeht.

Prognosebericht

Die WFG verfügt über drei Ertrags- bzw. Einnahmequellen:

a) Leasing-Zinsüberschuss
b) Baumanagement-Einnahmen im Zusammenhang mit Projektsteuerungsaufgaben
c) Sockelförderung

Der Leasing-Zinsüberschuss reduziert sich planmäßig und tilgungsbedingt. Insofern weist die Zinsüberschusskurve einen abfallenden Verlauf auf. Auf Grund der Tatsache, dass kein Neugeschäft mehr akquiriert wird, fallen auch keine Managementerträge für die Baubetreuung von Investitionsmaßnahmen mehr an. Folglich konzentriert sich die Projektbetreuung auf die Neubaumaßnahmen der GWG.

Aus anderen Management-Dienstleistungen insbesondere im Bereich Rechnungswesen generierte die Gesellschaft in der Vergangenheit zusätzliche Erträge. Dies wird auch zukünftig der Fall sein, ist aber weder ein wesentlicher Geschäftszweck noch eine tragende Finanzierungssäule.
Etwaige würden Kundeninsolvenzen (sei es im Bereich der Leasingnehmer oder sei es im Bereich der Mietkunden) zu erheblichen Belastungen für die Gesellschaft werden. Zwischen 2003 und 2014 mussten keine Insolvenzen von Leasingnehmern festgestellt werden. Die im Jahr 2015 eingetretenen Insolvenzen bzw. Vertragsauflösungen führten zu einem Ende dieser problemreduzierenden Situation. Gleichwohl ist festzuhalten, dass sich die Insolvenzen, die im Jahr 2015 festzustellen waren, von denen erheblich unterscheiden, die in den Jahren 1998 – 2002 hingenommen werden mussten. Damals wurden Unternehmen insolvent, die gerade erst in Leasing aufgenommen wurden.

Im Jahr 2015 sind hingegen langjährige Leasingnehmer aus dem Markt ausgetreten. Sofern im Jahr 2016 keine Insolvenzen im Kundenbereich zu verzeichnen sind, erscheint ein ausgeglichenes Ergebnis realistisch. Rückschlagpotenzial wird im Wesentlichen in einer Gewerbeimmobilie in Eschweiler gesehen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WFG konzentriert sich darauf, Restrisiken zu minimieren. Daher bietet sie Leasingnehmern an, Verträge zum Zinsauslaufzeitpunkt jenseits der WFG umzufinanzieren.

In den vergangenen Berichtsperioden hat die WFG in den Gremiensitzungen stets auf technische Probleme hingewiesen, die bei einer Immobilie in Baesweiler entstanden sind. Ursächlich für die Entstehung dieser Risiken war die Verwendung von Industrieschlacke. Auf Grund chemischer und physikalischer Reaktionen kam es hier in den letzten Jahren wiederholt und verstärkt zu einer Schädigung des Gebäudes und der Außenanlage durch Risse und Aufwölbungen. In der Zwischenzeit ist das Objekt veräußert. Der Käufer wurde über das Schadensbild und die Schadensursachen voll umfänglich informiert. Auf Grund einer kaufvertraglichen Regelung sind die Nachhaftungsrisiken limitiert worden.

Im Vermietungsbereich ist die WFG ebenfalls bemüht, die Anzahl der Engagements zu reduzieren. Dementsprechend steigt die Bedeutung jedes einzelnen Mieters für das (Rest-)Portfolio an. Unverändert wichtig ist es, die Auslastung auf dem bestmöglichen Niveau, nämlich dem der letzten Jahre weiter zu halten.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft verfügt im Jahr 2015 nicht mehr über risikotragende Finanzinstrumente wie bspw. Swaps oder Doppelswaps. Die Risiken sind in den vergangenen Jahren planmäßig abgebaut worden.

5146 Würselen, im März 2016

Prof. Dr. Axel Thomas
- Geschäftsführer-

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Die Aufgaben der WFG StädteRegion Aachen mbH bestehen gemäß Gesellschaftsvertrag darin, „die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten“. Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen; bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.

Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen bei Aachen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung und Vertretung ist die Komplementärin Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH berechtigt und verpflichtet. Sie selbst und ihre Geschäftsführer sind für die Rechtsgeschäfte mit der Gesellschaft von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen aus vier Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Jeder Gesellschafter hat das Recht, ein Aufsichtsratsmitglied und einen jederzeit vertretungsberechtigten Stellvertreter zu entsenden und das von ihm entsandte Mitglied wieder abzuberufen. Die Entsendung erfolgt für die Dauer von fünf Jahren.

Gesellschafterversammlung:

Jede 2.100 Euro eines Kapitalanteils gewährt eine Stimme in der Gesellschafterversammlung.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH – vertreten durch Uwe Zink bis 31.03.2015
	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH – vertreten durch Manfred Zitzen ab 01.04.2015

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung:

	Kunibert Matheis	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreterin:	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	GmbH & Co. KG
Sitz:	52146 Würselen
gezeichnetes Kapital:	25.200,00 Euro

Aachen Merzbrück

Komplementärin:	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH –ohne Kapitalanteil–

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.400	33,333
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	8.400	33,333
Sparkassen Immobilien GmbH	8.400	33,333
	25.200	100,000

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Anlagevermögen	1	0	0
Umlaufvermögen	41.346	26.912	4.031.363
I. Vorräte			3.953.595
II. Forderungen / sonst. VG			14.833
III. Kassenbestand, Guthaben			62.935
Bilanzsumme Aktiva	**41.347**	**26.912**	**4.031.363**
Eigenkapital	1.889	7.453	90.285
I. Kapitalant. Kommanditisten	25.200	25.200	25.200
II. Verlustvortrag	-12.125	0	-17.947
III. Jahresfehlbetrag	-11.186	-17.747	82.831
Rückstellungen	3.093	2.912	7.500
Verbindlichkeiten	36.365	15.961	3.932.993
Rechnungsabgrenzungsposten	0	586	586
Bilanzsumme Passiva	**41.347**	**26.912**	**4.031.362**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Umsatzerlöse	0	0	348.244
Betriebsergebnis	-11.134	-16.497	116.595
Finanzergebnis	-52	-1.250	-33.764
gewöhnliches Geschäftsergebnis	-11.186	-17.747	82.831
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**-11.186**	**-17.747**	**-82.831**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Geringfügig Beschäftigte	1	1	1

Aufgrund der eingeschränkten Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sind weitere Kennzahlen nicht von wesentlicher Aussagekraft.

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Die Städteregion Aachen ist mit 8.400 Euro, entsprechend zu 1/3 am Gesellschaftskapital als Kommanditistin beteiligt. Am Gewinn-/Verlust der Gesellschaft nimmt die Städteregion Aachen in Höhe ihres Kapitalanteils teil. Im Jahr 2015 hat die StädteRegion Aachen keine Zahlungen zur Verlustabdeckung geleistet.
Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen -mit Ausnahme der AKM Verwaltungs GmbH- bestehen nicht. Zu erwähnen ist lediglich noch ein wirtschaftlicher Zusammenhang der Gesellschaft mit der Entwicklung der Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Zweck der Aachner Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen. Gemäß Lagebericht wurde die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Einhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes im Berichtsjahr erfüllt.

Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Nachdem im Vorjahr die Kaufverträge über den Erwerb der wesentlichen Grundstücksflächen (Elisabethspitalfond-Stiftung, StädteRegion Aachen, Stadtenwicklung Würselen GmbH & Co. KG, Sparkassen Immobilien GmbH) abgeschlossen werden konnten, lagen die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit im Berichtsjahr in der Vermietung der von der Elisabethspitalfond-Stiftung / StädteRegion Aachen erworbenen Immobilien, den Verhandlungen hinsichtlich der langfristigen Finanzierung der Grundstückserwerbe sowie der Planung und Beantragung des Bebauungsplans im zu erschließenden Gewerbegebiet. Des Weiteren wurden die Verhandlungen mit den Eigentümern von noch benötigten privaten Flächen vorangetrieben. Der Übergang von Besitz, Nutzen, Lasten und Gefahren der mit Kaufverträgen aus dem Jahr 2014 erworbenen Grundstücksflächen der StädteRegion Aachen (teilweise), Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG und Sparkassen Immobilien GmbH wird mit Zahlung der Kaufpreise in Höhe von insgesamt 1.451.020,00 € erfolgen. Die Fälligkeitsvoraussetzungen lagen im Berichtsjahr noch nicht vor.

Der Jahresabschluss 2015 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 82.831,46 € aus. Dieser wird im Folgejahr mit dem bestehenden Verlustvortrag verrechnet. Über die Verwendung des verbleibenden Saldos in Höhe von 65.084,54 € wird im Folgejahr beschlossen.

Mit dem Kaufvertrag der Grundstücke der Elisabethspitalfond-Stiftung wurde der Stadt Aachen auch die Option auf eine Rückkehr nach Prüfung der wirtschaftlichen Konditionen und Perspektiven der AKM innerhalb eines Jahres eingeräumt. Die hierfür notwendigen Unterlagen wurden der Stadt Aachen mit Schreiben vom 22.12.2014 übersandt. Die Optionsfrist hierfür wurde bis zum 31.12.2016 verlängert.

Darstellung der Lage

Als Vermögensposten des Umlaufvermögens werden auf der Aktivseite der Bilanz im Wesentlichen die zu erschließenden Grundstücke des Gewerbegebietes Aachener Kreuz Merzbrück Nord und Süd in Höhe von 2.231.307,78 € (55,35 %), die Grundstücke inklusive der vermieteten Gebäude in Höhe von 1.673.918,43 € (41,52 %), geleistete Anzahlungen in Höhe von 48.369,00 €(1,20 %) sowie Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 62.934,89 € (1,56 %) ausgewiesen. Die Passivseite wird im Wesentlichen durch die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 3.889.787,19 € (96,49 %) strukturiert. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (Komplementärin) bestehen in Höhe von 15.000,00 €. Steuerrückstellungen waren nicht zu passivieren. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben.

Voraussichtliche Entwicklung, Risiken und Chancen

Durch den Erwerb der Grundstücksflächen und deren geplante Erschließung soll ein multimodales und attraktives Gewerbegebiet entstehen. Durch den vorhandenen Flugplatz, die günstige Autobahnanbindung sowie den Anschluss des Gewerbegebietes an die Euregiobahn wird von einer zügigen und weitgehenden Vermarktung der Erschließungsflächen ausgegangen. Durch die zeitlich länger andauernde Veräußerungsphase der Grundstücke besteht das Risiko, dass nicht alle Grundstücke zeitnah verkauft werden können und somit ein höherer Zinsaufwand durch die Refinanzierung entsteht. Diesem Risiko wurde mittels einer entsprechenden Reserve in der Projektkalkulation Rechnung getragen. Die Entwicklung des Gewerbegebietes Aachener Kreuz Merzbrück (Nord) korrespondiert mit der Weiterentwicklung des unmittelbar angrenzenden Verkehrslandeplatzes Aachen-Merzbrück mit der geplanten Verschwenkung der Start- und Landebahn durch die Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH. Aus der zeitlichen Realisierung der Verschwenkung der Start- und Landebahn ergeben sich für die Gesellschaft Chancen und Risiken. Für das Folgejahr wird von einem ausgeglichenen Ergebnis ausgegangen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich im laufenden Geschäftsjahr nicht ergeben.

Würselen, 15.07.2016
Manfred Zitzen
-Geschäftsführer)-

Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flughafens Merzbrück in Würselen zum Gegenstand hat.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Gesellschafterversammlung:

Der Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung wird durch den Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Uwe Zink (bis 31.03.2015)	
	Manfred Zitzen (ab 01.04.2015)	

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Kunibert Matheis	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreterin:	Ingrid von Morandell	StädteRegionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Sitz:	52146 Würselen
gezeichnetes Kapital:	25.200,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.400	33,333
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	8.400	33,333
Sparkassen Immobilien GmbH	8.400	33,333
	25.200	100,000

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Anlagevermögen	0	0	
Umlaufvermögen	22.880	21.209	20.175
I. Forderungen / sonst. VG		15.000	17.249
II. Kassenbestand, Guthaben		6.209	2.926
Bilanzsumme Aktiva	**22.880**	**21.209**	**20.175**
Eigenkapital	19.891	19.474	18.386
I. Gezeichnetes Kapital	25.200	25.200	25.200
II. Jahresüberschuss/fehlbetrag	118	-418	-1.087
III. Vortrag auf neue Rechnung	-5.427	-5.308	-5.726
Rückstellungen	1.724	1.735	1.731
Verbindlichkeiten	1.265	0	57
Bilanzsumme Passiva	**22.880**	**21.209**	**20.175**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Betriebliche Erträge	0	0	54.036 *
Betriebsergebnis	-8.455	-8.981	-5.265
Finanzergebnis	8.573	8.563	4.178
gewöhnliches Geschäftsergebnis	118	-418	-1.087
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**118**	**-418**	**-1.087**

* Seit 2015 werden hier die Geschäftsbesorgungserträge separat ausgewiesen.

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter	keine	keine	keine

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist am Ergebnis der Gesellschaft entsprechend ihrem quotalen Anteil beteiligt. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen –mit Ausnahme der AKM GmbH & Co. KG– bestehen nicht. Zu erwähnen ist lediglich noch ein wirtschaftlicher Zusammenhang der Gesellschaft mit der Entwicklung der Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH.

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Entsprechend der Formulierung im Lagebericht wurden die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Einhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes im Berichtsjahr erfüllt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Gegenstand der Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen zum Gegenstand hat. Die Jahresabschlussprüfung wurde wie in den Vorjahren dem Rechnungsprüfungsamt der StädteRegion Aachen übertragen.

Im Vorjahr hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, deren Komplementärin die Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungsgesellschaft mbH ist, die zu erschließenden Grundstücke am Flugplatz Merzbrück erwerben können. Dadurch hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG seit Beginn des Berichtsjahres einen erhöhten Geschäftsbetrieb, der zum einen durch die laufende Vermietung der erworbenen Gebäude und zum anderen durch die Planungen für die Grundstückserschließungen bedingt ist. Dies führt bei der Berichtsfirma zu einem erhöhten Aufwand hinsichtlich der Geschäftsführung und der in diesem Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Zum 01.04.2015 wurde daher der Wechsle der Geschäftsführung auf Herrn Manfred Zitzen im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG von den Gesellschaftern beschlossen und vollzogen. Für die Geschäftsbesorgung erhält die Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG gemäß Vertrag vom 31.03.2015 ein monatliches Entgelt von 6.000,00 € zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Diese Kosten werden der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG monatlich in Rechnung gestellt.

Die Gesellschaft hat das Wirtschaftsjahr 2015 mit einem negativen Ergebnis in Höhe von 1.087,24 € abgeschlossen. Dieser Jahresfehlbetrag wird mit den bestehenden Verlustvorträgen verrechnet und auf neue Rechnung vorgetragen. Der Jahresfehlbetrag resultiert im Wesentlichen aus den Rechts- und Beratungskosten, die durch den Wechsle der Geschäftsführertätigkeit (Notar- und Gerichtskosten) verursacht waren.

Aufgrund des im Berichtsjahr erwirtschafteten Verlustes hat die Gesellschaft keine Steuern zu entrichten.

Camp Astrid GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung erfolgt durch die Geschäftsführer der Komplementärin, der Camp Astrid Verwaltungs GmbH.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus vier Mitgliedern. Jeder Gesellschafter hat das Recht, ein Aufsichtsratmitglied und einen jederzeit vertretungsberechtigten Stellvertreter zu benennen.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung ist beschließendes Organ in allen Angelegenheiten, die hierfür im Gesellschaftsvertrag vorgesehen sind. Jeder Gesellschafter hat eine Stimme.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Camp Astrid Verwaltungs GmbH
	Detlef Werry (bis 30.06.2015)
	Michael Eßers (ab 01.07.2015)

Vertreter der StädteRegion in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung:

	Kunibert Matheis	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Klaus-Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	GmbH & Co. KG
Sitz:	52222 Stolberg
gezeichnetes Kapital:	50.000,00 Euro

Komplementärin:	Camp Astrid Verwaltungs GmbH -kein Kapitalanteil-

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	12.500	25,00
Stadt Stolberg	25.000	50,00
Sparkassen Immobilien GmbH	12.500	25,00
	50.000	100,000

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 - in € -	2014 - in € -	2015 - in € -
A. Anlagevermögen	0	0	8.047
I. Imm. Vermögensgegenst.		0	8.047
B. Umlaufvermögen	11.953.848	11.235.524	10.716.602
I. Vorräte		9.150.548	8.619.165
II. Forderungen / sonst. VG		1.618.527	1.492.457
III. Kassenbestand, Guthaben		466.449	604.979
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.941	1.941	2.860
Bilanzsumme Aktiva	**11.955.789**	**11.237.465**	**10.727.509**
A. Eigenkapital	122.964	122.964	122.964
I. Kapitalanteile Kommanditisten			
1. Festkapital	50.000	50.000	50.000
2. Bewegliches Kapital	72.964	72.964	72.964
B. Rückstellungen	496.939	106.325	9.200
C. Verbindlichkeiten	11.335.886	11.008.176	10.595.345
Bilanzsumme Passiva	**11.955.789**	**11.237.465**	**10.727.509**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 - in € -	2014 - in € -	2015 - in € -
Umsatzerlöse	279.991	350.161	304.476
Betriebsergebnis	280.957	-58.335	76.549
Finanzergebnis	-262.363	75.003	-60.139
gewöhnliches Geschäftsergebnis	18.593	16.668	16.410
Jahresüberschuss/-fehlbetrag nach Steuern	**0**	**0**	**0**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter	keine	keine	keine

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist an den Gewinnen/Verlusten entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital beteiligt. Eine Leistungsbeziehung zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion besteht zur Camp Astrid Verwaltungs GmbH.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärlager „Camp Reine Astrid“ im Bereich des Propsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet. Die notwendigen Beschlüsse zur Einleitung der Verfahren wurden durch die Stadt Stolberg im Laufe des Geschäftsjahres 2001 gefasst. Entsprechend der Beschlusslage und der Aufgabenstellung des Treuhändervertrages vom 20.05./27.05.2003 wurden die Arbeiten zur Umwandlung der Konversionsfläche in ein Gewerbegebiet fortgeführt.

Mit der Bekanntmachung der 77. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 267 der Stadt Eschweiler vom 04.06.2004 und der Bekanntmachung der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan 128 der Stadt Stolberg vom 24.06.2004 wurde für den städtebaulichen Entwicklungsbereich (nach Baugesetzbuch) Camp Astrid Bau- und Planungsrecht geschaffen.
Auftrag der Gesellschaft war bzw. ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der zuvor beschriebenen Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg.

Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Neben den eingezahlten Kapitalanteilen der Kommanditisten verfügt die Gesellschaft im Berichtsjahr über Grundbesitz in der Größenordnung von ca. 10 ha vermarktbare Gewerbegebietsfläche zzgl. ca. 37 ha Waldflächen. Zur Finanzierung der Maßnahme hatte die Gesellschaft mit Datum vom 20.05.2005 ein zinsvariables Kommunaldarlehen auf EURIBOR-Basis in Höhe von 5 Mio. Euro und

ein festverzinsliches Darlehen in Höhe von 10 Mio. Euro aufgenommen. Die Sicherung der Darlehen erfolgt über eine Ausfallbürgschaftserklärung der Stadt Stolberg in Höhe von insgesamt 15 Mio. Euro. Die Darlehens(rest)schuld wurde seitens der Kupferstadt Stolberg im Mai 2015 beglichen. Die tagesaktuelle Liquidität der Gesellschaft wird über ein Tagegeldkonto sichergestellt.

Voraussetzung, um treuhänderisch für die Stadt Stolberg arbeiten zu können, war die am 30.09.2002 von der Bezirksregierung Köln ausgesprochene Anerkennung der Gesellschaft als Entwicklungstreuhänder für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Camp Astrid gem. § 167 i. V. m. § 158 BauGB. Hierbei handelt es sich um eine maßnahmenbezogene Anerkennung, die nur für das Projekt Camp Astrid gilt. Die Bestätigung war zunächst bis zum 30.10.2010 befristet und wurde auf Antrag bis zum 31.12.2014 verlängert

Zur Finanzierung der unrentierlichen Kosten der Maßnahme hat die Stadt Stolberg einen Förderantrag auf Zuweisung von Städtebaufördermitteln des Landes Nordrhein-Westfalen gestellt. Die Maßnahme ist seit 2001 im Städtebauförderprogramm des Landes NRW enthalten und erhielt seit 2005 auch Fördermittel aus dem Bundesprogramm Stadtumbau West.

Da mit dem Abruf der Fördermittel auch der Bewilligungs- und Durchführungszeitraum für die Maßnahme endete, wurde an die Bezirksregierung Köln ein Antrag auf Verlängerung des Durchführungszeitraumes gestellt. Dem Antrag wurde entsprochen und der Durchführungszeitraum bis zum 31.12.2014 verlängert. Mit Datum vom 29.04.2015 wurde absprachegemäß an die Bezirksregierung Köln ein weiterer Antrag auf Verlängerung des Durchführungszeitraumes bis zum 31.12.2016 gestellt. Im dritten Quartal 2015 wurden Gespräche mit der Bezirksregierung Köln in Bezug auf den Abschluss der Entwicklungsmaßnahme Camp Astrid geführt. Es wurde seitens der Bezirksregierung vorgegeben, dass der Schlussverwendungsnachweis bis Ende 2015 eingereicht werden soll, was mit Versand am 03.12.2015 geschehen ist. Mit Einreichung des Schlussverwendungsnachweises geht die Aufhebung der Entwicklungssatzung einher. Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme (§ 165 ff. BauGB) für den Bereich des Gewerbegebietes „Camp Astrid“ ist abgeschlossen. Die Ziele der Entwicklungsmaßnahme wurden erreicht, die Notwendigkeit einer Fortsetzung besteht nicht. Gemäß § 169 Abs. 1 Nr. 8 BauGB i. V. m. § 162 Abs. 1 Nr. 1 BauGB ist daher die Satzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereiches aufzuheben.

Mit Datum vom 27.12.2012 wurde mit der Deutschen Bahn AG kurzfristig nach langen Verhandlungen der Kaufvertrag über die ehemaligen DB-Flächen entlang der Bahnlinie Köln-Aachen unterzeichnet.
Mit den Abbrucharbeiten der vorhandenen Gebäude wurde die Bietergemeinschaft Heitkamp/Prangenberg & Zaum, 44652 Herne, beauftragt. Bereits mit Datum vom 16.07.2013 reichte die nach Auftragserteilung als Arbeitsgemeinschaft agierende ehemalige Bietergemeinschaft die ersten Nachforderungen ein. Bis zum Abschluss der Arbeiten wurden gegenüber dem ursprünglichen Auftrag mit einer Auftragssumme von 382.721,89 Euro (brutto) aufgrund der Nachträge Mehrkosten in Höhe von 299.525,94 Euro brutto anerkannt und auch gezahlt. Mit der

Schlussrechnung vom 02.04.2014 machte die ARGE dann weitere Nachtragsforderungen in Höhe von 433.529,97 Euro brutto geltend. Diese Forderung wurde von der Gesellschaft mit Schreiben vom 24.04.2014 als nicht belegt und gerechtfertigt zurückgewiesen. Mit Datum vom 19.11.2014 reichte die ARGE Klage beim Landgericht Aachen auf Zahlung des Restwerklohnes ein. Mit Datum vom 02.07.2015 wurde der Rechtsstreit durch Vergleich beigelegt und ein Vergleichsbetrag in Höhe von 100.000,00 € an die ARGE gezahlt.

Die Klage vom 29.08.2012 vor dem Finanzgericht Köln gegen die Festsetzungen der Betriebsprüfung aus dem Jahre 2008 ist durch Rücknahme der Klage in der Sitzung vor dem Finanzgericht Köln vom 19.06.2015 beigelegt. Das Verfahren ist damit beendet und die entsprechenden Steuernachzahlungen wurden im dritten und vierten Quartal 2015 getätigt.

Finanzlage

Durch die Kreditfreiheit und die zufriedenstellende Liquiditätssituation der Gesellschaft und den im städtischen Haushalt verankerten Eigenanteil der Kupferstadt Stolberg ist die finanzielle Situation der Gesellschaft als gesichert anzusehen.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung wurde von der Camp Astrid Verwaltungs GmbH wahrgenommen. Deren nebenamtlicher Geschäftsführer Detlef Werry legte zum 30.06.2015 seine Tätigkeit nieder. In der 29. Gesellschaftersitzung der Komplementärin wurde Herr Michael Eßers zum neuen Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt. Am 26.08.2015 sind die entsprechenden Eintragungen ins Handelsregister vollzogen worden.

Vermarktungssituation

Die aktuelle Vermarktungssituation kann als positiv bezeichnet werden. Im Berichtszeitraum konnten 4 Grundstücksveräußerungen in einem Volumen von ca. 7.500 qm verzeichnet werden. Im Berichtsjahr wurde ein neues Vermarktungskonzept erstellt, umgesetzt und seitens der Kundschaft sehr positiv aufgenommen.
Im Jahr 2015 wurden mit 46 Unternehmensvertretern Gespräche geführt bzw. der Standort Camp Astrid präsentiert. Davon konnte bei ca. 40 % der Anfragenden kein weiterführendes Interesse am Standort Camp Astrid identifiziert bzw. bei ca. 20 % der potentiellen Kunden konnte hingegen ein Anfangsinteresse geweckt werden, wobei die Kunden unschlüssig und unentschieden sind. Ganz konkretes Kaufinteresse konnte bei ca. 40 % der Unternehmen hervorgerufen werden, was dazu geführt hat, dass diese Unternehmungen das jeweilige Grundstück konkret beplanen und die entsprechenden Flächen gesellschaftsseitig reserviert wurden. Derzeit sind ca. 3 ha Fläche Gegenstand von Reservierungen bzw. Verkaufsverhandlungen.
Branchenseitig stammen die Unternehmen aus den Bereichen Handwerk, Produktion, Forschung & Entwicklung sowie Schulung.
Die Anfragenstruktur zeigt, dass ca. 50 % der aktuell interessierten Unternehmen noch keinen Unternehmenssitz am Standort Stolberg vorhalten. Die restlichen Unternehmen sind aufgrund der

Unternehmensentwicklung nicht mehr expansionsfähig am derzeitigen Standort in der Kupferstadt Stolberg und benötigen eine Alternative für weiteres Wachstum.
Das überarbeitete aktive Vermarktungskonzept des Gewerbestandorts Camp Astrid hat die Nachfrage nachhaltig verbessert. Aktuell sind ca. 10 ha der Camp Astrid Gewerbeflächen vermarktet. Somit erfüllt sich Zug um Zug das seinerzeit formulierte Ziel, einen Gewerbestandort in der Kupferstadt Stolberg zu schaffen, an dem sich Wirtschaft entwickeln und entfalten kann.

Im Februar 2015 investierte die Siebente Solarpark Zerre GmbH & Co. KG in eine der insgesamt drei Solarflächen, die bis dahin seitens der Photon Power AG betrieben wurde. Am 22.12.2015 hat die Photon Power AG einen Insolvenzantrag gestellt. Die monatlichen Kaufpreisraten sind nach anfänglicher Verzögerung bis zum Berichtszeitpunkt eingegangen und sollen lt. Aussage des vorläufigen Insolvenzverwalters auch weiter gezahlt werden. Die Solarflächen der Photon Power AG haben eine Größe von ca. 4 ha.

Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Prognosebericht

Durch die Abgabe des Schlussverwendungsnachweises und der damit verbundenen Aufhebung der Entwicklungssatzung hat die Gesellschaft den Status des Entwicklungsträgers verloren. Die einzig verbliebene Aufgabe der Gesellschaft ist die Vermarktung und Verwaltung des Treuhandvermögens des Hauptgesellschafters Kupferstadt Stolberg. Die entsprechenden Grundstücksflächen sind auf die Kupferstadt Stolberg zu übertragen. Ob und in welcher Form die zukünftige Vermarktung der Gewerbeflächen praktiziert wird, ist Inhalt eines derzeit in Erstellung befindlichen Gesamtkonzepts.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Kann der positive Vermarktungsschwung des Jahres 2015 im Folgejahr aufrecht gehalten werden, kann das Gewerbegebiet Camp Astrid eine positive Entwicklung nehmen und qualitativ einen großen Schritt voran tätigen. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung liegen 16 konkrete Reservierungen aus unterschiedlichen Wirtschaftsbrachen vor.
Sollten zukünftig keine Grundstücksverkäufe realisiert werden, besteht aufgrund der vorgenannten Sachverhalte kein Risiko für die Gesellschaft, aber die Dynamik am Standort würde dann an Fahrt verlieren, was nicht positiv für die weitere Entwicklung und Vermarktung des Standorts wäre.

Risikoberichterstattung

Aufgrund der Schwierigkeiten kurz vor und während der Übernahme der Geschäftsführung kann nicht ausgeschlossen werden, dass ergebnisrelevante Sachverhaltsaufhellungen zutage treten.

Stolberg, im Mai 2016
Die Geschäftsführung

Camp Astrid Verwaltungs GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der beziehungsweise für die Camp Astrid GmbH und Co KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung und die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg zum Gegenstand hat.

Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärlager „Camp Reine Astrid“ im Bereich des Probsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:
Die Geschäftsführung besteht aus einem oder mehreren Geschäftsführern.

Gesellschafterversammlung:
Pro 6.250,- Euro Einlage hat jeder Gesellschafter eine Stimme.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Detlef Werry (bis 30.06.2015)	
	Michael Eßers (ab 01.07.2015)	
Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:		
	Kunibert Matheis	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Klaus-Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Sitz:	52222 Stolberg
gezeichnetes Kapital:	25.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Stadt Stolberg	12.500	50,00
StädteRegion Aachen	6.250	25,00
Sparkassen Immobilien GmbH	6.250	25,00
	25.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	44.725	36.559	41.518
I. Forderungen / sonst. VG		2.792	12.836
II. Kassenbestand, Guthaben		33.768	28.682
Bilanzsumme Aktiva	**44.725**	**36.559**	**41.518**
A. Eigenkapital	32.947	33.934	34.580
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Gewinnvortrag	6.952	7.946	8.934
III. Jahresüberschuss	995	988	646
B. Rückstellungen	2.652	2.506	2.448
C. Verbindlichkeiten	9.126	119	4.490
Bilanzsumme Passiva	**44.725**	**36.559**	**41.518**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Betriebliche Erträge	9.615	9.440	19.083
Betriebsergebnis	1.152	1.150	759
Finanzergebnis	29	22	6
gewöhnliches Geschäftsergebnis	1.181	1.172	766
Jahresüberschuss n. Steuern	**995**	**988**	**646**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter	keine	keine	keine

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist an der Gesellschaft mit einer Einlage von 6.250,– € beteiligt. Keine Verbindungen zum Haushalt. Eine Leistungsbeziehung zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion besteht zur Camp Astrid GmbH & Co. KG.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Gesellschaftszweck ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Camp Astrid GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg zum Gegenstand hat.
Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärlager „Camp Reine Astrid“ im Bereich des Propsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet. Die notwendigen Beschlüsse zur Einleitung der Verfahren wurden durch die Stadt Stolberg im Laufe des Geschäftsjahres 2001 gefasst. Entsprechend der Beschlusslage und der Aufgabenstellung des Treuhändervertrages vom 20.05./27.05.2003 wurden die Arbeiten zur Umwandlung der Konversionsfläche in ein Gewerbegebiet fortgeführt.
Mit der Bekanntmachung der 77. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 267 der Stadt Eschweiler vom 04.06.2004 und der Bekanntmachung der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan 128 der Stadt Stolberg vom 24.06.2004 wurde für den städtebaulichen Entwicklungsbereich (nach Baugesetzbuch) Camp Astrid Bau- und Planungsrecht geschaffen.

Dem Gesellschaftszweck entsprechend wurden im Berichtsjahr die Geschäfte für die Camp Astrid GmbH & Co. KG geführt.

Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die Stammeinlagen der Gesellschafter wurden im Berichtszeitraum auf einem Festgeldkonto bei der Sparkasse Aachen als Termineinlage verwaltet. Über den mit der Stadt Stolberg abgeschlossenen Treuhändervertrag kann die finanzielle Situation der Gesellschaft als gesichert angesehen werden. Im Berichtszeitraum konnten vier Grundstücksflächen veräußert werden.

Die Geschäftsführung wurde durch den nebenamtlichen Geschäftsführer Detlef Werry bis zum 30.06.2015 wahrgenommen. Der Geschäftsführer Herr Werry hat zum 30.06.2015 seine Tätigkeit niedergelegt. In der 29. Gesellschaftersitzung der Camp Astrid Verwaltungs GmbH wurde Herr Michael Eßers zum neuen Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt. Am 26.08.2015 sind die entsprechenden Eintragungen ins Handelsregister vollzogen worden.

Nachtragsbericht

Weitere bzw. konkretere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Prognosebericht

Die Kernaufgabe der Beteiligung in 2016 ist die Vermarktung und Verwaltung des Treuhandvermögens des Hauptgesellschafters Kupferstadt Stolberg. Es wird in den relevanten Gremien abzustimmen sein, in welchem gesellschaftlichen Rahmen die Standortvermarktung in Zukunft geschehen soll. Ob und in welcher Form die zukünftige Vermarktung der Gewerbeflächen praktiziert wird, ist Inhalt eines derzeit in Erstellung befindlichen Gesamtkonzepts.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Kann der Vermarktungsschwung des Jahres 2015 im Folgejahr aufrecht gehalten werden, wird das Gewerbegebiet Camp Astrid eine positive Entwicklung nehmen und qualitativ und quantitativ einen großen Schritt voran tätigen. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung liegen 16 konkrete Reservierungen aus unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen vor.
Sollten zukünftig keine Grundstücksverkäufe realisiert werden, besteht aufgrund der vorgenannten Sachverhalte kein Risiko für die Gesellschaft, aber die Dynamik am Standort würde an Fahrt verlieren, was nicht positiv für die weitere Entwicklung und Vermarktung des Standorts wäre.

Risikobericht

Risiken für die Gesellschaft können sich aus ihrer Stellung als alleinige persönlich haftende Gesellschafterin der Camp Astrid GmbH & Co. KG ergeben. Es bestehen z.Zt. keine Anhaltspunkte, dass mit einer Inanspruchnahme aus der gesamtschuldnerischen Haftung zu rechnen ist.

Stolberg, im Mai 2016
gez.: Michael Eßers
-Geschäftsführer-

vogelsang ip gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang, die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms und von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie die die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den vorgenannten Punkten stehen. Der Gesellschaftszweck wird verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:
Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft.

Aufsichtsrat:
Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. 6 Mitglieder werden vom Landschaftsverband Rheinland, 3 Mitglieder vom Kreis Euskirchen und jeweils 1 Mitglied von den übrigen Gesellschaftern entsandt. Ab dem Zeitpunkt der Übertragung der Geschäftsanteile des Kreises Aachen und der Stadt Aachen auf die StädteRegion Aachen sind deren Aufsichtsratssitze gem. § 10 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags auf die StädteRegion übergegangen.

Gesellschafterversammlung:
Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Sie haben die Interessen ihrer Gebietskörperschaft zu verfolgen, sind an die Beschlüsse ihrer Vertretung gebunden und haben ihr Amt auf deren Beschluss jederzeit niederzulegen. Sie bleiben bis zur jeweiligen Entsendung eines Nachfolgers im Amt. Die Benennung von stellvertretenden Mitgliedern für den Fall der Verhinderung ist zulässig. Satz 2 gilt nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Albert Moritz	
Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:		
	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
1. Stellvertreter:	Markus Terodde	Dezernent
2. Stellvertreter:	Thomas König	Amtsleiter A 85
	Elisabeth Paul	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Hans-Josef Hilsenbeck	Städteregionstagsmitglied



Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Stimmführer	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
Stellvertreter:	Markus Terodde	Dezernent
	Elisabeth Paul	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Hans-Josef Hilsenbeck	Städteregionstagsmitglied
	Margret Schulz	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreterin:	Janine Köster	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	53937 Schleiden
gezeichnetes Kapital:	27.300,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
LVR Landschaftsverband Rheinland	13.650,00	50,00
Kreis Euskirchen	7.800,00	28,57
StädteRegion Aachen	1.950,00	7,14
Kreis Düren	1.300,00	4,76
Kreis Heinsberg	650,00	2,38
Stadt Schleiden	1.300,00	4,76
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	650,00	2,38
	27.300,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 - in € -	2014 - in € -	2015 - in € -
A. Anlagevermögen	14.560.355	24.706.425	37.906.325
I. Imm. Vermögensgegenst.		17.169	27.530
II. Sachanlagen		24.689.256	37.878.795
B. Umlaufvermögen	2.046.232	2.953.039	3.846.048
I. Vorräte		17.957	21.473
II. Forderungen / sonst. VG		1.093.155	1.787.637
III. Kassenbestand, Guthaben		1.841.927	2.036.938
C. Rechnungsabgrenzungsposten	24.715	15.478	24.288
Bilanzsumme Aktiva	**16.631.302**	**27.674.942**	**41.776.660**

A. Eigenkapital	20.408	20.408	11.203
I. Gezeichnetes Kapital	27.300	27.300	27.300
II. Verlustvortrag	-6.892	-6.892	-6.892
III. Jahresfehlbetrag	0	0,00	-9.306
B. SoPo f. Investitionszuschüsse	11.753.590	21.325.779	34.012.062
C. Rückstellungen	58.472	52.752	113.733
D. Verbindlichkeiten	4.790.707	6.274.127	7.384.263
E. Rechnungsabgrenzungsposten	8.125	1.875	255.500
Bilanzsumme Passiva	**16.631.302**	**27.674.942**	**41.776.660**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 - in € -	2014 - in € -	2015 - in € -
Umsatzerlöse	412.100	375.901	432.827
Zuschüsse der Gesellschafter	498.200	498.800	500.000
Betriebsergebnis	-2	9.934	-6.486
Finanzergebnis	2	-9.934	-2.820
gewöhnliches Geschäftsergebnis	0	0	-9.306
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**0**	**0**	**-9.306**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen	38	35	39

Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage:	2013 in %	2014 in %	2015 in %
Anlagendeckungsgrad I	0,1	0,1	0,0
Eigenkapitalquote	0,1	0,1	0,0
Eigenkapitalrentabilität	0,0	0,0	k.A.

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Die StädteRegion Aachen hat im Haushaltsjahr 2015 einen Betriebskostenzuschuss für die vogelsang ip gGmbH in Höhe von 34.798 € gezahlt. Als Gesellschaft, zu der seitens der vogelsang ip gGmbH Leistungsbeziehungen bestehen, ist die SEV GmbH zu nennen.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Im Geschäftsjahr 2015 wurde zusätzlich zum laufenden Betrieb insbesondere durch die Verfolgung von drei infrastrukturellen Projekten die Basis für eine nachhaltige Erreichung der gemeinnützigen Zwecke der Gesellschaft ausgebaut.
Der öffentliche Zweck wurde vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Erziehung, Bildung und Kultur verwirklicht. Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort, die trotz Baustellensituation weiterhin hohe Wirkung und Ausstrahlung als kultur-, bildungs- und wandertouristische Destination im Nationalpark Eifel sowie das Angebot hochwertiger kultureller Veranstaltungen sind hierbei als Leuchtturm-Effekte zu nennen.
Der lfd. Betrieb im Jahr 2015 kann angesichts der im Lagebericht genannten Nachfragewerte trotz der enorm eingeschränkten Besuchersituation durch die Großbaustelle am Forum noch als erfolgreich bewertet werden.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht inkl. Geschäftsverlauf und VFE-Lage

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH den Betrieb der zentralen Besucherinformation von vogelsang ip sowie eine Vielzahl standortbezogener Bildungsaktivitäten durch. Dies umfasst als u.a.:

- den Betrieb des Informationszentrum von vogelsang ip mit Counter, Informationszone, Bookshop, Gastronomie, etc. und täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
- das Angebot eines Netzes von Besucherrundwegen sowie des zentralen Besucherparkplatzes,
- die Organisation von täglichen offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Geländeführungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
- die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie die Begleitung von Tagungen und Konferenzen und
- das Angebot von Wechselausstellungen.

2012 erfolgte der temporäre Umzug des gesamten Betriebes vom Forum Vogelsang in das Kulturkino. Bedingt war dieser Umzug durch die zum gleichen Zeitpunkt beginnenden Sanierungs- und Umbauarbeiten im Bereich des „Forum Vogelsang“, was mit einer kompletten Einzäunung und Sperrung dieses zentralen Geländeteils sowie gravierende Einschränkungen für den Besucherbetrieb einher ging (Wegfall der zentralen Besucherattraktion am „Adlerhof“, Wegfall der Turmaufstiege, Einschränkung bei den Geländeführungen, baustellenbedingte Störungen, diversen Provisorien, etc.). Trotz der wesentlich eingeschränkten Nutzungsbedingungen und der damit einhergehenden negativen Mund-zu-Mund-Propaganda unter potenziellen Besuchern konnte die Nachfrage in 2015 auf hohem Niveau gehalten werden, mit 168.000 Besucherinnen und Besuchern, das sind plus 8% zum Vorjahr bzw. minus 16% zum letzten „normalen“ Betriebsjahr 2011 (mit 200.500 Besuchern), sowie mit 1.306 Bildungsformaten mit 25.900 Teilnehmenden, das sind plus 9% zum Vorjahr bzw. minus 32% zum letzten „normalen“ Betriebsjahr 2011 (mit 2.200 Bildungsformaten mit 38.000 Teilnehmenden), sowie 275 Formaten im Bereich der Schulklassen- und Jugendgruppen.

Im Bildungsbereich wurden im Jahre 2015 zudem mehrere Sonderprojekte durchgeführt. Hierzu zählten vor allem diverse Jugendbildungsprojekte (u.a. gefördert durch private Sponsoren / Stifter). Weiterhin war die GmbH zusammen mit dem Kreis Euskirchen Partner im Landeskulturprogramm „Kulturrucksack NRW“ und kulturpädagogischer Träger bei den dortigen Kulturprogrammen.

Investitionsprojekte

Neben dem laufenden Betrieb wurden im Jahr 2015 die aus EU-, Bundes- und Landesmitteln mit einem Fördersatz von jeweils 90% geförderten Maßnahmen durchgeführt:

1. Forum Vogelsang |Sanierung und Umbau (Volumen: 35,1 Mio. EUR zzgl. bis zu 10 Mio. EUR Mehrkosten durch Unvorhergesehenes),
2. NS-Dokumentation | Ausstellungsprojekt (Volumen: 3 Mio. EUR) und
3. Besucherzentrum/SchauFenster Eifel|Ausstattung und Informationswelten (Volumen: 1,2 Mio. EUR)

Der 10%ige Eigenanteil zum förderfähigen Projektvolumen wurde durch Finanzierungsbeiträge der GmbH-Gesellschafter sichergestellt, Mehrkosten sind wegen der Höchstbetragsregelung durch die GmbH zu finanzieren.
Bereits im Jahre 2014 wurde zu deutlichen Mehrkosten im Projekt Sanierung und Umbau berichtet. Weitere unvorhersehbare Bauzustände, erhebliche Komplikationen im Bauablauf sowie mehrere Firmenkündigungen (u.a. die erforderliche Kündigung der mit den Starkstromarbeiten beauftragten und zwischenzeitlich insolventen Firma Imtech), haben sich negativ auf die Bauzeit ausgewirkt und den finanziellen Mehraufwand auf eine Summe von bis zu 10 Mio. € erhöht. Die Finanzierung wird über von der GmbH aufzunehmenden Darlehen sichergestellt.
Die Rohbaumaßnahmen zum Umbauprojekt sind abgeschlossen, der Innenausbau des Forums ist in der Endphase. Die Betriebsfähigkeit des Forums ist für August 2016 avisiert.
Alle drei o.g. Förderprojekte wurden zum Stand 31.12.2015 gegenüber den Fördergebern abgerechnet; positive Prüfbescheide der Bezirksregierung Köln liegen vor. Die Fördermittel zu den Investitionsprojekten gingen bis Mitte April 2016 vollständig ein.
Der Beschriebene, höchst angespannte Projektverlauf führte ganzjährig und zunehmend zu einem ständigen Change- und Krisenmanagement sowie einer außerordentlichen, projektbezogenen Einbindung der Geschäftsführung und verschiedener Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in die Abwicklung der investiven Maßnahmen. Die wachsende zeitliche Belastung war Anlass zu einer ab November 2015 laufenden, interimsmäßigen personellen Verstärkung der Geschäftsführung in Bezug auf das Projekt Sanierung und Umbau.

Geschäftsergebnis

Im Geschäftsergebnis ist ein Verlust in Höhe von 9 TEUR festzustellen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Lagebericht erläutert hierzu die Aktiva und Passiva im Einzelnen.
Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 27.300 EUR ist in voller Höhe eingezahlt.

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr aufgrund der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb, eines investitionsprojektbezogenen, offenen und jeweils kurzfristig aktivierbaren Kreditrahmens durch einen Gesellschafterkredit des Landschaftsverband Rheinland LVR sowie eingegangener Fördermittel und Eigenanteile der Gesellschafter zur Projektfinanzierung jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet.

Die seit Oktober 2014 offenkundig gewordenen investiven Projektmehrkosten für Unvorhergesehenes bei Sanierung und Umbau des Forum wurden bei den Aufsichtsratssitzungen und nachfolgenden Gesellschafterversammlung zur Kenntnis genommen und die Schritte zur Sicherung der Finanzierung eingeleitet.

Der Geschäftsbetrieb vollzog sich im Jahr 2015 im von der Wirtschaftsplanung definierten und von der Gesellschafterversammlung freigegebenen Rahmen.

Den Umsatzerlöse und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31. Dezember 2015 einen Verlust „vor Gesellschafterverlustausgleich“ von 509.305,88 EUR (Vorjahr 498.764,75 EUR) aus. Der Verlust liegt um 9.305,88 EUR über dem durch den Gesellschaftsvertrag gesetzten Rahmen von maximal 500.000,- EUR, bis wohin dieser Verlust von den Gesellschaftern gemäß den in § 19 des Gesellschaftsvertrags definiert Regelung ausgeglichen wird.

Die das Ergebnis prägenden Positionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung 2015 abgebildet. Wesentliche Veränderungen sind im Lagebericht einzeln aufgeführt.

Nachtragsbericht

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 23.02.2016 einer ersten Darlehensaufnahme von 5 Mio. € zugestimmt.

Die Auswirkungen eines nach Bilanzstichtag geschlossenen Vergleichs mit einem Geschäftspartner auf das Jahresergebnis 2015 sind berücksichtigt.

Prognosebericht

In 2016 wird der Geschäftsbetrieb zunächst durch die Durchführung der Restmaßnahmen im Zusammenhang mit der Realisation des Umbaus des "Forums Vogelsang" sowie kleineren Restmaßnahmen aus den Projekten „NS-Dokumentation“ und „Besucherzentrum / SchauFenster Eifel“ unverändert an Volumen behalten.

Die durch die Maßnahmen am Forum bedingte, bis Spätsommer 2016 andauernde Verlagerung der wesentlichen Aktivitäten der GmbH sowie des Besucherzentrums in das „Kulturkino“ einerseits sowie die anhaltende Baustellensituation rund um das Forum andererseits werden weiterhin zu Einschränkungen im Besucherverhalten führen und bis zur Eröffnung des neuen Forum das Besucherverhalten beeinträchtigen.

Mit Eröffnung des neuen Forum, voraussichtlich Anfang September 2016, ist mit einem ersten Besucheransturm zu rechnen.

Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2016 mit minus 498 TEUR vor Verlustausgleich ein Ergebnis im Rahmen des durch die Satzung definierten Rahmens von „500.000 EUR“ an maximalen

Gesellschafterzuschuss. Basis für das Ergebnis sind die Erlöse der Gesellschaft, die sich im Wesentlichen aus folgenden Komponenten zusammensetzen:
-Umsatzerlöse sowie Zuschüsse der Gesellschafter gemäß § 19 des Gesellschaftsvertrages.
Die Finanzierung der o.g. Projektmehrkosten von bis zu 10 Mio. EUR wird über Darlehensaufnahmen gesichert. Abschreibung und Finanzierungskosten werden ab 2017 das Ergebnis deutlich verschlechtern; die für den Zeitraum ab 2017 absehbar erforderliche Erhöhung des Gesellschafterverlustausgleich soll im Herbst 2016 auf Basis der aktualisierten Wirtschaftsplanung in den Gesellschaftergremien beraten werden.
Im Geschäftsjahr 2016 wird der Geschäftsbetrieb von zwei wesentlichen Komponenten geprägt sein:

1) den Abschluss der investiven Maßnahmen und den damit verbundenen, sukzessiven Umzug zurück ins Forum; hierdurch werden grundsätzlich neue betriebliche Randbedingungen eintreten.
2) die mit dem Forum Vogelsang zuwachsenden neuen räumlichen Dimensionen, zusätzlich Nutzungskomponenten (insbesondere NS-Dokumentation und Nationalparkzentrum, aber auch Besucherzentrum sowie Panoramagastronomie und -terrasse) sowie die insgesamt deutlich aufwändigere Haustechnik

Durch die insgesamt wesentlich erhöhte, ab Eröffnung deutlich steigende Attraktivität wird bereits für das Jahr 2016 mit einer insgesamt erhöhten Anzahl an Besuchern gerechnet.

Chancen-/Risikobericht

Die Wirtschaftsplanung 2016 beinhaltet insofern ein Risiko, als zum einen die genaue Prognose des Besucherverhaltens und der Nachfrage-, Erlös- und Aufwandswerte in diesem „Übergangsjahr“ nicht exakt prognostizierbar sind.
Die Investitionsprojekte rund um das Forum Vogelsang wurden bisher grundsätzlich nur in dem Maße durchgeführt, wie sie durch Projektförderungen oder andere Finanzierungen (Darlehen) gesichert sind. Die entsprechenden Finanzierungsmodalitäten und -instrumente wurden vor Durchführung in den Gremien der Gesellschaft diskutiert und dort beschlossen.
Bei den geförderten Investitionsprojekten können grundsätzlich folgende Risiken auftreten:

1. Verlust von Fördermitteln wegen Ablaufs des Durchführungszeitraums
2. Verlust von Fördermitteln bzw. Rückforderung wegen Nichterreichen des Förderzwecks
3. Rückforderungen von Zuwendungsgebern aus anderen Gründen
4. Nichtfinanzierbarkeit der über das Fördervolumen hinausgehenden Mehrausgaben
5. Wechselseitige Forderung gegenüber Firmen

Für das Jahr 2016 werden aus vorgenannten Aspekten keine Risiken für den Geschäftsbetrieb erwartet.
Zur kontinuierlichen Beobachtung des Betriebsverlaufs wird eine quartalweise Zwischenbilanz durchgeführt und der Aufsichtsrat bei jeder Sitzung über wesentliche Entwicklungen und Abweichungen informiert. Dies macht es möglich, auf eventuelle außerplanmäßige Veränderungen

im Geschäftsverlauf frühzeitig reagieren zu können und eine Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der Wirtschafts- und Finanzplanung durchführen zu können.
Darüber hinaus werden relevante betriebliche Kenngrößen monatlich ausgewertet und bewertet, um sich ggf. frühzeitig auf Veränderungen im Betriebsverlauf einstellen zu können. Hierbei werden die Zahlen der Vorjahre als Referenz- und Kontrollwerte zum Vergleich angelegt.
Schließlich erfolgt bei den Förderprojekten ein kontinuierliches Projektcontrolling mit Berichten an den Aufsichtsrat und die Fördergeber, um die Realisierung innerhalb der bereitgestellten Projektmittel bzw. des Finanzierungsrahmens sicherzustellen. Die bisherigen Prüfungen der Fördergeber sind durchgängig positiv verlaufen.

Risiskoberichterstattung über dieVerwendung von Finanzinstrumenten

Bei der GmbH werden keine Finanzinstrumente eingesetzt. Die Geldanlange erfolgt ausschließlich kurzfristig auf Tagesgeldkonten.

Schleiden, 23.08.2016
Albert Moritz
-Geschäftsführer-

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes Burg Vogelsang gemäß dem Leitbild **vogelsang ip** zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel". Die Gesellschaft führt die begonnene Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel und der Nationalparkregion, insbesondere hinsichtlich der Kernnutzungen. Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

- Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur,
- Projektentwicklung Kernnutzungen;
- Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbleibenden Flächen von ca. 90 ha,
- Betrieb und Unterhalt der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur;
- Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie.

Die SEV GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut. Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag die „Rahmenvereinbarung über die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang" von Mai 2008 und die Vereinbarung mit der Bundesanstalt vom März 2009, in der insbesondere die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen Infrastruktur durch die SEV näher geregelt werden.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 13 Mitgliedern. 7 Mitglieder werden von der Region entsandt. Dem Kreis Euskirchen stehen 3 Entsendungsmandate, der Stadt Schleiden 2 und der StädteRegion Aachen sowie dem Kreis Düren jeweils 1 Mandat zu. Das Land Nordrhein-Westfalen wird 4 Mitglieder entsenden, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben 2 Mitglieder.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafter nehmen ihre Rechte durch Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung oder im Wege der schriftlichen Abstimmung wahr, soweit in diesem Gesellschaftsvertrag oder durch zwingende gesetzliche Vorschriften nichts anderes bestimmt ist. Je 240 EUR eines Geschäftsanteils

gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Über die Zahl seiner Vertreter entscheidet jeder Gesellschafter selbst. Bei mehr als einem Vertreter ist ein Stimmführer zu bestimmen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Thomas Fischer-Reinbach	
Vertreter der StädteRegion in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung:		
	Hans-Josef Hilsenbeck	1. stv. Städteregionsrat
Stellvertreterin:	Elisabeth Paul	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	53937 Schleiden
gezeichnetes Kapital:	36.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000,00	33,33
Land Nordrhein-Westfalen (vertr. durch das Ministerium f. Wirtschaft, Mittelstand und Energie)	12.000,00	33,33
Kreis Euskirchen	6.480,00	18,00
StädteRegion Aachen	2.160,00	6,00
Kreis Düren	2.160,00	6,00
Stadt Schleiden	1.200,00	3,34
	36.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	20.175	15.372	42.589
I. Imm. Vermögensgegenst.		3	3
II. Sachanlagen.		15.369	42.586
B. Umlaufvermögen	282.542	248.080	285.572
I. Forderungen / sonst. VG		15.515	15.698
II. Wertpapiere		36.000	0
III. Kassenbestand, Guthaben		196.565	269.875
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.721	2.435	4.739
Bilanzsumme Aktiva	**304.438**	**265.887**	**332.900**

A. Eigenkapital	183.177	205.699	253.682
I. Gezeichnetes Kapital	36.000	36.000	36.000
II. Gewinnvortrag	111.876	147.177	169.699
III. Jahresüberschuss	35.301	22.522	47.983
B. Rückstellungen	14.274	17.424	19.124
C. Verbindlichkeiten	106.987	42.764	60.094
Bilanzsumme Passiva	**304.438**	**265.887**	**332.900**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Umsatzerlöse	81.546	102.971	116.969
Betriebsergebnis	34.717	22.889	48.556
Finanzergebnis	781	334	22
gewöhnliches Geschäftsergebnis	35.498	23.223	48.594
Jahresüberschuss n. Steuern	**35.301**	**22.522**	**47.983**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen	10	5	5

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Jahr 2015 einen Finanzierungsbeitrag zur SEV GmbH in Höhe von 27.000 € geleistet.
Als Gesellschaft, zu der seitens der SEV GmbH Leistungsbeziehungen bestehen, ist die vogelsang ip gGmbH zu nennen.

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH (SEV) wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild *vogelsang ip* zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Sitz der Gesellschaft ist Schleiden. Mit notarieller Beurkundung am 03.12.2008 wurde die Gesellschaft umstrukturiert und

fortgeführt. Die ursprünglich bis zum 31.12.2008 befristete Laufzeit wurde zunächst um fünf Jahre bis Ende 2013, dann um ein weiteres Jahr bis Ende 2014 und zuletzt um zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2016 verlängert. Am Stammkapital in Höhe von 36.000,- € sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit jeweils 12.000,- € beteiligt. Am regionalen Anteil in Höhe von 12.000,- € hält der Kreis Euskirchen einen Geschäftsanteil von 6.480,- €, die StädteRegion Aachen einen Geschäftsanteil von 2.160,- €, der Kreis Düren einen Geschäftsanteil von 2.160,- € und die Stadt Schleiden einen Geschäftsanteil von 1.200,- €.
Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG, Düsseldorf, mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut.

Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2015

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag die „Rahmenvereinbarung über die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang“ von Mai 2008 und die Vereinbarung mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) vom März 2009, in der insbesondere die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen Infrastruktur durch die SEV näher geregelt werden.
Einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der SEV im Jahr 2015 war die Projektentwicklung der Kernnutzungen der 1. Entwicklungsstufe.
Die im Jahr 2012 begonnen Umbaumaßnahmen für das neue Forum Vogelsang zum zentralen Besucher- und Bildungszentrum mit den beiden Kernausstellungen NS-Dokumentation und Nationalparkzentrum verlaufen nicht so zügig wie geplant. Diverse bautechnische Pro-bleme und Insolvenzen von Baufirmen führten zu erheblichen Mehrkosten und einer Verlängerung der Bauzeit. Die Baumaßnahmen incl. der beiden Ausstellungsbereiche sollen bis Mitte 2016 abgeschlossen werden. Die Eröffnung dieses Leitprojektes für die Tourismus-, Bildungs- und Kulturdestination vogelsang ip ist im Sommer 2016 geplant.
Für die als Internationale Begegnungsstätte geplante Jugendherberge konnte sich auch im Jahr 2015 mit dem Deutschen Jugendherbergswerk Landesverband Rheinland (DJH) nicht auf ein Finanzierungskonzept verständigt werden. Ende des Jahres 2015 teilte das DJH dann mit, dass man eine Entwicklung in Vogelsang nicht weiter verfolgen werde. Für ein Jugendgästehaus muss nun ein neuer Betreiber und Investor gesucht werden.
Für das Kernprojekt Nationalparkforstamt hatte sich das Land NRW Ende des Jahres 2013 entgegen bisheriger Absprachen auf die Realisierung eines Neubaus festgelegt. Nachdem eine grundsätzliche Klärung zwischen dem Land NRW und der BImA Ende des Jahres 2014 erfolgte, wurde mit der Klärung von Verfahrensfragen für die Projektierung des Neubaus im Jahr 2015 begonnen. Durch die Absage des DJH haben sich neue Standortkonstellationen ergeben. Geprüft wird vom Umweltministerium, ob das Jugendwaldheim in Kombination mit der Nationalparkverwaltung am Standort der „Redoute“ errichtet werden soll.
Durch den Landesbetrieb Wald und Holz wurde ein Konzept zur Nutzung von ca. 60 ha Vogelsangs als Umweltbildungsflächen entwickelt und mit der SEV abgestimmt. Auf einer Teilfläche von 8,0 ha wird für fünf Jahre in den Scheldebaracken eine zentrale Flüchtlingsunterkunft des Landes NRW eingerichtet.
Mit dem ehemaligen Kameradschaftshaus Nr. 7 hat der DRK Kreisverband Euskirchen bereits das vierte Gebäude am Standort erworben. Als Erweiterung des Rotkreuz Museums soll hier nach Umbauarbeiten und Einrichten einer Werkstattausstellung im Jahr 2016 der Betrieb aufgenommen werden.
Das Interesse privater Investoren hat im Vergleich zu den Vorjahren im Jahr 2015 deutlich zugenommen. Mit den Projekten „Vogelsang 86“ mit dem Hauptmieter „Seelsorge im Nationalpark“ und dem Übernachtungsangebot im „K 13 Das Gästehaus“ konnten zwei ehemalige

Kameradschaftshäuser endgültig einer Nutzung zugeführt werden. Für zwei weitere der Kameradschaftshäuser bestehen gute Entwicklungsperspektiven für das Jahr 2016. Auch für die noch ungenutzten Bestandsimmobilien hat eine Reihe privater Investoren ihr Interesse bekundet.
Im Aufgabenbereich Infrastrukturmaßnahmen wurde der Bau der neuen ÖPNV-Wendeschleife am Forum Vogelsang im Mai abgeschlossen. Im Laufe der zweiten Jahreshälfte wurden die westlichen Kameradschaftshäuser an die Versorgungsinfrastruktur des Standortes angeschlossen.
Zum Erhalt der historischen Bausubstanz wurde ein Schadenskataster erstellt bzw. fortgeschrieben und erste Sanierungsarbeiten durchgeführt.
Die Pflege, der Unterhalt und die Sicherung aller „öffentlichen" und noch nicht zur Nutzung übertragenen Flächen des Standortes wurde im Jahr 2015 gemäß den Vereinbarungen mit den Nutzern und Eigentümern mit reduziertem eigenen Personal fortgeführt.
Die Eintragung des nördlichen, etwa 54 ha umfassenden Bereichs der Liegenschaft Vogelsang als Bodendenkmal in die Denkmalliste der Stadt Schleiden wurde Ende 2015 durch die Bezirksregierung Köln zurück genommen.

Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Trotz der Großbaustelle für das neue Forum Vogelsang und der derzeitigen unattraktiven Besucherführung sind die Besucherzahlen am Standort im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben. Das Besucheraufkommen, welches im Jahr 2011 noch 200.000 betrug, sank im Jahr 2012 mit dem Beginn der Baumaßnahme zunächst auf 172.500 und 2013 nochmals auf 150.000 ab. Nach 165.000 Besuchern im Jahr 2014 nahm das Besucheraufkommen im Jahr 2015 mit ca. 168.500 nochmals leicht zu. Mit Eröffnung des „Forum Vogelsang" im Sommer 2016 wird für die kommenden Jahre ein stetiger Anstieg der Besucherzahlen auf 300.000 pro Jahr erwartet.
Ungebrochen ist nach wie vor auch im Jahr 2015 die im Vergleich zu anderen Destinationen in der Eifel überregional hohe Attraktivität des Standortes. Vogelsang ist durch die überregional beachteten Veranstaltungen im Kulturkino vogelsang ip weiterhin auf einem guten Weg zu einem „Internationalen Platz". Durch die neu generierte Wertschöpfung dient Vogelsang heute schon dem Wachstum bzw. der Stabilisierung der Tourismuswirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplatzsituation in der Region. Bisher wurden in Vogelsang schon mehr als sechzig neue Arbeitsplätze geschaffen.
Bei der Umsetzung der mit privatem Kapital zu finanzierenden Projekte ist nach der Zurückhaltung der letzten Jahre im Jahr 2015 eine Belebung zu verzeichnen. Die Bereitschaft von privater Seite, in Vogelsang zu investieren hat deutlich zugenommen. Neben der Erweiterung des Rotkreuz Museums sind mit „Vogelsang 86" und „K13 Das Gästehaus" im Jahr 2015 zwei Projekte durch Privatpersonen aus der Region realisiert worden. Weitere Nutzungsideen für Bestandsgebäude durch Private befinden sich in der Entwicklungsphase.
Weiterhin führte allerdings die teilweise sehr negative Berichterstattung in der Presse über die Kostenentwicklung und Bauverzögerungen beim Forum Vogelsang zu Irritationen und Verunsicherung bei potenziellen Nutzern. Umso wichtiger für die weitere Gesamtentwicklung ist es daher, dass das Leitprojekt „Forum Vogelsang" mit den beiden zentralen Ausstellungen im Jahr 2016 seinen Regelbetrieb aufnimmt.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Im Geschäftsjahr 2015 hat die SEV ihren Geschäftsbetrieb mit den im Kontext beschriebenen Schwerpunkten fortgeführt. Einnahmen für die Projektentwicklung generierte die Gesellschaft aus den Beiträgen der Gesellschafter. Insgesamt betrugen die Einnahmen 450.000,00 € (Vorjahr 450.000,00 €), die sich aus Mitteln der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (150.000,00 €), des

Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (150.000,00 €) und der regionalen Gesellschafter (150.000,00 €) zusammensetzen. Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ wurde der im Jahr 2011 aufgenommene Betrieb und Unterhalt für das Gesamtgelände im Auftrag der Nutzer und Eigentümer fortgeführt. Sämtliche Ausgaben werden durch als Umsatzerlöse ausgewiesene Beiträge der Nutzer und Eigentümer gedeckt. Die Gesellschaft erzielt in diesem Geschäftsbereich über die Gesamtlaufzeit also weder Gewinne noch entstehen ihr Verluste.
Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 47.983,20 € (Vorjahr: Jahresüberschuss von 22.521,94 €) ab.

Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten blieben stabil. Bei einer Bilanzsumme von 332.900,05 € (Vorjahr: 265.886,50 €) wird auf der Aktivseite ein langfristiges Vermögen von 42.589,00 € (Vorjahr: 15.372,00 €) und ein kurzfristiges Vermögen von 290.311,05 € (Vorjahr: 250.514,50 €) ausgewiesen. Auf der Passivseite steht dem Eigenkapital von 253.682,38 € (Vorjahr: 205.699,18 €) ein Fremdkapital, bestehend aus sonstigen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten von 79.217,67 € (Vorjahr: 60.187,32 €) gegenüber.
Die Bilanz der Gesellschaft ist somit auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 269.874,67 € (Vorjahr: 196.564,65 €) geprägt, die insbesondere aus Einnahmen aus den Beiträgen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) und der regionalen Gesellschafter sowie Beiträgen der Nutzer zum Geländemanagement entstanden. Auf der Passivseite stehen dem Umlaufvermögen insbesondere das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 253.682,38 € (Vorjahr: 205.699.18 €) gegenüber.

Im Jahr 2015 entsteht ein Jahresüberschuss in Höhe von 47.983,20 € gegenüber einem Jahresüberschuss in Höhe von 22.521,94 € im Jahr 2014. Erträgen in Höhe von 569.949,77 € (Finanzierungsmittel der Gesellschafter, Beiträge zum Geländemanagement, Zinsen), stehen Aufwendungen in Höhe von 521.966,57 € gegenüber. Die Erträge für die Projektentwicklung aus den Beiträgen der Gesellschafter blieben mit 450.000,00 € gegenüber dem Vorjahr (450.000,00 €) stabil. Wesentlich für das gute Jahresergebnis sind die geringeren Ausgaben bei den Fremdleistungen.
Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der größte Aufwandsposten in Höhe von 302.260,00 € (Vorjahr: 302.260,04 €) betrifft die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG.
Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ entstand der größte Aufwandsposten mit 91.569,93 € (Vorjahr 102.752,25 €) im Jahr 2015 für die Personalkosten.

Bei einer Bilanzsumme von 332.900,05 € (Vorjahr: 265.886,50 €) beträgt das Eigenkapital 253.682,38 € (Vorjahr: 205.699,18 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 76 % (Vorjahr: 77 %). Weiterhin bestanden am Abschlussstichtag flüssige Mittel von 269.874,67 € (Vorjahr: 196.564,65 €). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH geordnet.
Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Fördermittel und Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH im Berichtsjahr stets gewährleistet.
Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich überwiegend um kurzfristige Verbindlichkeiten, die Quote beträgt 24 % (Vorjahr: 23 %) der Bilanzsumme.
Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH ist bis zum 31.12.2016 befristet. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat angekündigt, aus der Gesellschaft zum Jahresende auszutreten. Die Gesellschafter der SEV beraten zurzeit über verschiedene Szenarien der Standortentwicklung ab dem 01.01.2017. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, bis zum Sommer Einigkeit darüber zu erzielen, in welcher Organisationsform die weitere Standortentwicklung erfolgt und wie mit der bestehenden Gesellschaft weiter verfahren wird.

Chancen und Risiken

Mit dem sich im Bau befindlichen Forum Vogelsang zum zentralen Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrum wird das Leitprojekt des Standorts im Sommer 2016 in Betrieb genommen. Die reale Konversion, die vor zehn Jahren mit der Errichtung der Besucherinformation unter Federführung der Standortentwicklungsgesellschaft begann, ist damit gemeinsam mit den schon betriebenen Einrichtungen Kulturkino vogelsang ip, Rotkreuz Museum, Rotkreuz Landesmuseum Nordrhein, Jugend-, Natur- und Umweltbildungshaus „Transit 59“, Rotkreuz-Zentrum Schleiden, Astronomie-Werkstatt, Schwimmbad und Turnhalle, Vogelsang 86 und „K 13 Das Gästehaus“ auf einem guten Weg. Gute Chancen auf eine zeitnahe Umsetzung werden weiterhin für die Kernprojekte Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt gesehen. Auch für ein Jugendgästehaus besteht eine realistische Entwicklungsperspektive. Mit der Inbetriebnahme der zentralen Unterbringungseinrichtung für Flüchtlinge hat die „Schelde“ einen unerwarteten baulichen Impuls erhalten, dessen Auswirkungen auf die Gesamtentwicklung heute noch nicht absehbar sind. Erfreulich ist, dass zwei privat finanzierte, leitbildkonforme Nutzungskonzepte in den sogenannten Kameradschaftshäusern umgesetzt werden konnten und weitere private Investoren Interesse bekunden. Die Infrastruktur des Standortes muss, will man neue Investoren gewinnen, weiter ausgebaut bzw. verbessert werden.

Insgesamt verläuft die Konversion der ca. 100 ha großen „Camp Vogelsang“-Fläche aber langsamer als zu Beginn des Prozesses prognostiziert. Die vergangenen dreizehn Jahre des Konversionsprozesses haben gezeigt, dass die Überführung des geschichtsbeladenen, mitten im Nationalpark Eifel gelegenen Ortes in eine tragfähige zivile Zukunft eine besondere Herausforderung darstellt.

Um das Vertrauen des Marktes in den Standort weiter zu stärken und damit auch die Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren zu festigen, ist es wichtig, dass das Forum Vogelsang mit den beiden zentralen Ausstellungen im Jahr 2016 endlich den Betrieb aufnimmt und dass für die schon lange angekündigten Kernprojekte Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt eine klare Umsetzungsperspektive geschaffen wird. Damit würde die programmatische Ausrichtung und wirtschaftliche Tragfähigkeit der Bildungs-, Kultur- und Tourismusdestination Vogelsang IP weiter gestärkt und somit für private Nutzungen interessanter.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurden fortlaufende Liquiditätspläne sowohl für den Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ als auch den Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erstellt, die permanent an aktuelle Änderungen angepasst werden und als Basis für die Geldmitteldisposition dienen.

Ausfallrisiken im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ bestehen aufgrund der Finanzierungsbeiträge durch die öffentlichen Gesellschafter keine. Die zur Finanzierung des Geschäftsbereichs „Geländemanagement“ vereinbarten Beiträge der Nutzer und Eigentümer werden

halbjährlich im Voraus gezahlt. Da die Nutzer zum Großteil öffentlich bzw. öffentlich bestimmt sind, werden auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ keine Ausfallrisiken gesehen.
Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.
Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH und damit der Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ wird zu je einem Drittel aus direkten Zuwendungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr und der kommunalen Gesellschafter finanziert. Die Mittel sind von allen Gesellschaftern bis Ende des Jahres 2016 zugesichert worden. Über die Übernahme der Kosten für die Durchführung der Geländemanagementtätigkeiten bestehen Verträge mit den Nutzern und Eigentümern ebenfalls bis Ende 2016. Den Unternehmensbestand gefährdende Risiken sind daher derzeit bis Ende des Jahres 2016 nicht erkennbar.

Prognose

Die Gesellschaft ist zurzeit bis zum 31.12.2016 befristet. Zu den Hauptaufgaben der Gesellschaft gehören laut Gesellschaftsvertrag die Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur, die Projektentwicklung der Kernnutzungen, die Vermarktung und das Marketing der außerhalb der Kernnutzungen verbleibenden Flächen von ca. 90 ha, der Betrieb und Unterhalt des Geländes und die Entwicklung eines dauerhaften Geländemanagement-Konzeptes für die Gesamtimmobilie.
Insbesondere die letzten Jahre des Konversionsprozesses haben gezeigt, dass vor allem die Realisierung der Kernprojekte der 1. Entwicklungsstufe nicht so zügig verläuft wie im Jahr 2008 geplant. Der Großteil der Interesse bekundenden privaten Nutzer macht seine Investitionsentscheidung von einem funktionierenden Forum Vogelsang abhängig. Mit der Inbetriebnahme im Sommer 2016 und in der Folge einem stabilen Regelbetrieb wird sich die Nachfrage Privater weiter beleben. Gleichzeitig benötigt der Standort für einen nachhaltigen Bildungs- und Kulturbetrieb dringend die Schaffung weiterer Übernachtungsmöglichkeiten. Auch das Investitionsumfeld muss noch verbessert, d. h. die Infrastruktur in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden.
Innerhalb der bestehenden Laufzeit bis Ende 2016 wird die Gesellschaft nicht alle in der Entwicklung befindlichen Nutzungen und Infrastrukturprojekte umsetzen können und auch nicht für alle Bestandsgebäude eine neue Nutzung finden können. Die Gesellschafter sollten sich darum frühzeitig darüber verständigen, wie und durch wen der Konversionsprozess im Jahr 2017 fortgeführt wird.
Für das kommende Geschäftsjahr werden geringe Überschüsse erwartet.

Schleiden, 12.04.2016
Thomas Fischer-Reinbach
-Geschäftsführung-

Ergänzender Hinweis zur Lageberichterstattung

Der Städteregionstag hat in seiner Sitzung am 17.10.2013 die weitere Beteiligung der StädteRegion Aachen als Gesellschafterin an der „Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH (SEV)“ um bis zu fünf weitere Jahre beschlossen sowie die weitere Bereitstellung des Finanzierungsanteils der StädtRegion Aachen in der bisherigen Höhe von jeweils 27.000 € /a.

Energeticon gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Die ENERGETICON gGmbH wurde 2010 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist primär die Förderung von Wissensvermittlung über energiegeschichtliche und -technische Entwicklung insbesondere an die jüngeren Generationen (außerschulischer Lernort) aber auch an die interessierte allgemeine Öffentlichkeit (Freizeitbesucher). Die Gesellschaftszwecke werden insbesondere verwirklicht durch den Betrieb der Dauerausstellung „Von der Sonne zur Sonne“ mit zugehörigen pädagogischen und fachlichen Begleitveranstaltungen, sowie durch ergänzende Wechsel- und Sonderausstellungen. Durch die Vermittlung von Wissen wird indirekt die Nachfrage nach innovativen energietechnologischen Produkten und Dienstleistungen gefördert. Das ENERGETICON wird zugleich als Ort kultureller Fremd- und Eigenveranstaltungen sowie privater Fachtagungen und Feierveranstaltungen betrieben. Zu diesen Zwecken nutzt die Gesellschaft drei ehemalige Grubengebäude und deren Außenanlagen auf einer Teilfläche der ehemaligen Grube Anna II westlich des Annaparks. Die Gebäude wurden saniert und zu einem Dokumentationszentrum Energie mit didaktisch und gestalterisch innovativem Museumscharakter umgestaltet. Für die Qualität seines Kommunikationsdesigns erhielt die Ausstellung mehrere renommierte Preise (z.B. Red dot award; One show award).

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt sind. Die Gesellschaft hat sich in ihrem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft. Die Befreiung von der Beschränkung des § 181 BGB ist erteilt.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus 9 Mitgliedern. 5 Mitglieder werden vom Landschaftsverband Rheinland, 3 Mitglieder von der Stadt Alsdorf und 1 Mitglied von der StädteRegion Aachen entsandt. Der Aufsichtsrat überwacht den Geschäftsführer der Gesellschaft. Er wirkt maßgeblich an der strategischen Planung mit, die vom Geschäftsführer vorbereitet und im Detail ausgearbeitet wird. § 11 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags enthält die Aufgaben, die dem



Aufsichtsrat insbesondere obliegen. Der Vorsitz des Aufsichtsrats wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbands Rheinland und einen Vertreter der Stadt Alsdorf geführt – analog der Gesellschafterversammlung, jedoch durch den jeweils anderen Gesellschafter.

Gesellschafterversammlung:

Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Jeder Euro eines Geschäftsanteils gewährt eine Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Er ist berechtigt, bis zu 3 Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden. Soweit ein Gesellschafter mehr als ein Mitglied entsendet, ist ein Stimmführer zu benennen. Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter der Stadt Alsdorf geführt, wobei der stellvertretende Vorsitzende vom anderen Gesellschafter gestellt wird. Die Gesellschafterversammlung beschließt über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung. § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags enthält einen Katalog der der Gesellschafterversammlung vorbehaltenen Angelegenheiten.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dipl.-Ing. Harald Richter	
Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:		
	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
1. Stellvertreter:	Markus Terodde	Dezernent
2. Stellvertreter:	Thomas König	Amtsleiter A 85
Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:		
Stimmführer:	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
	Horst-Dieter Heidenreich	sachkundiger Bürger

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52477 Alsdorf
gezeichnetes Kapital:	26.000 €

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
LVR Landschaftsverband Rheinland	13.000	50
Stadt Alsdorf	6.500	25
StädteRegion Aachen	2.600	10
Stadt Eschweiler	650	2,5

Stadt Stolberg	650	2,5
Stadt Baesweiler	650	2,5
Stadt Herzogenrath	650	2,5
Energeticon e.V.	650	2,5
Verein Bergbaumuseum Grube Anna e.V.	650	2,5

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A Anlagevermögen	2.646.585	8.600.754	8.309.792
I. Imm. Vermögensgegenst.		1.224.489	1.159.423
II. Sachanlagen		7.376.265	7.150.369
B Umlaufvermögen	1.054.761	589.099	268.921
I. Vorräte		8.308	7.534
II. Forderungen / sonst. VG		327.242	19.873
III. Kassenbestand, Guthaben		253.549	241.514
RAP	433	0	0
Bilanzsumme Aktiva	**3.701.779**	**9.189.853**	**8.578.714**
Eigenkapital	924.419	733.198	629.364
I. Gezeichnetes Kapital	26.000	26.000	26.000
II. Kapitalrücklage	897.659	706.438	602.604
III. Bilanzgewinn	760	760	760
Sonderposten	2.450.134	8.017.514	7.696.034
Rückstellungen	229.825	36.828	22.560
Verbindlichkeiten	97.401	402.313	130.755
RAP	0	0	100.000
Bilanzsumme Passiva	**3.701.779**	**9.189.853**	**8.578.713**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013	2014	2015
Umsatzerlöse	65.443	117.103	263.246
Finanzierungsanteile der Hauptgesellschafter	160.000	160.000	160.000
Betriebsergebnis	-58.102	-181.572	-102.314
Finanzergebnis	9.525	184	0
gewöhnliches Geschäftsergebnis	-48.577	-181.388	-102.314
Außerordentliches Ergebnis	0	-8.200	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag n. Steuern	**-49.809**	**-191.221**	**-103.834**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Im Geschäftsjahr 2015 waren bei der Gesellschaft durchschnittlich 22 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2014 in %	2015 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	93,6	96,9
Eigenkapitalquote	95,2	97,0
Verschuldungsgrad	5,0	3,0

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Jahr 2015 einen Betriebskostenzuschuss für die Energeticon gGmbH in Höhe von 10.000 € geleistet.

Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen liegen nicht vor.

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsfelder und Geschäftsverlauf

Das Wirtschaftsjahr 2015 ist das erste Vollbetriebsjahr des ENERGETICON. Die Bauphase war 2014 abgeschlossen worden. 2015 erfolgten noch kleinere Nachinvestitionen in den Bereichen Besucherinfrastruktur und Außenanlagen.

Das Geschäftsfeld pädagogische Angebote stand 2015 im Mittelpunkt der Tätigkeiten: Ausformulierung pädagogischer Angebotsmodule (verschiedene Ausstellungsführungen, ergänzende pädagogische workshops) und Organisationsformen zu deren Umsetzung sind hier zu nennen. Der Aufbau eines Netzwerks von Kooperationsschulen, mit denen das ENERGETICON künftig besonders engen Austausch pflegen wird, hat begonnen. Die Zusammenarbeit mit dem Bildungsbüro der StädteRegion Aachen konnte erneut intensiviert werden (Energiespar-Detektive, Haus der kleinen Forscher, Bildungszugabe, Kultur macht stark).

Die gGmbH intensivierte parallel dazu den fachbezogenen und kulturellen Betrieb des ENERGETICON im Fördermaschinenhaus und den Panoramaräumen. Hierbei handelte es sich neben Privatvermietungen insbesondere um öffentliche Kulturveranstaltungen und Tagungen. Paketangebote von Vermietung und Ausstellungsbesichtigung fanden zunehmend eine Nachfrage. Die Privatisierung der gastronomischen Einrichtung in der Schmiede an einen erfahrenen Gastropartner (BG Gastronomie GmbH) hat sich bewährt. Das Bistro / Restaurant Eduard entwickelte sich zwischenzeitlich zu einer bekannten Adresse für hochwertige Küche in attraktivem Industrieambiente. Private Gastronomie und Energiemuseum befruchten sich bezüglich

Besucherzahlen gegenseitig. Der Museumsshop neben dem Counter im Foyer wird in Eigenregie der gGmbH betrieben. Im Wirtschaftsjahr 2015 erweiterte die Gesellschaft ihr Angebot nachfrageorientiert und erreichte damit eine deutliche Steigerung seiner Umsätze.

Die erste Phase des Anlaufbetriebs konnte 2015 abgeschlossen werden. Die unvermeidlichen technischen und organisatorischen „Kinderkrankheiten" sind weitestgehend ausgeräumt. Der Tagesbetrieb läuft zwischenzeitlich im Wesentlichen routiniert und professionell. Insgesamt verzeichnet das ENERGETICON eine sehr hohe Besucherzufriedenheit. Unter Nutzung aller Medien intensivierte die Gesellschaft mit Erfolg regionale und euregionale Werbemaßnahmen um den Bekanntheitsgrad der Einrichtung zu erhöhen. Die Markenbildung und die Markteinführung des ENERGETICON ist im vergangenen Jahr einen guten Schritt vorangekommen.

Kooperationen mit starken Partnern fanden auch 2015 eine Fortsetzung oder wurden neu ins Leben gerufen. Hierbei sind insbesondere zu nennen das Bildungsbüro und die Stabsstelle Klimaschutz der StädteRegion Aachen, das Grenzlandtheater (Greta), die Hochschule für Musik und Tanz Köln / Abteilung Aachen (Mai Klassik Festival), die Stabsstelle Kultur der StädteRegion (Kulturfestival), die schulpädagogische Zusammenarbeit mit der EWV GmbH, oder der trinationale Verbund außerschulischer Lernorte (Verein exploregio.net, Verein Grünmetropole). Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Gesellschafter Verein Bergbaumuseum Grube Anna II fand insbesondere durch aktive Unterstützung bei der Detailgestaltung der Ausstellung (Arbeitskreis Bergbau) und bei Führungen durch die Ausstellung (Steigerführungen) ihren Ausdruck. Das ENERGETICON übermittelte seinen Gemaal-Partnern (Eupen, Genk, Maastricht) auch 2015 einen Kulturbeitrag (Euregio Saxophone Orchestra) und führte selber Gemaal-Veranstaltungen durch (Brunsumer Mannenchor, Der Weg nach Lüttich).

Einnahmen aus dem Vermietungsgeschäft des Fördermaschinenhauses an Fremdveranstalter (Unternehmen, Institutionen, Vereine, Privatpersonen) konnten im Geschäftsjahr 2015 auf hohem Niveau gehalten werden. Dieses Geschäftsfeld soll in den kommenden Geschäftsjahren noch kontinuierlich ausgebaut werden. Die regionale Bekanntheit dieses Baudenkmals als außergewöhnliche, multifunktionale Veranstaltungsstätte nimmt erfreulich zu.

Investitions- und Finanzierungsbereich

Im Wirtschaftsjahr 2015 fanden keine großen baulichen Investitionen wie im Jahr 2014 mehr statt. Lediglich diverse Anschaffungen, die zur Optimierung des Geschäftsstellen- / Ausstellungs- und Vermietungsbetriebes sich als sinnvoll erwiesen, wurden getätigt.

Die Sparkasse Aachen bewilligte zur Zwischenfinanzierung der EU-geförderten Maßnahme GrEEN einen Euriborkredit in einer Gesamthöhe von einer Million Euro.

Lage der Gesellschaft - Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2015 konnten die Erlöse aus den Bereichen Vermietung und Veranstaltungen um 16 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 89 TEUR erhöht werden. Im Geschäftsjahr konnten

darüber hinaus 45 TEUR Spenden vereinnahmt werden, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 40 TEUR entspricht. Des Weiteren konnten im Geschäftsjahr die Erlöse aus der steuerfreien Vermögensverwaltung um 26 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 45 TEUR gesteigert werden. Im Bereich der Ausstellung konnten 140 TEUR Erlöse aus dem Ausstellungsbetrieb und dem Ausstellungsshop generiert werden.

Die Löhne und Gehälter 2015 betrugen 217 TEUR gegenüber EUR 211 TEUR im Vergleichszeitraum 2014. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 2,8 % und einem absoluten Anstieg von 6 TEUR. An sozialen Abgaben und Aufwendungen fielen im Jahr 2015 55 TEUR an. In 2014 belief sich der entsprechende Wert auf 51 TEUR. Der Betrag der absoluten Erhöhung in Höhe von 4 TEUR entspricht einer Steigerungsrate von 6,9 %.

Insgesamt hat sich der Jahresfehlbetrag um 87 TEUR gegenüber dem Vorjahr verringert und beträgt im Geschäftsjahr 104 TEUR.

Lage der Gesellschaft – Finanz- und Vermögenslage

Der Lagebericht enthält an dieser Stelle einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft, der hier aus Darstellungsgründen nicht wiedergegeben wird.

Das Vermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 611 TEUR auf insgesamt 8.579 TEUR verringert.

Im Wesentlichen resultiert der Rückgang des Vermögens aus dem Werteverzehr des Anlagevermögens in Höhe von 291 TEUR und dem Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 304 TEUR. Korrespondierend hierzu ist der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen um 321 TEUR rückläufig, sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 200 TEUR.

Im Lagebericht werden an dieser Stelle finanzielle Leistungsindikatoren in Form von Kennzahlen dargestellt. Diesbezüglich wird auf den vorstehenden Abschnitt „Eckdaten und Leistungskennziffern“ verwiesen.

Sonstige wesentliche Ereignisse

NRW Umweltminister Johannes Remmel überbrachte im Februar 2013 den Förderbescheid für das Grubenwasserthermieprojekt GrEEn (Grubenwasserenergie für das ENERGETICON) im Eduardschacht. Nach langwierigen Abstimmungen mit dem Projektträger ETN und dem Oberbergamt konnte das Projekt 2015 ingenieurseitig weitgehend vorbereitet werden. Nach Abschluss der so genannten Aufsuchungsphase im Frühjahr 2016 wird im Sommer 2016 mit Baubeginn (Gewinnungsphase) gerechnet.

Die Geschäftsführung verstärkte die Kontakte zur Geschäftsstelle des regionalen Förderprojektes Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) im Technologiezentrum Jülich. Ihr Ziel, das ENERGETICON im Programm der IRR zu platzieren, führte zum Erfolg. Das ENERGETICON ist als „Best practice-

Projekt“ und das Grubenwasserthermieprojekt als Innovatives Projekt in die Projektpallette der IRR aufgenommen worden. Zu gegebener Zeit wird ggf. über Fördermöglichkeiten zu reden sein.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Entwicklung

Die Energiepreisentwicklung der vergangenen Monate haben die Energiewendediskussion wiederum angetrieben. Im Zuge der komplizierten öffentlichen Diskussion um die Zukunft der Energiewende ist von einem wachsenden Bedarf der allgemeinen Bevölkerung nach Grundlageninformationen zu diesem Jahrhundertprojekt auszugehen. Bei entsprechender didaktischer Aufbereitung und Zielgruppen scharfer Werbung bestehen hierdurch große Nachfragepotenziale für die Angebote des ENERGETICON. Die zunehmenden Buchungen von Schulklassen bestätigen dies. Es gilt nach wie vor Potenziale in tatsächliche, zahlende Nachfrage umzusetzen.

Wesentliche Geschäftsfelder – Ausstellung und Tagungen

Eine noch intensivere Einbindung von Schulen in den Dauerbetrieb der Ausstellung (außerschulischer Lernort) konnte 2015 realisiert werden. Zielgruppenorientierte Werbung Richtungen Senioren, Familien und Schulen und die Erweiterung der Gruppe der Kooperationsschulen werden auch künftig zu wachsenden Besucherzahlen führen. Die Bespielung der Ausstellung mit pädagogischen Angeboten (Texträtsel, Fotoquiz etc.) erhöht deren Attraktivität für Besucher. Neue Angebote auch außerhalb des direkten ENERGETICON-Geländes sind für 2016 vorgesehen.

Das zunehmende Interesse der Hochschulen und der Wirtschaft am ENERGETICON als Veranstaltungsort für Fachtagungen war auch im Geschäftsjahr 2015 wieder erkennbar. Durch Verbesserung der Gesamtsituation bezüglich Gastronomie (Bistro Eduard in der Schmiede, Bedarfsgastronomie Eduard im Fördermaschinenhaus), Außenanlagen (2.000 qm-Multifunktionsplatz mit technischer Infrastruktur für Außenveranstaltungen) und Angebot verschieden gearteter Räumlichkeiten (Umformerhalle und kleiner Saal des Fördermaschinenhauses, zwei Panoramasäle des Kauengebäudes, Gastraum des Bistro Eduard in der Schmiede) sind die Voraussetzung für die Vermarktung des ENERGETICON als Tagungsstätte deutlich gestiegen und haben zu entsprechender Nachfragen seitens der Hochschulen geführt. Im Rahmen des Geschäftsfeldes „Tagen und feiern im ENERGETICON“ strebt die Geschäftsführung 2016 einen weiteren Ausbau des Tagungsgeschäfts an.
Ebenfalls die Vermarktung des ENERGETICON als Ausstellungsort für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) insbesondere der Energietechnologie ist nach weiterer Fertigstellung des Außengeländes 2016 ausbaufähig. Im so genannten Dreiecksraum des Kauengebäudes finden seit Eröffnung im Rahmen einer dauerhaften Wechselausstellung Präsentationen von Unternehmen und Institutionen statt. Die Vermarktung des Fördermaschinenhauses als Location für KMU-Veranstaltungen wird 2016 im Geschäftsfeld „Tagen und feiern im ENERGETICON“ noch stärker beworben.

Als Ort für kulturelle Fremd- und Eigenveranstaltungen im Bereich Theater, Kunstausstellungen, klassische Musik, Jazzmusik oder Cross-Over-Happenings hat sich das ENERGETICON zwischenzeitlich einen hervorragenden Ruf in der Kulturszene der Region erworben. Die Geschäftsführung wird die Beziehungen zu den kulturellen Aktivitäten des Zweckverbandes Region Aachen (regionale Kulturkonferenzen) und zu den Gemaal-Partnern wieder aufgreifen bzw. verstärken. Die Gesellschaft ist 2015 eine Kooperation mit der Kulturgemeinde Alsdorf eingegangen, die 2016 fortgesetzt werden soll.

Das Fördermaschinenhaus konnte durch Privatvermietungen für Geburtstage, Hochzeiten, Vereinsfeiern etc. auch 2015 erfreulich hohe Umsätze generieren. Eine gezieltere Bewerbung des Geschäftsfeldes „Tagen und Feiern im ENERGETICON“ ist für 2016 in Vorbereitung.

Investitions- und Finanzierungsbereich

Die großen Investivmaßnahmen im Bau- und Ausstellungsbereich sind abgeschlossen. Lediglich die Gestaltung der Außenanlagen, insbesondere auch die Darstellung der ENERGETICON-Inhalte in den öffentlichen Raum hinein, bedarf im Laufe der kommenden Jahre weiterer Investitionen. Diese werden verstärkt über Einwerbung von Förder- und Sponsorenmitteln zu finanzieren sein. Für 2016 sind konkrete Maßnahmen für regenerative Großexponate (Solarthermie, Windkraft) in Vorbereitung. Durch die unerwartet umfangreichen Abstimmungen mit ETN und durch das aufwändige VOF-Verfahren zur Vergabe der Ingenieurleistungen fällt das GrEEn-Projekt investiv hauptsächlich in den Zeitraum 2016 bis 2017. Ein Antrag auf Verlängerung des Durchführungs- / Bewilligungszeitraums ist 2015 bewilligt worden. Ein Euriborkredit zur Zwischenfinanzierung ist entsprechend ebenfalls 2015 bewilligt worden. Die Finanzierung von GrEEn ist daher gesichert.
Wie bereits ausgeführt waren die Bemühungen der Geschäftsführung um Platzierung des ENERGETICON im Programm der Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) erfolgreich.

Geschäftsverlauf / Ergebnis

Die verschiedenen Netzwerke, die die Gesellschaft insbesondere in die Hochschulen geknüpft hat, beginnen Früchte zu tragen im Bereich des Vermietungsgeschäftes und auch bei Projektrealisierung, -aktualisierung und -betrieb selber.
Die positiven Besucherzahlen des ENERGETICON im ersten Vollbetriebsjahr hingen wesentlich von einer intensiven, effektiven Werbekampagne ab und von nachfrageorientierten pädagogischen Angebotspaketen für die verschiedenen Zielgruppen.
Bezüglich der Personal- und Betriebskostenentwicklung nach kompletter Eröffnung und Bespielung des ENERGETICON ist festzuhalten:

Personalentwicklung

a) Besucherbegleiter

Die neue Aufgabe der Besucherbegleitung hat neues Personal erfordert. Hier wurden weitere Honorarverträge abgeschlossen. Gleiches gilt für pädagogische Begleitangebote

b) Gastronomiebetrieb

Die Gastronomie dient einerseits der Betreuung der Ausstellungsbesucher und Besuchern von (Abend-) Veranstaltungen im Kauengebäude und im Fördermaschinenhaus. Andererseits können dort auch eigenwirtschaftliche Privatveranstaltungen der Pächter stattfinden. Es war eine richtige Entscheidung die Gastronomie nicht in Eigenregie zu betreiben sondern diese in professionelle, private Hände zu legen. Die Pächter haben 2015 für auskömmlichen Personalbesatz bei den verschiedenen Veranstaltungsformaten gesorgt.

c) Kassendienst

Der Kassendienst wird aus Gründen der Kostenersparnis teilweise durch eine Mitarbeiterin der Geschäftsstelle abgedeckt, zum anderen durch geringfügig Beschäftigte. Hierfür ist der Arbeitsplatz am Counter als vollwertiger Verwaltungsarbeitsplatz eingerichtet.

d) Reinigungsarbeiten

Die Reinigungsarbeiten der Besucherbereiche in der Dauerausstellung bedürfen eines hohen, teilweise täglichen Reinigungsaufwands. Nach einer Probephase mit einer professionellen Gebäudereinigungsfirma, entschied sich die Geschäftsführung aus Kostengründen für die Erledigung durch eigenes Personal in Form von geringfügig Beschäftigten. Diese Form hat sich 2015 bewährt.

e) Ausstellungsüberwachung

Die ersten Erfahrungen mit der installierten Videoüberwachung in Verbindung mit der ELA-Anlage und mit regelmäßigen Kontrollgängen zeigen, dass so eine ausreichende Aufsicht über die Ausstellung gewährleistet ist.

f) Projektsteuerung GrEEn

Das komplizierte, zeitaufwändige NRW-Pilotprojekt GrEEn kann nicht vom Stammpersonal der Gesellschaft als Zusatzleistung gesteuert werden. Die befristete Einstellung eines Projektsteuerers in 2015 für die Projektlaufzeit bis Anfang 2018 war daher unumgänglich. Diese Personalkosten sind in der Förderung von GrEEn enthalten.

Betriebskosten

Die Gesellschaft spart durch die installierte, große Photovoltaikanlage in den Außenanlagen und später durch das Geothermieprojekt GrEEn nennenswerte Betriebskosten für Strom bzw. Raumwärme ein. In welchem Umfang genau dies gelingt bleibt der Erfahrung der kommenden Jahre vorbehalten.

Chancen- und Risikobericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Chancen und Risiken

Mit seinem Kernthema Energie greift das ENERGETICON ein zentrales Thema des öffentlichen Diskurses auf. Die Themenkreise Energiewende / Energieversorgung / Energiekosten waren auch 2015 zentrale Diskussionsgegenstände, nicht nur in Deutschland:

- Die Havarie des japanischen Atomkraftwerks Fukushima 2011 hatte zu einer erneuten massiven Änderung der deutschen Atomenergiepolitik geführt. Dies wirkte auch 2015 noch in der öffentlichen energiepolitischen Diskussion nach. Hinzu kommt die Debatte um die belgischen Kernkraftwerke Thiange und Doel.

- Der in diesem Umfang unerwartet starke Zubau regenerativer Energiequellen (insbesondere Photovoltaik und Windenergie) führte wegen der ansteigenden, Strompreis beeinflussenden Kosten aus der EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) zu einer öffentlichen Debatte über eine Verlangsamung des Zubaus der erneuerbaren Energien. Dies führte zu entsprechenden Gesetzesinitiativen der Bundesregierung in 2015.
- Ebenfalls Sorgen um die Stabilität der Stromnetze bei einem schnell wachsenden Anteil schwankender Einspeisung regenerativer Energien und der Netzausbau insgesamt waren im öffentlichen Diskurs.
- Die großen Energieversorger wie RWE oder E.on organisieren ihre Konzerne um in traditionelle und regenerative Stromproduktion.
- Die neue Bundesregierung hat die Energiewende zum Hauptprojekt der Legislaturperiode erklärt. Hierbei sollen die erkannten Probleme bezüglich fehlender Synchronisierung von Kapazitätsausbau regenerativer Stromerzeugung mit Netzausbau, Speichertechnik und Förderkulissen in einem Masterplan zusammengeführt werden.
- Die steigenden Mobilitätskosten (Benzinpreise) waren auch 2014 im Focus einer breiten öffentlichen Diskussion.
- Eine kontroverse Diskussion um das Fracking ist medienpräsent, gerade vor entsprechenden Planungen der Niederlande im hiesigen Grenzraum.
- Nicht zuletzt unsere Region ist von der kritischen Diskussion zur Zukunft der Braunkohle bei der Verstromung im Fokus der Klimaschutzdebatte.

Es ist davon auszugehen, dass „die Energiefrage“, die Energiewende mit ihren Problemen noch über Jahre und Jahrzehnte ein zentrales Thema der gesellschaftlichen Debatte bleiben wird. Das Ob der Energiewende steht in Deutschland zwischenzeitlich außer Frage. Es geht nun um ihre zeitliche, technische und finanzielle Ausgestaltung. Die hohe Dynamik der Diskussion bietet für die Infotainement-Einrichtung ENERGETICON die Chance vielfältiger Anknüpfungspunkte für eigene und Fremdveranstaltungen oder für Sonderausstellungen.

<u>Projektbezogene Chancen und Risiken</u>

Das ENERGETICON verfügt über beste infrastrukturelle Voraussetzungen ein regionaler Kristallisationsort, ein regionales Forum für diese Debatte zu sein. Bei verschiedenen Veranstaltungen der StädteRegion, der Verbraucherzentrale oder der Hochschulen war dies bereits 2015 der Fall.

Die hohe Dynamik der Energiediskussion birgt zugleich die Gefahr, schnell mit veralteten Aussagen an die Öffentlichkeit zu treten. Die Zweckbindungsdauer der Fördermittel für die Dauerausstellung ist einzuhalten. Das Betriebskonzept des ENERGETICON löst dieses Problem. Es begegnet der Gefahr der Zweckentfremdung von Fördermitteln dadurch, dass sich einerseits seine Kernausstellung im Wesentlichen mit grundlegenden Fragen, und damit langfristig zutreffenden Antworten, historischer und künftiger Energieversorgung befasst, also über Jahre statisch sein kann, und dass es andererseits durch temporäre Veranstaltungen und Sonderausstellungen Aktuelles aufgreift.

Zur Minimierung von Risiken sind -soweit im Einzelfall erforderlich- zudem mehrere externe Kontrollinstanzen in den Betrieb und seine finanzielle Ausgestaltung integriert. Das städtische Rechnungsprüfungsamt, das städtische Rechtsamt und die städtische Bauverwaltung, die Vorortkontrollen der Bezirksregierung, gegebenenfalls des Rechnungsprüfungsamtes der Bezirksregierung, die vierteljährliche „Watchlist“ für den LVR, und die Vorortkontrollen der LVR-Rechnungsprüfer begleiten den Betrieb der Einrichtung.

Die um ein Jahr verlängerte Bauzeit des ENERGETICON ohne erweiterte Einnahmeseite, die unumgängliche Beseitigung infrastruktureller Mängel, die sich im Anlaufbetrieb herausstellten, sowie Personalkosten, die sich aus neuen Aufgaben nach Eröffnung ergaben, und kleine, unvermeidliche Nachinvestitionen führten zu einem weiteren, deutlichen Verzehr des Eigenkapitals.

Die nahezu 100%ig positive Resonanz der Besucher im ersten Vollbetriebsjahr weisen aus, dass die Angebote des ENERGETICON sehr positiv bewertet werden. Das Produkt ENERGETICON wird voll bestätigt. Trotz steigender Tendenz lagen die Besucherzahlen 2015 noch nicht in der Größenordnung, die der Wirtschaftsplan als Zielgröße vorgibt. Sie müssen in etwa verdoppelt werden, wenn der sukzessive Eigenkapitalverzehr vermieden werden soll.

Die Geschäftsführung begegnet dem Risiko einer damit einhergehenden tendenziellen Zahlungsunfähigkeit mit verschiedenen Maßnahmen.

- Steigerung des Bekanntheitsgrades der ENERGETICON-Angebote durch verstärkte, euregionale Werbemaßnahmen Richtung allgemeiner Öffentlichkeit und spezieller Zielgruppen (Lehrer, Freizeitgesellschaften, Vereine, Senioren, Werbekooperationen)
- Verstetigung der Besucherzahlen / Eintrittserlöse durch Kooperationsvereinbarungen insbesondere mit Schulen (außerschulischer Lernort)
- Steigerung der Vermietungserlöse (insbesondere des Fördermaschinenhauses)
- Optimierung des Personaleinsatzes
- Optimierung der Öffnungszeiten 2016
- Abbau von technischen Betriebskosten, insbesondere von Raumkosten (Optimierung Heizungssteuerung, Errichtung GrEEn-Projekt, Schaltung Außenbeleuchtung)
- Erhöhung von Eigenleistungen u. a. im Bereich Werbung
- Verstärkte, kostenfreie Werbung über redaktionelle Veröffentlichungen , soziale Netzwerke, Schülerzeitungen
- Abbau von Defiziten aus Veranstaltungen
- Verstärkte Einwerbung von Sponsorenmittel (Sach-/Finanzsponsoring)
- Abbau von Zuschüssen an Dritte
- Verstärktes Werbeengagement der Gesellschafter
- stärkere Arbeiten in Kooperationen / Netzwerken.

Die Gesellschaft trägt derzeit monatlich einen Mietkostenzuschuss von 500 Euro an den Bergbaumuseumsverein für Depotflächen in der Menage. Es wird angestrebt diese Kosten nach Umzug des Museumsvereins in das Eckgebäude sanierte Herzogenrather Straße 100 einzusparen.

Geschäftsverlauf / Ergebnis

Im Bereich der Umsätze muss der Gefahr des defizitären Betriebes weiterhin durch den konsequenten Ausbau des Vermietungs- und Veranstaltungsgeschäftes und durch Sparmaßnahmen entgegengewirkt werden. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die kritische Finanzsituation, insbesondere bezüglich des Eigenkapitalverzehrs, unter Beibehaltung der Betriebskostenzuschüsse von LVR, Stadt und StädteRegion, durch konsequentes Umsetzen der oben genannten Maßnahmen dauerhaft bewältigt werden kann. Es geht darum sämtliche Einnahmemöglichkeiten und sämtliche Einsparmöglichkeiten konsequent zu nutzen. Hierfür erstellt die Geschäftsführung eine detaillierte Analyse ungenutzter Spar-, Einnahmen- und Sponsoringpotenziale. Dies gilt in gleicher Weise für Bemühungen zum Erhalt der Eigenkapitalquote.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres mit Auswirkung auf Vermögens,- Finanz- und Ertragslage:

Folgende Einsparungen auf der Ausgabenseite sind vollzogen bzw. geplant (2.500 Euro mtl.):

- Ab Mai 2016 wird der monatliche Mietkostenzuschuss an den Bergbaumuseumsverein eingestellt (500 Euro).
- Ab April 2016 werden die Öffnungszeit noch präziser der Besuchernachfrage angepasst. Dadurch monatlich rd. 600 Euro Einsparung.
- Reduzierung der Ausstellungaufsicht (2 Minijobs) ab Mai 2016. Dadurch monatlich rd. 1.000 Euro Einsparung.
- Verzicht auf Kfz der Gesellschaft ab Oktober 2016 (mtl. rd. 400 Euro Einsparung).

Alsdorf, im April 2016
Harald Richter
-Geschäftsführer-

Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH

Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft sind die Förderung und die Gestaltung der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier. Die Gesellschaft entwickelt Leitbilder, Innovationsstrategien und Handlungskonzepte, um den Strukturwandel im durch die Braunkohle geprägten Rheinischen Revier zu unterstützen. Sie unterstützt der Strukturentwicklung dienende Projekte mit wirtschaftsfördernder, ökologischer sowie bildungspolitischer Ausrichtung oder führt sie in eigener Regie durch und betreibt die Akquise der dazu erforderlichen Finanzmittel.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie werden von den Gesellschaftern bestellt und abberufen.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 19 Mitgliedern besteht. Die Sitzverteilung richtet sich nach § 12 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags. Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt die Vertretung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen. Jede Einrichtung benennt das Mitglied im Aufsichtsrat, das den von ihr gehaltenen Sitz innehat, soweit der Gesellschaftsvertrag keine Regelung enthält. Jedes Aufsichtsratsmitglied kann sein Stimmrecht mit schriftlicher Vollmacht auf ein anderes Aufsichtsratsmitglied übertragen. Jedoch kann kein Aufsichtsratsmitglied mehr als fünf zusätzliche Stimmen auf sich vereinen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, wissenschaftliche und landwirtschaftliche Sachverständige hinzuzuziehen.

Gesellschaftervertreter:

Die Vertreter der StädteRegion Aachen werden vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Joachim Diehl – bis 31.12.2015	
	Boris Linden – seit 01.01.2016	

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Stellvertreter:	Axel Hartmann	Allgemeiner Vertreter
	Alexander Lenders (Stimmführer)	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Lars Lübben (stv. Stimmführer)	Städteregionstagsmitglied

	Martin Peters	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52428 Jülich
gezeichnetes Kapital:	25.000,00 €

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Rhein-Kreis Erft	2.500	10,00
Rhein-Kreis Neuss	2.500	10,00
Kreis Heinsberg	2.000	8,00
Kreis Düren	2.000	8,00
Kreis Euskirchen	2.000	8,00
StädteRegion Aachen	2.000	8,00
Zweckverband Region Aachen	2.000	8,00
IHK Köln	1.750	7,00
Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie mbH	1.000	4,00
IHK Mittlerer Niederrhein	1.000	4,00
HWK Aachen	1.500	6,00
HWK Düsseldorf	1.500	6,00
HWK Köln	1.500	6,00
IHK Aachen	1.750	7,00
	25.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014 - in € -	2015 - in € -
A. Anlagevermögen	0	781
I. Sachanlagen	0	781
B. Umlaufvermögen	768.561	393.012
I. Forderungen / sonst. VG	672.280	207.516
II. Kassenbestand, Guthaben	96.281	185.496
Bilanzsumme Aktiva	**768.561**	**393.793**

A. Eigenkapital	45.000	61.885
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000
II. Gewinnvortrag	0	20.000
III. Jahresüberschuss	20.000	16.885
B. Rückstellungen	2.380	9.032
C. Verbindlichkeiten	721.181	252.877
D. Rechnungsabgrenzung	0	70.000
Bilanzsumme Passiva	**768.561**	**393.793**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2014 – in € –	2015 – in € –
Umsatzerlöse	70.000	70.000
Gesellschafterzuwendungen	77.792	60.033
Betriebsergebnis	20.000	16.938
Finanzergebnis	0	-53
gewöhnliches Geschäftsergebnis	20.000	16.885
Jahresüberschuss/-fehlbetrag n. Steuern	**20.000**	**16.885**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015
Durchschnittliche Arbeitnehmer	4	5

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2014 in %	2015 in %
Eigenkapitalquote	5,9	15,72
Fremdkapitalquote	94,1	84,28
Liquidität 2. Grades	106,2	118,41

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Haushaltsjahr 2015 einen Zuschuss in Höhe von 9.127 € an die IRR GmbH geleistet.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Die IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hat ihren Geschäftsbetrieb am 01.04.2014 aufgenommen. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung von Leitbildern, Innovationsstrategien und Handlungskonzepten, um den Strukturwandel im durch die Braunkohle geprägten Rheinischen Revier zu unterstützen. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2015 25.000,00 €.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der IRR GmbH wird im Wege der Durchführung öffentlich geförderter Innovationsprojekte finanziert.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf, Lage der Gesellschaft und zukünftige Chancen und Risiken

Mit einer Laufzeit bis zum Oktober 2015 wurde das Projekt „IRR Strukturentwicklung“ durchgeführt. Die in diesem Projekt anfallenden Kosten wurden – soweit sie förderfähig waren – zu 80% durch das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes NRW (MWEIMH) sowie den europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) getragen. Die übrigen 20% wurden aus Zuschüssen der Gesellschafter sowie einem Sponsoring der RWE Power AG bestritten.

Zusätzlich zum Projekt „IRR Strukturentwicklung“ organisierte die IRR GmbH mit einer Laufzeit bis Dezember 2015 das Projekt „Bildungscloud für Berufskollegs in der IRR“. Dieses Projekt wurde als eine reine Fremdleistung abgewickelt, die keine weiteren, wesentlichen Aufwände innerhalb der IRR GmbH auslöste. 80 % der Kosten trugen das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (MAIS) sowie der europäische Sozialfonds (ESF). Die übrigen 20% trugen 13 der 14 Gesellschafter.

Zum November 2015 wurde der IRR GmbH ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn für ein neues EFRE Projekt – „Präventive Transformation“ – gewährt. Die in diesem Projekt anfallenden Kosten werden – soweit sie förderfähig sind – wiederum mit einer Förderquote von 80% durch das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes NRW (MWEIMH) sowie dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) getragen. Mittelabrufe können jedoch erst Mitte 2016 erfolgen. Die übrigen 20% der Kosten werden aus Zuschüssen der Gesellschafter bestritten.

Für die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungsfähigen Kosten gilt eine Regelung im Gesellschaftsvertrag, wonach die Gesellschafter diese Ausgaben bis zu max. 25.000 Euro decken. Somit sind die durch die IRR GmbH durchgeführten Projekte grundsätzlich vollumfänglich refinanziert.

Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die Projekte in der internen Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt auszuweisenden Teilbudgets dargestellt.

Im Geschäftsjahr 2015 konnte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 70.000,00 € erzielen. Die 2015 erfolgswirksam verbuchten Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf 595.539,41 €. Insgesamt ergab sich für das Jahr 2014 ein Jahresüberschuss in Höhe von 20.000,00 €, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 30 %.

In Ermangelung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. jedoch dünn.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres hat die IRR GmbH zum 18. Januar 2016 ein weiteres EFRE Projekt begonnen: „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion". Darüber hinaus traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die zu berichten wäre.

Prognosebericht

Im Oktober 2015 ist das Projekt „IRR Strukturentwicklung" ausgelaufen. Zur Grundfinanzierung der Geschäftstätigkeit der IRR GmbH ist ab November 2015 nahtlos der Maßnahmenbeginn für das Nachfolgeprojekt „Präventive Transformation" gewährt worden.

Für dieses Nachfolgeprojekt ist wiederum eine Förderquote von 80% (MWEIMH/EFRE) bewilligt. Die Gesellschafter leisten laut Gesellschaftsvertrag für diesen Geschäftsbereich einen jährlichen Zuschuss, der den notwendigen Eigenanteil zum Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die nicht-förderfähigen Ausgaben (maximal 25.000 Euro) deckt. Das Projekt „Bildungscloud" ist im Dezember 2015 ebenfalls ausgelaufen.

Im Rahmen des Aufrufs Regio.NRW hat die IRR GmbH die Projektskizze „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion" eingereicht und zum 18.1.2016 einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn bewilligt bekommen.

Risikobericht

In den Jahren 2015/16 wurden/werden fast alle Aufwendungen der Geschäftstätigkeit der IRR GmbH vollumfänglich über das Projekt „IRR Strukturentwicklung" (bis Oktober 2015), das Projekt „Präventive Transformation" (ab November 2015) sowie das Projekt „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion" (ab 18.1.2016) mit jeweils 80% öffentlicher Förderung bedacht. Entsprechend der Zusage des Landes NRW kann für die am 1.11.2015 beginnende neue Förderphase die Förderung der IRR GmbH bis einschließlich 2018 in Höhe von 500.000 EUR p.a. für das Projekt „Präventive Transformation" bzw. rund 95.000 EUR p.a. für das Projekt „Ressourceneffiziente Stadt- und

Industrieregion“ gerechnet werden, sofern die Gesamtfinanzierung (Stellung der Eigenanteile) gesichert ist.

Die Förderanträge und die Bereitstellung der Eigenanteile (125.000 EUR p.a. für das Projekt „Präventive Transformation“ sowie nicht förderfähige Ausgaben bis zu einer Höhe von insgesamt 25.000 EUR p.a. und rund 24.000 EUR p.a. für das Projekt „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion“ – das sind jeweils 20% an der Projektfinanzierung) sind von den Gesellschaftern beschlossen worden.

Die Förderung in der neuen Förderphase beinhaltet eine Gemeinkostenpauschale auf die Personalausgaben, mit der nicht unmittelbar abzurechnende Ausgaben finanziert werden können. Bleiben in den Förderanträgen vorgesehene Planstellen unbesetzt, entfällt die entsprechende Gemeinkostenpauschale.

Zum jetzigen Zeitpunkt fehlen noch valide Erfahrungswerte darüber, wie sich diese neue Fördersystematik auswirken wird. Hinzuweisen ist darauf, dass bereits im Geschäftsjahr 2015 die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungsfähigen Kosten leicht höher ausgefallen sind, als dies durch eine Regelung im Gesellschaftsvertrag durch die Gesellschafter abgesichert war (bis max. 25.000 EUR).

Der steuerrechtliche Status des Sponsorings der RWE Power AG (70.000 EUR p.a.) wurde vom zuständigen Finanzamt Jülich geprüft. Nach einem Schriftwechsel zwischen Finanzamt, Steuerberater der IRR GmbH und Geschäftsführung entfällt die bisherige Vorsteuerabzugsberechtigung. Damit werden Steuer- Rückzahlungen an das Finanzamt fällig, für die bereits Rückstellungen vorgenommen wurden.

Der Sponsoring-Vertrag mit RWE-Power wurde aufgelöst. Für das Jahr 2016 hat die RWE Power eine Spende in Höhe von 70.000 Euro gewährt und dies auch für die Jahre 2017 und 2018 in Aussicht gestellt.

Darüber hinaus geht die IRR Geschäftsführung davon aus, dass die IRR GmbH ertragsteuerlich die Steuerbefreiungsvoraussetzungen einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 18 KStG erfüllt. Diese Auffassung ist vom BMF-Schreiben vom 4.1.1996 abgedeckt. In den Körperschaftsteuerrichtlinien wird unter Hinweis H 26 auf das BMF-Schreiben vom 4.1.1996 hingewiesen. Ein entsprechender Antrag auf Befreiung von der Körperschaftssteuer wurde gestellt, die Prüfung des Finanzamtes Jülich dauert jedoch noch an.

Da die Garantieerklärung des Landes zur Finanzierung der IRR GmbH bis einschließlich 2018 besteht, ist derzeit davon auszugehen, dass die notwendige Förderung für den Strukturwandel im Rheinischen Revier danach nur noch über konkrete Projekte erfolgen kann, auf die sich die Gesellschaft zu verständigen hat.

Die Gesellschaft ist also gehalten, weitere (im besten Falle nicht geförderte) Projekte/Aufträge zu generieren. Es wäre wünschenswert, dass die IRR GmbH neben dem geförderten auch einen nicht-geförderten Bereich ausweist. Da die GmbH Aufgaben der Daseinsvorsorge im Sinne einer zukunftsorientierten Wirtschaftsentwicklung für ihre Gesellschafter zu übernehmen hat, wäre eine Beauftragungen der Gesellschafter an die IRR GmbH denkbar.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Vielmehr sollen Projekte finanziert werden, deren Kosten zu einem Großteil öffentlich gefördert werden. Öffentliche Förderung erfolgt jedoch (fast) immer nach dem Ausgabenerstattungsprinzip. Das heißt, dass die Gesellschaft alle entstehenden Kosten zunächst vorfinanzieren muss, um anschließend eine Förderung der entstanden Kosten zu beantragen.

Kommt es zu Verzögerungen beim Abruf dieser Fördermittel, können der Gesellschaft zwischenzeitlich Liquiditätsprobleme entstehen. Aufgrund von Personalwechseln und – engpässen beim Zuwendungsgeber sind solche Liquiditätsprobleme im laufenden Jahr bereits mehrfach aufgetreten und konnten nur durch die Aufnahme eines Dispositionskredites gedeckt werden. Auch für die Zukunft sind solche Liquiditätsengpässe aufgrund der oben beschriebenen dünnen Kapitaldecke der Gesellschaft grundsätzlich nicht auszuschließen.

Jülich, den 07.07.2016
Joachim Diehl
-Geschäftsführer-)



Wohnungswirtschaft

Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck).
- Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus, der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben, zu gründen oder sich an solchen zu beteiligen.
- Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.
- Die Gesellschaft führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit.
- Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d.h. eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat je nach der Bestimmung des Aufsichtsrates einen oder mehrere Geschäftsführer. Die Geschäftsführer werden vom Aufsichtsrat auf die Dauer von 5 Jahren bestellt. Wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann vorzeitig nur aus wichtigem Grund von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Mitgliedern. Ihm gehören an:

a) der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen,
b) der vom Städteregionsrat der StädteRegion Aachen für wohnungsbaurelevante Angelegenheiten benannte Dezernent,
c) aufgrund eines Beschlusses des Städteregionstages der StädteRegion Aachen fünf Städteregionstagsmitglieder,
d) vier von der Gesellschafterversammlung zu wählende Mitglieder aus dem Kreis der Wahlbeamten der Gesellschaftergemeinden sowie ein von der Gesellschafterversammlung zu wählendes Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Aachen.

Gesellschaftervertreter:

Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Prof. Dr. Axel Thomas

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Heiner Berlipp	Städteregionstagsmitglied
	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied
	Franz Körlings	Städteregionstagsmitglied
	Richard Okon	Städteregionstagsmitglied
	Christoph Simon	sachkundiger Bürger
	Uwe Zink	Dezernent StädteRegion

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Franz Körlings	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Christoph Simon	Sachkundiger Bürger

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 1.000.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	781.750	78,17
Regionsangehörige Städte / Gemeinden	148.150	14,83
Sonstige	70.100	7,00
	1.000.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	29.462.102	30.086.706	30.476.415
I. Imm. Vermögensgegenst.		7.016	4.675
II. Sachanlagen		28.607.797	29.015.464
III. Finanzanlagen		1.471.894	1.456.276

B. Umlaufvermögen	4.765.732	3.851.953	4.521.064
I. Zum Verkauf best. Grundst.		1.251.938	1.141.002
II. Forderungen / sonst. VG		59.008	43.114
III. Kassenbestand, Guthaben		2.541.007	3.336.948
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7.776	6.967	6.368
Bilanzsumme Aktiva	**34.235.610**	**33.945.626**	**35.003.847**
A. Eigenkapital	10.525.959	10.926.162	11.326.898
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000	1.000.000	1.000.000
II. Gewinnrücklagen	9.525.000	9.926.000	10.326.000
III. Bilanzgewinn	959	162	898
B. Rückstellungen	164.800	127.400	107.700
C. Verbindlichkeiten	23.544.851	22.892.064	23.569.250
Bilanzsumme Passiva	**34.235.610**	**33.945.626**	**35.003.847**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Umsatzerlöse	4.253.860	4.395.123	4.637.933
gewöhnliches Geschäftsergebnis	1.335.872	517.842	535.817
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresüberschuss n. Steuern	**1.199.384**	**400.203**	**400.736**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Vollbeschäftigte	10	10	9
Teilzeitbeschäftigte	19	17	19
Auszubildende	1	2	2

Finanzielle Leistungsindikatoren:	2013	2014	2015
Eigenkapitalquote	30,7%	32,2%	32,4
Langfristige Fremdkapitalquote	63,1%	61,5	61,8
Eigenkapitalrentabilität	11,4%	3,7%	3,5
Fluktuationsrate	19,0%	10,3%	13,3
Leerstandsquote	0,3%	0,4%	0,3
Erlösschmälerungen Sollmieten	2,6%	1,7%	1,6

Bestandsentwicklung:	2013 Anzahl/ m²	2014 Anzahl/ m²	2015 Anzahl/ m²
Wohnungen	758	758	758
Gewerbeeinheiten	24	24	24
Garagen / Stellplätze	434	434	444
Wohn- u. Nutzfläche - in m²	51.449	51.449	51.584

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

An der Gewinnausschüttung bzw. an einer Verlustabdeckung der Gesellschaft ist die StädteRegion Aachen entsprechend ihrem quotalen Anteil am Stammkapital beteiligt. Im Jahr 2015 erfolgte weder eine Gewinnausschüttung noch eine Defizitabdeckung.

Die GWG führt im Rahmen einer Geschäftsbesorgung die Gehaltsbuchhaltung für den AVV Zweckverband durch.

Wesentliche Leistungsbeziehungen zu weiteren Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Die Firmierung weist der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen einen öffentlichen Zweck zu. Er besteht in der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit attraktivem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum. Dies ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe, bei der technische, ökologische, volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sind. Insbesondere zeigt sich die Herausforderung dabei, Bestände wirtschaftlich im Hinblick auf Wohnqualität und technische Ausstattung auf das heutige Niveau zu bringen. Die GWG ist ein wesentliches Element der Wohnungspolitik der StädteRegion Aachen und der beteiligten Kommunen.

Lagebericht der Gesellschaft

Überblick über die gesamtwirtschaftliche Lage

Zum Jahreswechsel 2015/2016 wächst die deutsche Wirtschaft überwiegend durch die lebhafte Binnennachfrage. Treibende Faktoren sind die günstige Arbeitsmarktlage und die kräftigen Zuwächse der verfügbaren Einkommen bei den privaten Haushalten. Das Auslandgeschäft der Unternehmen leidet hingegen gegenwärtig unter der schwachen Nachfrage aus Fernost bzw. aus den Schwellenländern. Dies wirkt sich auf die gewerbliche Investitionstätigkeit aus. Mit der erwarteten

Erholung der Absatzmärkte außerhalb des Euro-Raums und dem sich noch etwas verstärkenden Wirtschaftswachstum im Euro-Raum sollte die gute Grundkonstitution der deutschen Wirtschaft in den Jahren 2016 und 2017 zum Tragen kommen. Unter diesen Bedingungen könnte die deutsche Wirtschaft – so die Prognose der Deutschen Bundesbank, veröffentlicht im Monatsbericht Dezember 2015 – nach einer Zunahme des Bruttoinlandsproduktes um 1,7 % im Jahr 2015 sowohl im laufenden Jahr 2016 als auch im darauf folgenden Jahr 2017 ebenfalls annähernd um den gleichen Prozentsatz expandieren. Die Industrieunternehmen arbeiten den Auftragsbestand derzeit mit den vorhandenen und normal ausgelasteten Kapazitäten ab. Zudem gibt vielerorts die Zurückhaltung bei den Bestellungen wenig Anlass, die Produktionskapazitäten auszuweiten. Über eine aufwärts gerichtete Grundtendenz berichtet die Deutsche Bundesbank hingegen in Bezug auf den Wohnimmobilienmarkt. Nicht zuletzt bewirkt durch die Euro-Abwertung sind in zahlreichen Regionen der Welt Marktanteilsgewinne für die deutschen Unternehmen zu verzeichnen. Zuletzt verloren die Ausfuhren jedoch deutlich an Schwung, weil Impulse aus den Drittstaaten (hier vor allem aus den fernöstlichen Schwellenländern) fehlten. Die Beschäftigung nahm im Lauf des Jahres 2015 zu. Zu der günstigen Entwicklung haben insbesondere Zuwanderer aus anderen EU-Staaten beigetragen. Die Zahl der Arbeitslosen insgesamt verringerte sich saisonbereinigt kaum mehr. Die Arbeitslosenquote ist weitgehend stabil. Beim konjunkturellen Ausblick dominieren die Anzeichen einer sogenannten „Wellbleck-Konjunktur“ in Deutschland. Hierbei zeigen sich zahlreiche kleinere Auf- und Abschwünge. Die Industriekonjunktur könnte im Jahr 2016 durch die zuletzt schwache Auftragseingangssituation gebremst werden. Hier ist darauf zu verweisen, wie sorgenvoll der Internationale Währungsfonds aktuell auf die Weltwirtschaft blickt. Die Wachstumsraten sind verzögert und die globale Konjunktur verlangsamt sich. Das wirkt sich belastend auf eine Volkswirtschaft aus, die stark exportabhängig ist. Die Dienstleistungsbranchen werden aller Wahrscheinlichkeit nach weiter expandieren. Im Verlauf des Jahres 2016 könnte die deutsche Wirtschaft insgesamt zusätzlich an Schwung gewinnen, wenn sich die Exporte von ihrer Schwächephase erholten. Ob später mit steigendem Auslastungsgrad die Unternehmensinvestitionen in neue Kapazitäten wieder anspringen, bleibt abzuwarten. Unverändert besteht eine hohe Abhängigkeit vom Welthandel. Im Jahr 2016 wird das Wachstum in Deutschland wohl wesentlich von der Binnenkonjunktur getragen und dabei insbesondere vom privaten Konsum. Dieser wiederum profitiert von vergleichsweise niedriger Arbeitslosigkeit und spürbaren Zuwächsen der realen Löhne sowie von steigenden staatlichen Transfers. Bei den monetären staatlichen Transfers spielt ebenso wie bei dem vergleichsweise kräftigen Zuwachs der staatlichen Konsumaufgaben die Flüchtlingszuwanderung eine wichtige Rolle.

Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Bei der aktuellen IHK-Konjunkturumfrage bewerteten mindestens 40 % aller Unternehmen ihre Geschäftslage als gut. Und auch die Beurteilung der Aussichten war überwiegend positiv, wenn gleich deutlich zurückhaltender als bei der Einschätzung hinsichtlich der momentanen Lage. 45 % der Unternehmen sahen bei der jüngsten IHK-Konjunkturumfrage in der Entwicklung der Inlandsnachfrage das größte Konjunkturrisiko. Dies ist allerdings der niedrigste Wert seit 2011.
Der zunehmende Mangel an qualifizierten Mitarbeitern stellt ebenfalls ein Konjunkturrisiko dar.

Unverändert gut wird die Lage in der Industrie eingeschätzt. Deutlich besser bewerten die Dienstleister ihre Situation und erwarten in den nächsten Monaten steigende Umsätze. Die Zufriedenheit vieler Händler jedoch geht weiterhin (z.B. aus strukturellen Gründen) zurück. Die Situation im Bausektor hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Der private Wohnungsbau entwickelt sich hierbei zur tragenden Säule. Dieser wiederum profitiert von den unverändert niedrigen Zinsen und den so gut wie nicht vorhandenen Alternativen an den Kapitalmärkten, deren Risiken höher erscheinen oder bei geringen Risiken fast komplett ertraglos sind.

Situation am regionalen Arbeitsmarkt

Der Lagebericht zeigt einen tabellarischen Überblick über die Arbeitslosenquoten.

Der Bedarf an Mitarbeitern ist zum Jahreswechsel insgesamt gestiegen. Allerdings rechnen in der Industrie die Unternehmen nicht mit einer Veränderung der Beschäftigtenzahlen. Vor allem die Dienstleister sind es, die Personal suchen. Der saisonübliche Anstieg der Arbeitslosigkeit fiel zum Jahreswechsel 2015/2016 auf Grund der für einen Winter wiederholt sehr milden Witterung zuletzt deutlich geringer aus als in den Jahren mit witterungsbedingt starken Arbeitseinschränkungen bei den sogenannten Außenberufen. Die Arbeitsagentur Aachen-Düren schließt das Jahr 2015 mit einem guten Ergebnis ab, weil gegenüber dem Dezember des Vorjahres (2014) sowohl absolut auch prozentual in diesem Agenturbezirk der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen festzustellen war. Die Jugendarbeitslosigkeit ist stark rückläufig (-14,5 % im Jahresverlauf 2015). Auch hier belegt der regionale Arbeitsmarkt die Spitzenposition in Nordrhein-Westfalen. Die Arbeitslosenquote im Agenturbezirk Aachen-Düren ist im Jahresvergleich um 0,6 % gesunken (von 8,0 % auf nun mehr 7,4 %). In der StädteRegion Aachen war im Dezember 2015 die Anzahl der arbeitslos gemeldeten Personen um fast 10 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Auch wenn eine rege Bewegung auf dem Arbeitsmarkt festgestellt wird, liegt die Arbeitslosigkeit in der StädteRegion Aachen noch über dem Landes- und dem Bundesprozentsatz.

Zwischenfazit

Die Konjunktur im Jahr 2015 war durchwachsen. Unsicherheiten resultierten in Bezug auf die Entwicklung und die regional unterschiedlichen Auswirkungen der europäischen Wirtschaftsschwäche, au der Geldpolitik in den USA und in Europa. Die Zinsen und die Inflation lagen in 2015 auf historischen Tiefständen. Ebenfalls deutlich gesunken waren der Ölpreis und der Wechselkurs des Euro zum Dollar. Letztlich ergab sich für das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt ein leichtes Plus. Zum Jahreswechsel sind die Konjunkturerwartungen insgesamt verhalten und die Auftragseingänge sind zuletzt (wenngleich moderat) gestiegen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat in Deutschland im Jahr 2015 insgesamt zugenommen.

GWG-bezogene Wohnungsmarkt-Aussagen

Steigende Baupreise und niedrige Zinsen führen bei der GWG nicht dazu, dass bei den Immobilienfinanzierungen weniger Eigenkapital eingesetzt wird. Dem Risiko einer steigenden finanziellen Belastung bei der Anschlussfinanzierung wird durch zahlreiche Maßnahmen vorgebeugt. Die GWG legt großen Wert auf nachhaltige Finanzstabilität und unterlegt die Investitionen, die sie im

Jahr 2015 und in den Folgejahren vornimmt, mindestens mit 30 % Liquidität aus eigenen Mitteln. Der hiesige Wohnungsmarkt befindet sich zweifellos in einer dynamischen Phase, die neben der allgemeinen Sympathie für Betongeld auch von der „Euphorie“ um das Ende des RWTH-Campus-Projekts unterstützt wird. Die GWG ist im Jahr 2015 mit dieser Situation verantwortungsvoll umgegangen und orientiert ihr Handeln an dem Maßstab der Finanzstabilität und des nachhaltigen finanziellen Erfolges. Unser operativer Fokus liegt auf der Bewirtschaftung und Entwicklung unseres Wohnungsbestandes. Mit unseren seniorengerechten Neubauvorhaben sind wir in einem dynamisch wachsenden Markt aktiv, der durch die demografische Entwicklung unterstützt wird. Mit wertsteigernden Neubauten verbessern wir unser Wohn- und Spezialimmobilien ist limitiert. Im öffentlich geförderten Wohnungsbau werden wir Projekte entwickeln. Im Lagebericht wird die Bestandentwicklung anhand von Kernzahlen dargestellt. Der Wohnungsbestand liegt vollständig im Gebiet der StädteRegion Aachen.

Wirtschaftliche Lage – Erhaltung / Modernisierung

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die bedarfsorientierte und marktgerechte Entwicklung des Wohnungsbestandes und der Wohnquartiere weiterhin den Schwerpunkt der Aktivitäten unseres Hauses. Zur Sicherung der Vermietbarkeit des Bestandes wurden im Geschäftsjahr 2015 insgesamt für Instandhaltungsmaßnahmen T€ 522 (Vorjahr: T€ 556) ausgegeben.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2015 sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 252 gestiegen. Dies resultiert zum einen daraus, dass erst Anfang 2015 diverse Betriebskostenabrechnungen erstellt wurden, sowie aus einem Anstieg der Sollmieten. Die laufenden Instandhaltungskosten betrugen im Geschäftsjahr 2015 T€ 522, so dass zusammen mit den aktivierungsfähigen Sanierungsmaßnahmen (in der Größenordnung von ca. T€ 203) insgesamt eine Summe von T€ 725 in den Werterhalt unserer Gebäude verausgabt wurde. Die Summe der diesbezüglichen Ausgaben pro m² Wohnfläche und Jahr beträgt mithin: 14,05 €. Unter Berücksichtigung der Personal- und Sachkosten unserer Regiehandwerker ergibt sich ein Wert von 16,75 €/m²/Jahr. Im Personalvergütungsbereich haben wir auch in 2015 die variable, leistungsorientierte Vergütungskomponente bei anstehenden Vertriebsaufgaben zum Einsatz gebracht. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr nur marginal um 5 T€ gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von 0,7 %. Das Jahresergebnis 2015 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 401.

Vergleich der GuV mit Wirtschaftsplan und Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Das Jahresergebnis liegt um ca.12 T€ über dem geplanten Wert. Dies liegt in erster Linie daran, dass die Erlösschmälerung niedriger blieb, als erwartet.

Vermögens- und Finanzlage

Im Rahmen unseres Finanzmanagements wurde sichergestellt, dass sie GWG sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sowie gegenüber den finanzierenden Banken jederzeit vertragsgerecht nachgekommen ist. Darüber hinaus gilt es, Leistungs- und

Zahlungsströme jetzt und in Zukunft so zu gestalten, dass neben der Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen gegebenenfalls auch Mittel für etwaige weitere Investitionen vorhanden sind bzw. generiert werden.

Geschäftsergebnis, finanzielle Leistungsindikatoren

Insgesamt haben wir im Geschäftsjahr 2015 ein Jahresergebnis von T€ 401 erwirtschaftet (gegenüber T€ 400 in 2014), was somit fast exakt dem Vorjahresergebnis entspricht. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des Unternehmens als stabil aufwärts gerichtet zu beurteilen. Die Einstellung des Jahresergebnisses in die Rücklage wird die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft weiter stärken.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres, die von erheblicher Relevanz für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens gewesen wären, sind nicht eingetreten.

Risikobericht – Branchenspezifische Risiken

Sollte sich die Konjunktur abschwächen oder sollten gesamtwirtschaftliche bzw. weltwirtschaftliche Verwerfung entstehen, kann dies die wirtschaftliche Situation unserer aktuellen und potenziellen Mieter und die Nachfrage nach unseren Wohnungsangeboten negativ beeinflussen. Darauf können sich für uns Umsatz- und Ergebnisrisiken entwickeln. Voraussetzung für zukünftige wirtschaftliche Erfolge ist, dass beispielsweise die Gesamtbevölkerung sowie die Arbeitslosenquote in der Region sich nicht nennenswert von der heutigen Situation unterscheiden. Außerdem können sich (unplanmäßige) Kostensteigerungen bei zukünftigen Neubauvorhaben als Belastungsfaktoren für zukünftige Ergebnisrechnung herausstellen.

Risikobericht – Ertragsorientierte Risiken

Überkapazitäten am hiesigen Wohnungsmarkt sind derzeit noch nicht zu erkennen, obwohl allerorten Neubauten entstehen. Die Folge wäre ein Verdrängungswettbewerb mit den daraus resultierenden Konsequenzen für die Erlöse und Erträge. Wie gehen davon, dass unsere Wohnungen weiterhin Gegenstand der Nachfrage sein werden. Schließlich sind wir im Neubaubereich gut für den demografischen Wandel aufgestellt. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird stetig zunehmen. In diesem Kontext reduzieren wir den Anteil von Wohnungen, die nicht barrierefrei sind. Allerdings ist festzuhalten, dass sich möglicherweise Ertragsrisiken daraus ergeben, dass zwar eine Nachfrage nach unseren Seniorenwohnbauprodukten vorhanden ist, die Mietinteressenten aber finanziell nicht in der Lage sind, uns eine kostendeckende Miete zu zahlen (Stichwort: Altersarmut).

Risikobericht – Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalausstattung unseres Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar. Potenzielle Währungsrisiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten, sind nicht vorhanden, da die Gesellschaft nicht in Fremdwährung refinanziert ist. Die Liquiditätslage ist vollkommen zufriedenstellend; es sind keine Engpässe zu erwarten. Die Gesellschaft hat das derzeit niedrige

Zinsniveau genutzt, um für alle Verbindlichkeiten, die in Zeiträumen, die man mit Forward-Konditionen abdecken kann, Zinssicherheit herbei zu sorgen. Somit hat sich die Gesellschaft gegen Zinssteigerungsrisiken im Rahmen des Möglichen gut gewappnet. Im Neubaubereich unterlegt die Gesellschaft ihre Investitionen stets mit einer konservativen Eigenmittelausstattung. Gleichwohl besteht das Restrisiko, das die Kreditinstitute insgesamt der Gesellschaft bei einem Neubauvorhaben keine neuen Kredite gewähren würden. Dies würde sich auf das Neubaugeschäft retardierend auswirken. Die Gesellschaft verfügt über ein Kundenportfolio, das in Bezug auf die Rückstände permanent der Beobachtung bedarf. Das ist im Berichtsjahr 2015 gut gelungen. Verbindlichkeiten werden von der Gesellschaft stets innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt. Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Bedrohung jeglicher Art. Beim Management von Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiken wird für jedes Neubauprojekt ein separater Liquiditätsplan erstellt, der dem Aufsichtsrat bzw. den Gremien einen Überblick über die Geldaus- und -eingänge vermittelt. Soweit Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht vorgenommen.

Chancenbericht

Bei der Beschaffung von Bauleistungen sehen wir noch keine Engpässe. Aufgrund der bisher vorliegenden Ergebnisse können wir darauf verweisen, dass sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Baunebengewerbe bis dato eine ausreichende Anzahl von Anbietern vorhanden ist, die einen interessierten Preis bei den Ausschreibungen abgeben. Im Bereich der Refinanzierungen stehen uns im Regelfall mehrere Kreditinstitute zur Verfügung. Insofern bestehen beidseits keine Klumpenrisiken.Dem Wettbewerb am Vermietungsmarkt werden wir weiterhin durch Erfahrung, Flexibilität und ein definiertes Maß an Qualität begegnen. Außerdem ist die Preissetzung der GWG nie so, dass die GWG an der Preisspitze des jeweiligen Marktsegmentes steht. Der Angebotsmix in Bezug auf Standorte und Qualitäten ist groß.

Gesamtaussage

Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir weiterhin im Sanierungsbedarf unserer Bestände. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Solidität sehen wir uns aber für die Bewältigung der künftig eintretenden Risiken gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Die GWG erachtet es insgesamt als wichtig, verantwortungsvoll mit den vorgenannten Chancen und Risiken umzugehen. Die GWG untersucht insbesondere ihr Portfolio ständig darauf, ob es zukunftsfähig ist und ob es qualitativ und quantitativ den Anforderungen unserer aktuellen und potenziellen Kunden entspricht. Wo die Rentabilität der Sanierung ungewiss ist, stellt die Veräußerung angesichts der derzeitigen Nachfrage nach Immobilien eine sinnvolle Alternative dar. Der Wohnungsmarkt in der Region entwickelt sich insgesamt zufriedenstellend (mit gewissen regionalen Unterschieden). Die Chancen und Risiken der Wohnungsbaugesellschaft können allerdings nur im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der Region in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung gelten. Risiken ergeben sich aus der Finanzlast, die die GWG zu tragen hat. Bei einer Fremdkapitalquote von 70 % würden sich nachhaltige Zinssteigerungen für Wohnungsbaukredite im

Ergebnis der GWG bemerkbar machen. Dementsprechend ist die Gesellschaft bemüht, dieses Risiko zu minimieren. Die Mietzahlungswilligkeit der Kunden gilt es stets zu beobachten, die Mietzahlungsfähigkeit gilt es, frühzeitig zu analysieren.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Die Gesellschaft hat im Jahr 2007 Darlehen über T€ 917 bzw. T€ 758 mit einer Laufzeit von 20 Jahren (31.05.2027 und 31.08.2027) abgeschlossen und diese mit einer Doppelswap-Konstruktion unterlegt. Die Darlehenszinssätze bemessen sich nach dem 6-Monats-Euribor zuzüglich Kreditmarge. Zur Sicherung der Risiken aus dem variablen Zins werden Festzinssätze von 4,53% p.a. bzw. 4,49% p.a. (Sicherungsgeschäft) gegen einen 6-Monats-Euribor (Grundgeschäft) geswapt. Die Bezugsbeträge entwickeln sich dabei entsprechend den Darlehensständen. Es handelt sich hier um einen Cashflow-Hedge, der als 100% wirksam zur Absicherung der Risiken aus der variablen Verzinsung der Darlehen anzusehen ist. Gem. Mitteilung der Banken beträgt der beizulegende Zeitwert zum 31.12.2015 – losgelöst vom Grundgeschäft der Darlehen – T€ -228. Den Vereinbarungen liegt insgesamt ein Nominalwert von T€ 1.675 zugrunde. Auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung konnte vor dem Hintergrund der Anwendung des § 254 HGB verzichtet werden.

Prognosebericht

Um die positive Weiterentwicklung des Unternehmens zu unterstützen, werden wir uns in Zukunft unverändert um folgende Themen schwerpunkmäßig kümmern:

a) Halten unserer bestehenden Mieter
b) Akquisition neuer Mieter (da unsere Fluktuationsquote signifikant oberhalb von 10 % liegt
c) Akquisition von Grundstücken für neue Baumaßnahmen, um das Portfolio zu optimiere
d) Öffentlich geförderter Wohnungsbau

Voraussetzung für die unter a) und b) genannten Aspekte ist, dass wir unsere Wohnbestände qualitativ auf einem Niveau halten, und das Kunden als attraktiv vom Preis-Leistungs-Verhältnis angesehen wird. Insgesamt sind keine wesentlichen Änderungen in unserer Geschäftspolitik notwendig. Die stabilen Ergebnisse der letzten Jahre sind uns eine Bestätigung.

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung der GWG positiv. Die gesamtwirtschaftliche und regionalwirtschaftlichen Trends geben uns eine Zuversicht, dass wir auch in den nächsten Jahren über eine gute Auslastungszahlen verfügen könnten. Die Nachfrage nach Wohnraum in der Region ist unverändert auf einem erfreulichen Niveau. In unserer Planung gehen wir von einer moderaten Umsatzsteigerung im Zeitablauf aus. Insgesamt erwarten wir, dass aufgrund der Fertigstellung weiterer Neubaumaßnahmen die Mietumsätze insgesamt steigen werden. Das Jahresergebnis 2016 erwarten wir operativ (ohne Sondereinflüsse durch Erhöhung der Sanierungsbudgets gerechnet) mindestens auf dem Niveau von 2015. Wir werden auch zukünftig stets in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen firstgerecht nachzukommen.

Dank an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berichtsjahr 2015

Im Berichtsjahr 2015 ist von den GWG-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder ein hoher und entscheidender Erfolgsbeitrag geleistet worden. Für das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das letztlich zu dem guten wirtschaftlichen Ergebnis geführt hat, bedankt sich die Geschäftsführung bei allen Beteiligten – auch oder gerade im Namen der Gremien und der Eigentümer.

Personal

Die Anzahl der Mitarbeiter der GWG beträgt insgesamt: 30

Anzahl der weiblichen Mitarbeiter: 12

Anzahl der männlichen Mitarbeiter: 18

Die Ziele des Landesgleichstellungsgesetztes NRW werden beachtet.

Würselen, den 27.05.2016

Prof. Dr. Axel Thomas
-Geschäftsführer-



Gesundheitswesen

Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines oder mehrerer Krankenhäuser einschließlich Ausbildungsstätten sowie sonstiger Nebeneinrichtungen und Nebenbetriebe.
- Die Gesellschaft ist berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen oder sich an Gesellschaften gleichen oder verwandten Gegenstandes zu beteiligen.
- Zweck der Gesellschaft ist eine bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen im Rahmen der Aufgabenstellung nach dem Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen sowie des Versorgungsauftrages.
- Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Geschäftszweckes notwendig oder nützlich erscheinen und nach Maßgabe der für die Gesellschafter geltenden gesetzlichen Bestimmungen zulässig sind.

Die Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH ist am 01.01.2001 durch den Zusammenschluss des Knappschaftskrankenhauses Bardenberg und des Kreiskrankenhauses Marienhöhe, Würselen, gegründet worden. Gesellschafter sind zu je 50 % die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (DRV-KBS) und die StädteRegion Aachen.

Die Gesellschaft verfolgt das Ziel einer wohnortnahen Patientenversorgung mit innovativen und qualitativ hochwertigen Behandlungsmethoden. In der StädteRegion Aachen zählt das Medizinische Zentrum (MZ) zu den bedeutendsten Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen und leistet einen erheblichen Beitrag zur Patientenversorgung in der StädteRegion und über die Grenzen hinaus. Zudem ist das MZ ein wichtiger Arbeitgeber mit einem breit gefächerten Angebot an Arbeitsplätzen für verschiedene Berufsgruppen. Zusätzlich leistet die Gesellschaft mit der Schule für Pflegeberufe einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung in der Region.

Öffentliche Zwecksetzung

Es handelt sich beim Gesundheitswesen um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung nach der Gemeindeordnung.
Die Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH stellt die patienten- und bedarfsgerechte gestufte wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung im Sinne des § 1 Krankenhausgestaltungsgesetz (KHGG NRW) sicher und ist in den Krankenhausplan des Landes NRW aufgenommen. Die Krankenversorgung in Krankenhäusern sicherzustellen, ist eine öffentliche Aufgabe des Landes. Gemeinden und Gemeindeverbände wirken nach Maßgabe dieses Gesetzes dabei mit.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 14 Mitgliedern, von denen jeweils 6 Mitglieder von der StädteRegion Aachen und von der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See entsandt und abberufen werden. Der Betriebsrat der GmbH entsendet 2 Mitglieder aus dem Kreis der Mitarbeiter des Krankenhauses in den Aufsichtsrat. Die StädteRegion Aachen und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See sind berechtigt, zu den Aufsichtsratssitzungen jeweils einen Berater zu entsenden, der an der Sitzung mit beratender Stimme teilnimmt.

Gesellschafterversammlung:

In den Gesellschafterversammlungen werden die Gesellschafter durch bis zu zwei Bevollmächtigte vertreten. Wird ein Gesellschafter durch mehrere Bevollmächtigte vertreten, kann die Stimmabgabe nur einheitlich erfolgen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	René A. Bostelaar

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied
	Stefan Mix	Städteregionstagsmitglied
	Doris Harst	Städteregionstagsmitglied
	Carl Meulenbergh	sachkundiger Bürger
	Wolfgang Wetzstein	sachkundiger Bürger
Beratendes Mitglied	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
	Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz:	52146 Würselen
gezeichnetes Kapital:	3.600.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	1.800.000	50
Deutsche Rentenversicherung Knappschaft -Bahn-See (früher Bundesknappschaft)	1.800.000	50
	3.600.000	100

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
MZ-Service-GmbH	25.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 - in € -	2014 - in € -	2015 - in € -
A. Anlagevermögen	46.484.138	59.285.079	65.587.606
I. Imm. Vermögensgegenst.			617.718
II. Sachanlagen			64.748.203
III. Finanzanlagen			221.685
B. Umlaufvermögen	16.243.467	26.718.971	20.343.190
I. Vorräte			3.134.960
II. Forderungen / sonst. VG			11.303.848
III. Kassenbestand, Guthaben			5.904.382
C. Ausgleichsposten nach KHG	4.345.388	4.389.535	4.433.683
Bilanzsumme Aktiva	**67.072.933**	**90.393.585**	**90.364.480**
A. Eigenkapital	14.811.632	14.368.936	14.158.227
I. Gezeichnetes Kapital	3.600.000	3.600.000	3.600.000
II. Kapitalrücklagen	9.882.830	9.882.830	9.882.830
III. Gewinnrücklagen	287.100	1.328.802	886.105
IV. Jahresfehlbetrag	1.041.702	-442.696	-210.709
B. Sonderposten	27.952.463	28.505.116	28.111.381
C. Rückstellungen	7.404.016	8.743.402	9.232.995
D. Verbindlichkeiten	16.841.421	38.734.798	38.833.002
E. Ausgleichsposten aus Darl.förd.	55.889	41.333	26.776
F. Rechnungsabgrenzungsposten	7.572	0	2.098
Bilanzsumme Passiva	**67.072.993**	**90.393.585**	**90.364.480**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 - in € -	2014 - in € -	2015 - in € -
Umsatzerlöse	100.062.781	103.318.759	107.927.638
Betriebsergebnis	1.486.956	-1.342	1.000.815
Finanzergebnis	-333.986	-379.883	-1.115.759
gewöhnliches Geschäftsergebnis	1.152.970	-381.225	-114.944
außerordentliches Ergebnis	-38.913	-38.913	-38.913
Jahresüberschuss/-fehlbetrag n. Steuern	**1.041.702**	**-442.696**	**-210.709**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Jahresdurchschnitt ohne Azubi	1.374	1.360	1.387

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2013 in %	2014 in %	2015 in %
Eigenkapitalquote	61,3	44,7	44,0
Eigenkapitalrentabilität	9,9	0	0
Umsatzrentabilität	1,1	0	0

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist als Gesellschafterin zu 50 % am Jahresergebnis der Gesellschaft beteiligt. Gewinnausschüttungen oder Defizitabdeckungen sind bisher nicht erfolgt.

Die MZ GmbH übernimmt Geschäftsbesorgungsleistungen für die Parkplatz Marienhöhe GmbH, deren Gesellschafterin die StädteRegion Aachen ist. Hierbei handelt es sich um die Finanz- und Anlagenbuchhaltung sowie Leistungen in den Bereichen Beschaffung, Verwaltung, Technik und Pflege der Außenanlagen für die Parkplatz Marienhöhe GmbH. Diese Leistungen wie auch Gemeinkosten werden der Parkplatz Marienhöhe GmbH vom Medizinischen Zentrum in Rechnung gestellt. Mit Datum vom 20.08.2004 wurde dazu eine Vereinbarung zwischen den Gesellschaften abgeschlossen.

Zu der 100 %-igen Tochtergesellschaft der MZ GmbH, der MZ-Service GmbH, bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen, die in einem Rahmendienstleistungsvertrag, einem

Geschäftsbesorgungsvertrag, einem Mietvertrag, einer Vereinbarung über den Personaleinsatz und verschiedenen Dienstleistungsverträgen geregelt sind.

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf einschließlich Ergebnisdarstellung

Die Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH weist im Geschäftsjahr 2015 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -211 TEUR aus. Gegenüber dem Vorjahr, das einen Fehlbetrag von -443 TEUR auswies, verbesserte sich das Jahresergebnis damit um rd. 232 TEUR. Das im Wirtschaftsplan 2015 nahezu ausgeglichene Jahresergebnis von 36 TEUR konnte nicht vollständig erreicht werden.

Das Medizinische Zentrum befindet sich weiterhin im Umbruch. Mit der im Jahr 2011 begonnenen baulichen Erweiterung am Betriebsteil Marienhöhe und der Entwicklung und Verabschiedung des „Masterplans 2018“ durch die Geschäftsführung und die Gremien wurden in den letzten Jahren die Weichen für die Zukunft des Unternehmens gestellt. So konnten im Berichtsjahr mit den Kliniken für Neurologie und Gastroenterologie weitere Abteilungen von Bardenberg nach Marienhöhe umziehen. Weitere wichtige Meilensteine in der Fortführung des Masterplans 2018 waren die Eröffnung der neuen Intensivstation, die Zentralisierung der Notaufnahme in Marienhöhe und die Erweiterung der Stroke Unit. Die damit verbundenen Umstrukturierungen und Prozessänderungen hatten dank eines organisatorischen Kraftaktes keine großen Auswirkungen auf das Leistungsgeschehen. Insgesamt konnte das Leistungsvolumen in diesem Jahr sogar um 1.588 Case-Mix-Punkte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden, was die Leistungsfähigkeit des Unternehmens unterstreicht.

Im Bereich des Akutkrankenhauses war ein positiver Trend in der Entwicklung der Leistungszahlen gegenüber dem Vorjahr zu erkennen. Bei leicht steigender Fallzahl im Jahr 2015 ist die Fallschwere um 0,05 Punkte gestiegen. Somit wurden 26.876 Case-Mix-Punkte im MZ erwirtschaftet, was einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr von rd. 6,3 % entspricht.

In den chirurgischen Abteilungen zeigte sich ein Anstieg der Case-Mix-Punkte um 603 (Allgemeinchirurgie inkl. Bauch, Allgemein und Viszeralchirurgie und Gefäß- und Thoraxchirurgie). In der Inneren Medizin mit den Teilgebieten Allgemeine Innere Medizin, Gastroenterologie, Pulmologie und Internistischen Rheumatologie ergab sich insgesamt ein Anstieg der Case-Mix-Punkte (+1.109 CMP). Auch im Zentrum für Orthopädie und Unfallchirurgie (+234,1 Punkte), dem neu etablierten Rückenzentrum (+181,6 Punkte) und der Schmerztherapie (+107,5 Punkte) konnten die Leistungszahlen gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Case-Mix-Punkt-Verluste mussten in den Fachabteilungen Akut-Geriatrie (-134,6 Punkte), Gynäkologie und Geburtshilfe (-199,6 Punkte), Neurologie (-188,1 Punkte) und der Urologie (-162,3) hingenommen werden.

Im Bereich der Geriatrischen Rehabilitation wurden im Berichtsjahr 2015 521 Fälle behandelt (Vorjahr: 754). Grund des deutlichen Fallzahlrückgangs war eine immer restriktivere Genehmigungspraxis seitens der Kostenträger.

Insgesamt wurden 24.858 Patienten stationär und teilstationär sowie geriatrisch behandelt (Vorjahr 25.893), davon entfielen auf den DRG-Bereich 24.192 Patienten.

Die Verweildauer der Patienten im Akut-Krankenhaus lag bei einem deutlichen Anstieg der Fallschwere mit 6,9 Tagen auf dem Vorjahresniveau. In der Geriatrischen Rehabilitation betrug die durchschnittliche Verweildauer 19,6 Tage. Insgesamt ging die Anzahl der Berechnungstage um 4.113 Tage gegenüber dem Vorjahr zurück, was durch den Fallzahlrückgang im Bereich der Geriatrischen Rehabilitation zu erklären ist. Die Anzahl der Berechnungstage lag im Jahr 2015 insgesamt bei 178.527 Tagen.

Bezogen auf die 753 Planbetten (inklusive Geriatrische Rehabilitation) ergab sich ein Auslastungsgrad von 64,2 Prozent.

Der Investitionsbereich war wie im Vorjahr durch den Erweiterungsbau am Standort Marienhöhe gekennzeichnet. Die Fortsetzung und Fertigstellung des 2. Bauabschnitts schritt mit der Inbetriebnahme zum 01.04.2016 voran. Die im Rahmen des Erweiterungsbaus getätigten Investitionen betrugen bis zum Bilanzstichtag des Jahres 2015 kumuliert 33,17 Mio. EUR.

Lage der Gesellschaft -Ertragsbereich-

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen und stationärer Rehabilitation inklusive des Ausbildungsbudgets konnten gegenüber dem Vorjahr von 88.240 TEUR auf 93.321 TEUR gesteigert werden. Die Mehrerlöse resultierten sowohl aus Mehrleistungen im Bereich der Krankenhausleistungen als auch aus der Erhöhung des Landesbasisfallwertes von 3.117,36 EUR auf 3.190,81 EUR.

Dem Erlösbudget aus Krankenhausleistungen liegt eine Vereinbarung mit den Kostenträgern vom 10.08.2015 für das Jahr 2015 zu Grunde, welche durch die Bezirksregierung Köln zum 01.09.2015 genehmigt wurde.

Die Erlöse aus Wahlleistungen waren mit 3.379 TEUR (Vorjahr: 2.840 TEUR) ebenso wie die Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses mit 2.116 TEUR (Vorjahr: 1.942 TEUR) ansteigend. Die Nutzungsentgelte der Ärzte stiegen von 4.423 TEUR im Vorjahr auf 4.546 TEUR an. Die Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand verminderten sich von 481 TEUR im Vorjahr auf 375 TEUR. Ebenso verringerten sich die sonstigen betrieblichen Erträge auf 4.443 TEUR (Vorjahr: 4.842 TEUR).

Die Aufwendungen für den Personal- und Materialeinsatz stiegen im Geschäftsjahr 2015 um 5.072 TEUR auf 97.721 TEUR an.

Dabei stieg der Materialaufwand um 1.624 TEUR auf 25.838 TEUR an. Davon entfielen 17.332 TEUR auf Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (+1.478 TEUR) sowie 9.506 TEUR auf bezogene Leistungen (+146 TEUR).

Die Personalaufwendungen betrugen insgesamt 70.883 TEUR (Vorjahr: 67.435 TEUR). Auf die gesetzlichen Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersvorsorge entfielen 13.602 TEUR und entsprachen damit ca. 19 Prozent des Personalaufwands.

Ein erhöhter Personaleinsatz im Bereich des Ärztlichen Dienstes auf 210 Vollkräfte (Vorjahr: 195 Vollkräfte) sowie die Tarifsteigerungen im Bereich des TVöD und des Tarifvertrages für Ärzte mit dem Marburger Bund trugen zu einer Steigerung des durchschnittlichen Personalaufwandes je Vollkraft um 6,1 % bei. Im Jahr 2015 beschäftigte das Medizinische Zentrum im Jahresdurchschnitt 1.412 Mitarbeiter/-innen als Voll- und Teilzeitkräfte (Vorjahr: 1.426). Eine Umrechnung in Vollkräfte ergibt für das Berichtsjahr 973,2 Beschäftigte (Vorjahr 982,7).

Lage der Gesellschaft –Finanzbereich–

Das Gesamtinvestitionsvolumen des Geschäftsjahres 2015 lag bei 11.117 TEUR (Vorjahr: 17.163 TEUR).

Die Finanzierung erfolgte dabei aus Pauschalfördermitteln (2.007 TEUR), Mitteln der Baupauschale (546 TEUR), sonstigen Zuschüssen der öffentlichen Hand und Zuwendungen Dritter (30 TEUR) sowie Eigenmitteln (8.534 TEUR).

Insgesamt verteilten sich die Investitionen auf Immaterielle Vermögensgegenstände (346 TEUR), Einrichtungen und Ausstattungen (5.322 TEUR) und Finanzanlagen (9 TEUR). Darüber hinaus wurden im Rahmen des Masterplans 2018 insgesamt 5.440 TEUR in den Erweiterungsbau am Standort Marienhöhe als Anlagen im Bau aktiviert.

Den Investitionen standen Abschreibungen auf das Anlagevermögen in einer Gesamthöhe von 4.814 TEUR (Vorjahr: 3.765 TEUR) gegenüber. Die ergebniswirksamen Abschreibungen aus Eigenmitteln belaufen sich auf 1.621 TEUR (Vorjahr: 808 TEUR).

Zur weiteren Beurteilung der Finanzlage enthält der Lagebericht eine Cashflow-Darstellung, die an dieser Stelle aus Darstellungsgründen nicht wiedergegeben wird.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt 2.388 TEUR und aus Finanzierungstätigkeit 4.519 TEUR. Der Zahlungsabfluss für Investitionen betrug 11.117 TEUR, so dass sich der Finanzmittelfonds zum Bilanzstichtag auf 5.867 TEUR verminderte.

Lage der Gesellschaft –Vermögenslage–

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2015 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2014 gegenübergestellt. Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet. Die Passivposten werden dem langfristig bzw. kurzfristig verfügbaren Kapital zugeordnet.

Die Bilanzposition „Ausgleichsposten nach dem KHG“ sowie die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen wurden mit dem langfristigen Kapital verrechnet.

	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Vermögensstruktur						
Langfristig gebundenes Vermögen	65.588	76,3	59.285	68,9	6.303	10,6
Kurzfristig gebundenes Vermögen	20.343	23,7	26.718	31,1	-6.375	-23,9
Gesamtvermögen	85.931	100,0	86.003	100,0	-72	-0,1
Kapitalstruktur						
Langfristig verfügbares Kapital	67.055	78,0	71.006*	82,4	-3.951	-5,6
Kurzfristig verfügbares Kapital	18.876	22,0	14.997	17,6	3.879	25,9
Gesamtkapital	85.931	100,0	86.003	100,0	-72	-0,1

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen erhöhte sich aufgrund der Investitionstätigkeiten und unter Berücksichtigung der Abschreibungen um 6.303 TEUR auf 65.588 TEUR und beträgt nunmehr 76,3 Prozent.
Das kurzfristig gebundene Vermögen ging um 6.375 TEUR auf 20.343 TEUR zurück. Dabei erhöhten sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 414 TEUR, die Forderungen an Gesellschafter um 94 TEUR sowie die sonstigen Vermögensgegenstände um 67 TEUR. Im Gegenzug verminderten sich die Forderungen nach dem Krankenhaus-entgeltgesetz um 2.471 TEUR sowie die Vorräte um 268 TEUR. Zudem sank der Geldmittelbestand durch die verstärkten Investitionstätigkeiten auf 5.904 TEUR.
Der Verringerung des langfristigen Kapitals um 3.951 TEUR auf 67.055 TEUR (= 78,0 Prozent des Gesamtkapitals) steht eine Erhöhung des kurzfristigen Kapitals um 3.879 TEUR auf 18.876 TEUR entgegen.
Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital der Gesellschaft beträgt unter Berücksichtigung des Jahresfehlbetrages, der Sonderposten und nach Abzug des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung 37.836 TEUR (Vorjahr 38.484 TEUR). Die Eigenkapitalquote am Gesamtvermögen beträgt damit 44,0 Prozent.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Im Lagebericht werden an dieser Stelle einige wichtige Kennzahlen im Mehrjahresvergleich dargestellt, die die gegenüber den Vorjahren positive Entwicklung im Geschäftsjahr 2015 wiederspiegeln An dieser Stelle wird im Beteiligungsbericht auf die vorstehend aufgeführten Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verwiesen.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das Medizinische Zentrum leistet mit der Schule für Pflegeberufe einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung in der Region. Durch die Bereitstellung von 100 Ausbildungsplätzen für Gesundheits- und Krankenpfleger und 20 Ausbildungsplätzen für Gesundheits- und Krankenpflegeassistenten wird dem viel zitierten Mangel an Pflegekräften durch Nachwuchsförderung entgegenwirkt. Die hauseigene Ausbildungsstätte und die dort vermittelten theoretischen Kenntnisse und praktischen Fähigkeiten bildet für das Medizinische Zentrum ein ständiges Reservoir zur Rekrutierung von hochqualifizierten Pflegekräften.
Für die Beschäftigten des Medizinischen Zentrums werden für alle Berufsgruppen vielfältige interne und externe Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten. Neben der Freistellung für den Besuch solcher Veranstaltungen investierte das MZ in diesen Bereich im Berichtsjahr 2015 über 120 TEUR.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Prognosebericht

Der Wirtschaftsplan weist im Erfolgsplan für das Jahr 2016 einen Überschuss in Höhe von 1.004 TEUR aus. Gegenüber dem abgelaufenen Jahr 2015 bedeutet dies eine Verbesserung von rd. 1.215 TEUR. Der Grund hierfür ist in erster Linie auf die Auswirkungen der Umsetzung des Masterplans 2018 zu sehen. Mit der Beendigung der Baumaßnahmen für den 1. und 2. Bauabschnitt sowie der ganzjährigen Inbetriebnahme der zusätzlichen Stationen und Untersuchungs- und Behandlungseinheiten im Neubaubereich wird erwartet, dass sich die positive Leistungsentwicklung des Jahres 2015 fortsetzt. Durch die Neubesetzung der Chefarztposition Geriatrie zum 01.07.2015 und Gastroenterologie zum 01.03.2016 werden weitere Impulse erwartet. Gleiches gilt für die geplante Etablierung eines Linksherzkatheter-messplatzes.

Dem Erlösbudget 2016 liegen rd. 27.300 Case-Mix-Punkte inklusive Überlieger zugrunde. Gegenüber der mit den Kostenträgern für das Jahr 2015 vereinbarten Leistungsmenge bedeutet dies einen Anstieg von 1.000 Punkten. Die Leistungsentwicklung im ersten Quartal 2016 verläuft im Bereich des Akutkrankenhauses im Wesentlichen auf Planniveau, so dass nach derzeitiger Prognose an den Umsatzerwartungen festgehalten werden kann. Der Bereich der Geriatrischen Rehabilitation liegt in den ersten Monaten unter Plan, sodass in diesem Bereich die Erwartungen noch nicht erfüllt werden.

Im Personal- und Sachmittelbereich zeigt sich in den ersten Monaten des Jahres 2016 unter Berücksichtigung von Einmaleffekten eine im Wesentlichen planmäßige Kostenentwicklung. Insgesamt wird erwartet, dass für das Jahr 2016 ein Überschuss erzielt werden kann.

Die Investitionstätigkeit war in den letzten Jahren geprägt durch die Fertigstellung der Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen am Standort Marienhöhe. Aufgrund der Fertigstellung dieser Bauabschnitte geht das geplante Investitionsvolumen in 2016 zurück auf rd. 2,1 Mio. EUR. Neben dem Einsatz von Fördermitteln in Höhe von rd. 2,0 Mio. EUR ist eine Finanzierung von 0,1 Mio. EUR über Eigenmittel vorgesehen.

Insgesamt beurteilt die Geschäftsführung die wirtschaftliche Lage im Jahr 2016 aufgrund der Rahmenbedingungen als weiterhin schwierig. Zuversichtlich stimmt, dass die Baumaßnahmen bis auf das 1. Untergeschoss inzwischen abgeschlossen werden konnten und damit die im Rahmen der Masterplanung vorgesehenen Verlagerungen der Kliniken Allgemeine Chirurgie, Innere Medizin und Neurologie vom Standort Bardenberg nach Marienhöhe erfolgreich umgesetzt werden konnten. Mit der damit einhergehenden Zentralisierung wurde ein wesentliches Ziel der Masterplanung nunmehr erreicht.

Risikobericht

In den letzten Geschäftsjahren waren rückläufige bzw. stagnierende Fallzahlen und Case-Mix-Punkte zu verzeichnen. Der Masterplan sieht für die Jahre 2015 bis 2018 stetig steigende Leistungszahlen vor. Dieses Ziel konnte für das Jahr 2015 erreicht werden.

Mögliche Risiken können sich dadurch ergeben, dass die geplanten Leistungszahlen und Erlöse nicht erreicht werden können, weil z. B. benachbarte Krankenhäuser ein ähnliches Leistungs-portfolio anbieten und damit ein verstärkter Wettbewerb auftritt. Darüber hinaus ist nicht absehbar, wie sich der Landesbasisfallwert entwickelt und ob er ausreichen wird, um unabweisbare Kostensteigerungen im Bereich der Personal- und Sachaufwendungen aufzufangen.

Risiken können sich auch aus nicht vorhersehbaren Gesetzes- und Rechtsänderungen ergeben, z. B. durch Erhöhung des Mehrleistungsabschlages, Wegfall des Versorgungszuschlages, Abwertung von DRG-Punktwerten und ähnlichem. Zudem sind in den letzten Jahren eine steigende Prüftätigkeit des Medizinischen Dienstes sowie medienwirksame Kampagnen seitens der Kostenträger zur Eindämmung der Ausgaben für den Krankenhaussektor festzustellen. Darüber hinaus ergibt sich ein Risiko daraus, dass die Budgetverhandlungen für das Jahr 2016 noch nicht abgeschlossen sind und insoweit fraglich ist, ob die Kostenträger die beantragten und eingeplanten Mehrleistungen budgeterhöhend anerkennen. Immerhin konnte im Rahmen einer Vorabverein-barung ein NUB-Entgelt im Bereich der Lungenheilkunde vereinbart werden, das seitens der Bezirksregierung zum 01.04.2016 genehmigt wurde.

Im Bereich der Personalaufwendungen wurden Kostensteigerungen für den im September 2016 anstehenden Tarifabschluss Marburger Bund für den ärztlichen Dienst in den Erfolgsplan mit 2,8 Prozent einkalkuliert. Für den nicht ärztlichen Bereich liegt die Forderung bei 6,0 Prozent Tarifsteigerung ab dem 01.03.2016. Dies übertrifft den Kalkulationsansatz von 2 Prozent bei weitem. Sollte sich Verdi mit der Forderung auch nur ansatzweise durchsetzen, bedeutet dies aufgrund des hohen Personalkostenanteils ein erhebliches Risiko.

Risiken ergeben sich auch durch die bauliche und technische Altersstruktur der beiden Betriebsteile. Unvorhersehbare Ausfälle und Störungen erfordern oftmals hohe Ersatz-investitionen und Instandsetzungsmaßahmen.

Bezüglich der Umsetzung des Masterplans 2018 wurde vor der zustimmenden Entscheidung durch die Gremien ein Gutachten über die Machbarkeit und Finanzierung durch die HHI Hanseatische Healthcare Invest Gesellschaft nach IDW S6-Standard eingeholt. HHI kommt zu dem Ergebnis, dass bei einer Fertigstellung des 1. Bauabschnittes und der Bereitstellung von 14 Mio. EUR zur Umsetzung eines 2. Bauabschnittes die Zahlungs- und Fortführungsfähigkeit und die dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit gegeben ist und eine branchenübliche Rendite erzielt werden kann.

Die Fortsetzung der Masterplanung in Form des 3. und 4. Bauabschnittes wird zur langfristigen Sicherung des Unternehmens als notwendig erachtet. Insbesondere ist die Errichtung von neuen OP-Sälen am Betriebsteil Marienhöhe in den nächsten Jahren dringend erforderlich. Aufgrund der bereits erwähnten unzureichenden Investitionsförderung durch das Land NRW ergeben sich hieraus Finanzierungsrisiken, deren Höhe in Abhängigkeit vom Umfang und zeitlicher Umsetzung zu sehen ist.

Die Gesellschaft hat zur Minimierung des Risikos ein umfassenden Risiko- und Projekt-management eingerichtet, das in Abstimmung mit dem Beteiligungscontrolling der beiden Gesellschafter, der beauftragten Hanseatischen Healthcare Invest GmbH und den Darlehens-gebern die Entwicklung engmaschig überwacht.

Risiken können sich zudem ergeben durch öffentliche Diskussionen und Berichterstattungen in den Medien über den Erhalt des Betriebsteils Bardenberg als Krankenhausstandort und über die Fortführung der Geburtshilfe. Eine daraus resultierende Verunsicherung in der Bevölkerung sowie damit einhergehende Leistungsrückgänge sind nicht auszuschließen.

Chancenbericht

Die Etablierung eines neuen Schwerpunktes Pneumologie am Standort Bardenberg mit angegliederter Weaningeinheit im Oktober 2014 hat sich deutlich positiv auf das Leistungsgeschehen ausgewirkt. Gleiches gilt für die Spezialisierung im chirurgischen Bereich, die neben der Gefäß- und Thoraxchirurgie einen Fachbereich für Allgemeine und Viszeralchirurgie unter eigenständiger Leitung vorhält. Dieser Trend hält auch in den ersten Monaten des Jahres 2016 an.

Gute Chancen für eine positive Entwicklung werden auch durch die Neubesetzung der Chefarztposition für die Klinik für Geriatrie zum 01.07.2015 gesehen. Hier zeigen sich auch in Kooperation mit anderen Kliniken des Hauses steigende Leistungszahlen. Gleiches gilt für die Klinik für Neurologie, wo im Bereich der Schlaganfallstation im Jahr 2016 ganzjährig 12 Betten zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist im Laufe des Jahres 2016 die Etablierung eines Linksherzkathetermessplatzes vorgesehen, so dass Patienten mit speziellen kardiologischen Erkrankungen nicht mehr wie bisher in andere Krankenhäuser verlegt werden müssen, sondern im Medizinischen Zentrum selbst behandelt werden können.

Zum 01.01.2016 ist die Verordnung zum Krankenhausstrukturfonds in Kraft getreten. Zweck des Fonds ist eine Strukturbereinigung durch Abbau von Überkapazitäten, die Konzentration von stationären Versorgungsangeboten und die Umwandlung von Krankenhäusern in nicht akutstationäre Einrichtungen. Im Hinblick auf die derzeitigen Beratungen in den Gremien des Hauses über eine mittelfristige Zusammenführung aller Kliniken am Standort Marienhöhe und die damit verbundene Aufgabe des Standortes Bardenberg ergibt sich die Chance, aus dem Strukturfonds Mittel zu erhalten, die zur teilweisen Finanzierung der notwendigen Investitionen zur Umsetzung des Masterplans eingesetzt werden können. Hierzu bedarf es noch der näheren Abstimmung mit den zuständigen Genehmigungsbehörden und den Kostenträgern im Rahmen der laufenden Krankenhausplanung.

Die Geschäftsführung sieht durch diese Maßnahmen sowohl in medizinischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht gute Chancen für eine positive Entwicklung der Gesellschaft.

Würselen, den 29.03.2016
gez. René A. Bostelaar
-Geschäftsführer-

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Service-Leistungen aller Art für die Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen gGmbH und anderen mit ihr verbundenen Unternehmen im Sinne der §§ 15 AktG. Darüber hinaus darf sie die gastronomischen Verpflegungseinrichtungen aller Art in der Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen gGmbH bewirtschaften und betreiben. Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung dienlich erscheinen. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen, die dem vorgenannten Zweck dienen, zu beteiligen und deren Geschäftsführung zu übernehmen. Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten.

Öffentliche Zwecksetzung

Es handelt sich beim Gesundheitswesen um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung nach der Gemeindeordnung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so muss dieser gleichzeitig Geschäftsführer der Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH sein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, muss einer der Geschäftsführer gleichzeitig Geschäftsführer der Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH sein, dieser ist stets einzelvertretungsberechtigt.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern, die durch Gesellschafterbeschluss bestellt oder abberufen werden. Die Amtszeit des Aufsichtsrates ist identisch mit der Wahl des Städteregionstages der StädteRegion Aachen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates bleiben bis zur Entsendung des Nachfolgers im Amt.

Gesellschafterversammlung:

Die Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung kraft Gesetzes durch ihre Geschäftsführung vertreten, die für ihr Abstimmungsverhalten zuvor einen Beschluss des Aufsichtsrates der Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH einholen muss. Dem Städteregionstag wird das Recht eingeräumt, als

Vertreter in die Gesellschafterversammlung die Geschäftsführung der Medizinisches Zentrum der StädteRegion Aachen GmbH zu bestellen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: René A. Bostelaar

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
	Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied
	Doris Harst	Städteregionstagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Keine Vertretung der StädteRegion Aachen in der Gesellschafterversammlung.

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH	25.000	100
	25.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	12.376	14.720	19.342
Sachanlagen		14.720	19.342
B. Umlaufvermögen	321.127	325.259	479.731
I. Vorräte		34.774	18.876
II. Forderungen / sonst. VG		75.582	221.558
III. Kassenbestand, Guthaben		214.903	239.297
C. Nicht d. Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	187.708	128.770	63.418
Bilanzsumme Aktiva	**521.211**	**468.749**	**562.492**

A. Eigenkapital	0	0	0
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Verlustvortrag	-267.764	-212.708	-153.770
III. Jahresüberschuss	55.056	58.938	65.352
IV. Nicht d. EK ged. Fehlbetrag	187.708	128.770	63.418
B. Rückstellungen	242.555	305.151	384.241
C. Verbindlichkeiten	278.656	163.598	172.251
Bilanzsumme Passiva	**521.211**	**468.749**	**562.492**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 - in € -	2014 - in € -	2015 - in € -
Umsatzerlöse	5.360.826	5.330.044	5.769.320
Betriebsergebnis	67.327	66.846	69.419
Finanzergebnis	-12.271	-7.908	-4.067
gewöhnliches Geschäftsergebnis	55.056	58.938	65.352
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**55.056**	**58.938**	**65.352**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	98	93	99

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2013 in %	2014 in %	2015 in %
Anlagenintensität	2,4	3,1	3,4
Eigenkapitalquote	negativ	negativ	negativ
Liquidität 1. Grades	33,3	46,0	43,0
Umsatzrentabilität	1,2	1,3	1,2

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine unmittelbaren Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen.

Zwischen der MZ Service GmbH und ihrer Mutter MZ GmbH bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen, die in einem Rahmendienstleistungsvertrag, einem

Geschäftsbesorgungsvertrag, einem Mietvertrag, einer Vereinbarung über den Personaleinsatz und verschiedenen Dienstleistungsverträgen geregelt sind.

Lagebericht der Gesellschaft

Lage der Gesellschaft

Die MZ-Service-GmbH erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2015 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 65. Damit wurde das Vorjahresergebnis von TEUR 59 um TEUR 6 übertroffen und konnte damit einen Teil des im Jahr 2010 entstandenen Fehlbetrages ausgleichen. Dennoch wirken die im Jahr 2010 gegen die Gesellschaft durchgeführte dreimonatige Streikmaßnahme der Gewerkschaft ver.di und die damit verbundenen Mehrkosten durch den Einsatz von Fremdpersonal weiterhin nach.
Im Bereich des operativen Geschäftes der MZ-Service-GmbH verlief das Geschäftsjahr erfolgreich. Die Umsatzerlöse waren im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 5.330 auf TEUR 5.768 gestiegen. Im gleichen Zeitraum sind die Lebensmittelaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 71 gestiegen, ebenso erhöhten sich die Aufwendungen für den Wirtschaftsbedarf um TEUR 68.
Die Personalaufwendungen im Vergleich zum Geschäftsergebnis des Vorjahres verzeichneten einen Anstieg um TEUR 250. Durch den ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 65 konnte der zum Bilanzstichtag ausgewiesene „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ von TEUR 129 auf TEUR 64 verringert werden.

Analyse der Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2015 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2014 gegenüber gestellt.
Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet. Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.
Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind im Lagebericht tabellarisch dargestellt.

Analyse der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind im Berichtsjahr 2015 von TEUR 5.330 auf TEUR 5.768 gestiegen. Dabei setzte sich der Umsatz wie folgt zusammen:

Verpflegung	TEUR	2.992
Reinigung	TEUR	1.364
Hol- und Bringdienste	TEUR	212
Sonstige Dienstleistungen	TEUR	1.200
Gesamt	TEUR	5.768

Die Erhöhung des Umsatzes von insgesamt TEUR 438 (= 8,22%) resultiert überwiegend aus der Neueröffnung des Cafe Karl (TEUR 309).
Die Personalkosten stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 250. Dies entspricht einer Steigerung von (= 7,68%). Ursächlich ist hierfür die Erhöhung der Beschäftigten im Pflegedienst sowie im Pfortendienst.
Im Vergleich zum Vorjahr verringerten sich die Abschreibungen um TEUR 1, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um TEUR 111.
Insgesamt wurde wie im Vorjahr ein Betriebsergebnis von TEUR 69 erzielt.
Nach Abzug des Finanzergebnisses (TEUR -4) verbleibt als Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ein Überschuss in Höhe von TEUR 65 (Vorjahr TEUR 59).
Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Streikmaßnahmen aus dem Jahr 2010 haben die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft auch in 2015 beeinflusst, was voraussichtlich auch noch für das Folgejahr gilt. Dabei war im Geschäftsjahr 2015 unter besonderer Berücksichtigung des von der Gesellschafterin gewährten rollierenden Vorschusses und des positiven Jahresergebnisses trotz des ausgewiesenen „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages“ die Going-Concern-Prämisse weiterhin gewährleistet.
Mit dem erzielten Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 65 konnte wiederum ein wesentlicher Beitrag zur wirtschaftlichen Sanierung der Gesellschaft geleistet werden.
Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2015 wurde das Ergebnis um TEUR 3 übertroffen.
Der Ansatz im Wirtschaftsplan wurde bei den Erträgen aus Verpflegungsdienstleistungen um TEUR -158 sowie bei den Erträgen aus Reinigungsdienstleistungen um TEUR -112 unterschritten, während der Ansatz bei den Erträgen aus Pfortendienstleistungen um TEUR 58 überschritten wurde. Insgesamt wurden TEUR 81 Erträge weniger erzielt als geplant.
Mehraufwendungen ergeben sich im Lebensmittelbereich (TEUR 71), im Wirtschaftsbedarf (TEUR 68) sowie im Verwaltungsbedarf (TEUR 10).
Die Personalaufwendungen überschritten den Planansatz um rd. TEUR 25. Dies betrifft in erster Linie den Pflegedienst sowie den Pfortendienst.
Die Personalaufwendungen im Verpflegungsbereich konnten hingegen um TEUR -133 gegenüber der Planzahl verringert werden.
Die übrigen Positionen des Erfolgsplans haben sich planmäßig entwickelt, nennenswerte Abweichungen von den Planwerten sind nicht festzustellen.

Analyse der Finanzlage

Zur Beurteilung der Finanzlage im Berichtsjahr hat die Gesellschaft eine Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) erstellt, die an dieser Stelle aus Darstellungsgründen nicht wiedergegeben wird. Außerdem ist im Lagebericht eine Übersicht über die Entwicklung einiger Kennzahlen enthalten. Diesbezüglich wird im Beteiligungsbericht auf die vorstehend aufgeführten Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verwiesen.

Nachtragsbericht

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Abschlussstichtag 2015 nicht ergeben.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft

Im Hinblick auf die Überschuldungsproblematik ist zudem ein Beschluss des Bundestages vom 09.11.2012 von Relevanz, wodurch die bis zum 31.12.2013 geltende Befristung des Überschuldungsbegriffs der Insolvenzordnung nach Maßgabe des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes aufgehoben wurde. Diese Befristungsenthebung bedeutet, dass auch nach diesem Zeitpunkt keine Überschuldung im Sinne des Insolvenzrechts vorliegt, wenn die Fortführung des Unternehmens nach den Umständen überwiegend wahrscheinlich ist.

Aufgrund der positiven Entwicklung in den letzten Jahren kann unter der Annahme von stabilen externen Faktoren von einer Fortführung der Gesellschaft ausgegangen werden. Hierfür spricht auch der im Wirtschaftsplan 2016 prognostizierte Jahresüberschuss von TEUR 65, der durch die Hochrechnung der ersten Monate des Jahres 2016 bestätigt wird. 7

Darüber hinaus hat die Geschäftsführung einen aktuellen Finanz- und Ertragsplan für die MZ-Service-GmbH erstellt. Demnach ist eine positive Fortbestehensprognose gegeben.

Derzeit sind keine konkreten Risiken für die Gesellschaft erkennbar. Eine mögliche Gefährdung des Unternehmens kann zum Beispiel durch erneute Streikmaßnahmen oder ähnliche wesentliche Beeinträchtigungen eintreten. Unter der Voraussetzung, dass solche negativen Ereignisse die MZ-Service-GmbH nicht treffen werden, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Gesellschaft in den kommenden Jahren vollständig sanieren wird.

Würselen, den 29.03.2016
René A. Bostelaar
-Geschäftsführer-

Parkplatz Marienhöhe GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Erweiterung und insbesondere der Betrieb von Parkflächen, die für den Betrieb des Medizinischen Zentrums StädteRegion Aachen am Standort Marienhöhe in Würselen unter Berücksichtigung des vorhandenen Bedarfes an Stellflächen erforderlich sind. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Erledigung aller mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängenden und seinen Belangen dienenden Geschäfte. Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung dieser Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sie erwerben, sie errichten oder sich an ihnen beteiligen.

Die Parkplatz Marienhöhe GmbH kommt ihrem Gesellschaftszweck und damit dem Beteiligungsziel ihres Gesellschafters StädteRegion Aachen seit ihrer Gründung im Jahr 1998 nach. Schnell zeigte sich in den ersten Jahren nach der Inbetriebnahme des Parkplatzes die hohe Akzeptanz durch die verschiedenen Nutzergruppen, wie z.B. ambulante und stationäre Patienten, Angehörige und Besucher sowie Beschäftigte des Krankenhauses. Dies hatte zur Folge, dass die ursprünglich errichteten 144 Stellflächen oftmals vollständig belegt waren, so dass im Jahr 2005 eine Erweiterung des bestehenden Parkplatzes erfolgte. Nunmehr stehen 202 Stellplätze für die zuvor genannten Nutzer sowie für die Beschäftigten des nahe gelegenen Amtes für Altenarbeit der StädteRegion Aachen und die Unterrichtskräfte und die Auszubildenden des Fachseminars für Altenpflege zur Verfügung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführer. Die Gesellschaft wird von mindestens zwei Geschäftsführern gemeinsam vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist dieser alleine vertretungsberechtigt.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus den jeweiligen Mitgliedern, die der Städteregionstag in den Aufsichtsrat der Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen gGmbH entsandt hat. Eine persönliche Vertretung der Aufsichtsratsmitglieder ist möglich.

Gesellschafterversammlung:

Die StädteRegion Aachen als Alleingesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch bis zu zwei Bevollmächtigte vertreten. Die Stimmabgabe kann nur einheitlich erfolgen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Franz Klein	

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Carl Meulenbergh	sachkundiger Bürger
	Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied
	Christoph Simon	sachkundiger Bürger
	Doris Harst	Städteregionstagsmitglied
	Stefan Mix	Städteregionstagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
	Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52146 Würselen
gezeichnetes Kapital:	25.564,59 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	25.564,59	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	180.692	219.057	586.731
I. Imm. Vermögensgegenst.		0	0
II. Sachanlagen		219.057	586.731
B. Umlaufvermögen	392.011	413.868	
I. Forderungen / sonst. VG		3.248	79.631
II. Kassenbestand, Guthaben		410.620	191.440
Bilanzsumme Aktiva	**572.703**	**632.925**	**857.802**
A. Eigenkapital	548.837	613.743	708.392
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565
II. Kapitalrücklage	124.489	124.489	124.489
III. Gewinnrücklage	356.363	398.783	463.689
IV. Jahresüberschuss	42.420	64.906	94.689
B. Rückstellungen	6.573	11.200	58.479
C. Verbindlichkeiten	13.814	7.982	85.085
D. Rechnungsabgrenzungsposten	3.479	0	5.846
Bilanzsumme Passiva	**572.703**	**632.925**	**857.802**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 - in € -	2015 - in € -	2016 - in € -
Umsatzerlöse	176.996	182.596	266.911
Betriebsergebnis	63.089	94.870	141.715
Finanzergebnis	605	637	103
gewöhnliches Geschäftsergebnis	63.694	95.507	141.817
Jahresüberschuss/-fehlbetrag n. Steuern	**42.420**	**64.906**	**94.649**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen	1	1	1

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2013 in %	2014 in %	2015 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	31,55	34,61	68,40
Eigenkapitalquote	95,83	96,87	96,97
Anlagendeckungsgrad I	3,0	2,8	1,2
Liquidität 1. Grades	2.781	51.45	2,11
Eigenkapitalrentabilität	11,61	15,89	20,02

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist als Alleingesellschafterin der Gesellschaft hinsichtlich der Ergebnisverwendung verantwortlich. Im Jahr 2015 hat die StädteRegion Aachen keine Gewinnausschüttung der Parkplatz GmbH erhalten. Die Parkplatz Marienhöhe GmbH nimmt Geschäftsbesorgungsleistungen der MZ GmbH in Anspruch. Hierbei handelt es sich um die Finanz- und Anlagenbuchhaltung sowie Leistungen in den Bereichen Beschaffung, Verwaltung, Technik und Pflege der Außenanlagen für die Parkplatz Marienhöhe GmbH. Diese Leistungen wie auch Gemeinkosten werden der Parkplatz Marienhöhe GmbH vom Medizinischen Zentrum in Rechnung gestellt. Mit Datum vom 20.08.2004 wurde dazu eine Vereinbarung zwischen den Gesellschaften abgeschlossen.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

In der Vorhaltung der Parkflächen für den Krankenhausbetrieb liegt der öffentliche Zweck der Gesellschaft. Es handelt sich beim Gesundheitswesen an sich um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung nach der Gemeindeordnung. Das gilt auch für die ergänzend zu bewirtschaftenden Parkflächen.

Lagebericht der Gesellschaft

Der Lagebericht stellt zunächst den Gegenstand des Unternehmens dar.

Im Hinblick auf die Verlagerung von Fachabteilungen vom Betriebsteil Bardenberg an den Standort Marienhöhe durch das Medizinische Zentrum hat der Aufsichtsrat der Parkplatz Marienhöhe GmbH

im Jahr 2014 die Errichtung eines weiteren Parkplatzes beschlossen, um den daraus resultierenden höheren Bedarfs an Parkflächen nachzukommen. Mit den diesbezüglichen Planungen und vorbereitenden Maßnahmen wurde im Jahr 2014 begonnen, die Fertigstellung und Inbetriebnahme des 142 Stellplätze umfassenden neuen Parkplatzes für die Beschäftigen des Krankenhauses erfolgte im August 2015.

Die positive Entwicklung der Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr 2015 erfolgreich fortgesetzt werden. Die wirtschaftliche Lage hat sich durch die Erzielung eines Überschusses noch einmal verbessert. Dabei erhöhten sich die Umsatzerlöse aus Parkplatzgebühren von rd. 183 TEUR auf ca. 267 TEUR um rd. 84 TEUR. Ursache für die deutliche Umsatzsteigerung von fast 46 Prozent sind die im Oktober 2014 sowie im April 2015 erfolgten Verlagerungen von Kliniken des Medizinischen Zentrums von Bardenberg nach Marienhöhe und die damit verbundene gestiegene Zahl von Nutzern der Parkflächen durch Patienten-, Besucher und Beschäftigte des Krankenhauses. Durch die Inbetriebnahme des weiteren Parkplatzes erhöhten sich die Gesamtaufwendungen (ohne Ertragssteuern) gegenüber dem Vorjahr um rd. 39 TEUR. Die Kostensteigerungen betrafen insbesondere den Wirtschafts- und Verwaltungsbedarf (+ 20 TEUR), die Instandhaltungen (+ 5 TEUR) sowie die Abschreibungen auf Sachanlagen (+12 TEUR).

Im Geschäftsjahr 2015 beläuft sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit auf 142 TEUR (Vorjahr 98 TEUR). Hierauf fallen Gewerbe- und Körperschaftssteuern in Höhe von 47 TEUR an. Nach Abzug der Ertragssteuern verbleibt für das Jahr 2015 ein Jahresüberschuss in Höhe von 94.648,61 EUR (Vorjahr 64.906,23 EUR). Der Wirtschaftsplanansatz des Jahres 2015 von 40 TEUR konnte aufgrund des hohen Umsatzwachstums um rd. 55 TEUR übertroffen werden.

Für die Errichtung des neuen Parkplatzes fielen im Berichtsjahr Herstellungskosten in Höhe von insgesamt 391 TEUR an. Weitere geringfügige Anschaffungen von rd. 1 TEUR betrafen EDV-Hardware. Die Gesamtinvestitionen des Jahres 2015 beliefen sich somit auf 392 TEUR.

Die Liquiditätslage des Unternehmens wurde durch die Investitionen, die aus den vorhandenen Finanzmitteln getätigt wurden, belastet. Im Gegenzug wirkte sich der erzielte Jahresüberschuss positiv auf die liquiden Mittel aus. Insgesamt verminderten sich die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag von 411 TEUR auf 191 TEUR (-220 TEUR).

Der Trend der hohen Inanspruchnahme des Besucherparkplatzes hält auch in den ersten Monaten des neuen Jahres an. Desweiteren entspricht die Nutzung des neuen Mitarbeiterparkplatzes den Erwartungen. Insofern wird für das Jahr 2016 wiederum ein positives Geschäftsergebnis erwartet. Einflüsse auf das Ergebnis können sich insbesondere durch notwendige Fahrbahnsanierungen und unvorhersehbare Instandhaltungsmaßnahmen ergeben. Bei planmäßigem Verlauf sieht der Erfolgsplan für das Jahr 2016 einen Überschuss in Höhe von 54 TEUR vor.

Würselen, 29. März 2016
Franz Klein
-Geschäftsführer-

Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen

Aufgaben / Beteiligungsziele

Das Senioren- und Betreuungszentrum in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der StädteRegion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der StädteRegion nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen dieser Betriebssatzung geführt wird. Zweck der Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umwelt Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen.

Bis Ende 2008 war das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler eine rein vollstationäre Pflegeeinrichtung mit 240 Plätzen. Seit 2009 wird die Umsetzung eines in 2007 aufgrund von sich ändernden demographischen Entwicklungen und finanziellen Voraussetzungen im Pflegebereich erstellten zukunftsorientierten Wohn- und Nutzungskonzeptes für das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen betrieben. Dieses innovative Modell sieht die sukzessive Renovierung der mittlerweile 35 Jahre alten Gebäudeteile sowie die Entwicklung eines mehrstufigen Angebotes in den Bereichen vollstationäre Pflege, ambulante Pflege, Tagespflege und betreutem Wohnen vor.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der StädteRegion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der StädteRegion nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen einer Betriebssatzung geführt wird. Zweck der Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umwelt Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen.

Das SBZ besitzt als Einrichtung der StädteRegion Aachen auf dem Gebiet des Sozialwesens keine eigene Rechtspersönlichkeit. Es stellt ein so genanntes „nichtwirtschaftliches Unternehmen“ i.S.v. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW dar.

Organe des Sondervermögens

Verwaltungsleitung:

Zur Leitung der Einrichtung wird ein Verwaltungsdirektor bestellt. Der Eigenbetrieb wird von dem Verwaltungsdirektor selbständig geleitet, soweit nicht durch die Kreisordnung, die

Gemeindeordnung, die Eigenbetriebsverordnung und die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Dem Verwaltungsdirektor obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung. Der Verwaltungsdirektor ist dafür verantwortlich, dass die Einrichtung wirtschaftlich geführt wird und ihre soziale Aufgabe erfüllt.

Verwaltungsausschuss:

Der Verwaltungsausschuss besteht aus 18 Mitgliedern. Werden in den Verwaltungsausschuss sachkundige Bürgerinnen/Bürger gewählt, so haben sie die gleiche Rechtsstellung wie die übrigen Ausschussmitglieder, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Wer durch seine berufliche Tätigkeit in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen oder im Wettbewerb mit der Einrichtung steht oder für Einrichtungen tätig ist, auf die die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, darf nicht Mitglied des Verwaltungsausschusses sein. § 7 Abs. 1 der Betriebssatzung enthält einen Katalog der Angelegenheiten, in denen der Verwaltungsausschuss entscheidet. Der Verwaltungsausschuss berät außerdem die Angelegenheiten vor, die vom Städteregionstag zu entscheiden sind. Er entscheidet in den Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Städteregionstags unterliegen, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet. In Fällen äußerster Dringlichkeit kann der Städteregionsrat mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses entscheiden. § 50 Abs. 3 Satz 3 und Satz 4 der Kreisordnung gelten entsprechend. Ist in einer unaufschiebbaren Angelegenheit, die in die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses fällt, die Entscheidung des Verwaltungsausschusses nicht rechtzeitig möglich, so kann der Städteregionsrat mit dem Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied des Verwaltungsausschusses entscheiden. Diese Entscheidung ist dem Verwaltungsausschuss in seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen. Er kann die Entscheidung aufheben, soweit nicht schon durch die Ausführung der Beschlüsse Rechte anderer entstanden sind.

Städteregionstag:

Der Städteregionstag entscheidet in allen Angelegenheiten, die ihm durch die Kreisordnung, die Eigenbetriebsverordnung oder die Hauptsatzung vorbehalten sind.

Städteregionsrat:

Im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltungsführung kann der Städteregionsrat dem Verwaltungsdirektor Weisungen erteilen. Der Verwaltungsdirektor hat den Städteregionsrat über alle wichtigen Angelegenheiten der Einrichtung rechtzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Der Städteregionsrat und der Verwaltungsdirektor haben den Verwaltungsausschuss über alle wichtigen Angelegenheiten der Einrichtung rechtzeitig zu unterrichten. Glaubt der Verwaltungsdirektor nach pflichtgemäßem Ermessen die Verantwortung für die Durchführung einer Weisung des Städteregionsrates nicht übernehmen zu können und führt ein Hinweis auf entgegenstehende Bedenken des Verwaltungsdirektors nicht zu einer Änderung der Weisung, so hat er sich an den Verwaltungsausschuss zu wenden.

Kämmerer der StädteRegion:

Der Verwaltungsdirektor hat dem Kämmerer den Entwurf des Wirtschaftsplanes und des Jahresabschlusses, die Vierteljahresübersichten oder vierteljährlichen Zwischenabschlüsse, die Ergebnisse der Betriebsstatistik und die Selbstkostenrechnungen rechtzeitig zuzuleiten; er hat ihm ferner auf Anforderung alle sonstigen finanzwirtschaftlichen Auskünfte zu erteilen. Vor der Entscheidung über eine Angelegenheit der Einrichtung, die den Haushalt des Kreises berührt, ist der Kämmerer zu hören. Werden solche Angelegenheiten im Verwaltungsausschuss beraten, so ist er einzuladen.

Besetzung der Organe

Verwaltungsdirektor:

Dipl.-Kfm. Bernhard Müller

Mitglieder des Verwaltungsausschusses:

Franz Körlings	Städteregionstagsmitglied
Eva Malecha	Städteregionstagsmitglied
Willi Bündgens	Städteregionstagsmitglied
Silke Bastian	Städteregionstagsmitglied
Josefine Lohmann	Städteregionstagsmitglied
René Maaßen	Städteregionstagsmitglied
Kunibert Matheis	Städteregionstagsmitglied
Harro Mies	Städteregionstagsmitglied
Edith Nolden	Städteregionstagsmitglied
Margret Roitzsch	Städteregionstagsmitglied
Andreas Vroels	Städteregionstagsmitglied
Albert Borchardt	sachkundige/r Bürger/in
Joel Dettloff	sachkundige/r Bürger/in
Horst Felber	sachkundige/r Bürger/in
Andreas Gebhardt	sachkundige/r Bürger/in
Herbert Geller	sachkundige/r Bürger/in
Dagmar Göbbels	sachkundige/r Bürger/in
Hermann Hartong	sachkundige/r Bürger/in
Marita Stahl	sachkundige/r Bürger/in
Monique Weckmann	sachkundige/r Bürger/in

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Sondervermögen der StädteRegion Aachen
Sitz:	52249 Eschweiler
gezeichnetes Kapital:	4.091.000 Euro

Vermögensträger:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	4.091.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	16.134.695	15.474.866	14.946.195
I. Imm. Vermögensgegenst.		28.745	27.849
II. Sachanlagen		15.446.121	14.918.346
B. Umlaufvermögen	1.917.558	2.882.895	3.515.717
I. Vorräte		69.443	60.256
II. Forderungen/sonst. VG		315.485	375.771
III. Kassenbestand, Guthaben		2.497.967	3.079.689
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	2.192
Bilanzsumme Aktiva	**18.052.253**	**18.357.761**	**18.464.103**
A. Eigenkapital	10.784.537	11.376.476	12.042.550
I. Stammkapital	4.091.000	4.091.000	4.091.000
II. Kapitalrücklagen	617.426	617.426	617.426
III. Gewinnrücklagen			
a) zweckgeb. Rücklagen	28.469	28.469	28.469
b) freie Rücklagen	5.578.619	6.047.642	6.639.580
IV. Jahresüberschuss	469.023	591.939	666.074
B. Rückstellungen	694.898	738.094	306.091
C. Verbindlichkeiten	6.334.366	6.109.750	5.966.977
D. Rechnungsabgrenzungsposten	238.452	133.441	148.485
Bilanzsumme Passiva	**18.052.253**	**18.357.761**	**18.464.103**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Umsatzerlöse *	9.462.863	9.992.528	10.310.399
Betriebsergebnis	639.569	756.462	827.629
Finanzergebnis	-170.546	-164.523	-161.554
gewöhnliches Geschäftsergebnis	469.023	591.939	666.074
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**469.023**	**591.939**	**666.074**

* Enthalten sind: Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gem. PflegeVG, Erträge aus Unterkunft und Verpflegung, Erträge aus Transportleistungen nach PflegeVG, Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen und Erlöse vollstationäre Pflege Stufe 0.

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten *	142,18	140,91	149,61

* (berechnet nach Vollkräften/ Personalkosten)

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2013 in %	2014 in %	2015 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	89,3	84,1	81,0
Investitionsquote	0,8	1,0	1,2
Eigenkapitalquote	59,8	62,0	65,2
Anlagendeckungsgrad I	66,9	73,7	80,7
Liquidität 1. Grades	130,2	216,7	369,8
Eigenkapitalrentabilität	4,5	5,5	5,9

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Das Senioren- und Betreuungszentrum als Sondervermögen der StädteRegion Aachen verfügt über keine eigene Rechtsfähigkeit, ist aber sowohl organisatorisch als auch wirtschaftlich selbständig. Sondervermögen werden haushaltsmäßig in Form einer Sonderrechnung behandelt, die als getrennte Rechnung neben dem Haushaltsplan des Vermögensträgers geführt wird. Auch im Haushaltsjahr 2015 hat keine Verbindung zum Städteregionshaushalt dergestalt bestanden, dass vom bzw. zum SBZ Mittel zu- oder abgeflossen sind.

Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungen der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der StädteRegion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der StädteRegion nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen einer Betriebssatzung geführt wird. Zweck der Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umwelt Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen. Die Einrichtung wurde im November 1891 gegründet. Sie feiert also in 2016 ihr 125jähriges Jubiläum. Die derzeit genutzten Gebäudeteile

wurden im November 1977 neu gebaut, sind also mittlerweile 39 Jahre alt. Bis Ende 2008 war das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler eine rein vollstationäre Pflegeeinrichtung mit 240 Plätzen. Seit 2009 wird die Umsetzung eines in 2007 aufgrund von sich ändernden demographischen Entwicklungen und finanziellen Voraussetzungen im Pflegebereich erstellten zukunftsorientierten Wohn- und Nutzungskonzeptes für das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen betrieben. Das war notwendig geworden, da die Einrichtung an die sich schnell ändernden Rahmenbedingungen angepasst und baulich grundlegend modernisiert werden musste. Dieses Modell sieht die sukzessive Renovierung der mittlerweile 39 Jahre alten Gebäudeteile sowie die Entwicklung eines mehrstufigen Angebotes in den Bereichen vollstationäre Pflege, ambulante Pflege, Tagespflege und Betreutem Wohnen vor. Die Renovierung von Eingangshalle und Cafeteria erfolgte bereits Ende 2000. Der Pflegetrakt A wurde in mehreren Schritten bis zum Jahr 2004 grundlegend saniert. Diese Sanierung des Pflegetraktes wurde seit Anfang 2009 fortgesetzt. Der Pflegetrakt B wurde in 2009 um zwei Etagen aufgestockt und die bestehenden Etagen wurden bis April 2011 sukzessive renoviert. Dabei wurden aus den Zweibettzimmern Einbettzimmer mit eingebauter Nasszelle. Nach dieser erfolgreichen Renovierung und Aufstockung werden im Pflegetrakt B statt 60 Plätzen auf drei Etagen 65 Plätze auf fünf Etagen vorgehalten. Die ab 2018 geforderte 1-Bettzimmer-Quote von 80% wird seitdem in der Einrichtung gewährleistet. Im Erdgeschoss wurde in 2009 der Gemeinschaftssaal zu einem flexibel nutzbaren Kommunikations-und Veranstaltungszentrum ausgebaut. Dies ermöglicht, große Veranstaltungen im Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen aufzunehmen und fördert die Öffnung des Hauses für externe Nutzer und das soziale Miteinander in der großen Gruppe. In 2010 wurde der Eingangsvorplatz neu gestaltet. Ein den Vorplatz trennender Unterstand wurde beseitigt und durch große Gastronomieschirme ersetzt. Der so um den Brunnen geschaffene neue, größere Raum wurde in der Schönwetterperiode ebenfalls für viele, den sozialen Zusammenhalt im Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen fördernde Aktivitäten genutzt. Im November 2011 wurde neben dem stationären Bereich des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler eine Wohnanlage mit 38 zu betreuenden Wohnungen fertig gestellt. Für jeweils 12 bzw. 13 Wohnungen wird je Etage ein großzügiger Gemeinschaftsbereich vorgehalten. Die Gemeinschaftsräume dienen als Begegnungsstätte, die soziale Kontakte fördert und zur Hilfe zur Selbsthilfe anregt. Die Gemeinschaftsräume bestehen aus einer Wohnküche mit angeschlossenem Wohn-/Essbereich und einer großen Sonnenterrasse. Die Wohnungen selbst sind zwischen 39 und 46 qm groß und für eine bzw. zwei Personen geeignet. Durch das betreute Wohnen sollen die Senioren bereits in einem frühen Stadium vor Eintritt der Pflegebedürftigkeit an das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen gebunden werden. Der Erstbezug erstreckte sich über ein Jahr, so dass seit November 2012 die volle Auslastung erreicht ist. In 2011 wurde am Ende der Lieferantenzufahrt ein neuer Parkplatz mit 30 Plätzen errichtet, um die angespannte Situation, insbesondere während der Schichtwechsel und Hauptberufszeiten, zu entzerren. Mittlerweile ist auch dieser Parkplatz voll ausgenutzt. Des Weiteren wurde ein Mehrgenerationenspielplatz gegenüber dem Betreuten Wohnen vor der Kapelle im Park hergerichtet. Dieser besteht aus einer kleinen Minigolfanlage, diversen Bewegungs-und Koordinationsgeräten sowie Sandkasten und Klettergeräte für die kleinsten Gäste des SBZs. Dieser Mehrgenerationenspielplatz wurde im Frühjahr 2012 für die Öffentlichkeit freigegeben und wird seitdem in der Schönwetterperiode intensiv von

Bewohnern und Anwohnern genutzt. Durch beide Maßnahmen wurde die Attraktivität des Senioren- und Betreuungszentrums auch für externe Besucher gesteigert. Dem Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen wurde Anfang 2009 durch die Pflegekassen die Zulassung eines ambulanten Pflegedienstes erteilt. Bereits 2008 wurden die räumlichen Voraussetzungen für Beratung und Dokumentation geschaffen. Sieben Fahrzeuge sind derzeit für den ambulanten Pflegedienst im Einsatz. Zusätzlich wird mit vier Fahrzeugen ein Menüservice zum Mittagstisch für die Senioren daheim angeboten. Beide Bereiche wachsen stetig. Beim Essen auf Rädern ist die Kapazitätsgrenze der vorhandenen Fahrzeuge erreicht. Seit Anfang 2015 ist der ambulante Pflegedienst auch qualifiziert und zugelassen, um allgemeine ambulante Palliativversorgung durchführen zu können. Damit hat das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen auf die Novellierung des Landespflegegesetzes NRW reagiert. Die Novellierung des Landespflegegesetzes NRW aus 2008 und des Pflegeneuausrichtungsgesetzes von 2012 sowie die Pflegestärkungsgesetze I und II aus 2014 bzw. 2015 forcieren den Trend, der ambulanten Pflege den Vorzug vor der teuren vollstationären Pflege zu geben. So wurden die Pauschalen, die für die einzelnen Pflegestufen im ambulanten Sektor von den Pflegekassen gezahlt werden, erhöht. Im stationären Bereich wurden dagegen keine Veränderungen vorgenommen. Auch wurde ein zusätzliches Budget im ambulanten Bereich bereitgestellt, um Pflegebedürftige in Tagespflegen unterbringen zu können. Bislang konkurrierten ambulante Pflegedienste und Tagespflegen um das eingeschränkte ambulante Budget. Die Erhöhung des ambulanten Budgets und das zusätzliche Entgelt für die Tagespflege fördern die Unterbringung in den häuslichen Räumen mit einer tagesstrukturierten Betreuung in Tagespflegen. Auch darauf hat das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen bereits in 2009 kurzfristig reagiert und nicht genutzte Therapieräume im Erdgeschoss des Pflegetraktes B neben dem Gemeinschaftssaal Anfang 2009 zu einer Tagespflege aus- und umgebaut. Nach Abschluss eines Versorgungsvertrages kann nun die Betreuung von durchschnittlich zwölf Tagesgästen betrieben werden. Die Tagespflege hat die Vollauslastung erreicht und eine Warteliste gebildet. Die Transporte der Tagespflegegäste werden zum Teil durch das SBZ selbst erbracht. Dafür wurde in 2011 aus Spendengeldern ein komfortables Fahrzeug, mit welchem auch Rollstuhlfahrer befördert werden können, angeschafft. Da das strategische Ziel, eine qualitativ sehr hochwertige Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Pflege anzubieten, seit einigen Jahren im Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler verfolgt wird, wurden nicht nur die baulichen inneren und äußeren Rahmenbedingungen verbessert, sondern auch kontinuierlich an der Pflege-und Betreuungsqualität gearbeitet. Dazu beteiligte man sich an vielen Projekten, wie z. B. dem Demenzlabel der StädteRegion Aachen, dem Hygiene-Siegel von EuPrevent, dem Ausbau des Qualitätsmanagements, der Einführung hochwertiger Pflegestandards und vielem mehr. Die personellen Erfordernisse wurden immer eingehalten. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wird intensiv in der Altenpflege ausgebildet. Für 2016 werden 40 Ausbildungsplätze avisiert. So konnte das SBZ sich in den letzten Jahren eine Vormachtstellung in der Pflegequalität in der Region erarbeiten.

Weiterhin beteiligt sich die Einrichtung seit geraumer Zeit an einem Projekt zur „Implementierung von Hospizgedanken und Palliativ Care in Pflegeeinrichtungen“. Dazu wurden Netzwerke geknüpft mit örtlichen Hospizinitiativen und in der Palliativbehandlung erfahrenen Ärzten, um schwerstkranken Bewohnern des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in

der letzten Phase ihres Lebens optimal beistehen zu können. Im Rahmen des Projektes wurde in 2011 auch die Neugestaltung eines zentralen Verabschiedungsraums abgeschlossen. Im Berichtsjahr erfolgte in einem Folgeprojekt die Evaluierung der erzielten Fortschritte des ersten Projektes sowie die Ableitung der Kontinuität für die Zukunft und von „Aachener Thesen“ und Forderungen an die Politik. Die Summe dieser Maßnahmen wirkte sich in den letzten Jahren sehr positiv auf den Geschäftsverlauf aus und bestätigt die eingeschlagene Qualitätsstrategie. So konnte auch in 2015 die Gesamtleistung erneut gesteigert werden. Die Erträge stiegen von 11.138 T€ um 869 T€ auf 12.007 T€. Dies entspricht einer Steigerung um 7,8%. Der Gewinn entwickelte sich ebenfalls positiv. Er stieg von 592 T€ in 2014 um 74 T€ auf 666 T€ im Berichtsjahr. Die hohe Ertragssteigerung von 869 T€ verteilt sich auf fast alle Geschäftsbereiche des Senioren-und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler. So betrug die Steigerung bei den Erträgen aus stationärer Pflege insgesamt 265 T€. Dies sind ca. 5,0% mehr als im Vorjahr. Von dieser Erlössteigerung entfallen 60 T€ auf die vollstationären Erträge aus der Ausbildungsumlage. Die Ausbildungsumlage wurde Anfang 2015 von 2,99 € auf 3,69 € erhöht. Dies sind 0,70 € mehr für jeden in 2015 abgerechneten Bettengeldtag. Diese Ausbildungsumlage wurde zum Juli 2012 eingeführt, um eine gleiche finanzielle Belastung zwischen den Altenpflegeheimen herzustellen und somit den Wettbewerbsnachteil, welcher durch die Kostensteigerungen in der Ausbildung examinierter Pflegekräfte entstanden ist, auszugleichen. Dazu setzt der Landschaftsverband einmal jährlich für Altenheime, ambulante Pflegedienste und Tagespflegen einen jeweiligen Satz fest, der bundesweit die Kosten der gemeldeten Auszubildenden abdeckt. Diesen Satz stellen die Pflegeeinrichtungen den Bewohnern und Patienten, bzw. den Tagespflegegästen in Rechnung. Da in den Altenpflegeeinrichtungen in 2015 mehr ausgebildet worden ist als in 2014, sind in der Folge die Beträge zur Ausbildungsumlage erhöht worden. Die getätigten Erlöse müssen allerdings an den Landschaftsverband abgeführt werden. Gleichzeitig bekommen die Pflegeeinrichtungen die Personalkosten, welche sie für ihre auszubildenden examinierten Pflegekräfte aufgewendet haben, durch den Landschaftsverband erstattet. Die so betroffenen vier Positionen der Gewinn-und Verlustrechnung heben sich gegenseitig auf und haben folglich keinen Einfluss auf das Jahresergebnis.

Mit dem Pflegestärkungsgesetz I wurde der § 87 b SGB XI dahingehend geändert, dass nicht nur für Bewohner, bei denen eine eingeschränkte Alltagskompetenz festgestellt worden ist, zusätzlich Betreuungsleistungen angeboten und abgerechnet werden dürfen, sondern mittlerweile auch für alle Bewohner einer Altenpflegeeinrichtung. Außerdem wurde im I. Quartal 2015 ein neuer Abrechnungssatz ausgehandelt, weil die Kosten der zusätzlichen Betreuungskräfte nicht auf 23, sondern auf 20 Bewohner der Altenpflegeeinrichtung umgelegt werden durften. Somit stieg der gem. § 87 b SGB XI abzurechnende Satz je Monat je Bewohner ab April 2015 von 117 € auf 151,91 €. Deshalb stiegen die Erträge am Betreuungsbedarf gem. § 87 b SGB XI von 183 T€ in 2014 um 209 T€ auf 391 T€ in 2015. Dies entspricht einer Steigerung von 113,7%. Dieses Geld war nur abrechenbar, weil im Gegenzug auch neue Mitarbeiter für diese zusätzlichen Betreuungsleistungen eingestellt worden sind. Deren Personalkosten wurden natürlich entsprechend verbucht. Somit sind die Erlössteigerungen in diesem Bereich, ähnlich wie bei der Altenpflegeumlage nicht für die Gewinnentwicklung relevant, da die zusätzlichen Personalkosten diese aufheben. Im vollstationären Pflegebereich wurden in 2015 die gleichen Kostensätze abgerechnet, wie in 2014, so dass

Preisänderungen nicht für eine weitere Umsatzveränderung relevant sein konnten. Eine weitere Umsatzveränderung kann also in diesem Bereich nur durch die Veränderung in der Belegung hervorgerufen werden. Diese Belegungsveränderung war allerdings äußerst gering. So sind die Berechnungstage von 2014 auf 2015 um lediglich 160 Tage, dies sind 0,2% zurückgegangen. In 2014 konnten noch 87.248 Berechnungstage abgerechnet werden. In 2015 waren es 87.088. Geringfügige Veränderungen gab es auch im Pflegestufenmix. Während die Berechnungstage bei der Pflegestufe 1 um 76 und bei der Pflegestufe 2 um 446 zurückgegangen sind, konnten in der Pflegestufe 0 27 Tage mehr und auch in der Pflegestufe 3 335 Tage mehr abgerechnet werden. Der geringe Belegungsrückgang und die Veränderung im Pflegestufenmix bewirkten somit eine zu vernachlässigende Änderung bei den direkten Umsätzen aus stationärer Pflege und der zugehörigen Investitionskosten in Höhe von - 5 T€. Erfreulich daran ist, dass sich die Belegung in 2015 stabilisierte. Bereits seit dem Frühjahr 2013 hatte sich ein kontinuierlicher Belegungsrückgang abgezeichnet. Dieser Belegungsrückgang hatte zwei Ursachen. Die Pflegebedürftigen bleiben zum einen immer länger in der häuslichen Pflege, sie kommen dann immer später in einem schlechteren Gesundheitszustand in die stationären Pflegeeinrichtungen. Somit hat man schnellere Wechsel und kürzere Verweildauern im stationären Bereich. Durch die schnelleren Wechsel wurde dann auch die in den vergangenen Jahren noch vorhandene Warteliste des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler abgebaut, so dass die kontinuierliche Wiederbelegung frei werdender Plätze schwieriger wurde. Zum anderen hatten die Heimaufsicht der StädteRegion Aachen und die Verhandlungsführer der Pflegekassen eindringlich darauf hingewiesen, dass niemals mehr als die im Versorgungsvertrag festgelegten 240 Plätze belegt werden dürfen. Fünf vorgehaltene und äußerst selten genutzte Kriseninterventionsplätze hatten vorher dazu gedient, zwischenzeitlich Kurzzeitpflege in dringenden Fällen anzubieten. Dadurch wurde ein Belegungspuffer aufgebaut, der Fehlbelegungstage bei Krankenhausaufenthalten oder bei Bewohnerwechseln kompensieren konnte. Dies war nun nicht mehr möglich. Dieser Prozess der sinkenden Belegung konnte gegen Ende 2014 gestoppt und in 2015 erfreulicherweise gehalten werden. Die Auswirkungen des Pflegeneuausrichtungsgesetzes und des Pflegestärkungsgesetzes I mit den Ausrichtungen der ambulanten Pflege den Vorrang vor der stationären Pflege zu geben, haben zusammen mit den behördlichen Vorgaben und Einschränkungen zu einem Belegungsrückgang von ca. 2% seit Anfang 2013 geführt. Die Erträge im Bereich der ambulanten Pflege wurden erneut ausgeweitet. Absolut wurden 40 T€ mehr erlöst, als im Vorjahr. Die Gesamterträge im ambulanten Sektor stiegen von 394 T€ auf 434 T€. Dies entspricht einer Steigerung von 10,2%. Das basiert zum einen wiederum auf dem Anstieg der zu betreuenden Klienten in 2014, aber auch auf mehr Beratungseinsätzen bei vorhandenen Klienten, die stärker pflegebedürftig geworden sind. Auch sind die Betreuungen gem. § 37 Abs. 2 SGB V gestiegen. Hier profitierte der Ambulante Pflegedienst im Gegensatz zum stationären Sektor der Einrichtung, dass der Gesetzgeber die zusätzlichen Pauschalen für die Betreuung von Menschen zu Hause eingeführt hat. In der Tagespflege wurden 14 Berechnungstage mehr erbracht als in 2014. Diese stiegen von 3.050 Berechnungstagen auf 3.064 im Berichtsjahr. Das entspricht einer durchschnittlichen Belegung von 102%. Während die Belegungstage nur um 0,5% gestiegen sind, sind die Erlöse von 2014 mit 250 T€ auf 2015 mit 263 T€ um 13 T€, dies entspricht 5,1%, gestiegen. Dass die Erträge in der Tagespflege in einem anderen Verhältnis gestiegen sind, als die Belegung, basiert auch nicht unbedingt auf einer Veränderung des

Pflegemixes. Während die teilstationären Erträge in der Pflegestufe 2 um 10 T€ gestiegen sind, sind sie im gleichen absoluten Betrag bei der Pflegestufe 3 gesunken, so dass auch die Veränderung erfolgsneutral ist. Vielmehr machen sich bei diesem Unterschiedsbetrag die Erträge aus den Transportleistungen in Höhe von 5 T€ bemerkbar. Dies ist eine Steigerung um 14,6% von 34 T€ auf 39 T€ in 2015. Hinzu kommt, dass auch für die Tagespflege nun alle Tagespflegegäste für den Betreuungsbedarf gem. § 87 b SGB XI anspruchsberechtigt sind. Die Tagespflege hatte zwar schon in 2014 einen relativ hohen Anteil an Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz und konnte somit schon bei vielen diesen zusätzlichen Betreuungsbedarf geltend machen, jedoch führte die Abrechnung dieser Betreuungsleistungen für alle Bewohner nun zu einer Steigerung der Erträge in diesem Bereich von 13 T€ in 2014 auf 21 T€ in 2015 um 8 T€, dies entspricht 60,4%. Da natürlich wie im stationären Bereich auch das Personal aufgestockt werden musste, um diese Betreuungsleistungen zu erbringen, hat das ebenfalls keinen Einfluss auf die Gewinnentwicklung. Eine erhebliche Ertragssteigerung findet sich zudem bei den Zuweisungen zu den Betriebskosten des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler. Hier sind die Zuweisungen und Zuschüsse von 354 T€ in 2014 auf 508 T€ in 2015 um 154 T€, dies entspricht 43,4%, gestiegen. Maßgeblichen Anteil daran hatte wiederum der Kostenausgleich für die Ausbildung der Altenpflegeschüler. Hier werden die Einnahmen aus den Zahlungen des Landschaftsverbandes Rheinland verbucht, mit dem die Mehrkosten für die Ausbildung der Altenpflegeschüler in der Einrichtung gedeckt werden. Da die Anzahl der Auszubildenden im Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler von 2014 auf 2015 gestiegen ist, sind folglich auch die Personalkosten gestiegen. Sie stiegen um 120 T€ von 316 T€ in 2014 auf 437 T€ in 2015. Dies entspricht einer Steigerung von 38,1%. Wie aber bereits aus obigen Ausführungen ersichtlich, hat dies keinerlei Einfluss auf die Gewinnveränderung der Einrichtung. Des Weiteren wurden Mehreinnahmen aus der Erstattung von Gehalt erzielt. Die Erstattung des Gehalts erfolgt durch die Krankenkassen für schwangere Mitarbeiterinnen, bei denen ein Beschäftigungsverbot ausgesprochen worden ist. Die Anzahl der Schwangeren ist in 2015 in der Einrichtung gestiegen. Dadurch erfolgte auch ein höherer Gehaltsausgleich. In 2014 verzeichnete man noch 8 T€ bei diesen Erstattungen, in 2015 waren es bereits 35 T€. Dies sind 27 T€ mehr und entspricht einer Steigerung von 329,2%. Dies waren die Ausgleichszahlungen für insgesamt vier schwangere Mitarbeiterinnen in 2015. Die Ausbildungs- und Eingliederungszuschüsse für Auszubildende in der Hauswirtschaft, die zum Teil mit Lernbehinderungen zu kämpfen haben, sind insgesamt um 6 T€ gestiegen. Der letzte Bereich, der erheblich zur Ertragssteigerung beigetragen hat, ist der nebengeschätzte Ertrag für Verpflegung. Hier sind die Erträge von 251 T€ in 2014 auf 578 T€ in 2015 um 327 T€ gestiegen. Dies ist eine Steigerung von 130,3%. Dafür ausschlaggebend sind insbesondere zwei Umstände. Im Herbst 2014 hat das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler das Essen auf Rädern der Caritas Pflegestation Eschweiler übernommen. Somit konnte man in 2015 mit doppelt so vielen Fahrzeugen wie in den ersten drei Quartalen in 2014 Senioren im Umland des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler mit warmem Mittagessen versorgen. Da auch die Kapazitäten der Fahrzeuge zu 100% ausgelastet sind, macht sich diese Steigerung prozentual auch entsprechend bemerkbar. Insgesamt sind die Erträge aus Essen auf Rädern um 72,2% gestiegen. Dies ist eine absolute Ertragssteigerung in Höhe von 77 T€. Die Erträge entwickelten sich in diesem Bereich von 106 T€ in

2014 auf 183 T€ in 2015. In den ersten drei Quartalen 2014 hat man vor Übernahme des Essens auf Rädern von der Caritas die Caritas Pflegestation direkt mit Essen beliefert, welches dieses dann in ihrem eigenen Namen weiterverkaufte. Aus dieser Zeit sind in 2014 noch 26 T€ an Essenslieferungen mit ermäßigtem Mehrwertsteuersatz verbucht. In 2015 wurden auf diese Position 282 T€ verbucht. An die Caritas Pflegestation Eschweiler wurden in 2015 kein Essen mehr geliefert, dafür übernahm man für die Stadt Eschweiler die Versorgung der Flüchtlinge in der Jahnhalle in Eschweiler ab August 2015. Somit weist diese Position eine Ertragssteigerung in Höhe von 256 T€, dies entspricht 983,4%, aus. In den ersten Monaten der Essenslieferung war die Jahnhalle durchweg mit ca. 150 Flüchtlingen besetzt. In den Anfangsmonaten konnte auch noch Essen für die betreuenden Mitarbeiter geliefert werden. Gegen Ende 2015 nahm die Anzahl der Flüchtlinge kontinuierlich ab. Gleichzeitig wurden auch die Essensbestellungen für das betreuende Team eingestellt. Seit dem Jahreswechsel werden im Durchschnitt lediglich noch 20 Essen pro Mahlzeit an die Jahnhalle geliefert. Die Stadt Eschweiler hat bereits avisiert, dass sie mit dem Gedanken spielt, die Erstaufnahme von Flüchtlingen in der Jahnhalle zum Ende März 2016 einzustellen. Folglich ist auch in 2016 mit Erlösen in diesem Bereich nicht mehr zu rechnen. Um die Essenslieferungen der Flüchtlinge zu allen drei Mahlzeiten an allen Tagen in der Woche sicherzustellen, war natürlich die Neueinstellung von zusätzlichem Personal erforderlich. Gleichzeitig mussten mehr Lebensmittel beschafft werden, die folglich die Kosten in diesem Bereich in die Höhe trieben. Weiterhin musste der Transport mit Leihfahrzeugen zur Jahnhalle gewährleistet werden. Die interne Kostenrechnung hat diese Aufwendungen den vorgenannten Erträgen gegenübergestellt und in diesem Segment eine Kostendeckung festgestellt. Auffällig bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen sind noch die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Dort wurde in 2014 nichts verbucht, in 2015 mussten 74 T€ vermerkt werden. Im Jahresabschluss 2014 wurden für drei notwendige Instandhaltungen, die in den von den Fachfirmen erstellten Angeboten ausgeführten Aufwandssummen zurückgestellt, um diese Instandhaltungen im I. Quartal 2015 durchführen zu können. Die kürzlich neu eingeführte Durchführungsverordnung zum Altenpflegegesetz NRW als Bestandteil des GEPA NRW refinanziert zukünftig nur noch tatsächliche Wartungs- und Instandhaltungskosten über den Investitionskostensatz, statt der früher angesetzten Pauschale. Damit ist mit erster Festsetzung der neuen Investitionskostensätze auch eine Dokumentation der tatsächlichen Instandhaltungen und Wartungen mit entsprechender Meldung bei den Landschaftsverbänden notwendig geworden. Dabei wird ein 4-Jahres-Zeitraum angesetzt. Um dann zukünftig die der Altenpflegeinrichtung zufließenden Investitionskosten mit Ausgaben belegen zu können, haben die meisten Altenpflegeeinrichtungen versucht, die anfallenden Instandhaltungen auf diesen Zeitraum zu verschieben. Das Inkrafttreten der neuen Investitionskostenregelung mit den dazugehörigen Bescheiden ist aber auch stets verschoben worden. Zurzeit sollen nach neuesten Informationen die neuen Investitionskostenbescheide nach neuer Gesetzgebung erst für das 2. Halbjahr 2016 gelten. Aus diesem Grund ist die notwendige Instandhaltung auch im I. Quartal 2015 nicht durchgeführt, sondern bis auf den beginnenden 4-Jahres- Betrachtungszeitraum verschoben worden. Somit musste diese Rückstellung aufgelöst werden. Der letzte zu betrachtende Ertragsbereich des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler ist das Betreute Wohnen. Seitdem dieses im November 2011 in Betrieb genommen und im Laufe des Jahres 2012 sukzessive belegt worden ist, ist nahezu die Vollauslastung kontinuierlich erreicht. Insofern haben sich auch die

Umsätze in diesem Bereich nicht verändert. Auch bei den übrigen, nicht explizit erwähnten Erlösbestandteilen des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler gab es sicherlich leichte Verschiebungen, die sich aber insgesamt aufhoben, so dass es zu keinen weiteren Einflüssen auf die Gesamterlöse kam. Im Kostenblock sind besonders die Personalkosten von 2014 auf 2015 überproportional stark angestiegen. Während in 2014 noch 6.778 T€ Personalkosten verbucht wurden, waren es in 2015 bereits 7.671 T€. Dies ist eine Steigerung um 893 T€ und entspricht einer Zunahme von 13,2%. Jedoch kamen hier viele besondere Tatbestände zum Ausdruck, auf die zum Teil auch schon im Ertragsbereich detailliert eingegangen worden ist. So hat die Einrichtung in 2015 61 T€ mehr an Ausbildungsumlage von ihren Bewohnern einnehmen können. Diese Ausbildungsumlage muss an den Landschaftsverband Rheinland abgeführt werden. Dieser Vorgang wird unter den Personalkosten entsprechend verbucht. Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler hatte überproportional mehr Auszubildende eingestellt als es vielleicht die übrigen Einrichtungen machen, deswegen sind 120 T€ Mehrkosten für die Auszubildenden angefallen. Dieses Geld wurde allerdings über den Landschaftsverband zurück erstattet und ist folglich ebenfalls erfolgsneutral. Auch wurde darauf eingegangen, dass durch Gesetzesänderungen des § 87 b SGB XI der zusätzliche Einsatz von Betreuungskräften nicht nur für Bewohner mit eingeschränkter Alltagskompetenz, sondern für alle Pflegebedürftigen möglich geworden ist. Darauf hat man direkt reagiert und entsprechend Mehrpersonal eingestellt. An Gehältern sind für dieses Mehrpersonal 214 T€ angefallen und als Mehrkosten bei der Sozialversicherung 35 T€. Diese Mehrkosten wurden auch, wie bereits dargelegt, über ein monatlich von den Pflegekassen zu entrichtendes Entgelt je Bewohner refinanziert. In den vergangenen Jahren hat das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler damit begonnen, den hohen Anteil an Fremddienstleistern im Hause zu reduzieren und Mitarbeiter der Fremddienstleister in ein eigenes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen. So hat man mittlerweile vollständig darauf verzichtet, Pflegehilfskräfte oder examinierte Pflegekräfte durch Fremddienstleister zu ersetzen. Der Hol- und Bringedienst wurde mit den Jahren vollständig übernommen und in den letzten zwei Jahren wurde damit begonnen, den Reinigungsdienst sukzessive zu übernehmen. Aufgrund dessen wurden in 2015 im Vergleich zu 2014 157 T€ bei den Fremddienstleistungen eingespart. Im Jahr 2014 wurden noch 545 T€ verbucht. In 2015 sind nur noch 388 T€ angefallen, das war ein Rückgang von 28,7%. Nachdem man im August 2015 die Flüchtlingsversorgung für das Erstaufnahmelager in der Jahnstraße in Eschweiler übernommen hatte, musste Mehrpersonal eingestellt werden, um die Transporte und die Versorgung vor Ort, sowie die Vorbereitung der Mahlzeiten morgens, mittags und abends an allen Tagen der Woche sicherzustellen. Die Kostenrechnung des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler weist für die Flüchtlingsversorgung zusätzliche Personalkosten in Höhe von 110 T€ aus. In 2014 bestand dazu keine Gegenposition. Bereinigt man nun die vorgenannte hohe Abweichung der Personalkosten von 2014 auf 2015 in Höhe von 893 T€ um diese Ausnahmetatbestände, so verbleibt noch eine Steigerung der Personalkosten, die ausnahmslos auf Tariferhöhungen und Altersteigerungen, bzw. auf Personalveränderungen im Bestand beruhen, von 189 T€. Dies entspricht einer Steigerung von 2,8% zur Basis von 2014. Diese Steigerung ist wiederum nachvollziehbar und vertretbar im Vergleich zu der Tarifsteigerung von 2015. Hier wurden ab März 2015 2,4% mehr gezahlt. Die Abschreibungen sind von 887 T€ auf 877 T€ gesunken. Dies

ist ein Rückgang um 10 T€, dies entspricht 1,1%. Dies liegt aber daran, dass in 2015 keine größeren Investitionen in das Anlagevermögen getätigt worden sind, im Gegenzug aber natürlich Anlagegüter nach abgelaufener Abschreibungsdauer nur noch mit einem Restwert von 0 verbucht werden. Am Gebäude wurde der neue Tagungsraum mit dem Arbeitstitel „Wintergarten" in 2015 neu gebaut, um Ende des Jahres in Betrieb genommen und den Anlagegütern zugeschrieben. Die damit verbundenen Abschreibungen machen sich allerdings erst ab 2016 bemerkbar. Unter der Position „Instandhaltungen, Instandsetzungen" werden die Instandhaltungen der Technischen Anlagen und die Sicherheitsprüfungen zusammengefasst. Insgesamt sind bei dieser Position im Vergleich zum Vorjahr 125 T€ eingespart worden. Die Gesamtkosten sanken von 387 T€ in 2014 um 32,3% auf 262 T€ in 2015. Maßgeblichen Anteil hatte daran der Bereich „Instandhaltungen". Hier sind die Kosten um 147 T€ gesunken, das entspricht 44,4% weniger, als noch im Vorjahr. In 2014 hat es ein größeres Projekt gegeben, bei welchem die Räume der Bettenzentrale in eine große, moderne Sammelumkleide für die Mitarbeiterinnen des Pflegedienstes umgebaut worden ist. Für dieses Projekt wurden 75 T€ angesetzt. In 2015 hat es keine derartigen größeren Projekte gegeben. Zudem wurden nicht zwingend zu erledigende Instandhaltungen auf die Folgejahre verschoben, damit dann gem. der neuen Altenpflegegesetz-Durchführungsverordnung für NRW der Verbrauch der eingenommenen Investitionskosten durch Ist-Ausgaben belegt werden. Derzeit gelten noch Pauschalen, die von der Kopfzahl der Bewohner und der Größe der Einrichtung abhängen. Ein Beleg für die tatsächliche Verwendung muss nach der alten Gesetzesregelung nicht erfolgen. Deshalb verschiebt man nicht dringend notwendige Instandhaltungen auf die Folgejahre, um dort nicht in ein Defizit zu gelangen, welches dazu führt, dass in der Zukunft die Zuweisung der Investitionskosten für Instandhaltungen gekürzt wird. Bei der Wartung der technischen Anlagen und bei den Sicherheitsüberprüfungen wurden insgesamt 16 T€ mehr ausgegeben. Die Kosten stiegen von 56 T€ in 2014 auf 72 T€ in 2015. Die Steigerung entspricht 28,5%. Dies lag maßgeblich daran, dass Sicherheitsüberprüfungen bzw. Wartungen manchmal auch nur alle zwei Jahre stattfinden. So wurde die BGV A3 Prüfung in 2015 fällig, ebenso wie die Überprüfung der Blitzschutzanlage, der Alarmierungsanlage und der Spiel- und Sportgeräte des Mehrgenerationenspielplatzes. Eine hohe Steigerung ist auch beim Materialaufwand zu verzeichnen. Dieser ist von 1.639 T€ auf 1.832 T€ um 193 T€ gestiegen. Dies entspricht einer Kostensteigerung von 11,8%. Diese Kostensteigerung ist maßgeblich auf die Kostensteigerung bei den Lebensmitteln zurückzuführen. Hier wurden 121 T€ mehr ausgegeben, als im Vorjahr. Die Kosten sind von 540 T€ auf 661 T€ um 22,3% gestiegen. Hauptsächlich ist dies auf die Flüchtlingsversorgung zurückzuführen. Die interne Kostenrechnung hat der Flüchtlingsversorgung 92 T€ an Lebensmitteln zugewiesen. Dies sind ca. 14% der angefallenen Gesamtkosten. Dies entspricht auch ungefähr der Verteilung nach Beköstigungstagen. So wurden bei den Bewohnern 87.088 Berechnungstage abgerechnet. Dividiert man die Gesamterlöse bei der Flüchtlingsversorgung in Höhe von 282 T€ durch den ausgehandelten Tagessatz, so erhält man insgesamt 15.347 Beköstigungstage, welche vom August bis zum Dezember 2015 abgerechnet worden sind. Diese 15.347 Beköstigungstage entsprechen exakt 15% der Summe der Berechnungstage der Bewohner im stationären Bereich und der Beköstigungstage im Bereich der Flüchtlingsversorgung, somit ist Plausibilität in diesem Bereich gegeben. Rechnet man die Kosten für die in der Flüchtlingsversorgung aufgewendeten Lebensmittel aus dieser Position heraus, verbleibt noch eine Steigerung von 4,4%. Diese Steigerung ist durch die üblichen

Preissteigerungen, durch eine geringfügig Ausweitung der Leistungen beim Mobilen Mittagstisch und im stationären Bereich der Einrichtung, wie z. B. die regelmäßigen Brunchs, kulinarischen Events und die großen Veranstaltungen bedingt. Einen weiteren großen Posten innerhalb des Materialaufwands bildet der Wirtschaftsbedarf. Dieser ist von 377 T€ in 2014 auf 442 T€ in 2015 um 65 T€ gestiegen. Dies sind Mehrausgaben von 17,2 % zum Vorjahr. Auch hier ist die Flüchtlingsversorgung für die Steigerung bei den Haushaltsverbrauchsmitteln ausschlaggebend. Insgesamt sind bei der Flüchtlingshilfe 25 T€ an Wirtschaftsbedarf verbucht worden. Schon allein 19 T€ entfallen dabei auf das Einweggeschirr, welches in dem Erstaufnahmelager verwendet worden ist. Beim Einsatz dieses Einmalmaterials folgte man Empfehlungen der Stadt Eschweiler und den Erfahrungen anderer Erstaufnahmeeinrichtungen. Ohne in die Flüchtlingsversorgung einzusteigen, wäre bei den Verbrauchsmitteln im Vergleich zum Vorjahr somit eine Ersparung eingetreten. Der nächste Bestandteil des Wirtschaftsbedarfs, der stärker angestiegen ist, sind die Gebrauchsgüter, welche von 57 T€ in 2014 auf 77 T€ in 2015 um 20 T€ gestiegen sind. Dies sind 35,7%. Diese überproportionale Steigerung ist ausnahmslos auf die Ersatzbeschaffung von dementengerechtem Geschirr und die Anschaffung der Thermophoren für die Flüchtlingsversorgung zurückzuführen. Vor einigen Jahren wurde dementengerechtes Geschirr für alle Pflegestationen und die Wohnbereiche angeschafft. Dieses Geschirr ist je nach Wohnbereich farblich unterschieden. In den vergangenen Jahren ist schon einiges dieses Geschirrs zu Bruch gegangen, so dass nun eine größere Ersatzbeschaffung notwendig war. Dafür sind entsprechend 24 T€ ausgegeben worden. Im Vorjahr hatte man für Ersatzbeschaffung beim Geschirr lediglich 4 T€ ausgegeben. Um die aufbereiteten Lebensmittel hygienisch zum Erstaufnahmelager der Flüchtlinge zu transportieren und dort auch nach aktuellen Richtlinien heiß zu halten und auch weiter einwandfrei verteilen zu können, mussten Behältnisse angeschafft werden, die sowohl dicht schließen, als auch kontinuierlich weiter beheizt werden, um ein Absinken der Temperatur und damit steigende Keimbildung zu vermeiden. Diese neuen Anschaffungen wurden für ca. 9 T€ vorgenommen. Weitere auffällige Kostensteigerungen zeigen sich bei den anderen Leistungen Dritter und bei der Fremdreinigung der Wäsche als Bestandteil des Wirtschaftsbedarfs. Beide Positionen stiegen um jeweils 11 T€. Während bei der Fremdreinigung der Wäsche in 2014 noch 103 T€ ausgegeben worden sind, waren es in 2015 114 T€. Die Steigerung betrug 10,7% und ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass mehr Wäsche zur Reinigung an das Caritas Behindertenwerk weitergegeben worden ist. Bei den anderen Leistungen an Dritte ist eine Änderung von Ende 2014 in 2015 ganzjährig zum Tragen gekommen. Nach einer Prüfung durch die Unfallkasse wurde in 2014 festgestellt, dass die Anzahl der Stunden, die der arbeitsmedizinische Dienst bzw. die Fachkraft für Arbeitssicherheit, welche durch den TÜV Rheinland abgedeckt wird, in unserem Hause erbringen, nicht ganz den geforderten Zeiten entsprachen. Dementsprechend wurden die Verträge angepasst. Dadurch stiegen die Gesamtkosten bei den anderen Leistungen an Dritte von 22 T€ in 2014 auf 33 T€ in 2015. Dies entsprach einer Steigerung von 50,7%. Die Kostenveränderung bei den übrigen Kostenarten war zum einen marginal und hat sich zum anderen durch Kostensteigerung und Kostensenkung aufgehoben. Die Kostenrechnung des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler weist für den investiven Bereich und die stationäre Pflege sowie für die anderen Leistungen an Dritte positive Jahresergebnisse aus. Die übrigen Unternehmensbereiche der Einrichtung weisen noch Defizite auf. Dies liegt insbesondere daran, dass gerade im ambulanten Pflegedienst und in der

Tagespflege bei der Neugründung mit den zuständigen Pflegekassen Vergütungssätze ausgehandelt worden sind, die unabhängig von der Kostenstruktur der Einrichtung sich an den Preisen der privaten Konkurrenz vor Ort orientieren. Damit sollte der Markteintritt der neu geschaffenen Bereiche des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler gegenüber der Konkurrenz erleichtert werden. Seitdem sind die Preise nicht mehr angepasst worden. In den letzten Jahren haben allerdings viele Tarifsteigerungen die Personalkosten in beiden Bereichen stetig anwachsen lassen, so dass trotz der sehr guten Auslastung der Tagespflege und den stetig steigenden Erlösen im ambulanten Sektor noch negative Ergebnisse in diesen Bereichen erwirtschaftet werden. Diese negativen Bereichsergebnisse konnten immer noch vor dem Hintergrund der positiven Gesamtjahresergebnisse als Anlaufverluste toleriert werden. Da diese Einrichtungen dringend notwendig sind, um das Gesamtleistungspaket des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler abzurunden und eine kontinuierliche Zuweisung auch zum stationären Sektor zu gewährleisten. Nachdem sich die Einrichtungen aber am Markt etabliert haben und die Patienten der ambulanten Pflege und die Gäste der Tagespflege die hohe Qualität unserer Leistungen schätzen gelernt haben, sind höhere Preise auch durchsetzbar. Deswegen wurden im November 2015 Pflegesatzverhandlungen für die Tagespflege durchgeführt, die zu neuen kostendeckenden Vergütungssätzen ab Anfang 2016 führen, so dass die negativen Jahresergebnisse in diesem Bereich in 2016 auch nicht auftreten werden. Das Gleiche ist für die ambulante Pflege für das II. Quartal 2016 geplant. Damit können die Risiken, welche sich wie nachstehend beschrieben im investiven Bereich durch das neue GEPA NRW und im Bereich der Pflegesätze durch das Pflegestärkungsgesetz II ergeben, gemildert werden.

Der Lagebericht enthält nachfolgend Übersichten zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage anhand von Kennzahlen, die aus Darstellungsgründen nicht wiedergegeben werden; es wird auf den vorstehenden Abschnitt zu Eckdaten und Leistungskennziffern verwiesen.

Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sowie sonstige Angaben

Wie bereits bei der Darstellung des Geschäftsverlaufs dieses Lageberichtes dargelegt, hat das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler rechtzeitig auf die umfangreichen Gesetzesänderungen und den sich abzeichnenden demographischen wie finanziellen Wandel durch die Erarbeitung und Umsetzung eines langfristigen Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzeptes reagiert. Im Gesamtkonzept wurden fast alle bekannten Wohn- und Pflegekonzepte berücksichtigt. Es handelt sich um ein langfristiges, aber auch dynamisches Konzept, welches immer wieder wohl bedacht an die gesetzlichen Änderungen angepasst werden kann. Durch die Umsetzung dieses langfristigen und dynamischen Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzeptes ist und wird das Senioren- und Betreuungszentrum der Städte- Region Aachen in Eschweiler weiter mehrstufig aufgestellt. Man ist sowohl im ambulanten Pflegebereich als auch in der Vermietung von Betreuten Wohnungen, im gerontopsychiatrischen Bereich und der vollstationären Altenpflege tätig. Zudem bietet man niederschwellige und hauswirtschaftliche Leistungen umfangreich begleitend an. Dadurch, dass man viele Bereiche in Betreuung und Pflege abdeckt, wird die Bindung von Senioren an das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion

Aachen in Eschweiler bereits frühzeitig hergestellt. Im SBZ wurden in 2011 ein Teil der geplanten Baumaßnahmen abgeschlossen. Der Neubau Betreutes Wohnen wurde durch Fremdkapital finanziert. Die Refinanzierung der Zinsen und Tilgung ist gewährleistet, wenn eine Auslastung von 80% gegeben ist. Die Belegung dieser Einrichtung in 2012 hat kontinuierlich zugenommen. Zum Ende 2012 wurde die Vollauslastung erreicht. Mittlerweile hat sich eine Warteliste für die Wohnungen gebildet, so dass in 2015 ebenfalls eine Auslastung von 100% erreicht wurde und für 2016 genauso erwartet wird. Die Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen der Pflegetrakte A und B wurden mit Eigenmitteln finanziert. Nach der gesonderten Berechnungsverordnung werden die Abschreibungen, Pauschalen für die Instandhaltungen und eine fiktive Eigenkapitalrentabilität über die Investitionskosten ausgeglichen. Bei der Berechnung dieser Investitionskosten wurde bislang von einer 95%-igen Belegung ausgegangen. In 2015 betrug die Auslastung 99,03%. Die 95%-ige Belegung wird auch im kommenden Jahr 2016 voraussichtlich erreicht werden. Aus diesen Baumaßnahmen folgten bislang also keine wesentlichen Risiken für die Entwicklung des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler. Vielmehr lieferte die Erstattung der Eigenkapitalrentabilität über die Investitionskosten einen großen Anteil am jährlichen Jahresüberschuss, denn das eingesetzte Eigenkapital wird mit 4% verzinst. Dieser Eigenkapitalverzinsung stehen keine nennenswerten Kosten gegenüber, so dass dieser Anteil des investiven Bereichs am Gewinn im abgelaufenen Jahr noch ca. 250 T€ ausmachte. Es gab Ende 2011 ein Bundessozialgerichtsurteil, das die derzeitige Berechnung der Investitionskosten in Frage stellt. Nach diesem Bundessozialgerichtsurteil sollten lediglich tatsächlich entstehende Kosten in die Berechnung einfließen. Den Ansatz von Pauschalen bei der Instandhaltung bzw. bei der Eigenkapitalrentabilität sah das Bundessozialgericht nicht als rechtens an. Bis 2015 hat der Landschaftsverband Rheinland die Investitionskosten noch nach dem alten Berechnungsmodus der gesonderten Berechnungsverordnung festgesetzt. Mittlerweile hat der Gesetzgeber aber reagiert und das „Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhaberorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen“ (GEPA NRW) erlassen. Dieses Gesetz bildet den Ersatz für das alte „Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen“ (APG NRW) und „Wohn- und Teilhabegesetz“ (WTG), welche hierin zusammengefasst werden. Die Durchführungsverordnungen dazu sind Anfang 2015 in Kraft getreten. Ab Juli 2016 werden die Investitionskosten nach der neuen Durchführungsverordnung zum Altenpflegegesetz NRW (APG DVO NRW) beschieden. Nach der neuen Durchführungsverordnung zum Altenpflegegesetz NRW (APG DVO NRW) setzen sich die neuen Investitionskosten aus drei Finanzierungstöpfen zusammen. So werden die Bestandteile für langfristige Anlagegüter, sonstige Anlagegüter und für die Instandhaltung und Instandsetzung langfristiger Anlagegüter getrennt berechnet. Basis für diese Berechnungen ist ein Verfahren zur Feststellung anerkennungsfähiger Investitionsaufwendungen, in dem die Gesamtbeträge der anerkennungsfähigen Aufwendungen für die erstmalige Herstellung und Anschaffung langfristiger Anlagegüter, die Folgeinvestitionen und die erstmalige Herstellung, Anschaffung und Aufrechterhaltung sonstiger Anlagegüter festgesetzt werden. Mit diesen Werten werden in den Folgejahren ab 2016 die Anteile der Finanzierungstöpfe berechnet. Hier liegt das erste große Risiko für das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler. Wie oben dargelegt, wird derzeit noch das Eigenkapital mit 4% verzinst. Eingesetzt wurden in den

letzten 10 Jahren ca. 6,5 Mio. EUR Eigenkapital. Daraus resultierten die z. Zt. mit den Investitionskosten gezahlten ca. 250 T€ Eigenkapitalzinsen. Ab 2016 wird Eigenkapital aber nur noch in Höhe des Durchschnitts des Vorjahreswerts von bestimmten Wertpapieren zzgl. eines Risikozuschlages von 0,5% verzinst. Man schätzt dafür in 2016/2017 einen Zinssatz von 2% incl. des Risikozuschlages. Somit werden im SBZ ab 2017 in diesem Bereich regelmäßig ca. 125 T€ an Investitionskosten mindestens wegfallen. In 2016 kommt derzeit voraussichtlich nur die Hälfte zum Tragen. Nach Festsetzung und Feststellung der Investitionskosten werden diese auf die Durchschnittsbelegung der letzten drei Jahre verteilt. Die Investitionskosten für 2016 werden also auf den Durchschnitt der Jahre 2012, 2013 und 2014 umgelegt. Das waren Jahre, in denen z. T. noch eine Belegung über 100% bestand. Selbst nach dem Rückgang in 2013 und 2014 liegt die Durchschnittsbelegung immer noch um 99%. Bislang wurden die Investitionskosten auf eine Belegung von 95% umgelegt. Die Mehrbelegung konnten die Einrichtungen als Gewinnbestandteil erwirtschaften. Diese Möglichkeit fällt nun weg und führt zu weiteren Einnahmeverlusten von ca. 60 T€. Insgesamt ist ab 2016 also mit Einnahmeverlusten bei den Investitionskosten von mindestens 200 T€ zu rechnen. Die der Einrichtung zufließenden Investitionskosten, welche für die vorgenannten Finanztöpfe der sonstigen Anlagegüter und für die Instandhaltung und Instandsetzung vorgesehen sind, müssen nach der neuen APG DVO NRW ab Juli 2016 innerhalb eines Vier-Jahres-Zeitraums zweckgerichtet ausgegeben werden. Die Verwendung ist dem Landschaftsverband zu belegen, andernfalls werden die Mittel gekürzt. In der Vergangenheit war die zweckgerichtete Verwendung der pauschal für die Instandhaltung und Instandsetzung vorgesehenen Investitionskosten nicht nötig. Gerade kurz nach Neu- oder Umbaumaßnahmen waren Instandhaltungsmaßnahmen und Ersatzbeschaffungen von sonstigen Anlagegütern über einige Jahre nicht erforderlich. So konnte man diese Investitionskosten gewinnerhöhend einstreichen. Damit ist es auch in diesem Bereich nicht mehr möglich, Gewinne zu erzielen. Bei der Realisierung des Gesamtkonzeptes stehen derzeit noch die Umgestaltungen der Wohnheime 1 und 2 aus. Zurzeit ist angedacht, das Wohnheim 1 dergestalt aufzustocken und zu erweitern, dass die Pflegeplätze des Wohnheims 2 hier mit integriert werden können. Dadurch würden Wohnbereiche auf einer Ebene geschaffen, die wie in den Pflegetrakten A und B wirtschaftlich betrieben werden können. Weiterhin ist die Integration einer Arztpraxis zur besseren Versorgung der Pflegebedürftigen vor Ort denkbar. Durch die Umgestaltung des so frei gewordenen Wohnheims 2 hin zu ambulanten Pflegewohngemeinschaften, kann man den durch das Pflegeneuausrichtungsgesetz von 2012 weiter forcierten Trend zur „Ambulantisierung“ der Pflege Rechnung tragen. Dadurch wäre auch eine Erweiterung der Pflegeplätze am Standort des Senioren-und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler möglich und würde nicht der gesetzlichen Beschränkung der vollstationären Pflegeplätze bei einem Haus dieser Größenordnung entgegenstehen. In 2012 konnte ein größeres Grundstück neben dem Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler von den Alexianerbrüdern aus Münster zurück gekauft werden. Somit besteht hier eine Entwicklungsreserve. Diese will man nutzen, um weitere betreute Wohnungen und eine größere Tagespflege mit ca. 25 Plätzen bereitstellen zu können. Das bestehende Konzept des Betreuten Wohnens mit den kleinen Wohnungen und den großen Gemeinschaftsräumen findet bei Einzelpersonen einen sehr guten Anklang. Durch die gute Reputation ist die Nachfrage nach diesen Wohnungen in letzter Zeit stark gestiegen und eine Warteliste hat sich gebildet. Die Interessenten

sind aber überwiegend an größeren Wohnungen in den Obergeschossen interessiert. Man könnte diese Nachfrage also mit einem neuen Gebäude mit einer großen Tagespflege und der ambulanten Pflege im Erdgeschoss sowie größeren Wohnungen für Ehepaare in den Obergeschossen befriedigen. Eine Bauvoranfrage dazu wurde bereits in 2013 gestellt und nach Anpassungen positiv beschieden. Diese Baumaßnahme wurde in 2015 durch einen Beschluss des Verwaltungsausschusses auf den Weg gebracht und soll mit Eigenmitteln finanziert werden. Eine ggf. bestehende geringe Finanzierungslücke könnte durch die Aufnahme eines derzeit zinsgünstigen Kredites gedeckt werden. Zur Absicherung der Abzahlungen ist später dann nur eine geringe Auslastung notwendig. Der größte Teil der Einnahmen könnte nach Abzug der Abschreibungen als Eigenkapitalrentabilität verbucht werden und somit die wegen des GEPA NRW mit seinen Durchführungsverordnungen im investiven Bereich der stationären Pflege rückgängigen Einnahmen zumindest teilweise kompensieren. Ein weiteres Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler liegt im Bereich der Personal- und Sachkosten. In den letzten Jahren handelten die Tarifparteien im öffentlichen Dienst zum Teil ordentliche Tarifsteigerungen aus. Hinzu kommen Einmalzahlungen für alle Mitarbeiter, Aufstockungen für die Auszubildenden, die Erhöhung des Urlaubs für jüngere Mitarbeiter, die Erhöhung des Leistungsentgelts und Stufensteigerungen. Im Sachkostenbereich machten sich ganz besonders die Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln in den letzten Jahren bemerkbar. Deshalb fordert das SBZ regelmäßig zu Pflegesatzverhandlungen auf, um neue Pflegesätze auszuhandeln, um obige Kostensteigerungen aufzufangen. Durch diese Steigerungen wurde mittlerweile die Mitte des Preisniveaus der StädteRegion Aachen erreicht. Günstiger als das SBZ somit sind die meisten privaten Anbieter, teurer die kirchlich geführten Einrichtungen. In Eschweiler sind aber außer dem SBZ nur private Anbieter vorhanden. Bezüglich der Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Pflege hat das SBZ somit einen Wettbewerbsnachteil. Da der Investitionskostensatz des SBZs aber immer noch zum Teil erheblich unter dem der anderen Häuser liegt, wird dies zumindest für Selbstzahler teilweise kompensiert. Das Pflegestärkungsgesetz II, welches Ende 2015 erlassen wurde, birgt auch ein derzeit noch nicht finanziell zu bezifferndes Risiko. Dieses Gesetz zeichnet sich zum einen dadurch aus, dass mehr als zwei Milliarden Euro mehr für den Pflegebereich bereitgestellt werden sollen. Dies kommt aber nicht bei den stationären Einrichtungen an, da anstehende Änderungen hier nur budgetneutral umgesetzt werden sollen. Die ambulante Pflege und Tagespflege ist hier wieder bevorzugt und bewirkt weiter ein steigendes Belegungsproblem bei den stationären Altenpflegeheimen. Zum anderen wurde der Pflegebedürftigkeitsbegriff neu definiert. Die bekannten Pflegestufen werden ab 2017 durch fünf Pflegegrade abgelöst, bei denen die eingeschränkte Alltagskompetenz aufgrund demenzieller Veränderungen stärker Berücksichtigung findet. Zum Jahreswechsel 2016/2017 werden die bestehenden Pflegestufen für jeden Bewohner einer Altenpflegeeinrichtung in einen neuen Pflegegrad übergeleitet. Die Überleitung erfolgt durch einfachen oder doppelten Stufensprung. So wird z. B. aus der Pflegestufe 2 der Pflegegrad 3, wenn bei dem Pflegebedürftigen keine eingeschränkte Alltagskompetenz festgestellt wurde. Ist diese jedoch dokumentiert, wird aus der Stufe 2 der Pflegegrad 4. Hinter jedem Pflegegrad steht ein festgelegter Zuzahlungsbetrag der Pflegekassen pro Monat. Indem man für einen Monat für alle Pflegebedürftigen diese neuen Zuzahlungsbeträge der Pflegekassen addiert und diese Summe von der Summe der monatlich bislang berechneten Pflegesätze aller Bewohner abzieht und den

Restbetrag durch die Anzahl aller Bewohner dividiert, erhält man den einrichtungseinheitlichen Eigenanteil, den jeder Bewohner eines Altenpflegeheims pro Monat zu tragen hat. Dieser ist nun für alle Bewohner gleich und variiert nicht mit den Pflegestufen. Dadurch sind aber die Altenpflegeheime preislich leichter zu vergleichen, was den Preiskampf zwischen den Einrichtungen forcieren könnte und zum Nachteil des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler gereichen wird. Der einfache bzw. doppelte Stufensprung bei der Überleitung der Pflegestufen in Pflegegrade ist nach Studien und Expertenmeinungen großzügig gewählt. Pflegepersonen, deren Pflegebedürftigkeit erstmals nach dem Pflegestärkungsgesetz II festgestellt wird, durchlaufen ein neues Begutachtungsassessment. Dabei wird in sechs Modulen mit vielen Einzelmerkmalen die Beeinträchtigung der Selbständigkeit mit Punkten bewertet und gewichtet. Hinter jedem Pflegegrad steht eine Bandbreite dieser Punkte. Entsprechend dem Ergebnis des Assessments erfolgt die Zuordnung zum Pflegegrad. Die Ergebnisse oben genannter Studien belegen, dass eine Pflegeperson einen vergleichbar geringeren Pflegegrad erhält, wenn sie das neue Begutachtungsassessment durchläuft, als durch die Überleitungsregelung mit den Stufensprüngen. Es ist also davon auszugehen, dass die Bewohner, die nach dem Ausscheiden eines übergeleiteten Bewohners neu aufgenommen werden, einen erheblich niedrigeren Pflegegrad erhalten als der Ausgeschiedene. Damit sind dann erhebliche Erlöseinschränkungen verbunden und die Altenpflegeheime können ihre Budgets nicht mehr erreichen. Das sehr gute Jahresergebnis in 2015 täuscht über die sich anbahnende Situation hinweg, denn eigentlich wäre dieses ohne die aufzulösende (im Vorjahr vorsorglich gebildete) Rückstellung für unterlassene Instandhaltung und den Sondertatbestand der Flüchtlingsversorgung schon um 121 T€ schlechter ausgefallen als in 2014. Da dies absehbar war, hat man im November 2015 Pflegesatzverhandlungen für den großen stationären Bereich geführt. Ab Anfang 2016 werden nun um ca. 2,8% erhöhte Abrechnungssätze für Pflege, Unterkunft und Verpflegung berechnet. Es stehen aber in 2016 auch wieder Tarifverhandlungen an, die diese Preissteigerung voraussichtlich mehr als kompensieren werden. Im Hinblick auf die sich abzeichnenden Einschränkungen im Investbereich ab Mitte 2016 ist davon auszugehen, dass zukünftig dauerhaft wesentlich niedrigere Jahresergebnisse erzielt werden als bislang. Da das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler sich über den Preis nicht mehr gegenüber der Konkurrenz absetzen kann, wird seit einigen Jahren eine kompromisslose Qualitätsstrategie umgesetzt. Ziel der Qualitätsstrategie ist, das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler hinsichtlich der Vielfalt und Qualität der Hilfestellungen für Senioren so zu positionieren, dass es eine Vorbildfunktion in der Region übernimmt. Dass man mit dieser Strategie auf einem sehr guten Weg ist, zeigt z. B. die sehr gut bestandene Rezertifizierung nach DIN ISO 9001. Das zuletzt ausgehändigte Qualitätssiegel gilt bis Ende 2017. In den vergangenen Jahren hat das SBZ intensiv an der Entwicklung und Etablierung eines Demenz-Labels in der StädteRegion Aachen mitgewirkt. Dieses belegt die besondere Ausrichtung auf die den größten Anteil der pflegebedürftigen Bewohner bildenden dementen Menschen und die hohe Qualität der ganzheitlichen Versorgung dieser Zielgruppe. Als Zeichen dafür wurde dem Haus für zwei Jahre dieses Demenzlabel verliehen. Darüber hinaus ist die Einrichtung schon seit Jahren mit dem Ombudsman-Label dekoriert. Auch die mit den Noten „sehr gut“ im stationären und im ambulanten Bereich bestandenen Qualitätsprüfungen des medizinischen Dienstes der Pflegekassen (MDK), bestätigen die hervorragende Qualität der Einrichtung. Das Senioren- und

Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler genießt in der Stadt Eschweiler und in der StädteRegion Aachen einen sehr guten Ruf. Aufgrund der guten Positionierung ist eine gute Auslastung weiterhin gewährleistet. Die konstant hohe Auslastung des SBZs ist besonders vor dem Hintergrund der Wettbewerbssituation in der Altenpflege im Raum Eschweiler bemerkenswert. Auch die neuen Standbeine des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen, wie die Tagespflege, die ambulante Pflege, das Betreute Wohnen und das Essen auf Rädern, wurden gut angenommen und entwickeln sich weiter positiv. So aufgestellt braucht das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen auch zukünftig trotz der sich verschärfenden gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen den wachsenden Konkurrenzdruck nicht zu fürchten und wird seine Stellung im Pflegemarkt behaupten.

Eschweiler, im Februar 2016
Dipl.-Kfm. Bernhard Müller
-Verwaltungsdirektor-

Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR, Aachen

Aufgaben / Beteiligungsziele

Die Errichtung der Anstalt erfolgte auf der Grundlage des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 11.12.2007 (IUAG NRW) durch und nach Maßgabe einer Rechtsverordnung des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes; Errichtungsverordnung) vom 04.11.2010. In § 22 Abs. 1 der Errichtungsverordnung wird ausgeführt, dass im Regierungsbezirk Köln aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung – Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchungen der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen eine integrierte Untersuchungsanstalt für Bereiche des Verbraucherschutzes gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum 01.01.2011 errichtet wird.

Nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW führt jede Untersuchungsanstalt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeit als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind. Die Untersuchungsanstalt wirkt außerdem gem. Abs. 4 mit bei der Koordinierung und Durchführung europa-, bundes-, landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme, Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in der amtlichen Überwachung tätig sind, der Kontrolle von Betrieben und der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereichs.

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts

Vorstand:

Gemäß § 11 IUAG NRW leitet der Vorstand die Anstalt in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Er wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.



Verwaltungsrat:

Der Verwaltungsrat der CVUA Rheinland AöR besteht gem. § 24 Abs. 1 der Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 04.11.2010 sowie der Geschäftsordnung vom 05.01.2011 aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder eines Vertreters jeder Kommune. Nach Absatz 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat. Den Vorsitz führt eine Vertreterin oder ein Vertreter der Kommunen. Der Verwaltungsrat besteht somit aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und zwölf weiteren Mitgliedern.

Besetzung der Organe

Vorstand:

Vorstandsvorsitzender	Dr. Gerhard Löhr, Aachen
Vorstandsmitglied	Dagmar Pauly-Mundegar, Bonn

Die Berufung des Vorstandes sowie des Vorstandsmitgliedes erfolgte mit Beschluss des Verwaltungsrates in seiner Sitzung am 05.01.2011.

Vertreter der StädteRegion im Verwaltungsrat:

Dr. Peter Heyde	Amt für Verbraucherschutz, Tierschutz und Veterinärwesen

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Anstalt des öffentlichen Rechts
Sitz:	52068 Aachen
Stammkapital:	300.000 Euro

Vermögensträger:	Anteil in €	Anteil in %
Land Nordrhein Westfalen	90.000	30
Stadt Aachen	17.500	5,83
Stadt Bonn	17.500	5,83
Stadt Köln	17.500	5,83
Stadt Leverkusen	17.500	5,83
StädteRegion Aachen	17.500	5,83
Kreis Düren	17.500	5,83
Kreis Euskirchen	17.500	5,83
Kreis Heinsberg	17.500	5,83
Oberbergischer Kreis	17.500	5,83
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500	5,83
Rhein-Erft-Kreis	17.500	5,83
Rhein-Sieg-Kreis	17.500	5,83
	300.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	2.076.443	3.702.377	14.101.737
I. Imm. Vermögensgegenst.		10.169	17.260
II. Sachanlagen		3.692.208	14.084.477
B. Umlaufvermögen	10.872.953	11.610.595	8.281.004
I. Vorräte		42.445	42.445
II. Forderungen / sonst. VG		6.355.740	7.269.319
III. Guthaben Kreditinstitute		5.212.409	969.240
C.Rechnungsabgrenzungsposten	52.010	63.859	51.036
Bilanzsumme Aktiva	**13.001.406**	**15.376.831**	**22.433.777**
A. Eigenkapital	3.615.064	4.721.089	4.962.770
I. Stammkapital	300.000	300.000	300.000
II. Gewinnrücklagen			
a) zweckgeb. Rücklage	221.713	221.713	221.713
b) allg. Rücklage	1.642.673	3.093.351	4.199.376
III. Bilanzgewinn	1.450.678	1.106.025	241.681
B. Rückstellungen			
1. Pensionsrückstellungen u.ä.	8.627.750	9.828.076	11.737.788
2. Sonstige Rückstellungen	352.872	352.674	486.602
C. Verbindlichkeiten	291.727	351.086	4.867.389
D. Rechnungsabgrenzungsposten	113.993	123.906	379.228
Bilanzsumme Passiva	**13.001.406**	**15.376.831**	**22.433.777**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Umsatzerlöse	9.441.910	9.476.770	9.304.859
Betriebsergebnis	1.246.264	477.000	-660.971
Finanzergebnis	204.651	630.197	903.762
gewöhnliches Geschäftsergebnis	1.450.915	1.107.197	242.791
Jahresüberschuss n. Steuern	**1.450.678**	**1.106.025**	**241.681**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Zahl der Beschäftigten (Angestellte und Beamte)	99	97	95

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2013 in %	2014 in %	2015 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	16,0	24,1	62,9
Eigenkapitalquote	27,8	30,7	22,1
Cash Flow lfd. Geschäftstätigkeit	1.715	2.098	3.589

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen leistet jährlich Zahlungen für Untersuchungskosten an das CVUA. Diese beliefen sich im Jahr 2015 auf 986.571,27 €. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungen der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf -Personal-

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen dem TVÖD-VK. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV). Im Berichtsjahr schieden 8 Mitarbeiter aus. Ein technischer Mitarbeiter ist wegen Erreichen der Altersgrenze ausgeschieden, der Leiter der Sachgruppe Personal und eine technische Mitarbeiterin haben sich beruflich verändert. Vier technische Mitarbeiterinnen und eine Verwaltungskraft haben von ihrem persönlichen Rückkehrrecht zur Stadt Aachen Gebrauch gemacht. Die Verwaltungsleitung und die Stelle einer technischen Mitarbeiterin im Bereich der Mikrobiologie wurden sofort wieder besetzt. Über weitere Nachbesetzungen wird erst nach dem Umzug nach Hürth entschieden. Die im vergangenen Jahr zunächst befristet eingestellten Sachverständigen wurden zwischenzeitlich in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen.

Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2015 wurden insgesamt 17.145 (Vorjahr: 17.474) amtliche Proben untersucht.

Neubau des gemeinsamen Standorts in Hürth

2015 wurden die Arbeiten am Neubau intensiv fortgeführt. Für die noch ausstehenden Gewerke (Schlosser, Trockenbau, Systemtrennwände, Bodenbeläge, Maler, Außenanlagen, Labor- und Büromöbel) wurden die Zuschläge erteilt. Am 26. Juni konnte das Richtfest gefeiert werden. Am Ende des Jahres waren die Rohbau- Dach- und Fassadenarbeiten weitgehend abgeschlossen. Der Innenausbau (TGA-Gewerke, Aufzüge und Estrich) verlief planmäßig. Durch Koordinationsprobleme verzögerte sich der Einbau der Gipskartonarbeiten deutlich. Weiterhin wurde das Gewerk Labortechnik vergeben und im Zuge beschränkter Ausschreibungen die Einrichtungen der Büros, der Coffeepoints und der Bibliothek vergeben. Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2015, der vom Verwaltungsrat am 3. Dezember 2014 beschlossen wurde, sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 20.084 T€ im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 11.375 T€, wobei 425 T€ für allgemeine Investitionen und 10.950 T€ für die Baukosten, einschließlich der Nebenkosten vorgesehen waren. Ausgewiesen war ein Gewinn von 307 T€. Das Geschäftsjahr wurde mit einem Überschuss von 242 T€ abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betrugen gemäß der vom Verwaltungsrat am 3. Dezember 2014 beschlossenen Entgeltordnung 9.304 T€ (Vj.: 9.465 T€). Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 107 T€ (Vj.: 58 T€) und sonstige Erträge in Höhe von 19 T€ (Vj.: 6 T€) vereinnahmt.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 7.054 T€ (Vj.: 5.937 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug ca. 70 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.150 T€ berücksichtigt. In Bezug auf die Erhöhung der Personalkosten wird darauf hingewiesen, dass im Berichtsjahr die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilfeverpflichtungen i.H.v. 1.915 T€ erfasst wurden gegenüber 1.204 T€ im Vorjahr. Ergebnismäßig kompensiert wurde dieser Aufwand im Berichtsjahr i.H.v. 906 T€ (Vorjahr 620 T€) durch die Aufzinsung der Forderungen nach VLVG gegen die Trägerkommunen als ehemaliger Dienstherren der übergeleiteten Beamten der Anstalt. Von dem Wahlrecht einer abweichenden Bewertung der Pensionsverpflichtungen gemäß Artikel 75 Abs. 7 EGHGB n.F. i.V.m. § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB n.F. wurde im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht; hieraus entstand ein Mehraufwand i.H.v. 280 T€.

Große Aufwandsposten bleiben die Mieten mit 505 T€ (Vj.: 505 T€) und die Betriebskosten mit 360 T€ (Vj.: 330 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 145 T€ (Vj.: 158 T€), der Personalverwaltung in Höhe von 36 T€ (Vj.: 36 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen 89 T€ (Vj.: 92 T€), für Versicherungen in Höhe von 18 T€ (Vj.: 17 T€) und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 21 T€ (Vj.: 25 T€).

Die Abschreibung betrug im Berichtsjahr 333 T€ (Vj.: 355 T€).

Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2015 fällt der Jahresüberschuss um 65 T€ geringer aus. Während die Personalaufwendungen gegenüber dem Wirtschaftsplanansatz (-706 T€) insbesondere aufgrund der hohen Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen durch das niedrige gesamtwirtschaftliche

Zinsniveau im Ist überschritten wurden, konnten im Bereich der Zinsen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie Abschreibungen Einsparungen von +573 T€ erzielt werden.

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2014	31.12.2015
Bilanzsumme	15.376.831,18 €	22.433.777,18 €
Anlagevermögen	3.702.377,15 €	14.101.737,41 €
Vorratsvermögen	42.445,49 €	42.445,49 €
Stammkapital	300.000,00 €	300.000,00 €
Eigenkapital	4.721.088,91 €	4.962.770,11 €
Eigenkapitalquote	30,7%	22,1%
Rückstellungen	10.180.750,01 €	12.224.389,73 €
Liquide Mittel	5.212.409,33 €	969.239,93 €
Verbindlichkeiten	351.086,46 €	4.867.388,91 €
davon mittel-bis langfristige Bankschulden	0,00 €	0,00 €
Dynamischer Verschuldungsgrad	2,5	4,5

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 15.377 T€ auf 22.434 T€ erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus den aktivierten Baukosten für den Neubau des Laborgebäudes in Hürth in den Anlagen im Bau. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Rückstellungen und der Verbindlichkeiten. Im Geschäftsjahr wurden 266 T€ in neue Laborgeräte und 10.447 T€ in den Neubau an Baukosten, einschl. Nebenkosten investiert. Von den rd. 3.000 Wirtschaftsgütern (ohne GWG) sind rund 91 % bereits abgeschrieben. Die Investitionsquote (Verh. Bruttoinvestition zu Abgängen und Abschreibungen des Anlagevermögens) betrug 3.227 %, der Wert des Anlagevermögens hat damit zugenommen. Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 12.224 T€ (Vj.: 10.181 T€) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 11.738 T€. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherren der Beamten betragen 7.254 T€ (Vorjahr 6.348 T€).

Gewinnverwendung

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 241.681,20 € erwirtschaftet. Es wird vorgeschlagen den Jahresüberschuss gemäß § 3 Absatz 2 der Finanzsatzung der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2015 eingetreten sind, liegen nicht vor.

Prognosebericht – Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

Schwerpunktbildung NRW

Im 1. Halbjahr 2015 hat die Vorständekonferenz der CVUÄ der AG „Schwerpunktbildung" unter Federführung des MKULNV ihr Konzept zur Umsetzung der Schwerpunktbildung vorgelegt. Danach gliedert sich die Schwerpunktbildung in zwei Bereiche:

„Kompetenzzentren" (jeweils ein oder zwei CVUÄ für ganz NRW) untersuchen und beurteilen abschließend die zugewiesenen Warenobergruppen. Sie sind Ansprechpartner für die jeweilige Lebensmittelüberwachung. „Schwerpunktlabore" bearbeiten landesweit bestimmte Analyt-/Matrixkombinationen (ggf. auch im Unterauftrag) für die anderen CVUÄ in NRW. Die Beurteilung beschränkt sich auf die untersuchten Parameter. Für das CVUA Rheinland ergibt sich dann folgende Aufgabenverteilung:

1) Die Warenobergruppen Milch, Milcherzeugnisse und Käse, Fleisch, Fleischerzeugnisse und Wurstwaren, Feine Backwaren, Feinkosterzeugnisse, Speiseeis und Fertiggerichte werden nicht in die Schwerpunktbildung einbezogen.

2) Das CVUA Rheinland wird zusammen mit dem CVUA-MEL Kompetenzzentrum für die Warenobergruppen Wein, Weinerzeugnisse, Weinähnliche Getränke und Spirituosen,

3) alleiniges Kompetenzzentrum für die Warenobergruppen Schokolade, Kakao, Kaffee und Gewürze und Würzmittel,

4) zusammen mit dem CVUA Westfalen Kompetenzzentrum für die Kosmetischen Mittel,

5) Schwerpunktlabor für Mykotoxine, wobei die einzelnen Warenobergruppen zwischen dem CVUA Westfalen und dem CVUA Rheinland aufgeteilt sind,

6) Schwerpunktlabor für die organischen Kontaminanten MCPD, MCPD-Ester, Glycidol und Glycidol-Ester.

Die Zusage des CVUA Rheinland die Schwerpunktbildung umzusetzen, erfolgte unter dem Vorbehalt des jährlich durch den Verwaltungsrat zu beschließenden Wirtschaftsplans und der damit verbundenen Ressourcen. Das Ministerium hat im November 2015 zugestimmt, dass mit der Umsetzung der Schwerpunktbildung in NRW am 1. Januar 2017 begonnen wird. In 2016 sind jedoch bereits bilaterale Vereinbarungen zwischen den CVUÄ vorab möglich. Eine Voraussetzung für die Umsetzung der Schwerpunktbildung ist eine einheitliche Probenplanung. Das Land hat dazu eine spezielle Software der Fa. Balvi erworben, die aber noch auf die nordrhein-westfälischen Anforderungen angepasst werden muss. Weiterhin muss die Ausbildung und insbesondere die Durchführung der Staatsprüfung für Lebensmittelchemiker neu geregelt werden. Die CVUÄ müssen außerdem den Probentransport einvernehmlich regeln. Hier entstehen für das CVUA Rheinland neue Kosten.

Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkkS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkkS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen. Für Februar 2016 war das 2. Zwischenaudit durch die DAkkS angekündigt. Eine Verschiebung bis nach dem Einzug in das neue Laborgebäude war nicht möglich. Nach dem Bezug ist ein weiteres Audit erforderlich.

Neubau

Aufgrund von Verzögerungen im Trockenbau kam es zu einem Verzug von 10 Wochen, gleichzeitig wurden für zusätzliche Leistungen Mehrkosten angemeldet. Der Verwaltungsrat wurde in der Sitzung im Dezember 2015 über Mehrkosten informiert. Zur Erreichung von Kostensicherheit wurden mit drei Firmen vorgezogene Abrechnungen (Pauschalen) vereinbart. Der Einzug ins neue Gebäude wird aber noch im 1. Halbjahr 2016 erfolgen. Im technischen Bereich wird durch eine regelmäßige Überwachung eine Risikominimierung gewährleistet.

Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2016, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 15. Dezember 2015 verabschiedet wurde, weist einen Verlust von rd. 373 T€ aus. Es wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 18.051 T€ im Vermögensplan beschlossen, dabei wurde ein Investitionsvolumen von 8.891 T€ bestimmt.

Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind. Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.

Aachen, den 11. April 2016
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
- Der Vorstand -
gez. Dr. Gerhard Löhr gez. Dagmar Pauly-Mundegar



Dienstleistung

SPRUNGbrett gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft ist es, nach dem Sozialstaatsgebot benachteiligten Menschen, insbesondere arbeitslosen bzw. langzeitarbeitslosen Jugendlichen und Erwachsenen, die ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen haben, durch gezielte Unterstützung den Zugang zu dauerhafter Erwerbsarbeit und zu gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Zur Umsetzung dieses Unternehmenszweckes ergreift die Gesellschaft Maßnahmen, die, durch Ausschöpfung der gesetzlichen Grundlagen nach dem SGB II und dem SGB III und sonstiger Förderprogramme, die Integrationsfähigkeit der betroffenen Menschen verbessern. Im Rahmen dieser Prämisse verwirklicht die Gesellschaft zudem auch Ziele des SGB VIII.

Soweit es die Verwirklichung des Gesellschaftszweckes erfordert, ist die Kooperation mit den regionsangehörigen Städten und Gemeinden, den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, den Schulen, den Betrieben, den Kammern, den Trägern der beruflichen Weiterbildung, den Gewerkschaften, den Arbeitsgemeinschaften für die Grundsicherung Arbeitsuchender in der Region, insbesondere mit der Arbeitsgemeinschaft für die Grundsicherung Arbeitsuchender der StädteRegion Aachen (ARGE in der StädteRegion Aachen) und der Agentur für Arbeit vorgesehen.

Die Gesellschaft ist insbesondere im Bereich der Beratung und Betreuung, der Beschäftigung, der Ausbildung und der Qualifizierung von benachteiligten Menschen zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des genannten Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich erscheinen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft nicht in Konkurrenz zu anderen, etablierten Weiterbildungsträgern in der StädteRegion Aachen auftritt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die GmbH wird vertreten durch eine/einen Geschäftsführer/-in, die/der einzelvertretungsberechtigt ist.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 9 stimmberechtigten Mitgliedern und 3 Mitgliedern mit beratender Stimme. Dem Aufsichtsrat gehören an:

a) 8 vom Gesellschafter Städteregion Aachen entsandte Mitglieder, darunter der jeweilige Sozialdezernent und der jeweilige Personal-/Organisationsdezernent der StädteRegion Aachen.

b) ein auf Vorschlag der regionsangehörigen Städte und Gemeinden von der StädteRegion Aachen entsandtes Mitglied.

c) Mitglieder mit beratender Stimme sind:

der/die jeweilige Leiter/in des Integrationsbüros der StädteRegion Aachen

der/die jeweilige Leiter/in des Amtes für soziale Angelegenheiten der StädteRegion Aachen

der/die jeweilige Betriebsratsvorsitzende.

Gesellschafterversammlung:

Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Prof. Dr. Axel Thomas

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
	Edeltraud Vomberg	Dezernentin f. Soziales d. StädteRegion (ab 09/2015)
	Rudi Bertram	Bürgermeister Stadt Eschweiler
	Wolfgang Königs	Städteregionstagsmitglied
	Lars Lübben	Städteregionstagsmitglied
	Doris Harst	Städteregionstagsmitglied
	Thomas Hartmann	Städteregionstagsmitglied
	Gerd Bougé	Sachkundiger Bürger
Beratendes Mitglied:	Angelika Hirtz	Leiterin des Amtes für Soziale Angelegenheiten der StädteRegion

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Wolfgang Königs	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Eva Malecha	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 26.000 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	26.000,00	100,00
	26.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	5.898	4.699	4.618
I. Imm. Vermögensgegenst.		3.416	2.417
II. Sachanlagen		1.283	2.201
B. Umlaufvermögen	417.483	457.737	481.292
I. Forderungen/sonst. VG		10.307	1.2190
II. Kassenbestand, Guthaben		447.429	480.073
C. Rechnungsabgrenzung	176	176	176
Bilanzsumme Aktiva	**423.557**	**462.612**	**486.086**
A. Eigenkapital	357.785	390.504	414.536
I. Gezeichnetes Kapital	26.000	26.000	26.000
II. Gewinnrücklagen	161.646	181.159	213.879
III. Gewinnvortrag	150.626	150.626	150.626
IV. Jahresüberschuss	19.513	32.719	24.031
B. Rückstellungen	49.378	49.420	39.438
C. Verbindlichkeiten	16.394	22.688	32.112
Bilanzsumme Passiva	**423.557**	**462.612**	**486.086**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Umsatzerlöse	0	0	0
Betriebsergebnis	15.927	18.711	23.943
Finanzergebnis	1.410	804	88
gewöhnliches Geschäftsergebnis	17.337	19.515	24.032
Erträge a. Gesellschafterzuschüssen	**0**	**0**	**0**
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**17.337**	**19.515**	**24.032**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen (Jahresdurchschnitt ohne Azubi)	26	27	27

Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	2013 in %	2014 in %	2015 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	1,39	1,02	0,95
Eigenkapitalquote	84,47	84,41	85,28
Anlagendeckungsgrad	6.065,89	8.309,44	8.977,03
Liquidität 1. Grades	2.418,56	1.972,13	1.494,99
Eigenkapitalrentabilität	5,45	8,38	5,8

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Im Haushaltsjahr 2015 wurde seitens der StädteRegion Aachen erneut kein Betriebskostenzuschuss an SPRUNGbrett gezahlt.

Infolge des seit 2009 erfolgten Personalabbaus bei SPRUNGbrett konzentrierte sich das Rechnungswesen der Gesellschaft auf eine Buchhalterin. Die Geschäftsführung hat in Reaktion auf diese veränderte personelle Situation ab 2010 eine Mitarbeiterin der **WFG mbH** als „Stand-by-Kraft" eingesetzt.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Ziel des Unternehmens war und ist es, benachteiligten Menschen, die ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen haben, durch gezielte Unterstützung den Zugang zu dauerhafter Erwerbstätigkeit und zu gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Damit folgt der Gesellschaftszweck dem Sozialstaatsgebot des Art. 20 Grundgesetz.

Zur Umsetzung dieses Unternehmenszwecks ergreift die Gesellschaft Maßnahmen, die in Sozialgesetzbüchern genannt sind bzw. insbesondere in Förderprogrammen bestehen. Die anfängliche Hauptaufgabe bestand in der Vermittlung von Sozialhilfeempfängern in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Daher trägt die Gesellschaft die Zusatzbezeichnung Beschäftigungsinitiative. Instrumente zur Umsetzung waren unter anderem:

- Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgeber,
- Gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung
- Initiierung und Unterstützung von Fördermaßnahmen.

Die öffentliche Zwecksetzung des Unternehmens im Sinne der GO NRW wird sowohl nachhaltig als auch ausschließlich verfolgt.
Seit mehreren Jahren stellt die Schulsozialarbeit an den unterschiedlichen Schulformen einen Schwerpunkt der Tätigkeit dar.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Aufgabenwahrnehmung im mildtätigen Bereich der Gesellschaft

Die konkrete Vermittlungstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich seit 2010 auf das Landesprogramm „Jugend In Arbeit plus". Die Integration Benachteiligter in den ersten Arbeitsmarkt ist in unserem Arbeitsbereich „Kreisinitiative Jugend und Beruf" Teil unseres Zielsystems.

Aufgabenwahrnehmung im gemeinnützigen Bereich der Gesellschaft

SPRUNGbrett ist eine gemeinnützige GmbH im Sinne des Steuerrechts. Bestätigt hat sich, dass die Problemlagen z.B. der Schülerinnen/ Schüler/ Jugendlichen komplex bleiben und die Betroffenen eine intensive Betreuung und Begleitung bei der Bewältigung ihrer Probleme benötigen. Hier besteht nach wie vor ein großer Handlungsbedarf.

Ereignisse von besonderer Bedeutung in 2015

Die Arbeit der SPRUNGbrett gemeinnützige GmbH findet in Anlehnung an § 13 SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe statt:

„Jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern."

Im Berichtsjahr 2014/2015 haben 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vier Aufgabenbereichen (Grundschulen, Hauptschulen, Förderschulen und Berufskollegs) mit insgesamt 2.403 Kindern und Jugendlichen gearbeitet. Insgesamt wurden in allen Beratungsstellen und in der Schulsozialarbeit im Schuljahr 2014/2015 12.683 Einzelgespräche geführt, von denen 2.403 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene profitieren konnten. (Zum Vergleich: Im vorangegangenen Berichtsjahr waren es 11.881 Gespräche mit 2.136 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.) Wie in all den Jahren vorher nehmen deutlich mehr männliche Ratsuchende (1.426) den Kontakt zu den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern auf als weibliche Ratsuchende (977), diese Tendenz ist an allen Schulformen von der Grundschule bis zum Berufskolleg identisch. Bei 886 dieser jungen Menschen kann man von einem Migrationshintergrund sprechen, wobei in den Beratungsstellen an den Haupt- und Förderschulen der Anteil dieser Kinder und Jugendlichen prozentual am höchsten liegt (fast 50 %) und in den Beratungsstellen an den Grundschulen am niedrigsten ist. Neben den 12.683 Einzelgesprächen gab es insgesamt 2.269 Veranstaltungen zur sozialpädagogischen Gruppenarbeit mit dem Schwerpunkt der Förderung sozialer Kompetenzen, die je nach Schulform unterschiedlich gestaltet werden. Das Thema Schul- und Berufsorientierung hat vermehrt Bedeutung bei der Arbeit an den Berufskollegs und in den letzten beiden Schuljahren an den Hauptschulen. Die überragende Mehrheit der 2.403 beratenen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen, weniger als 4 % leben in benachbarten Städten und Kreisen oder im benachbarten Ausland, die meisten von diesen besuchen die

Berufskollegs. Im Berichtsjahr wurden die 2.403 Kinder und Jugendliche von insgesamt 23 pädagogischen Fachkräften beraten, begleitet, unterstützt und betreut.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es uns gelungen ist, § 13 SGB VIII auch im Schuljahr 2014/2015 mit Leben zu füllen und in die Tat umzusetzen. Mit dem gleichen Engagement werden wir auch im Schuljahr 2015/2016 unsere Arbeit fortsetzen.

Schulsozialarbeit an sieben Berufskollegs der StädteRegion Aachen

An sieben Berufskollegs in den Städten Aachen, Alsdorf, Eschweiler, Herzogenrath und Simmerath bietet SPRUNGbrett sozialpädagogische Begleitung und Beratung für Jugendliche und junge Erwachsene an. Acht sozialpädagogische Fachkräfte sind an den Berufskollegs für die Begleitung und Beratung zuständig, schwerpunktmäßig für Berufsorientierungsjahrklassen und Berufsgrundschuljahrklassen sowie Handelsschulklassen. Für die Schülerinnen und Schüler im dualen System dieser Berufskollegs gilt ein offenes Beratungsangebot, das von allen genutzt werden kann. Im Berichtsjahr 2014/2015 haben die acht Mitarbeiterinnen an den Berufskollegs insgesamt 1.074 Jugendliche und junge Erwachsene beraten. Insgesamt wurden in allen Beratungsstellen zusammen 5.305 persönliche Gespräche geführt. Für viele Jugendliche und junge Erwachsene, die in der Einzelberatung betreut wurden, konnten Gruppenangebote durchgeführt werden. Die Arbeit in Gruppen wurde zum Teil als schuljahrbegleitendes Angebot durchgeführt. Die Anzahl der Termine, an denen Gruppenberatungen stattfanden, lässt sich mit 361 im Laufe eines Schuljahres beziffern. An allen sieben Berufskollegs haben 888 (in Klammern die Zahlen aus dem Vorjahr: 764) junge Menschen eine Anschlussperspektive gefunden. Die Erfolgsquote liegt bei 82 %. 262 (191) junge Menschen konnten mit unserer Unterstützung eine passende Ausbildung beginnen, 20 (30) Jugendliche starteten in Beschäftigung und Erwerbstätigkeit, 518 (433) Jugendliche verblieben weiter im System Schule, sie strebten einen höheren Schulabschluss an, besuchten eine Berufsfachschulklasse oder ein Ausbildungsorientierungsjahr oder versuchten an anderen Schulformen ihren Schulabschluss zu verbessern. 3 junge Erwachsene haben sich für die Aufnahme eines Studiums entschieden.

Schulsozialarbeit an zwei Hauptschulen in Eschweiler und Würselen

An zwei Gemeinschaftshauptschulen in Eschweiler und Würselen arbeiteten drei pädagogische Fachkräfte der SPRUNGbrett gemeinnützige GmbH an der Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Schule, also im Bereich der Schulsozialarbeit. Insgesamt wurden 204 Schülerinnen (103) und Schüler (101) beraten, begleitet und betreut. Die Gesamtzahl der beratenen Jugendlichen ist deutlich gestiegen (127 im Schuljahr 2013/2014). Dieses verdeutlicht einmal mehr, wie wichtig die Konstanz an sozialpädagogischer Begleitung an den Schulen ist. Je länger die sozialpädagogischen Fachkräfte an den Schulen arbeiten, umso mehr werden sie auch von den Kindern und Jugendlichen angenommen. Hinzu kommt, dass durch veränderte Familienstrukturen den Schulsozialarbeitern eine wichtige Aufgabe als Bezugsperson zukommt, eine Arbeit, die von den Lehrerinnen und Lehrern nur im begrenzten Umfang geleistet werden kann. Insgesamt lässt sich die Anzahl der stattgefundenen Beratungsgespräche mit 2.248 (1.819 im letzten Berichtsjahr) beziffern.

Schulsozialarbeit an sechs Förderschulen im Trägerschaft der StädteRegion Aachen und einer Förderschule in Würselen

Im Schuljahr 2014/2015 wurden an sechs Förderschulen insgesamt 377 Jungen und Mädchen begleitet, beraten und unterstützt. Die sozialpädagogischen Fachkräfte unterstützten die Kinder und deren Familien auch bei Antragsstellungen. Gerade an den Förderschulen und den Grundschulen stehen dabei die Kosten für das Mittagsessen im Rahmen der OGS im Vordergrund. 254 der 377 Kinder, die von den SozialpädagogInnen unterstützt wurden, leben in Familien, die Leistungen nach dem SGB II-Gesetz erhalten und sind somit Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft. 183 der in der Einzelberatung erreichten 377 Schüler und Schülerinnen haben einen Migrationshintergrund (fast 49 %). Insgesamt wurde die Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen im Berichtsjahr für 1.560 Einzelgespräche in Anspruch genommen. Gerade an den Förderschulen steht die sozialpädagogische Gruppenarbeit im Vordergrund. Die Anzahl der Angebote für Gruppenveranstaltungen 595 an den Förderschulen ist sehr hoch und wurde auch im Schuljahr 2014/2015 von vielen Kindern in Anspruch genommen: 289. Die Mehrzahl der Kinder, die im letzten Schuljahr begleitet wurden, kommt aus der Stadt Aachen (178), 111 kamen aus den Nordkreisgemeinden und 88 aus den Südkreisgemeinden.

Schulsozialarbeit an sieben Grundschulen in Herzogenrath

Insgesamt wurden 748 Kinder (619 im letzten Berichtsjahr) beraten und intensiv begleitet und betreut und 3.570 Einzelgespräche geführt. Insgesamt wurden an allen sieben Grundschulen in Herzogenrath 719 sozialpädagogische Gruppenangebote durchgeführt. Insgesamt richteten sich die Gruppenangebote an 1.023 Kinder. Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Gruppenangebote der Schulsozialarbeit aus dem Schulalltag an den Grundschulen in Herzogenrath nicht mehr wegzudenken sind.

Das *Programm Jugend in Arbeit plus* wurde entwickelt, um jungen Menschen mit Unterstützungsbedarf bei der Integration in Arbeit zu helfen. Das Programm wird mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert und wurde in den Jahren von 1998 bis 2014 variiert. Ziel des Programms ist, Jugendliche mit Unterstützungsbedarf individuell auf den Weg in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu begleiten und zu integrieren. Hier liegt der Schwerpunkt nicht im kurzfristigen Vermittlungserfolg (etwa über Zeitarbeit), sondern in nachhaltiger Beschäftigungsoption. Die Umsetzung erfolgt durch zunächst individuelle Beratung in Einzelgesprächen durch die Beraterin. Diese erarbeitet mögliche Perspektiven für den Einzelnen und unterstützt den individuellen Bedarf. Seit 2007 begleitet eine Mitarbeiterin bei SPRUNGbrett das Programm Jugend in Arbeit plus. Während die Beraterin zu Beginn zumeist an Notwendigkeiten und Gepflogenheiten des Bewerbungsprozesses mit den Teilnehmern gearbeitet hat, hat sich die Beratung im Laufe der Jahre inhaltlich verschoben. Die Jugendlichen werden SPRUNGbrett über die Jobcentren und Arbeitsagenturen zugewiesen. Das Programm hat sich im Laufe der Jahre von einem reinen „Vermittlungsprogramm“ zu einem beratungsintensiven Programm entwickelt. Die Erfolge der Beratungstätigkeit bei SPRUNGbrett sind überdurchschnittlich. Es gibt in der Region keine vergleichbare Maßnahme, die einen ähnlichen Vermittlungserfolg aufweisen kann wie Jugend in

Arbeit plus bei SPRUNGbrett. Hervorzuheben ist die gute Kooperation mir den zuweisenden Stellen und der nachhaltigen Begleitung der Jugendlichen nach Arbeitsaufnahme durch die Beraterin.
Anders als in den vergangenen Jahren ist ab dem III. Quartal 2015 eine Bewerbung für das Programm Jugend in Arbeit Plus notwendig. SPRUNGbrett hat Interesse bekundet und den Zuschlag erhalten. Anders als in den Vorjahren wird nicht mehr per Erfolgspauschale vergütet, sondern nach Beschäftigungsumfang der Beraterin. Des Weiteren erfolgt die Zuweisung nicht mehr aus dem gesamten Städteregionsgebiet, sondern lediglich aus den Kommunen Herzogenrath, Würselen und Eschweiler in gedeckelter Form. Im Jahr 2015 sahen die Fallzahlen wie folgt aus, dass SPRUNGbrett insgesamt 77 Jugendliche neu zugewiesen wurden. 73 Teilnehmer davon wurden aktiv beraten, davon 23 über die Kammer und 12 als Selbstsucher vermittelt. Bis zum 31.03.2016 wurden der SPRUNGbrett gemeinnützige GmbH insgesamt 14 Jugendliche neu zugewiesen. Alle 14 sind aktiv in die Beratung aufgenommen worden.
Im Ergebnis konnte das Wirtschaftsjahr 2015 mit einem *Jahresüberschuss* abgeschlossen werden. Auf einen Betriebskostenzuschuss der StädteRegion Aachen konnte erneut vollständig verzichtet werden, was in dieser Branche ein Alleinstellungsmerkmal ist.
Die Anzahl der Mitarbeiterinnen an der durchschnittlichen Gesamtbelegschaft von 27 Personen betrug zum 31.12.2015: 25 = 92,59 %.

Künftige Entwicklung

Finanziell und ergebnistechnisch ist SPRUNGbrett während des gesamten Berichtszeitraums stabil gewesen. Finanzielle Stabilität und Beschäftigung in der Zukunft werden davon abhängen, inwieweit die öffentlichen Auftraggeber der Gesellschaft weiterhin loyal sind und die gute Arbeit schätzen und kostendeckend entgelten.

Würselen, 29. April 2016
Prof. Dr. Axel Thomas
-Geschäftsführer-

regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Weiterhin führt die Gesellschaft IT-gestützte Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Gesellschafter, sowie deren kommunalen Gesellschaften, sowie von Einwohnern und Einwohnerinnen der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch.

Die regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT) in Aachen ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen. Die Wurzeln der Gesellschaft und der Sitz des Unternehmens liegen in der Region Aachen. Zusammen mit der Niederlassung in Gütersloh bildet die regio iT in der IT-Landschaft Nordrhein-Westfalens eine starke Ost-West-Achse.

Das Unternehmen ist auch bundesweit mit seinen führenden IT-Lösungen bei seinen Kunden vertreten. So wird z.B. der votemanager, ein durch die regio iT entwickeltes Wahlverfahren, überregional eingesetzt. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Sie verfügt über eine umfassende Kenntnis der Prozesse ihrer Kunden und kann so ihre Lösungen optimal auf deren Bedürfnisse ausrichten. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio iT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Hat die mehrere Geschäftsführer, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, bestehend aus 15 stimmberechtigten Mitgliedern. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von den Gesellschaftern in Anlehnung an die Höhe ihrer Beteiligung am Stammkapital der Gesellschaft entsandt.

Gesellschafterversammlung:

Gemäß § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags besteht die Gesellschafterversammlung aus jeweils einem Vertreter pro Gesellschafter.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dieter Rehfeld, Vorsitzender der Geschäftsführung, Aachen	
	Dieter Ludwigs, kaufmännischer Geschäftsführer, Aachen	
Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:		
Vorsitzender	Axel Hartmann	Allg. Vertreter des Städteregionsrates
	Ulla Thönnissen	Städteregionstagsmitglied
	Karl-Heinz Hermanns	Bürgermeister Gemeinde Simmerath
Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:		
	Franz Körlings	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52070 Aachen
gezeichnetes Kapital:	307.228,00 Euro

Gesellschafter zum 31.12.2015:	Anteil in €	Anteil in %
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft Aachen mbH	185.166,32	60,27
Zweckverband INFOKOM Gütersloh AöR	46.084,20	15,00
StädteRegion Aachen	36.099,29	11,75
Stadt Aachen	3.010,83	0,98
Stadt Alsdorf	3.072,28	1,00
Stadt Baesweiler	3.072,28	1,00
Stadt Eschweiler	3.072,28	1,00
Stadt Herzogenrath	3.072,28	1,00

Stadt Monschau	3.072,28	1,00
Gemeinde Roetgen	3.072,28	1,00
Gemeinde Simmerath	3.072,28	1,00
Stadt Würselen	3.072,28	1,00
Stadt Düren	3.072,28	1,00
Kupferstadt Stolberg	3.072,28	1,00
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	3.072,28	1,00
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	3.072,28	1,00
	307.228,00	100,00

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
cogniport GmbH	25.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	10.570.684	10.388.040	11.593.895
I. Imm. Vermögensgegenst.		5.127.507	5.125.303
II. Sachanlagen		5.245.326	6.453.385
III. Finanzanlagen		15.207	15.207
B. Umlaufvermögen	3.048.916	2.169.902	6.198.403
I. Forderungen u. sonst. VG		2.149.592	6.140.626
II. Kassenbestand, Guthaben		20.311	57.777
C. Rechnungsabgrenzungsposten	861.368	1.539.358	1.685.447
Bilanzsumme Aktiva	**14.480.968**	**14.097.300**	**19.477.745**
A. Eigenkapital	3.118.706	2.321.383	2.675.383
I. Gezeichnetes Kapital	307.228	307.228	307.228
II. Kapitalrücklage	388.066	388.066	388.066
III. Gewinnvortrag	300.001	0	0
IV. Andere Gewinnrücklagen	0	450.001	450.000
V. Jahresüberschuss	2.123.411	1.176.088	1.530.088
B. Rückstellungen	4.794.364	4.229.791	4.980.903
C. Verbindlichkeiten	6.499.915	7.534.393	11.734.151
D. Rechnungsabgrenzungsposten	67.983	11.733	51.649
E. Pass. latente Steuern	0	0	35.659
Bilanzsumme Passiva	**14.480.968**	**14.097.300**	**19.477.745**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 - in € -	2014 - in € -	2015 - in € -
Umsatzerlöse	50.366.251	51.721.374	54.782.126
Betriebsergebnis	3.285.659	1.857.952	2.530.298
Finanzergebnis	-201.063	-179.207	-183.916
gewöhnliches Geschäftsergebnis	3.084.596	1.678.745	2.346.382
Jahresüberschuss n. Steuern	**2.123.411**	**1.176.088**	**1.530.088**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende)	324	313	317

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2013 in %	2014 in %	2015 in %
Eigenkapitalquote	21,5	16,5	13,7
Investitionsquote	107,1	96,2	131,6
Eigenkapitalrentabilität	68,1	50,7	57,2
Gesamtkapitalrentabilität	16,1	9,6	8,8

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Seitens der StädteRegion Aachen bestehen Verbindungen zur regio iT GmbH dergestalt, dass die StädteRegion Leistungen der regio iT in Anspruch nimmt, die entsprechend des Produkt- und Preiskatalogs in Rechnung gestellt werden. Seit dem Jahr 2014 hat die regio iT einen Großteil der von der StädteRegion bisher selbst durchgeführten IT-Dienstleistungen übernommen.

An der Gewinnausschüttung der regio iT hat die Gesellschafterin StädteRegion Aachen 2015 in Höhe von 149.951,19 € partizipiert.

Weiterhin bestehen Leistungsbeziehungen der regio iT zu ihrer Holdinggesellschaft E.V.A.

Lagebericht der Gesellschaft

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2015 durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr ergibt sich ein durchschnittlicher Anstieg von +1,7 %. Im Vorjahresvergleich (+1,6 %) hat sich das Wirtschaftswachstum somit leicht beschleunigt. Nach einer Konjunkturumfrage des Branchenverbandes BITKOM verlief das Jahr 2015 für die Unternehmen der Informationstechnologie ausgesprochen positiv. Der Gesamtmarkt der Informationstechnologie konnte um 3,5 % oder um 2,8 Milliarden Euro auf 80,4 Milliarden Euro erneut zulegen.

Die Entwicklung der drei Teilmärkte der Informationstechnik (Software, IT-Service und IT-Hardware) verlief jedoch uneinheitlich. Mit einer Steige-rungsrate von 5,4 % auf 20,1 Milliarden Euro konnte das Geschäft mit Software deutlich zulegen. Die regio iT ist überwiegend im Teilmarkt IT-Services mit Dienstleistungen wie Outsourcing oder Wartung tätig. Die Umsätze in diesem Segment stiegen um 3,0 % auf 37,3 Milliarden Euro. Auch die regio iT ist in diesem Teilbereich erheblich gewachsen und konnte den Umsatz im Vorjahrvergleich um 7,9 % steigern. Auch der Markt für IT-Hardware konnte gegenüber dem Vorjahr zulegen. Das Marktvolumen stieg um 2,8 % auf 23,0 Milliarden Euro. Grundlage der Markteinschätzung für 2015 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Die insgesamt erfreulichen Umsatzzahlen sorgen für weitere Impulse auf dem Arbeitsmarkt. Mit aktuell über 1 Mio. Beschäftigten und einer Steige-rung um 2,4 % gegenüber dem Vorjahr hat die ITK-Branche ihre Position als zweitgrößter industrieller Arbeitgeber hinter dem Maschinenbau gefes-tigt. Mehr als zwei Drittel der ITK-Unternehmen wollen auch im Jahr 2016 zusätzliche Mitarbeiter einstellen. Genau hier liegt auch die Herausforde-rung für die kommenden Jahre. Die Branche benötigt attraktive Rahmen-bedingungen am Technologiestandort Deutschland sowie ein leistungsfähiges Bildungswesen, das den Nachwuchs auf Berufswege in der IT vorbereitet. Denn die größte Herausforderung der Branche ist weiterhin der Fachkräftemangel.

Geschäftsverlauf

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2015 mit einem Gesamtumsatz von 54,8 Mio. € einen neuen Rekordwert erzielen. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Steigerung von 3,1 Mio. € oder 6,0 %. Zurückzuführen ist dies vor allem auf eine Umsatzausweitung bei den Bestandskunden, ins-besondere im Umsatzsegment Produkt- und Applikationsbetrieb. Hier konnten bei den Bestandskunden sowohl die erbrachten IT-Dienst-leistungen ausgeweitet, als auch neue Produkte platziert werden. Vor dem Hintergrund von meist langfristigen Verträgen ist dieser Umsatzzuwachs nachhaltig einzuordnen und verbessert auch mittelfristig die Gesamtumsatzsituation.

Gegenläufige Effekte für das Unternehmensergebnis ergaben sich jedoch aus der Kostenentwicklung, hier insbesondere den Tarifabschlüssen im Personalbereich. Als Gegenmaßnahme wurde der Personalstand trotz Wachstum nicht weiter ausgebaut und liegt bilanzstichtagsbezogen noch unter dem Vorjahreswert.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2015 mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 2,3 Mio. € (Vorjahr: 1,7 Mio. €) ab. Ausschlaggebend für die Ergebnissteigerung ist die Umsatzausweitung bei einer gleichzeitig moderaten Kostensteigerung. Die Umsatzrendite konnte von 3,2 % im Vorjahr auf 4,3 % im Geschäftsjahr 2015 gesteigert werden. Nach Steuern resultiert daraus ein Jahresüberschuss von 1,5 Mio. € (Vorjahr: 1,2 Mio. €). So konnte für die Gesellschafter der regio iT nicht nur eine Ergebnissteigerung gegenüber dem Vorjahr, sondern angesichts des aktuellen Zinsniveaus auch wiederum eine gute Rendite erwirtschaftet werden.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €).

Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 35,8 Mio. € im Berichtsjahr (Vorjahr: 33,8 Mio. €). Auch das für das Berichtsjahr geplante Rohergebnis (35,2 Mio. €) wurde übertroffen (+0,6 Mio. €).

Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 42,5 Mio. € ebenfalls deutlich über dem geplanten Niveau (41,6 Mio. €).

Überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels-/Leasing-geschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (3,9 Mio. €) konnten um 1,1 Mio. € übertroffen werden. Weitere Kommunen haben sich im Berichtsjahr entschieden, den Warenkorb der regio iT für die IT-Beschaffungen zu nutzen. Zur Vereinfachung des Beschaffungsprozesses unserer kommunalen Kunden wurde dieser Warenkorb im Berichtsjahr in einen Internet-/ Web-Shop integriert.

Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung (Dienstleistungsumsätze). Im Berichtsjahr hat sich dieses Umsatzsegment unterplanmäßig entwickelt. Einem geplanten Umsatz von 5,1 Mio. € (9,7 % der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 4,8 Mio. € gegenüber (8,7 % der Gesamtumsätze). Der wesentliche Anteil der Umsätze wird bei kommunalen Unternehmen aus der Ver- und Entsorgungsbranche erzielt.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit lag somit mit 2,3 Mio. € um 0,7 Mio. € über Plan.

Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr bei 4,2 % Durch die positive Entwicklung der Umsätze aus Produkt-/Applikations-betrieb konnte die etwas unterplanmäßige Entwicklung der Umsätze aus Projektleistungen kompensiert werden, demzufolge konnte der Planwert (3,0 %) deutlich überschritten werden.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definier-ten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen An-forderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Im Jahr 2006 wurde das Qualitätsmanagementsystem der regio iT erstmals nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert. Diese Zertifizierung wurde seitdem mehrfach durch unabhängige Prüfer bestätigt, womit dem Qualitätsmanagementsystem eine optimal aufgestellte, prozessorientierte Organisation bescheinigt wurde.

Die ISO/IEC 20000 ist eine international anerkannte Norm zum IT Service Management, in dem die Anforderungen für ein professionelles IT Service Management dokumentiert sind. Erstmals wurde die Zertifizierung im Jahr 2008 erfolgreich vorgenommen.

Die Kunden der regio iT haben als Kommunen und kommunale Unternehmen sehr hohe Anforderung an die Sicherheit und Integrität ihrer Daten. Die internationale Norm ISO/IEC 27001 spezifiziert die Anforderungen für Herstellung, Einführung, Betrieb, Überwachung, Wartung und Verbesserung eines dokumentierten Informationssicherheits-Managementsystems unter Berücksichtigung der IT-Risiken der gesamten Organisation. Die regio iT ist seit 2009 umfassend in der IT-Sicherheit zertifiziert.

Alle Zertifizierungen wurden seither mehrfach durch unabhängige Prüfer bestätigt. Zuletzt wurden im Geschäftsjahr 2015 die 3 Normen mit erfolg-reichen Audits bestätigt.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Um die Wachstumsstrategie der regio iT bewältigen zu können, müssen jedoch ausreichend Fachkräfte am (regionalen) Markt verfügbar sein. Daher ist es für die regio iT ein wichtiger Wettbewerbsfaktor zur Gewinnung neuer Fachkräfte, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit Sommer 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der unabhängigen und gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Der Gesellschaft wurde bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote im Gesundheitsbereich überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der erfolgreichen (Re-)Zertifizierung in 2014 berechtigt, dieses Siegel bis 2017 weitere 3 Jahre zu führen.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2015 konnte die regio iT die Gesamtumsätze deutlich um 3,1 Mio. € oder 6,0 % gegenüber dem Vorjahr von 51,7 Mio. € auf 54,8 Mio. € steigern. Der größte Anteil dieser Umsatzsteigerung ist auf die Umsatzerlöse aus Produkt-/Applikationsbetrieb zurückzuführen, dieses Umsatzsegment konnte um 3,2 Mio. € auf 42,5 Mio. € verbessert werden. Diese Umsatzerlöse basieren überwiegend auf mehrjährig abgeschlossenen Kundenverträgen und dem Verkauf von Nutzungsrechten an selbsterstellten Softwarelösungen. Die Umsatzzuwächse sind vor allem auf die Ausweitung der Dienstleistungen bei Bestandskunden zurückzuführen, z.B. die Übernahme des IT-Full-Supports bei einem Gesellschafter. Es konnten aber auch neue Produkte bei unseren Kunden platziert werden. Die Dienstleistungsumsätze aus Beratungs- und Projektleistungen mit 4,8 Mio. € sowie die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft mit 5,0 Mio. € lagen auf Vorjahresniveau.

Ebenfalls auf Vorjahresniveau entwickelte sich auch das Umsatzsegment Weiterberechnung von Fremdleistungen/Porto. Diese lagen im Vorjahr und im Geschäftsjahr 2015 bei 2,5 Mio. €. Hierbei handelt es sich um die reine Weiterberechnung von Fremdleistungen ohne eigene Wertschöpfung der regio iT. Die Umsatzerlöse korrespondieren mit der entsprechenden Aufwandsposition im Materialaufwand.

Aufgrund des großen Erfolges bei der Vermarktung eigener Softwareprodukte wurde im Geschäftsjahr 2015 das Portfolio von Software-Eigenentwicklungen weiterentwickelt bzw. ausgebaut. Die Erträge aus aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 0,3 Mio. € resultieren aus der Weiterentwicklung von Softwarelösungen im Bereich Energie-Management sowie der Wahlsoftware votemanager. Erste Pilotprojekte für den Einsatz bei den Kunden wurden erfolgreich akquiriert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 0,7 Mio. € auf Vorjahresniveau (0,7 Mio. €). Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Fördermittel bzw. anteilige Erstattungen des regio iT Personalaufwandes innerhalb von F&E-Förderprojekten. Durch gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung wird eine kontinuierliche Weiterentwicklung des eigenen Produktportfolios gewährleistet. Im Geschäftsjahr 2015 engagierte sich die regio iT vor allem in Förderprojekten zu den Themen Elektromobilität sowie Cloud- und Mobile-Computing.

Der Materialaufwand des Geschäftsjahres 2015 beträgt 19,9 Mio. € (Vor-jahr: 18,9 Mio. €). Die Erhöhung des Materialaufwands ist durch den Um-satzanstieg begründbar. Die eigene Wertschöpfung konnte weiter ausgebaut werden, da die Umsatzsteigerung von 3,1 Mio. € weit über den Materialaufwandserhöhungen (+1,0 Mio. €) liegt. Dies zeigt sich auch im verbesserten Rohergebnis.

Die Personalaufwendungen der Angestellten erhöhten sich im Wesentlichen aufgrund von Tarifsteigerungen um 4,7 % auf 22,8 Mio. € (Vorjahr: 21,7 Mio. €). Zum 31. Dezember 2015 waren bei der regio iT 349 (Vorjahr: 353) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 16 Auszubildende (Vorjahr: 20) beschäftigt. Zusätzlich wurden der Gesellschaft von der Stadt Aachen sowie vom Zweckverband INFOKOM Gütersloh insgesamt 32 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr: 32) zugewiesen.

Leicht gestiegen sind die Abschreibungen: diese liegen mit 3,9 Mio. € um 0,3 Mio. € über dem Vorjahreswert (3,6 Mio. €). Auch diese Position kor-respondiert somit mit der Entwicklung der Umsatzerlöse, insbesondere den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb.

In den Vorjahren hatten signifikante Umsatzsteigerungen regelmäßig auch Steigerungen der sonstigen betrieblichen Aufwendungen zur Folge. Im Berichtsjahr wurde ein stringentes Kostenmanagement der nicht produktbezogenen Kosten aufgesetzt. Eine weitere Steigerung im Jahr 2015 konnte so, trotz deutlich gestiegener Gesamtleistung, verhindert werden. Somit liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Berichtsjahr mit 6,6 Mio. € auf Vorjahresniveau (6,6 Mio. €). Das Finanzergebnis liegt mit -0,2 Mio. € ebenfalls auf dem Vorjahresniveau.

<u>Vermögens- und Finanzlage</u>

Zum 31. Dezember 2015 betrug die Bilanzsumme 19,5 Mio. € (Vorjahr: 14,1 Mio. €).

Im Berichtsjahr lagen die Investitionen bei 5,1 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €). Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen in Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrespondierend mit

den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einem hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert.
Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31. Dezember 2015 betrug der Anlagendeckungsgrad (1) 23,1 %, die Eigenkapitalquote 13,7 % (Eigenkapitalquote Vorjahr: 16,5 %). Die Investitionen werden daher mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 8,4 Mio. € (Vorjahr: 3,6 Mio. €), gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €). Die Erhöhung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass am 1. Januar 2016 die Berninger Software GmbH gekauft wurde. Die Gesellschaft hat zudem mit ihrem Gesellschafter Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Aachen, einen Cash-Pooling-Vertrag abgeschlossen. Die regio iT kann somit ihren Finanzierungsbedarf zusätzlich aus diesem Cash-Pool decken. Die Kreditlinie beträgt 3,0 Mio. €. Zum Bilanzstichtag hat die Gesellschaft eine Forderung gegen den Cash-Pooling-Geber von 2,9 Mio. €.

Zusammenfassung

Der Verlauf des Berichtsjahres 2015 kann aufgrund der Ergebnisentwicklung insgesamt als sehr erfolgreich bewertet werden. Die regio iT konnte im Berichtsjahr sowohl stärker als der ITK-Markt (Markt für Informations- und Kommunikationstechnik), als auch stärker als die Gesamtwirtschaft wachsen. Die Entwicklung der Umsatzerlöse dokumentiert nach wie vor die erfolgreichen Wachstumsstrategien der regio iT. Die Vermögenslage ist jedoch nach wie vor geprägt von einer Eigenkapitalquote unterhalb des durchschnittlichen Wertes deutscher mittelständischer Unternehmen (22 %). Der Finanzierungsbedarf ist jedoch über den Cash-Pooling-Vertrag der E.V.A. ausreichend gesichert. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt im Berichtsjahr gesichert.

Nachtragsbericht

Aufgrund des hohen Auftragsbestandes, der positiven Rückmeldungen auf das regio iT-Produktportfolio sowie insbesondere aufgrund der positiven Entwicklung des 2. Halbjahres 2015 ist die Fortführung des Wachstumskurses geplant.
Im Geschäftsjahr 2015 hat die regio iT die Rechte an der Softwarelösung PC-Wahl vom Alleingesellschafter der Berninger Software GmbH, Marburg, er-worben und unter den Anlagen in Bau ausgewiesen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 hat die regio iT außerdem 100 % der Geschäftsanteile der Berninger Software GmbH, Marburg, vom bisherigen Alleingesellschafter er-worben. Die vormalige Berninger Software GmbH wird als neue Gesellschaft vote iT GmbH, Aachen, und als Tochterunternehmen der regio iT fortgeführt. Fortgeführt werden somit auch die beiden Wahllösungen votemanager (regio iT) und PC-Wahl (Berninger Software GmbH), nun unter einem Dach der vote it GmbH vereint. Während der votemanager der regio iT für den Re-chenzentrumsbetrieb und größere Kommunen ausgelegt ist, handelt es sich beim Produkt PC-Wahl um ein dezentrales Verfahren, primär auf kleinere und mittelgroße Kommunen ausgelegt. Durch die Zusammenführung ergeben sich vielfältige Synergiepotenziale, nicht nur durch den deutlichen Zugewinn an bestehenden Kundenverträgen/-kontakten der vormaligen Berninger Software GmbH.

So können mit dem Wahlrecht-Know-how der neuen Gesellschaft größere Kommunen in weiteren Bundesländern für den votemanager erschlossen werden, für die PC-Wahl bisher nicht in Frage gekommen ist.

Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden und einer kontinuierlichen Ausweitung der Produktpalette weiter organisch zu wachsen. Einem anorganischen Wachstum durch Zusammenschluss mit weiteren IT-Dienstleistern im kommunalen Umfeld steht die regio iT auch zukünftig offen gegenüber. Jedes organische oder anorganische Wachstum ist stets ergebnisorientiert und profitabel ausgerichtet. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet aktuell eine Reihe von Chancen für die regio iT. Die Digitalisierung schreitet in allen bedienten Branchen voran und bietet kurz- und mittelfristige Umsatzchancen. Neben den Erfordernissen, die Prozesse bei den Kunden effizienter über eine Digitalisierung und Automatisierung abzubilden, ist der Gesetzgeber ein weiterer Treiber, da in 2015 verschiedene Gesetze die Rahmenbedingungen konkretisiert haben (z.B. die Verabschiedung des eGovernment-Gesetzes, die Einführung der E-Rechnung sowie die Verabschiedung des Messstellenbetriebsgesetzes). Auch das IT-Sicherheitsgesetz wurde in 2015 beschlossen und führt dazu, dass die Kunden der regio iT perspektivisch ein Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) aufbauen müssen bzw. auch eine ISO 27001 Zertifizierung anstreben. Hier kann die regio iT die Kunden durch zertifizierte und erfahrene Berater unterstützen.

Die regio iT ist auch in 2016 bei innovativen geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten. In 2015 wurde der Zuschlag für drei eingereichte Skizzen durch die Bundesministerien erteilt. Im Wesentlichen geht es um die Segmente „Umsetzung des IT-Sicherheitskataloges für Verteilnetzbetreiber“, „Erweiterung des Mobility-Services für den gewerblichen Fuhrpark mit dem Ziel der ausbalancierten Aufladung von elektrischen Fahrzeugen unter Berücksichtigung einer eigenen regenerativen Photovoltaik-Erzeugung und einer lokalen Speicher-Batterie“ sowie „Intelligente Verwendung von Sensorik-Daten zur Analyse und Steuerung von Gebäuden“.

Auch im Geschäftsjahr 2016 werden 3 Zertifizierungen von unabhängigen Auditoren überprüft. Für die Normen ISO 9001, ISO 27001 sowie ISO 20000 müssen Überwachungsaudits absolviert werden.

Im Lagebericht werden finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, für das Jahr 2016 prognostiziert.

Für das Geschäftsjahr 2016 plant die regio iT eine moderate Umsatzsteigerung von 1,1 % (0,6 Mio. €) auf 55,4 Mio. €. Korrespondierend zu der prognostizierten Entwicklung dieser Marktsegmente geht die regio iT davon aus, dass bei den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb ei-ne Steigerung von 1,5 Mio. € auf 44,0 Mio. € erwirtschaftet wird. Maßgeblich für diese Planung sind der weitere Ausbau des Bestandskundengeschäftes sowie die weiterhin erfolgreiche bundesweite Vermarktung von ausgewählten Produkten. Die Umsatzzuwächse basieren teilweise auf bereits im Geschäftsjahr 2015 erteilten Aufträgen.

Auch bei den Umsatzerlösen aus Beratungs- und Projektleistungen wird eine Steigerung von 4,8 Mio. € auf 5,1 Mio. € erwartet. Diese Annahme entspricht dem Ziel der regio iT, ca. 10 % des Gesamtumsatzes in diesem Segment zu erwirtschaften. Viele Projekte, und in der Folge demnach

auch Produktumsätze, sind in der Anbahnung. Ein wesentlicher Anteil wird weiterhin bei den kommunalen Unternehmen gesehen, und hier insbesondere bei Ver- und Entsorgungsunternehmen. Auch die Digitalisierung im Bereich der Energieversorgung, und hier insbesondere die Einführung intelligenter Messsysteme sowie Lösungen im Bereich Mobilität, bieten aufgrund der ausgezeichneten Expertise der regio iT Wachstumspotenzial.
Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden mit 3,9 Mio. € rückläufige Umsätze erwartet. Das Jahr 2015 war mit einem Umsatz von 5,0 Mio. € geprägt von Investitionen der Kunden in Arbeitsplatzausstattung, die mehrjährig genutzt wird. Zudem zeichnet sich der Trend unter den Bestandskunden ab, die regio iT nicht mehr nur als Beschaffungsdienstleister zu beauftragen, sondern Arbeitsplatzhardware mit weiteren Dienstleistungen über eine Mindestvertragslaufzeit anzumieten. Dies spiegelt sich auch in den Zuwächsen bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb wider.
Ausschlaggebend für Investitionsentscheidungen der kommunalen Kunden ist jedoch die jeweilige Haushaltssituation, an der die Steuereinnahmen wesentlichen Anteil haben. Das Ifo-Institut erwartet für 2016 ein Wachstum von 1,9 %. Risiken ergeben sich aus einer möglichen gegenläufigen Entwicklung, die direkten Einfluss auf die Haushaltssituation der Kunden und auf mögliche Investitionsentscheidungen haben könnte. Dem gegenüber stehen mögliche mittelfristige Rationalisierungseffekte aufgrund der Ausweitung des IT-Einsatzes bei den Kunden.
Aufgrund weiter steigender Personalkosten bzw. der prognostizierten Tarif-entwicklung wird für 2016 von einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 2,4 Mio. € ausgegangen, welches leicht über dem Niveau des Berichtsjahres (2,3 Mio. €) liegt. Zusammenfassend geht die regio iT von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2016 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können. Mittelfristig wird wieder eine überproportionale Geschäftsentwicklung erwartet, die trotz zunehmender Personalkosten zu wieder steigenden Renditen führt. Hier fließt insbesondere das Tochterunternehmen vote iT mit entsprechenden Beteiligungsergebnissen ein.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Fokus des Risikomanagements der regio iT liegt nicht auf den Risiken nach der Bruttobewertung, sondern auf der tatsächlichen Risikolage nach Berücksichtigung von Maßnahmen. Die Risikopolitik der regio iT setzt auf eine gezielte und effiziente Nutzung unternehmerischer Chancen sowie die Minimierung oder Vermeidung potenzieller Risiken.
Das Kerngeschäft der regio iT besteht in der Erbringung von IT-Dienst-leistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Dabei liegt das Hauptrisiko in der Sicherheit der Informationsverarbeitung. Die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie ist im kommunalen Umfeld unverzichtbar und auf Grund immer größerer Prozessunterstützung und Prozessautomation ein zentraler Aspekt des Risikomanagements der regio iT. Das Risikomanagementsystem entspricht den Anforderungen der DIN EN ISO 9001, ISO/IEC 20000 sowie insbesondere ISO/IEC 27001.
Dienstleistungen mit Projektrisiko werden regelmäßig durch ein Steuerungsgremium (Projektmanagementboard) unter Beteiligung der Geschäftsleitung überwacht. Für die Dienstleistungen mit Projektrisiko werden darüber hinaus Vorkalkulationen und Risikobetrachtungen

im Vorfeld der Projekte durchgeführt, die somit schon in der Angebotsphase Berücksichtigung finden.
Regelmäßige Routineüberprüfungen auf Basis eines Reporting-Systems steuern die Risikoerkennung im Bereich der Dienstleistungen ohne Projektrisiko. Die Führungskräfte und Auftragsverantwortlichen führen regel-mäßig Analysen durch, die zusammen mit der Geschäftsleitung bewertet und in steuernde Maßnahmen umgesetzt werden.
Die regio iT benötigt für den kundenbezogenen Applikationsbetrieb Lizenzen bzw. Nutzungsrechte an Software Dritter. Dadurch steigen die Anforderungen an das interne und kundenbezogene Lizenzmanagement, zumal sich Lizenzmodelle der Anbieter beständig fortentwickeln. Es besteht das Risiko, dass durch die Fehlinterpretation von komplexen Lizenzierungsbedingungen ein höherer Anspruch an Nutzungs-/Wartungsentgelten des Anbieters gegenüber der regio iT entsteht, als über die Kalkulation der Kundenpreise refinanziert wurde. Die regio iT begegnet diesem Risiko durch den weiteren Ausbau des Lizenzmanagements.
Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die Kunden-struktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der Kundenfluktuation in Form wesentlicher, kurzfristiger Vertragskündigungen ohne Gegensteuerungsmöglichkeiten wird derzeit als gering eingeschätzt.
Risiken bestehen aufgrund technischer Probleme durch Hardwareausfall oder andere negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Service-Management-Prozesse. Können diese nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarte Leistungserbringung dar. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu begrenzen, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher technischer Integrität eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch (Folge-)Schäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen.
Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele 2016 erreicht werden.
Das Risikomanagementsystem der regio iT ist in das Risikomanagement-system der E.V.A. eingebunden. Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

Aachen, den 18. März 2016
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh

Dieter Rehfeld
-Vorsitzender der Geschäftsführung-

Dieter Ludwigs
-Geschäftsführer-

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Der Lagebericht führt hinsichtlich der öffentlichen Zwecksetzung aus, dass die Gesellschaft den im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen und der Aufsichtsbehörde von der Stadt Aachen angezeigten öffentlichen Zweck der automatisierten Informationsverarbeitung für kommunale Gesellschafter, ihre kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Organisationseinheiten sowie juristische Personen des öffentlichen Rechts voll erfüllt hat.

Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Das Studieninstitut hat die Aufgabe, die planmäßige theoretische Ausbildung von Auszubildenden, Praktikanten, Beamtenanwärtern und sonstigen Dienstkräften der Gemeinden und Gemeindeverbände, der kommunalen Zweckverbände sowie anderer kommunaler Einrichtungen seines Gebietes zu betreiben, die vorgeschriebenen Prüfungen abzunehmen und die fachliche Fortbildung von Dienstkräften innerhalb und außerhalb des Verbandsgebietes zu fördern.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung beschließt über die ihr nach dem Gesetz und dieser Satzung obliegenden Angelegenheiten des Zweckverbandes. In die Zuständigkeiten der Verbandsversammlung fallen insbesondere die Aufgaben gemäß § 4 lit. a) bis f) der Verbandssatzung.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der zum Zweckverband gehörenden Mitglieder für die Dauer der Wahlzeit der Verbandsversammlung gewählt. Das Amt des Verbandsvorstehers erlischt mit dem Ausscheiden aus dem Hauptamt. Der Verbandsvorsteher ist Institutsvorsteher im Sinne der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen. Er führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Zur Durchführung der ihm obliegenden Aufgaben bedient er sich des Studienleiters. Der Verbandsvorsteher vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Besetzung der Organe

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

Axel Hartmann	Allgemeiner Vertreter des Städteregionsrates

Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen

Verbandsvorsteher:

Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates (bis 15.09.2014)
Dr. Lothar Barth	Beigeordneter Stadt Aachen (16.09.2014 bis 30.09.2015- Ausscheiden aus dem Dienst der Stadt Aachen)
Axel Hartmann	(ab 01.10.2015 in seiner Funktion als stellvertretender Verbandsvorsteher)

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Zweckverband

Sitz: 52134 Herzogenrath

Mitglieder:	Anteil in %
StädteRegion Aachen	25,00
Stadt Aachen	25,00
Kreis Heinsberg	25,00
Kreis Düren	25,00
	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 - in € -	2014 - in € -	2015 - in € -
Anlagevermögen	4.550	3.970	3.390
Umlaufvermögen	1.660.255	1.832.592	1.888.806
Aktive Rechnungsabgrenzung	3.836	4.286	7.087
Bilanzsumme Aktiva	**1.668.641**	**1.840.848**	**1.899.283**
Eigenkapital	178.988	192.478	191.928
1. Allgemeine Rücklage	145.123	145.124	145.124
2. Sonderrücklagen	0	0	0
3. Ausgleichsrücklage	10.854	33.864	47.354
4. Jahresüberschuss	23.011	13.490	-550
Sonderposten	0	0	0
Rückstellungen	1.437.366	1.579.384	1.644.328
Verbindlichkeiten	49.478	68.986	63.027
Passive Rechnungsabgrenzung	2.811	0	0
Bilanzsumme Passiva	**1.668.641**	**1.840.848**	**1899.283**

Gesamtergebnisrechnung:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
Ordentliche Erträge	670.782	639.176	626.992
Ordentliche Aufwendungen	-648.249	-625.910	-627.609
Ergebnis d. lfd. Verwaltungstätigkeit	22.533	13.266	-617
Finanzergebnis	478	224	68
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresergebnis	**23.011**	**13.490**	**-549**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen einschließlich Abordnung (teilweise Teilzeit)	4	4	4

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Erträge (Lehrgangsgelder sowie Entgelte für Fortbildung und Personalauslese) die entstehenden Aufwendungen nicht decken. Die Umlage bemisst sich nach der letzten amtlich festgestellten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl. Dies gilt mit der Maßgabe, dass die Umlage des Verbandsmitgliedes StädteRegion Aachen sich nach dem Wert bemisst, der sich nach Abzug der amtlich festgestellten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl für die Stadt Aachen aus der letzten amtlich festgestellten fortgeschriebenen Gesamtbevölkerungszahl für die StädteRegion Aachen ergibt. Die Umlage, die auf das Verbandsmitglied Stadt Aachen entfällt, bemisst sich nach der letzten amtlich festgestellten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl für die Stadt Aachen. Die Verbandsmitglieder stellen dem Studieninstitut die erforderlichen Räume einschließlich Beleuchtung und Heizung sowie Einrichtungsgegenstände unentgeltlich zur Verfügung.

Die auf die StädteRegion Aachen entfallende Verbandsumlage für das Haushaltsjahr 2015 betrug 12.300 €. Im Jahr 2015 wurden außerdem Lehrgangsgelder sowie Entgelte für dienstbegleitende Unterweisungen in Höhe von 75.412,80 € gezahlt, hinzu kamen Entgelte für Personalausleseverfahren in Höhe von 11.907,00 €. Sofern Mitarbeiterinnen einzelner Ämter an Fortbildungsveranstaltungen des Studieninstituts teilgenommen haben, wurden die Teilnahmegebühren dezentral aus den Budgets der Ämter gezahlt. Die Kämmerei der StädteRegion Aachen nimmt die Geschäftsbuchhaltung und Aufstellung des Jahresabschlusses für den Zweckverband gegen Entgelt wahr, die örtliche Rechnungsprüfung der StädteRegion prüft den Jahresabschluss des Studieninstituts und die Berechnung der Beihilfen erfolgt entgeltlich durch die Städteregionsverwaltung.

Studieninstitut für
kommunale Verwaltung Aachen

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Das Ergebnis der Jahresrechnung des Zweckverbandes als Träger des Studieninstituts für kommunale Verwaltung Aachen hat folgende Parameter:

- die Menge der durchgeführten Lehrgänge,
- die Anzahl der organisierten Fortbildungsveranstaltungen sowie
- deren Teilnehmerzahlen im genannten Berichtszeitraum und
- die durchgeführten Testfälle und erteilten Testauskünfte aus den Personalausleseverfahren.

Vor der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes werden die Betriebsabläufe alljährlich einer intensiven Betrachtung unterzogen. Die Plandaten beruhen zum einen auf exakten Ermittlungen, zum anderen auf qualifizierten Schätzungen, selbst wenn diese insbesondere von externen Einflüssen abhängig sind. So ist die Einrichtung und Durchführung von Laufbahnlehrgängen für den mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst und von Sonderlehrgängen für die dienstbegleitende Unterweisung für Auszubildende für den Beruf des/der Verwaltungsfachangestellten von der Zahl der durch die Körperschaften eingestellten Auszubildenden im Verbandsgebiet abhängig. Diese richtet sich in der Regel nach dem jeweiligen Stellenbedarf und orientiert sich an den Veränderungsprozessen innerhalb der Behörden, die in den letzten Jahren zunehmend durch die Auswirkungen des demographischen Wandels beeinflusst sind. Zudem kommen trotz der strengen Vorgaben durch das Grundgesetz, die Landesverfassung und die Gemeindeordnung alljährlich zusätzliche Aufgaben und finanzielle Belastungen auf die Kommunen zu. Seit geraumer Zeit sind Aufgabenzuwächse im Bereich der Leistungsverwaltung zu erkennen, die die Kommunen vermutlich auch in den kommenden Jahren zu überproportionalen Einstellungen im Personalbereich zwingen (u.a. Job- Center, Kita-Bereich). Somit bedingen insbesondere gesellschaftliche Entwicklungen eine Ausdehnung des Personalkörpers. Unabhängig davon unterliegen die Personaletats bei den Kommunen und vor allem die Budgets für Personalentwicklung (Fortbildung) stets den gesetzlichen Vorgaben der wirtschaftlichen der Haushaltsführung, wenn nicht gar den Kriterien bestehender Haushaltssicherungskonzepte. Die Durchführung der Lehrgänge ist abhängig von der Leistungsfähigkeit der Schulabteilungen. Dabei sind vorrangig die räumlichen und personellen Kapazitäten – unter Berücksichtigung der Ferientermine maximal nutzbare Schultage – zu beachten. Der Bestand der vorhandenen Unterrichtsräume mit ihrer Ausstattung spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Summe der jährlichen Unterrichtsstunden und die Menge der durchzuführenden Zwischen- und Abschlussprüfungen. Eine weitere, nur begrenzt belastbare Größe ist der Kader der nebenamtlichen Dozenten, die den Unterricht nur im Konsens mit ihrer Dienststelle oder auch in Abstimmung mit dem Dienstbetrieb erteilen können. Die Abteilungen Aachen-Stadt und StädteRegion Aachen haben zuletzt Ausschreibungen von nebenamtlichen Dozentenstellen durchgeführt. Dies hat zu guten Ergebnissen geführt. Die Anzahl von jungen Dozenten mit fachlich hoher Kompetenz hat deutlich zugenommen. Gleichwohl ist ein noch darüber hinausgehender

Bedarf insbesondere an zusätzlichen Angestelltenlehrgängen I und II festzustellen, der trotz Aufstockung der nebenamtlichen Dozentenstellen abgefangen werden müsste. So müssen angemeldete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den Kommunen überproportional lange auf den Start von Lehrgängen für ihre Qualifikationsstufe warten. Hier muss bald nachgesteuert werden, um dem bestehenden Bedarf gerecht zu werden. Ansätze bei der Abteilung Düren, einen zusätzlichen Angestelltenlehrgang II zu initiieren, sind jedoch gescheitert. Dort hatten sich ungewöhnlich hohe Anmeldezahlen ergeben, die aus der Jobcom resultierten, da viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf sogenannten prüfungspflichtigen Stellen tätig sind. Ein weiterer Lehrgang würde jedoch dazu führen, dass genau diese Kräfte an publikumsstarken Tagen fehlen würden, wenn diese mit anderen Kollegen gleichzeitig den Lehrgang besuchen würden. Daher wurde das Vorhaben zunächst zurückgestellt. Derzeit bestehen aus derselben Interessenslage beim Jobcenter der StädteRegion Aachen Bestrebungen, vor Ort zusätzliche Lehrgänge (AL I und II) mit einem großen Anteil an Dozenten aus dem Hause anzubieten. Die Raumsituation beim Jobcenter lässt dies zu. Derzeit wird geprüft, ob aus dem Pool qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Dozentinnen und Dozenten gewonnen und berufen werden können. Der Fortbildungsbedarf der Kommunen richtet sich nach dem Ausbildungsstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Sachgebieten. Durch neue oder geänderte Rechtsanwendung, neue Rechtsprechung etc. ergibt sich die Notwendigkeit oder das Interesse, sich fortzubilden. Hierauf kann nur bedingt Einfluss genommen werden. Der Seminarkalender wird jährlich neu aufgelegt. Dabei stehen Anfragen der Gebietskörperschaften im Vordergrund. Das Institut steht für Nutzerfreundlichkeit und Kundenorientierung. Seit dem I. Quartal 2014 wurde das Anmeldeverfahren modernisiert, so dass Seminare auch „online" gebucht werden können. Der Seminarkalender ist dynamisch, d.h. er unterliegt einer ständigen Entwicklung und Fortschreibung. Umfangreiche Druckstücke werden aus Kostengründen (Druckkosten, Versand etc.) vermieden. Es bleibt jedoch auch weiterhin das Ziel, Seminarangebote passgenau für die Gebietskörperschaften im Sinne einer markt- und kundengerechten Orientierung zu erarbeiten und aktiv zu bewerben. Kommunen fragen zunehmend nach Inhouse-Veranstaltungen. Diese werden wenn möglich - bei entsprechender Preisgestaltung - durchgeführt. Wie oben bereits beschrieben unterliegt die betriebene Angebotsplanung der Gefahr, den Bedarf der Kommunen nicht in Gänze zu treffen oder aufgrund einer angespannten Finanzsituation ins Leere zu greifen. Gleichwohl wird weiterhin die Strategie verfolgt, ein quantitativ umfangreiches und qualitativ gehobenes Angebot für Behördenmitarbeiterinnen und Behördenmitarbeiter zu gestalten. Planung und Kalkulation der angebotenen Seminare erfolgen grundsätzlich durch den Studienleiter. Bei der Umsetzung wird er durch die Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle unterstützt. Hierbei wird neben der fachlichen Ausrichtung zunehmend auf die Stärkung der persönlichen und sozialen Kompetenzen gesetzt.

Personalsituation

Die Personalsituation ist weiterhin stabil. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsstelle leben einen guten Teamspirit. Dies lässt sich aus dem guten Geschäftsergebnis und einen minimalen Bestand an Fehlzeiten bereits in den Vorjahren nachvollziehen. Im Berichtszeitraum hat sich die im Rahmen einer personalwirtschaftlichen Maßnahme abgeordnete Beamtin des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes nach Ablauf ihrer dreijährigen Probezeit zum 13.06.2015 neu orientiert hat und sich erfolgreich auf eine Stelle bei der StädteRegion Aachen beworben. Zum 26.06.2015 konnte

jedoch eine Auszubildende der Stadt Aachen nach erfolgreicher Ablegung der Prüfung zur Verwaltungsfachangestellten im Wege der Abordnung zum Studieninstitut geworben werden. Damit war nach der parallel verlaufenden Einarbeitungsphase im Sachgebiet eine Kontinuität der Aufgabenerfüllung gewährleistet. Zur Verbuchung der Kosten für die Abordnung wurde bereits im Jahr 2012 eine Position (Sachkonto 545201 – „Erstattung Personalkosten an die Stadt Aachen“) gebildet. Im Jahr 2015 wurden unter dem Sachkonto die geforderten Beträge einschließlich gezahlter Beihilfe in Höhe von insgesamt 36.229,64 € an die Stadt Aachen erstattet.

Haushaltssatzung; Umlage

Die Haushaltssatzung für den Zweckverband für das Haushaltsjahr 2015 konnte fristgerecht im Rahmen der Zweckverbandversammlung am 05.12.2014 beschlossen werden. Aufgrund der ausgearbeiteten Verwaltungsvorlage erfolgte der Beschluss einstimmig. Der Beschluss beinhaltete die Beibehaltung der Höhe der Umlage für die Verbandsmitglieder in Höhe von 0,03 €/Einwohner, bezogen auf den in der Satzung festgelegten Stichtag für die fortgeschriebene Bevölkerungszahl je Verbandsmitglied. Die Bevölkerung für das Gebiet des Zweckverbandes wurde zum Stichtag 31.12.2013 auf 1.051.685 Einwohner festgestellt. Die Umlage, mit der die Verbandsmitglieder mit den durch andere Erträge nicht gedeckten Aufwendungen belastet werden, wurde für das Wirtschaftsjahr 2015 mit 31.550,55 € ermittelt und beschlossen. Die Genehmigung der Umlage erfolgte durch Verfügung der Bezirksregierung, Az. 31.1.1.6.2-StudAC vom 25.02.2015. Die zugrundliegende Satzung wurde im Amtsblatt der Bezirksregierung unter Nr. 11/2015 vom 16.03.2015 veröffentlicht.

Lehrgangsgeld

Als Grundlage für die Festsetzung des Lehrgangsgeldes für das Wirtschaftsjahr 2015 sind sowohl die Kosten der voraussichtlich durchzuführenden Lehrgänge und Prüfungen sowie die hieraus resultierenden Teilnehmerstunden maßgebend. Die Kosten des Lehrgangsbetriebes einschließlich der Prüfungskosten wurden für das Wirtschaftsjahr 2015 mit 347.777,00 € ermittelt. Auf der Grundlage der Kalkulation wurden 93.314 Teilnehmerstunden erfasst. Dies bedeutet gegenüber dem vorangehenden Wirtschaftsjahr eine deutliche Steigerung gegenüber der Vorjahreskalkulation um 11.777 Teilnehmerstunden bzw. rd. 14 %. Somit konnte das Lehrgangsgeld gegenüber dem Vorjahresansatz von 4,50 €/Std./Teiln. zur Erreichung der Kostendeckung gehalten werden (2011: 4,90 €; 2012, 2013: 5,10 €/Std.; 2014: 4,50€/Std.) Für die Ermittlung des Lehrgangsgeldes wurden zunächst die voraussichtlichen Kosten des Lehrgangsbetriebes herangezogen, die sich zum großen Teil aus den Aufwendungen aus dem Sachkonto 501900 herleiten lassen. Hierin sind u.a. 5.786 erteilte Unterrichtsstunden erfasst; darüber hinaus fließen die Kosten für die im Jahr 2015 voraussichtlich geplanten 12 Zwischen- und Abschlussprüfungen incl. der Aufwandsentschädigung für die Mitwirkung der Mitglieder der berufenen Prüfungsausschüsse ein. Basis für die Kalkulation ist eine tabellarische Aufstellung der Lehrgänge mit den planmäßig zu erteilenden Unterrichtseinheiten, den voraussichtlich anfallenden Teilnehmerstunden und den angesetzten Prüfungen. Hieraus leitet sich die Ermittlung der Prüfungskosten ab, in der alle Parameter (Teilnehmer an der Prüfung, Aufwendungen für die Erarbeitung und Bewertung von Klausuren, Entschädigung für Erst- und Zweitkorrektoren sowie Prüfungsausschüsse) erfasst sind. Der Wert der Teilnehmerstunden stellt

jedoch keine kontinuierliche Größe dar. Die Anzahl ist von einer sich jährlich verändernden Entsendung von Lehrgangsteilnehmern durch die Behörden abhängig. Die Abweichung gegenüber dem Vorjahr ist beachtlich. Sie beträgt + 11.777 Stunden. Die erneute deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist bedingt durch die Hinzunahme von weiteren Lehrgängen und Vergrößerung von Klassen zur beruflichen Weiterbildung. Insgesamt werden im Jahr 2015 in den 4 Schulabteilungen insgesamt 3 Angestelltenlehrgänge I sowie 6 Angestelltenlehrgänge II parallel durchgeführt. Darüber hinaus hat sich aufgrund der erheblichen Nachfrage eine Kontinuität bei den Ausbilderlehrgängen ergeben, so dass im lfd. und in den Folgejahren durchweg 2 Ausbilderlehrgänge abgehalten werden. Die Deckung der Lehrgangskosten einschließlich eines verbleibenden Anteils aus den Kosten für „Verwaltung" in Höhe von 4.989,00 € = 352.566,00 € wäre mit einem Wert von 3,80 €/Std. erreicht. Unter Berücksichtigung dieser Daten hat die Zweckverbands-versammlung aus Gründen der Kontinuität und Haushaltssicherheit beschlossen, das Lehrgangsgeld mit einem Betrag von 4,50 €/Std. unverändert festzusetzen. Im Lehrgangsgeld enthalten sind auch Beträge für die Entschädigung der Leistungen des hauptamtlich beschäftigten sowie der nebenamtlich tätigen Dozenten im Rahmen des Unterrichts für die Umschulungslehrgänge für das Berufsförderungswerk (BFW) Düren. Die technische Durchführung und Rechnungslegung für die Vergütung der nebenamtlichen Dozenten wird durch die Abteilung Düren im Zusammenwirken mit dem Ausbildungsleiter des BFW, Herrn Siebert, bewirkt. Die Belege der Abrechnung dienen der Geschäftsstelle für die Rechnungsstellung für das BFW. Aufgrund des besonderen Charakters des Unterrichts für Blinde und Sehbehinderte als Rehabilitationsmaßnahmen der Rentenversicherungsträger sind die Klassenverbände im Sinne der besonderen Förderung des betroffenen Personenkreises zumeist gering bemessen. Aufgrund des Kostendrucks ist das BFW Düren zunehmend bestrebt, die Anzahl der Lehrgänge und ebenso die Teilnehmerzahlen zu steigern. Waren die Lehrgänge bis noch zum Vorjahr 6 bis 8 Personen stark, wird vonseiten des BFW ab dem laufenden Jahr eine Sollstärke von 10 bis 12 Personen angestrebt. Diesen Umschulungslehrgängen voraus werden Vorbereitungskurse mit Eignungsprognosen vorgeschaltet, um hierzu eine Selektion hinsichtlich der Aussicht auf Erfolg für die Teilnehmer zu treffen. Die Entwicklung der Erträge für jeweils drei parallel laufende Lehrgänge zur Umschulung zu Verwaltungsfachangestellten wird in den Folgejahren beobachtet.

Fortbildung

Nach dem Berichtsjahr 2014, in dem die Ergebnisse deutlich hinter den Erwartungen geblieben sind, bestanden Hoffnungen, dass sich der negative Trend für das laufende Geschäftsjahr nicht fortsetzen würde. Daher erfolgte in der Planung für das laufende Jahr eine Konzentration auf aktuelle Themen. Die Erwartungen wurden jedoch wiederum enttäuscht. Insgesamt wurden 132 Veranstaltungen (2014: 147) in den Seminarkalender aufgenommen. Hiervon konnten lediglich 46 Fortbildungen (2014: 40) durchgeführt werden. Insgesamt 86 Veranstaltungen (= 65%) (2014 = 86 %) mussten zumeist aufgrund geringer Teilnehmerzahlen abgesagt werden. Selbst Themen mit Referenten, die in Vorjahren die Hörsäle gefüllt haben, konnten nicht platziert werden. Die Zurückhaltung lässt sich nur mit reduzierten Budgets und notwendigen Einsparungen der Gebietskörperschaften im Bereich Fortbildung erklären. Mit der Anzahl der Seminare sind zwangsläufig die Teilnehmerzahlen gesunken. Lediglich 471 Teilnehmer waren bei Seminaren des Institutes zu Gast (2014: 610//2013:

1.134//2012: 727//2011: 711). Damit bleibt der Zuspruch deutlich unter dem Wert von 2011. Die Reduzierung der Veranstaltungszahlen führt jedoch nicht zwangsläufig zu einem geringeren Organisationsaufwand. Die Führung des „Seminar-kalenders", der Kontakt mit Referent/innen und Teilnehmer/innen wird nicht geringer. Zudem wurde durch verstärkte Werbemaßnahmen zur Vermeidung von Stornierungen Personal gebunden. Im Frühjahr 2014 wurde ein neues Seminarverwaltungsprogramm auf einer Access-Datenbank mit Internetschnittstelle eingerichtet. Dies sollte den Teilnehmern eine leichtere Form der Online-Anmeldung ermöglichen. Im laufenden Betrieb zeigen sich immer noch Anlaufschwierigkeiten, die in Zusammenarbeit mit dem beauftragten Unternehmen zunehmend bereinigt werden.

Personalauslese

Als dritten Bereich des Aufgabenspektrums führt das Studieninstitut für die 38 Kommunen im Verbandsgebiet die Ausleseverfahren für die Personalgewinnung durch. Die Vorbereitung und Durchführung der Ausleseverfahren bindet die Kapazitäten der Geschäftsstelle über einen Zeitraum von etwa 10 Wochen im Spätsommer/Herbst jeden Jahres. Aufgrund der intensiven Vorbereitungen konnte das Personalausleseverfahren auch für den Einstellungsjahrgang 2016 äußerst zügig und störungsfrei durchgeführt werden, so dass die Ergebnisse der Testverfahren bereits Anfang Oktober an die anmeldenden Behörden weitergeleitet werden konnten. Insgesamt wurden 1.188 (2012: 1008, 2013: 1.210, 2014: 1.194; 2015: 986) Bewerber/innen getestet; 3.519 (2012: 2141, 2013: 2.307, 2014: 2.584, 2015: 2.346) Auskünfte wurden erteilt. Die Testfälle stiegen deutlich gegenüber dem Vorjahresergebnis an. Bei den Testauskünften ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Steigerung um rd. 33 %. Die Anzahl der ausgeschriebenen Stellen bei den Kommunen und das allgemeine Interesse der Bewerberinnen und Bewerber für einen attraktiven und sicheren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst sprechen für sich. Insgesamt 22 von 38 Verbandskommunen haben im Jahr 2015 insgesamt 3.170 Bewerber/innen gemeldet, davon für ausgeschriebene Stellen des g.D.: 1.618; wie vor für den Bereich m.D./VFAng.: 1.536; dto. Kaufmann,-frau für Büromanagement: 16. Aufgrund der Doppelbewerbungen müssen die eingereichten Bewerberlisten zunächst selektiert werden. Danach erfolgt die Zuordnung zu den Gruppen (g.D, m.D.A/FAng; KfmBüMan,). Insgesamt wurden in der Zeit vom 20.08. bis zum 10.09.2015 27 Testtermine an 18 Tagen mit 1.188 Testpersonen innerhalb des Verbandsgebietes wahrgenommen. Nach Rückmeldung der Testergebnisse durch das IfP Köln wurden diese an die anmeldenden Behörden entsprechend aufbereitet weitergegeben. Nach Ermittlung der Aufwendungen im Oktober 2015 für das Personalausleseverfahren ergaben sich zu deckende Kosten von 59.855,99 €. In den Kosten sind die Leistungen des Instituts für Personalauslese und Eignungsprüfung, IfP Köln, die Erstattung für Erarbeitung und Begutachtung von Testaufgaben sowie Personal- und Sachkosten der Geschäftsstelle für die Durchführung enthalten. Für die Abrechnung der Kosten für den Einstellungsjahrgang 2016 wurde als Basispreis ein Betrag in Höhe von 21,00 €/je .Testauskunft' ermittelt und den Behörden in Rechnung gestellt. Nach dem Rechnungsergebnis beim Sachkonto 441901 zum Kostenträger „Personalauslese" in 2015 Erträge von 66.361,00 €. Hierin sind noch weitere Testverfahren z.B. für Brandmeisteranwärter etc. enthalten. Der Lagebericht stellt an dieser Stelle die Entwicklung der Ziele und Kennzahlen gern. § 12 GemHVO in 2015 dar.

Im Lagebericht folgt hierauf der Abschnitt *„Aufgliederung und Erläuterung einzelner Posten der Ergebnisrechnung“*, in dem zu einzelnen Posten der Ergebnisrechnung, insbesondere bei Planabweichungen, Stellung bezogen wird.

Darstellung der Lage

Im Sinne der Transparenz der Aufwendungen und Erträge sind für das Finanzwesen des Zweckverbandes 4 Kostenträger (Produkte) gebildet worden, und zwar:

- 429500 Verwaltung,
- 429501 und 439502 Lehrgangsbetrieb incl. BFW Düren,
- 429503 Fortbildungsbetrieb und
- 429504 Personalauswahlverfahren.

Die dem Kostenträger Verwaltung zugeordneten Aufwendungen werden durch eine von den Verbandsmitgliedern aufzubringende Umlage – berechnet nach der Einwohnerzahl an dem jeweils in der Haushaltssatzung festgelegten Stichtag – mitfinanziert. Die Kostenträger Lehrgangsbetrieb, Fortbildung und Personalausleseverfahren finanzieren sich durch entsprechende Entgelte. Ziel ist es, jeden Kostenträger (Teilergebnisplan) für sich kostendeckend abzuwickeln. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Personalaufwendungen für die hauptamtlichen Dienstkräfte entsprechend dem Zeitanteil des Einsatzes auf die Kostenträger Lehrgänge, Fortbildung und Personalausleseverfahren verteilt werden. Im Bereich „Verwaltung“, der durch die Umlage zu finanzieren ist, werden von daher keine Personalaufwendungen berechnet, respektive die im Laufe des Jahres dort gebuchte Personalkosten unter zu Hilfename eines entsprechenden Schlüssels auf die „End-Kostenträger“ umgebucht. Das Wirtschaftsjahr 2015 hat insgesamt mit einem erheblichen Jahresfehlbetrag von 32.100,43 € abgeschlossen. Wie bereits im Anhang zur Jahresrechnung dargestellt, waren hierfür mehrere Faktoren maßgebend. Ein Ausgleich des Fehlbetrages hätte durch eine Umlageerhebung erfolgen können. Aufgrund guter Kassenlage zum Ende des Rechnungsjahres hatte die Verbandsversammlung jedoch in ihrer Sitzung am 04.12.2015 auf Vorschlag des Studienleiters den Beschluss gefasst, auf die Umlageerhebung zu verzichten. Der Verlust ist schmerzhaft, kann jedoch durch die inzwischen gut angefüllte Ausgleichsrücklage aufgefangen werden. Ein Rückgriff auf die Allgemeine Rücklage kommt nicht in Betracht. Insoweit sind weder haushaltsrechtliche noch finanzwirtschaftliche Konsequenzen zu erwarten.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres

Da der Lagebericht zum Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2015 relativ zeitnah erstellt worden ist, fällt der Blick auf Vorgänge von besonderer Bedeutung nicht weit voraus. Die Beamtin m.D., die zwischenzeitlich für die 3 Jahre ihrer gesetzlichen Probezeit von der Stadt Aachen bis zum 30.06.2015 abgeordnet worden war, hat sich erfolgreich auf eine Stelle bei der StädteRegion Aachen beworben. Die Versetzung ist zum 01.07.2015 erfolgt. Zum selben Zeitpunkt ist eine neue Verwaltungskraft zum Institut gestoßen. Der Übergang konnte jedoch im Vorfeld gut abgefedert werden. Die Verwaltungsfachangestellte war bereits im Zuge ihrer Ausbildung für ca. 9 Monate beim Studieninstitut, kannte die Abläufe und war seinerzeit schon an einer späteren Tätigkeit im Hause interessiert. Da die Stadt Aachen als abordnende Behörde dem Wunsch der Mitarbeiterin und dem des Studieninstitutes gefolgt ist, wurde einvernehmlich der letzte Ausbildungsabschnitt vom April

bis Juni 2015 hier abgewickelt. So konnten ein fließender Übergang und eine ordnungsgemäße Übergabe des Sachgebietes zwischen den Kollegen erfolgen. Die im Bericht des Vorjahres angedeutete Verlagerung der Zuständigkeit für Ausbildung und Prüfung der Auszubildenden im Berufsbild .Kaufleute für Büromanagement' im öffentlichen Dienst von den Industrie- und Handelskammern auf die Studieninstitute hat sich durch die gesetzliche Regelung verfestigt. Durch die neue Büromanagementkaufleuteausbildungsverordnung vom 11.12.2013 wurden die angesprochenen Veränderungen gesetzlich vollzogen. Das Land NRW hat in Anlehnung an die Prüfungsordnung für die Verwaltungsfachangestellten mit Datum vom 10.07.2014 eine Verordnung zur Durchführung der Abschlussprüfung erlassen. Im Zusammenwirken der Studieninstitute unter Federführung der Leitstelle NRW wurde zwischenzeitlich ein Lehrplan für die Durchführung der .dienstbegleitenden Unterweisung1 von 560 Unterrichtsstunden erarbeitet. Eine Umsetzung ist derzeit auch unter dem Blickwinkel der Prüfung mit den festzulegenden Wahlqualifikationen und von der Zahl der Auszubildenden (2014: 6, 2015: 7) nur schwer zu realisieren. Gleichwohl wurde für insgesamt 6 Auszubildende Kaufleute für Büromanagement am 06.03.2016 die Teilprüfung 1 der Abschlussprüfung am Paul-Julius-Reuter-Kolleg vorgenommen. Dank einer guten Kooperation mit der Schulleitung und den Fachlehrern sowie der StädteRegion konnte die Prüfung parallel zur IHK-Prüfung in einem separaten Raum durchgeführt werden. Aus ökonomischer Sicht ein Nonsens, für 2 Ausbildende der Stadt Aachen, 2 Auszubildende des Aachener Stadtbetriebes (mit eigener Personalhoheit) und 2 Auszubildende aus der Stadt Hückelhoven, die ihre schulische Ausbildung am Berufskolleg des Kreises Heinsberg in Erkelenz wahrnehmen, hierfür eine Prüfung zusammenzuführen. Der Unterzeichner war in diesem Zusammenhang gehalten, dafür zu sorgen, einen entsprechenden Prüfungsausschuss zu bilden und aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Fachlehrer beider Berufskollegs und des Studieninstitutes berufen zu lassen. Bei der Teilprüfung 1 der Abschlussprüfung beim Paul-Julius-Reuter-Kolleg am 06.03.2016 lagen die Ergebnisse bis auf einen Auszubildenden im überdurchschnittlichen Bereich. Zur Prüfung gefordert wurde der im Unterricht bis dahin vermittelte Stoff zum „informationstechnischen Büromanagement". Durch die verstärkte Gewinnung von Nachwuchskräften werden seit geraumer Zeit Plätze für die Teilnahme an Ausbilderlehrgängen nachgefragt. Beim Studieninstitut sind bis zum Jahr 2020 fortlaufend 2 Ausbilderlehrgänge geplant. Bereich Fortbildung, Seminare Unabhängig vom Einbruch im Segment Fortbildung in den letzten beiden Jahren soll dem Seminarkalender in den kommenden Jahren weiterhin ein quantitativ und qualitativ hoher Stellenwert beigemessen werden. Es wäre zu begrüßen, wenn sich die seinerzeitige Initiative des Abteilungsvorstehers der Stadt Aachen durchsetzen würde, die Verlagerung der Organisation und Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen generell im Sinne einer Auftraggeber-/Auftragnehmer-Vereinbarung für das Studieninstitut zu verlagern. Bei den Kommunen verbliebe die Ermittlung von Bedarfsanalysen und Beauftragung. Erste Maßnahmen hatten im Jahr 2015 gegriffen, wurden allerdings nach Ausscheiden des Abteilungsvorstehers ohne Kommentar eingestellt. Die Nachfrage zu Kompaktkursen für die Qualifizierung von Ausbildern zu Praxisprüfern für die Durchführung der fachpraktischen Module im Bachelor- Studiengang, steigt wieder an. Auch hier ist der Trend, dass junge geeignete Beamte des gehobenen Dienstes zunehmend gewonnen werden, Anwärtern als Ausbilder und Praxisprüfer zur Seite zu stellen, erkennbar. Der Studienleiter und der hauptamtliche Dozent haben diese Veranstaltung in den Vorjahren mit großem Erfolg für das Studieninstitut

durchgeführt. Bis zum Zeitpunkt dieses Jahresberichtes wurden bisher bereits knapp 500 Ausbilderinnen und Ausbilder für die Abnahme der Aktenarbeiten in den Praxismodulen geschult. Inzwischen wurde eine externe Referentin gefunden, die die Aufgabe hervorragend wahrnimmt.
Als besondere zusätzliche Herausforderung wird die Durchführung der Seminarreihen zur *modularen Qualifizierung* für den Aufstieg in die Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes" aufgrund der Änderung der Laufbahnverordnung NRW seit dem Anfang des Jahres 2016 wahrgenommen. Erfreulich festzustellen in diesem Zusammenhang ist die Kooperation mit dem Studieninstitut Niederrhein, Krefeld, SINN. An beiden Standorten werden Veranstaltungen jeweils besetzt mit Partnern oder eigenen nebenamtlichen Kräften. Der erste Block der 4 Module wurde ausgeschrieben und an beiden Standorten durchgeführt. Unabhängig von der Teilnahme an den Modulen ist für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Qualifizierungsrunde ein Erfolgsnachweis zu erbringen. Vorgaben mit Bewertungskriterien für die Durchführung dieser „Prüfungsleistung" für die Kandidaten liegen vor. Am 16.08.2016 werden die Leistungsnachweise am hiesigen Studieninstitut für das Modul 3 – persönliche Kompetenzen – abgenommen.
Der *Bereich Personalauslese* steht nach Jahren einer guten kontinuierlichen Zusammenarbeit mit dem IfP Köln vor grundlegenden Herausforderungen. Nachdem die Stadt Köln als Träger des Instituts für Personalentwicklung und Eignungsprüfung und das Rheinische Studieninstitut als stärkstes Mitglied aus dem Verbund ausgestiegen sind, mussten die übrigen Mitglieder des nicht-rechtsfähigen Vereins die offene Situation einer neuen Lösung zuführen. Diese ist inzwischen erfolgt. Neuer Träger zum Jahreswechsel 2015/2016 ist das Studieninstitut Hagen, das jedoch lediglich die Betreuung der Mitglieder als „Geschäftsstelle" ohne eigene Testleistung weiterführt. Aufgrund dessen haben sich neben dem hiesigen Institut viele andere Studieninstitute entschlossen, sich eines neuen erfolgreichen Online-Bewerber- Auswahlverfahrens zu bedienen. Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 04.12.2015 beschlossen, ein Ausschreibungs- und Vergabeverfahren durchzuführen. Dieses ist am 22.06.2016 durchgeführt worden. Die Submission fand am 05.07.2016 statt. Die Vergabe des Auftrages für das Online-Bewerber-Auswahlverfahren ist in der Sitzung der Verbandsversammlung am 11.08.2016 beschlossen worden. Zwischenzeitlich sind alle Vorbereitungen getroffen worden, im Spätsommer 2016 erstmals das neue Verfahren einzusetzen. Auswirkungen der Neufassung des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) Das Land NRW hat das Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG NRW) zum 03.02.2015 neu gefasst. Dies hat auch Auswirkungen auf die Arbeit der Zweckverbände. Aktuell wurden die Zweckverbände mit gesonderter Verfügung der Bezirksregierung (Fax mit Eingangsbestätigung!) vom 21.07,2015 auf die Einhaltung der Jahresfrist für die vorgesehene Änderung der Satzung hingewiesen. Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 29.02.2016 die 4. Änderungssatzung auf der Grundlage des GkG beschlossen. Die Satzung wurde nach Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln, Verfügung vom 17.03.2016, im Amtsblatt Nr. 12 am 29.03.2016 veröffentlicht.

07.11.2016

Stephan Cranen	Dr. Markus Kremer
--Studienleiter-	-Verbandsvorsteher-

Öffentliche Zwecksetzung

Das Studieninstitut hat die Aufgabe, die planmäßige theoretische Ausbildung von Auszubildenden, Praktikanten, Beamtenanwärtern und sonstigen Dienstkräften der Gemeinden und Gemeindeverbände, der kommunalen Zweckverbände sowie anderer kommunaler Einrichtungen seines Gebietes zu betreiben, die vorgeschriebenen Prüfungen abzunehmen und die fachliche Fortbildung von Dienstkräften innerhalb und außerhalb des Verbandsgebietes zu fördern.



Kultur

Grenzlandtheater der StädteRegion Aachen GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft ist die Aufführung von Theaterstücken kulturell hoch stehenden Charakters. Der Bevölkerung des Aachener Raumes soll Gelegenheit und insbesondere auch durch günstige Preisgestaltung die Möglichkeit gegeben werden, die Theateraufführungen zu besuchen, um die Kunst und das Verständnis für sie zu fördern und hierdurch einem gemeinnützigen Zweck zu dienen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft bestellt zwei gleichberechtigte Geschäftsführer, und zwar einen für die kaufmännischen Aufgaben und einen für die künstlerischen Aufgaben. Im Bedarfsfalle bestellt die Gesellschaft je einen Stellvertreter.

Beirat:

Der Beirat besteht einschließlich des Vorsitzenden aus höchstens 8 Personen. Er wird gebildet aus dem Städteregionsrat, 5 vom Städteregionstag zu wählenden Mitgliedern und 2 Vertretern der Verwaltung, und zwar dem allgemeinen Vertreter und dem Kämmerer. Vorsitzender ist der Städteregionsrat, stellvertretender Vorsitzender der allgemeine Vertreter.

Gesellschafterversammlung:

Die StädteRegion als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die jeweiligen Mitglieder des Städteregionsausschusses vertreten. Der Vorsitzende ist der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Intendant Uwe Brandt	Künstlerischer Leiter
	Dipl. Kfm. Hermann Fuchs	Kaufmännischer Leiter

Beirat:

Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Stv. Vorsitzender	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
	Egon Metten	Kämmereileiter
	Claudia Cormann	Städteregionstagsmitglied
	Birgitt Lahaye-Reiß	Städteregionstagsmitglied
	Manfred Bausch	Städteregionstagsmitglied
	Christiane Karl	II. stv. Städteregionsrätin
	Christa Heners	sachkundige Bürgerin

Grenzlandtheater Aachen

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Die Mitglieder des Städteregionsausschusses unter Vorsitz des Städteregionsrates

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52062 Aachen
gezeichnetes Kapital:	26.000 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	26.000,00	100,00
	26.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	64.694	54.302	97.492
I. Sachanlagen		54.302	97.492
B. Umlaufvermögen	966.404	867.346	1.013.589
I. Vorräte		0	0
II. Forderungen / sonst. VG		24.016	4.000
III. Kassenbestand, Guthaben		843.330	1.009.588
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.522	6.917	1.353
D. Nicht durch EK ged. Fehlbetrag	0	30.636	0
Bilanzsumme Aktiva	**1.032.620**	**959.201**	**1.112.434**
A. Eigenkapital	80.242	54.302	9.706
I. Gezeichnetes Kapital	26.000	26.000	26.000
II. Jahresfehlbetrag	-10.451	-56.636	-16.294
III. Nicht d. EK ged. Fehlbetrag		30.636	0
B. Sonderposten m. Rücklageanteil	64.694	54.302	97.492
C. Rückstellungen	0	57.481	69.725
D. Verbindlichkeiten	171.982	69.494	176.762
E. Rechnungsabgrenzungsposten	780.396	777.924	758.749
Bilanzsumme Passiva	**1.032.620**	**959.201**	**1.112.434**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 - in € -	2014 - in € -	2015 - in € -
Umsatzerlöse	1.522.536	1.544.803	1.617.363
Betriebsergebnis	-10.878	-132.410	-10.202
Finanzergebnis	1.272	937	196
Ergebnis d. gew. Geschäftstätigkeit	**-9.606**	**-131.473**	**-10.006**
Außerordentliche Erträge	0	77.124	0
Sonst. nicht zuschussfähige Erträge	19.075	19.100	13.850
Sonst. n. zuschussfähiger Aufwand	-19.296	-20.762	-19.303
Jahresfehlbetrag n. Steuern	**-10.452**	**-56.636**	**-16.294,29**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen (Jahresdurchschnitt ohne Azubi)	56	60	

Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	2013 in %	2014 in %	2015 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	6,27	5,85	8,76
Eigenkapitalquote	7,77	5,66	9,64
Anlagendeckungsgrad	124,03	100,00	109,96
Liquidität 1. Grades	554,26	1.213,54	571,16
Eigenkapitalrentabilität	neg.	neg.	neg.

Vorstellungen	2013	2014	2015
Theater Elisengalerie	275	295	291
Abstecher Gastspielorte	96	87	91
Sonderveranstaltungen		6	6
Insgesamt	**371**	**388**	**388**

Zuschauerzahlen	2013	2014	2015
Insgesamt	**84.061**	**82.283**	**84.098**

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die Gesellschaft erhält jährlich einen Zuschuss von der StädteRegion Aachen für den Defizitausgleich. Der Verlustausgleich betrug in 2015 56.636,09 € für das Geschäftsjahr 2014.

Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf 2015

Der Jahresabschluss per 31.12.2015 weist unter Berücksichtigung des zuschussfähigen und des nichtzuschussfähigen Bereiches einen Verlust in Höhe von 16.294,29 € aus (Vorjahr 56.636 €). In 2015 hat sich folgende wirtschaftliche Entwicklung ergeben:

Die Erlöse – hier als **Theatereinnahmen** aus Kartenverkauf Aachen, Abstecher und Sonderveranstaltungen – erreichten

2015	1.544.740 €
2014	1.478.736 €

Das ergibt eine Mehreinnahme gegenüber dem Vorjahr i.H.v. 66.004 € (+4,4%), die zurückzuführen sind auf die vorgenommene Preiserhöhung und auf mehr Vorstellungen und Besucher bei den Abstechern. Hinzuzurechnen sind noch Einnahmen aus Programmverkauf, Garderobe und Sonstiges in Höhe von insgesamt 72.623 €. Die in der GuV-Rechnung ausgewiesenen „Sonstige betriebliche Erträge“ von 1.041.639 € (2014: 958.628 €) setzen sich wie folgt zusammen:

	2015 Euro
Spenden/Beihilfen	11.177
Zuwendung/Förderverein	695.000
Zuwendung Fördwerverein f. Investitionen	50.000
Zuschüsse Reg. Köln	262.000
Teilauflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen in Höhe der Abschreibung (Investitionszuschuss)	23.462
Insgesamt	1.041.639

Für die Ermittlung der Gesamteinnahmen des Theaters sind das Zinsergebnis (196 €) hinzuzurechnen, so dass sich rechnerisch **Gesamteinnahmen** in Höhe von 2.659.003 € ergeben. Von dieser Summe ist die Position Teilauflösung des SoPo, Investitionszuschuss, mit 23.462 € schließlich in Abzug zu bringen, sodass die (um diese neutralen Positionen bereinigten) Einnahmen bei **2.635.540 €** liegen (2014: 2.480.797 €).

Die **Personalkosten** haben beim personalintensiven Charakter des Hauses einen hohen Stellenwert. Sie betrugen beim Grenzlandtheater 1.782.676 und erreichten 67,4% (2014: 68,7%) der zuwendungsfähigen Ausgaben (Personalkosten, Sachaufwand und Steuern ohne Abschreibung) in Höhe von 2.645.743 €.

2015	1.782.676 €
2014	1.796.309 €

Der um 13.633 € geringere Personalaufwand von **1.782.676 €** gegenüber dem Vorjahr resultiert aus niedrigeren Aufwendungen für Sozialabgaben bei sonst unverändertem Personalaufwand.

Die **betrieblichen Sachkosten** erreichten

2015	863.067 €
2014	816.898 €

Zu diesem Betrag wird dann die gesondert auszuweisende KFZ-Steuer (835 €) hinzugerechnet, sodass der Sachaufwand insgesamt **863.902 €** beträgt. Der höhere Ansatz 2015 berücksichtigt die Anschaffung der Transport-Kfz in Höhe von 50.000 €, die über eine Zuwendung des Fördervereins finanziert wurden. Trotz Kostensteigerungen bei verschiedenen Positionen und höheren Ausgaben beim Werbeetat konnten die Reisekosten (Fahrkosten und Übernahme von Mietwohnungen) für Gäste deutlich gesenkt werden. Die übrigen Ansätze blieben im kalkulierten Rahmen.

Bei Gesamteinnahmen von 2.635.540 €, Personalaufwendungen in Höhe von 1.782.676 € und Sachaufwendungen von 863.067 € wird ein **Betriebsergebnis** in Höhe von **-10.202 €** ausgewiesen. Nach Verrechnung des pos. Finanzergebnisses in Höhe von 196 € verbleibt als **Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 2015** ein Betrag von **-10.006 €**. Im Geschäftsjahr 2015 ergaben sich folgende nichtzuschussfähige Ausgaben/Einnahmen:

2015 Ausgaben:	**Euro**
Versicherungen	5.871
Repräsentationskosten/Sonstige Kosten	8.839
Sonstige Kosten	1.743
Kosten Fremdveranstaltungen	2.850
Insgesamt	19.303

2015 Einnahmen:	
Zuwendung Förderverein für nicht zuschussfähige Aufwendungen	11.000
Einnahmen Fremdveranstaltung	2.850
Insgesamt	13.850
Saldo/Fehlbetrag	**-5.453**

Das nichtzuschussfähige Ergebnis (-5.453 €) ist dem o.a. Fehlbetrag des Theaters aus dem operativen Geschäft (-10.006 €) hinzuzurechnen, ebenso die Kfz-Steuer (835 €), so dass sich der **Jahresfehlbetrag** auf einen Betrag i.H.v. **-16.294 €** addiert. Die Anzahl der Vorstellungen bzw. Aufführungen des Theaters entwickelten sich wie folgt:

	2015	2014
Theater Elisen Galerie	291	295
Abstecher Gastspielorte	91	87
Sonderveranstaltungen(Theatertalk; Jazz-Bühne)	6	6
insgesamt	388	388

Die Zuschauerzahlen entwickelten sich wie folgt:

2015	84.098 Besucher	in 388 Vorstellungen
2014	82.283 Besucher	in 388 Vorstellungen

	2015	2014
Aachen Freiverkauf	11.007	11.130
Aachen Abo	49.942	49.900
Gastspielorte Freiverkauf	16.212	14.234
Gastspielorte Abo	5.693	5.770
Sonderveranstaltung Freiverkauf	1.244	1.249
insgesamt	84.098	82.283

Alleine in Aachen wurden 60.949 (2014: 61.030) Besucher in 291 (2014: 295) Vorstellungen gezählt. Ausgehend von 218 verfügbaren Sitzplätzen im Saal errechnet sich insgesamt ein Besucherdurchschnitt von 209 (95,9%). Hier ist ein Zuwachs um rd. 1,4% gegenüber 2014 festzustellen.
Die Umrechnung der Zuschüsse des Landes und des Fördervereins (957.000,00 €) ergibt bei 84.098 Besuchern (ohne Sonderveranstaltungen) einen rechnerischen Betriebszuschuss von 11,38m € pro Gast (2014: 11,38 €). Die letzte aktuelle Statistik vom Dt. Bühnenverein zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts weist für die entsprechenden Ø-Werte auf Bundesebene 117,23 € und für NRW 123,27 € als Betriebszuschüsse pro Besucher aus (Stand Theaterstatistik Spielzeit 2013/2014; Quelle Dt. Bühnenverein).

Chancen und Risiken:
Die Chancen und Risiken des Grenzlandtheaters Aachen liegen in der Abhängigkeit von der Gewährung öffentlicher Fördermittel im bisherigen Umfange. Eine wiederholte Reduzierung oder der Wegfall der Landesförderung würde das Theater existenziell gefährden und könnte/müsste ggfs. durch Gesellschaftermittel bzw. höhere Zuschüsse des Fördervereins kompensiert werden. Sowohl Risiken als auch Chancen ergeben sich stets auch mit der Herausgabe des Spielplans. Ein kulturell anspruchsvoller, zugleich attraktiver und abwechslungsreicher Spielplan ist die Basis für die Einnahmen und ist zugleich das unternehmerische Risiko des Theaters.
Dieser Spielplan muss dem Publikum qualitativ gutes Theater präsentieren und zugleich die notwendigen Einnahmen sichern.

Der Beirat und die Theaterleitung sind sich bewusst, dass mit der Umsetzung der im Spielplan vorgesehenen Produktionen Wagnisse auftreten können und sich daraus unmittelbar ergebnisrelevante Auswirkungen ergeben könnten, die unmittelbar den von der StädteRegion als Gesellschafter abzudeckenden Fehlbetrag erhöhen würden. Über die Entwicklungen des Theaters ist der Beirat daher frühzeitig zu informieren.

Bereits in der Spielzeit 2014/2015 wurde über die Finanzausstattung des Theaters grundsätzlich diskutiert mit dem einvernehmlichen Ergebnis, dass der Theaterbetrieb wie bei vergleichbaren Theater, nicht kostendeckend sein kann. Bei der gegebenen Platzausnutzung von rund 97% und der hohen Aufführungszahl sind die Möglichkeiten, Mehreinnahmen zu erwirtschaften begrenzt. Um

jedoch Kostensteigerungen beim Theaterbetrieb und das damit verbundene strukturelle Defizit weitestgehend abfedern zu können haben sich der Beirat und die Theaterleitung dafür ausgesprochen, eine paritätische Verteilung (zu jeweils 1/3) der aufzubringenden zusätzlichen Finanzmittel (105.000 €) durch Theater mit einer moderaten Preisanpassung, durch den Förderverein und durch den Gesellschafter durch jeweils mit einen höheren Zuschuss eine auskömmliche Finanzierung des Theaters sicherzustellen.

Vorschau auf das Geschäftsjahr 2016:
Das Zahlenwerk des Wirtschaftsplans 2016 baut auf dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2015 auf und berücksichtigt die hier skizzierten Änderungen der finanziellen Rahmenbedingungen in den Erlös- und Kostenansätzen lt. vorläufiger Planung.

Wesentliche Kalkulationsgrundlage für die Wirtschaftsplanung mit ihren Ansätzen für die Theatereinnahmen und -ausgaben ist der Spielplan. Für die nächste Spielzeit 2016/2017 wird wiederum von acht Produktionen ausgegangen, die eine breite Palette von der Komödie über Klassiker und Drama bis hin zum Musical umfasst. Für das Gj. 2016 wird mit Theatereinnahmen und Zuschüssen i.H.v. 2.633.000 € kalkuliert und mit Personalaufwendungen i.H.v. 1.812.000 € sowie Sachausgaben i.H.v. 850.000 €. Das dadurch verbleibende Defizit i.H.v. 29.000 € wird mit einem entsprechenden Gesellschafterzuschuss finanziert, sodass von einem ausgeglichenen Jahresergebnis auszugehen ist.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung/ Einhaltung der öffentlichen Zweckerreichung gem. § 108 Abs. 3 Ziffer 2 GO NRW

Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen öffentlichen Zweck der Aufführung von kulturell anspruchsvollen, spannenden und unterhaltsamen Theaterstücken für die Bevölkerung in der Region Aachen mit der Umsetzung der Spielpläne 2014/2015 sowie 2015/2016 im Geschäftsjahr 2015 vollumfänglich erreicht.

Die hier im Lagebericht dokumentierten statistischen Auswertungen über die Vorstellungen und Besucherzahlen mit einer sehr guten Auslastungsquote belegen die erfreuliche Resonanz unserer Besucher auf die im Kalenderjahr 2015 aufgeführten Theaterstücke und Musicals. Das gilt genauso für die Sonderveranstaltungen (z.B. Theatertalk) im Grenzlandtheater Aachen sowie die Aufführungen in den Abstecher- und Gastspielorten der der StädteRegion, die im Rahmen der Funktion des Grenzlandtheaters als Landesbühne intensiv bespielt werden.

Aachen, im März 2016
Uwe Brandt, Intendant und Geschäftsführer
Dipl.-Kfm. Hermann Fuchs, Geschäftsführer

Kunst- und Kulturzentrum Betriebsgesellschaft der StädteRegion Aachen mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Kunst- und Kulturarbeit in der StädteRegion Aachen. Dazu gehören insbesondere der Betrieb und die Verwaltung des „KuK – Kunst- und Kulturzentrum in der StädteRegion Aachen".

Die im KuK-Zentrum ansässigen Künstler/innen werden durch qualifizierte Begleitung und Beratung in ihrer Existenzfähigkeit gefördert. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die für den Gesellschaftszweck notwendig sind und diesen fördern, insbesondere zum Abschluss entsprechender Miet- und Pachtverhältnisse mit dem Zentrum und dort ansässigen Künstlerinnen und Künstlern.

Das KuK ist das erste kulturelle Gründerzentrum in Nordrhein-Westfalen. Es ist ein Ergebnis des Wettbewerbes „Kulturelle Gründerzentren", der im Jahr 2001 vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen ausgerichtet wurde und den die Stabsstelle Projektentwicklung, Forschung und Gleichstellung des Kreises Aachen gewann. Das KuK-Zentrum ermöglicht als Ateliergemeinschaft den Künstlerinnen und Künstlern einen Erfahrungsaustausch untereinander, sowie die Konzeption gemeinsamer Projekte und stellt gleichzeitig eine öffentliche Plattform als Hilfe zur ökonomischen Unabhängigkeit dar.

Im fast 150-jährigen Gebäude des ehemaligen Monschauer Finanzamtes wurden Marketing, Beratung, Produktion und Präsentation der unterschiedlichen Künstlerinnen und Künstler miteinander verbunden. Im Rahmen zahlreicher Ausstellungen und Events, die mit Unterstützung des KuK-Fördervereins initiiert werden, wird den Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit gegeben, sich öffentlichkeitswirksam zu präsentieren und neue Kontakte zu knüpfen. Zwölf offene Ateliers, Verkaufs- und Büroräume bilden auf mehr als 400 qm eine Arbeits- und Begegnungsstätte, die zum kreativen Austausch zwischen Künstlerinnen, Künstlern und Kunstinteressierten einlädt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:
Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer.

Gesellschafterversammlung:
Die Gesellschafterversammlung setzt sich zusammen aus je einem/einer Vertreter/in der Gesellschafter.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dipl. Kfm. Hermann Fuchs	
Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:		
	Hans-Josef Hilsenbeck	I. stv. Städteregionsrat
Vertreter:	Werner Krickel	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52156 Monschau
gezeichnetes Kapital:	25.000 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	15.000,00	60,00
Stadt Monschau	9.000,00	36,00
Förderverein KuK e.V.	1.000,00	4,00
	25.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2013 – in € –	2014 – in € –	2015 – in € –
A. Anlagevermögen	98	59	20
I. Sachanlagen		59	20
B. Umlaufvermögen	12.734	9.814	10.125
I. Forderungen / sonst. VG		9.814	7.161
II. Kassenbestand, Guthaben		0	2.963
C. Rechnungsabgrenzungsposten	820	857	842
D. Nicht d.Eigenkap. ged. Fehlbetr.	9.928	4.548	0
Bilanzsumme Aktiva	**23.580**	**15.278**	**10.987**
A. Eigenkapital	0	0	1.378
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Verlustvortrag	-35.085	-34.928	-29.548
III. Jahresfehlbetrag	157	5.379	5.927
IV. Nicht gedeckter Fehlbetrag	9.928	4.548	0
B. Rückstellungen	2.200	2.957	3.060
C. Verbindlichkeiten	21.380	12.321	6.549
Bilanzsumme Passiva	**23.580**	**17.128**	**10.987**

Gewinn- und Verlustrechnung:	2013 - in € -	2014 - in € -	2015 - in € -
Umsatzerlöse	9.436	9.346	8.715
Betriebsergebnis	-53.934	-52.377	-58.191
Finanzergebnis	-360	-297	-295
gewöhnliches Geschäftsergebnis	-54.295	-52.675	-58.525
Erträge aus Zuschüssen	**54.452**	**64.452**	**64.452**
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**157**	**11.777**	**5.927**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2013	2014	2015
Mitarbeiter/innen (außer Geschäftsführung)	keine	keine	keine

Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	2013 in %	2014 in %	2015 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	0,42	0,34	0,18
Eigenkapitalquote	neg.	10,80	12,55

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Jahr einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 60.000 € geleistet.

Es besteht eine Leistungsbeziehung der KuK GmbH mit der WFG mbH, da diese für KuK einzelne Geschäftsbesorgungsaufgaben auf der Grundlage eines zuletzt mit Datum vom 10.03.2006 geänderten Geschäftsbesorgungsvertrags wahrnimmt mit dem Ziel, die Geschäftsführung der KuK GmbH bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Darüber hinaus besteht zwischen der der KuK GmbH und der WFG seit 01.12.2002 ein Pachtvertrag über das Gebäude, in dem das KuK ansässig ist.

Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftliche Entwicklung / Ausblick 2016

Die KuK-Betriebs GmbH führte im Berichtszeitraum den operativen Geschäftsbereich mit der Verwaltung des KuK-Zentrums durch.

Bis zum Ende der Zweckbindungsfrist (31.07.2018) sind gegenüber der NRW Bank die notwendigen Nachweise der Vermarktungsbemühungen zu führen sowie die Belegung des Zentrums mit KünstlerInnen zu dokumentieren.

Die Vermarktungsbemühungen sind intensiviert und durch die Kooperation mit der WFG unterstützt worden. Die WFG hat eine Anzeige in ihrem elektronischen Portal geschaltet. Geworben wird ebenso auf der Homepage sowie durch S 16 auf allen Veranstaltungen des KuK und im künstlerischen Netzwerk. Wie bereits im Geschäftsjahr 2014 erfolgreich durchgeführt, werden auch künftig projektgebundene Mietverträge, wie z.B. für die Klasse von Prof. Rentmeister geschlossen werden weiter angestrebt. Es gilt daher neben der zielgerichteten Akquise von Künstlerinnen und Künstler im Rahmen der Existenzgründung auch weiterhin Projekte zu gewinnen, die speziell auf das KuK-Zentrum ausgerichtet sind. Ziel ist es dabei, die Produktion von Kunst in einen gesellschaftlichen Rahmen einzubinden und Kenntnisse zur Vorbereitung und Realisierung kommerzieller Projekte und externer Ausstellungsprojekte zu vermitteln. Das beinhaltet praktische Anleitungen zur Preisbildung, Materialbeschaffung, Transport, Aufbau und Präsentation der Arbeit am Ausstellungsort. Hier kann das KuK-Zentrum zeitlich befristet die geeigneten Räumlichkeiten für Gruppen, Studentenklassen bieten.
Da die Vermietung der im Souterrain angeschlossenen Räumlichkeiten aufgrund der Lage keine wirtschaftliche tragfähige oder langfristige Vermietung zulässt, erfolgt bis auf weiteres die Nutzung für Ausstellungen, Lesungen und kleinere Events, die in das kulturelle Angebot des KuK-Zentrums integriert sind. Ein wirtschaftlicher Effekt ist damit nicht zu erzielen.

Seit Auslaufen der Projektfinanzierung des Landes NRW finanziert sich die Gesellschaft ausschließlich durch die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter. Erträge resultieren lediglich aus Mieteinnahmen, die jedoch nur anteilig die Pachtzahlungen des KuK decken.

Für das Geschäftsjahr 2016 zeichnet sich – ausgehend von Mieteinnahmen sowie dem gegebenem Aufwandsniveau – erneut ein wirtschaftlich zufriedenstellender Geschäftsverlauf ohne Liquiditätsengpässe ab, der durch die Betriebskostenzuschüsse erreicht wird. Bei der bestehenden Finanzierungsarchitektur der Gesellschaft, u.a. für Werkvertragsleistungen für die Aufrechterhaltung der Öffnungszeiten am Wochenende und der künstlerisch-konzeptionellen Leitung vor Ort sowie aller Kosten für Gebäudeinfrastruktur, wird in 2016 ein Finanzierungsbedarf von ca. 70.000 € kalkuliert. Damit wird das Kulturangebot im KuK gewährleistet, das sich zu einer festen Größe in der Region entwickelt hat und seit Jahren hohes Ansehen genießt.
Mit den kalkulierten Zuschüssen für den Zentrumsbetrieb besteht ein angemessener Finanzrahmen, um geringe Überschüsse zu erwirtschaften, um die bilanzielle Überschuldung abzubauen und die Eigenkapitalbasis zu verbessern. Eine Insolvenzgefahr ist nicht gegeben, soweit die Zuschüsse zu Beginn des Wirtschaftsjahres in geplanter Höhe fließen. Die Liquidität im abgelaufenen Geschäftsjahr war stets sichergestellt.

Chancen und Risiken

Die Chancen und Risiken der KuK- Betriebs GmbH ergeben sich aus der Abhängigkeit von den jährlich bereitzustellenden Gesellschafterzuschüssen im kalkulierten Umfang zur Finanzierung der Gesellschaft. Die Mieterträge reichen dazu alleine nicht aus. Das anerkannt hochwertige Kulturangebot des KuK-Zentrums mit seinen Veranstaltungen und Ausstellungen ist eine feste

Einrichtung in Monschau, die stets Tausende von Besuchern anzieht. Daher ist dieses kulturelle Angebot für die Bevölkerung in der StädteRegion im Gesellschafterinteresse und unverzichtbar.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung/ Einhaltung der öffentlichen Zweckerreichung gem. § 108 Abs. 3 Ziffer 2 GO NRW

Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftsvertrag verankerten öffentlichen Zweck, d.h. die Förderung der Kunst- und Kulturarbeit in der Städteregion Aachen, den Betrieb und die Verwaltung des Kunst- und Kulturzentrums erreicht und die dort ansässigen Künstler und Künstlerinnen durch qualifizierte Begleitung und Beratung in ihrer Existenzfähigkeit zu fördern, in 2015 verfolgt.

Der KuK-Förderverein initiierte in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle S 16 – Kultur; Projektleitung Frau Dr. Nina Mika-Helfmeier, auch im Berichtsjahr 2015 zahlreiche Ausstellungen, Projektarbeiten und kulturelle Events z. T. unter Mitwirkung international prominenter Künstlerinnen. Höhepunkte waren u.a. die Ausstellung world press photo 14 sowie das Kulturfestival der Städteregion Aachen im Berichtsjahr 2015, wie die Besucherfrequenz im KuK-Zentrum in Monschau eindrucksvoll dokumentiert:

2014: 34.000 Besucher/innen
2015: 35.000 Besucher/innen

Aachen, den 21. April 2016
Dipl.-Kfm. Hermann Fuchs
-Geschäftsführer-

druckerei staedteregion aachen//s80/beteiligungsbericht
erwin wodicka, avant–ralf poller, vrd, thaut images, daniel ernst, bartholomäus, photocd, jas/fotolia.com

Sie haben Fragen?

StädteRegion Aachen
Der Städteregionsrat
Wirtschaftliche Beteiligungen und Zentrales Controlling
52090 Aachen

Herr Fuchs
Tel. 0241 5198 - 2318
Fax 0241 5198 - 82318
hermann.fuchs@staedteregion-aachen.de

Damit Zukunft passiert.
www.staedteregion-aachen.de

StädteRegion Aachen